Protokoll

über die

Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Abgehalten zu Essen

vom 15. bis 21. September 1907

0 053

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Der Parteivorstand
Archiv

Berlin 1907

Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68
(Hans Weber, Berlin)

Archiv der sozialen Demokratie
Bonn
Bibliothek
X 1275

Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

beschlossen auf dem Parteitage zu Erfurt 1891.

Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indes die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Hand in Hand mit dieser Monopolisierung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vorteile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisiert. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung.

Das Privateigentum an Produktionsmitteln, welches ehedem das Mittel war, dem Produzenten das Eigentum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriieren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum, und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloß des Proletariats, sondern des gesamten Menschengeschlechts, das unter den heutigen

Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig beteiligt sind. In dieser Erkenntnis fühlt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten Aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportional-Wahlsystem; und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueinteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.
3. Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.
4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.

5. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen.
6. Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen.
7. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.
8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Berufung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurteilter. Abschaffung der Todesstrafe.
9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Totenbestattung.
10. Stufenweis steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Selbsteinschätzungspflicht. Erbschaftssteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:
   a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normal-Arbeitstages.
   b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.
   c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.
   d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter
   e) Verbot des Truck-Systems.
2. Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirks-Arbeitsämter und Arbeitskammern. Durchgreifende gewerbliche Hygiene.
3. Rechtliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesindeordnungen.
4. Sicherstellung des Koalitionsrechts.
5. Uebernahme der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

Organisation
der
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
Beschlossen auf dem Parteitage in Jena 1905.

Parteiangehörigkeit.

§ 1. Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei dauernd durch Geldmittel unterstützt.

§ 2. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder einer ehrlosen Handlung schuldig macht.

§ 3. Mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschließung aus der Partei verliert der frühere Parteigenosse jedes Recht, das er etwa gegen die Partei, gegen den Parteivorstand, gegen die Kontrollkommission oder gegen einzelne Parteigenossen aus seiner Parteimitgliedschaft erworben hat.

Gliederung.

§ 4. Die Grundlage der Organisation bildet für jeden Reichstagswahlkreis der Sozialdemokratische Verein, dem jeder im Wahlkreise wohnende Parteigenosse, sofern ihn nicht zwingende Gründe daran hindern, als Mitglied anzugehören hat. Erstreckt sich der Wahlkreis über eine Mehrzahl von Ortschaften, so können in allen Orten, in denen Parteigenossen vorhanden sind und die sonstigen Verhältnisse es zulassen, Ortsvereine des Sozialdemokratischen Vereins gebildet werden.

§ 5. Die Sozialdemokratischen Vereine schließen sich zu Bezirksverbänden, sowie zu Landesorganisationen zusammen, denen die selbständige Führung der Parteigeschäfte nach eigenen Statuten obliegt; diese dem Parteivorstand mitzuteilenden Statuten dürfen mit dem Organisationsstatut der Gesamtpartei nicht im Widerspruch stehen. Die Vorstände haben ihre erfolgte Wahl dem Parteivorstande mitzuteilen.

§ 6. Die Festsetzung der Mitgliederbeiträge ist den Bezirksverbänden und Landesorganisationen überlassen. Die Wahlkreise haben mindestens 20 Proz. ihrer aus den Beiträgen sich ergebenden Einnahmen an die Zentralkasse abzuführen. Der Parteivorstand ist berechtigt, einzelnen Wahlkreisen im Bedarfsfalle einen über 80 Proz. dieser Einnahmen hinausgehenden Betrag zur Eigenverwendung zu überlassen.

Vertrauenspersonen.

§ 7. Wo aus gesetzlichen Gründen die in den §§ 4 und 5 gegebenen Vorschriften nicht ausführbar sind, haben sich die Parteigenossen in anderer, dem Landesrecht entsprechender Weise zu organisieren.

§ 8. In allen Wahlkreisen, in denen keine Vereinsorganisation vorhanden ist, haben die Parteigenossen eine oder mehrere Vertrauenspersonen zu wählen, deren Adresse sofort dem Parteivorstande mitzuteilen ist. Die Art der Wahl bleibt den Parteigenossen überlassen.

Die Vertrauenspersonen sind berechtigt, freiwillige Beiträge entgegenzunehmen und durch besondere Marken zu quittieren.

Berichterstattung.

§ 9. Die Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Vereine, deren Wahl jedesmal im Anschluß an den voraufgehenden Parteitag erfolgt, haben alljährlich bis zum 15. Juli dem Parteivorstand Bericht zu erstatten. Der Bericht muß enthalten Angaben über: Art und Umfang der entfalteten Agitation, die Zahl der im Wahlkreise organisierten Parteigenossen, die Höhe des von den Mitgliedern erhobenen Parteibeitrages, die Summe der gesamten Einnahmen, die Art der Verwendung der dem Wahlkreise verbliebenen Gelder.

Den gleichen alljährlichen Bericht in bezug auf ihre Tätigkeit und die Verwendung der ihnen etwa vom Parteivorstande überwiesenen Gelder haben die Vorstände der Bezirksverbände und Landesorganisationen zu erstatten.

Die gleiche Bestimmung findet dort, wo keine Vereinsorganisation vorhanden ist, auf die Wahlkreis-, Bezirks- und Landes-Vertrauensperson sinngemäße Anwendung.

Weibliche Vertrauenspersonen.

§ 10. Die planmäßige Agitation unter dem weiblichen Proletariat wird durch weibliche Vertrauenspersonen betrieben, die möglichst an allen Orten im Einvernehmen mit den Parteiinstanzen gewählt werden.

Parteitag.

§ 11. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei. Zur Teilnahme an ihm sind berechtigt:

1. Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Reichstagswahlkreisen mit der Einschränkung, daß kein Wahlkreis durch mehr als drei Personen vertreten sein darf. Insoweit nicht unter den gewählten Vertretern des Wahlkreises Frauen sich befinden, können weibliche Vertreter in besonderen Frauenversammlungen gewählt werden.
2. Die Mitglieder der Reichstagsfraktion.
3. Die Mitglieder des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.

Die Mitglieder der Reichstagsfraktion haben in allen die parlamentarische und die Mitglieder des Parteivorstandes in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme.

§ 12. Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung selbst.

Zur Gültigkeit der Beschlüsse des Parteitages ist die absolute Mehrheit der Anwesenden erforderlich.

§ 13. Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von dem Parteivorstande einzuberufen ist.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, so hat der Parteivorstand mit der Kontrollkommission und der Reichstagsfraktion hierüber sich zu verständigen.

§ 14. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens vier Wochen vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das Zentralorgan der Partei mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen. Die Einladung zur Beschickung des Parteitages ist mindestens dreimal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Anträge der Parteigenossen für die Tagesordnung des Parteitages sind bei dem Parteivorstande einzureichen, der dieselben spätestens drei Wochen vor der Abhaltung des Parteitages durch das Zentralorgan der Partei bekannt zu geben hat.

§ 15. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:
1. Entgegennahme der Berichte über die Geschäftstätigkeit des Parteivorstandes und der Kontrollkommission sowie über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstagsabgeordneten.
2. Die Bestimmung des Ortes, an welchem der Parteivorstand seinen Sitz zu nehmen hat.
3. Die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.
4. Die Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.
5. Die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 16. Ein außerordentlicher Parteitag kann einberufen werden:
1. auf einstimmigen Beschluß des Parteivorstandes;
2. auf Antrag der Mehrheit der Reichstagsfraktion,
3. auf Antrag von mindestens 15 Wahlkreisen;
4. auf einstimmigen Beschluß der Kontrollkommission.

Falls der Parteivorstand sich weigert, einem gestellten Antrage auf Einberufung eines außerordentlichen Parteitages stattzugeben, so ist derselbe durch die Reichstagsfraktion einzuberufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitages ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 17. Die Einberufung des außerordentlichen Parteitages muß spätestens 14 Tage vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das Zentralorgan der Partei in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung erfolgen.

Anträge der Parteigenossen sind spätestens 5 Tage vor der Abhaltung des Parteitages im Zentralorgan zu veröffentlichen.

Im übrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage dieselben Bestimmungen wie für die ordentlichen Parteitage (§§ 11 und 12).

Parteivorstand.

§ 18. Die Zahl der Mitglieder des Parteivorstandes wird vom Parteitag bestimmt. Der Parteivorstand besteht aus zwei Vorsitzenden, einem Kassierer, den Schriftführern und zwei Beisitzern, die sich gegenseitig zu vertreten berechtigt sind.

Die Wahl der Vorsitzenden, des Kassierers und der Schriftführer erfolgt durch den Parteitag mittels Stimmzettel in einem Wahlgange und nach absoluter Mehrheit. Hat ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten statt, auf welche die meisten Stimmen gefallen sind. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Die Wahl der zwei Beisitzer erfolgt durch die Kontrollkommission.

Nach erfolgter Wahl hat der Parteivorstand seine Konstituierung vorzunehmen und dieselbe im Zentralorgan der Partei bekannt zu machen.

§ 19. Scheidet ein Mitglied des Parteivorstandes aus, so ist die Vakanz durch eine von der Kontrollkommission vorzunehmende Neuwahl zu ergänzen.

§ 20. Die Mitglieder des Parteivorstandes können für ihre Tätigkeit eine Besoldung beziehen. Die Höhe derselben wird durch den Parteitag festgesetzt.

§ 21. Der Parteivorstand verfügt nach eigenem Ermessen über die vorhandenen Gelder.

Der Parteivorstand oder die Kontrollkommission können durch keinerlei Rechtsgeschäfte die einzelnen Parteigenossen oder die Partei verbindlich machen. Auch erwirbt kein Parteigenosse oder ein anderer durch Verträge mit dem Parteivorstande oder der Kontrollkommission ein klagbares Recht gegen diese oder ihre Mitglieder

§ 22. Kein Parteigenosse hat ohne ausdrücklichen Beschluß des Parteitages ein klagbares Recht, die Geschäftsbücher oder Papiere des Parteivorstandes, der Kontrollkommission oder der Partei einzusehen oder sich aus ihnen Abschriften oder Auszüge anzufertigen oder eine Auskunft oder Uebersicht über den Stand des Parteivermögens zu verlangen.

Hierdurch wird das Recht der Delegierten, während der Tagung des Parteitages Einsicht in die Bücher zu nehmen, nicht berührt.

§ 23. Der Parteivorstand besorgt die Parteigeschäfte und kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteiorgane.

Der Parteivorstand entscheidet über Differenzen, die sich bei der Aufstellung von Reichstagskandidaturen zwischen der Organisation eines Wahlkreises und dem Bezirksverband bezw. der Landesorganisation ergeben.

Kontrollkommission.

§ 24. Zur Kontrollierung des Parteivorstandes sowie als Berufungsinstanz über Beschwerden gegen den Parteivorstand wählt der Parteitag eine Kontrollkommission von neun Mitgliedern.

Die Wahl der Kontrolleure erfolgt nach einfacher Mehrheit. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das Los. Zur Leitung ihrer Geschäfte wählt sich die Kontrollkommission einen Vorsitzenden, der Ort und Zeit der Sitzungen bestimmt, soweit die Kontrollkommission nicht darüber beschließt.

Die Kontrolle muß mindestens vierteljährlich einmal stattfinden.

Alle Einsendungen für die Kontrollkommission sind an den Vorsitzenden derselben zu richten, der seine Adresse im Zentralorgan der Partei mitzuteilen hat.

Auf Antrag der Kontrollkommission oder des Parteivorstandes finden gemeinsame Sitzungen statt.

Zentralorgan der Partei.

§ 25. Zentralorgan der Partei ist der „Vorwärts, Berliner Volksblatt".

Die offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Teiles zu veröffentlichen.

§ 26. Zur Kontrolle der prinzipiellen und taktischen Haltung des Zentralorgans sowie der Verwaltung desselben wählen die Parteigenossen Berlins und der Vororte eine Preßkommission, die aus höchstens zwei Mitgliedern für jeden beteiligten Reichstagswahlkreis bestehen darf.

Die Preßkommission entscheidet in Gemeinschaft mit dem Parteivorstande über alle Angelegenheiten des Zentralorgans, insbesondere über Anstellung und Entlassungen im Personal der Redaktion und Expedition. Bei etwaigen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Parteivorstand und der Preßkommission entscheidet die Kontrollkommission, der Parteivorstand und die Preßkommission in der Art zu gleichen Rechten, daß jedes dieser drei Organe je eine Stimme hat.

Ausschluß.

§ 27. Im Falle des § 2 entscheidet über die fernere Zugehörigkeit zur Partei ein Schiedsgericht, das der Parteivorstand beruft. Der Antrag auf Einsetzung eines solchen Schiedsgerichts kann nur durch eine Parteiorganisation gestellt werden.

Das Schiedsgericht besteht aus sieben Personen. Die Hälfte der Beisitzer wählt der Angeschuldigte, die andere Hälfte die antragstellende Organisation, wobei die Auswahl auf die Parteigenossen des Bezirksverbandes zu beschränken ist, dem der Angeschuldigte angehört. Den Vorsitzenden bezeichnet der Parteivorstand.

In Wahlkreisen, in denen die Geschäfte der Partei durch eine Vereinsorganisation geführt werden, ist der Ausschluß eines Mitgliedes aus der betreffenden Organisation dem Ausschluß auf Grund des § 2 aus der Gesamtpartei gleichzuachten. Der Ausschluß darf daher nur im Wege des vorstehend festgesetzten schiedsgerichtlichen Verfahrens erfolgen.

§ 28. Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts steht den Beteiligten binnen vier Wochen nach Zustellung des schriftlichen Urteils die Berufung an die Kontrollkommission und gegen deren Entscheidung an den nächsten Parteitag zu.

Verzichtet ein Parteigenosse, gegen den ein Ausschlußantrag gestellt wird, auf die schiedsgerichtliche Verhandlung, oder unterläßt er es, innerhalb einer vom Parteivorstand zu bestimmenden Frist von mindestens vier Wochen Schiedsrichter zu ernennen, so gilt er ohne weiteres als ausgeschlossen.

Die Zustellung des schriftlichen Urteils sowie die Bekanntgabe des erfolgten Ausschlusses eines Genossen erfolgt durch den Parteivorstand.

Wiederaufnahme.

§ 29. Die Wiederaufnahme eines aus der Partei Ausgeschlossenen kann nur auf dem Parteitag erfolgen.

Der Antrag auf Wiederaufnahme ist so zeitig beim Parteivorstande anzumelden, daß er zugleich mit den übrigen an den Parteitag gestellten Anträgen veröffentlicht werden kann. Vor der Entscheidung ist die Organisation, die seinerzeit den Ausschluß beantragt hatte, sowie die Organisation des letzten Wohnortes zu hören.

Abänderung der Organisation.

§ 30. Aenderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden.

Anträge auf Abänderung der Organisation können nur beraten werden, wenn sie innerhalb der Fristen, welche die §§ 14 und 17 vorschreiben, zur öffentlichen Kenntnis der Parteigenossen gelangten.

Eine Abweichung von der letzten Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens dreiviertel der anwesenden Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abweichung entscheiden.

Tages-Ordnung des Parteitages

Sonntag, den 15. September, abends 7 Uhr:

Vorversammlung

Konstituierung des Parteitages. Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung. Wahl der Mandatsprüfungs-Kommission.

Montag, den 16. September und die folgenden Tage:

1. Geschäftsbericht des Vorstandes:
   a) Allgemeines. Berichterstatter: F. Ebert.
   b) Kasse und Presse. Berichterstatter: A. Gerisch.
   c) Parteischule und Bildungsausschuß. Berichterstatter: H. Schulz.
2. Bericht der Kontrollkommission. Berichterstatter: A. Kaden.
3. Parlamentarischer Bericht. Berichterstatter: A. Südekum.
4. Bericht vom Internationalen Kongreß. Berichterstatter: P. Singer.
5. Maifeier. Berichterstatter: R. Fischer.
6. Die letzten Reichstagswahlen und die politische Lage. Berichterstatter: A. Bebel.
7. Die Alkoholfrage. Berichterstatter: E. Wurm.
8. Sonstige Anträge.
9. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll.

Sitzungszeit des Parteitages:
Vormittags 9 bis 1 Uhr, nachmittags 3 bis 7 Uhr.

Bureau des Parteitages

Vorsitzende:

Singer-Berlin — Gemoll-Essen.

Schriftführer:

Grunwald-Berlin
Blume-Hamburg
Donalis-Königsberg
Stühmeier-Dortmund
Seemann-Stuttgart
Kleefort-Ludwigshafen
Zielowski-Frankfurt a. M.
Klara Zetkin-Stuttgart
Riem-Dresden.

Mandatsprüfungs-Kommission:

Wels-Berlin
Stubbe-Hamburg
Hüttmann-Frankfurt a. M.
Knieriem-München
Vetterlein-Gera
Keil-Stuttgart
König-Dortmund
Beims-Magdeburg
Frau Baumann-Altona
Evers-Hildesheim

Vorlagen an den Parteitag.

Bericht des Parteivorstandes.

Allgemeines.

Die Beschlüsse des Mannheimer Parteitags über den politischen Massenstreik, unsere Stellung zur Volkserziehung und zum Strafrecht waren dazu geeignet, Gegenstand theoretischer Erörterung für das abgelaufene Jahr zu werden. Zweifellos wären diese Fragen ausgiebig erörtert worden, wenn das Jahr nicht ein Kampfjahr von ungewöhnlicher Schärfe geworden wäre.

Mit großer Befriedigung wurde von unseren Genossen der Ausgang der Debatten über den Massenstreik aufgenommen, weil hier die Stellung der Partei zu den Gewerkschaften klargelegt wurde. Die Furcht bei einzelnen Parteigenossen und die Hoffnungen der Gegner, daß es zu einem Kampf zwischen Partei und Gewerkschaften kommen könne, wurden in Mannheim begraben. Der Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaften kann nur in der Theorie bestehen. Der Kern der Partei ist gleichzeitig in den Gewerkschaften, und es gibt keine freie Gewerkschaft, deren Mitglieder nicht größtenteils Sozialdemokraten sind. Eine gewisse Scheidung besteht nur so lange und so weit, als verschiedene Tätigkeitsgebiete für die politische und gewerkschaftliche Organisation bestehen. Der Massenstreik war aber eine Frage, der das Tätigkeitsgebiet beider Organisationen berührte.

Nicht die theoretische Erörterung gewisser Fragen allein führt die politische und gewerkschaftliche Organisation auf einen Kampfplatz zusammen, sondern auch der tägliche Kampf. Schon am 12. November 1906 brachte die Regierung den Gesetzentwurf über die gewerblichen Berufsvereine im Reichstage ein, ein Gesetzentwurf, der die Wünsche der Scharfmacher betreffend die Schadenersatzpflicht bei Streiks erfüllen und die Gewerkschaften lahmlegen sollte. Noch mehr sind aber die Unternehmerverbände bemüht, jede Frage über Arbeits- und Lohnverhältnisse zu einer politischen umzuformen. Ihre Habgier verdecken die Unternehmer hinter der Phrase: „Bekämpfung der Sozialdemokratie". Streiks in Einzelbetrieben werden mit Massenaussperrungen beantwortet, und die von den Kapitalisten ausgehaltene Presse schreibt dann nicht mehr über das eigentliche Kampfobjekt: Lohnerhöhung für schlecht bezahlte Arbeiter oder Abkürzung der Arbeitszeit, sondern man schreibt nur über Kämpfe um Machtfragen und wer Herr im Hause sein soll.

Das zeigte sich bei der Aussperrung der Schauerleute in Hamburg, bei den großen Kämpfen im Holzarbeitergewerbe und den Kämpfen der Berliner Bauhandwerker. Oft entbrennen große wirtschaftliche Kämpfe um Fragen, die durch die Gesetzgebung geregelt werden müßten oder um Mißstände, die bei richtiger Anwendung der Gesetze schon beseitigt sein sollten. Der Kampf der Schauerleute in Hamburg entbrannte über die Frage, ob eine übermäßig lange Arbeitszeit, wodurch Leben und Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird, fortbestehen soll. Daß im Hafenbetrieb solche übermäßig lange Arbeitszeit besteht, hat der Hafeninspektor ausgesprochen und das Hanseatische Oberlandesgericht ausdrücklich festgestellt. Nach diesen Feststellungen wäre der Bundesrat verpflichtet gewesen, von dem § 120e der Gewerbeordnung Gebrauch zu machen und einen Maximalarbeitstag durch Verordnung festzusetzen. Statt dessen verlangten die Reeder, die Arbeiter sollten sich durch Unterschrift verpflichten, daß sie länger arbeiten wollen als eigentlich die Gewerbeordnung zuläßt.

Eine ähnliche Frage brachte den Berliner Bäckerstreik hervor. Nach § 105c der Gewerbeordnung sollen die Arbeiter, die jeden Sonntag arbeiten müssen, einen Ruhetag in der Woche haben. Würde man den Absatz 4 des § 105c sinngemäß auf § 105e der Gewerbeordnung anwenden, dann wäre die Hauptforderung der Bäcker bereits erfüllt. Aber die Regierung rührt sich nicht. Wo sie eingreift, steht sie auf seiten der Unternehmer. Je mehr die brutale Gewalt der Unternehmerverbände, unterstützt von der Regierung, Polizei und Gerichte, zur Anwendung kommt, um so mehr werden die Fragen des Lohn- und Arbeitsverhältnisses politische Fragen, die durch die Gesetzgebung geregelt werden müssen. So werden die Grenzen zwischen politischer und gewerkschaftlicher Tätigkeit verwischt.

Eine weitere Erscheinung der Neuzeit, die zur Verwischung der Grenzen zwischen politischer und gewerkschaftlicher Tätigkeit beiträgt, ist die Gründung der „vaterländischen oder nationalen Arbeitervereine". Bisher war der Indifferentismus der Arbeiter der schlimmste Feind der Arbeiterbewegung. Indifferente Arbeiter lassen sich bei den Wahlen gegen uns aufbieten, sie bilden auch die Scharen, aus denen man die Streikbrecherkolonnen rekrutiert.

Diese indifferenten Arbeiter zu offenen Feinden der in der sozialdemokratischen Partei und der in Gewerkschaften organisierten Arbeiter zu erziehen und so eine Prätorianerarmee zu schaffen, die bereit ist, bei politischen sowohl wie wirtschaftlichen Kämpfen sich gegen die klassenbewußten Brüder zu wenden, das ist der Zweck dieser Gründung! „Nationale Arbeitervereine" heißen sie auf politischem, „gelbe Gewerkschaften" auf gewerkschaftlichem Gebiet. Es sind Organisationen, die unter allen Umständen die Klasseninteressen der Unternehmer gegen die Klasseninteressen der Arbeiter vertreten sollen. Die Arbeiter, deren Mangel an Erkenntnis so zum Schaden der Arbeiterklasse mißbraucht wird, aufzuklären, muß das Werk aller klassenbewußten Arbeiter sein.

Aber auch durch die wirtschaftliche Entwickelung werden die Grenzen zwischen gewerkschaftlicher und politischer Tätigkeit verwischt. Die in Syndikaten vereinten Unternehmer rühmen sich, daß sie von der Gewerkschaftsbewegung weniger getroffen werden. Dadurch, daß ganze Industriezweige, wie der Kohlenbergbau und die Großeisenindustrie, in Syndikate vereinigt sind und nicht der Einzelunternehmer als Verkäufer auf dem Weltmarkt auftritt, ist die Gefahr des Verlustes der Kundschaft von Abnehmern ausgeschlossen. Etwaige Streiks müßten sich gegen das ganze Syndikat richten, müßten also Massenstreiks sein. Für diese sind schwer die Mittel zu beschaffen. Andererseits besteht aber für die Arbeiter das beruhigende Gefühl, daß solche Streiks nie durch

Anwerbung von Streikbrechern verloren gehen können. Je mehr aber die geeinten Unternehmungen den Charakter öffentlicher Einrichtungen annehmen, um so mehr wird es Aufgabe der Gesetzgebung, die Mißstände, die bei den Kleinunternehmern durch Streiks beseitigt werden, auf dem Wege der Gesetzgebung zu beseitigen. So wirken die Verhältnisse zusammen, gemeinsame Tätigkeitsgebiete für Partei und Gewerkschaften zu schaffen, und zwingen so die Arbeiter, mit ihren Organisationen zusammenzuwirken. Dadurch werden dann die Befürchtungen der Arbeiter und die Hoffnungen der Gegner, daß es je zu einem Zwiespalt zwischen Partei und Gewerkschaften kommen könnte, endgültig beseitigt.

Die großen Aufgaben, die sich die Partei auf dem Gebiete der Förderung der Bildungsbestrebungen gesetzt hat, werden erfüllt werden; denn für die mächtige Kulturbewegung, die in der Sozialdemokratie zutage tritt, gibt es keinen Rückschritt oder Stillstand, sondern nur ein Vorwärts!

Die Parteigenossen in Sachsen, Preußen und Hessen stehen vor neuen Wahlrechtskämpfen. Die sächsische Regierung hat offen anerkannt, daß das gegenwärtig geltende Dreiklassenwahlrecht unhaltbar ist und hat einen Wahlrechtsgesetzentwurf ausgearbeitet und veröffentlicht, der ein buntes Gemisch von Kurienwahlrecht, Pluralsystem und Proportionalwahlrecht ist. Der Zweck dieses Gesetzes soll sein, nicht ganz so ungerecht zu scheinen wie das gegenwärtige Gesetz, aber es soll verhindern, daß jemals die Sozialdemokraten die Mehrheit im Landtag erhalten. Wenn auch mehr als neun Zehntel der Bevölkerung Sozialdemokraten werden, so sollen doch die Gegner, und wenn sie noch so stark zusammenschmelzen, immer die Mehrheit im Landtage behalten. Einen Wert hat die Einbringung der neuen Vorlage insoweit, als die Regierung das jetzige Wahlrecht als grobes Unrecht verurteilt. Was die Regierung aber an seine Stelle setzen will, ist ein ebenso großes Unrecht und ein so krauses Durcheinander, daß es unseren Genossen leicht werden wird, auch gegen diesen Entwurf die Massen mobil zu machen.

Noch weiter zurück ist die Wahlrechtsfrage im Heimatland des Dreiklassenwahlunrechts, in Preußen. Man redet und schreibt zwar, daß man auch in Regierungskreisen anfängt, die Unhaltbarkeit des Wahlunrechts zu erkennen. Dieses ist aber nicht neu, denn Bismarcks Ausspruch von „dem elendesten aller Wahlsysteme" ist schon über vier Jahrzehnte alt. Jedenfalls wird die Arbeiterklasse ihren Kampf gegen die Dreiklassenschmach mit aller Energie weiterführen! Der bereits angesetzte preußische Landesparteitag wird sich vor allem mit der Wahlrechtsfrage zu beschäftigen haben. Nichtsdestoweniger hat der Parteivorstand sich bereits eingehend mit der Wahlrechtsfrage beschäftigt und alle Vorbereitungen getroffen, die für eine mächtige Entfaltung der Wahlrechtsbewegung in Preußen in Frage kommen!

So steht die Partei vor großen Aufgaben. Je stärker die Partei wird, um so heftiger wird der Widerstand der Gegner. Daß dieser heftige Widerstand kommen werde, hat jeder einsichtige Politiker vorausgesehen. Kein erfahrener Genosse war im unklaren darüber, daß man mit allen nur denkbaren Mitteln die Partei bekämpfen werde. Aber bis jetzt haben noch alle Gewaltmittel versagt, wenn die Herrschenden den Kulturfortschritt hemmen wollten; so wird es auch mit dem Kampf gegen den Sozialismus gehen.

Wenn wir auf die Vergangenheit zurückblicken, dann zeigt sich, daß die Partei am stärksten wuchs, je heftiger die Angriffe auf die Partei und die Arbeiterklasse waren. Das erste Aufrütteln der Indifferenten besorgen in der Regel die Gegner. Die so Aufgerüttelten zu Sozialdemokraten zu erziehen, das ist Aufgabe unserer Agitation. Der sogenannten Blockpolitik, die mit dem

letzten Wahlen eingeleitet sein soll, fehlt jede positive Grundlage. Es gibt keine politische Forderung, auf welche der Block sich einigen könnte. Die einzige Frage, in welcher der Block einig ist, ist der Ruf: „Gegen die Sozialdemokratie". Bleibt diese Parole das Losungswort des Blocks, dann können wir mit Sicherheit sagen, daß dieser Kampf ebenso enden wird wie die früheren Kämpfe, nämlich mit einem Siege der Sozialdemokratie!

* * *

Vom Parteitag überwiesene Anträge.

Der Mannheimer Parteitag hat dem Parteivorstand eine Anzahl von Anträgen überwiesen, die wie folgt erledigt wurden.

Mehrere Anträge verlangten, daß die „Alkoholfrage" auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages gesetzt werde. Den Anträgen ist entsprochen worden.

Nach den Anträgen 120, 122 und 138 sollten „Die Landarbeiterfrage" und „Das Wahlrecht in den Einzelstaaten" auf dem bevorstehenden Parteitage erörtert werden. Diesen Anträgen haben wir uns nicht angeschlossen. Die Wahlrechtsreformen sind in den drei großen süddeutschen Bundesstaaten eben abgeschlossen worden. In Sachsen und Hessen haben sich vor kurzem die Landesparteitage mit der Wahlrechtsfrage beschäftigt und die preußischen Genossen werden sich auf ihrem Landesparteitage ebenfalls mit der Frage beschäftigen. Es erschien uns deshalb nicht zweckmäßig, diese Frage nun auch noch als besonderen Punkt auf die Tagesordnung des Essener Parteitages zu setzen. Die Landarbeiterfrage ist wohl sehr wichtig, aber doch nicht so brennend, daß ihre Erörterung schon auf dem kommenden Parteitag notwendig wäre. Wir glaubten deshalb, diesen Punkt vorläufig zurückstellen zu können, zumal die Tagesordnung ohnehin schon sehr belastet ist.

Der Antrag 45 verlangt, daß alle für die Sozialdemokratie in agitatorischer Beziehung in Betracht kommenden Reichstagsverhandlungen nach den stenographischen Berichten in Broschürenform zum Selbstkostenpreis an die Mitglieder der Partei abgegeben werden sollen. Der Parteivorstand hat dem Antrage insofern zugestimmt, als er bei wichtigen Verhandlungen Berichte bezw. den Wortlaut der Reden in Form von Broschüren, Flugschriften oder Flugblätter herausgeben und den Parteiorganisationen möglichst billig zur Verfügung stellen will.

Auch dem uns überwiesenen Antrage 33, wonach die erforderlichen Mittel für das tägliche Erscheinen des bisherigen Wochenblattes „Gazeta Robotnicza" bewilligt werden sollten, haben wir so weit als möglich Rechnung getragen. Ein tägliches Erscheinen der „Gazeta Robotnicza" hielten wir allerdings noch für verfrüht; durch finanzielle Beihülfe haben wir aber seit dem 1. Januar ein wöchentlich dreimaliges Erscheinen des Blattes ermöglicht. Weiter haben wir mit sehr erheblichen Kosten für das Blatt in Kattowitz eine neue Druckereieinrichtung beschafft und außerdem subventionieren wir regelmäßig mehrere Kolporteure, die für die Verbreitung des Blattes in Oberschlesien tätig sind.

Der vom Parteitag eingesetzte Bildungsausschuß soll gemäß dem Beschlusse des Parteitages gemeinsam von Kontrollkommission und Parteivorstand gewählt werden. In der gemeinsamen Sitzung am 7. November wurden die Genossen David-Mainz, Heimann-Berlin, Korn-Kiel, Mehring-Steglitz, Schulz-Bremen, Vollmar-München und Klara Zetkin-Stuttgart gewählt. Zum Geschäftsführer des Bildungsausschusses wurde Genosse Schulz bestimmt. Der Tätigkeitsbericht des Bildungsausschusses ist diesem Bericht angefügt.

Der Parteitag hatte weiter beschlossen, daß die Referate über „Sozialdemokratie und Volkserziehung" und „Strafrecht und Strafvollzug" als Broschüren zur Massenverbreitung herausgegeben werden sollten. Infolge der Reichstagswahlen und der dadurch geschaffenen politischen Situation machte sich indes die Verbreitung der Berichte einiger wichtigen Reichstagsverhandlungen notwendig, wodurch die Ausführung dieser Beschlüsse verzögert wurde. Das Referat des Genossen Schulz ist vor kurzem als Broschüre unter dem Titel: „Sozialdemokratie und Schule" erschienen.

Endlich hat der Parteitag bezüglich der Frage der lokalorganisierten Gewerkschaften den Parteivorstand beauftragt, bis zum nächsten Parteitag den Versuch zu machen, in Verbindung mit der Generalkommission diese Frage im Sinne der Resolution des Lübecker Parteitags zu regeln. Im Einverständnis mit der Generalkommission haben wir am 28. März bei der Geschäftskommission der Freien Vereinigung Deutscher Gewerkschaften angefragt, ob sie bereit sei, mit uns auf Grundlage des Mannheimer Beschlusses in Verhandlungen einzutreten. Die Geschäftskommission antwortete, daß sie sich zu solcher Verhandlung nicht autorisiert halte; sie werde aber dieserhalb bei allen ihr angeschlossenen Organisationen eine entsprechende Umfrage veranstalten. In Betracht kommen 12 Zentralisationen und 18 lokale Organisationen. In der Umfrage wurden den Organisationen folgende Fragen vorgelegt:

1. Soll die Geschäftskommission im Sinne des Parteivorstandsschreibens überhaupt in Verhandlungen eintreten?
2. Ist in Eurer Organisation Meinung vorhanden, sich mit dem zuständigen Zentralverbande zu verschmelzen?
3. Werdet Ihr unter Umgehung der Geschäftskommission in Verhandlungen treten, die den Anschluß Eurer Organisation an die Zentralverbände bezwecken?

Am 31. Mai teilte uns die Geschäftskommission das Ergebnis dieser Umfrage mit. Die Frage 1 wurde von 5 Organisationen mit Ja beantwortet, von einer nur bedingungsweise; eine überläßt es der Geschäftskommission und eine weitere wollte erst später Stellung nehmen. Die Fragen 2 und 3 wurden von 2 Organisationen bejaht. Am Schlusse ihres Schreibens bemerkte die Geschäftskommission:

„Indem wir dem Parteivorstand dieses Resultat unterbreiten, stellen wir zu gleicher Zeit anheim, die Schlüsse selber ziehen und nach eigenem Ermessen handeln zu wollen."

Deutlicher erklärte sich die Geschäftskommission in einem Artikel in Nr. 26 der „Einigkeit" vom 29. Juni. Es wurde darin die mit uns in der Sache geführte Korrespondenz veröffentlicht und am Schlusse folgendes bemerkt:

„Für uns ist diese Angelegenheit hoffentlich bis zum 8. Kongreß erledigt, wenigstens haben wir nicht Lust, durch fortwährende Einigungsversuche usw. von außen her die Fortentwickelung der Freien Vereinigung Deutscher Gewerkschaften stören und schädigen zu lassen und dabei noch selber mitzuhelfen. Wem das Programm und die Anschauungen, die in der Freien Vereinigung vertreten und propagiert werden, nicht paßt und wer befriedigt um des lieben Friedens und anderer Gründe willen in die reformerischen Zentralverbände, die sich der Protektion der sozialdemokratischen Partei und deren gesamten Vorstande, einschließlich der Kontrollkommission, erfreuen,

unterkriechen will, der mag gehen. Wir stehen nach wie vor auf dem Boden der Beschlüsse des 7. Kongresses, trotz Lübeck, Mannheim und trotz Essen. Mit solidarischem Gruß! Für die Geschäftskommission: Fritz Kater."

Wir hielten es für zweckmäßig, trotzdem noch einen weiteren Versuch zu unternehmen und wandten uns in einem Schreiben direkt an sämtliche der Geschäftskommission angeschlossene Organisationen. In diesem Schreiben haben wir unter Hinweis auf die durch die Verhältnisse gebotene Notwendigkeit der Einheit und Geschlossenheit der Gewerkschaftsorganisationen dringend ersucht, noch einmal die in Frage kommenden Parteitagsbeschlüsse ernstlich in Erwägung zu ziehen und uns mitzuteilen, ob sie zu Verhandlungen bereit seien. Das Ergebnis dieser Umfrage lag bei der Abfassung dieses Berichts noch nicht abgeschlossen vor.

* * *

Organisation.

Die Parteiorganisation hat im letzten Jahre einen glänzenden Aufschwung genommen. Das Wort von der „niedergerittenen" Sozialdemokratie konnte nicht besser abgetan werden, als es durch die mächtige Erstarkung unserer Kampforganisation geschehen ist. Stellt man die Mitgliederzahl von diesem Jahre in Vergleich zu der vorjährigen, so ergibt sich:

1907	Mitgliederzahl	530 466
1906	Mitgliederzahl	384 327
	Zunahme	146 139

Das ist eine Zunahme von 38,0 Proz. Ein schönes Zeugnis für den Fleiß und die Energie unserer Parteigenossen.

Nach den Berichten der Bezirks- und Landesorganisationen ist die Partei zurzeit zu 13 Reichstagswahlkreisen ohne organisatorische Verbindung. Es entfallen davon auf die Agitationsbezirke: Breslau 3 Wahlkreise, Ostpreußen, Köln, Oberlangenbielau, Posen je 2, Bielefeld, Metz je 1.

In 46 Wahlkreisen haben wir Vertrauensmänner, aber noch keine Vereinsorganisationen. Von diesen Wahlkreisen entfallen auf die Agitationsbezirke: Posen 8 Wahlkreise, Bielefeld 8, Ostpreußen 6, Westpreußen, Köln je 4, Breslau, Kattowitz, Metz je 3, Oberlangenbielau, Elberfeld je 2, Magdeburg, Dortmund und Nordbayern je 1.

In den 17 Wahlkreisen, die dem Agitationsbezirk Südbayern unterstehen, ist die Kreisorganisation noch nicht durchgeführt. Ueber den Mitgliederstand in diesen Kreisen hat uns die Bezirksleitung Angaben gemacht. Die Kreisorganisation soll in nächster Zeit durchgeführt werden. In den 7 mecklenburgischen Wahlkreisen ist aus vereinsgesetzlichen Gründen eine geschlossene Organisation nicht möglich.

Von den verbleibenden 314 Wahlkreisen haben uns 292 über die Organisationsverhältnisse berichtet. Trotz mehrfacher dringender Mahnungen waren von den übrigen Wahlkreisen bis zum äußersten Termin Angaben nicht zu erlangen. Im vorigen Jahre hatten 16 von diesen Wahlkreisen Angaben über den Mitgliederstand gemacht. Um einen Vergleich des Mitgliederstandes mit dem des Vorjahres zu ermöglichen, haben wir für diese Wahlkreise die vorjährige Mitgliederzahl auch in diesem Jahre eingestellt. In 8 von den 292 Wahlkreisen, die berichtet haben, ist die Kreisorganisation noch nicht durchgeführt.

Ueber die Mitgliederzahl in den einzelnen Agitationsbezirken, die Mitgliederzunahme, die Zahl der Ortsvereine und die Zahl der Bezirkssekretäre gibt die umstehende Tabelle Aufschluß.

Agitationsbezirke	Zahl der Wahlkreise: die zum Bezirk gehören	Zahl der Wahlkreise: von denen Angaben vorliegen	Zahl der Ortsvereine der Partei	Mitgliederzahl d. Parteiorganisation: 1906	Mitgliederzahl d. Parteiorganisation: 1907	Mitgliederzunahme: Zahl	Mitgliederzunahme: Prozent	Sekretäre der Bezirks- bezw. d. Landesorganisat.
Ostpreußen	17	9	6	3 575	3 951	376	10,5	1
Westpreußen	13	8	7	706	916	210	29,7	1
Groß-Berlin	8	8	68	41 700	78 364	36 664	87,8	2*
Brandenburg	18	18	128	16 188	17 312	1 124	6,9	1*
Pommern	14	14	77	5 051	5 997	946	18,7	1
Posen	15	5	6	225	251	26	11,5	—
Schlesien (Breslau)	15	6	15		10 013			1
„ (Görlitz)	7	7	25		4 005			1
„ (Oberlangenbielau)	7	5	18	17 203	5 434	2 847	16,5	—
„ (Kattowitz)	6	6	2		598			2
Prov. Sachsen (Magdeburg)	8	7	64	8 356	11 737	3 381	40,4	1
„ „ (Halle a. S.)	8	8	82	9 071	11 442	2 371	26,1	1
„ „ (Erfurt)	4	4	22	3 148	3 926	778	24,4	—
Schleswig-Holstein	10	10	93	23 567	28 152	4 585	19,4	1*
Hannover	12	12	76	13 759	18 692	4 933	35,1	1
Westfalen (Bielefeld)	12	4	36	13 535	5 442	5 319	39,2	1
„ (Dortmund)	5	4	100		13 412			1
Rheinprovinz (Köln)	19	14	22	5 533	8 140	2 831	51,1	1
Saargebiet	3	2	2		224			
Rheinprov. (Elberfeld)	15	14	49	15 922	22 591	6 669	40,6	1
Hessen-Nassau (Frankfurt a. M.)	12	12	131	12 066	12 941	4 148	34,3	1
Hessen-Nassau (Kassel)	6	6	45		3 273			1
Nordbayern	20	14	143	85 000	23 653	7 565	21,6	1
Südbayern	20	20	35		10 300			1*
Pfalz	6	6	108		8 612			1*
Sachsen (Dresden)	9	9	99	22 068	29 308	7 240	32,8	—
„ (Leipzig)	4	4	87	18 105	26 760	8 655	47,8	—
„ (Chemnitz)	7	7	123	12 750	17 887	5 137	40,2	1
„ (Zwickau)	3	3	28	5 382	6 325	943	17,5	—
Württemberg	18	13	219	13 400	16 808	3 408	25,4	1
Baden	14	14	154	10 608	13 964	3 356	31,6	1
Hessen	9	9	201	14 404	17 422	3 018	20,9	1
Mecklenburg	7	—	—	—	—	—	—	—
Thüringen (Weimar)	5	5	48	3 058	5 335	2 277	74,4	1
„ (Jena)	4	4	89	8 900	10 785	1 885	21,1	1
Gotha	1	1	46	1 627	2 240	613	37,6	—
Oldenburg	5	5	34	4 392	5 764	1 372	31,2	1
Braunschweig	3	3	48	2 679	5 809	3 130	116,8	1
Sachsen-Meiningen	2	2	47	1 822	2 940	1 118	61,3	—
Anhalt	2	2	25	3 420	3 730	310	9,0	1*
Hamburg	3	3	24	21 902	32 551	10 649	47,7	2*
Bremen	5	5	21	11 178	17 179	6 001	53,6	—
Lübeck	1	1	2	2 064	3 100	1 036	50,1	—
Elsaß-Lothringen	15	12	49	1 963	3 181	1 218	62,0	1
Zusammen	397	325	2 704	384 327	530 466	146 139	38,0	36

In vorstehender Tabelle sind in die Mitgliederzahl der Parteiorganisation die weiblichen Mitglieder einbegriffen. Die Gesamtzahl der weiblichen Mitglieder beträgt 10 943. Die Agitationsbezirke sind daran wie folgt beteiligt:

Hamburg	2881	Baden	401
Leipzig	2863	Zwickau	354
Dresden	1863	Hessen	152
Bremen	589	Lübeck	130
Jena	573	Oldenburg	120
Chemnitz	507	Württemberg	85
Weimar	407	Sachsen-Meiningen	13

Im Einvernehmen mit den Organisationsleitungen haben wir im letzten Jahre für 8 weitere Bezirks- bezw. Landesorganisationen Parteisekretäre angestellt, und zwar für: Westpreußen Crispien-Danzig; Breslau Scholisch-Breslau; Magdeburg Beims-Magdeburg; Bielefeld Klingenhagen-Bielefeld; Braunschweig Antrick-Braunschweig; Chemnitz Jungnickel-Annaberg i. Erzgeb. Die neugeschaffenen Sekretärstellen für Oldenburg und Elsaß-Lothringen sind zurzeit noch nicht besetzt. Im ganzen sind jetzt, wie die Tabelle zeigt, in 33 Agitationsbezirken Parteisekretäre tätig. In denjenigen Agitationsbezirken, wo die in der entsprechenden Rubrik angeführte Zahl mit einem Stern versehen ist, sind die Sekretäre von den in Frage kommenden Organisationen angestellt worden und werden auch von diesen besoldet. Der beim Bezirk Südbayern angeführte Sekretär ist für die bayerische Landesorganisation tätig. Alle übrigen Sekretäre sind gemäß dem Beschlusse des Bremer Parteitages angestellt.

Die Organisationen der größeren Wahlkreise gehen auch immer mehr dazu über, zur Führung ihrer Geschäfte Sekretäre anzustellen. Zurzeit haben folgende Wahlkreise Sekretäre angestellt: Breslau-Ost und -West, Magdeburg, Aschersleben-Calbe, Halle, Pinneberg, Hannover, Bielefeld, Dortmund, Bochum, Köln, Elberfeld, Düsseldorf, Essen, Mülheim a. Rh., Crefeld, Hagen, Frankfurt a. M., Nürnberg, Erlangen-Fürth, München, Dresden-Land, Mannheim, Offenbach, Darmstadt, Dessau, Bremen je einen, Teltow-Beeskow, Berlin IV je zwei.

Ueber die Beitragsleistung der Mitglieder haben 285 Wahlkreise Angaben gemacht. Davon erheben 255 einen einheitlichen Beitrag. In 27 Wahlkreisen ist die Beitragshöhe abgestuft. Es handelt sich da in der Regel um Wahlkreise, die von den in den Landorten wohnenden Mitgliedern einen geringeren Beitrag erheben, als von den in den Städten wohnenden. Auch von den weiblichen Mitgliedern wird in der Regel ein geringerer Beitrag erhoben; meistens beträgt er die Hälfte von dem der männlichen Mitglieder. Bei der folgenden Aufstellung haben wir den Beitrag für weibliche Mitglieder außer acht gelassen.

Wahlkreise mit Monatsbeiträgen.

Einheitlicher Beitrag		Abgestufter Beitrag	
Zahl der Wahlkreise	Höhe des Beitrags	Zahl der Wahlkreise	Höhe des Beitrags
1	10 Pfg.	1	10 bis 20 Pfg.
8	15 „	1	15 „ 25 „
111	20 „	4	20 „ 25 „
87	25 „	8	20 „ 30 „
56	30 „	4	30 „ 40 „
1	35 „		
12	40 „		
226		27	

8 Wahlkreise erheben 5 Pfg. Wochenbeitrag.
29 „ „ 10 „ „
32 Wahlkreise.

In letzter Zeit ist in einer erheblichen Anzahl von Wahlkreisen der Mitgliederbeitrag erhöht worden. Bei den gesteigerten großen Anforderungen, die der Kampf an die Partei stellt, ist dies sehr zu begrüßen. Die mit dem 1. Juli in Kraft getretenen Beitragserhöhungen sind in unserer Aufstellung berücksichtigt worden.

Im März hat eine Konferenz der Sekretäre bezw. Leiter unserer Bezirks- und Landesorganisationen stattgefunden, auf der man sich mit Fragen der Organisation und Agitation beschäftigte. Der Verlauf der Konferenz war recht befriedigend. Die Anregungen, die sich aus der dort geführten Aussprache ergaben, sind später bei der Agitationsarbeit nutzbar gemacht worden.

Schiedsgerichte gemäß § 27 des Organisationsstatuts mußten wir in 49 Fällen berufen. Die Ausschlußanträge wurden von den Schiedsgerichten in 16 Fällen abgelehnt, in 6 Fällen konnte der Streit durch Vergleich erledigt werden und in 13 Fällen erklärten die Angeschuldigten vor Zusammentritt der Schiedsgerichte ihren Austritt aus der Partei oder unterließen die Ernennung von Schiedsgerichtsbeisitzern. Der Ausschluß der Angeschuldigten aus der Partei erfolgte in 14 Fällen. Soweit diese Urteile für die Partei allgemeines Interesse haben, sind sie in der Parteipresse veröffentlicht worden, so daß sich hier deren Besprechung erübrigt. Wir müssen aber, ebenso wie im vorjährigen Bericht, den Parteigenossen dringend empfehlen, bei der Stellung von Ausschlußanträgen gegen Genossen vorsichtig zu sein, d. h. nur dann die Einsetzung eines Schiedsgerichts zu beantragen, wenn die Voraussetzungen des § 2 des Organisationsstatuts tatsächlich gegeben und ausreichende Beweismittel vorhanden sind.

* * *

Agitation.

Anfang Oktober beschloß der Parteivorstand, die Reichstagsfraktion zu ersuchen, beim Wiederzusammentritt des Reichstags die Regierung wegen der Fleischnot zu interpellieren. Zugleich wurden die Organisationsleitungen ersucht, mit einer entsprechenden Agitation durch Flugblattverbreitung und Abhaltung von Massenversammlungen der Aktion zur Hülfe zu kommen. Ein von uns herausgegebenes Flugblatt wurde im Reiche in einer Auflage von zirka 3 Millionen verbreitet; einer großen Anzahl von Kreisen wurde es unentgeltlich geliefert.

Gemeinsam mit der Generalkommission der Gewerkschaften wurde zu Anfang November eine umfassende Agitation für den von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Heimarbeiterschutz-Gesetzentwurf eingeleitet. Unter den Heimarbeitern und -Arbeiterinnen wurde ein Flugblatt verbreitet und im Anschluß hieran fanden in den Bezirken mit Heimarbeit Versammlungen statt, in denen man sich mit dem Heimarbeiterschutz beschäftigte. Die dort beschlossenen Resolutionen wurden dem Reichstag zur Kenntnis gebracht. Die in Aussicht stehende Beratung des Gesetzentwurfes ist jedoch durch die Reichstagsauflösung vereitelt worden. Wann der neue Reichstag sich mit dem so dringend notwendigen Schutz der Heimarbeiter und -Arbeiterinnen beschäftigen wird, steht dahin. Bisher hat er in seiner „nationalen Begeisterung" dazu noch keine Zeit gefunden.

Nach den Reichstagswahlen wurden auf unsere Veranlassung die stenographischen Berichte der Reichstagssitzungen, in denen über den Reichs-

haushaltetat und über die Interpellation wegen der Wahlmachinationen der Regierung verhandelt worden war, von der Buchhandlung Vorwärts als Agitationsbroschüren herausgegeben. Außerdem sind noch die einzelnen Reden unserer Genossen als Flugschriften zur Massenverbreitung erschienen. Die Rede des Genossen Richard Fischer vom 15. März wurde noch besonders als vierseitiges Flugblatt herausgegeben, das unter dem Titel „Der Wahlschwindel vor dem Reichstage" in einer Auflage von 237 000 Exemplaren im Reiche verbreitet worden ist.

Nach der Vertagung des Reichstags haben wir den Genossen die Verbreitung des von uns herausgegebenen Flugblattes: „Rückblick und Ausblick. Ein Wort an das deutsche Volk" empfohlen.

Zur regelmäßigen Agitation wurde den Genossen, die darum nachsuchten, in weitgehendem Maße Material zur Verfügung gestellt. So wurden u. a. unentgeltlich abgegeben: „Nieder mit den Sozialdemokraten" in 50 600 Exemplaren; „An den einzelnen, auf den es nicht ankommt!" in 27 400; „Ein katholischer Pfarrer als Sozialdemokrat" in 24 000; „Ziele und Wege" in 9600; „Die Lebensmittelzölle und die indirekten Steuern" in 7100; „Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie" in 3400, „Der politische Massenstreik und die Sozialdemokratie" (Bebel) in 1500 und „Wie ein Pfarrer Sozialdemokrat wurde" in 1000 Exemplaren.

Neue Agitationsschriften, die als Flugschriften zur Massenverbreitung Verwendung finden sollen, werden in nächster Zeit erscheinen. Sie sollen sich mit der Stellung der Partei zu einzelnen wichtigen Fragen beschäftigen, so z. B. zur Arbeiterversicherung, zum Arbeiterschutz und zur sozialen Reform; zur kapitalistischen Wirtschaft; zur Schule, Wissenschaft und Kunst; zum wissenschaftlichen, technischen und künstlerischen Proletariat und zu ähnlichen Fragen.

Agitationskalender wurden auch in diesem Jahre wieder für mehrere Agitationsbezirke von uns geliefert, oder es sind doch die Herstellungskosten von uns getragen worden. So für Ost- und Westpreußen, Mecklenburg, Pommern, Hessen-Nassau und den Bezirk Oberlangenbielau.

Zur Förderung der Weiterbildung der Genossen haben wir solchen Parteiorten kleine Bibliotheken geliefert, die sich aus eigenen Mitteln eine Bibliothek nicht beschaffen konnten. Solche Bibliotheken wurden an 64 Orte abgegeben. — Die im vorjährigen Bericht schon angekündigte Anleitung zum Selbststudium der Genossen befindet sich im Druck.

Den schwächeren Agitationsbezirken wird zur Agitation regelmäßige finanzielle Beihülfe gewährt, die, wie der Kassenbericht zeigt, zum Teil sehr hoch ist.

Um der Nachfrage nach bekannten Rednern genügen zu können, haben wir Anfang Juni die jetzigen und die früheren Reichstagsabgeordneten der Partei gebeten, sich uns, soweit wie möglich, zur mündlichen Agitation zur Verfügung zu stellen. Von den Befragten hat ein Teil leider nicht geantwortet, 20 waren durch Berufsgeschäfte oder Krankheit verhindert und 10 stellten sich zu längeren Agitationstouren zur Verfügung; sie wurden von uns auf die verschiedenen Bezirke verteilt.

Ein Handbuch zum Gebrauche für unsere Agitatoren: „Die Wahllügen der bürgerlichen Parteien", ist in der Presse. Darin werden auf Grund des gegnerischen Materials die immer wiederkehrenden Verleumdungen der Partei und deren Vertreter übersichtlich zusammengestellt und zurückgewiesen. — Die Zusammenstellung der von der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage seit dessen Bestehen eingebrachten

Anträge und Gesetzentwürfe erfordert eine recht umfangreiche Arbeit. In nächster Zeit wird aber auch dieses Werk erscheinen.

Die „Partei-Correspondenz" ist zu einem wichtigen Hülfsmittel in der Agitation geworden. Sie erscheint in einer Auflage von zirka 2000 und wird unseren Rednern, den Reichstags- und Landtagsabgeordneten, den Redaktionen der Partei- und Gewerkschaftspresse und den Organisationsleitungen regelmäßig zugestellt. Es erhalten also alle Genossen, die leitend in die Agitation eingreifen, die „Partei-Correspondenz". Da diese lediglich eine Materialienquelle für unsere Agitatoren sein soll, konnten weitergehende Wünsche, die übrigens nur ganz vereinzelt geltend gemacht wurden, nicht berücksichtigt werden. Die Redaktion war bestrebt, den Bedürfnissen der Genossen in weitgehendstem Maße Rechnung zu tragen. An Stelle des Genossen Grunwald, der nur vorübergehend in die Redaktion eingetreten war, ist Genosse D. Stücklen getreten.

* * *

Die Reichstagswahlen.

Die Sozialdemokratie hat die kapitalistische Kolonialpolitik des Reichs, die naturnotwendig auf die Unterdrückung und Ausbeutung fremder Völker hinauslaufen muß, von Anfang an bekämpft. Die grundsätzliche Ablehnung dieser Politik hat die Partei auch bei den Verhandlungen über die von der Regierung beantragten Nachtragsforderungen für Südwestafrika klar und rückhaltlos zum Ausdruck gebracht.

Das Zentrum befolgte bei diesen Beratungen seine alte zwiespältige Taktik. Es wollte von den beantragten 29 Millionen nur 20 Millionen bewilligen, um sich einerseits beim Volke als Oppositionspartei in Erinnerung zu bringen und andererseits der Regierung zu zeigen, wie unentbehrlich es für sie ist. Der Zusammenstoß Roerens mit der Regierung wegen des Falles Wistuba und die dabei erfolgte Bloßstellung des Zentrums erschwerten diesem jedoch den üblichen Rückzug. Als in der Budgetkommission sein Antrag, die Schutztruppe in Südwestafrika vom 1. April 1907 ab auf 2500 Mann herabzusetzen, abgelehnt worden war, stimmte es bei der zweiten Lesung im Plenum neben den Sozialdemokraten und gemeinsam mit den Welfen und Polen gegen die Regierungsforderung, so daß diese fiel.

Ebenso fiel der Vermittelungsvorschlag Ablaß, der nur eine verschämte Formulierung der Regierungsforderung war. Die Freisinnige Volkspartei, die jahrzehntelang und noch wenige Wochen vor diesem Konflikt die Kolonialpolitik der Regierung bekämpft hatte, schwenkte bei dieser Abstimmung in das Lager der Kolonialparteien. Dieser Verrat der Freisinnigen war um so schmählicher, als Bülow kurz zuvor dem Reichstag sein Mitbestimmungsrecht bei den Operationen in Südwestafrika bestritten und ganz unverblümt die Selbstherrlichkeit für seine imperialistische Politik proklamiert hatte.

Mit der Auflösung des Reichstags hatte es Bülow auffällig eilig. Er wartete damit nicht einmal bis zur dritten Lesung, bis zu der, wie schon so oft in ähnlichen Fällen, eine Verständigung mit dem Zentrum leicht herbeizuführen gewesen wäre, sondern er löste den Reichstag gleich nach der Abstimmung in der zweiten Lesung auf. Seitdem über das Treiben der Nebenregierung von Eulenburg und Konsorten in Liebenberg Licht verbreitet worden ist, ist allerdings auch klar geworden, daß es mit dieser Eile

Bülows eine ganz besondere Bewandtnis gehabt hat: Bülow wollte sich wohl als starker Mann zeigen, um der Hofkamarilla nicht zum Opfer zu fallen!

Am 16. Dezember erschien im „Vorwärts" der Aufruf unserer früheren Fraktion. Darin wurde eindringlich auf den Ernst der Situation hingewiesen, die durch die Reichstagsauflösung geschaffene politische Lage scharf skizziert und die Haltung unserer Partei zu den wichtigsten Fragen der Reichspolitik präzisiert. Der Aufruf schloß mit folgendem Appell an die Wähler:

„Wähler Deutschlands! Wir wissen, daß alles, was wir heute erreichen können, nur Stückwerk ist gegenüber dem, was erreicht werden müßte. Wir wissen, daß eine Reform von Grund aus eine durchgreifende Umwandlung unserer ökonomischen und politischen Zustände erfordert, daß

volle Freiheit und Gleichheit der Menschen in Staat und Gesellschaft

die

volle Anteilnahme an den Errungenschaften der Kultur auch für den letzten unter uns

nur das Werk des festen Wollens und der klaren Einsicht der großen Mehrheit der Nation sein kann. Aber wir wissen auch, daß die Zustände, die heute herrschen und sich immer mehr zuspitzen werden, dank der Einsichtslosigkeit der herrschenden Klassen die Revolutionierung der Köpfe herbeiführen, d. h. die Einsicht und den Willen zur Umgestaltung der Gesellschaft auf sozialistischer Grundlage schaffen. Die Not der Zeit lehrt die Menschen denken.

Im Vertrauen auf die revolutionierenden Wirkungen der Tatsachen ziehen wir guten Mutes in den Wahlkampf. Wir fordern Euch auf, daß, soweit Eure sozialen, Eure wirtschaftlichen und Eure politischen Interessen oder Euer Idealismus Euch auf die Seite der Sozialdemokratie nötigen — und das muß die große Mehrheit sein — Ihr Euch uns anschließt und am 25. Januar 1907

Mann für Mann Eure Stimme den Kandidaten der Sozialdemokratie

gebt."

Im Anschluß an diesen Aufruf forderte der Parteivorstand die Parteigenossen auf, ungesäumt die erforderlichen organisatorischen Vorbereitungen für den Wahlkampf zu treffen. In einem an die Parteiorganisationen gerichteten Zirkular wurden darauf bezügliche eingehende Winke und Anweisungen gegeben.

Die Leitungen unserer Bezirks- bezw. Landesorganisationen übernahmen für die ihnen angegliederten Wahlkreise die Funktion der Zentralwahlkomitees, eine Einrichtung, die sich auch bei diesem Wahlkampfe gut bewährt hat.

Das „Handbuch für sozialdemokratische Wähler" erschien in einer Auflage von 6000 Exemplaren und kam bereits am 1. Januar zum Versand; 5000 Exemplare wurden an die Parteigenossen gratis abgegeben. Bei der Kürze der Zeit, die für die Herstellung des Handbuchs zur Verfügung stand, konnte es nicht in so großem Umfange wie früher erscheinen. Es enthielt aber viele Hinweise auf sonstiges leicht zu erlangendes Material, so daß es seinem Zweck voll genügt haben dürfte.

Zur Orientierung der Parteifunktionäre über die wahlgesetzliche Materie wurde das kleine Heftchen „Winke zur Reichstagswahl" in einer Auflage von 78 000 Exemplaren herausgegeben; gratis abgegeben wurden davon 13 000 Exemplare.

Zur Hauptwahl wurden zehn Musterflugblätter herausgegeben. Zum Teil richteten sie sich gegen die verschiedenen gegnerischen Parteien, zum Teil wandten sie sich an bestimmte Arbeiterschichten, z. B. an die Eisenbahner, Landarbeiter und polnischen Arbeiter; in einem Flugblatt wurde besonders die Stellung der Sozialdemokratie zur Kolonialpolitik behandelt. Für eine Anzahl von Wahlkreisen wurden die Flugblätter in einer Gesamtauflage von etwa 1 Million auf unsere Kosten in der Vorwärts-Druckerei hergestellt.

Zur Stichwahl ließen wir ein illustriertes Flugblatt in einer Auflage von 2¼ Millionen herstellen, das den in Frage kommenden Kreisen unentgeltlich überwiesen wurde.

Dem großen Verlangen nach rednerischen Kräften konnten wir zur Hauptwahl nur in geringem Maße gerecht werden. Bei der Kürze und der Heftigkeit des Wahlkampfes waren unsere früheren Abgeordneten bis auf wenige Ausnahmen von ihren Kreisen ganz in Anspruch genommen, weshalb unser Versuch, sie auch in der allgemeinen Agitation zu verwenden, mißlang. Uns standen nur die Genossen Bebel und Singer zur Verfügung, die dann auch unter den äußersten Anstrengungen in einer großen Anzahl von Versammlungen sprachen. Außerdem hat Genosse Ledebour noch eine größere Zahl von Versammlungen abgehalten. Zur Stichwahl waren wir in der Lage, für 66 Versammlungen Redner zu beschaffen. —

Die allgemeine Situation war zur Zeit der Reichstagsauflösung für die Regierung günstiger als vielfach in der Partei angenommen wurde. Industrie und Handel standen im Zeichen der Prosperität, dadurch wurden die Wirkungen der durch die agrarische Zoll- und Absperrungspolitik hervorgerufenen Teuerung abgeschwächt. Die letzte Ernte war eine besonders gute gewesen, so daß trotz der hohen Kornzölle die Getreidepreise nicht erheblich gestiegen waren.

Wohl standen die Fleischpreise recht hoch; dieser Preisstand brachte aber andererseits auch den kleinen Bauern, die einen großen Teil ihres Einkommens aus der Viehzucht, besonders der Schweinezucht ziehen, einen augenblicklichen Vorteil. Die Verlegung des Wahlkampfes in den Winter kam unseren Gegnern deshalb noch besonders zu statten. Weiter kam hinzu, daß seit den letzten allgemeinen Wahlen die Klassengegensätze sich sehr verschärft hatten. Die erfreuliche Erstarkung der Gewerkschaften und das Aufblühen der Arbeiterkonsumvereine hatten weite Kreise des politisch-kurzsichtigen Kleinbürgertums an die Seite der Scharfmacher und der reaktionären „Mittelstandsretter" geführt. Ferner war durch unsere Wahlrechtsdemonstrationen, durch unsere Stellung zum politischen Massenstreik und zur russischen Revolution der Haß und die Erbitterung der Bourgeoisie aller Parteien gegen die Politik des klassenbewußten Proletariats aufs höchste gesteigert worden.

In dieser Situation fiel es Bülow nicht schwer, die von ihm so oft empfohlene Einigung der bürgerlichen Parteien, zu der man für 1908 bereits alle Vorbereitungen getroffen hatte, nun schnellstens herbeizuführen; allerdings unter Ausschluß des Zentrums. In seinem Silvesterbrief riet Bülow dem Liberalismus, mehr und mehr seinem „negativen Doktrinarismus" und der „Uebertreibung der Prinzipien" zu entsagen; der Gegensatz zwischen den Parteien der Rechten und der bürgerlichen Linken, der bisher in wirtschaftlichen Fragen bestanden habe, müsse überbrückt werden, zumal der Lebensmittelwucher auf „ein Jahrzehnt hinaus gesichert" sei. Der Abneigung des Liberalismus gegen jede ernste Sozialpolitik sollte offenbar mit

dem Hinweis gedient werden, daß „kein Staat für Gegenwart und Zukunft der Arbeiter, für ihre materiellen und geistigen Bedürfnisse mehr getan habe, als das Deutsche Reich". „Gegen Sozialdemokraten, Polen, Welfen und Zentrum!" lautete Bülows Wahlparole.

Der Freisinn wurde durch diese Kundgebung zunächst enttäuscht; denn wider Erwarten war die „liberale Aera" darin mit keinem Wörtchen erwähnt. Er willigte aber trotzdem in die „konservativ-liberale Paarung" ein, in der er sich dann stets als der bis zur beschämendsten Selbstverleugnung nachgiebige Teil erwiesen hat. In einer ganzen Anzahl von Kreisen verzichtete der Freisinn zugunsten der Reaktion auf eigene Kandidaten, so daß wir schon bei den Hauptwahlen vielfach einer geschlossenen reaktionären Masse gegenüberstanden. —

Der Wahlkampf, der, je mehr er sich entwickelte, sich immer mehr gegen die Sozialdemokratie konzentrierte, ist von unseren Gegnern in der schamlosesten Weise geführt worden, und man hat ihn daher mit Recht mit dem der Faschingswahlen im Jahre 1887 verglichen. Der ganze amtliche Apparat ist in den Dienst des Regierungsblocks gestellt worden. Dernburg hielt vor Professoren, Industriellen und Börsianern Wahlreden und Bülow spielte den finanziellen Makler für die Blockparteien.

Im Auftrage „der Wilhelmstraße" sind vom Generalstab Flugschriften und Broschüren verfaßt und gedruckt worden. Generalmajor Keim schrieb in einem seiner bekannten Briefe, daß im Auftrage der Reichskanzlei 15 Millionen Flugschriften versandt und von der Reichskanzlei bezahlt worden seien.

In direkter Verbindung mit dem amtlichen Wahlapparat stand der angeblich unpolitische Flottenverein, dessen Wahlumtriebe durch die Veröffentlichung des Briefwechsels, den der Vorstand des Flottenvereins mit dem Reichskanzleramt und einer Anzahl Blockpolitiker geführt hatte, bekannt wurden. Nach seinen eigenen Angaben hat der Flottenverein etwa 20 Millionen Stück Flugblätter und Broschüren verbreiten lassen, auch wurde festgestellt, daß der Flottenverein zu seinen eigenen erheblichen Mitteln auch noch durch Vermittelung des Reichskanzleramtes Gelder für seine „nationale" Wahlmache erhalten hat. Vom Oberkommando der Schutztruppe wurden für die Wahlarbeit des Flottenvereins sogar Offiziere, Ordonnanzen, Kanzleidiener usw. abkommandiert. Der Hauptmann Salzer, der für den Flottenverein als Redner tätig war, schrieb in einem Brief vom 26. Januar unter anderem: „Ich habe mich dem Flottenverein nur auf ausdrücklichen Wunsch des Oberkommandos zur Verfügung gestellt."

An finanziellen Mitteln mangelte es unseren Gegnern in diesem Wahlkampfe auch nicht. Die Großindustriellen hatten sich verpflichtet, pro Kopf des beschäftigten Arbeiters 1 Mk. zu zahlen, und auch von den Vertretern des Bank- und Börsenkapitals sind große Summen gespendet worden. Sie wußten sehr wohl, daß ihre Klasseninteressen mit dem Wahlkampfe in engstem Zusammenhang standen.

Dem Reichslügenverband soll nach seinem Berichte über die Tätigkeit bei den Reichstagswahlen, die Reichstagsauflösung nicht ganz unerwartet gekommen sein. Seine berüchtigte „Korrespondenz", die bis dahin wöchentlich erschien und von 1275 Zeitungen benutzt wurde, hat er während der Wahlbewegung in 15 Nummern erscheinen lassen. Den 50 Flugblättern gegen die Sozialdemokratie, die der Reichsverband schon vor den Wahlen auf Lager hielt, wurden noch weitere 22 hinzugefügt. In all diesen reichsverbändlerischen Sudeleien wird konsequent und raffiniert die Methode befolgt, mit perfider, persönlicher Verunglimpfung bekannter Sozialdemokraten und mit der Verfälschung von Aeußerungen solcher Genossen bei den Arbeitern das Vertrauen zur Sozialdemokratie und ihren Führern zu zerstören. Diese politische Brunnenvergiftung, mit der sich die Regierung durch Bülows Silvesterbrief einverstanden erklärt hat, hat sogar Widerspruch bei einigen bürgerlichen Politikern hervorgerufen. In einer Ende April dieses Jahres in Erlangen stattgefundenen nationalsozialen Versammlung nannte der Referent, Graf Bothmer aus München, den Reichsverband eine Sumpfpflanze, die nur von Verleumdungen gegen sozialdemokratische Führer lebe. Die Reichsverbändler seien gar nicht in der Lage, die Sozialdemokratie mit ehrlichen Waffen zu bekämpfen, da sie von deren Bestrebungen keinen blauen Dunst hätten und vom Marxismus nichts verständen. Der Reichsverband sei das niederträchtigste, armseligste, erbärmlichste Gebilde, das in Deutschland bestehe. In einer Replik gegen einen nationalliberalen Redner nahm Graf Bothmer noch Bezug auf das Kapitel von den sozialdemokratischen Führern im Handbuch des Reichsverbandes und meinte, daß jeder anständige Mensch dies Buch seiner politischen Gemeinheiten halber mit Indignation aus der Hand legen werde.

Bei den Blockbrüdern des Grafen haben während des Wahlkampfes die „politischen Gemeinheiten" des Reichsverbandes allerdings nichts weniger als „Indignation" hervorgerufen. Denn in dem Reichsverbandsbericht wird gesagt: „Daß der Reichsverband mit diesem Buche eine wertvolle Waffe im Kampfe gegen die Sozialdemokratie geschmiedet hat, beweisen die zahlreichen Dank- und Anerkennungsschreiben, die dem Reichsverband von denjenigen zuteil geworden sind, die als Vorkämpfer der bürgerlichen Parteien, als Reichstagskandidaten, als Führer von vaterländischen Vereinen und bürgerlichen Parteiorganisationen in der Lage waren, im Wahlkampfe von diesem Handbuche ausgiebigen Gebrauch zu machen." Auch die Flugblätter des Reichsverbandes waren ein von allen bürgerlichen Parteien sehr begehrter Artikel.

Liebert und Genossen können für die Methode des Reichsverbandes übrigens nicht einmal die geistige Vaterschaft beanspruchen; sie ist vielmehr lediglich eine Nachahmung der Methode, die von der M.-Gladbacher Jesuitenschule schon bei früheren Wahlkämpfen praktiziert worden ist. Nachdem der gelehrige Jesuitenschüler Liebert von Bülow als Wahlmacher legitimiert worden war, bekam diese Methode offiziellen Charakter und wurde von den bürgerlichen Parteien überall dort befolgt, wo die Sozialdemokratie ernstlich in Frage kam. Insbesondere trifft dies auch für die Anleitung zur wahltechnischen Organisation zu. Zur Anpassung an die lokalen Verhältnisse erfuhr sie entsprechende Abänderungen; in der Hauptsache lautete sie in der Regel so:

Streng vertraulich!!

Anleitung für das Wahlbureau.

Als Wahlbureau ist, wenn irgend möglich, ein Zimmer des Restaurants zu wählen, in welchem das Wahllokal sich befindet. Ist dieses nicht möglich, so ist solches in dem nächstliegenden Restaurant zu errichten.

Das Wahlbureau setzt sich zusammen aus

a) dem Obmann des Bezirks, im Behinderungsfalle aus dessen Stellvertreter als Wahlbureau-Vorsteher.

b) 6 Vertrauensmännern,
diese führen die Liste und schreiben Mahnbriefe aus,

c) 10 Vertrauensmännern,
diese verrichten den Schlepperdienst.

Der Wahlbureau-Vorsteher hat dafür zu sorgen, daß die Nummerzettel von ½12 Uhr ab alle halbe Stunde aus dem Wahllokal abgeholt werden. Um 12 Uhr beginnt die erste Mahnung und von dieser Zeit an tritt der Schlepperdienst ohne Unterbrechung in Kraft.

Die Mahnbriefe sind von 12 Uhr an auszuschreiben und sofort durch die Herren Schlepper zu expedieren."

Die „nationale Wahlparole" wurde von den Kolonialdemagogen in der skrupellosesten Weise zur Aufpeitschung der nationalen Instinkte ausgenutzt. Sogar in einem Berliner Wahlkreis ist z. B. von den Freisinnigen ein Flugblatt verbreitet worden, das beginnt:

„Nur noch wenige Tage trennen uns von der Entscheidung. Die diesmalige Reichstagswahl ist ernster als irgend eine der vorhergehenden. Es handelt sich dabei um die Frage, ob das langersehnte und endlich gekommene deutsche Vaterland in seinem durch das Blut seiner Söhne festgeeinigten Bestand erhalten bleiben soll."

Mit Vorliebe versuchten unsere Gegner die Wähler auch mit dem angeblichen „Terrorismus der Genossen" graulich zu machen, wozu in der Regel aus den Fingern gesogene Räubergeschichten herhalten mußten.

Dagegen haben aber gerade bei der letzten Wahl unsere Gegner ihre ökonomische Macht in der brutalsten Weise zur Terrorisierung der Wähler ausgenutzt. Charakteristisch ist hierfür das Vorgehen der nationalliberalen Scharfmacher im Saargebiet. Am Montag, den 14. Januar, wollten dort mehrere unserer Genossen in Völklingen auf denjenigen Landstraßen, auf denen die Arbeiter von und nach der Hütte gehen, Flugblätter für unsere Partei verteilen. Selbstverständlich ist dabei niemand belästigt worden. Vier Hüttenbeamten traten aber auf die Straße und verboten den Hüttenarbeitern die Annahme der Flugblätter. Wer schon ein solches „Dreckblatt" angenommen hatte, sollte es sofort auf die Straße werfen und mit Füßen darauf treten. Einem Arbeiter, der bereits ein Flugblatt in der Hand hatte und auf die Aufforderung hin, dasselbe in den Dreck zu werfen, erklärte, es erst lesen zu wollen, riß ein Beamter das Blatt aus der Hand, zerknitterte es und schleuderte es dem Arbeiter ins Gesicht! Als ein Genosse den Beamten dieserhalb Vorhaltungen zu machen versuchte, erklärte einer: „Ein Hüttenarbeiter, der es wagt, von Ihnen ein solches Dreckblatt noch anzunehmen, soll schon sehen, was ihm passiert!" Ein anderer rief: „Ein paar handfeste Kerle! Gebt den roten Lumpen einen Schub, daß sie in den Dreck fliegen! Schlagt doch die Hunde nieder!" Als die Arbeiter immer noch keine Miene machten, dieser Aufforderung Folge zu leisten, schrie einer der Hüttenvögte wie rasend: „Ist denn nicht ein beherzter Kerl unter Euch, der den Mut hat, zuzufassen? Ihr feigen Hunde! Die roten Lumpen lachen Euch nachher nur noch aus! Schlagt die Hunde doch nieder! Tretet sie in den A . . ., daß sie in den Dreck fliegen, daß ihnen das Wiederkommen für alle Zeiten vergeht!" Nur mit knapper Not entgingen schließlich unsere Genossen schweren Mißhandlungen.

Auch in den Zentrumsdomänen — wo gegen uns nach der M.-Gladbacher Methode gearbeitet wurde, die, wie schon hervorgehoben, für die des Reichsverbandes vorbildlich war — ist offen und versteckt in Reden, Predigten und Zeitungsnotizen zu Gewalttätigkeiten gegen unsere Flugblattverbreiter aufgefordert worden. Der „Opladener Bote" forderte z. B. die „Katholiken von Opladen und Umgegend" in Hinsicht auf eine von sozialdemokratischer Seite angekündigte Flugblattverbreitung auf, „energisch das Hausrecht zu wahren": „Dreimalige Aufforderung, fünf Finger, ein Griff, Vordermann, vorwärts marsch, mit dem linken Fuß angetreten und der rote Hampelmann liegt draußen! Auf keine langen Erörterungen einlassen — handeln." Bei einer im Kreis Rheinbach vorgenommenen Flugblattverbreitung wurde eine Anzahl unserer Genossen in Oberdrees bei Rheinbach in ganz brutaler Weise überfallen. Es wurden ihnen unter Anführung des Ortsvorstehers die Flugblätter gewaltsam entrissen. Außerdem wurden unsere Genossen schwer mißhandelt. Auch in dem Orte Friesheim bei Bonn wurden mehrere sozialdemokratische Flugblattverbreiter in der rohesten Weise mißhandelt und gegen einen der Mißhandelten eine Freiheitsberaubung begangen. Unsere Parteigenossen hatten die Flugblätter zur nämlichen Stunde verteilt, da in Friesheim eine Zentrumsversammlung stattfand. Das Gerücht von der Anwesenheit der Sozialdemokraten und der Verteilung der Flugblätter verbreitete sich in der Versammlung; eine große Zahl von Zentrumsleuten eilte hinaus, nahm den Sozialdemokraten die Flugblätter ab und mißhandelte die Leute aufs schwerste. Einer der frommen Wähler packte einen der Flugblattverteiler, einen kleinen, wenig kräftigen Stellmachergesellen, zerrte ihn in das Versammlungslokal und stellte ihn dort mit den Worten vor: „Hier ist der rote Hund!" Der Tatbestand wurde später vor Gericht festgestellt; die Angeklagten fanden aber milde Richter. Das Gericht sprach fünf nicht geständige Angeklagte frei, verurteilte drei zu je 100 Mk. und den vierten zu 150 Mk. Geldstrafe.

Aehnliche Berichte liegen aus einer Anzahl von Kreisen vor, wo dem Zentrum angehörende Bürgermeister, Ortsvorsteher, Polizeidiener durch Saalabtreiberei und Verhinderung der Schriftenverteilung den Kampf mit „geistigen Waffen" gegen uns führten.

Daß infolge eines solchen, von allen Seiten mit nie zuvor erreichter Heftigkeit geführten Wahlkampfes die Wahlbeteiligung eine besonders starke sein mußte, ist nicht weiter verwunderlich. Die Ziffern der Wahlbeteiligung übertrafen die aller früheren Wahlen. Von 13 350 698 Wahlberechtigten haben 11 303 483 Wähler bei der Hauptwahl ihre Stimme abgegeben. Die Wahlbeteiligung betrug danach 84,7 Proz. gegen 76,1 Proz. im Jahre 1903.

Bei den Hauptwahlen erlangte die Partei 29 Mandate, gegen 56 im Jahre 1903. An den Stichwahlen waren wir in 90 Wahlkreisen beteiligt, gegen 118 im Jahre 1903. Mandate errangen wir bei den Stichwahlen noch 14, so daß die Stärke der Reichstagsfraktion 43 gegen 81 im Jahre 1903 beträgt.

Die Partei verlor: Königsberg, Brandenburg, Frankfurt a. O. (allerdings bereits in einer Nachwahl 1904 schon), Nandow, Stettin, Breslau-Ost, Breslau-West, Reichenbach i. Schles., Magdeburg, Halle, Zeitz, Flensburg, Ottensen, Lauenburg, Frankfurt a. M., Lennep, Altena-Iserlohn, Elberfeld, München I, Zittau, Löbau, Dresden-Altstadt, Meißen, Pirna, Döbeln, Freiberg, Oschatz, Leipzig-Stadt, Borna, Zschopau (bereits in der Nach-

wahl 1904), Annaberg, Kirchberg, Plauen, Böblingen, Eßlingen, Göppingen, Darmstadt, Rostock, Weimar, Braunschweig, Sonneberg, Altenburg (bereits in der Nachwahl 1904), Gotha, Rudolstadt, Reuß j. L., Reuß ä. L., Bremen. — Behauptet hat die Sozialdemokratie die übrigen 35 Kreise. Neugewonnen wurden 8, nämlich: Straßburg i. Els., Mülhausen i. Els., Offenbach, Hanau, Wiesbaden, Höchst, Duisburg und Bielefeld.

Die politische Entwickelung der in unserem Besitz befindlichen Wahlkreise ergibt sich aus der Tabelle, die dem Bericht angefügt ist.

In 19 von den 38 Wahlkreisen, die wir verloren haben, hatten wir einen Stimmenzuwachs, der teilweise sogar recht erheblich war. So wurden sozialdemokratische Stimmen abgegeben:

Wahlkreise	1903	1907
Frankfurt a. M.	20 178	28 869
Magdeburg	20 871	24 258
Königsberg i. Pr.	14 042	17 321
Göppingen	8 930	11 700
Bremen	25 076	27 362
Breslau-West	17 545	19 659
Eßlingen	10 168	12 256
Altena-Iserlohn	10 146	12 129
Breslau-Ost	14 831	16 591
Halle a. S.	20 439	21 941
Stettin	13 111	14 528
Elberfeld-Barmen	27 056	28 256

Dem Verlust der Mandate steht eine erhebliche Zunahme der Stimmenzahl gegenüber. Für die Sozialdemokratie wurden bei den Hauptwahlen Stimmen abgegeben:

1907	3 259 020
1903	3 010 771
Zunahme	248 249 = 8,2 Prozent

Von allen Wahlberechtigten haben 24,4 Proz. für uns gestimmt, gegen 24,0 Proz. im Jahre 1903.

Will man die Stimmenzunahme mit denen anderer Wahlperioden vergleichen, so ergibt das einfache Unter- und Nebeneinanderstellen der Ziffern kein richtiges Bild. Denn der Gewinn an Stimmen ist nicht nur eine Frucht der Wahlagitation, sondern in erster Linie der Erfolg der Arbeit, die in dem Zeitraum geleistet wurde, der zwischen den Wahlen liegt. Die zwischen den Wahlen liegenden Zeitabschnitte sind aber von sehr verschiedener Dauer. So lag z. B. zwischen den Jahren 1890 und 1893 ein Zeitraum von 40 Monaten und den beiden folgenden Perioden ein Zeitabschnitt von 60 Monaten. Dann wieder zwischen 1903 und 1907 ein Zeitraum von 43 Monaten. Unsere Stimmenzunahme ist aber auch erheblichen Schwankungen unterworfen, die durch die politischen Ereignisse der abgelaufenen Perioden hervorgerufen werden. Besondere Steigerungen traten immer dann ein, wenn die Angriffe auf die Arbeiterklasse besonders heftig waren und die Nutznießer der Herrschenden recht kraß hervortrat. So war z. B. in der Periode 1887/90 die schlimmste Zeit der Puttkamerei. In derselben Periode wurden die Branntweinliebesgaben geschaffen und der Zoll für Brotgetreide von 3 Mk. auf 5 Mk. erhöht. In der Zeit von 1898/1903 kam der Zuchthausgesetzentwurf und der Wuchertarif; dazu kamen uns besonders in Sachsen noch mehrere landespolitische Vorkommnisse zur Hülfe.

Wie sehr die Sozialdemokratie infolge der ungerechten Wahlkreiseinteilung benachteiligt wird, tritt deutlich zutage, wenn man die den einzelnen Parteien zugefallenen Mandate mit der erzielten Stimmenzahl vergleicht.

Parteien	Bei den Hauptwahlen abgegebene Stimmen	Zugefallene Mandate
Sozialdemokratie	3 259 020	43
Zentrum	2 179 743	105
Nationalliberale	1 687 048	55
Deutsch-Konservative	1 060 209	61
Freisinnige Volkspartei	736 006	28
Reichspartei	471 863	24
Polen	453 858	20
Freisinnige Vereinigung	359 320	14
Deutsche Reformpartei	248 534	6
Wirtschaftliche Vereinigung	223 996	19
Deutsche Volkspartei	138 607	7
Andere Parteien	292 351	15
Unbestimmt	194 202	
Zersplittert	8 018	—
	11 262 775	397

Von einem gleichen Wahlrecht kann danach nicht mehr geredet werden.

Das Wahlergebnis ist in der Parteipresse und in Parteiversammlungen eingehend besprochen worden. Abgesehen von den voreiligen und vorlauten Kritiken, die mehrere Genossen sofort nach den Wahlen in einigen außerhalb der Partei stehenden Blättern veröffentlichten, die indes fast einmütigen Widerspruch bei den Parteigenossen fanden, stimmte die Partei in der Würdigung des Wahlresultats im wesentlichen überein mit der Auffassung, die der Parteivorstand in einem Aufruf: „An die Partei!" vom 9. Februar niedergelegt hat.

So sehr auch der Wahlausfall von der Regierung und den bürgerlichen Parteien bejubelt wurde, Niedergeschlagenheit oder gar Entmutigung hat er in unseren Reihen nicht erzeugt. Unsere Genossen bekundeten vielmehr überall ungeschwächten Kampfesmut. Unmittelbar nach der Wahl ist fast allerorts eine lebhafte und sehr erfolgreiche Agitation zur Stärkung der Organisation und zur Gewinnung neuer Leser für die Parteipresse entfaltet worden. Mit Recht konnte gegenüber dem gegnerischen Freudentaumel in dem Aufruf „An die Partei!" gesagt werden:

„Die deutsche Sozialdemokratie wurde also nicht niedergeritten, wie der Kaiser in der Nacht vom 5. auf den 6. Februar seinen Zuhörern auf dem Berliner Schloßplatz siegesfroh verkündete. Niedergeritten wurden nur die Mehrheiten in einer Anzahl von Wahlkreisen, die wir zum Teil eben erst mit knappen Majoritäten erobert hatten. Aber drei und eine viertel

Million über fünfundzwanzig Jahre alte Männer marschieren trotzig und eisenfest hinter dem roten Banner. Das ist eine Armee, die nicht wie die Gladiatoren Roms das „Ave Caesar, morituri te salutant" rufen, sondern, nicht minder stolz wie die Cäsaren selbst, ihr Ziel verfolgen: Die Befreiung der Menschheit aus den Banden der Unwissenheit, der politischen Unfreiheit und der sozialen Unterdrückung und Ausbeutung."

An anderer Stelle des Aufrufs heißt es: „Zweifellos hat sich die Partei im großen und ganzen wundervoll geschlagen!" Die Richtigkeit dieser Auffassung ist bei einer Umfrage des Parteivorstandes bei den Bezirks- und Kreisorganisationen durchweg bestätigt worden.

Bei der mündlichen Agitation muß allerdings berücksichtigt werden, daß der Mangel an Versammlungslokalen noch immer recht groß ist, und daß schon deshalb der Wirkung dieser Agitation verhältnismäßig enge Grenzen gezogen sind. Abgesehen von Südbayern, worüber uns Angaben nicht vorliegen, stehen uns in 50 Wahlkreisen Versammlungslokale überhaupt nicht zur Verfügung. Davon entfallen auf die östlichen Provinzen 39 Kreise, auf die westlichen 9 und auf Mitteldeutschland 2. In vielen anderen Kreisen wird über Lokalmangel geklagt, verursacht durch den von Gegnern und Behörden auf die Lokalinhaber ausgeübten Druck.

In der schriftlichen Agitation ist großes geleistet worden. Ueber die Zahl der Flugblätter, die von unseren Genossen in den einzelnen Wahlkreisen verbreitet worden sind, gibt die folgende Zusammenstellung Aufschluß.

Zahl der Kreise	Zahl der herausgegebenen Flugblätter	Zahl der Kreise	Zahl der herausgegebenen Flugblätter
46	1	6	10
73	2	5	11
74	3	3	13
52	4	5	14
30	5	3	15
19	6	1	18
12	7	1	19
10	8	1	20
6	9	1	21

Aus 49 Wahlkreisen sind uns hierüber Angaben nicht gemacht worden. Unter der großen Zahl der Flugblätter der in obiger Aufstellung zuletzt aufgeführten Wahlkreise befinden sich allerdings auch Spezialflugblätter, die an bestimmte Berufsgruppen gerichtet waren. Die Gesamtauflage der im Reiche von unserer Partei verbreiteten Flugschriften beläuft sich auf etwa 55,5 Millionen.

Der Wahlkampf hat im ganzen Reiche eine Gesamtausgabe von rund 1 570 000 Mk. erfordert, wovon 412 118,29 Mk. von der Zentralkasse getragen worden sind. Von der letzteren Summe sind 393 840,49 Mk. den Bezirks- bezw. Landesorganisationen als Zuschuß gewährt worden, der sich auf die einzelnen Bezirke wie folgt verteilt:

Agitationsbezirke	Zahl der Wahlkreise	Zuschuß von der Zentralkasse
Ostpreußen	17	16 000,—
Westpreußen	13	10 000,—
Groß-Berlin	8	—
Brandenburg	18	20 000,—
Pommern	14	12 000,—
Posen	15	6 138,95
Schlesien (Breslau)	15	11 161,71
„ (Görlitz)	7	7 300,—
„ (Oberlangenbielau)	7	8 300,—
„ (Kattowitz)	6	8 000,—
Prov. Sachsen (Magdeburg)	8	10 000,—
„ „ (Halle a. S.)	8	13 800,—
Erfurt	4	6 900,—
Schleswig-Holstein	10	10 000,—
Hannover	11	15 000,—
Westfalen (Bielefeld)	12	6 000,—
„ (Dortmund)	5	7 000,—
Rheinprovinz (Köln)	20	8 000,—
„ (Elberfeld)	15	25 700,—
Saargebiet	3	2 336,—
Hessen-Nassau (Frankfurt a. M.)	12	16 333,33
„ (Kassel)	6	10 500,—
Nord-Bayern	20	20 000,—
Süd-Bayern	20	—
Pfalz	6	—
Sachsen-Dresden	9	7 000,—
„ -Leipzig	4	—
„ -Chemnitz	7	16 000,—
„ -Zwickau	3	11 000,—
Württemberg	18	15 000,—
Baden	14	10 000,—
Hessen	9	13 000,—
Mecklenburg	7	13 200,—
Thüringen (Weimar)	5	11 900,—
„ (Jena)	4	4 500,—
Coburg-Gotha	1	—
Oldenburg	5	4 000,—
Braunschweig	3	—
Sachsen-Meiningen	2	1 500,—
Anhalt	2	—
Hamburg	3	—
Bremen	5	4 500,—
Lübeck	1	—
Elsaß-Lothringen	15	31 770,—
	397	393 840,49

Hat so die Partei in agitatorischer Hinsicht und in der Beschaffung von Geldmitteln geradezu erstaunliches geleistet, so hat es aber vielerwärts an der sorgfältigen Vorbereitung und der gründlichen Durchführung der sogenannten Kleinarbeit, der wahltechnischen Organisation, doch sehr gemangelt. Es muß offen ausgesprochen werden, daß in manchen Kreisen die Gegner auf diesem Gebiete unseren Genossen voraus waren. Charakteristisch für die Arbeit der Gegner auf diesem Gebiete ist z. B.

folgender Passus, der sich vielfach in den oben schon besprochenen Anleitungen für die gegnerischen Wahlhelfer befand.

„Die Vertrauensmänner suchen festzustellen, welche von den Wählern ihres Teilbezirkes sicher auf unserer Seite, welche „zielbewußte" Sozialdemokraten und welche zweifelhafte sind. Die letzten sind besonders ins Auge zu fassen und, soweit dies möglich, persönlich zu bearbeiten, ebenso solche Wähler, die erfahrungsmäßig in der Erfüllung ihrer Wahlpflicht säumig sind. Bei der Bearbeitung der Wählerlisten für diesen Zweck bittet man folgende Zeichen zu verwenden: † (= Ordnungsparteiler), — (= Sozialdemokraten), †? (= wahrscheinlich Ordnungsparteiler), —? (= wahrscheinlich Soz.), ? (= nichts zu ermitteln) und diese Zeichen mit Rot- oder Blaustift oder farbiger Tinte einzutragen."

Daß diese Anleitung von den Gegnern fast überall streng befolgt worden ist, wird durch die uns zugegangenen Berichte durchweg bestätigt. Die Mobilmachung der indifferenten Masse ist also auch auf diese Weise betrieben worden. Verstärkt durch die „Partei der Nichtwähler" gelang es dann den bürgerlichen Parteien, uns in einer Anzahl von Wahlkreisen niederzustimmen. Wie sehr unser Mandatsverlust auf diesen Umstand zurückzuführen ist, zeigt folgende Berechnung:

Prozentsatz der für uns abgegebenen Stimmen der Wahlberechtigten bei den Hauptwahlen	Wahlen	Zahl der Wahlkreise	Zahl der uns bei den Hauptwahlen zugefallenen Mandate
35—40	1907	32	—
	1903	27	3
40—45	1907	32	8
	1903	33	28
45—50	1907	10	10
	1903	12	12
über 50	1907	11	11
	1903	13	13

Am deutlichsten tritt dieser Umstand in der Gruppe von Wahlkreisen in Erscheinung, in denen 40 bis 45 Proz. der Wahlberechtigten für uns gestimmt haben. Bei den Hauptwahlen 1903 war dies in 33 Wahlkreisen der Fall, und in 28 dieser Wahlkreise fiel uns das Mandat zu. Bei den letzten Wahlen erreichten wir in 32 Wahlkreisen dasselbe Stimmenverhältnis, aber nur in 8 von diesen Wahlkreisen errangen wir das Mandat.

Die Stichwahlparole des Parteivorstandes wurde im „Vorwärts" vom 27. Januar veröffentlicht; in den wesentlichsten Punkten lautete sie wie folgt:

„Bei Stichwahlen zwischen gegnerischen Parteien empfehlen wir, nach folgenden Grundsätzen zu verfahren:

Unter keinen Umständen dürfen Konservative, Reichspartei, Bund der Landwirte, Antisemiten und Nationalliberale eine sozialdemokratische Stimme bei den Stichwahlen erhalten.

Für die anderen Parteien empfehlen wir folgende Stellungnahme unserer Genossen:

Voraussetzung für die Unterstützung einer dieser Parteien bei den Stichwahlen muß die Verpflichtung des Kandidaten sein, daß er

1. gegen jede Verschlechterung des allgemeinen gleichen geheimen und direkten Wahlrechts stimmen wird;

2. daß er jeden Versuch, das Koalitionsrecht einzuschränken, unbedingt zurückweisen wird;

3. daß er sich gegen jedes wie immer geartete Ausnahmegesetz erklären wird.

Nachdem diese Erklärungen abgegeben sind, empfehlen wir den Kreiswahlvereinen die Entscheidung, ob ein solcher Gegner bei der Stichwahl sozialdemokratische Unterstützung finden soll, unter der Würdigung der Persönlichkeit des Gegners zu treffen. Unter keinen Umständen aber darf einem Kandidaten eine sozialdemokratische Stimme zufallen, der die aufgestellten Bedingungen nicht akzeptiert."

Die Parole ist von den Parteigenossen überall befolgt worden; nur mit den Genossen einiger süddeutscher Wahlkreise kam es wegen der „Würdigung der Persönlichkeit des Gegners" zu einer Auseinandersetzung. Das Vorgehen dieser Genossen war aber insofern begreiflich, als die Freisinnigen auch in den Stichwahlen fast überall der Reaktion Zutreiberdienste geleistet haben. Zu den 11 Mandaten, die sie bereits bei den Hauptwahlen der Reaktion ausgeliefert, haben sie dieser bei den Stichwahlen noch weitere 32 Mandate zugeschanzt.

Damit die Sündenliste des Freisinns nicht der Vergessenheit anheimfällt, soll sie hier aufgeführt werden. Zunächst die Kreise, die der Freisinn durch Verzicht auf eigene Kandidaturen den Parteien der Rechten ausgeliefert hat. Zu diesem Zwecke führen wir die Stimmen auf, die der Freisinn im Jahre 1903 aufgebracht hat, und das Mehr, das der Gegenkandidat der Sozialdemokratie dadurch erzielte:

	Freisinnige Stimmen 1903	Parteibezeichnung Mehrheit des gegnerischen Kandidaten
Elberfeld-Barmen	4 529	4 151 Antis.
Wanzleben	408	691 Antis.
München I	712	1 426 natl.
Borna-Oschatz	3 162	3 457 Rp.
Cannstatt	2 759	3 182 natl.
Eßlingen	4 227	2 936 natl.
Reuß j. L.	10 805	2 723 natl.
Schwarzburg-R.-S.	3 271	4 932 natl.
Breslau-Ost	5 144	5 624 kons.
Löbau	2 644	2 954 natl.
Pirna	1 399	1 645 Antis.

Bei den Stichwahlen hat der Freisinn den Parteien der Rechten die Mandate folgender Wahlkreise verschafft, und zwar:

den Konservativen 7,
nämlich: Potsdam-Osthavelland, Randow-Greifenhagen, Striegau-Schweidnitz, Grünberg-Freystadt, Querfurt, Malchin-Waren und Güstrow;

den Reichsparteilern 7,
nämlich: Zauch-Belzig, Kottbus-Spremberg, Bitterfeld-Delitzsch, Harburg-Buxtehude, Mecklenburg-Strelitz, Sachsen-Altenburg und Schaumburg-Lippe;

den Nationalliberalen 11,
nämlich: Potsdam-Westhavelland, Wolmirstedt-Neuhaldensleben, Liebenwerda-Torgau, Apenrade-Flensburg, Dithmarschen, Döbeln-Roßwein, Annaberg-Eibenstock, Darmstadt, Rostock, Jena und Sachsen-Koburg;
den Antisemiten 6,
nämlich: Eschwege-Schmalkalden, Weimar, Eisenach und Holzminden, Meißen-Großenhain, Elberfeld-Barmen;
dem Bund der Landwirte 1
nämlich: Kaiserslautern.

Der Freisinn hat als Oppositionspartei ausgelebt. Mit seinen Verrätereien bei den Reichstagswahlen ist er zum willfährigen Handlanger der Reaktion herabgesunken. Die Sozialdemokratie wird in Zukunft die einzige Partei sein, die für die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiterklasse kämpft, die einzige Partei, die für die demokratische Entwickelung des Reiches eintritt!

Mehr denn je ist das Proletariat in seinem Befreiungskampfe auf sich selbst, auf seine eigene Kraft angewiesen! Mit desto größerem Eifer müssen daher unsere Parteigenossen ihre ganze Kraft in den Dienst unserer Sache stellen! Haben wir den Wahlkampf trotz der schamlosesten Hetze und des äußersten Aufgebots unserer Feinde als die unüberwindliche Dreimillionenpartei bestanden, so muß es uns bei sorgfältiger, intensiver und unermüdlicher Organisations- und Aufklärungsarbeit auch gelingen, die uns noch fernstehenden Klassengenossen mehr und mehr um unsere Banner zu sammeln und so neue Erfolge und neue Siege für die Partei zu erkämpfen!

* * *

Nachwahlen zum Reichstag.

Nachwahlen zum Reichstag, an denen die Partei beteiligt war, haben in der Zeit vom 1. August 1906 bis zum 1. Juli 1907 sechs stattgefunden. Davon fanden drei vor der Auflösung des Reichstags statt. Die bisherigen Abgeordneten dieser drei Kreise waren verstorben, darunter der Genosse Grünberg, der den Wahlkreis Döbeln-Rossen-Roßwein vertreten hatte. An seine Stelle wurde in der Nachwahl Genosse Pinkau gewählt. In den beiden anderen Kreisen, Stade-Bremervörde und Hadersleben-Sonderburg, haben wir mit Stimmenzuwachs abgeschlossen:

Zu den allgemeinen Wahlen im Jahre 1903 stand das Stimmenergebnis in folgendem Verhältnis:

Wahlkreise	Bei der Wahl am 16. Juni 1903			Bei den Nachwahlen vom 1. August 1906 bis zum 25. Januar 1907		
	abgegebene gültige Stimmen	für Sozialdemokraten	Prozent	abgegebene gültige Stimmen	für Sozialdemokraten	Prozent
Döbeln-Rossen-Roßwein	24 195	13 162	54,4	24 044	12 207	50,7
Stade-Bremervörde	20 013	5 964	29,8	21 284	6 183	29,0
„ (Stichwahl)	19 410	7 178	36,9	20 646	7 149	34,6
Hadersleben-Sonderburg	15 862	712	4,4	16 200	770	4,7

Bei den allgemeinen Wahlen im Januar war der freisinnige Flottenvereins-Stipendiat Eickhoff doppelt gewählt worden. Das Mandat für Mühlhausen-Langensalza legte er daraufhin nieder, wodurch er aber mit seinem dortigen Wahlkomitee in heftige Differenzen geriet; er sollte versprochen haben, eventuell das Mühlhauser Mandat zu behalten, was Eickhoff jedoch bestritt. Aber allen Reinwaschungsversuchen zum Trotz haben schließlich Mitglieder des früheren Vorstandes der vereinigten liberalen Parteien in Mühlhausen am 29. April eine Erklärung veröffentlicht, in der behauptet wird, Eickhoff habe in der Komiteesitzung am 22. Dezember 1906 versprochen, im Falle seiner Doppelwahl seinen Thüringer Wählern treu zu bleiben. In der Nachwahl ging das Mandat, das bis dahin zum alten freisinnigen Besitzstand gezählt hatte, auf die Konservativen über. Für uns war bei dieser Wahl ein größerer Erfolg von vornherein ausgeschlossen, zumal das Zentrum, das sich mit seinen 2000 Stimmen am 25. Januar an der Wahl nicht beteiligte, bei der Nachwahl für den Konservativen eintrat. Bei der Nachwahl im Kreise Schleiden-Malmedy kamen wir nicht ernstlich in Betracht.

Das Verhältnis unserer Stimmen bei diesen Nachwahlen zu den bei den allgemeinen Wahlen am 25. Januar ist wie folgt:

Wahlkreise	Bei der Wahl am 25. Januar 1907			Bei den Nachwahlen vom 25. Januar 1907 bis zum 1. Juli 1907		
	abgegebene gültige Stimmen	für Sozialdemokraten	Prozent	abgegebene gültige Stimmen	für Sozialdemokraten	Prozent
Mühlhausen-Langensalza	22 683	6 016	26,5	23 537	5 610	24,2
Glauchau-Meerane	30 181	16 682	55,2	29 786	17 074	57,3
Schleiden-Malmedy-Montjoie	18 543	334	1,8	15 708	99	0,6

Die Nachwahl in Glauchau-Meerane ist durch den Tod unseres Genossen Ignaz Auer erforderlich geworden. In ihrem Siegestaumel glaubten die Gegner, uns den Wahlkreis entreißen zu können. In der Nr. 27 der reichsverbändlerischen Korrespondenz hieß es in einem Aufruf in bezug auf diese Wahl: „Auf, deutsches Bürgertum, setze Deinen sicheren Siegeslauf, der so ruhmreich am 25. Januar d. J. begonnen hat, fort, und tilge den letzten roten Flecken von Deinem Rock! Auf, zur fröhlichen Tat!"

Die Ansetzung der Nachwahl erfolgte mit ungewohnter Schnelligkeit; schon 16 Tage nach dem Tode Auers fand sie statt. Diese Eile hatte zweifellos eine Ueberrumpelung unserer Genossen zum Zweck. Die wohlvorbereiteten Gegner führten den Wahlkampf mit skrupellosester Heftigkeit, und zwar ganz nach der Methode und mit den Waffen des Reichsverbandes. Die gesamte bürgerliche Presse des Wahlkreises brachte täglich die gemeinsten Angriffe gegen die Partei, und täglich haben die Gegner per Auto den Kreis mit Flugblättern überschwemmt. Versammlungen hielten sie in großer Zahl ab; besetzten aber auch alle von uns veranstalteten Versammlungen mit Rednern. Der gegnerische Kandidat sprach in jeder Versammlung, in der unser Kandidat Molkenbuhr referierte. In den letzten Tagen versuchten die Gegner sogar systematisch unsere Versammlungen zu sprengen

Dem Ausgange des Kampfes, der sich in den letzten Tagen bis zur Siedehitze gesteigert hatte, wurde überall mit der größten Spannung entgegengesehen. Unsere Genossen im Kreise Glauchau-Meerane haben die Erwartungen, die man auf sie setzen durfte, nicht getäuscht; sie haben den Wahlkreis Auers nicht nur glänzend behauptet, sondern sie haben den Gegnern auch eine empfindliche Niederlage bereitet. Die Gegner verloren gegen die Wahl am 25. Januar 742 Stimmen, während wir eine Zunahme von 392 Stimmen zu verzeichnen hatten. Unsere Stimmenzahl wäre erheblich größer gewesen und würde nicht weit hinter der des Jahres 1903 zurückgeblieben sein, wenn nicht infolge einer Verfügung des Wahlkommissars diejenigen Wähler, die seit dem 25. Januar aus ihrem Bezirk verzogen waren, bei der Nachwahl in ihrem alten Wahlbezirk nicht wählen durften und dadurch ihres Wahlrechtes verlustig gegangen sind. Von dieser Maßnahme wurden sehr viele Arbeiter betroffen, weil zwischen den allgemeinen Wahlen und der Nachwahl der 1. April als Umzugstermin lag.

Das Wahlergebnis hat im bürgerlichen Lager große Enttäuschung hervorgerufen. Das „Leipziger Tageblatt" schrieb: „Man ist auf bürgerlicher Seite in einem Kampfe unterlegen, in dem man die Kräfte aufs höchste anspannte. Das muß offen zugestanden werden." Und die „Deutsche Tageszeitung" gab den bürgerlichen Parteien den dringenden Rat, auf der Hut zu sein, „damit sie bei den nächsten Reichstagswahlen nicht wieder eine so unliebsame Ueberraschung erleben, wie bei der auf die glückliche Reichstagswahl im Jahre 1887 folgenden Wahl des Jahres 1890."

* * *

Landtagswahlen.

Im Dezember und Januar fanden in Württemberg die Neuwahlen zum Landtage statt, und zwar zum ersten Male auf Grund der durch die Verfassungsreform geschaffenen neuen Verhältnisse. Am 5. Dezember wurden die Bezirkswahlen vollzogen, wobei für jedes Oberamt und die Städte je ein Abgeordneter zu wählen war. Stuttgart hatte sechs Abgeordnete zu wählen. Die Abgeordneten für Stuttgart mußten nach dem Grundsatze der Listen- und Verhältniswahl gewählt werden. Die Proportionalwahl wurde hier zum ersten Male in Deutschland bei Wahlen zu einer politischen Körperschaft angewandt.

Im ersten Wahlgange ist die Entscheidung über 48 Mandate gefallen, wobei der Sozialdemokratie fünf Sitze zufielen. Von den sechs Mandaten der Stadt Stuttgart eroberten unsere Genossen drei. Die Sozialdemokratie hatte von allen Parteien den stärksten Stimmenzuwachs zu verzeichnen; sie vereinigte 91 717 Stimmen auf sich, gegen 58 721 im Jahre 1900, hatte also eine Zunahme von 32 996 Stimmen. Die Partei ist demnach in der Reihenfolge der Parteien von der vierten Stelle, an der sie bisher marschierte, an die erste Stelle gerückt.

In 27 Bezirken mußte eine zweite Wahl stattfinden. Da der Stichwahlzwang aufgehoben ist, konnten alle am ersten Wahlgang beteiligt gewesenen und selbst neuaufgestellte Kandidaten bei den Nachwahlen auftreten; entscheidend ist die relative Mehrheit.

Nur durch die freiwillige Zurückziehung aussichtsloser Kandidaturen konnte die Möglichkeit der Unterstützung des „kleineren Uebels" herbeigeführt werden. Dieser Weg ist mit der zwischen der Sozialdemokratie und Volkspartei erzielten Verständigung beschritten worden. Entscheidend war der Gesichtspunkt, daß nirgends durch Aufrechterhaltung einer aussichtslosen Kandidatur die Gefahr des Sieges eines reaktionären Kandidaten heraufbeschworen oder erhöht werden sollte. Wo diese Gefahr nicht vorhanden war, gingen unsere Genossen selbständig vor. Die am 18. Dezember stattgefundenen Nachwahlen hatten folgendes Ergebnis:

Das „rote" Kartell, wie das Wahlabkommen von Sozialdemokratie und Volkspartei von den Gegnern getauft worden war, tat seine Wirkung in 13 von den 20 Kreisen, die in dasselbe hineinbezogen worden waren. Die Sozialdemokratie erhielt durch das Abkommen drei statt der beabsichtigten fünf, die Volkspartei zehn statt der beabsichtigten fünfzehn Mandate. Es waren mithin sieben Wahlkreise nicht zu halten; zwei davon erhielt das Zentrum, zwei die Nationalliberalen und drei der Bauernbund. Von den sieben Kreisen, die das Abkommen freigelassen hatte, eroberte die Sozialdemokratie aus eigener Kraft drei. Während die Sozialdemokratie, wie die Einzelergebnisse ausweisen, überall geschlossen für die Volkspartei eingetreten ist, wo das Abkommen es erforderte, kann das Gleiche von der Volkspartei nicht behauptet werden.

Am 9. Januar wurden dann noch 17 Abgeordnete durch den Landesproporz gewählt. Das ganze Land ist zu diesem Zwecke in zwei Landeswahlkreise eingeteilt, von denen der eine neun und der andere acht Abgeordnete wählt. Bei diesen Wahlen fielen der Partei noch vier Mandate zu, so daß die Fraktionsstärke unserer Partei jetzt 15 beträgt, gegen 7 beim vorhergehenden Landtag.

Bei der Wahl am 9. Januar zählte die Partei 6000 Stimmen weniger als am 5. Dezember, was in der Hauptsache wohl darauf zurückzuführen sein wird, daß infolge der mit der mehrfachen Ausübung des Wahlrechts verbundenen Opfer diejenigen Industriearbeiter, die nicht an ihrem Wohnort beschäftigt sind, wesentlich schwächer gewählt haben. Der Wahlkampf hat wegen seines Zusammentreffens mit den Wahlen zum Reichstag an den Fleiß und die Opferfreude der württembergischen Parteigenossen die höchsten Anforderungen gestellt.

Unter denselben Umständen mußten die Hamburger Parteigenossen den Kampf zu den Bürgerschaftswahlen führen. Dort fanden die allgemeinen Wahlen am 1. Februar statt; es waren die ersten Wahlen, die nach der im vorigen Jahre durchgeführten Wahlrechtsverschlechterung vollzogen wurden. Auch dort ist das Proportionalwahlverfahren eingeführt, das wegen der Klasseneinteilung der Bürger noch komplizierter ist als das in Württemberg. Die Hamburger Bürgerwähler haben bei dieser Wahl den Wahlrechtsräubern eine nicht mißzuverstehende Antwort erteilt. Hätten diese sich nicht durch die Klasseneinteilung geschützt, so wären sie sämtlich hinweggefegt worden. Fast zwei Drittel der Wähler haben gegen den Wahlrechtsumsturz gestimmt.

Die sozialdemokratische Vorschlagsliste hat in der 1. Klasse 5586, in der 2. Klasse 135 400 Stimmen auf sich vereinigt. Das heißt, in der 1. Klasse haben 465, in der 2. Klasse 11 283 Bürger für die sozialdemokratische Liste gestimmt. Bei gerechter Proportionalwahl ohne Klasseneinteilung würden der Sozialdemokratie von den 38 in der Stadt zu vergebenden Mandaten etwa 17 zugefallen sein. Jetzt sind es nur 10; eins in der 1. Klasse und neun in der 2. Klasse. Die Klasseneinteilung hat also die Sozialdemokratie um zirka 40 Prozent ihres Rechtes betrogen.

Es gelang uns dann noch, bei den am 15. Februar stattgefundenen Grundeigentümerwahlen ein weiteres Mandat zu erringen. Auf unseren Kandidaten fielen hier 3811 Stimmen. Da jeder Wähler 20 Stimmen abgab, haben 190 Grundeigentümer für unsere Liste gestimmt. Bei den Wahlen handelte es sich um eine halbschichtige Erneuerung der Bürgerschaft, so daß unsere Fraktion mit den nicht zur Wahl gestandenen 8 Mandate jetzt 19 Köpfe stark ist, gegen 13 vor den Neuwahlen. Das Wahlergebnis ist ein großer Erfolg der Partei. Was unsere Genossen unter dem

neuen Wahlgesetz erreichen konnten, ist ziemlich bis an die Grenze des Möglichen erreicht worden.

Ende November fanden im Großherzogtum Sachsen-Weimar die Landtagswahlen statt. Infolge der neuen Wahlkreisgeometrie verloren wir das Mandat für Ilmenau, dagegen gewannen wir die Mandate für Allstedt und Ruhla. Der Wahlkreis Apolda-Land wurde von unseren Genossen behauptet. Die Sozialdemokratie hat danach im jetzigen Landtag drei Mandate inne. Die Wahlbeteiligung war nicht stark. Unser Erfurter Parteiblatt schrieb nach der Wahl, daß selbst die Beteiligung der Parteigenossen in den meisten Wahlkreisen viel zu wünschen übrig gelassen habe. Ein solches Verhalten von Parteigenossen läßt sich nicht entschuldigen, auch nicht mit der Abneigung gegen ein unzulängliches Wahlsystem.

Im Landesausschuß Elsaß-Lothringens, dem Parlament für die Reichslande, war seit 1903 die Sozialdemokratie durch den Genossen Emmel vertreten; er war von der sozialdemokratischen Mehrheit des Mülhauser Gemeinderats gewählt worden. Nachdem im Oktober v. J. bei der Gemeinderatsersatzwahl unsere Genossen gegenüber dem demokratisch-liberalen-klerikalen Block die Mehrheit auf dem Rathaus nicht zu halten vermocht hatten, war auch mit dem Verlust des Mandats im Landesausschuß zu rechnen. Tatsächlich ging auch bei der am 29. November stattgefundenen Wahl das Mandat verloren. Der demokratische Gegenkandidat hatte sich mit der dem Zentrum gegenüber abgegebenen schriftlichen Verpflichtung, „nicht gegen die bestehende Konfessionsschule zu stimmen", die Stimmen des Zentrums erkauft.

Einen schönen Erfolg hatten dagegen unsere Genossen in Elsaß-Lothringen bei den im September stattgefundenen Bezirkstagswahlen aufzuweisen. Sie beteiligten sich in 17 von 31 zur Wahl stehenden Kantonen und haben zu den bisher innegehabten zwei Mandaten noch drei hinzugewonnen, und zwar: Geispoldsheim, Schiltigheim und Gebweiler. Die wichtigste Funktion der Bezirkstage ist die Wahl von 34 der 58 Landesausschußmitglieder.

In Sachsen-Altenburg fanden im März die Landtagswahlen statt. Es waren die ersten Wahlen größeren Umfangs, die nach den Hottentottenwahlen im Reiche stattfanden. Der Reichsverband hatte wie bei der Reichstagswahl auch bei diesen Wahlen in den von der Sozialdemokratie bedrohten Wahlbezirken die Agitationsarbeit übernommen. Unsere Genossen haben jedoch die bisher innegehabten drei Sitze in der dritten Abteilung glänzend behauptet. In der Stadt Altenburg siegten wir mit 2354 gegen 1550, in den Städten des Ostkreises mit 1628 gegen 749 und in den Städten des Westkreises mit 992 gegen 636 Stimmen. Der sozialdemokratische Stimmenzuwachs beträgt 620.

Am 31. Mai fanden die Landtagswahlen in Bayern statt; sie wurden das erste Mal unter dem direkten Wahlrecht vollzogen. Trotz der Beschwerung mit einer einjährigen Steuerkarenzzeit, der Ableistung des Verfassungseides als Vorbedingung der Wahl, Hinaufrückung des Wahlalters vom 21. auf das 25. Lebensjahr, der vexatorischen Auslegung der Bestimmungen über den Wohnsitz und anderer schikanöser Machenschaften der Ober- und Unterbehörden, hatte die Sozialdemokratie einen großen Erfolg zu verzeichnen. Wir haben 20 Mandate errungen, gegen 12 im verflossenen Landtag. Acht Mandate in München, fünf in Nürnberg, vier in der Pfalz, zwei in Fürth und eins in Erlangen haben wir den vereinigten Gegnern abgerungen. Dabei muß beachtet werden, daß von den 12 Mandaten im letzten Landtage höchstens drei aus eigener Kraft erkämpft wurden, so daß wir eigentlich 17 Mandate gewonnen haben. Von allen Parteien hat die Sozialdemokratie die größten Erfolge aufzuweisen. Es ist nicht möglich, die Stimm-

ergebnisse mit denen früherer Landtagswahlen oder mit denen der Reichstagswahlen zu vergleichen, weil die neuen wahlgesetzlichen Bestimmungen einen stichhaltigen Vergleich ausschließen. Im ganzen Lande erzielten wir 169 549 Stimmen. Wir haben fast durchweg mit ansehnlichen Mehrheiten gesiegt; in mehreren Kreisen sind wir mit starken Minoritäten unterlegen. Das Zentrum, das bei der Wahlkreisgeometrie sehr bevorzugt worden war, hat sich behauptet, während die Blockparteien, deren Kandidaten meist treue Gefährten des Reichsverbandes waren, nur mit Hülfe der reaktionärsten Elemente, der Konservativen und Bündler, mühsam ihre Position behaupten konnten. Unsere Genossen setzten gleich nach den Reichstagswahlen mit einer äußerst intensiven Agitation ein; die Erfolge ihrer Arbeit wurden in der Partei mit großer Befriedigung begrüßt.

* * *

Im dritten Berliner Landtagswahlkreis fand im November eine Ersatzwahl statt. Es schieden aus 512 Wahlmänner, welche im Jahre 1908 sozialdemokratisch gewählt hatten. Gewählt wurden diesmal 568 Wahlmänner, mithin erzielten wir einen Gewinn von 51 Wahlmännern. Bei der Abgeordnetenwahl wurden abgegeben für die Sozialdemokratie 1112, für den Freisinn 1117 und für die Konservativen 211 Stimmen. In der Stichwahl erhielt Müller-Sagan 1370 Stimmen, während für unseren Genossen Ledebour 1108 Stimmen abgegeben wurden. Der Freisinn hat diesen Sieg nur dem „elendsten aller Wahlsysteme" und seinen konservativen „Freunden" zu danken.

Bei einer Bürgerschaftsersatzwahl in Bremen verloren unsere Genossen das von dem verstorbenen Genossen Struckmann innegehabte Mandat trotz Stimmenzunahme, weil die Bürgerlichen bei dieser Wahl zusammengingen.

Zurzeit ist die Partei in den Parlamenten von 18 deutschen Bundesstaaten mit 135 Abgeordneten vertreten:

Bayern	20	Oldenburg	4
Hamburg	19	Lübeck	4
Bremen	17	Reuß j. L.	4
Württemberg	15	Sachsen-Weimar	3
Baden	12	Sachsen-Altenburg	3
Hessen	7	Lippe	3
Sachsen-Meiningen	7	Anhalt	2
Schwarzburg-Rudolstadt	7	Sachsen	1
Koburg-Gotha	6	Schaumburg-Lippe	1

* * *

Gemeindewahlen.

Unsere Parteigenossen sind heute überall dort, wo die plutokratischen Wahlsysteme nicht von vornherein jede Aussicht auf Erfolg ausschließen, bestrebt, Einfluß auf die Gemeindeverwaltungen zu erlangen. Die Tätigkeit unserer Vertreter in den Gemeinden bildet einen vielversprechenden, wichtigen Zweig der Parteibewegung. Diese Arbeit ist zwar sehr mühevoll, sie bietet aber auch viel Gelegenheit, unmittelbar auf die wirtschaftliche und soziale Besserstellung der Arbeiterklasse einzuwirken. Vielfach haben unsere Genossen den sozialen Geist erst in die Gemeindeverwaltungen hineingetragen. Die Furcht, daß diese umfangreiche, positive Arbeit der Sozial-

demokratie die Klasseninteressen der Besitzenden schädigen könne, hat in vielen Gemeinden die Geldsackvertreter zur Verschlechterung der an sich schon meist sehr reaktionären Wahlsysteme veranlaßt.

Es ist unmöglich, über die Beteiligung der Partei an den Gemeindewahlen hier einen umfassenden Bericht zu geben. Wir müssen uns vielmehr darauf beschränken, von den uns am wichtigsten erscheinenden Wahlresultaten Mitteilung zu machen.

Die Stadtverordnetenwahlen in Rheinland-Westfalen gestalten sich zu heftigen Kämpfen, wobei die Gegensätze zwischen Nationalliberalen und Zentrum scharf hervortreten. Durch die „Reform" des Gemeindewahlrechts im Jahre 1901 ist das Zentrum sehr begünstigt worden. Unsere Genossen haben dort einen schweren Stand. — In Lüdenscheid wurden drei Genossen in das Stadtparlament entsandt. Unsere Kandidaten erhielten 980 Stimmen, die der Gegner 700. Auch in Solingen errangen unsere Genossen einen glänzenden Sieg. Es gelang ihnen, die letzten drei noch von den Bürgerlichen besetzten Mandate der 3. Abteilung mit 2155 gegen 1399 bürgerliche Stimmen zu erobern. Sehr gut haben sich auch die Genossen in Iserlohn gehalten. Für die Kandidaten der Partei wurden 1078 bis 1100 Stimmen abgegeben, während auf die Freisinnskandidaten 837 bis 868 Stimmen entfielen. In Düsseldorf stieg unsere Stimmenzahl von 2129 auf 4005, das ist ein Zuwachs von 88 Prozent. In Essen erhöhten wir unsere Stimmenzahl von 1572 auf 2637; in Mülheim a. Rh. von 475 auf 935, und in Herne stieg unsere Stimmenzahl gegen die der Vorwahl um 500. In mehreren Landgemeinden erzielten unsere Genossen schöne Wahlsiege.

In Schleswig-Holstein haben unsere Genossen trotz des Zensus, der in den verschiedensten Abstufungen innerhalb der durch die Städteordnung zugelassenen Grenzen (600 bis 1500 Mk.) fast in allen Städten der Provinz eingeführt ist, gute Erfolge errungen. Wir erlangten allerdings nur drei Mandate; eins in dem Ostseebade Heiligenhafen und zwei in Tönning. Hier sind alle Einwohner wahlberechtigt, die ein Einkommen von mehr als 600 Mk. versteuern, infolgedessen wurden die beiden Mandate von unseren Genossen ohne besondere Schwierigkeiten erobert. In den übrigen Städten, in denen der Zensus 1200 Mk. oder gar, wie in Wandsbek, 1500 Mk. beträgt, konnten unsere Genossen, trotzdem fast überall eine erhebliche Stimmenzunahme erzielt wurde, Mandate nicht erlangen. In Wandsbek betrug die Differenz zwischen der untersten bürgerlichen und der obersten sozialdemokratischen Stimmenzahl nur 44 Stimmen.

(Provinz Sachsen.) Bei den Ersatzwahlen in Magdeburg siegten in der Altstadt die bürgerlichen Kandidaten. Der Kreis ist seiner sozialen Struktur nach beim gegenwärtigen Wahlsystem für die Sozialdemokratie uneinnehmbar. Im Vorort Magdeburg-Neustadt siegten die sozialdemokratischen Kandidaten und erzielten einen Zuwachs von 400 Stimmen. In Sudenburg siegten ebenfalls unsere Kandidaten; der Stimmenzuwachs betrug hier 150. Einen schönen Erfolg errangen die Genossen in Burg. Es wurden vier Sozialdemokraten gewählt. Gegen die Wahl im Vorjahre hatten wir 350 Stimmen gewonnen, die Gegner 100 Stimmen verloren. In Neuhaldensleben und Halberstadt unterlagen unsere Kandidaten trotz erheblicher Stimmenzunahme. In Grimmen errangen wir zwei Mandate und in Tangermünde, wo sich unsere Genossen zum erstenmal an der Wahl beteiligten, wurden drei Genossen gewählt. Unsere Genossen in Aken erzielten auf ihrer Liste 245 Stimmen, die Gegner 66. Zwei Genossen wurden gewählt. Wegen des Terrorismus der Gruben- und Fabrikherren beteiligten sich die Arbeiter in Staßfurt nicht an der Wahl. Von 2700 Wählern der

3. Klasse erschienen dort nur 84 an der Wahlurne. In Erfurt stieg bei den Stadtverordnetenwahlen die Stimmenzahl unserer Genossen von 889 auf 1235. Zwei Genossen wurden in Mühlhausen i. Th. zu Stadtverordneten gewählt.

In Frankfurt a. M. errangen unsere Genossen einen glänzenden Sieg. Die für unsere Kandidaten abgegebenen Stimmen stiegen von 4200 im Vorjahre auf 6700. Das innegehabte Mandat wurde behauptet und außerdem gewannen wir drei weitere Mandate, so daß die Stärke der Fraktion von 3 auf 6 gestiegen ist. Zu den Stichwahlen hatten unsere Genossen mit der freisinn-demokratisch-nationalliberalen Koalition ein Abkommen getroffen, wonach unseren Genossen überall dort, wo Liberale mit Mittelständlern in Stichwahl standen, für die Liberalen eintraten, und die Liberalen dort, wo Sozialdemokraten mit den Mittelständlern in Stichwahl standen, für uns eintreten wollten. Die Mittelständler verloren 7 Mandate. — In Stettin siegten unsere Genossen in drei Bezirken. — Die Breslauer Genossen konnten bei den Stadtverordnetenwahlen, trotz Vermehrung der Stimmen um fast 1600, Mandate nicht erringen. — Die Stadtverordnetenwahlen in Rixdorf brachten in sämtlichen Bezirken der dritten Abteilung den Sieg der sozialdemokratischen Kandidaten. — Die Genossen in Köpenick haben die 3. Abteilung mit einer Stimmenzunahme von 286 behauptet. — Bei den Stadtverordnetenwahlen in Guben erzielten unsere Genossen eine Stimmenzunahme von 130 Prozent. Die agrarischen Kandidaten siegten bei den Stichwahlen nur mit knapper Mehrheit. — In St. Johann stimmten unsere Genossen bei den Stadtverordnetenwahlen für die freisinnigen Kandidaten, nachdem diese einige Mindestforderungen akzeptiert hatten, um einen Sieg der Tilleschen Scharfmacher zu verhindern. Die Freisinnigen wurden mit großen Mehrheiten gewählt.

Bei den im Oktober im Königreich Sachsen stattgefundenen Gemeindewahlen haben unsere Genossen gute Erfolge errungen. In Leipzig vereinigte die Partei die Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich. 10 880 sozialdemokratischen Stimmen standen 4790 ordnungsparteiliche gegenüber. Gegen die Wahl von 1904 gewann die Sozialdemokratie 633 Stimmen, die vereinigten Gegner verloren 1441 Stimmen. Wir haben die fünf Mandate, die wir bisher inne hatten, behauptet und vier neue gewonnen, so daß jetzt die ganze 3. Klasse sozialdemokratisch vertreten ist. Die Wahlen in der 2. Bürgerklasse zu Dresden haben eine stark sozialdemokratische Mehrheit ergeben. Während 1905 10 277 sozialdemokratische Stimmen gegen 7832 bürgerliche fielen, wurden diesmal 12 148 sozialdemokratische gegen 8255 bürgerliche erzielt. Bei der Wahl in der 1. Bürgerklasse wurden auch zwei Parteigenossen gewählt. In der Abteilung für Arbeiter und Erwerbsgehülfen wurden nur Sozialdemokraten gewählt. Die Gegner hatten in dieser Abteilung überhaupt keine Kandidaten aufgestellt. In Crimmitschau drangen wir mit 910 gegen 690 Stimmen durch. In Johanngeorgenstadt siegte die sozialdemokratische Liste mit 326 bis 356 Stimmen über die Liste der Gegner, die es auf 185 bis 201 Stimmen brachten. Zum erstenmal gelang es in Schneeberg, drei Genossen zum Siege zu verhelfen. Unsere Genossen in Meißen eroberten die Klasse A der Unansässigen in allen Bezirken. In Limbach betrug unsere Majorität 466 gegen 70 Stimmen. Zwei Mandate gewannen wir in Buchholz. Außerdem erzielten unsere Genossen in zahlreichen Landgemeinden Mandatsgewinne.

Die Stuttgarter Parteigenossen gingen bei der im Dezember stattgefundenen Bürgerausschußwahl mit der Volkspartei gemeinsam vor. Der von beiden Parteien aufgestellte Wahlvorschlag siegte, wodurch die Mehrheit

der Nationalliberalen beseitigt wurde. Später wurde ein Genosse als stellvertretender Obmann des Bürgerausschusses gewählt.

Bei den Gemeinderatswahlen in Reuß j. L. hatten die Genossen in der Stadt Gera keine guten Erfolge aufzuweisen. Hier sind wir gegen das Vorjahr um 34 Stimmen zurückgegangen, während die Gegner um 14 Stimmen stiegen. Von unserer Liste wurde nur ein Genosse gewählt; drei Mandate gingen verloren. In Debschwitz wurden unsere Kandidaten gewählt, ebenso in Zwötzen. In Pforten siegten von unserer Liste 7 Kandidaten, von der gegnerischen siegte nur einer. Sechs Genossen zogen in Langenberg in den Gemeinderat, während in Leumnitz und in Frankenthal unsere Listen vollständig siegten.

In Gräfenroda (Sachsen-Koburg-Gotha) haben jetzt die Genossen alle 10 Sitze inne, sie schlugen die letzten drei bürgerlichen Vertreter mit starker Majorität. — In Altenburg haben die Genossen ein Stadtverordnetenmandat eingebüßt. Gegen die Vorwahl stieg die sozialdemokratische Stimmenziffer um rund 400, die der Gegner um rund 580. Die Wahlbeteiligung betrug 71 Prozent. Die Gegner hatten einen riesigen Schlepperdienst arrangiert. — Die Genossen in Jena errangen zum erstenmal einen Sitz im Stadtparlament. — Bei den Stadtverordnetenwahlen in Dessau verloren unsere Genossen vier Mandate. In früheren Jahren gingen unsere Genossen bei den Stadtverordnetenwahlen mit einem Teile der Liberalen zusammen, in diesem Jahre standen sie auf eigenen Füßen. Der Verlust war bei dem herrschenden Wahlsystem vorauszusehen. — In Braunschweig verloren wir drei Mandate, trotzdem sich unsere Stimmenzahl von 3557 im Jahre 1905 auf 4765 steigerte. Das 7,50 Mk.-Bürgerrecht erschwert die Position unserer Genossen. — Acht Parteigenossen wurden in Mülheim a. Rh. gewählt. — Unseren Genossen in Mülhausen i. E. gelang es im Jahre 1902, die absolute Majorität im Rathause zu erlangen. Bei den im Oktober stattgefundenen Ersatzwahlen standen unsere Genossen zum erstenmal einem Block der Bürgerlichen gegenüber; Demokraten, Liberale und Zentrum hatten sich zusammengefunden. Trotzdem sich die Stimmen unserer Partei von 3936 bis 3980 im Jahre 1904 auf 5405 bis 5431 steigerten, wurden unsere Genossen aus der absoluten Mehrheit in die relative Mehrheit gedrängt.

* * *

Nach der hessischen Städteordnung unterliegt die Wahl der Bürgermeister und Beigeordneten in den Städten der Bestätigung durch den Großherzog, während die Bestätigung der Beigeordneten in den Dorfgemeinden den Kreisausschüssen obliegt. Die letzteren haben bisher Sozialdemokraten als Beigeordnete nicht bestätigt; sie haben bei Begründung der Nichtbestätigung der gewählten Sozialdemokraten mit aller Offenheit den Grundsatz proklamiert: Sozialdemokraten sind minderen Rechts. Diese Auffassung wurde auch von den angerufenen höheren Instanzen geteilt. Als dann aber der in Offenbach a. M. zum unbesoldeten Beigeordneten gewählte Genosse Eißnert die Bestätigung des Großherzogs erhielt, gerieten die Reaktionäre im ganzen Reich in Harnisch. Die „Kreuzzeitung" in Berlin schrieb: „Wir können uns das bedauerliche Vorkommnis nur so erklären, daß der Großherzog entweder die revolutionären Bestrebungen der Sozialdemokratie nicht genügend kennt, oder daß er sein Bestätigungsrecht nur als eine Formalität betrachtet und die damit verbundene Prüfungspflicht nicht anerkennt." Die „Post" in Berlin schrieb, daß durch solche Bestätigung der „reichsfeindlichen und staatsgefährlichen Verschwörerfekte" der „kräftigste Vorschub" geleistet sei. Die „Hamburger Nachrichten" schrieben sogar von einer Verletzung der Bundespflicht". Die Nationalliberalen im Lande veranstalteten eine Protestaktion, bei der sie sich so rabiat gebärdeten, daß das Ministerium seine Entlassung einreichte, die indes nicht genehmigt wurde.

Im April wurde dann in Offenbach auch noch der Genosse Weipert zum unbesoldeten Beigeordneten gewählt, der jedoch die großherzogliche Bestätigung nicht erhielt. Da sein Amtskollege Eißnert auch der Sozialdemokratie angehört, lag die Möglichkeit vor, daß einer der beiden „Umstürzler" einmal in die Lage käme, stellvertretungsweise die Polizeigewalt in die Hand zu bekommen und davor mußten natürlich die braven Spießer bewahrt werden.

* * *

Wie die „liberale" Bürgerschaft in den Hansestädten, Kiel usw. hat im April auch die „freisinnige" Rostocker Bürgervertretung sich auf Antrag des Magistrats eine Wahlrechtsverschlechterung geleistet. Da bei den letzten Wahlen drei Sozialdemokraten in die Bürgervertretung eingedrungen sind, erschien den „unentwegten Liberalen" das plutokratische Wahlrecht (15 Mk. Bürgergeld) nicht mehr sicher genug. Früher gehörten zur ersten Klasse alle Bürger mit einem Jahreseinkommen von mehr als 4000 Mk., zur zweiten Klasse alle Bürger mit einem Jahreseinkommen von 1301—4000 Mk. und zur dritten Klasse gehörten alle Bürger mit weniger als 1301 Mk. Jahreseinkommen. Nach dem Beschluß der Bürgervertretung sollen nun bei Aufrechterhaltung des für alle gleich hohen Bürgergeldes von 15 Mk. fortan zur ersten Wählerklasse nur jene Bürger gehören, die mehr als 6000 Mark, zur zweiten Wählerklasse diejenigen, die 2500—6000 Mk., und zur dritten alle, die weniger als 2500 Mk. Jahreseinkommen versteuern. In ihrem blinden Eifer genierte es diese „Liberalen" sogar nicht, ihre verhätschelten Freunde, den kleinen Mittelstand, zum großen Teil aus der zweiten Wählerklasse in die dritte zu versetzen.

Die Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter im Reiche beträgt nach den uns von den Kreisorganisationen gemachten Angaben zurzeit 4996. Ueber ihre Verteilung auf die einzelnen Agitationsbezirke gibt die folgende Aufstellung Auskunft.

Agitationsbezirke	Zahl der Vertreter in: Städten	Landgemeinden
Ostpreußen	4	—
Westpreußen	8	—
Groß-Berlin	98	126
Brandenburg	48	67
Pommern	37	17
Schlesien (Breslau)	2	12
„ (Görlitz)	9	32
„ (Oberlangenbielau)	2	19
Pr. Sachsen (Magdeburg)	28	40
„ „ (Halle)	14	89
„ „ (Erfurt)	5	27
Schleswig-Holstein	10	73
Hannover	2	28
Westfalen (Bielefeld)	14	33
„ (Dortmund)	1	66
Rheinprovinz (Köln)	—	5
Uebertrag	277	634

Agitationsbezirke	Zahl der Vertreter in: Städten	Landgemeinden
Uebertrag . .	277	684
Rheinprovinz (Elberfeld) . . .	68	30
Hessen-Nassau (Frankfurt) . . .	26	131
„ (Kassel)	9	29
Nordbayern	25	103
Südbayern	14	2
Pfalz	47	44
Dresden	30	485
Chemnitz	70	371
Leipzig	45	108
Zwickau	28	118
Württemberg	45	181
Baden	274	875
Hessen	36	169
Mecklenburg	21	—
Thüringen (Weimar)	15	25
„ (Jena)	47	152
Gotha	7	41
Oldenburg	6	55
Braunschweig	25	49
Sachsen-Meiningen	1	31
Anhalt	38	29
Hamburg	—	36
Bremen	10	58
Lübeck	—	6
Elsaß-Lothringen	43	27
Summa . .	1207	3789
		1207
	Insgesamt	4996

* * *

Maifeier.

Trotz mancherlei ungünstiger Umstände ist die Maifeier in diesem Jahre so glänzend verlaufen, wie in irgend einem Vorjahre. In den Orten, wo Umzüge erlaubt waren, gestalteten diese sich zu imposanten Demonstrationen. Versammlungen fanden mehr als in den Vorjahren statt, und aus allen Gegenden berichteten die Genossen über starken Besuch und begeisterte Stimmung. Die Arbeiter Deutschlands bewiesen, daß sie für die Verwirklichung der Forderungen eintreten, die in allen Ländern am 1. Mai gestellt werden.

Vielfach ist der Aufruf des Parteivorstandes vom 15. April 1907 in der Parteipresse und in Versammlungen angegriffen worden, weil in dem Aufruf davon abgeraten wurde, dort Arbeitsruhe eintreten zu lassen, wo große Aussperrungen in sicherer Aussicht standen. Was in dieser Hinsicht in dem Aufruf gesagt wurde, entspricht den Beschlüssen unserer Parteitage und des Internationalen Kongresses in Amsterdam. Der Schlußsatz der Amsterdamer Resolution lautet:

„Der Kongreß macht es deshalb sämtlichen proletarischen Organisationen aller Länder zur Pflicht, die Arbeitsruhe am 1. Mai anzustreben und überall dort, wo es ohne Schädigung der Arbeiterinteressen möglich ist, die Arbeit ruhen zu lassen."

Nun stelen vor den 1. Mai eine Anzahl Lohnkämpfe, und bald nach dem 1. Mai standen große Kämpfe in Aussicht. Die Aussperrung der Schneider war eben beendet. Die Aussperrung der Holzarbeiter und der Hamburger Schauerleute war noch im Gange. Die Berliner Bauhandwerker und die Bäckereiarbeiter waren im Begriff, den Kampf um Verkürzung der Arbeitszeit zu beginnen. Ferner ließ die Steigerung der Preise der Lebensmittel erwarten, daß eine große Zahl Einzelkämpfe ausbrechen werde. In solchen Situationen lieben es die Unternehmer, ihre Gegnerschaft gegen die Verbesserung der Arbeits- und Lohnbedingungen hinter politischen Vorwänden zu verstecken. Einfache Lohnkämpfe suchte man zu politischen Machtfragen umzulügen und sich so die Sympathien der Kreise zu erwerben, die bei einfachen Lohnkämpfen gleichgültig beiseite stehen und in vereinzelten Fällen gar auf Seite der Arbeiter treten. Um dieses Treiben der Unternehmer zu durchkreuzen und die Gewerkschaften in der schwierigen Situation vor weiteren Verlegenheiten zu bewahren, wurde der angegriffene Passus in dem Aufruf aufgenommen. Wenn der Satz praktische Bedeutung haben soll, daß von der Arbeitsruhe da Abstand genommen werden kann, wo durch die Arbeitsruhe eine Schädigung der Arbeiterinteressen zu erwarten ist, dann ist es zweifellos da zutreffend, wo man mit Sicherheit annehmen kann, daß die Arbeitsruhe vom Unternehmertum benutzt wird, um Lohnkämpfe größeren Stils auf einem für sie günstigen Terrain zu provozieren.

* * *

Parteipresse.

Unsere Parteipresse hat im letzten Jahre große Fortschritte gemacht. Infolge des verspäteten Einlaufens der Geschäftsberichte kann das hier leider noch nicht zahlenmäßig festgestellt werden. Die vorliegenden Einzelmeldungen der Parteipresse lassen aber mit Sicherheit auf diese Tatsache schließen. So ist z. B. im letzten Jahre der Abonnentenstand des „Vorwärts" von 112 000 auf 135 000 gestiegen.

Hand in Hand mit der Erweiterung des Leserkreises ging eine sehr wesentliche Verbesserung des redaktionellen Teils der Blätter. In einer Anzahl von Orten waren infolgedessen unsere Genossen gezwungen, Betriebserweiterungen vorzunehmen, um den gesteigerten Anforderungen genügen zu können.

In München hat sich der vor sechs Jahren neu eingerichtete Betrieb als gänzlich unzureichend erwiesen. Es ist daher inmitten der Altstadt ein Grundstück erworben worden, auf dem ein allen modernen Ansprüchen entsprechendes Betriebsgebäude errichtet wird.

Ebenso haben die Nürnberger Genossen im Zentrum der Stadt Grundstücke erworben, auf denen ein den gesteigerten Anforderungen entsprechender Neubau errichtet wird. Mit dem Einzug in das neue Heim soll auch eine technische Umgestaltung der „Fränkischen Tagespost" und ihrer Kopfblätter erfolgen.

Der „Lübecker Volksbote" hat schon zu Beginn des Jahres sein neues Heim bezogen. An die Stelle der Schnellpresse trat eine Zwillingsrotationsmaschine.

Die Unionsdruckerei in Frankfurt am Main hat zur Betriebserweiterung ein Nachbargrundstück erworben; es soll eine dritte

Rotationsmaschine aufgestellt und sonstige Neueinrichtungen sollen geschaffen werden.

Die „Altenburger Volkszeitung" hat ein eigenes Heim bezogen.

Die Genossen in Offenbach am Main haben die bisherige Druckerei ihres Blattes nebst Grundstück in Parteibesitz übernommen; auch hier sollen Umbauten und beträchtliche Betriebserweiterungen erfolgen.

Auch das „Hamburger Echo" sah sich zu einer erheblichen Betriebserweiterung veranlaßt.

Die „Reußische Tribüne" in Gera hat durch die Verbindung mit dem Geschäft der Leipziger Genossen neue Betriebsräume bezogen und erscheint nun in verändertem Format und in größerem Umfange. In demselben Betrieb wird jetzt auch die „Reußische Volkszeitung", das Parteiblatt für Reuß ä. L., hergestellt, das früher in Zwickau gedruckt wurde; es erscheint ebenfalls in vergrößertem Umfange.

Der „Volksfreund", das Parteiblatt für die ostsächsischen Reichstagswahlkreise, soll ebenfalls einer Umgestaltung unterworfen werden. Die Zeitung wurde bisher in Dresden gedruckt, als Kopfblatt der „Sächsischen Arbeiterzeitung"; es soll nun aber in Zittau in einer von den Dresdener Genossen einzurichtenden besonderen Druckerei hergestellt werden.

Als neue Mitstreiter sind erschienen: die „Nordhäuser Volkszeitung", die „Weimarsche Volkszeitung" in Jena, die „Volkszeitung" in Iserlohn, die „Volksstimme" in Lüdenscheid und als Wochenblatt das „Volksblatt" in Offenburg. Die „Mitteldeutsche Sonntagszeitung" in Gießen, die als Wochenblatt 12½ Jahre der Partei gedient hatte, mußte der täglich erscheinenden „Oberhessischen Volkszeitung" Platz machen. In den nächsten Monaten wird in Essen a. R. ein Parteiblatt für die Wahlkreise Essen und Duisburg erscheinen.

Wie wir schon im vorjährigen Bericht mitteilten, ist die „Kommunale Praxis" in Parteieigentum übernommen worden. Seit dem 1. Januar ist die Geschäftsleitung des Blattes der Buchhandlung Vorwärts übertragen worden; die Drucklegung, die zurzeit noch in Dresden erfolgt, wird vom 1. Oktober ab die Vorwärts-Druckerei übernehmen.

An vielen Orten stellen die Parteiorganisationen jedem in der Gemeindeverwaltung tätigen Genossen ein Exemplar der „Kommunalen Praxis" zu. Die Verallgemeinerung dieser Einrichtung ist sehr zu empfehlen.

Eine Konferenz der Redakteure haben wir gleich nach den Reichstagswahlen einberufen. In dieser Konferenz erklärte sich der Parteivorstand bereit, die Gründung einer Zentralstelle für die Presse in Aussicht zu nehmen. Diese Zentralstelle sollte die tägliche Zustellung wichtiger politischer Nachrichten an die Provinzpresse übernehmen. Außerdem sollte der Inhalt wichtiger, parlamentarischer Anträge und Gesetzentwürfe, wichtiges geordnetes statistisches Material und die Zurückweisung und Berichtigung von Angriffen und Verleumdungen gegen die Partei und Parteigenossen durch diese Zentralstelle der Presse besser zugänglich gemacht werden. Nachdem der Parteivorstand noch die Meinung mehrerer parteigenössischen Redakteure über die Organisation eines solchen Instituts eingeholt hatte, wurde in einer Sitzung der Gesamtparteileitung zu der Angelegenheit Stellung genommen. Einmütig ist der Einrichtung eines solchen Instituts zugestimmt worden. Eine entsprechende Vorlage wird dem Parteitag unterbreitet werden.

Ueber die an die Parteipresse geleisteten Zuschüsse gibt der Kassenbericht Auskunft.

Ueber den Stand des „Vorwärts", der „Neuen Zeit", der „Gleichheit" und des „Wahren Jakob" geben folgende von der Kontrollkommission geprüfte Jahresabrechnungen Auskunft:

„Vorwärts".

1906/1907.

	Juli-September 1906	Oktober-Dezember 1906	Januar-März 1907	April-Juni 1907	Summe
A. Eingänge:					
Abonnementsgelder durch die Expedition	232916 35	254721 50	278728 15	276284 10	1037650 10
Abonnementsgelder durch die Post	16636 80	16297 10	21262 —	18116 25	72312 15
Inseraten-Einnahme	77062 30	113302 65	103101 20	116161 40	409627 55
Ueberschuß aus dem Broschürenverkauf durch die Expedition		5122 35			5122 35
Gesamt-Einnahme Mk.	326615 45	389443 60	398091 35	410561 75	1524712 15
B. Ausgänge:					
Diverse Unkosten: (Miete, Zeitungsabonnement, Porto für Kreuzbänder, Gebühren für Ueberweisungen, Porto und Depeschen der Redaktion, Telephon, Steuern, Beleuchtung, Redaktionsboten, Schreibutensilien, Formulare ꝛc.)	16250 60	21051 15	18850 40	31247 40	87399 55
Mitarbeiter:					
Politik	12122 25	7311 85	5805 20	7615 65	32854 95
Soziales	1707 30	1512 60	1506 85	2497 55	7224 30
Gewerkschaftliches	2569 55	2030 25	1978 85	3105 95	9684 60
Versammlungen	276 05	321 40	1041 15	255 20	1893 80
Lokales	2239 70	2603 —	2187 60	2717 05	9747 35
Vorort	1049 05	934 —	688 80	1114 35	3786 20
Feuilleton	5649 75	3199 90	3491 30	3548 50	15889 45
Redakteure	17517 10	15170 45	15271 05	16127 30	64085 90
Parlamentsberichte ꝛc.	780 —	1380 —	1530 —	1155 —	4845 —
Neue Welt	13165 65	13842 —	15430 50	15904 80	58342 95
Gehälter der Expedition	5622 40	6435 75	5879 15	5051 70	22989 —
Gerichtskosten	354 65	174 75	1645 25	472 70	2647 35
Redaktionsbibliothek	185 70	117 10	423 90	390 65	1117 35
Druckrechnung	220896 20	247710 80	279449 85	283464 65	1031521 50
Gesamt-Ausgabe Mk.	300385 95	323795 —	355179 85	374668 45	1354029 25
Gewinn „	26229 50	65648 60	42911 50	35893 30	170682 90
wie oben unter A Mk.	326615 45	389443 60	398091 35	410561 75	1524712 15

Der Gesamt-Ueberschuß beträgt Mk. **170 682,90.**

Berlin, den 12. August 1907.

Revidiert und für richtig befunden:

Fr. Brühne. W. Bock. Otto Braun. Eugen Ernst. F. J. Ehrhart.
Ad. Geck. Aug. Kaben. H. Koenen. Clara Zetkin.

„Die Neue Zeit".

1. Januar — 31. Dezember 1906.

	Mk.	Pf.
A. Eingänge:		
Abonnements	53 580	60
Für Prospekte und Beilagen	87	47
	53 668	07
B. Ausgänge:		
Satz, Druck, Stereotypie	15 042	65
Papier	6 344	65
Buchbinder	2 280	10
Redaktion	11 000	—
Mitarbeiter	9 433	30
Porti und Unkosten	2 276	—
Remittenden	2 426	08
	48 807	78
Gewinn-Saldo	4 860	29
	53 668	07

Der Abonnentenstand betrug am 30. Juni 1906 . . . . 7 200
am 30. Juni 1907 . . . . 7 700

„Die Gleichheit".

1. Januar — 31. Dezember 1906.

	Mk.	Pf.
A. Eingänge:		
Abonnements	39 332	62
	39 332	62
B. Ausgänge:		
Satz, Druck, Falzen	8 555	75
Papier	7 756	85
Redaktion	3 175	—
Mitarbeiter	4 330	—
Porti und Unkosten	2 522	18
Remittenden	409	05
	26 784	83
Gewinn-Saldo	12 583	79
	39 332	62

Der Abonnentenstand betrug am 30. Juni 1906 . . . . 44 000
am 30. Juni 1907 . . . . 67 000

„Der wahre Jakob".

1. Januar — 31. Dezember 1906.

	Mk	Pf.
A. Eingänge:		
Abonnements	196 207	20
Inserate	35 009	90
	231 217	10
B. Ausgänge:		
Satz, Druck, Stereotypie, Falzen	78 907	70
Papier	65 068	46
Redaktion	11 800	—
Mitarbeiter, Zeichnungen	18 441	60
Aetzungen, Galvanos 2c.	16 001	94
Porti und diverse Unkosten	1 182	—
Remittenden	4 478	65
	190 895	35
Gewinn-Saldo	40 321	75
	231 217	10

Der Abonnentenstand betrug am 30. Juni 1906 . . . . 205 000
am 30. Juni 1907 . . . . 230 000

Zusammenstellung.

		Mk.	Pf.
Gewinn:	„Wahrer Jakob"	40 321	75
„	„Neue Zeit"	4 860	29
„	„Gleichheit"	12 583	79
		57 765	83
Steuer, Versicherung, diverse Unkosten		8 398	55
Kassa: 26. April 1906	Mk. 10 000,—		
„ 30. Juni 1906	„ 20 000,—		
„ 8. Oktober 1906	„ 15 000,—		
„ 30. Januar 1907	„ 9 367,28	54 367	28
		57 765	83

* * *

Ueber das

Partei-Archiv

ist von der neuen Verwaltung zuletzt für das Etatsjahr 1904/05 ein Bericht an den Jenaer Parteitag gegeben worden; Protokoll des Jenaer Parteitages, S. 54/55. Seitdem ist das Archiv weiter vervollständigt worden und in seinen Räumen ist seit ihrer Einrichtung auch die „Partei-Correspondenz" untergebracht. Die **Benutzung des Partei-Archivs** ist in Rücksicht auf

die vorgeschriebenen Grenzen seines fachwissenschaftlichen Gebietes nicht mit ähnlichen Instituten zu vergleichen. Immerhin ist das Partei-Archiv in den beiden letzten Jahren jährlich von durchschnittlich 144 Personen mit 258 Besuchen zum Arbeiten benutzt worden; ausgeliehen wurden jährlich durchschnittlich 234 Bände. Ueber die in den Archivräumen selbst benutzten Bücher wird eine Statistik nicht geführt; sie würde die Zahl der ausgeliehenen Bände um ein mehrfaches übersteigen. Die Archivleitung ist auch weiter zahlreich brieflich mit literarischen Quellennachweisen und Materialzusammenstellungen behülflich gewesen. Wesentliche und bekannte historische Werke sind in den letzten Jahren unter Zuhülfenahme des Partei-Archivs geschaffen worden, nicht nur von parteigenössischen, sondern auch von bürgerlichen Schriftstellern und Gelehrten.

Bei dieser Gelegenheit soll auch immer wieder an die aktive Unterstützung des Archivs durch die Partei- und Gewerkschaftsgenossen und deren Institutionen und Organisationen gemahnt werden. Noch immer erfolgt die Uebersendung neuer Verlagswerke der Partei und der Gewerkschaften vielfach erst nach wiederholten Reklamationen der Archivverwaltung, und viele, nur für interne Kreise bestimmte Publikationen werden oft nur durch einen Zufall erworben, obwohl gerade auch diese letzten in den dauernden Bestand des Archivs gehören. Von älteren, in Frage kommenden Zeitungen sind im Partei-Archiv noch immer nicht komplett oder gar nicht vorhanden: „Nordstern", „Mitteldeutsche Volkszeitung", „Deutsche Arbeiterzeitung" (Koburg), und selbst von dem Vorgänger des „Vorwärts", dem „Berliner Volksblatt" fehlen vom Jahrgang 1888 die drei ersten, von 1889 die zwei ersten Quartale und 1890 fehlt ganz. Wir bitten erneut alle Genossen, diese Lücken ausfüllen zu helfen. Alle Anfragen und Sendungen sind an den Leiter des Partei-Archivs, Genossen Max Grunwald, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, zu richten.

* * *

Buchhandlung Vorwärts.

Die Buchhandlung Vorwärts mußte im Vorjahre über einen, um 26 500 Mk. verminderten Umsatz gegen das Geschäftsjahr 1904/05 berichten. Im jetzigen Berichtsjahr: Juli 1906 bis Juni 1907, betrug der Warenumsatz 522 084,63 Mk., also wieder gegen das Vorjahr mehr 81 915,79 Mk. Trotz dieses erhöhten Umsatzes konnten der Parteikasse aus den Ueberschüssen der Buchhandlung nur 50 000 Mk. überwiesen werden, also gegenüber dem Vorjahre 10 000 Mk. weniger.

Selbstverständlich sind die Geschäftsergebnisse der Parteibuchhandlung von der mehr oder minder günstigen geschäftlichen Konjunktur abhängig. Vergleicht man aber die entsprechenden Zahlen seit dem Bestehen der Buchhandlung, so ergibt sich ein erfreulicher, allerdings zuweilen unterbrochener Aufschwung.

Im Geschäftsjahr	Betrug der Umsatz	Wurden der Parteikasse überwiesen
1890/91	66 013,58 Mk.	— Mk.
1891/92	120 175,07 „	— „
1892/93	144 069,96 „	— „
1893/94	136 389,02 „	6 000,— „
1894/95	148 444,61 „	14 000,— „
1895/96	133 450,52 „	20 000,— „
1896/97	136 256,62 „	10 000,— „
1897/98	136 726,25 „	— „

Im Geschäftsjahr	Betrug der Umsatz	Wurden der Parteikasse überwiesen
1898/99	176 017,74 Mk.	40 000,— Mk.
1899/1900	188 366,60 „	14 000,— „
1900/01	201 290,68 „	20 000,— „
1901/02	196 754,59 „	15 000,— „
1902/03	247 401,14 „	22 000,— „
1903/04	316 968,09 „	35 000,— „
1904/05	466 835,34 „	95 000,— „
1905/06	440 168,84 „	60 000,— „
1906/07	522 084,63 „	50 000,— „

Diese Zahlen geben zugleich ein Zeugnis vom Wachstum und der Entwickelung unserer Partei.

Wie wir bereits hervorgehoben haben, konnten in diesem Jahre nur 50 000 Mk. aus den Ueberschüssen an die Parteikasse abgeführt werden.

Dieser Summe muß allerdings der in der ersten Hälfte dieses Jahres der „Kommunalen Praxis" gewährte Zuschuß von 5708,15 Mk. zugerechnet werden, so daß die Summe ohne diesen Zuschuß 55 708,15 Mk. betragen würde.

Diese Summe würde wieder in demselben Verhältnis zum Umsatz stehen wie in den früheren Jahren, wenn die beiden außerordentlich guten Geschäftsjahre 1905/07 außer Betracht bleiben.

Ueber die Erscheinungen des Verlags ist zu berichten:

Die in zwangloser Reihenfolge erscheinende Sammlung: „Sozialdemokratische Agitationsbibliothek", herausgegeben, um den Parteigenossen besonders drastische Zeitbilder aus dem Klassenstaat vor Augen zu führen und sie gesammelt der Agitation dienstbar zu machen, sind im verflossenen Jahre um zwei neue Ausgaben vermehrt worden. Heft VI: „Der Sozialistentöter Bülow im Deutschen Reichstag", enthält die Reden unserer Genossen Bebel, Singer und David, sowie des Zentrumsabgeordneten Gröber und die Erwiderungen des Reichskanzlers gelegentlich der ersten Etatsdebatte des neugewählten Reichstags. Von diesem Heft wurden 25 000 Exemplare gedruckt. Das 7. Heft: „Eine Abrechnung mit dem Reichslügenverband", von dem ebenfalls 25 000 Exemplare gedruckt wurden, bringt die Debatten gelegentlich der von unserer Fraktion eingebrachten Interpellation über die Machinationen des Reichslügenverbandes während des Wahlkampfes.

Aus diesen Heften wurden die wuchtigen Anklagereden der Genossen Bebel, David und Fischer besonders herausgegeben und erzielten eine Gesamtauflage von 245 000 Exemplaren. Zweck dieser Ausgaben war, die Antwort, die wir der Regierung auf ihre und ihrer politischen Hintermänner unwahre Behauptungen und Verdächtigungen im Wahlkampfe und auf die unerhörte Wahlmache im Reichstage gegeben hatten, auch in jene Kreise zu tragen, denen durch eine parteiische, verstümmelte und verlogene Parlamentsberichterstattung die Orientierung über die wirklichen Vorgänge im Reichstage erschwert wird.

Von älteren früher erschienenen Heften der Agitationsbibliothek sind neu aufgelegt worden: „Der Klassenkampf im Ruhrgebiet" (1000 Exemplare) und „Der Zukunftsstaat der Junker" (4000 Exemplare).

Zur Unterstützung der Agitation während des Wahlkampfes sind neu erschienen: „Womit man vor Sozialdemokraten graulich macht", eine kurze Abhandlung über die landläufigsten Verdrehungen und Schauermärchen über die Sozialdemokratie (75 000); „Ziele und Wege", eine Erläuterung der sozialdemokratischen Gegenwartsforderungen (85 000); ferner erschien im Auftrage des Parteivorstandes: „Das Reichstagshandbuch für sozialdemokratische Wähler anläßlich der Reichs-

tagsauflösung 1906" (6000 Exemplare). Während des Wahlkampfes erschien in unserem Verlage: „Rotdeutschlands Aufstieg", Wahlkampflieder von E. M. Scävola; nach den Wahlen eine statistische Bearbeitung der Wahlergebnisse aus der Feder der Genossen Paul Hirsch und Bruno Borchardt unter dem Titel: „Die Sozialdemokratie und die Wahlen zum Deutschen Reichstage" (4000).

An sonstigen Schriften erschienen neu im Berichtsjahre: Erdmann, „Der Schwindel der klerikalen Arbeiterpolitik" (10 000); Bernstein, „Die neuen Reichssteuern" (15 000). Zur Propagierung der Idee der Jugendorganisationen erschienen zwei Broschüren: Frank, „Die jugendlichen Arbeiter und ihre Organisationen" (5000) und Peters, „Der Weg zum Licht" (6000). Nach den Verhandlungen des Reichstages über das vom Bundesrat vorgelegte Gesetz über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine (Gewerkschaften), veröffentlichten wir die Materialien und die Verhandlungen des Reichstages unter dem Titel: „Das neue Knebelgesetz gegen die Gewerkschaften" (7000). Als Fortsetzung der Bernsteinschen Vortragsserie über die verschiedenen Formen des Wirtschaftslebens erschien neu: „Die Grundbedingungen des Wirtschaftslebens" (6000); ferner von der Genossin Lily Braun: „Die Mutterschaftsversicherung" (5000).

Von der älteren Literatur wurden Neuauflagen hergestellt: „Grundsätze und Forderungen" von Kautsky und Schönlank, in neudurchgesehener Auflage (100 000); „Das Kommunistische Manifest" (22 000); W. Bracke, „Nieder mit den Sozialdemokraten" (10 000); „Ein katholischer Pfarrer als Sozialdemokrat" (85 000); Stern, „Der Zukunftsstaat" (10 000); Göhre, „Schule, Kirche und Arbeiter" (31 000); Bebel, „Christentum und Sozialismus" (25 000); „Das verbotene Blatt" (50 000); „An den Einzelnen, auf den es nicht ankommt" (90 000); „Mutter, was läuft der Gendarm so?" (10 000); „Winke für die Reichstagswahlen" (78 000); Stampfer, „Religion ist Privatsache" (2000); Bebel, „Sozialdemokratie und Zentrum" (5000); Bebel, „Sozialdemokratie und Antisemitismus" (6000); Kautsky, „Sozialdemokratie und katholische Kirche" (3000); „Gegen Volksverdummung, Volksknebelung und Volksausbeutung" (4000); Liebknecht, „Wissen ist Macht, Macht ist Wissen" (2000); „Die Lebensmittelzölle und die indirekten Steuern" (3000); Lily Braun, „Die Frauen und die Politik" (1500). Von Dietzgens philosophischen Schriften: „Die Religion der Sozialdemokratie" (6000); „Die Zukunft der Sozialdemokratie" (6000); „Sozialdemokratische Philosophie" (4000). Lassalle, „Ueber Verfassungswesen" (4000); „Arbeiter-Programm" (4000); Marx, „Lohnarbeit und Kapital" (6000); Kautsky, „Soziale Revolution", I u. II (4000); Greulich, „Materialistische Geschichtsauffassung" (5000); Kampffmeyer, „Die Sozialdemokratie im Lichte der Kulturgeschichte" (5000); Borchardt, „Wie sollen wir unsere Kinder ohne Prügel erziehen?" (3000); von dem beliebten kleinen Braunschen „Zeitungsfremdwörterbuch" haben wir eine neudurchgesehene und erweiterte Auflage herausgegeben (10 000). Losinsky, „Was haben die Armen dem Christentum zu verdanken?" (2000). Die seitens des Reichslügenverbandes wieder hervorgeholten Lügenmärchen des Korbmachers Fischer veranlaßten eine Neu-

auflage von: „Der Korbmacher Fischer im Lichte der Wahrheit" (70 000).

Die Maizeitung erzielte in diesem Jahre eine Auflage von 420 000 Exemplaren.

Das Protokoll des Parteitages in Mannheim erzielte eine Auflage von 55 000 Exemplaren, der Arbeiternotizkalender eine solche von 43 000, und der für den Verband der Fabrik-, Land- und Hülfsarbeiter von uns hergestellte Kalender eine Auflage von 10 000.

Von den billigen kleinen Gesetzesführern wurden neu aufgelegt: „Führer durch das Gewerbeunfallversicherungsgesetz" (5000); „Führer durch das Vereins- und Versammlungsrecht" (5000). Neu erschienen sind: „Führer durch das Militärpensionsgesetz" (3000); „Führer durch das Gewerbegerichts- und Kaufmannsgerichtsgesetz" (5000).

Die „Arbeiter-Gesundheitsbibliothek" wurde um drei neue Abhandlungen vermehrt: „Frauenleiden und deren Verhütung" (50 000); „Vom medizinischen Aberglauben" (5000); „Das Wasserheilverfahren in der Gesundheitspflege des Arbeiters" (10 000). Von bereits früher erschienenen Heften wurden neu aufgelegt: „Die erste Hülfe bei Unglücksfällen" (5000); „Das erste Lebensjahr" (5000); „Zur Gesundheitspflege des Nervensystems" (5000); „Alkoholfrage und Arbeiterklasse" (5000); „Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten" (10 000). Im ganzen sind in dieser Sammlung bisher 18 Abhandlungen erschienen.

Von den unter dem Gesamttitel: „Sozialdemokratische Gemeindepolitik" ins Leben gerufenen Unternehmen ist im Berichtsjahr ein neues Heft nicht erschienen. Wir empfehlen aber die bisher erschienenen Hefte der Beachtung der Parteigenossen. Es ist die Absicht des Verlags, durch diese Bibliothek das Interesse an den kommunalen Angelegenheiten bei den Parteigenossen zu wecken und zu fördern.

Seitens der Berliner Genossen wurden wir mit der Herausgabe der „Geschichte der Berliner Sozialdemokratie", deren Bearbeitung der Genosse Bernstein übernommen hatte, betraut. Der erste Band liegt gebunden vor und erfreut sich der allgemeinen Anerkennung fast der gesamten Parteipresse. Der zweite und dritte Band ist in Vorbereitung und wird der zweite Band zum preußischen Landesparteitag erscheinen. Die illustrative Ausstattung des Werkes wird vom Genossen Eduard Fuchs besorgt. Um jedem die Erwerbung dieses gut ausgestatteten Buches zu ermöglichen, geben wir dasselbe auch in Lieferungen à 30 Pf. heraus.

Aus der Feder des Genossen Eisner erschien um die Jahreswende: „Das Ende des Reichs". Dasselbe behandelt die Einflüsse der großen französischen Revolution auf die politischen und wirtschaftlichen Zustände in Preußen und in Deutschland.

Schließlich sei noch auf die Herausgabe des „Gruppenbildes der sozialdemokratischen Reichstags-Fraktion" hingewiesen.

Auch die jetzt im 11. Jahre erscheinende illustrierte Wochenschrift: „In Freien Stunden" erfreut sich nach wie vor der Beliebtheit der Parteigenossen und -Genossinnen. Doch soll hier nicht verschwiegen werden, daß eine so gute, nur das Beste bringende Unterhaltungsschrift bei weitem nicht die verdiente Verbreitung findet. Sollen die „Freien Stunden" ihre Aufgabe, die Schundliteratur aus den Wohnungen der aufgeklärten Arbeiter zu verdrängen, erfüllen, so muß eine weit intensivere Aufklärung der Arbeiter und deren Frauen und erwachsenen Söhne und Töchter über die Schädlichkeit der

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Der Parteivorstand
Archiv

gangbaren Schund- und Schauerromane und Schmöker, im „Buffalo-Bill" und „Wild-West"-Stil seitens aufgeklärter Genossen Platz greifen.

Von den unter dem Titel: „Kulturbilder" herausgegebenen Einzeldarstellungen der Kulturgeschichte ist jetzt der dritte Abschnitt unter dem Titel: „Blut und Eisen", von Hugo Schulz, im Erscheinen begriffen. Der erste Band dieses Werkes liegt bereits abgeschlossen vor; der zweite ist bei Niederschrift dieses Berichtes bis zum 45. Hefte erschienen. Leider erfreut sich dieses Unternehmen nicht so der Förderung der Parteigenossen, als es für die Bedeutung dieses Unternehmens von uns erwartet werden konnte.

Seit dem 1. Januar dieses Jahres ist die vom Genossen Dr. Südekum herausgegebene „Kommunale Praxis", Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindesozialismus, in unseren Verlag übergegangen. Diese Wochenschrift soll an der Hand der Praxis unseren Parteigenossen ein nützlicher und sicherer Ratgeber auf dem schwierigen Gebiet der Kommunalpolitik sein. Der Kreis der Bezieher dieser Zeitschrift ist vorläufig ein eng begrenzter, so daß das Blatt noch einen erheblichen Zuschuß seitens des Verlags erfordert, wie die nachfolgende Aufstellung ergibt. Wir werden uns bemühen, die Zeitschrift, den Anforderungen nach Möglichkeit Rechnung tragend, auszubauen, und wir hoffen, hierin die Unterstützung der in den Kommunalverwaltungen tätigen Genossen zu finden. Wir bitten aber auch die Vertrauensleute der Partei, durch unablässige Agitation in den interessierten Kreisen für möglichste Verbreitung des Blattes zu sorgen.

Abrechnung für die

„Kommunale Praxis"

vom 1. Januar bis 30. Juni 1907.

A) Eingänge.

Abonnements	8 455,19 Mk.		
Inserate und Beilagen	180,38 „		
Zurückgezahltes Guthaben	759,90 „	9 395,47 Mk.	
Zuschuß der Buchhandlung Vorwärts		5 708,15 „	
	Summa	15 103,62 Mk.	

B) Ausgänge:

Redaktion	2 855,15 Mk.
Mitarbeiter	2 334,53 „
Druck und Buchbinderei	7 795,85 „
Expedition und Agitation	2 084,37 „
Remittenden	33,72 „
Summa	15 103,62 Mk.

Am 30. Juni 1907 betrug der Abonnentenstand: 2653.

Hauptsächliche Aufgabe der Buchhandlung Vorwärts ist es, gute Agitationsschriften zu möglichst billigen Preisen den Arbeitern zu bieten. Wir haben dieser Aufgabe auch im Berichtsjahre unsere stete Aufmerksamkeit zugewendet und hoffen damit den Wünschen der Parteigenossen entsprechend gehandelt zu haben.

Soweit es uns im Rahmen unserer Hauptaufgabe möglich war, haben wir auch den vielfach geäußerten Wünschen nach guter und solider Ausstattung unserer Erscheinungen Sorge getragen.

Wir wollen auch unseren diesjährigen Bericht schließen mit der Bitte an die Parteigenossen und insbesondere an die Redaktionen der Partei- und Gewerkschaftspresse um rege Unterstützung unserer Unternehmung.

* * *

Strafkonto der Arbeiterbewegung.

Nach den monatlichen Aufstellungen, die wir über die im Zusammenhang mit dem Klassenkampfe verhängten Strafen geben, wurden gegen Angehörige der Partei und der Gewerkschaften im Berichtsjahre insgesamt an Strafen erkannt: 2 1/2 Jahr Zuchthaus, 33 Jahre, 10 Monate, 2 Wochen, 1 Tag Gefängnis und 30 600 Mk. Geldstrafe.

Es wäre falsch, anzunehmen, daß in diesem Strafregister alle Strafen enthalten sind, welche in Prozessen, die die Partei und die Gewerkschaften angehen, im abgelaufenen Berichtsjahre verhängt wurden. Es steht vielmehr fest, daß über viele Strafsachen, in denen es sich um geringere Geldstrafen und kurze Haftstrafen handelt, gar nichts der weiteren Oeffentlichkeit bekannt wird. Wir erinnern nur an die vielen Prozesse wegen Flugblattverbreitung. Prozesse, die in einem Wahljahre besonders zahlreich sind — und an die Prozesse wider Streikposten, die in der „liberalen Aera" genau dieselben polizeilichen Verfolgungen zu erdulden haben, wie vorher. Wenn Graf Posadowsky im Ruhestand über die wirtschaftlichen Kämpfe der Jahre nachdenkt, die verflossen sind, seit der Deutsche Reichstag ihm seine „Zuchthausvorlage", ohne sie auch nur einer Kommissionsberatung wert zu halten, vor die Füße warf, so wird ihm klar werden, daß in den letzten Jahren mit Hülfe des „gemeinen Rechts" so gegen die kämpfende Arbeiterschaft gearbeitet wurde, daß es wahrlich einer Ausnahmegesetzgebung nicht bedurfte. Insbesondere die Arbeitswilligen erfreuten sich eines Schutzes, wie er sonst allenfalls noch Gott und den Majestäten zugebilligt wird. Dabei stellte es sich in einer Reihe von Fällen heraus, daß unter den Arbeitswilligen sich Elemente rohester Art befinden, die Differenzen über die nebensächlichsten Dinge mit dem Dolche und dem Browningrevolver erledigten. Aus Lechhausen bei Augsburg, aus Stettin, aus Nürnberg, aus Magdeburg, aus Niendorf in Anhalt und aus Augsburg kamen Nachrichten von Gewalttaten „Arbeitswilliger", ohne daß diese Revolver- und Dolchmesserhelden bestraft wurden. Denn die Gerichte fanden zumeist, soweit die Täter nicht überhaupt als flüchtig unauffindbar waren, daß die Arbeitswilligen in Notwehr gehandelt hätten. Selbstredend haben diese Helden auch die Sympathien der herrschenden Klassen. Wie überhaupt jeder, der auch nur in dem Rufe steht, ein Gegner der Bestrebungen der Sozialdemokratie zu sein, sich so sicher der weitgehendsten Sympathien der herrschenden Klasse und ihrer Organe in Staat und Gemeinde erfreut. Am deutlichsten trat das in dem Klein-Möhlauer Mordprozeß gegen den aus Oberschlesien stammenden Arbeiter Galbiersch zutage. Zwei auf niederster Kulturstufe stehende Arbeiter, Danisch und Galbiersch, waren nach reichlichem Alkoholgenuß in Differenzen geraten. Galbiersch erstach den Danisch. Da sich die Differenzen nach der Wahl abspielten, wurde behauptet, daß Galbiersch dem Danisch die tödlichen Stiche versetzt habe, weil dieser sich rühmte, national gewählt zu haben. Ehe der Prozeß stattgefunden hatte, nahmen sich nicht nur die bürgerlichen Parteien des angeblichen nationalen Märtyrers an, sondern auch der anhaltinische Staatsminister v. Dallwitz versuchte es, den Mörder der Sozialdemokratie an die Rockschöße zu hängen. In der Schwurgerichtsverhandlung konnten keinerlei politische Motive für den traurigen Fall erwiesen werden. Der Getötete, ein bekannter Krakeeler, war wegen Alkoholrausches schon mehr als 50mal aus der Kneipe geworfen worden, vor der sich das blutige Drama abgespielt hat. Nach dem Ergebnis der Schwurgerichtsverhandlung mußten die Sozialistentöter mit ihren Sympathien für den „Märtyrer" des nationalen Schnapses doch etwas zurückhalten.

Die Augustkrawalle, die in Nürnberg im Zusammenhang mit dem Streik in der „Union" stattfanden, führten zu mehreren Prozessen. In einem Prozesse verneinten im November die Geschworenen die Frage auf Landfriedensbruch und bejahten nur die Frage auf Körperverletzung. Das Gericht erkannte darauf auf Strafen von 1½ Jahren bis 1 Monat Gefängnis gegen 5 Angeklagte. Vor die Strafkammer kamen dann im Dezember noch drei Jugendliche, von denen einer zu 7, ein anderer zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt wurde, dadurch, daß man den Aufruhrparagraphen gegen diese Jugendlichen anwandte. Der Staatsanwalt stellte in diesem Falle ausdrücklich fest, daß die organisierte Arbeiterschaft mit den Krawallen nichts zu tun hatte. Die Vorgänge, die sich am 19. April 1906 auf dem Striegauerplatz in Breslau abgespielt haben, sind im Gedächtnis der deutschen Arbeiterschaft unauslöschlich eingeprägt. Ist es doch der Tag, an dem dem Arbeiter Biewald, als er friedlich die Treppe eines Hauses hinaufgehen wollte, von einem Schutzmann, der immer noch nicht entdeckt ist, die Hand glatt abgeschlagen wurde. Nach dem 19. April 1906 wurde in Breslau gegen 120 Personen die Voruntersuchung eröffnet wegen Teilnahme an einem Aufruhr. 65 Personen wurden bald wieder außer Verfolgung gesetzt und 55 wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt und Vergehen gegen § 152 G.-O. unter Anklage gestellt, also nicht wegen Aufruhrs. 86 Angeklagte wurden im September zu Gefängnisstrafen von 6 Monaten bis zu einer Woche verurteilt. Einer der „Kaiserdeputierten", Hirsch, der 1900 auf dem Breslauer Bahnhof die Kaiserrede anhören durfte, kam vor die Geschworenen. Er wurde von der Anklage des Landfriedensbruchs freigesprochen aber auf Grund des § 158 G.-O. zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt, die durch beinahe 6 Monate Untersuchungshaft für verbüßt erachtet wurden. Die Versammlungen, die für den 19. April 1907, den Jahrestag der Schlacht am Striegauerplatz, in Breslau angesetzt waren, wurden polizeilich verboten!

In Magdeburg kam es zu einem Landfriedensbruchprozeß, weil nach der Wahl der Reichsverbandsagitator Haase, ein Arbeiter des Kruppschen Grusonwerkes, der eine dunkle Vergangenheit hat, mit Schneebällen beworfen worden war und auch sonst belästigt wurde, da er sich durch Beschimpfung der Arbeiter deren Haß zugezogen hatte, wobei sich zur Zeit des Fabrikschlusses naturgemäß eine Menschenansammlung entwickelte. Von 20 Angeklagten wurden am 1. Mai 8 wegen Landfriedensbruch zu je 5 Monaten Gefängnis verurteilt, davon 2 wegen groben Unfugs ferner zu 1 Monat Haft, außerdem noch 6 Angeklagte wegen groben Unfugs zu 1 Monat Haft und 6 Angeklagte, darunter 3 Lehrlinge, wurden wegen mangelnder Einsicht freigesprochen. Politische Motive wurden in der Verhandlung nicht erwiesen.

In das Berichtsjahr fallen auch noch einige Prozesse, die wegen des preußischen Wahlrechtsflugblattes angestrengt wurden, das zum 21. Januar 1906 in ganz Preußen verbreitet wurde. Das Schicksal dieses Flugblattes illustriert die deutschen Rechtsverhältnisse auf das trefflichste. Wegen desselben Flugblattes, das nach Ansicht einiger Staatsanwälte und Gerichte durch Hinweise auf die österreichische Wahlrechtsbewegung und den Kampf um die russische Duma eine Aufreizung zu Gewalttätigkeiten enthalten sollte, erkannte das Berliner Landgericht auf Einstellung des Verfahrens, die Elberfelder Strafkammer auf Freisprechung, die Glatzer Strafkammer auf Vernichtung der Flugblätter im objektiven Verfahren und die Strafkammern zu Görlitz und Stargard auf Gefängnisstrafen. Das Reichsgericht bestätigte als Revisionsinstanz sowohl das freisprechende als auch die verurteilenden Erkenntnisse! Alles wegen desselben Flugblattes von Rechts wegen!

Die preußische Wahlrechtsbewegung erforderte noch weitere Opfer. Während von den deutschen Parlamenten sich früher nur die sächsischen Kammern und das preußische Herrenhaus beleidigt fühlten, wenn zuweilen ein Staatsanwalt zu Strafanträgen animierte, beschloß am 6. Juli 1906 eine aus Konservativen, Nationalliberalen und Zentrumsleuten bestehende Mehrheit Strafantrag zu stellen gegen unsere Parteiorgane in Düsseldorf und Erfurt, die in Leitartikeln zur Zeit der Wahlrechtsbewegung dem Abgeordnetenhause nicht diejenige Hochschätzung entgegengebracht haben sollten, die das preußische Dreiklassenhaus in Anspruch nehmen zu können glaubt. Der Erfolg dieser Aktionen war, daß in Düsseldorf Genosse Schotte zu zwei und in Erfurt die Genossen von Lojewski und Slatge zu je 6 Monaten Gefängnis verurteilt wurden.

Wie bitter not den Deutschen ein freiheitliches Vereinsgesetz tut, zeigten eine ganze Anzahl Prozesse, in denen Polizeischikanen aller Art gerichtlich erwiesen wurden. Sehr umfangreich wurde für Recklinghausen von der Strafkammer Bochum in einer zweitägigen Verhandlung festgestellt, wie polizeiliche Bevormundung ganz systematisch zur Schädigung der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung geübt wird.

Bei den kommenden Verhandlungen über das angekündigte Reichsvereinsgesetz wird der Partei ein reichliches Material aus der Polizeipraxis zur Verfügung stehen. Ganz besonders auch gegen die in Preußen, Sachsen usw. gesetzlich zulässige Ueberwachung von Versammlungen durch Polizeiorgane. In Berlin, Halle, Erfurt usw. haben im Berichtsjahre wieder Gerichte feststellen müssen, daß untergeordnete Polizeiorgane nicht in der Lage waren, den Gedankengang sozialdemokratischer Redner in ihren Notizen richtig wiederzugeben, so daß Freisprechungen der auf Grund der Gendarmennotizen Angeklagten erfolgen mußten. — Das von dem verflossenen Freiherrn v. Hammerstein den Agrarierfrauen zuliebe zugestandene Recht der Frauen, im Segment an Versammlungen von politischen Vereinen teilzunehmen, wurde noch nicht überall von den Polizeiorganen anerkannt. Es erfolgten deshalb Versammlungsauflösungen selbst in Berlin, wo für den Zirkus Busch zuerst dieses „Recht" anerkannt wurde. Wie ungleich die Behandlung der preußischen Staatsbürger in puncto Vereins- und Versammlungsrecht ist, beweist, daß gegen den Fürsten Bülow keine Anklage wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes erfolgte, obwohl es gerichtsnotorisch ist, daß der Reichskanzler an den Wahlabenden in unangemeldeten Versammlungen unter freiem Himmel sprach. Es wird Aufgabe des Reichstages sein, dafür zu sorgen, daß in Zukunft jeder Staatsbürger und jede Staatsbürgerin soviel Reichs-, Vereins- und Versammlungsrecht garantiert erhält, als sich jetzt schon der Reichskanzler für seine Person herausnimmt.

Besondere polizeiliche Beobachtung genossen die Vereine jugendlicher Arbeiter in Norddeutschland, während die freien Vereinsgesetze in Süddeutschland unserer jungen Garde einen weiteren Spielraum lassen. In Königsberg i. Pr. wurde der Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter geschlossen und der Vorsitzende Genosse Krüger wegen Vergehens gegen § 111 Str.-G.-B. (Widersetzlichkeit gegen Anordnungen der Obrigkeit) und wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes usw. zu 8 Monaten und 6 Wochen Gefängnis verurteilt. Genosse Krüger, der lungenleidend ist, wurde unter dem Weihnachtsbaum verhaftet. Diese Verhaftung wurde allerdings später selbst vom Justizministerium mißbilligt.

Aufsehen erregten in ganz Deutschland einige Fälle der Anwendung des Zeugniszwangsparagraphen. Dieser Rest der mittelalterlichen

Folter ist in Deutschland immer noch Rechtsmöglichkeit, obwohl selbst preußische Staatsanwälte zugeben, daß bei solcher Quälerei nicht das geringste herauskommt. Sozialdemokratische Redakteure sind nicht der Ehrlosigkeit fähig, die in dem Verrat derer bestehen würde, die ihnen vertrauliche Mitteilungen zur Kenntnis gaben. In Halle, in Kulmbach und in Mannheim wurde der Zeugniszwangsparagraph gegen Genossen vergeblich angewandt. — In Mannheim spielt sich auf anderem Gebiete ein Prozeß ab, der vorher fast allgemein für unmöglich gehalten wurde. Genosse Hauth hatte als Lehrer im Badischen vor mehr als zwölf Jahren die Vergünstigung einer zehnwöchigen Dienstzeit genossen. Er gab 1894 den Lehrerberuf auf und wurde in der Schweiz Redakteur. Die Folge war, daß er aufgefordert wurde, den Rest der zwei Jahre bei der Infanterie nachzudienen. Er blieb im Ausland und wurde in contumaciam zu 1000 Mk. Geldstrafe verurteilt, die er auch bezahlte. Im vorigen Jahre ging Genosse Hauth nach seinem Vaterlande zurück. Er wurde in Haft genommen und zu 7 Monaten Festung verurteilt, die der Magenleidende als ein Opfer des Militarismus auch abbüßen mußte. — Gegen unser Münchener Parteiorgan strengte Herr Dr. Karl Peters Klage an. Der Kläger mußte dafür tagelang vor ganz Deutschland Spießruten laufen. Trotzdem kam das Gericht zu keiner Freisprechung, sondern erkannte auf 500 Mk. Geldstrafe. Berufung ist eingelegt. An der Fortsetzung des Prozesses wird Herr Dr. Peters ebensowenig Freude erleben als an den Prozessen, die er inzwischen gegen andere Parteiblätter anstrengte.

Zum Schlusse sei erwähnt, daß die Leipziger Justiz mit ihren im vorjährigen Bericht eingehend gewürdigten Aktionen gegen die „Leipziger Volkszeitung" fortfuhr. Gleichzeitig gewann unser Leipziger Organ in steigendem Maße das Vertrauen der Leipziger Genossen. Die Auflage stieg von 41 000 auf 48 000.

* * *

Internationales.

Neben den großen Anforderungen, die der Kampf im eigenen Lande an die Partei stellte, ist sie auch ihren internationalen Verpflichtungen in vollem Maße gerecht geworden. Unsere Vertreter im Internationalen sozialistischen Bureau, die Genossen Bebel und Singer, haben regelmäßig an dessen Sitzungen teilgenommen; über die dort geführten Verhandlungen ist in der Parteipresse berichtet worden. Als Jahresbeitrag wurden an das Bureau 2500 Franken abgeführt.

Die Vorbereitungen für den Internationalen Kongreß in Stuttgart wurden unter Leitung des Genossen Dietz von dem Lokalkomitee der Stuttgarter Genossen im Einverständnis mit dem Internationalen Bureau und uns erledigt. Die von uns vorgenommene Verteilung der Mandate zum Kongreß auf die einzelnen Agitationsbezirke fand allgemein Zustimmung. Von den danach auf die Partei entfallenden 150 Mandaten haben wir den Genossinnen 12 Mandate überlassen, was um so eher möglich war, als mehrere Bezirke die Zahl der ihnen überwiesenen Mandate nicht voll in Anspruch nahmen. Dem Stuttgarter Kongreß wurde ein schriftlicher Bericht über die Parteibewegung seit dem Amsterdamer Kongreß vorgelegt.

Den revolutionären Kämpfen des russischen Proletariats ist die deutsche Arbeiterklasse mit großer Teilnahme gefolgt. In einer Begrüßung des Kongresses unserer russischen Parteigenossen haben wir diesen Gefühlen besonderen Ausdruck verliehen. Der jüngste Gewaltstreich des Zarismus am russischen Volke: die Auflösung der zweiten Reichsduma, die Verfolgung der sozialistischen Dumamitglieder und die Entrechtung des Proletariats hat bei den deutschen Arbeitern große Entrüstung hervorgerufen. In der Parteipresse und in vielen Parteiversammlungen wurde gegen diese neue Schandtat des Absolutismus Protest erhoben. Die Berliner Parteigenossen haben in ihren Versammlungen, in denen sie zum Stuttgarter Kongreß Stellung genommen haben, die Schergendienste, die die Berliner Polizei dem Zarismus leistet, noch besonders gebrandmarkt und erklärt, auch fernerhin die Sache der russischen Freiheitskämpfer, die auch die Sache des Proletariats aller Länder sei, tatkräftigst zu unterstützen.

Bei den im April stattgefundenen Landtagswahlen in Finnland wurden 80 Sozialdemokraten gewählt. Von den gewählten 19 Frauen gehören neun der sozialdemokratischen Partei an.

Die Sammlungen für die Opfer der russischen Revolution sind fortgesetzt worden; ihr Gesamtergebnis erreichte die Höhe von 339 612,93 Mk. Zu den Wahlen zur zweiten Duma haben wir unseren russischen Parteigenossen einen Zuschuß von 25 000 Mk. gewährt. Durch die zu diesem Zwecke besonders eingeleitete Sammlung: „Förderung sozialdemokratischer Dumawahlen", die noch nicht ganz abgeschlossen ist, dürfte dieser Betrag annähernd gedeckt werden.

Im Oktober vorigen Jahres geriet das Kampforgan unserer französischen Genossen, die „Humanité" (Paris), in finanzielle Schwierigkeiten und lief Gefahr, den Kampfplatz verlassen zu müssen. Sowohl im Interesse der französischen Partei als auch der internationalen Bewegung wegen kamen wir der Bruderpartei Frankreichs mit einer Unterstützung von 25 000 Franken zu Hülfe.

Von großer Bedeutung für die Arbeiterbewegung aller Länder ist der Wahlsieg unserer österreichischen Parteigenossen. Dieser prächtige Erfolg, der dem Proletariat Oesterreichs die stärkste sozialdemokratische Fraktion brachte, bildete einen glänzenden Abschluß des mit Ausdauer und großer Energie geführten Wahlrechtskampfes. Zu ihrem ersten Waffengang unter dem allgemeinen Wahlrecht haben wir unseren österreichischen Brüdern eine Beihülfe von 30 000 Mk. geleistet.

Je mehr der Kapitalismus seine Weltmacht erweitert und sie zur Niederhaltung der Arbeiterklasse ausnutzt, je mehr muß das klassenbewußte Proletariat aller Länder seinen Zusammenschluß zum einmütigen Handeln fördern und festigen. Wir sind sicher, daß diese Bestrebungen durch das in Stuttgart zusammentretende Weltparlament des Proletariats tatkräftige Förderung erhalten werden!

* * *

Es bleibt uns noch die Pflicht, unserer

verstorbenen Mitkämpfer

zu gedenken. Die Sozialdemokratie stellt an die Tatkraft und Opferfreude ihrer Anhänger große Anforderungen. Die Werbekraft und Erfolge der Partei wurzeln in der stillen, unermüdlichen Tätigkeit unserer Kampfgenossen in Stadt und Land. Es ist nicht möglich, hier all die Braven, die der Tod heuer aus diesem Wirkungskreise gerissen hat, besonders zu würdigen. Ihre Zahl ist groß. Viele sind darunter, die in rastlos aufreibendem Wirken ihr Bestes für die Sache des Proletariats eingesetzt haben. Allen gebührt Dank und Anerkennung für die der Partei geleisteten Dienste!

Reiche Ernte hielt der Tod in den vordersten Reihen unserer Genossen.

Die Redaktion des „Vorwärts" hat einen schmerzlichen Verlust erlitten. Am 19. September starb der Genosse Hans Nikolaus Krauß, der seit nahezu zehn Jahren das Unterhaltungsblatt redigierte. Im Jahre 1890 war

Sozialdemokratische Partei
Deutschlands
Parteivorstand

Krauß leitender Redakteur der „Volkstribüne"; später war er am „Volksblatt für Teltow-Niederbarnim" und am „Sozialdemokrat" tätig. Krauß, der Oesterreicher war, konnte mit seinem Namen wenig hervortreten, trotzdem hat er für die Partei eine Unsumme von Arbeit geleistet. Ueber seine Redaktionstätigkeit hinaus reicht seine Bedeutung als Schriftsteller, Dichter und Künstler.

In New York starb am 27. Oktober der Genosse F. A. Sorge, der letzte Generalsekretär der internationalen Arbeiterassoziation. Sorge hat im badischen Revolutionsheer mitgekämpft, gleich anderen mußte er aus der Heimat fliehen, wo er zum Tode verurteilt war. In Amerika fand er schließlich bleibende Statt. Als im Jahre 1872 die Verlegung des Sitzes des Generalrats der Internationale nach New York erfolgte, ward Sorge sein hervorragendstes Mitglied. Was Sorge für die Arbeiterbewegung bedeutet, zeigt uns sein Werk, der Briefwechsel, der zwischen Marx, Engels und anderen und ihm geführt wurde. Leider war es Sorge nicht vergönnt, dies Werk, das für die Geschichte der Arbeiterbewegung von dauerndem Wert ist, noch gedruckt vor Augen zu bekommen.

Am 25. November wurde auf einem Spaziergange in der Nähe von Berlin unser Genosse August Dreesbach vom Tode überrascht; ein Herzschlag hat dem erfolgreichen Leben des mutigen Kämpen ein Ziel gesetzt. Wenn Dreesbach auch schon lange leidend war, so hat die Nachricht von seinem Tode doch schmerzlich überrascht, zumal er noch wenige Wochen vorher mit Umsicht die Vorarbeiten für den Mannheimer Parteitag erledigt und dessen Verhandlungen frisch und mit großem Geschick geleitet hatte. Dreesbach war schon zu Lassalles Zeiten für die Partei hervorragend tätig gewesen. Im Jahre 1874 hat er sich auf Veranlassung der Zentralleitung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins in Mannheim niedergelassen. Von diesem Zeitpunkt ab war er der treue Berater und bewährte Führer der badischen Partei. Große Verdienste erwarb er sich als langjähriger Vertreter der Mannheimer Arbeiterschaft im Reichs- und Landesparlament und im Gemeinderat der Stadt. Mit Dreesbach verlor die Partei einen ihrer bewährtesten Vorkämpfer.

In Leipzig starb am 4. Januar der Genosse Gustav Jaeckh, Redakteur der „Leipziger Volkszeitung". Zwei Jahre lang hat er mit einem schweren Nervenleiden gerungen, bis schließlich der Tod als Erlöser an sein Krankenbett trat. Jaeckh war abwechselnd an der Parteipresse in Mülhausen i. E., Braunschweig und Mannheim tätig und kam im Frühjahr 1901 nach Leipzig an die „Volkszeitung". Er war ein sehr befähigter und außerordentlich fleißiger Journalist, dem die Leipziger Genossen sehr viel verdanken. Mit seiner Studie zur Geschichte der Internationale hat er der Partei einen hervorragenden Dienst erwiesen.

Am 28. Februar starb der Genosse Dr. August Winter. Von Jugend auf hing Winter den Ideen des Sozialismus an. Mit eifernem Fleiße ist er in die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse Oberschlesiens eingedrungen und hat dort in fast siebenjähriger rastloser Tätigkeit mit großem Erfolg für die Ausbreitung des Sozialismus gewirkt. Von unheilbarer Geisteskrankheit befallen, starb er nach zweieinhalbjährigem Aufenthalt in der Irrenanstalt zu Rybnik.

In Frankfurt a. M. starb am 27. Februar der frühere Abgeordnete unserer Partei Adolf Sabor, der die Stadt Frankfurt von 1884 bis 1890 im Reichstage vertreten hat. Er wurde 1884 in der Stichwahl gegen den demokratischen Kandidaten Sonnemann gewählt. Damals wurde eine Depesche verbreitet, die angeblich vom Reichsamt des Innern an den Vorstand des nationalliberalen Vereins gerichtet worden sein soll: „Fürst (Bismarck) wünscht

Sabor." Mit anderen Genossen wurde Sabor Weihnachten 1886 aus Frankfurt ausgewiesen. In den letzten Jahren war Sabor sehr leidend und hatte mit der Partei fast keinerlei Fühlung behalten.

Am 4. April starb der Genosse Hermann Grimpe in Elberfeld. Der Verstorbene kam bereits Anfang der siebziger Jahre zur Partei, schloß sich der Eisenacher Richtung an und machte sich in der Berliner Arbeiterbewegung sehr verdient. Er war einer der ersten, die auf Grund des Sozialistengesetzes aus Berlin ausgewiesen wurden. Später übernahm er die Leitung der „Freien Presse" in Elberfeld. Von dieser Zeit ab hat er sich um die Parteientwickelung im rheinisch-westfälischen Bezirk, insbesondere um die Entwickelung der westdeutschen Parteipresse, große Verdienste erworben.

Robert Schweichel, der Freiheitssänger und alte Kampfgenosse ist am 25. April in Berlin entschlafen. In dem Sturmjahre 1848 trat er unerschrocken für die Rechte des Volkes ein, später schloß er sich der Arbeiterbewegung an und bekannte sich mutig zum Sozialismus. Auf dem Nürnberger Verbandstage des Verbandes deutscher Arbeitervereine hielt er die Programmrede. In den letzten Jahrzehnten ist Schweichel politisch nicht mehr hervorgetreten; er war in erster Linie Schriftsteller und Künstler und hat in zahlreichen Novellen und Romanen seine freiheitlichen Ideen zum Ausdruck gebracht. Der sozialistischen Weltanschauung blieb er treu bis zum letzten Atemzuge.

In Rostock starb am 25. Mai unser Parteigenosse, der Redakteur Emil Groth. Früher in der Redaktion unseres Bielefelder Parteiblattes tätig, übernahm er 1895 die Redaktion der „Mecklenburger Volkszeitung", die er mit unermüdlichem Fleiße führte. In dieser Stellung hat er der Partei wertvollste Dienste geleistet. Seit der Reichstagswahl 1903 fesselten ihn Rheumatismus und später auch Gicht an das Krankenlager.

Am 10. April starb unser

Ignaz Auer.

Was Auer war und wie groß der Verlust ist, den die Partei durch das Ableben dieses Genossen erleidet, kann hier nicht geschildert werden. Das haben die Zeitungen zum Teil bald nach seinem Tode zu schildern versucht. Endgültig kann die Bedeutung Auers erst durch die Geschichte der Partei gewürdigt werden. Er stand länger als drei Jahrzehnte in den vordersten Reihen. In diese Zeit fallen die schlimmsten Verfolgungen, aber diese vermochten nicht einmal seinen guten Humor zu trüben. Wo große Pflichten zu erfüllen waren, hat die Partei sehr oft Auer hingestellt, und niemals versagte seine Kraft. Erst als die tückische Krankheit, die ihn ins Grab warf, ihn zwang, mußte er folgen und konnte nicht mehr die Aufgaben erfüllen, die er sonst fast spielend erledigte.

Worauf wir an dieser Stelle hinweisen wollen, ist Auers Tätigkeit auf den Parteitagen. Einen Parteitag ohne Auer hat seit Anfang der 70er Jahre die Partei nur einen erlebt, den Parteitag in Bremen 1904, und damals war er durch schwere Krankheit ferngehalten. Auf den Kongressen der Eisenacher Partei, dem Einigungskongreß 1875 und den folgenden Kongressen 1876 und 1877 war Auer vertreten und bewies schon damals sein eminentes Können. Den ersten Bericht über die Tätigkeit der Partei, der einem Sozialistenkongreß zuging, erstattete Auer im Jahre 1876 auf dem Gothaer Sozialistenkongreß. Unter dem Sozialistengesetz war er auf allen im Auslande abgehaltenen Kongressen, in Wyden, Kopenhagen und St. Gallen. Nach Aufhebung des Schandgesetzes war er auf allen Parteitagen und die Protokolle der Parteitage verkünden der Nachwelt die Bedeutung Auers. Von Gotha 1876 bis Mainz 1900 war er immer

der Referent bei Organisationsdebatten. Hier galt es schwierige Aufgaben zu lösen. Glaubten doch Tessendorff und seine Nachbeter, daß man mit den Vereinsgesetzen, durch Zerstörung der Organisation die Sozialdemokratie vernichten könne. Der Erfindungsgabe der Staatsanwälte und der Justizgymnastik der Gerichte galt es auszuweichen, und da setzte die Partei das Vertrauen auf Auer; man glaubte, daß er fähig sei, alle Hiebe zu parieren. Seine Stärke lag aber nicht allein auf diesem besonderen Gebiet. Von 1875 bis 1903 ist auf keinem Parteitag eine größere Debatte gewesen, an der Auer sich nicht beteiligt hat und nicht selten gab er der Debatte ihr besonderes Gepräge. Er war so innig mit dem Parteileben und den Parteitagen verwachsen, daß der schwerkranke Mann auch noch nicht fernblieb, als seine Kraft schon nicht mehr ausreichte, in die Debatten einzugreifen. In Jena und Mannheim folgte er noch mit großer Aufmerksamkeit den Verhandlungen. Die Genossen, die ihn kannten, konnten aus seinem Schweigen schließen, wie schwer er erkrankt war. Nie wurde die Hoffnung aufgegeben, daß einst die tückische Krankheit nachgeben und Auer wieder auf der Rednerbühne erscheinen werde. Diese Hoffnungen sind am 14. April, als man die Ueberreste unseres Genossen in Friedrichsfelde ins Grab senkte, mit begraben worden. Im Gedächtnis der Genossen, die das Wirken des Agitators und Organisators kennen gelernt haben, lebt er fort, und die Geschichte der Partei wird den späteren Generationen noch ein Bild von diesem gewaltigen Kämpfer überliefern!

Kassenbericht.

Mit dem Ueberschreiten der Million hat die Zentralkasse im abgelaufenen Geschäftsjahre die größte bisher erzielte Einnahme erreicht. Nach Abzug von 188 000 Mk., die als Darlehen aufgenommen und auch wieder zurückgezahlt wurden, mithin nur einen durchlaufenden Posten darstellen, verbleiben als Einnahme 1 003 819,42 Mk. Gegen das Vorjahr ergibt das — nach Abzug eines im Rechnungsjahre 1905/06 ebenfalls nur durchlaufenden Postens von 15 800 Mk. — eine Mehreinnahme von 208 702,20 Mk. Vor zehn Jahren, im Rechnungsjahre 1896/97, betrugen die gesamten Einnahmen nur 274 521,21 Mark. Besonders erfreulich ist die Steigerung der hauptsächlich die eigentlichen Parteibeiträge enthaltenden allgemeinen Einnahmen. Während im Vorjahre nur eine Zunahme dieses Postens von etwas über 2000 Mk. konstatiert werden konnte, beträgt in diesem Jahre die Zunahme gegen das Vorjahr 273 212,27 Mark. Zum erheblichen Teile ist diese Steigerung allerdings auch auf die Spenden der Gewerkschaften bei der Reichstagswahl zurückzuführen.

Der Ueberschuß aus den Blättern „Wahrer Jakob", „Neue Zeit" und „Gleichheit" ist ziemlich konstant geblieben, während der Ueberschuß des „Vorwärts" gegen das Vorjahr um rund 30 000 Mk. gestiegen ist.

In noch größerem Maße als die Einnahmen sind aber auch die Ausgaben gestiegen. Die Hauptausgabe hat mit 459 501,60 Mk. der Zuschuß zu den Kosten der Reichstagswahlen verursacht. Während im letzten Wahljahr 1903 dieser Zuschuß sich nur auf 282 058,05 Mk. bezifferte und beim Jahresabschluß ein Ueberschuß von 74 035,35 Mk. vorhanden war, mußten im abgelaufenen Geschäftsjahr zur Herstellung des Gleichgewichts 155 306,22 Mk. der Reserve entnommen werden. Nach Ausscheidung des aus dem vorigen Jahre übernommenen und des am Schluß des Jahres noch vorhandenen Kassenbestandes beträgt das reine Defizit des verflossenen Jahres 166 302,97 Mark. Neben den Kosten für die Reichstagswahlen sind es die gegen das Vorjahr erhöhten Ausgaben für Preß-Unterstützungen, sowie die Kosten der „Partei-Correspondenz" und der Parteischule, welche die Steigerung der Ausgaben verursacht haben. Im Darlehenskonto ist gegen das Vorjahr ein erhöhter Rückfluß von 79 580 Mk. eingetreten, doch übersteigen auch im abgelaufenen Jahre die Ausgaben des Darlehenskontos noch um mehr als das Doppelte die Einnahmen.

Im einzelnen verteilen sich die Einnahmen und Ausgaben wie folgt:

Bericht über die Einnahmen und Ausgaben der Parteikasse

vom 1. August 1906 bis 31. Juli 1907.

A. Einnahmen.

Im Monat	Insgesamt	Von den gesamten Einnahmen entfielen auf: Allgemeine Einnahmen	Darlehns-Konto	Zinsen	Ueberschuß des „Vorwärts"	Ueberschuß der Vorw.-Buchhandlung	Ueberschuß des „Wahren Jakob", d. „Neuen Zeit" u. „Gleichheit"	z. B.	Vermischte Einnahmen
1906	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
August . . .	26842,78	24812,78	2030,—	—	—	—	—	—	—
September .	19847,53	15476,03	4000,—	364,80	—	—	—	—	6,70
Oktober . .	72363,12	29136,12	—	1985,50	26229,50	—	15000,—	—	12,—
November .	39849,21	39709,21	20,—	—	—	—	—	—	120,—
Dezember .	255474,35	62884,10	10050,—	3090,25	—	—	—	—	180000,—
1907									
Januar . . .	175393,09	83307,21	520,—	550,—	65648,60	—	9367,28	16000,—	—
Februar . .	39120,18	34061,33	2000,—	3058,85	—	—	—	—	—
März	56512,73	21981,48	18225,—	16288,—	—	—	—	—	18,25
April	141677,42	42450,92	29525,—	2690,—	42911,50	—	15000,—	5000,—	4100,—
Mai	34136,99	27788,39	20,—	—	—	—	—	—	6328,60
Juni	160024,39	76449,72	28200,—	1799,67	—	50000,—	—	—	3575,—
Juli	170577,63	118046,83	350,—	885,—	35893,30	—	15000,—	5000,—	402,50
	1191819,42	570554,12	94940,—	30712,07	170682,90	50000,—	54367,28	26000,—	194563,05 [1]

	1191819,42 Mk.
Bestand vom 31. Juli 1906	13292,74 „
Der Reserve entnommen	155306,22 „
	1360418,38 Mk.

B. Ausgaben.

Im Monat	Insgesamt	Von den gesamten Ausgaben entfielen auf: Allgemeine Agitation	Wahl-Agitation	Unterstützungen	Prozeß- und Gefängniskosten	Parteischule	Gehälter und Verwaltungs-Ausgaben	Darlehns-Konto	Preß-Unterstützungen	Sozialdemokrat. Parteikorrespondenz	Archiv und Fraktionssekretariat	Vermischte Ausgaben
1906	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
August . . .	22714,97	9242,40	3000,—	345,50	300,—	—	2563,34	—	5370,—	1404,66	162,—	327,07
September .	39696,75	13751,30	2332,75	903,—	—	—	1243,90	13500,—	5970,—	1640,—	162,—	193,80
Oktober . .	91297,01	30659,41	524,70	2005,90	123,85	760,10	3264,90	15000,—	32812,95	4768,25	1178,65	198,30
November .	56268,25	10388,—	—	280,50	1489,25	10147,10	3265,87	25000,—	3348,15	1666,—	—	683,38
Dezember .	265318,63	15766,75	154168,—	2615,—	827,50	3613,43	2421,05	68000,—	14220,—	1843,—	425,—	1418,90
1907												
Januar . . .	226285,61	7142,75	203218,—	521,36	390,—	1023,—	2246,95	7100,—	2720,—	1826,45	509,35	87,75
Februar . .	105045,81	22604,61	35352,25	987,—	3938,05	17586,10	3427,90	—	12920,—	5990,25	1612,90	626,75
März	79479,76	19960,27	7128,40	1420,—	350,—	8648,83	3542,23	27496,—	8520,—	1428,—	325,—	661,03
April	108515,40	13188,10	33048,10	1344,50	589,35	7597,40	3150,45	43717,40	3750,—	1097,20	425,—	607,90
Mai	57233,36	9611,40	19043,45	416,—	831,30	8490,66	2729,35	280,—	6899,80	6326,80	927,90	1676,70
Juni	61756,06	22758,05	88,95	640,50	1884,55	7828,39	3097,95	5000,—	9050,—	1795,60	1077,77	8534,30
Juli	244510,78	13696,04	1597,—	646,60	885,90	921,—	3713,92	3000,—	32285,17	6210,20	849,40	180405,55
	1358122,39	189069,08 [1]	459501,60	12125,86	11609,75	66616,01	34667,81	208093,40 [2]	137866,07	35496,41	7654,97 [3]	195421,43 [4]

	1358122,39 Mk.
Kassenbestand am 31. Juli 1907	2295,99 „
	1360418,38 Mk.

Berlin, den 12. August 1907.

Revidiert und für richtig befunden:

August Kaden. F. J. Ehrhart. Eugen Ernst. Fr. Brühne. H. Koenen.
Ad. Geck. Clara Zetkin. W. Bock. Otto Braun.

C. Ausgaben für die Parteipresse

im einzelnen nachgewiesen.

Aachener Ausgabe der „Rh. Ztg."	Mk.	3 000,—
„Bochumer Volksblatt"	„	1 628,15
„Casseler Volksblatt"	„	5 000,—
„Düsseldorfer Volkszeitung"	„	550,—
„Gazeta Robotnicza"	„	16 900,—
„Humanité" (Paris)	„	20 342,95
„Königsberger Volkszeitung"	„	16 000,—
„Kommunale Praxis"	„	5 750,—
„Lüdenscheider Volksstimme"	„	2 500,—
„Lüneburger Volksblatt"	„	1 300,—
„Mülhauser Volkszeitung"	„	7 351,80
„Neue Welt"	„	17 983,17
„Niederrheinische Volkstribüne"	„	3 700,—[1]
„Saalfelder Volksblatt"	„	960,—[2]
„Saarwacht"	„	12 700,—
„Schwäbische Volkszeitung"	„	13 000,—
„Stettiner Volksbote"	„	4 200,—[3]
„Straßburger Freie Presse"	„	5 000,—
	Mk.	137 866,07

Bemerkungen zu A. Einnahmen.

[1]) Unter den vermischten Einnahmen befinden sich auch die im Kassenbericht bereits erwähnten aufgenommenen Darlehen in Höhe von 188 000 Mk.

Bemerkungen zu B. Ausgaben.

[1]) Unter den Kosten der allgemeinen Agitation befinden sich auch 2752,20 Mk. Ausgaben für den Bildungs-Ausschuß.

[2]) Auch im verflossenen Geschäftsjahr wurden die Darlehen in erster Linie den in steter Entwicklung befindlichen Parteigeschäften zur Vergrößerung ihrer maschinellen und sonstigen Einrichtungen gewährt.

[3]) Der auf die Fraktion entfallende Anteil des Gehaltes des Archivars, der zugleich Fraktionssekretär ist, wurde von der Fraktionskasse der Parteikasse ersetzt und ist dieser Posten unter den vermischten Einnahmen gebucht.

[4]) Unter den vermischten Ausgaben befinden sich auch die 188 000 Mk. Darlehens-Rückzahlungen.

Bemerkungen zu C. Ausgaben für die Parteipresse.

[1]) Die „Niederrheinische Volkstribüne", die als Kopfblatt der „Düsseldorfer Volkszeitung" erscheint, brauchte nur aus dem Grunde einen Zuschuß, weil die Kosten der veränderten Herstellung durch Rotation usw. sich gegen früher wesentlich erhöhten.

[2]) und [3]) Das „Saalfelder Volksblatt" benötigt seit April 1907, der „Stettiner Volksbote" seit März 1907 keinen Zuschuß mehr.

Tabellarische Uebersicht der seit dem Parteitag in Mannheim eingegangenen Partei-Beiträge.

1. August 1906 bis 31. Juli 1907.

A. Beiträge der Organisationen, nach der amtlichen Reihenfolge der Reichstags-Wahlkreise geordnet.

Wahlkreis	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	Summa
Königreich Preußen.													
Provinz Ostpreußen.													
1. Kreis, R.-B. Königsberg, Memel	—	—	11,—	—	—	—	—	—	—	—	7,60	12,48	31,08
2. „ „ „ Labiau-Wehlau	—	—	—	—	—	—	—	20,—	—	10,28	—	8,—	38,28
3. „ „ „ Königsberg-Stadt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	321,20	321,20
4. „ „ „ Königsberg-Land	—	81,—	—	—	—	—	—	—	—	—	73,50	—	154,50
10. „ „ „ Rastenburg-Gerdauen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12,60	—	—	12,60
1. Kreis, R.-B. Gumbinnen, Tilsit-Niederung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	34,—	—	—	34,—
8. Kreis, R.-B. Gumbinnen, Insterburg-Gumbinnen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16,50	8,64	25,14
Provinz Ostpreußen total	—	81,—	11,—	—	—	—	—	20,—	—	56,88	97,60	350,32	616,80
Provinz Westpreußen.													
1. Kreis, R.-B. Danzig, Elbing-Marienburg	15,—	—	—	15,—	—	—	—	—	—	12,90	—	11,70	54,60
2. Kreis, R.-B. Danzig, Danzig-Land	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	21,—	21,—
3. „ „ „ Danzig-Stadt	39,20	—	36,60	—	—	—	—	—	—	75,44	—	55,48	206,72
2. Kreis, R.-B. Marienwerder, Rosenberg-Löbau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,84	3,84
3. Kreis, R.-B. Marienwerder, Graudenz-Strasburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12,36	—	29,60	41,96
4. Kreis, R.-B. Marienwerder, Thorn-Kulm	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6,92	6,92
6. „ „ „ Konitz-Tuchel	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,40	—	4,96	7,36
8. „ „ „ Deutsch-Krone	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	19,84	19,84
Provinz Westpreußen total	54,20	—	36,60	15,—	—	—	—	—	—	103,10	—	158,34	362,24

Wahlkreis	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	Summa
Provinz Brandenburg.													
1. Kreis, Stadt Berlin	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	1155,—
2. „ „ „	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	11015,—
3. „ „ „	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	6435,—
4. „ „ „	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	42490,—
5. „ „ „	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	1860,—
6. „ „ „	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	71130,—
4. „ R.-B. Potsdam, Prenzlau-Angermünde	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	36,60	36,60
6. „ „ „ Niederbarnim	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	10310,—
7. „ „ „ Osthavelland	—	—	226,90	—	—	—	—	—	—	—	—	—	226,90
8. „ „ „ Westhavelland	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	700,—	350,—	1050,—
9. „ „ „ Luckenwalde .	157,—	—	—	180,—	—	—	—	166,—	—	—	—	—	503,—
10. „ „ „ Teltow-Beesk.	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	5605,—
2. „ „ Frankfurt, Landsberg-Soldin	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	161,20	161,20
4. „ „ „ Frankfurt-Lebus	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	350,—	350,—
5. „ „ „ Ost- u. West-Sternberg	—	—	—	100,—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,—
7. „ „ „ Guben-Lübben	—	—	150,—	—	—	—	—	—	—	—	—	150,—	300,—
8. „ „ „ Sorau-Forst	246,48	—	—	150,—	—	—	—	—	—	—	150,—	—	546,48
Provinz Brandenburg total	403,48	—	376,90	430,—	—	—	—	166,—	—	—	850,—	1047,80	153274,18
Provinz Pommern.													
1. Kreis, R.-B. Stettin, Demmin-Anklam	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	38,36	38,36
2. „ „ „ Ueckermünde-Wollin	—	—	—	—	50,—	—	—	—	—	—	—	160,—	210,—
3. „ „ „ Randow-Greifenh.	—	—	150,—	—	—	—	—	—	—	—	—	360,08	510,08
4. „ „ „ Stadt Stettin . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	615,—	615,—
5. „ „ „ Pyritz-Saatzig . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	18,16	—	18,16
7. „ „ „ Greifenbg.-Rammin	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9,24	9,24

*) Von den Wahlkreisen der Stadt Berlin, sowie den zu Groß-Berlin gehörenden Wahlkreisen Niederbarnim und Teltow-Beeskow-Charlottenburg sind nicht die einzelnen Monatsraten, sondern nur die Jahresbeiträge angegeben.

Wahlkreis	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	Summa
1. Kreis, R.-B. Köslin, Stolp-Lauenburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,08	10,08
2. „ „ „ Bütow-Schlawe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11,20	11,20
3. „ „ „ Köslin-Kolberg .	—	—	—	20,40	—	—	—	—	—	—	—	119,52	139,92
4. „ „ „ Belgard-Dramburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6,52	6,52
1. „ „ Stralsund, Rügen-Stralf.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	70,—	70,—
2. „ „ „ Greifsw.-Grimmen	—	—	—	63,—	—	—	—	—	—	—	—	77,24	140,24
Provinz Pommern total	—	—	150,—	83,40	50,—	—	—	—	—	—	18,16	1477,24	1778,80
Provinz Posen.		*											
1. Kreis, R.-B. Posen, Posen Stadt u. Kr.	22,92	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	23,20	46,12
5. „ „ „ Rawitsch-Gostyn .	—	—	3,40	—	—	—	—	—	—	12,10	—	3,40	18,90
1. „ „ Bromberg, Schönlanke .	—	—	2,80	—	—	—	8,64	—	4,88	—	—	—	16,32
4. „ „ „ Inowrazlaw	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,36	3,36
Provinz Posen total	22,92	—	6,20	—	—	—	8,64	—	4,88	12,10	—	29,96	84,70
Provinz Schlesien.													
2. Kreis, R.-B. Breslau, Militsch-Trebnitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16,10	16,10
3. „ „ „ Wartenberg-Oels	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,—	2,—
4. „ „ „ Namslau-Brieg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	26,—	26,—
5. „ „ „ Ohlau-Nimptsch	—	25,60	—	—	14,80	—	—	—	—	18,—	—	50,—	108,40
6. u. 7. Kreis, R.-B. Breslau, Breslau-Ost und -West	—	—	768,—	—	—	1160,—	—	—	1079,10	—	—	1140,—	4147,10
8. Kreis, R.-B. Breslau, Breslau-Land .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	109,20	109,20
9. „ „ „ Strieg.-Schweidnitz	—	—	—	128,40	—	—	—	24,—	—	124,—	—	224,80	501,20
10. „ „ „ Waldenburg . .	—	—	—	90,—	—	—	104,40	—	—	84,—	—	136,—	413,40
11. „ „ „ Reichenbach-Neur.	—	—	—	144,50	—	—	148,98	—	—	140,90	—	206,40	640,78
1. „ „ Liegnitz, Grimb.-Freistadt	—	—	18,15	—	—	—	19,70	—	—	16,—	—	—	53,85
2. „ „ „ Sagan-Sprottau	—	—	—	71,85	—	—	—	—	—	—	—	65,18	137,03
4. „ „ „ Lüben-Bunzlau	54,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	155,80	209,80
6. „ „ „ Liegnitz-Hainau .	—	—	—	—	—	—	—	—	66,42	—	—	—	66,42
7. „ „ „ Landeshut-Jauer	—	—	—	43,75	—	—	—	45,50	—	58,—	—	50,—	197,25

Wahlkreis	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	Summa
8. Kreis, R.-B. Liegnitz, Schönau-Hirschb.	—	—	—	19,35	—	—	20,15	—	—	13,65	—	13,15	66,30
9. „ „ „ Görlitz-Lauban .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	467,72	467,72
10. „ „ „ Rothenburg-Hoyerswerda . .	—	—	49,16	—	—	—	—	—	—	81,60	—	—	130,76
4. Kreis, R.-B. Oppeln, Lublinitz-Gleiwitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7,75	—	7,75
5. „ „ „ Beuthen-Tarnowitz	5,—	—	5,—	—	—	—	—	—	—	—	50,—	—	60,—
6. „ „ „ Kattowitz-Zabrze	—	10,—	—	10,—	—	—	—	—	30,—	—	35,—	—	85,—
9. „ „ „ Leobschütz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,40	3,40
10. „ „ „ Neustadt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	36,60	36,60
Beitrag der P. P. S.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	77,80	77,80
Provinz Schlesien total	59,—	35,60	840,31	507,85	14,80	1160,—	293,23	69,50	1175,52	536,15	92,75	2779,15	7563,86
Provinz Sachsen.													
2. Kreis, R.-B. Magdeb., Osterb.-Stendal	—	—	20,40	—	—	—	—	29,10	—	—	—	110,47	159,97
3. „ „ „ Jerichow I. u. II . .	—	—	—	125,40	—	—	—	—	154,15	—	—	—	279,55
4. „ „ „ Stadt Magdeburg	400,—	—	—	400,—	—	2400,—	—	600,—	2359,52	—	600,—	—	6759,52
5. „ „ „ Wolmirst.-Neuhaldl.	—	—	—	—	—	—	—	210,—	—	105,—	—	—	315,—
6. „ „ „ Wanzleben	—	—	—	100,—	—	—	—	100,—	—	—	200,—	—	400,—
7. „ „ „ Aschersleben-Kalbe	—	—	—	132,70	—	—	560,82	—	—	150,50	—	—	844,02
8. „ „ „ Oschersl.-Halberst.	—	—	—	—	150,—	—	—	120,—	—	—	—	—	270,—
3. „ „ Merseburg, Bitterf.-Delitzsch	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	150,—	150,—
4. „ „ „ Halle und Saalkreis	—	300,—	—	—	—	—	300,—	160,—	400,—	—	—	430,—	1590,—
7. „ „ „ Querfurt-Merseburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	268,15	268,15
8. „ „ „ Naumburg-Zeitz . . .	—	—	—	—	—	—	—	600,—	—	—	1200,—	—	1800,—
1. „ „ Erfurt, Nordhausen . . .	—	—	59,16	—	—	—	108,12	—	—	—	131,83	166,32	465,43
3. „ „ „ Mühlhaus.-Langens.	—	—	—	—	—	—	—	—	71,04	—	—	24,20	95,24
4. „ „ „ Erfurt-Schleusing.	—	—	—	150,—	—	—	—	—	—	—	—	—	150,—
Provinz Sachsen total	400,—	300,—	79,56	908,10	150,—	2400,—	968,94	1819,10	2984,71	255,50	2131,83	1149,14	13546,83

Wahlkreis	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	Summa
Provinz Schleswig-Holstein.													
1. u. 2. Kreis, Hadersleben u. Flensburg	—	—	—	—	—	—	—	370,20	199,26	—	—	208,86	778,32
3. Kreis, Schleswig-Eckernförde	—	—	—	90,91	—	—	55,23	—	—	31,67	—	61,22	179,03
4. „ Tondern-Husum	—	—	—	—	48,72	—	—	48,18	—	—	—	57,40	154,30
5. „ Itzehoe	—	—	—	111,36	—	—	—	128,46	—	—	202,92	144,68	587,42
6. „ Pinneberg-Ottensen	1203,50	—	—	—	—	—	—	—	1270,—	—	—	2713,—	5186,50
7. „ Kiel	1827,90	—	750,—	—	—	—	—	1000,—	—	—	1000,—	2650,—	7227,90
9. „ Neustadt i. Holst.	—	29,46	—	50,86	—	—	—	46,41	—	88,52	—	44,22	209,47
8. u. 10. Kreis, Altona u. Lauenburg	1166,58	—	1178,34	—	—	—	1345,68	—	—	1197,12	—	1403,10	6290,82
Provinz Schleswig-Holstein total	4197,98	29,46	1928,34	193,13	48,72	—	1400,91	1593,25	1469,26	1267,31	1202,92	7282,48	20613,76
Provinz Hannover.													
1. Kreis, Emden-Norden	—	—	—	32,10	—	—	—	—	—	—	88,85	58,—	178,95
4. „ Osnabrück	60,32	—	—	—	—	—	110,—	—	—	—	—	169,90	340,22
5. „ Melle-Diepholz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,—	50,—
6. „ Lyche-Hoya	—	—	—	—	—	—	—	—	45,—	—	—	83,—	128,—
7. „ Neustadt-Nienburg	8,64	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	84,52	93,16
8. „ Hannover-Linden	—	—	1140,44	1000,—	—	1600,—	1085,—	—	—	2200,—	4000,—	1100,—	12125,44
9. „ Hameln-Linden	100,—	—	—	—	—	—	—	—	535,28	—	530,—	—	1165,28
10. „ Hildesheim	—	178,62	—	—	—	—	—	—	250,20	—	—	—	428,82
12. „ Göttingen-Münden	—	—	—	—	—	—	79,45	—	—	—	—	125,—	204,45
13. „ Goslar-Zellerfeld	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	84,90	84,90
14. „ Gifhorn-Peine	—	—	—	137,50	—	—	190,90	—	—	—	—	605,20	933,60
15. „ Lüchow-Uelzen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	24,—	24,—
16. „ Lüneburg-Winsen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,—	100,—
17. „ Harburg-Zeven	—	—	707,40	—	—	—	—	—	609,84	—	487,02	—	1804,26
18. „ Stade-Blumenthal	—	—	—	—	—	—	—	—	—	55,65	180,30	—	235,95
19. „ Kehdingen-Neuh.	—	—	28,08	—	—	—	200,—	—	206,—	—	—	191,52	625,60
Provinz Hannover total	168,96	178,62	1875,92	1169,60	—	1600,—	1665,35	—	1646,32	2255,65	5286,17	2676,04	18522,63

Wahlkreis	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	Summa
Provinz Westfalen.													
2. Kreis, R.-B. Münster, Münst.-Coesfeld	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30,—	30,—
3. „ „ „ Borken-Recklinghaus.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	372,54	372,54
4. „ „ „ Lüdinghaus.-Beckum	11,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11,—
1. „ „ Minden, Minden-Lübbecke	63,32	—	—	—	—	—	—	—	—	—	142,45	58,13	258,90
2. „ „ „ Herford-Halle . .	22,65	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	169,14	191,79
3. „ „ „ Bielefeld-Wiedenbr.	—	—	316,16	—	—	—	364,16	—	403,76	—	—	416,80	1500,88
3. „ „ Arnsbg., Altena-Iserlohn	54,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	95,—	149,—
4. „ „ „ Hagen-Schwelm	40,—	—	—	—	—	—	174,24	—	236,40	—	—	418,60	869,24
5. „ „ „ Bochum-Gelsenk.	—	—	295,38	—	—	—	—	—	—	925,02	—	508,80	1729,20
6. „ „ „ Dortm.-Hoerde .	—	—	392,—	—	—	—	—	—	695,—	800,—	—	850,—	2737,—
7. „ „ „ Hamm-Soest . .	—	—	103,12	—	—	121,90	—	—	—	136,—	—	169,60	530,62
Provinz Westfalen total	190,97	—	1106,66	—	—	121,90	538,40	—	1335,16	1861,02	142,45	3063,61	8380,17
Provinz Hessen-Nassau.													
1. Kreis, R.-B. Kassel, Rinteln-Hofgeism.	—	—	—	—	58,56	—	—	—	—	—	—	—	58,56
2. „ „ „ Kassel-Melsungen	—	—	188,60	—	—	—	—	—	—	—	—	396,28	584,88
4. „ „ „ Eschwege-Schmalk.	—	—	—	—	31,12	—	—	—	—	—	—	—	31,12
5. „ „ „ Marburg-Frankenb.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,—	20,—
7. „ „ „ Fulda-Schlüchter. .	—	—	9,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9,—
8. „ „ „ Hanau	—	—	200,—	—	200,—	—	—	—	—	200,—	—	200,—	800,—
Kassel, Agitationsbezirk	—	—	34,30	—	—	—	—	—	—	—	—	—	34,30
1. Kreis, R.-B. Wiesbad., Höchst-Usingen	—	—	—	121,—	—	—	125,—	—	—	—	—	800,—	800,—
2. „ „ „ Stadt Wiesbaden	—	—	800,—	—	—	—	—	800,—	800,—	—	127,28	125,—	498,28
6. „ „ „ Frankfurt a. M. .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1100,—	3500,—
Provinz Hessen-Nassau total	—	—	1231,90	121,—	289,68	—	125,—	800,—	800,—	200,—	127,28	2641,28	6336,14
Rheinprovinz.													
2. Kreis, R.-B. Koblenz, Neuwied	—	—	7,36	—	—	8,28	—	—	9,74	—	—	—	25,38
3. „ „ „ Koblenz-St. Goar	26,12	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	26,12
4. „ „ „ Kreuznach-Sim. .	—	—	—	—	8,—	—	—	—	—	—	—	—	8,—

Wahlkreis	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	Summa
1. Kreis, R.-B. Düsseld., Lennep-Mettm.	—	—	—	289,38	—	—	—	313,20	—	453,60	—	464,82	1521,—
2. „ „ „ Elberf.-Barmen	—	—	334,98	—	—	500,—	—	—	—	500,—	—	700,—	2034,98
3. „ „ „ Solingen	—	—	—	—	200,—	—	2000,—	—	—	360,—	—	600,—	3160,—
4. „ „ „ Düsseldorf . . .	—	—	258,06	—	—	—	265,20	—	303,20	—	—	334,90	1161,36
5. „ „ „ Essen	—	—	407,28	—	—	—	378,—	—	494,76	—	—	421,68	1701,72
6. „ „ „ Mülh.-Duisburg	—	—	—	—	—	—	528,—	—	305,94	—	—	463,73	1297,67
7. „ „ „ Moers-Rees . .	16,31	—	—	26,94	—	—	28,10	—	33,—	—	—	23,51	127,86
9. „ „ „ Kempen.	—	—	3,—	—	—	3,—	—	—	—	—	—	—	6,—
10. „ „ „ München-Gladbach	46,98	—	—	64,50	—	—	—	—	—	—	—	—	111,48
11. „ „ „ Krefeld	—	—	—	93,90	—	—	136,80	—	137,65	—	—	154,98	523,33
1. u. 2. Kreis, R.-B. Köln, Köln Stadt und Land	680,—	—	—	—	—	—	—	—	1000,—	—	—	600,—	2280,—
3. Kreis, R.-B. Köln, Bergh.-Euskirchen.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,65	20,65
4. „ „ „ Rheinbach-Bonn .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15,—	—	—	15,—
6. „ „ „ Mülh.-Wipperfürth	—	—	167,10	—	—	—	210,50	—	241,—	—	—	253,—	871,60
2. „ „ Trier, Wittlich-Berncast.	—	—	3,—	—	—	3,—	—	—	—	—	—	—	6,—
3. „ „ „ Trier	—	—	25,06	—	—	25,60	—	—	—	17,45	—	13,92	81,98
6. „ „ „ Ottweil.-St.Wend.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6,40	6,40
2. „ „ Aach., Aachen Land-Eupen	—	—	40,—	—	—	42,80	—	—	41,—	—	—	37,50	161,30
3. „ „ „ Aachen Stadt . . .	—	—	—	—	73,—	—	78,90	—	84,80	—	—	86,40	323,10
4. „ „ „ Düren-Jülich . . .	12,—	—	—	—	—	—	12,—	—	—	—	12,—	12,—	48,—
Rheinprovinz total	781,41	—	1245,84	474,72	281,—	582,68	3637,50	313,20	2651,09	1346,—	12,—	4193,49	15518,93
Königreich Preußen total	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	246599,09
Königreich Bayern.													
1. und 2. Kreis, R.-B. Oberbayern, München I u. II	—	—	299,55	—	—	—	616,62	—	—	498,21	—	806,91	2221,29
3. Kreis, R.-B. Oberbay., Aichach	—	—	13,53	—	—	21,22	—	—	21,72	—	—	24,36	81,—
1. „ „ Pfalz, Ludwigsh.-Speyer	—	—	355,53	—	—	—	376,53	—	—	—	376,53	447,36	1555,95
2. „ „ „ Landau	—	—	68,—	—	—	—	75,51	—	—	—	75,51	74,52	293,54
3. „ „ „ Germersheim . . .	—	—	16,35	—	—	—	16,35	—	—	—	16,35	16,62	65,67

Wahlkreis	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	Summa
4. Kreis, R.-B. Pfalz, Pirmas.-Zweibr.	—	—	88,29	—	—	—	95,79	—	—	—	95,79	77,25	357,12
5. „ „ „ Homburg	—	—	4,44	—	—	—	4,44	—	—	—	4,44	3,51	16,83
6. „ „ „ Kaiserslautern	—	—	60,72	—	—	—	61,38	—	—	—	61,38	64,92	248,40
Gau Pfalz, Extrabeitrag	—	—	36,67	—	—	—	—	—	—	—	—	71,61	108,28
1. Kreis, R.-B. Oberfalz, Regensburg	—	—	16,20	—	—	—	18,90	—	—	—	21,15	—	56,25
2. „ „ „ Amberg	—	—	3,60	—	3,10	—	—	—	—	—	4,80	—	11,56
5. „ „ „ Neustadt a. W.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	23,04	23,04
1. „ „ Oberfranken, Hof	—	—	112,71	—	—	—	—	—	—	—	—	—	112,71
2. „ „ „ Bayreuth	—	—	—	—	110,43	—	—	—	—	—	126,57	—	237,—
3. „ „ „ Kulmbach	—	—	39,89	—	—	—	27,36	—	—	—	—	—	67,25
4. „ „ „ Kronach	—	—	—	41,87	—	—	—	45,69	—	—	30,66	—	117,72
5. „ „ „ Bamberg	—	—	20,49	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,49
1. „ „ Mittelfr., Nürnberg	—	—	685,23	—	—	740,79	—	—	903,—	—	—	965,88	3294,90
2. „ „ „ Erlangen-Fürth	—	—	—	348,50	—	—	—	—	881,10	—	—	871,56	1601,16
3. „ „ „ Ansb.-Schwab.	—	—	58,23	—	—	—	—	66,87	—	—	60,—	—	185,10
4. „ „ „ Eichstädt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,29	—	10,29
5. „ „ „ Dinkelsbühl	—	—	11,21	—	—	12,15	—	—	—	—	13,47	—	36,83
6. „ „ „ Rothenburg a. T.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9,81	—	9,81
1. „ „ Unterfr. Aschaffenburg	—	—	—	—	—	80,—	—	—	—	—	—	—	80,—
5. „ „ „ Schweinfurt	—	—	36,33	—	—	—	39,27	—	—	—	47,52	—	123,12
6. „ „ „ Würzburg	—	—	26,52	—	—	—	52,02	—	—	—	—	—	78,54
1. „ „ Schwaben, Augsburg	—	—	10,—	—	—	10,—	—	—	—	10,—	—	10,—	40,—
Gau Südbayern	—	218,90	—	—	—	124,50	—	—	190,35	—	—	131,31	665,06
Gau Nordbayern, Extrabeitrag	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—,67	—	—,67
Königreich Bayern total	—	218,90	1963,49	389,87	113,53	988,83	1384,17	112,56	1496,17	508,21	955,—	3588,85	11719,58
Königreich Sachsen.													
1. Kreis, Zittau	—	—	—	80,—	—	—	—	—	—	—	—	185,64	265,64
2. „ Löbau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	450,05	450,05
4. „ Dresden-Neustadt	—	2000,—	—	—	—	—	—	2000,—	—	—	—	2000,—	6000,—
5. „ Dresden-Altstadt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2700,—	2700,—
6. „ Dresden-Land	—	—	2000,—	—	500,—	—	1000,—	—	1500,—	—	2000,—	1000,—	8000,—

Wahlkreis	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	Summa
4., 5. u. 6. Kreis, Groß-Dresden	—	—	—	5000,—	—	—	—	—	2500,—	—	—	—	7500,—
7. Kreis, Meißen	—	—	—	—	—	—	—	784,20	—	—	—	936,—	1720,20
8. „ Pirna	583,60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	583,60
9. „ Freiberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	320,58	320,58
10. „ Döbeln	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	500,—	500,—
11. „ Oschatz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	300,—	300,—
12. „ Leipzig-Stadt	—	—	600,—	—	—	1000,—	—	—	1000,—	—	—	—	2600,—
13. „ Leipzig-Land	—	—	—	3000,—	—	9000,—	—	—	4200,—	—	2000,—	2000,—	20200,—
14. „ Borna	—	250,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	250,—
15. „ Mittweida	—	—	—	—	500,—	—	—	300,—	—	—	400,—	—	1200,—
16. „ Chemnitz	—	—	—	2000,—	—	—	4000,—	—	—	2000,—	—	—	8000,—
18. „ Zwickau	—	—	68,15	—	—	—	—	—	—	—	—	528,74	596,89
19. „ Stollberg	100,—	—	—	100,—	—	—	—	100,—	—	—	—	—	300,—
22. „ Reichenbach	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	500,—	500,—
23. „ Plauen-Oelsnitz	—	132,76	—	—	—	—	—	—	—	—	—	837,17	969,93
Chemnitz (Verbreitungsgebiet der Volksstimme)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2000,—	—	—	2000,—
Königreich Sachsen total	683,60	2382,76	2668,15	10180,—	1000,—	10000,—	5000,—	3184,20	9200,—	4000,—	4400,—	12258,18	64956,89
Königreich Württemberg.													
1. Kreis, Stuttgart	—	400,—	—	—	—	—	817,48	—	313,16	—	—	264,24	1794,88
2. „ Cannstatt	—	—	—	—	—	301,52	317,20	—	—	296,72	—	231,80	1147,24
3. „ Heilbronn	53,76	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	53,76
4. „ Böblingen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	185,60	185,60
5. „ Eßlingen	117,15	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	117,15
6. „ Reutlingen	47,24	—	—	—	—	—	—	72,28	—	—	—	—	119,52
7. „ Calw-Nagold	—	—	—	—	—	—	—	113,52	—	—	—	121,—	234,52
8. „ Freudenstadt	—	—	—	—	63,36	—	—	—	—	—	—	56,—	119,36
9. „ Balingen	—	112,40	—	—	—	—	—	—	—	144,76	—	—	257,16
12. „ Gerab.-Rinzelsau	5,76	—	—	—	—	—	—	7,60	—	—	—	13,12	26,48
14. „ Ulm	—	96,30	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	96,30
Königr. Württemberg total	225,91	608,70	—	—	63,36	301,52	1134,68	193,40	313,16	441,48	—	871,76	4151,97

Wahlkreis	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	Summa
Großherzogtum Baden.													
1. Kreis, Konstanz	—	—	—	38,—	—	—	40,80	—	—	—	—	—	78,80
2. „ Donaueschingen	30,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30,—
3. „ Schopfheim-Waldsheim	24,60	—	—	26,70	—	—	—	30,15	—	—	—	82,20	163,65
4. „ Lörrach-Müllheim	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	47,80	47,80
5. „ Freiburg	39,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	40,—	114,—
7. „ Kehl-Offenburg	—	—	27,90	—	—	—	—	—	35,—	—	—	—	59,45
8. „ Bühl-Rastatt	—	—	—	39,96	—	29,28	—	—	—	—	91,55	—	69,24
9. „ Pforzheim	—	226,20	—	—	319,05	—	—	—	—	—	—	—	1102,55
10. „ Karlsruhe	—	—	—	317,85	—	—	—	—	268,40	—	—	288,90	950,40
11. „ Mannheim	—	—	550,—	—	—	—	750,—	—	—	—	200,—	432,55	2800,—
12. „ Heidelberg	82,04	—	—	32,50	—	—	41,30	—	600,—	—	—	900,—	153,34
14. „ Adelsheim-Buchen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	47,50	10,—	—	10,—
Großherzogt. Baden total	125,64	226,20	577,90	455,01	319,05	29,28	832,10	30,15	903,40	47,50	241,55	1791,45	5579,28
Großherzogtum Hessen.													
1. Kreis, Gießen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	255,—	—	255,—
2. „ Friedberg-Büdingen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	540,—	—	540,—
3. „ Lauterbach	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12,50	—	12,50
4. „ Darmstadt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1125,—	—	1125,—
5. „ Offenbach	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1800,—	—	1800,—
6. „ Erbach	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,—	—	100,—
7. „ Worms	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	180,—	—	180,—
8. „ Bingen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	60,50	—	60,50
9. „ Mainz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	489,25	—	489,25
Großherzogtum Hessen total	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4562,25	—	4562,25
Großherz. Mecklenb.-Schwerin	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	400,—	400,—
Großherz. Sachsen-Weimar.													
1. Kreis, Weimar	244,—	—	—	—	—	—	—	—	—	126,—	—	—	370,—
2. „ Eisenach	—	—	—	—	75,—	—	—	—	—	100,—	—	58,60	233,60
3. „ Neustadt a. O.-Jena	—	—	253,—	—	—	224,—	—	—	—	—	—	410,—	887,—
Großherz. Sachsen-Weimar total	244,—	—	253,—	—	75,—	224,—	—	—	—	226,—	—	468,60	1490,60

Wahlkreis	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	Summa
Großherzogtum Oldenburg.													
1. Kreis, Oldenburg, Oberstein und Fürstentum Lübeck	23,44	—	85,40	—	—	50,80	95,60	—	70,60	27,—	—	276,18	629,02
2. „ Jever und 2. hannov. Kreis	—	—	—	—	—	—	—	821,—	441,—	—	—	612,—	1874,—
3. „ Delmenhorst	37,—	—	24,—	—	—	—	67,30	—	—	77,—	—	48,70	254,—
Großherz. Oldenburg total	60,44	—	109,40	—	—	50,80	162,90	821,—	511,60	104,—	—	936,88	2757,02
Herzogtum Braunschweig.													
1. Kreis, Braunschweig	334,75	—	—	352,26	—	—	—	322,04	—	—	—	971,48	1980,53
2. „ Helmstedt	—	—	—	—	—	—	—	48,32	—	—	—	138,72	182,04
3. „ Holzminden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	125,04	125,04
Herzogt. Braunschweig total	334,75	—	—	352,26	—	—	—	370,36	—	—	—	1230,24	2287,61
Herzogtum Sachsen-Meiningen.													
1. Kreis, Meiningen	—	—	—	—	—	—	—	22,98	—	—	232,40	—	255,38
2. „ Sonneberg	—	—	—	90,38	—	—	—	151,16	—	—	—	—	241,54
Herz. Sachsen-Meiningen total	—	—	—	90,38	—	—	—	174,14	—	—	232,40	—	496,92
Herzogtum Sachsen-Altenburg	230,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1702,74	1932,74
Herzogtum Sachsen-Coburg-Gotha.													
1. Kreis, Coburg	50,—	—	—	—	—	—	—	—	50,—	—	—	41,—	141,—
2. „ Gotha	187,11	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	649,82	836,93
Herzogt. Sachsen-Coburg-Gotha total	237,11	—	—	—	—	—	—	—	50,—	—	—	690,82	977,93
Herzogtum Anhalt.													
1. Kreis, Dessau-Zerbst	43,—	38,—	38,—	38,—	—	—	—	—	—	—	—	100,—	257,—
2. „ Bernburg-Köthen	118,16	—	—	—	—	—	—	117,38	—	—	102,—	—	337,54
Herzogtum Anhalt total	161,16	38,—	38,—	38,—	—	—	—	117,38	—	—	102,—	100,—	594,54
Fürstent. Schwarzbg.-Sondershaus.	53,46	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	53,46

Wahlkreis	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	Summa
Fürstent. Schwarzburg-Rudolstadt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	274,40	**274,40**
Fürstentum Waldeck	—	—	—	—	10,20	—	—	—	—	—	—	—	**10,20**
Fürstentum Reuß ältere Linie	—	144,—	—	—	—	—	—	—	192,—	—	—	258,—	**594,—**
Fürstentum Reuß jüngere Linie	350,—	—	200,—	—	200,—	—	200,—	—	—	400,—	—	352,—	**1702,—**
Fürstentum Lippe	—	61,32	—	—	—	—	—	—	—	—	—	124,92	**186,24**
Freie u. Hansestadt Lübeck	—	—	—	400,—	—	—	400,—	—	—	450,—	—	—	**1250,—**
Freie u. Hansestadt Bremen	—	—	—	263,04	2400,—	—	—	—	—	—	4683,—	254,60	**7600,64**
Freie u. Hansestadt Hamburg.													
1. Kreis	—	—	—	—	3000,—	—	—	—	—	—	6000,—	—	**9000,—**
2. „	—	—	—	—	5000,—	—	—	—	—	—	5000,—	5000,—	**15000,—**
3. „	5000,—	—	—	8000,—	—	—	—	—	—	—	18000,—	—	**31000,—**
Hamburg, Gesamt-Partei	—	—	—	—	7500,—	—	—	—	—	—	—	39025,97	**46525,97**
Freie u. Hansestadt Hamburg total	5000,—	—	—	8000,—	15500,—	—	—	—	—	—	29000,—	44025,97	**101525,97**
Elsaß-Lothringen.													
2. Kreis, Mülhausen	—	—	—	—	—	76,08	—	—	—	—	—	88,36	**164,44**
3. „ Colmar	—	—	—	—	—	—	24,96	—	—	—	—	28,56	**53,52**
5. „ Rappoltsweiler	—	10,64	—	—	—	—	—	—	—	—	—	32,84	**43,48**
7. „ Molsheim	13,44	5,52	—	—	—	—	—	—	—	—	33,56	—	**52,52**
8. „ Straßburg-Stadt	—	201,80	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	**201,80**
10. „ Hagenau	—	12,76	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	**12,76**
11. „ Zabern	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15,96	**15,96**
14. „ Metz	—	48,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	**48,—**
Elsaß-Lothringen total	13,44	278,72	—	—	—	76,08	24,96	—	—	—	33,56	165,72	**592,48**

B. Sonstige Beiträge, alphabetisch geordnet.

Ort oder sonstige Bezeichnung	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	Summa
Adlershof	—	—	—	—	15,—	—	—	—	—	—	—	—	15,—
Aesch	—	—	—	—	—	1,—	—	—	—	—	—	—	1,—
Alt-Glienicke	—	—	—	—	—	40,—	—	—	—	—	—	—	40,—
Altona	—	—	—	—	—	100,—	—	—	—	—	—	—	100,—
Amora in Portugal	—	—	—	—	—	48,—	—	—	—	—	—	—	48,—
Amsterdam	—	—	—	—	—	10,—	—	—	—	—	—	—	10,—
Baden-Baden	—	—	1,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,—
Bamberg	—	—	—	—	8,15	—	—	—	—	—	—	—	8,15
Bärwalde	—	—	—	—	—	3,—	—	—	—	—	—	—	3,—
Beelitz	—	5,—	—	—	3,50	—	—	2,85	—	—	—	1,—	12,35
Bergedorf	—	—	—	—	—	400,—	—	—	—	—	—	—	400,—
Berlin	519,60	306,75	1814,15	478,65	12924,86	33465,49	1929,95	636,20	1459,70	949,57	548,90	1079,90	55608,72
Bern	50,—	50,—	50,—	50,—	50,—	50,—	50,—	50,—	50,—	50,—	50,—	50,—	600,—
Birnbaum	—	—	—	—	—	8,80	—	—	—	—	—	—	8,80
Boxhagen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,45	—	—	1,45
Braubach	—	—	—	—	—	10,—	—	—	—	—	—	—	10,—
Bremen	17,60	—	—	—	—	10,—	—	—	—	—	—	—	27,60
Brüssel	12,10	—	—	—	161,29	76,85	—	—	—	—	—	12,09	262,83
Buch	—	—	—	—	10,—	—	—	—	—	—	—	—	10,—
Buenos Aires	—	—	—	—	—	—	1000,—	—	—	—	—	—	1000,—
Bukarest	—	—	—	—	—	—	—	32,—	—	—	—	—	32,—
Bürgel i. Th.	—	—	—	—	—	—	—	2,—	—	—	—	—	2,—
Butzbach	3,10	3,—	8,—	3,80	8,—	7,—	10,—	4,—	5,—	6,—	4,50	5,—	56,90
Buxtehude	—	—	—	2,—	—	—	—	—	2,—	—	2,—	—	6,—
Canada	—	—	—	—	—	29,26	—	—	—	—	—	—	29,26
Charlottenburg	—	—	3,—	1,50	55,—	4,—	—	—	—	—	—	—	63,50
Chemnitz	—	—	1,—	—	2,—	—	1,50	—	—	—	—	1,50	6,—
Cöln a. Rh.	—	8,—	—	—	—	20,—	20,—	20,—	20,—	20,—	20,—	20,—	143,—
Cottbus	—	—	3,—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,—	6,—
Dortmund	—	100,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,—
Dresden	—	—	—	—	6,—	1,20	2,55	39,—	1,—	1,—	—	1,—	51,75

Ort oder sonstige Bezeichnung	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	Summa
Düsseldorf	—	—	—	2,—	—	—	—	—	—	—	25,—	—	27,—
Ellefeld i. Vogtl.	—	13,10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13,10
Erlangen	—	—	—	—	—	—	4,—	—	—	—	—	—	4,—
Falkenberg (Oberschl.)	3,—	3,—	3,—	4,—	18,—	5,—	3,—	3,—	3,—	3,—	3,—	2,—	53,—
Frankfurt a. M.	—	—	600,—	—	—	100,—	500,—	—	—	—	—	—	1200,—
Friedenau	—	—	—	—	—	5,—	5,—	5,—	5,—	5,—	5,—	5,—	35,—
Friedrichshagen	—	—	—	—	—	45,90	50,—	—	—	—	—	—	95,90
Friedrichskoog	—	—	—	—	40,—	—	—	—	—	—	—	—	40,—
Fürth i. B.	—	—	—	—	—	80,—	—	—	—	—	—	—	80,—
Gelsenkirchen	—	—	—	—	—	—	5,—	—	—	—	—	—	5,—
Germersdorf	—	—	—	—	—	20,—	—	—	—	—	—	—	20,—
Gießen	—	—	50,—	—	—	—	—	10,—	10,—	10,—	—	10,—	90,—
Goldbeck	10,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,—
Gütergotz	—	—	—	—	—	8,20	—	—	—	—	—	—	8,20
Hagen i. W.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,—	—	—	10,—
Hamburg	120,85	187,90	372,05	—	15363,18	14043,41	81,55	88,95	—	196,40	—	—	30463,29
Harburg	—	—	—	—	6,—	—	—	—	—	—	—	—	6,—
Heidelberg	—	—	—	—	—	35,—	—	—	—	—	—	—	35,—
Hohwald	—	—	—	—	35,—	—	—	—	—	—	—	—	35,—
Idaho	4,10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4,10
Judenbach b. Sonneberg	—	—	—	—	—	—	—	—	2,09	—	—	—	2,09
Kirchseeon	—	—	—	—	5,—	—	—	—	—	—	—	—	5,—
Kleinalmerode b. Witzenhausen	—	—	—	—	—	6,35	—	—	—	—	—	—	6,35
Kopenhagen	—	—	—	—	100,—	—	—	—	—	—	—	35,—	135,—
Lichtenberg	—	—	—	—	1,55	—	—	—	—	—	—	—	1,55
London	—	—	—	—	—	200,—	4,30	—	1,—	—	—	—	205,30
Lostau	—	—	—	—	4,—	—	—	—	—	—	—	—	4,—
Luckenwalde	5,—	5,—	5,—	5,—	5,—	5,—	5,—	5,—	5,—	5,—	5,—	5,—	60,—
Lüttich	—	—	—	—	—	20,—	—	—	—	—	—	—	20,—
Lyck	—	—	—	—	30,—	—	—	—	—	—	—	—	30,—
Manchester	—	—	—	—	—	25,10	—	—	—	—	—	—	25,10
Mannheim	—	—	2000,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2000,—

Ort oder sonstige Bezeichnung	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	Summa
Mariendorf	—	—	—	—	—	—	—	6,10	—	—	5,40	—	11,50
Marienfelde	—	—	—	—	—	15,—	—	—	—	—	—	—	15,—
Meilsdorf	—	—	—	—	—	2,70	—	—	—	—	—	—	2,70
Melbourne	—	—	—	51,—	—	—	—	—	—	—	—	—	51,—
Mittelrhein	3,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,—
München	10,—	5,—	5,—	—	12,—	10,—	5,—	5,—	5,—	5,—	8,—	—	70,—
M.-Gladbach	—	5,—	—	—	—	—	—	—	—	10,—	—	—	15,—
Neue Mühle	—	—	—	—	—	4,—	—	—	—	—	—	—	4,—
Neuenhagen	—	20,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,—
Neuhaus a. R.	—	—	—	—	12,45	—	—	—	—	—	—	—	12,45
New-York	—	—	—	—	—	41,80	3,30	—	—	—	—	—	45,10
Niederschöneweide	28,50	—	—	2,—	—	2,—	2,—	2,—	—	—	—	—	36,50
Niederzwönitz	—	—	—	—	2,—	—	—	—	—	—	—	—	2,—
Nürnberg	3,—	3,—	3,—	—	3,—	2003,—	—	—	—	—	—	—	2015,—
Oberlangenbielau (Verbreitungsgeb. d. Proletar.)	—	100,—	1,—	—	—	—	—	—	150,—	—	100,—	—	351,—
Oberschöneweide	—	5,—	—	—	—	20,—	—	9,65	22,85	—	—	—	57,50
Ocker	—	—	—	—	—	—	—	—	—	53,50	—	—	53,50
Oldesloe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,—	3,—
Olten	—	—	—	—	100,—	—	—	—	—	—	—	—	100,—
Oranienburg	—	—	—	—	5,—	—	—	10,—	—	—	—	—	15,—
Pankow	—	—	—	—	2,—	10,—	—	—	—	—	—	—	12,—
Paris	—	—	—	—	100,—	180,64	—	—	—	—	—	—	280,64
Pasing	—	—	—	—	—	5,—	—	—	—	—	—	—	5,—
Pern	—	—	—	—	—	50,—	—	—	—	—	—	—	50,—
Plettenberg	—	—	—	2,—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,—
Posen	—	—	—	—	1,—	—	—	—	—	—	—	—	1,—
Reik	—	—	—	—	—	—	2,40	—	—	—	—	—	2,40
Remscheid	—	—	—	20,—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,—
Rixdorf	—	25,—	5,90	3,—	26,60	18,50	—	9,90	—	—	—	26,—	114,90
Rochester	—	—	—	—	—	—	—	—	3,40	—	—	—	3,40
Rummelsburg	—	—	—	—	—	—	—	—	25,—	—	—	—	25,—
Sagan	—	—	—	—	9,20	—	—	—	10,—	—	—	—	19,20

Ort oder sonstige Bezeichnung	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	Summa
Schöneberg	—	—	—	—	10,—	15,—	—	—	—	—	—	—	25,—
Schweiz	—	—	—	—	—	500,—	—	—	—	—	—	—	500,—
Seifhennersdorf	—	—	—	—	—	40,—	—	—	—	—	—	—	40,—
Somsdorf	—	—	—	—	—	25,—	—	—	—	—	—	—	25,—
Steglitz	—	—	—	3,40	13,60	—	—	—	—	—	—	—	17,—
Stockheim	—	—	—	—	1,55	—	—	—	—	—	—	—	1,55
Stockum	7,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7,50
Stralau	—	—	—	—	150,—	—	—	—	—	—	—	—	150,—
Stilnz	—	—	4,85	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4,85
Stuttgart	10,—	10,—	10,—	10,—	—	10,—	—	10,—	10,—	10,—	—	10,—	90,—
Tempelhof	—	—	—	—	—	5,—	—	37,30	4,45	—	—	—	46,75
Thale a. H.	—	—	2,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,—
Tilsit	—	—	—	—	—	—	—	16,—	—	—	—	—	16,—
Toluko (Mexiko)	—	—	—	—	—	200,—	—	—	—	—	—	—	200,—
Verden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,40	—	—	5,40
Viersen	—	—	—	—	—	—	—	—	1,—	—	—	—	1,—
Viktoria (Australien)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	18,36	18,36
„Vorwärts"	—	—	26229,50	—	—	65648,60	—	—	42911,50	—	—	35893,30	170682,90
Vorwärts-Buchhandlung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50000,—	—	50000,—
„Wahrer Jakob", „Neue Zeit" und „Gleichheit"	—	—	15000,—	—	—	9367,28	—	—	15000,—	—	—	15000,—	54367,28
Wandsbek	—	—	—	—	—	200,—	—	—	—	—	—	—	200,—
Waidmannslust	—	10,—	—	—	10,—	—	—	—	—	—	—	—	20,—
Weißensee	—	30,—	—	—	4,20	—	—	—	—	10,—	—	—	44,20
Z. Y. 3.	—	—	—	—	—	16000,—	—	—	5000,—	—	—	5000,—	26000,—
Zingst	—	—	—	—	—	—	—	—	4,50	—	—	—	4,50
Zug	—	—	—	—	16,—	—	—	—	—	—	—	—	16,—
Zürich	—	—	—	—	240,—	30,92	—	—	640,—	—	—	—	910,92
Diverse	—	8,—	—	—	—	—	—	—	—	—	7000,—	—	7008,—

Unsere Stimmen in den gegenwärtig von der Sozialdemokratie vertretenen Wahlkreisen.

Wahlkreise	1867	1871	1874	1877	1878	1881	1884	1887	1890	1893	1898	1903	1907	Reichstagswahlkreis
Preußen:														
Berlin II	—	180	1 143	3 988	7 583	3 159	9 282	14 751	20 225	26 667	26 269	**34 995**	**35 286**	1.
Engere Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	23 381	**29 359**	**28 547**	—	—	
Nachwahl	—	—	—	—	7 474	—	—	—	—	—	**24 320**	—	—	
Nachwahl	—	—	—	—	2 689	—	—	—	—	—	—	—	—	
Berlin III	—	519	1 607	3 991	6 914	2 452	6 344	9 088	12 287	12 732	11 411	**15 124**	**14 259**	2.
Engere Wahl	—	—	—	6 070	—	—	—	10 558	12 945	**14 068**	**12 766**	—	—	
Nachwahl	—	—	1 533	5 765	—	3 691	—	—	—	—	—	—	—	
Berlin IV	—	1 104	3 860	**10 769**	20 224	13 573	**25 386**	**32 064**	**40 709**	**46 356**	**45 293**	**68 758**	**82 039**	3.
Engere Wahl	—	—	—	—	**22 020**	18 979	—	—	—	—	—	—	—	
Berlin V	—	—	1 041	2 032	3 615	160	2 444	4 803	7 234	9 729	10 025	**14 568**	**15 029**	4.
Engere Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	8 701	**11 245**	10 899	—	—	
Nachwahl	—	—	—	3 217	204	1 709	2 520	—	—	—	—	—	—	
Berlin VI	—	—	3 161	**9 569**	15 707	10 629	24 258	**30 453**	**42 274**	**51 569**	**58 778**	**79 478**	**99 560**	5.
Engere Wahl	—	—	6 019	—	—	17 378	**24 465**	—	—	—	—	—	—	
Nachwahl	—	—	5 149	**12 751**	—	—	**20 327**	**26 067**	—	—	**53 895**	—	—	
Niederbarnim	—	—	2 142	2 855	2 775	935	2 893	5 680	13 362	17 044	**23 017**	**38 364**	**57 862**	6.
Engere Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	**15 411**	**18 710**	—	—	—	
Teltow-Beeskow	—	—	1 453	2 608	4 763	1 265	4 543	8 668	19 169	31 424	42 699	**73 854**	**104 104**	7.
Engere Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	22 899	**36 330**	**51 967**	—	—	
Nachwahl	—	—	—	—	—	—	4 515	—	—	—	—	—	—	
Waldenburg	—	—	846	3 168	8 912	1 552	1 244	—	6 884	11 886	11 403	**16 377**	**15 835**	8.
Engere Wahl	—	—	—	7 476	—	—	—	—	—	**12 299**	**13 043**	—	—	
Nachwahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	**13 166**	—	—	

Wahlkreise	1867	1871	1874	1877	1878	1881	1884	1887	1890	1893	1898	1903	1907	Seite des Berichts
Calbe-Aschersleben	—	227	5 069	4 475	1 016	298	2 204	4 837	12 514	13 680	17 090	**20 261**	**21 918**	9.
Engere Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	**16 387**	—	**18 300**	—	—	
Nachwahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	17 929	—	—	
Kiel-Neudsburg	—	2 891	7 303	8 610	7 160	4 725	7 851	9 599	14 443	**18 119**	19 419	**30 836**	**33 008**	10.
Engere Wahl	—	—	9 539	—	—	—	9 166	10 576	16 264	—	21 168	—	—	
Nachwahl	—	—	—	—	—	8 880	—	—	—	—	—	—	—	
Altona	—	3 875	**11 782**	**11 355**	11 662	6 971	**10 770**	**15 120**	**19 533**	**20 448**	**22 589**	**25 565**	**27 473**	11.
Engere Wahl	—	6 062	—	—	13 224	9 060	—	—	—	—	—	—	—	
Nachwahl	—	—	—	13 256	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Engere Wahl	—	—	—	12 815	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Hannover	—	1 986	3 853	5 604	6 588	5 515	8 889	12 210	15 789	19 538	**25 045**	**29 381**	**36 113**	12.
Engere Wahl	—	—	—	—	6 082	5 890	**12 352**	**16 577**	**18 940**	**22 014**	—	—	—	
Nachwahl	2887	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Bielefeld	—	514	961	2 165	823	1 148	2 624	2 707	4 683	5 413	7 892	11 564	13 642	13.
Engere Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	5 597	—	8 623	13 884	**18 409**	
Nachwahl	—	—	—	—	—	—	2 258	—	—	—	—	—	—	
Bochum	—	—	339	1 648	840	—	—	1 110	8 388	19 585	22 379	39 185	42 480	14.
Engere Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	**50 063**	**59 738**	
Nachwahl	—	—	—	—	—	—	—	—	9 770	—	—	—	—	
Dortmund	—	—	1 227	3 563	2 057	890	1 812	2 141	10 422	17 170	19 864	33 305	38 849	15.
Engere Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	17 014	21 525	26 962	**39 384**	**47 550**	
Nachwahl	—	—	812	—	—	696	—	—	—	17 182	—	—	—	
Engere Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	**24 632**	—	—	—	
Wiesbaden Landkreis	—	—	—	755	1 292	770	3 068	3 943	7 164	8 070	9 868	14 289	16 978	16.
Engere Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	7 933	**10 626**	11 506	16 040	**18 230**	
Nachwahl	—	—	—	—	—	—	4 255	—	—	—	—	—	—	
Wiesbaden Stadt	—	—	342	344	436	616	2 125	2 356	5 162	6 235	8 050	10 865	12 630	17.
Engere Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9 566	10 499	14 752	**19 367**	
Nachwahl	—	—	—	—	—	1 338	—	—	—	5 207	—	—	—	

Wahlkreise	1867	1871	1874	1877	1878	1881	1884	1887	1890	1893	1898	1903	1907	Seite des Berichts
Hanau	—	1141	3 908	5 622	5 351	4 803	5 503	5 203	**8 446**	9 902	**12 692**	15 470	17 923	18.
Engere Wahl	—	—	—	9 589	7 682	**9 948**	8 245	—	11 194	11 927	—	16 548	**20 000**	
Solingen	756	—	3 709	6 123	5 067	5 565	6 217	8 629	**9 896**	9 902	11 760	**17 225**	**19 589**	19.
Engere Wahl	—	—	—	**10 641**	7 230	**9 013**	**8 734**	**10 474**	—	**11 761**	10 240	—	—	
Mülheim-Duisburg	—	2 392	1 217	3 474	470	—	946	1 090	2 953	6 121	7 804	23 284	27 650	20.
Engere Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	29 942	**43 745**	
Nachwahl	**6 792**	—	—	—	95	—	—	—	—	—	**14 819**	—	—	
Bayern:														
München II	—	—	1 709	2 568	3 252	2 972	6 399	11 335	**20 594**	**21 876**	**23 116**	**40 046**	40 384	21.
Engere Wahl	—	—	—	—	—	—	**13 552**	12 494	—	—	—	—	**49 746**	
Speyer-Ludwigshafen	—	—	752	1 708	1 679	2 912	4 822	4 052	5 993	7 433	12 008	16 567	18 539	22.
Engere Wahl	—	—	—	—	—	—	7 259	—	—	8 184	**15 471**	**14 777**	**21 826**	
Nürnberg	—	840	5 355	10 025	10 162	9 669	12 582	**14 857**	**17 045**	**18 015**	**22 598**	**28 812**	**35 033**	23.
Engere Wahl	—	—	—	12 090	—	**12 338**	**14 412**	—	—	—	—	—	—	
Nachwahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	**20 173**	**22 045**	—	—	
Sachsen:														
Dresden r. E.	—	1 132	3 632	5 411	7 433	6 231	6 514	6 942	11 670	14 420	18 094	**28 379**	**26 458**	24.
Engere Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15 190	**21 729**	—	—	
Dresden-Land	—	748	3 743	3 880	5 007	3 789	6 214	7 958	12 787	15 650	**22 335**	**33 781**	**33 843**	25.
Engere Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	**16 943**	—	—	—	
Nachwahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	**16 512**	—	—	—	
Leipzig-Land	—	—	**4 627**	**9 420**	11 253	10 503	**15 233**	19 327	**30 127**	**33 349**	**38 933**	**54 819**	**56 712**	26.
Engere Wahl	—	—	**7 577**	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Nachwahl	—	—	5 676	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Mittweida	—	3 224	**7 180**	7 328	6 018	**4 283**	7 001	7 634	**12 665**	**12 817**	11 898	**19 270**	**18 309**	27.
Engere Wahl	—	**4 017**	—	—	**8 711**	**7 603**	—	—	—	—	—	—	—	
Chemnitz	**5 512**	3 959	**10 084**	**12 117**	9 899	10 256	**14 512**	15 356	**24 641**	**23 296**	**24 772**	**34 266**	**34 547**	28.
Engere Wahl	—	—	—	—	—	**14 567**	—	—	—	—	—	—	—	

Wahlkreise	1867	1871	1874	1877	1878	1881	1884	1887	1890	1893	1898	1903	1907	Seite
Glauchau-Meerane	5 256	7 344	7 777	11 041	11 579	6 692	9 513	9 886	15 266	15 234	13 437	18 349	16 675	29.
Nachwahl	—	10470	—	10 761	8 225	—	—	—	—	—	—	—	17 074	*
Zwickau	5 416	5 875	8 941	10 971	10 135	7 827	11 590	12 913	17 424	17 971	18 362	25 335	23 744	30.
Engere Wahl	—	—	—	—	—	12 546	—	—	—	—	—	—	—	
Stollberg-Schneeberg	1 918	3 981	8 141	7 256	7 906	4 653	6 065	7 106	13 264	14 385	13 730	20 096	19 000	31.
Engere Wahl	4 296	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Nachwahl	—	—	—	—	—	—	8 420	—	—	—	—	—	—	
Württemberg:														
Stuttgart	—	491	2 411	4 646	4 136	4 131	3 346	4 496	10 446	13 340	17 954	22 757	25 089	32.
Engere Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	13 456	15 887	—	—	—	
Nachwahl	—	—	3 847	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Baden:														
Pforzheim	—	—	1 599	954	—	470	1 388	2 812	5 208	7 148	10 380	13 231	15 883	33.
Engere Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9 788	12 972	14 790	17 087	
Nachwahl	—	—	—	489	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Karlsruhe	—	—	627	618	758	1 383	3 010	2 736	5 476	5 881	9 031	11 429	14 430	34.
Engere Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12 821	15 063	17 066	
Nachwahl	—	—	—	—	758	—	—	—	—	—	—	—	—	
Mannheim	—	—	1 056	1 689	2 376	2 517	4 846	5 128	8 701	10 114	15 244	20 037	25 969	35.
Engere Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	14 550	13 062	19 052	23 182	—	
Hessen:														
Offenbach-Dieburg	—	3 098	4 126	5 304	5 557	5 905	6 924	8 204	10 884	11 063	13 404	16 539	20 248	36.
Engere Wahl	—	—	—	10 544	10 539	11 194	10 505	—	13 131	12 802	—	18 044	21 093	

Wahlkreise	1867	1871	1874	1877	1878	1881	1884	1887	1890	1893	1898	1903	1907	Seite
Mainz	—	—	1 348	1 884	3 264	5 983	6 496	5 526	7 910	8 965	10 064	13 027	14 753	37.
Engere Wahl	—	—	—	—	—	8 149	7 880	—	9 569	10 684	12 004	15 481	15 786	
Nachwahl	—	—	—	—	—	5 503	—	—	—	7 358	—	—	—	
Engere Wahl	—	—	—	—	—	8 385	—	—	—	10 112	—	—	—	
Lübeck:	—	543	2 230	2 514	1 588	877	2 432	4 254	6 394	7 389	9 729	11 155	11 575	38.
Engere Wahl	—	—	—	—	—	—	—	5 168	7 319	7 871	—	—	—	
Nachwahl	—	—	—	1 324	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Hamburg:														
Hamburg I	1 758	1 886	4 554	8 962	10 491	7 563	12 282	14 497	17 857	16 935	18 500	22 046	21 683	39.
Engere Wahl	—	—	6 262	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Nachwahl	—	1 474	—	—	—	9 078	—	—	—	16 476	—	—	—	
Engere Wahl	—	—	—	—	—	11 715	—	—	—	—	—	—	—	
Hamburg II	1 461	2 893	6 127	10 779	12 447	9 439	14 278	18 672	22 518	20 681	21 791	25 713	25 748	40.
Engere Wahl	—	—	8 247	—	—	12 315	—	—	—	—	—	—	—	
Nachwahl	—	—	—	—	13 155	—	—	—	—	—	—	—	—	
Hamburg III	—	292	3 185	6 133	6 691	6 108	10 922	17 803	26 928	32 936	41 804	52 353	65 461	41.
Engere Wahl	—	—	—	—	—	—	14 644	19 324	—	—	—	—	—	
Elsaß-Lothringen:														
Mülhausen i. E.	—	—	355	—	—	462	2 939	570	9 749	12 158	13 610	12 665	17 251	42.
Engere Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13 384	—	
Nachwahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7 680	—	—	
Straßburg-Stadt	—	—	168	—	141	89	—	103	4 773	6 206	8 816	12 110	12 253	43.
Engere Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8 193	—	13 067	14 891	

Gewählt wurden die Genossen: 1. R. Fischer, 2. Heine, 3. Singer, 4. R. Schmidt, 5. Ledebour, 6. Stadthagen, 7. Zubeil, 8. Sachse, 9. Albrecht, 10. Legien, 11. Frohme, 12. Brey, 13. Hué, 14. Severing, 15. Boemelburg, 16. Brühne, 17. Lehmann, 18. Hoch, 19. Scheidemann, 20. Hengsbach, 21. Vollmar, 22. Ehrhart, 23. Südekum, 24. Kaden, 25. Horn, 26. Geyer, 27. Stücklen, 28. Noske, 29. Auer, (* Molkenbuhr), 30. Stolle, 31. Goldstein, 32. Hildenbrand, 33. Eichhorn, 34. Geck, 35. Frank, 36. Ulrich, 37. David, 38. Schwarz, 39. Bebel, 40. Dietz, 41. Metzger, 42. Emmel, 43. Böhle.

Parteischule.

Bericht über den ersten Kursus 1906/07.

Der durch das starke Wachstum der Partei bewirkte und im Laufe der Jahre immer fühlbarer gewordene Mangel an Kräften, die in genügendem Maße das für die Aufklärung der breiten Massen erforderliche Maß von Wissen und theoretischer Schulung besitzen, veranlaßte den Parteivorstand zu Beginn des vorigen Jahres dem schon früher erörterten Plane der Gründung einer besonderen Schule für die parteigenössischen Agitatoren in Wort und Schrift näher zu treten.

Nachdem der Parteivorstand im Laufe des Sommers die für die Verwirklichung eines solchen Planes notwendigen materiellen und ideellen Grundlagen geschaffen und der Mannheimer Parteitag den Plan selbst stillschweigend gebilligt hatte, fand zu Anfang Oktober und November je eine gemeinsame Sitzung des Parteivorstandes mit den in Aussicht genommenen Lehrkräften statt, in denen über die näheren Umrisse der künftigen Schulorganisation und Schultätigkeit beraten und beschlossen wurde.

Organisation und Lehrplan.

Die organisatorischen Forderungen, die die Sozialdemokratie an die heutige öffentliche Schule stellt, hat sie bei ihrer ersten eigenen Schulgründung verwirklicht. Der Unterricht ist für die Teilnehmer unentgeltlich, ebenso werden Lehr- und Lernmittel unentgeltlich zur Verfügung gestellt, und endlich werden die Teilnehmer selbst nebst ihren Familien während der Dauer des Kursus von der Partei unterhalten. Die Zahl der Teilnehmer ist für den einzelnen halbjährlichen Kursus auf 30 bemessen; nur aus besonderen Umständen kann die Zahl gelegentlich um ein geringes (31 oder 32) überschritten werden.

Zur Erteilung des Unterrichts sind dauernd zwei Lehrer angestellt; außer diesen beiden Lehrkräften unterrichten noch eine Reihe von Genossen nebenamtlich an der Parteischule. Die festangestellten Lehrer stehen den Schülern auch außerhalb der eigentlichen Unterrichtszeit zur Hülfeleistung bei den Arbeiten und für seminaristische Uebungen zur Seite.

Die Leitung der Schule liegt dem gesamten Lehrerkollegium ob, das nach Bedürfnis zu Konferenzen zusammentritt. An diesen Beratungen nehmen je ein Vertreter des Parteivorstandes und der Teilnehmer am Kursus mit beratender Stimme teil. Bei wichtigen Beschlüssen, besonders bei solchen, die Geldaufwendungen erforderlich machen, wird die Zustimmung des Parteivorstandes eingeholt. Die Einberufung und Leitung der Konferenzen und die

Erledigung der Verwaltungsgeschäfte der Schule ist die Aufgabe eines aus der Mitte des Lehrerkollegiums gewählten Obmannes.

Es haben während der Dauer des ersten Kursus 6 Lehrerkonferenzen stattgefunden, in denen alle die innere und äußere Schulorganisation, den Verlauf des Unterrichts, die Lehrer und die Schüler angehenden Fragen ihre Erledigung fanden. Die letzte der stattgefundenen Konferenzen war zum größten Teile schon dem künftigen zweiten Kursus der Parteischule gewidmet, der am 1. Oktober 1907 beginnen und am 30. März 1908 zu Ende gehen soll.

Der Lehrplan umfaßt folgende Wissensgebiete (die eingeklammerte Zahl gibt die Anzahl der dem betreffenden Fach insgesamt eingeräumten Unterrichtsstunden an):

Wirtschaftsgeschichte und Nationalökonomie (zirka 200). Lehrer: Dr. R. Hilferding.

Historischer Materialismus und soziale Theorien (zirka 200). Lehrer: Dr. A. Pannekoek.

Geschichte der politischen Parteien (50). Lehrer: Dr. F. Mehring.

Arbeiterrecht, soziale Gesetzgebung, Gesinderecht und Verfassung (90). Lehrer: A. Stadthagen.

Strafrecht, Strafprozeß, Strafvollzug (50). Lehrer: Dr. H. Heinemann.

Bürgerliches Recht (50). Lehrer: Dr. Kurt Rosenfeld.

Gewerkschaftswesen, Genossenschaftswesen, Kommunalpolitik (70). Lehrer: S. Katzenstein.

Mündlicher und schriftlicher Gedankenausdruck, Zeitungstechnik (75). Lehrer: Heinrich Schulz.

Der Lehrplan ist, abgesehen von kleinen Verschiebungen, die durch gelegentliche Verhinderung oder Erkrankung von Lehrern notwendig wurden, programmgemäß absolviert worden.

Die Unterrichtsstunden fielen zumeist in die Vormittagsstunden von 8 bis 1 Uhr; aber auch nachmittags (nach einer einstündigen Mittagspause) fanden gelegentlich Unterrichts-, regelmäßig aber zwei sogenannte „Arbeitsstunden", unter Leitung der festangestellten Lehrer statt.

Die Teilnehmer.

Die Teilnehmer am ersten Kursus waren von den Provinzialorganisationen vorgeschlagen worden. Obwohl diese schon eine Auslese des oder der geeignetsten Genossen aus den zahlreichen Meldungen, die bei den einzelnen Wahlkreisorganisationen eingelaufen waren, vorgenommen hatten, waren beim Parteivorstand doch weit mehr Anmeldungen eingelaufen, als mit Rücksicht auf einen erfolgreichen Unterricht berücksichtigt werden konnten. In Gemeinschaft mit dem Lehrerkollegium prüfte deshalb der Parteivorstand die eingegangenen Bewerbungen und wählte daraus 30 Genossen und eine Genossin, die auf Grund ihres Bewerbungsschreibens und aus provinziellen und agitatorischen Rücksichten als die geeignetsten erachtet wurden.

Der Verlauf des ersten Kursus.

Der erste Kursus wurde am Donnerstag, den 15. November, in Anwesenheit sämtlicher Teilnehmer sowie des Lehrerkollegiums, des Parteivorstandes und einiger anderer Genossen eröffnet. Genosse Bebel hielt im Namen des Parteivorstandes eine Begrüßungsansprache, in der er in knappen Zügen die Bedeutung und die Absichten dieser Unterrichtskurse darlegte. Im Namen des Lehrerkollegiums richtete der Obmann, Genosse Heinrich Schulz,

einige Worte an die Teilnehmer. Im Lehrplan habe man sich nicht ohne Absicht eine gewisse Beschränkung auferlegt. Nicht systemlosem Vielwissen solle das Institut dienen, sondern der Einführung der Schüler in diejenigen Wissensmaterien, die für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse in erster Linie in Frage kämen.

Der eigentliche Unterricht begann am Freitag, den 16. November. Schon nach kurzer Zeit konnten Lehrer wie Schüler ihre volle Befriedigung über den Gang der Schultätigkeit aussprechen, und mit derselben Lust und Liebe wie zu Anfang ist von beiden Seiten bis zum Ende gearbeitet worden. Der Unterricht erfuhr eine längere Unterbrechung durch die Reichstagsauflösung und die damit zusammenhängenden Neuwahlen, so daß dadurch auch der Schluß der Schule, der erst für Mitte Mai bestimmt war, bis auf Ende Juni verschoben werden mußte.

Ueber den Gang des Unterrichts, die erzielten Erfolge oder die gemachten Erfahrungen wird dieses Mal wegen der Neuheit des Instituts ausführlicher berichtet. Nach den Berichten der einzelnen Lehrer ist folgendes mitzuteilen:

Genosse Hilferding begann mit der Behandlung der Wirtschaftsgeschichte; hieran schloß sich eine eingehende Erörterung der für das Verständnis des wissenschaftlichen Sozialismus wichtigsten Kapitel der theoretischen Nationalökonomie. In den Arbeitsstunden während der zweiten Hälfte des Kursus wurden der erste Band von Marx „Kapital" und einige der wichtigeren Kapitel der übrigen Bände gemeinsam gelesen.

Genosse Pannekoek behandelte in seinem umfangreichen Gebiete: die Gesellschaftslehre (Produktivkräfte, Produktionsverhältnisse, Rechts- und politische Verhältnisse, Klassen und Klassenkampf); der proletarische Klassenkampf; die philosophischen Grundlagen des historischen Materialismus; die Dialektik; die gesellschaftliche Rolle der Ideologien (Ethik, Religion). Da hierdurch fast die gesamte zur Verfügung stehende Zeit in Anspruch genommen wurde, blieb für die Darstellung der anderen sozialen Theorien sehr wenig Zeit übrig, sodaß nach der Behandlung von Montesquieu und Rousseau die wichtigsten Theorien des 19. Jahrhunderts nur kurz gestreift werden konnten. Es wird beabsichtigt, diesem Kapitel im nächsten Kursus mehr Zeit zu widmen, da die Erfahrungen des ersten Kursus eine bessere Verteilung der Gegenstände gestatten.

Der Kursus des Genossen Mehring über: „Die Geschichte der politischen Parteien", deckte sich in der Praxis nicht völlig mit dem Wortlaute des Themas. Um das historische Wesen der heutigen Parteien richtig zu verstehen, war es notwendig, bis an den Ausgang des Mittelalters zurückzugehen und von hier auf die Entwickelung der deutschen Geschichte in ihren Grundzügen zu verfolgen. Ohne diese Grundlegung bleibt eine Geschichte der politischen Parteien, beschränkt auf die Zeit, wo es ein ausgebildetes Parteiwesen in Deutschland gibt, also auf die Zeit seit dem Jahre 1848, mehr oder weniger an der Oberfläche haften. Dabei stellte sich heraus, daß die vorgesehene Zahl von Stunden für die Bewältigung des historischen Stoffes nicht ausreicht; es muß mindestens das doppelte der bisherigen Stundenzahl dem geschichtlichen Kursus gewidmet werden. Dann läßt sich der Unterricht zu einem historischen Abriß der deutschen Geschichte seit dem Mittelalter erweitern, wobei auch — gemäß einem von den Schülern mehrmals lebhaft geäußerten Wunsche — die literarische Entwickelung berücksichtigt werden kann. (In dem Stundenplan für den zweiten Kursus ist eine Aenderung in diesem Sinne bereits vorgesehen.)

Genosse Stadthagen trug über die wichtigen Materien des Arbeiterrechts und der sozialen Gesetzgebung vor; das Gesinderecht wurde ebenfalls durchgesprochen, während für das Verfassungswesen keine Zeit mehr übrig blieb. Im nächsten Kursus soll durch eine andere Verteilung des Stoffes auch dieses Kapitel zu seinem Rechte kommen.

Genosse Heinemann hat in seinem Kursus über Strafrecht, Strafprozeß und Strafvollzug zunächst einen kurzen Ueberblick über die Geschichte des Strafrechts gegeben und ist dann auf den Begriff des Strafrechts selbst eingegangen, wobei er gegenüber den herrschenden Theorien zeigte, worin Wesen und Aufgabe des Strafrechts vom Standpunkte der materialistischen Geschichtsauffassung aus in Wahrheit sich darstellen. Daran schloß sich eine Erläuterung der Begriffe Verbrechen, Schuld (nebst denjenigen Fällen, in denen nach dem Strafgesetzbuch dieser Begriff ausgeschlossen ist), Strafe, Strafaufhebungsgründe und anderer wichtiger Begriffe. Aus dem besonderen Teil des Strafgesetzbuches wurden lediglich diejenigen Kapitel behandelt, mit denen der Arbeiter als Arbeiter, und zwar vornehmlich als politisch und gewerkschaftlich organisierter Arbeiter, in Berührung kommt, insbesondere Beleidigung, Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung, Erpressung, Nötigung, Vergehen gegen das Vereinsrecht, die politischen Delikte, die Uebertretungen der Polizeiverordnungen.

Genosse Rosenfeld hat in dem Kursus über das Recht des Bürgerlichen Gesetzbuches und der Zivilprozeßordnung die wichtigsten Bestimmungen beider Gesetze vorgetragen, wobei der Zusammenhang von Recht und Wirtschaft hervorgehoben wurde und zugleich die Schüler in der praktischen Anwendung des Rechts Anleitung erhielten. An die theoretische Darlegung und Besprechung der Rechtssätze reihte sich ihre Anwendung auf Fälle des täglichen Lebens. Vor allem aber wurde Wert darauf gelegt, die Schüler mit der Geltendmachung von Ansprüchen im Prozeß vertraut zu machen. Sie übten sich in der Anfertigung einfacher Klagen und Schriftsätze und erlangten so vornehmlich die Kenntnis der Dinge, die ein Arbeitersekretär Tag für Tag gebraucht.

Den Unterricht in Sozialpolitik behandelte Genosse Katzenstein, und zwar hatte er den Stoff in folgende Abteilungen gruppiert: Geschichte und Statistik der Gewerkschaftsbewegung im In- und Ausland; Theorie und Praxis des Gewerkschaftswesens; Genossenschaftswesen (besonders Konsumvereine); Gemeindeverwaltung und Gemeindepolitik, insbesondere kommunale Sozialpolitik, nebst den damit zusammenhängenden sozialpolitischen Fragen, namentlich Boden- und Wohnungsfrage, Schule und Bildungswesen.

Genosse Schulz behandelte zunächst die wichtigsten Gesetze der Rhetorik. Daran schloß sich in eingehender Weise die theoretische und praktische Behandlung der wichtigsten Regeln der Stillehre, u. a. der Eigenschaften eines guten Stils, der Stoffsammlung, Stoffsichtung (Disposition) und Ausarbeitung. Den Schluß bildete eine Darstellung des redaktionellen und technischen Betriebes einer Tageszeitung, verbunden mit praktischen Uebungen. Da im Rahmen der zur Verfügung stehenden Zeit die praktischen Arbeiten zu kurz kommen mußten, wurde von den Teilnehmern der Wunsch auf Erweiterung dieses Unterrichtsfaches geäußert. (Im Stundenplan für den zweiten Kursus ist diesem Wunsche Rechnung getragen worden.)

Die Lehrer stellten den Schülern den wesentlichsten Inhalt ihrer Vorträge und ihres Unterrichts in Form von kurzgefaßten Leitsätzen zur Verfügung, um die Aufmerksamkeit der Schüler während des Unterrichts nicht durch Mitschreiben zu beeinträchtigen und den Teilnehmern zugleich einen zuverlässigen Anhalt über das Gehörte für spätere Zeiten an die Hand zu geben.

* * *

Nicht nur durch den Unterricht haben die Parteischüler an ihrer Fortbildung gearbeitet. In reichem Maße haben sie eine im Schulraum untergebrachte Handbibliothek, die die wichtigsten grundlegenden Werke der einzelnen Disziplinen enthält, ferner auch andere Bibliotheken, so besonders die vom Genossen Heimann gegründete und unterhaltene öffentliche Bibliothek und Lesehalle in der Alexandrinenstraße, für die Vertiefung und Befestigung des durch den Unterricht erworbenen Wissens oder für die Ausarbeitung der ihnen übertragenen Aufgaben benutzt. Vor allen Dingen aber haben sich die Teilnehmer selbst in einem anerkennenswert hohem Maße diejenigen Bücher angeschafft, die sie auch nach beendigtem Kursus für das eigene Weiterstudium und zum Zwecke der Anwendung ihres Wissens gebrauchen. Trotz der den Schülern von der Buchhandlung Vorwärts zugebilligten ermäßigten Preise beträgt die Gesamtsumme, die die 31 Teilnehmer für Bücher ausgegeben haben, ungefähr 2000 Mark.

Schlußbemerkung.

Die tatsächlichen Erfolge des ersten Kursus der Parteischule lassen sich naturgemäß noch nicht feststellen. Die Resultate der Parteischule werden überhaupt nicht sofort und unmittelbar in die Erscheinung treten. Sie werden sich erst allmählich und in verschiedener Weise bemerkbar machen. Soviel aber darf schon heute behauptet werden, daß die Gründung und die fortgesetzte Wirksamkeit der Parteischule sich im Laufe der Zeit für die Parteitätigkeit als sehr fruchtbringend erweisen wird. Es wird dadurch alljährlich etwa 30 berufenen Genossen die Möglichkeit geboten, sich während eines halben Jahres, frei von Sorge, nicht wie sonst nach schwerer Tagesarbeit, sondern mit voller körperlicher und geistiger Rüstigkeit, und nicht wie sonst nur dem eigenen Instinkte folgend, sondern unter methodischer Anleitung von bewährten Lehrkräften, in den Grundanschauungen des Sozialismus zu festigen. Solche intensive Bildungsarbeit, die nicht an der Oberfläche haftet, die auch nicht eine geistlose Abrichtung im Auge hat, sondern die agitatorisch befähigten Genossen eine sichere theoretische Grundlage für die eigene Weiterbildung zum Zwecke besserer Propaganda für den Sozialismus schaffen will, wird der Sozialdemokratie je länger je mehr zum Nutzen gereichen.

Bildungsausschuß.

Erster Jahresbericht 1906/07.

Entstehung und Konstituierung.

In den Leitsätzen über „Volkserziehung und Sozialdemokratie", die dem vorjährigen Parteitage vorlagen, lautete eine der auf die Weiterbildung und theoretische Schulung der Genossen und Genossinnen abzielenden Forderungen:

„Ein Bildungsausschuß von sieben Mitgliedern, dessen Vorsitzender als besoldeter Geschäftsführer mit dem Sitz in Berlin fungiert, dient als Zentralstelle für die Bildungsbestrebungen. Er stellt organisch aufgebaute Programme für Vorträge und Vortragskurse und die dazu gehörigen Literaturnachweise zusammen, erteilt Ratschläge für belehrende und künstlerische Veranstaltungen, vermittelt rednerische und künstlerische Kräfte und sieht auf andere geeignete Weise seiner Aufgabe gerecht zu werden. Der Ausschuß wird alljährlich von dem Parteivorstand und der Kontrollkommission gewählt. Die Kosten für die Geschäftsführung, die der Kontrolle des Parteivorstandes untersteht, trägt die Partei. Maßnahmen des Bildungsausschusses, die finanzielle Anforderungen an die Partei stellen, unterliegen der Genehmigung des Parteivorstandes."

Eine Begründung dieser Forderungen konnte dem Parteitage leider nicht gegeben werden, da die Referentin, Genossin Zetkin, ihre Ausführungen unter allgemeinen Bedauern wegen körperlicher Erschöpfung vorzeitig abbrechen mußte. Dadurch wurde auch die Diskussion über die beiden Referate, sowie über die Leitsätze und die dazu vorliegenden Anträge unmöglich gemacht; in dieser Zwangslage beschloß der Parteitag, die beiden Referate und alle dazu gestellten Anträge einem Bildungsausschuß von 7 Personen zu überweisen.

Der Parteivorstand, der von der Annahme ausging, daß der Parteitag bei diesem Beschlusse den in den Leitsätzen geforderten Bildungsausschuß im Auge gehabt habe, nahm am 7. November 1906 in einer gemeinsamen Sitzung mit der Kontrollkommission die Wahl der Mitglieder des Bildungsausschusses vor, und zwar wurden die Genossen David-Mainz, Heimann-Berlin, Korn-Kiel, Mehring-Leipzig, Schulz-Bremen (später Berlin), Vollmar-München und die Genossin Zetkin-Stuttgart, davon Schulz als Geschäftsführer, gewählt. Mit der Vertretung des Parteivorstandes in den Sitzungen des Bildungsausschusses beauftragte der Parteivorstand später den Genossen Bebel.

Der Bildungsausschuß trat am 13. Dezember 1906 in Anwesenheit aller Mitglieder zu seiner ersten Sitzung zusammen. Er beschloß zunächst, sich formell zu konstituieren, da der Wortlaut des Protokolls über den Mannheimer Parteitag nicht klar genug erkennen lasse, daß mit der Wahl des Ausschusses auch zugleich seine Konstituierung im Sinne der Leitsätze vollzogen sei. Der Bildungsausschuß hielt es für zweckmäßig, die nach den Leitsätzen auf eine Person vereinigten Aemter des Vorsitzenden und des Geschäftsführers zu trennen. Zum Vorsitzenden wurde Genosse Hugo Heimann-Berlin gewählt.

Arbeitsgebiet.

In der ersten Sitzung versuchte der Bildungsausschuß, die Grenzen des ihm überwiesenen Arbeitsgebiets nach den Hauptrichtungen hin abzustecken. Es war ihm eine einmalige Aufgabe, die Vorberatung der Leitsätze zur Berichterstattung an den nächsten Parteitag, ferner ein Komplex von im einzelnen nicht näher bestimmten fortlaufenden Aufgaben übertragen worden. Die Beratung der Leitsätze hat der Bildungsausschuß weder in der ersten noch in einer späteren zweiten Sitzung erledigen können; er muß dazu das Erscheinen der Schrift abwarten, in der Genossin Zetkin die Begründung ihres Teils der Leitsätze zu geben beabsichtigt. Da Genossin Zetkin bisher wegen andauernder Krankheit an der Fertigstellung ihrer Schrift verhindert war, hat der Bildungsausschuß diese ihm anvertraute einmalige Aufgabe vertagt, bis die Broschüre der Genossin Zetkin vorliegt.

Die dauernden Aufgaben des Bildungsausschusses sind in allgemeinen Umrissen in den Leitsätzen skizziert. Obwohl die Forderungen der Leitsätze vorläufig noch keine bindende Kraft haben, da sie noch nicht durch einen Parteitagsbeschluß sanktioniert sind, herrschte bei den Mitgliedern des Bildungsausschusses doch Einstimmigkeit darüber, daß auch ohne die Debatte grundsätzlicher Art, die bei dem theoretischen Teil der Leitsätze zu erwarten ist, die meisten praktischen Aufgaben vom Bildungsausschuß ohne weiteres in die Hand genommen werden können.

Als solche Aufgaben wurden zunächst angesehen: die Ausarbeitung von Programmen für Vorträge, Vortrags- und Unterrichtskurse und künstlerische Veranstaltungen; und zwar sowohl von zusammenhängenden Programmen, die die Bildungsarbeit eines ganzen Jahres umfassen, als auch von besonderen Programmen für einzelne Veranstaltungen; ferner die Herausgabe eines Verzeichnisses von Jugendschriften, die für proletarische Kinder besonders geeignet sind; außerdem die Zusammenstellung von Bibliotheken bezw. die Schaffung von Musterkatalogen, von den kleinsten Bibliotheken an aufsteigend bis zu den größeren; auch die Herausgabe von wertvollen Aufklärungsschriften, sowohl von neuen als auch von geeigneten älteren Schriften, die vergriffen oder schwer erhältlich sind, wurde in Betracht gezogen; schließlich sah man noch in der Vermittelung von rednerischen Kräften für populär-wissenschaftliche Vortragsarbeit sowie in der Anregung und Unterstützung von bildenden und künstlerischen Veranstaltungen eine wichtige Aufgabe des Bildungsausschusses.

Um für diese zukünftigen Arbeiten des Bildungsausschusses zunächst eine festere Grundlage zu schaffen, wurde beschlossen, eine Umfrage bei den Partei- und Gewerkschaftsorganisationen zu veranstalten, durch die der Umfang und die Art der bisher schon von den Organisationen geleisteten Bildungsarbeit und zugleich ihre etwaigen Ansprüche an den Bildungsausschuß ermittelt werden sollten.

An demselben Tage, an dem die erste Sitzung des Bildungsausschusses stattfand, wurde der Reichstag aufgelöst, wodurch die Arbeiten des Bildungsausschusses bis in den Februar hinein unterbrochen wurden.

Die Umfrage und ihre Ergebnisse.

Anfang März gelangten die Fragebogen, die 16 Haupt- und 28 Unterfragen enthielten, zur Versendung.

Es sind 447 Fragebogen an die Vorstände der Sozialdemokratischen Vereine, 530 an die Gewerkschaftskartelle und an die Zentralvorstände der Gewerkschaften und 146 an die weiblichen Vertrauenspersonen, im ganzen also 1123 Fragebogen zur Versendung gelangt. Später haben noch einige Gewerkschaften und Wahlvereine zur Weitergabe an ihre Filialen Fragebogen nachverlangt.

Die Fragebogen liefen anfangs nur sehr spärlich wieder ein; es bedurfte zweimaliger Mahnung im „Vorwärts“, um die Ausfüllung und Rücksendung zu beschleunigen. Trotzdem sind bis zum 25. Mai, an welchem Tage die Liste der für die Statistik verwendeten Fragebogen geschlossen wurde, insgesamt nur 404 Fragebogen zurückgekommen. Allerdings ist das Ergebnis in Wirklichkeit nicht so ungünstig, wie es auf den ersten Blick erscheint. In vielen Orten ist die Führung der Partei und der Gewerkschaftsbewegung in denselben Händen, oder die Leitungen arbeiten doch so eng Hand in Hand, daß die Rücksendung eines Fragebogens für beide Teile genügte. Aehnlich liegt es mit der Frauenbewegung. Außerdem aber existieren an verschiedenen Orten schon gemeinsame Bildungsausschüsse für Partei-, Gewerkschafts- und Frauenbewegung, so daß von dort nur ein Fragebogen zurückgesandt wurde. Jedenfalls sind die Fragebogen aus den wichtigsten Orten zurückgekommen und fast alle Landesteile Deutschlands sind durch eine größere oder geringere Anzahl von Fragebogen vertreten.

Die Ausfüllung der Fragebogen ist ungleichmäßig, wie das bei der Neuheit der Sache von vornherein zu erwarten war. In vielen kleinen Orten hat man auf die meisten Fragen nichts Rechtes zu antworten gewußt, da dort entsprechende Veranstaltungen noch niemals stattgefunden hatten. Andere Beantworter haben die eigentliche Bildungsarbeit nicht von der propagandistisch-politischen Agitationsarbeit zu trennen gewußt. Doch darf man aus verschiedenen Anzeichen den Schluß ziehen, daß schon die Versendung der Fragebogen, die oft zum Gegenstand von Vorstandsberatungen gemacht worden ist, in vielen Orten anregend gewirkt hat. Die betreffenden Genossen wurden dadurch auf die verschiedenen Möglichkeiten planmäßiger Arbeiterbildung hingewiesen, und hier und da hat auf diese Weise der Fragebogen den erfreulichen Anfang von Bildungsbestrebungen bewirkt.

Recht eingehend sind die Fragebogen zumeist von den großen Städten, in denen schon seit längerer Zeit planmäßig an der theoretischen Schulung der klassenbewußten Arbeiter gearbeitet wird, beantwortet worden. Die in solchen Fragebogen enthaltenen Hinweise, Fingerzeige und Erfahrungen bilden wertvolles Material für die zukünftige Tätigkeit des Bildungsausschusses. Doch läßt sich ähnliches auch über viele Antworten aus kleineren Orten berichten. Viele der von hier gekommenen Wünsche und Notschreie sind teilweise von unschätzbarem Werte für die Art der Arbeit des Bildungsausschusses.

Einige der wichtigsten Ergebnisse der Fragebogen seien im folgenden mitgeteilt:

Von den politischen Organisationen, soweit sie die Fragebogen beantwortet haben, tragen 52 schon jetzt den Bildungsbedürfnissen ihrer Mitglieder durch besondere Unternehmungen Rechnung, 41 nicht, 44 zum Teil; bei den Gewerkschaftskartellen lauten die entsprechenden Ziffern 104, 80 und 57; bei den Frauen 17, 4 und 5. Die Zentralvorstände der Gewerkschaften erklären fast übereinstimmend, daß die Bildungsarbeit Sache der Filialen sei, und daß von den Ortsverwaltungen auf diesem Gebiete durch Bibliotheken, Vorträge, künstlerische Veranstaltungen und auf andere Weise ein reger Eifer entfaltet werde.

Wo die Organisationen schon jetzt etwas für die Ausbildung ihrer Mitglieder leisten, liegt die Organisierung und Leitung der Bildungsarbeit meistens in den Händen des Vorstandes, gelegentlich ist dies einer be-

sonderen Kommission oder dem Bibliothekar übertragen, in einer Reihe von Orten besteht auch ein von Partei und Gewerkschaften gemeinsam eingesetzter Bildungsausschuß, in anderen ist die Schaffung eines solchen Ausschusses für die nächste Zeit geplant.

Bei der Hälfte der in Betracht kommenden Organisationen waren die Veranstaltungen in der Hauptsache, bei der anderen Hälfte zum Teil, belehrender Natur. Bezüglich der Art der Veranstaltungen stehen die Einzelvorträge mit 234 weitaus an der Spitze, ihnen folgen die Lichtbildervorträge (90), die Unterrichtsabende (60), die Zyklusvorträge (31) und die Vorlesungen (8). Von den Wissensgebieten, die besonders berücksichtigt wurden, marschiert der Sozialismus (155) an der Spitze, ihm folgen Gewerkschaftswesen (146), Naturwissenschaft (129), Geschichte (88), Nationalökonomie (49), Soziale Gesetzgebung und Sozialwissenschaft (31), Technik (14), Literatur (13), Gesundheitspflege (10). Weniger als zehnmal wurden als bevorzugte Wissensgebiete bezeichnet: Genossenschaftswesen, Rechtspflege, Philosophie, Religion, Redeübung. Bei den schönwissenschaftlichen und künstlerischen Veranstaltungen standen die Rezitationen (110) an der Spitze, ihnen folgen Theater (74), Konzerte (65), Dichterabende (63).

Die Frage, ob das örtliche Parteiblatt die Bildungsbestrebungen unterstützt, ist 174mal mit ja, 16mal mit nein, 3mal mit „nicht viel" beantwortet worden.

Für die Organisierung und Aufklärung der Jugendlichen wird in 40 Fällen schon heute etwas getan, in 291 Fällen geschieht bisher noch nichts, in 28 Fällen wenig.

Eine weitere Frage lautete: Für welche Wissensgebiete waren Redner besonders schwer zu erhalten? Hierbei wird die Nationalökonomie am meisten genannt, im weiteren Abstande folgen Naturwissenschaft und Geschichte.

Die Frage, ob die Organisationen Schwierigkeiten bei der Erlangung geeigneter Räumlichkeiten haben, wird 88mal mit ja, 223mal mit nein beantwortet. Die bejahenden Antworten sind meistens zugleich mit bitteren Klagen über den Lokalmangel und die mannigfachen Schwierigkeiten, die der Erwerbung eines passenden Lokals im Wege stehen, verbunden. Die Frage, ob serviert und ob geraucht werden darf, wird fast ausschließlich bejaht; gelegentlich wird bemerkt, daß man sich mit dem Rauchen nach dem Referenten oder nach der Art der Veranstaltung richte. Saalmiete an Stelle des Servierens wird nur erst an wenigen Orten bezahlt. Charakteristisch ist die folgende Antwort aus einem Orte des Ruhrgebiets: „Saalmiete wird weder angeboten noch angenommen. Es läßt sich kein Wirt darauf ein. Sein Verdienst sind Schnaps und Bier. Servieren während des Vortrages habe ich versucht zu unterdrücken, der Wirt machte aber die Hergabe des Saales davon abhängig."

Fast alle Organisationen erwarten in Zukunft eine Förderung der Bildungsbestrebungen durch den Bildungsausschuß, und zwar sowohl durch Ausarbeitung von zusammenhängenden Winterprogrammen, als auch durch Hülfe bei Einzelprogrammen, besonders aber durch Vermittelung rednerischer Kräfte. Für Einzelvorträge wird 171mal, für Unterrichtsabende 93mal, für Zyklusvorträge 70mal die Vermittelung gewünscht. Von den Wissensgebieten, für die rednerische Kräfte verlangt werden, wird Nationalökonomie am meisten (51mal) genannt, sodann Geschichte (45), Sozialismus (43), Naturwissenschaft (36), Literatur (15), Gewerkschaftsbewegung (15), Sozialgesetzgebung und Sozialwissenschaft (14); nur je 2- oder 3mal werden genannt Gesundheitspflege, Religion und Philosophie, Frauenfrage, Genossenschaftsbewegung, Erziehungslehre, Redeübung und Elementarfächer. Auch die Vermittelung künstlerischer Kräfte, Hülfe bei Einrichtung und Ausgestaltung von Bibliotheken, Maßnahmen für die sozialistische Jugenderziehung und Schaffung eines Verzeichnisses geeigneter Jugendliteratur wird von fast allen Organisationen gewünscht.

Die Frage: „Worin erblickt die Organisation bisher die Hauptschwierigkeiten und Mängel ihrer Bildungsbestrebungen?" ist meistens zum Anlaß einer lebhaften Klage über die mißlichen und den Bildungsbestrebungen im Wege stehenden lokalen Verhältnisse genommen worden. Durch fast alle Antworten ziehen sich wie rote Fäden die gleichen Klagen, die in besonders knapper und präziser Form in einem Fragebogen wie folgt zusammengefaßt sind:

„Mangel eines geeigneten Saales; Belastung der befähigten wie bildungsbedürftigen Genossen durch die politische und gewerkschaftliche Kleinarbeit; Mangel an wissenschaftlich gebildeten Rednern und geschulten Künstlern; große Kosten beim Heranziehen auswärtiger Redner und Künstler."

Eine weitere ziemlich häufig erhobene Klage rügt die Interessenlosigkeit der Arbeiter für Bildungsbestrebungen, sowie den Mangel an Verständnis oder an Vorbildung. Ebenso häufig kehrt die Klage wieder, daß die schlechte wirtschaftliche Lage, überlange Arbeitszeit, niedrige Löhne und ähnliche Folgen der kapitalistischen Fronarbeit die Arbeiter abspannen und für Bildungszwecke unempfänglich machen. Aus vielen Orten kommen Klagen über den Mangel an einer guten Bibliothek und über die Schwierigkeiten bei der Beschaffung „wirklich guter und anschaffungswürdiger Bücher". Auch über Mangel an einheitlicher Leitung der lokalen Bildungsveranstaltungen und über Systemlosigkeit und Zersplitterung von Partei und Gewerkschaften in bezug auf die Bildungsarbeit wird geklagt. Als weitere Feinde der Arbeiterbildung werden noch genannt der Alkohol, das System der Tag- und Nachtschichten, die Saisonarbeit, persönliche Streitigkeiten, und endlich die vielen Vergnügungsvereine („Klimbimvereine"), die Vereinsmeierei und die Vergnügungen von Gewerkschaften, Turn- und Gesangvereinen, die den Arbeitern so viel Zeit und Geld kosteten, daß ihnen für Bildungszwecke nicht mehr viel übrig bleibe.

Verschiedene (meist größere) Orte berichten Gutes über den Besuch und die Wirkung von Vortragszyklen, Unterrichtsabenden, wissenschaftlichen Vorträgen und künstlerischen Veranstaltungen, besonders Theatervorstellungen. In einigen Orten haben Partei und Gewerkschaften die Bildungsbestrebungen jährlich mit 1000, 2000 und noch mehr Mark subventioniert.

Die Gewerkschaften führen die Schwierigkeiten, die einer planmäßigen Bildungsarbeit im Wege stehen, fast übereinstimmend auf die traurigen Arbeitsverhältnisse ihrer Branchen zurück. Die Frauen klagen an vielen Orten über Mangel an Unterstützung durch die Parteigenossen, ferner über den Druck von Polizei und Behörden und über Interessenlosigkeit der Frauen. Die Bildungsorganisationen erfahren noch nicht immer die nötige Würdigung und Unterstützung durch die Organisationen und durch die Arbeiter selbst.

Die letzte Frage behandelt die allgemeinen und besonderen Wünsche, die die Organisationen in bezug auf die Bildungsbestrebungen und den Bildungsausschuß haben. Ihre Beantwortung stellt für den Bildungsausschuß ein außerordentlich reiches Arbeitsprogramm noch außerhalb der schon weiter vorn behandelten Aufgaben auf. So wird die Ausbildung von befähigten Genossen zu Rednern, die „Herausgabe von Leit-

Soziale Demokratie

fähen für talentvolle Genossen, damit sie sich durch Selbstunterricht bilden können," die Herausgabe von populärwissenschaftlichen Vorträgen zu billigen Preisen, die Einrichtung von Wanderbibliotheken, Herausgabe von Einführungen in Dramen und Opern, Herausgabe eines leicht verständlichen, im Volkston gehaltenen Lehrbuches über Wesen und Geschichte der Sozialdemokratie, Auslese der besten Schriften aus unserer Parteiliteratur und Herausgabe zu billigen Preisen, Herausgabe einer Anleitung zur Veranstaltung von wissenschaftlichen Vorträgen und künstlerischen Abenden, systematische Organisierung von Unterrichtskursen für die Provinz durch den zentralen Bildungsausschuß und noch vieles andere verlangt.

In der zweiten Sitzung des Bildungsausschusses, die am 24. Juni stattfand, wurde über die Ergebnisse der Enquete und die daraus abzuleitende nächste Tätigkeit des Bildungsausschusses beraten.

Maßnahmen des Bildungsausschusses.

Es wurde allgemein die Notwendigkeit intensiven Arbeitens auf dem Gebiete der Weiterbildung anerkannt. Als nächstliegende Aufgabe ergab sich die Beschaffung von Rednern, die in populär-wissenschaftlicher Weise über die wichtigsten Wissensgebiete vorzutragen verstehen. Um jedoch die Geschäftsstelle des Bildungsausschusses nicht lediglich zu einer Referentenvermittelung werden zu lassen, und um ferner die Organisationen daran zu gewöhnen, für wissenschaftliche Aufklärungszwecke gegenüber den heute besonders beliebten Einzelvorträgen Zyklusvorträge zu bevorzugen, einigte sich der Bildungsausschuß auf folgenden Beschluß:

„Der Bildungsausschuß vermittelt in der Regel nur Redner für wissenschaftliche Vortrags- und Unterrichtskurse. Einzelvorträge wissenschaftlichen und künstlerischen Charakters werden nur in Ausnahmefällen und als Ergänzung systematischer Bildungsarbeit vermittelt. Vorträge agitatorischen Charakters werden durch den Bildungsausschuß überhaupt nicht vermittelt."

Zugleich beschloß der Bildungsausschuß bestimmte Normalhonorarsätze für die von ihm vermittelten wissenschaftlichen Redner.

Wissenschaftliche Wanderredner.

Ferner aber hat der Bildungsausschuß nach eingehender Vorbereitung und Vorberatung beschlossen, vom September-Oktober d. J. an dauernd wissenschaftlich geschulte Genossen als Wanderredner zu beschäftigen. Es ist ihm gelungen, zu diesem Zweck zunächst mit den beiden Genossen Dr. Hermann Duncker und Otto Rühle, die beide auf diesem Gebiete schon praktische Erfahrungen besitzen, ein Abkommen zu treffen, wonach sich die beiden Genossen für die vom Bildungsausschuß vermittelten Vortragszyklen und Unterrichtskurse dauernd als Redner und Lehrer zur Verfügung stellen. Von den beiden ersten Kursen, die Genosse Duncker abhalten wird, behandelt der eine „Entwickelungsstufen des Wirtschaftslebens" und der andere „Die Begründung des wissenschaftlichen Sozialismus durch Karl Marx". Die Kurse des Genossen Rühle behandeln dieselben Gebiete in etwas anderer Form und heißen: „Die Entwickelung der Wirtschaft" und „Marx und Marxismus".

Vortragszyklen und Unterrichtskurse.

Der Unterschied, den der Bildungsausschuß zwischen Vortragszyklen und Unterrichtskursen macht, besteht im wesentlichen darin, daß bei den ersteren die Teilnehmerzahl nicht begrenzt zu werden braucht; zu den Unterrichtskursen dagegen können nur 30—40, allerhöchstens 50 Teilnehmer zugelassen werden. Die Unterrichtskurse finden außerdem, wie schon der Name besagt, mehr in unterrichtlicher Form, im engsten geistigen Verkehr des Vortragenden mit dem Hörer, möglichst mit jedem einzelnen, statt; die Hörer werden dabei auch zu selbständigen mündlichen und schriftlichen Arbeiten herangezogen.

Die Teilnehmer an Unterrichtskursen sollten stets aus den eifrigsten und befähigtsten Genossen und Genossinnen der betreffenden Stadt oder des Bezirks bestehen. Wenn nicht ohne weiteres die Funktionäre von Partei und Gewerkschaften dafür in Aussicht genommen sind, so sollte man den Kreis der Teilnehmer nach einem Delegationssystem zusammensetzen. Auch die Teilnehmer an den Vortragszyklen kann man nach dem Delegationssystem aussuchen, um von vornherein sicher zu gehen, daß man es nicht mit einer schwankenden und in ungleichem Maße interessierten Hörerschaft, sondern ausschließlich mit Arbeitern und Arbeiterinnen zu tun hat, die in der Bildungsarbeit eine ernste parteigenössische Pflicht erblicken.

Da die verfügbaren rednerischen Kräfte nicht ausreichen, um überall, auch in kleineren Städten, solche Kurse zu veranstalten, empfiehlt der Bildungsausschuß, daß die Provinzialkomitees das Arrangement der Kurse in die Hand nehmen. Wo dies nicht angängig ist, sollten sich aus technischen Gründen stets drei benachbarte Städte (oder Wahlkreise oder Bezirke) gemeinsam an den Bildungsausschuß wenden. Es ist dringend zu empfehlen, an solchen Kursen auch die umliegenden größeren und kleineren Orte des Wahlkreises oder eines benachbarten Wahlkreises oder Bezirks teilnehmen zu lassen. Das kann nach der Prozentzahl der organisierten Arbeiter oder nach einem anderen Berechnungsmodus geschehen.

Der Bildungsausschuß hat die genaueren organisatorischen Einzelheiten und die (finanziellen und sonstigen) Bedingungen für die Einrichtungen der Wanderkurse zusammengestellt und drucken lassen und sendet sie auf Wunsch den Organisationen zu.

Winterprogramm.

Der Bildungsausschuß hat sodann Ratschläge und Winke für ein Winterprogramm zusammengestellt, die ebenfalls durch den Druck vervielfältigt worden sind und den Organisationen auf Wunsch zur Verfügung stehen. Es wird darin eine Anleitung gegeben, nach welchen Gesichtspunkten belehrende und künstlerische Veranstaltungen zu arrangieren sind und welche inneren und äußeren Rücksichten dabei zu walten haben. Ferner ist ein Arbeitsplan für die Bildungsbestrebungen im Winterhalbjahr 1907/08 beigefügt, der den lokalen Bildungsausschüssen und sonstigen Organisationen als Grundlage für ihre Bildungsarbeit dienen kann.

Jugendschriften.

In der Jugendschriftenfrage hat der Bildungsausschuß die nötigen Vorarbeiten in die Wege geleitet, um rechtzeitig für das nächste Weihnachtsfest ein Verzeichnis von Jugendschriften, die für die Kinder proletarischer Eltern besonders geeignet sind, herauszugeben. Das Verzeichnis soll nur eine kleine Zahl genau geprüfter Schriften für die einzelnen Altersstufen enthalten, um den Eltern die Auswahl und den lokalen Organisationen und Parteibuchhandlungen die Beschaffung der ganzen Kollektion zu Ausstellungs- und Verkaufszwecken zu erleichtern. Es ist dabei vorgesehen, daß das Verzeichnis im Laufe der Zeit erweitert wird. Eine Anzahl von berufenen Genossinnen und Genossen aus ganz Deutschland hat dem Bildungsausschuß für die Prüfungsarbeit ihre Unterstützung geliehen.

Bibliotheken.

Die Schaffung von Musterkatalogen für Bibliotheken ist gleichfalls in die Wege geleitet worden. Der Bildungsausschuß geht dabei von den Bedürfnissen ganz kleiner Parteiorganisationen aus, denen nur geringe Mittel zur Ver-

fügung stehen; die weiteren Kataloge sollen fortgesetzte Erweiterungen des Anfangskataloges nach der Art konzentrischer Kreise sein. Auch die Erleichterung der Beschaffung solcher Musterbibliotheken hat der Bildungsausschuß ins Auge gefaßt.

Sonstiges.

Von den sonstigen Aufgaben, die der Bildungsausschuß beraten hat, und denen er sich so bald als möglich zuwenden wird, seien noch genannt die Herausgabe von einfach gehaltenen, möglichst in Vortrags- oder Dialogform abgefaßten Broschüren über elementare Fragen des politischen Denkens und Handelns, und die Herausgabe von Einführungen in Dramen, Opern und Musikwerke zur billigen Abgabe an Organisationen, die Theatervorstellungen usw. zu arrangieren in der Lage sind.

Die Tätigkeit des Bildungsausschusses konnte bis zur Fertigstellung dieses Berichtes (Mitte Juli) in der Hauptsache nur mehr vorbereitender Natur sein. Doch ist der Bildungsausschuß auch bisher schon ziemlich häufig praktisch in Anspruch genommen worden. Zahlreiche politische und gewerkschaftliche Organisationen wandten sich wegen Auskunft oder Hülfe an den Bildungsausschuß; einige wünschten Rat bei der Einrichtung von Bildungsinstituten, andere ersuchten um Hülfe bei der Schaffung oder Erweiterung von Bibliotheken, wieder andere wünschten Vermittelung von rednerischen Kräften für Einzel- oder Zyklusvorträge. Bis zum 15. Juli sind bei der Geschäftsstelle eingegangen 127 Briefe, 50 Karten, 4 Telegramme, 29 Drucksachen, 2 Postpakete und 1 Telephongespräch; ausgegangen sind bis zu demselben Tage 220 Briefe, 53 Karten, 39 Drucksachen, 5 Telegramme, 14 Postpakete und 1 Telephongespräch. Dazu kommen noch die 1125 als Drucksache verschickten Fragebogen, von denen bis zum 15. Juli 427, meistens als geschlossene Briefe, zurückgekommen sind.

* * *

Der Bildungsausschuß ist sich einig in der Ueberzeugung, daß seine Existenzberechtigung schon jetzt außer allem Zweifel steht. Konnte seine praktische Wirksamkeit, soweit sie äußerlich in die Erscheinung tritt, vorläufig nur erst von geringem Umfang sein, so wird sie voraussichtlich schon in der nächsten Zeit erheblich anschwellen. Die Notwendigkeit der planmäßigen Weiterbildung der organisierten Arbeiter, die Fragen der sozialistischen Jugenderziehung und der proletarischen Jugendbewegung werden jetzt in allen Teilen Deutschlands lebhaft diskutiert und in intensiverer Weise als bisher zu lösen versucht. Wie notwendig aber eine energische Inangriffnahme dieses wichtigen Gebietes ist, haben die Ergebnisse der Umfrage gezeitigt. Nicht zuletzt aber dürfte auch das Ergebnis der letzten Reichstagswahl die Notwendigkeit einer noch besseren Durchdringung der breiten Massen mit den Grundanschauungen des Sozialismus gepredigt haben.

Unter diesen Umständen ist eine Zentralstelle für die Aufgaben der systematischen parteigenössischen Bildungsarbeit nicht nur eine wünschenswerte, sondern geradezu eine notwendige Einrichtung. Aber sie kann nur eine fruchtbringende Tätigkeit entfalten, wenn sie in engster Fühlung mit der Gesamtleitung der Partei, dem Parteivorstand, dem sie gleichsam als eine Art Ressort für die besonderen Aufgaben der Arbeiterbildung angegliedert ist, und mit der Masse der Parteigenossen selbst arbeitet. Das erstere ist bisher schon in erfreulichem Maße der Fall gewesen. Eine noch engere Fühlung mit den Organisationen im Lande wird hoffentlich das zweite Jahr der Tätigkeit des Bildungsausschusses in wachsendem Maße herbeiführen.

Bericht der Vertrauensperson

der Genossinnen Deutschlands für die Zeit vom August 1906 bis Ende Juli 1907.

Die vom 22. bis 23. September 1906 in Mannheim abgehaltene Frauenkonferenz zeigte durch die Beteiligung an ihr wie durch ihren Verlauf, daß die sozialistische Frauenbewegung sicher vorwärts schreitet. Die Frauenkonferenz wies der Agitation wichtige Aufgaben zu. Und zwar neben der allgemeinen sozialistischen Agitation besonders Propaganda zu machen für den Schutz von Schwangeren und Wöchnerinnen, und von den Kommunen Einrichtungen zum Schutz der Säuglinge und der schulpflichtigen Kinder zu fordern, die Agitation unter den Landarbeiterinnen eifrig zu betreiben, die Dienstbotenbewegung in Fluß zu bringen und uns an den Kämpfen zu beteiligen, welche das Proletariat zur Eroberung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts in Staat und Gemeinde für alle Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts führt.

Die öffentliche Agitation, in die sofort nach der Rückkehr vom Parteitag und von der Frauenkonferenz eingetreten wurde, mußte sich zunächst mit den neuen Steuerprojekten der Regierung befassen. Den Forderungen an Menschen wie an Geldmitteln für die Kolonien, die sich fortwährend steigern, mußte mit aller Schärfe entgegengetreten werden. Da die Frauen ein mindest ebenso starkes Interesse an Steuerfragen und Kolonialpolitik haben, wie die Männer, so war eine Agitation gegen die geplanten Schröpfungen der Massen und die vom Wesen der Kolonialpolitik der herrschenden Klassen untrennbaren Greuel eine Notwendigkeit. Die veranstalteten Versammlungen waren von Frauen stark besucht und haben sicher aufrüttelnd gewirkt. Die durch das fortwährende Anziehen der Steuerschraube verteuerte und herabgedrückte Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung, ihre fortwährend steigenden Lebenssorgen und Lebensnot haben die Köpfe der Proletarierinnen für die Ideensaat des Sozialismus besonders empfänglich gemacht.

Gleichen Schritt mit der Aushungerungspolitik der herrschenden Klassen hielten die Versuche, die arbeitenden Massen, und unter ihnen namentlich die Frauen, wehrlos gegen die kapitalistische Ausbeutung zu machen.

An den Reichstag gelangte eine Gesetzesvorlage über „die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine". Wäre diese Vorlage Gesetz geworden, so würden die Arbeiterinnen jeder Möglichkeit, sich zu organisieren, beraubt worden sein, das Koalitionsrecht hätte für sie nicht länger existiert. Die Empörung, der

Widerstand gegen das Zustandekommen dieses Gesetzes, dem die öffentliche Agitation Ausdruck gab, machten die Vorlage in der Versenkung verschwinden. An dem Protest gegen sie sind die Frauen energisch beteiligt gewesen, als Rednerinnen sowohl wie als Besucherinnen von Versammlungen.

Unsere rednerisch tätigen Genossinnen traten ebenfalls eifrig mit auf den Plan, als die von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands veranstaltete Agitation für den Heimarbeiterschutz über ganz Deutschland betrieben wurde. Die Genossinnen halfen überall die Heimarbeiterinnen aus ihren elenden Wohnungen in die Versammlungen bringen; sie suchten nach Möglichkeit dazu beizutragen, die Agitation recht fruchtbringend zu gestalten.

Die Parteigenossenschaft von Groß-Berlin beabsichtigte im Dezember 1906 entsprechend dem ihr gewordenen Auftrage, einen zweiten preußischen Parteitag nach Berlin einzuberufen. Ein Zirkular der Unterzeichneten an die weiblichen Vertrauenspersonen in Preußen forderte die Genossinnen auf, durch Delegierte an den Verhandlungen des preußischen Parteitages teilzunehmen, da die Tagesordnung desselben auch für die Genossinnen von höchster Bedeutung sei. Der Rat wurde befolgt. An 10 Orten wurden 12 Delegierte gewählt. Jedoch trat ein Ereignis ein, welches es notwendig erscheinen ließ, den Preußentag auf eine spätere Zeit zu verschieben.

Im Dezember 1906 erfolgte wie ein Blitz aus heiterm Himmel die Auflösung des Reichstages. Die Abgeordneten wurden wie ungezogene Buben nach Hause geschickt. Auch der Frauen bemächtigte sich ein Jubel. Es hieß ob des entfesselten Kampfes die Zeit ausnützen, die Kräfte verdoppeln, agitieren, arbeiten bis zur Erschöpfung.

Sogleich nach Bekanntwerden der Auflösung versandte die Unterzeichnete an die Vertrauenspersonen und die Presse einen Aufruf, welcher die Frauen auf die Tätigkeit und Unterlassungssünden des verflossenen Reichstages hinwies, besonders hinsichtlich des Arbeiterinnenschutzes und der versagten politischen Rechte. Da die Frauen sich nicht als Wählerinnen beteiligen können, wurden sie aufgerufen, doch zu wühlen, zu agitieren, aufzuklären, als Arbeiterinnen, als Mütter ihre Schuldigkeit im Wahlkampfe zu tun. Von der Gründung von Frauenwahlvereinen wurde wegen der Kürze der Zeit Abstand genommen. Dort, wo es zweckmäßig erschien, keine eigenen Versammlungen für die Frauen während des Wahlkampfes zu veranstalten, wurde ihnen zur Pflicht gemacht, die Versammlungen der Genossen zahlreich zu besuchen. Unsere Rednerinnen waren vollauf in Anspruch genommen. In Oberschlesien, im Kattowitzer Kreise, im Kreise Waldenburg, in Reichenbach-Neurode, der Provinz Pommern, in Sachsen, Thüringen, im Rheinland und in Bayern hielten sie wochenlang Versammlungen ab, die häufig überfüllt waren. Die Frauen bildeten meist einen hohen Prozentsatz der Versammlungsteilnehmer. Im Kreise Waldenburg waren die Versammlungen zu ⅔ von Frauen besucht. Dauernde Erfolge der Wahlagitation sind eine bedeutende Zunahme der „Gleichheit"-Leserinnen und die Stärkung der Organisationen.

In den meisten der Versammlungen, in denen männliche Referenten sprachen, feuerten in der Diskussion Genossinnen die Frauen zur Anteilnahme an den Wahlaktionen, zum Beitritt in die Organisationen und zum Lesen der Arbeiterpresse auf.

Der angebliche Grund zu der Auflösung des Reichstages, die Nichtbewilligung einer verhältnismäßig kleinen Summe für die Sandwüsten in Südwestafrika, sowie die gänzlich zerfahrene innere und äußere Politik Deutschlands gab den Rednerinnen und Rednern reichlich Stoff, die proletarischen Frauen aufzurütteln und für den Kampf zu begeistern, ebenso die

Kolonialgreuel und Soldatenmißhandlungen, der Fleisch- und Lebensmittelwucher sowie die gelungenen und beabsichtigten Volksentrechtungsattentate seitens der herrschenden Klassen.

Ein Flugblatt an die „Frauen und Mädchen des werktätigen Volkes" wurde in 800 000 Exemplaren von der Unterzeichneten herausgegeben und gelangte in ganz Deutschland zur Verbreitung. Die „Gleichheit" nahm selbstverständlich sofort Stellung zur Auflösung des Reichstages und brachte während des Wahlkampfes eine Reihe belehrender und anfeuernder Artikel, welche das Interesse der Frauen an dem Sieg der Sozialdemokratie nachwiesen und diese zur Mitarbeit bei der Wahl mahnten. Sie machte dem weiblichen Proletariat begreiflich, daß die Unsummen an Geld, welche für Heer, Marine und Kolonialzwecke verausgabt werden, anderen kulturfördernden Zwecken im Lande dienen könnten und brachte ihnen die politischen Zustände als Frucht der kapitalistischen Klassenherrschaft zum Bewußtsein.

Wie es bei allen Parteiaktionen üblich ist, beteiligten sich die Genossinnen an jeder Art Wahlarbeit. Sie halfen Listen und Adressen schreiben, Flugblätter austragen und Geld sammeln. Am Tage der Wahl und bei den Stichwahlen waren Genossinnen in Parteibureaus wie auch in einigen amtlichen Bureaus beschäftigt. Sie teilten vor den Wahllokalen Stimmzettel aus und holten säumige Wähler an die Urne.

Ihre Tätigkeit hat sicher dazu beigetragen, die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen zu erhöhen. Die Wahlarbeit der Genossinnen hat nicht nur der Partei neue Anhänger zugeführt und sonst gute Dienste geleistet, sie hat auch das Wachstum der Frauenbewegung gefördert.

Nachdem die Enttäuschung über den Ausfall der Wahlen überwunden war, galt es auch für die Genossinnen, durch vermehrten Fleiß und tüchtige Aufklärungsarbeit künftige Siege vorzubereiten. Manches in der Wahlperiode gestreute Samenkorn ist aufgegangen und hat Wurzel gefaßt. So sind im Waldenburger Kreise als Frucht der damals abgehaltenen Versammlungen in mehreren Orten Frauenbildungsvereine gegründet worden. In Hannover ist es ebenfalls gelungen, die Frauenbewegung in die Wege zu leiten. Die seit einigen Monaten in Hannover und Linden bestehenden Frauenbildungsvereine weisen bereits einen Mitgliederstand von etwa 800 auf. Auch in München entfaltet die nach der Mannheimer Frauenkonferenz gewählte Vertrauensperson eine erfolgreiche Tätigkeit; der bereits länger bestehende Frauenbildungsverein entwickelt sich tüchtig. Der Aufschwung, den die sozialistische Frauenbewegung in Bayern genommen hat, bekundete sich recht auffallend bei der Landtagswahl dieses Frühjahres. Sehr viele Frauen, die vor nicht allzulanger Zeit geduldige Schäfchen der Kirche waren, leisteten eifrig Wahlhülfe für die sozialistische Partei und halfen durch ihre Mittätigkeit die prächtigen Wahlsiege erringen.

Eine der schwierigsten Aufgaben der proletarischen Frauenbewegung ist die Aufklärung und Organisierung der Dienstboten. In den größeren Städten Deutschlands wurde sie in die Hand genommen, in verschiedenen Orten unter Mithülfe des Gewerkschaftskartells. Daß die entfaltete Agitation unter den Dienstboten auf fruchtbaren Boden fiel, zeigt die Zahl der bis jetzt Organisierten. Durch eine Umfrage ist festgestellt worden, daß Dienstbotenvereinigungen in Nürnberg, Hamburg, Mannheim, Berlin, München, Leipzig, Bremen, Königsberg, Bant, Frankfurt a. M., Jena, Köln bestehen mit einer Mitgliederzahl von zusammen 5000. Einige dieser Organisationen haben eigene Stellennachweise eingerichtet, wie zum Beispiel Hamburg, wo der 2000 Mitglieder zählende Verein sehr gut floriert; Frankfurt a. M., Nürnberg und Bremen haben ebenfalls eigene Stellennachweise. In anderen

Städten, in denen man die Gründung einer Organisation für unthunlich oder verfrüht hält, verbreitet man Aufklärung durch öffentliche Versammlungen, die sich mit den Verhältnissen der Dienstboten befassen. In manchen Orten sind die Vorarbeiten zur Gründung einer Organisation geschehen, die bald ins Leben treten soll. In den meisten der bestehenden Dienstbotenvereins ist die „Gleichheit" obligatorisch eingeführt. Nur Berlin hat eine eigene Zeitung für die Interessen der Hausangestellten, die auch von dort aus nach München abgegeben wird. Die Aufgabe der Dienstbotenorganisationen ist vor allem, den Dienenden ihre Lage erträglicher zu gestalten. Dafür ist von höchster Bedeutung, daß die Gesindeordnung beseitigt wird. Das Dienstbotenelend wird wesentlich verschärft durch die verschiedenen, aber gleich reaktionär gestalteten Gesindeordnungen. Wenn es auch vorläufig außer unserer Macht steht, diese Ausnahmegesetze zu beseitigen, so müssen wir wenigstens versuchen, sie außer Kraft zu setzen. Zu diesem Zweck hat Genosse Stadthagen im Einvernehmen mit den Berliner Genossinnen einen Muster-Gesindevertrag ausgearbeitet, der entsprechend den örtlichen Verhältnissen in einzelnen Paragraphen geändert werden kann. Der Vertrag verlangt eine bestimmt begrenzte Arbeitszeit, Ruhepausen zum Einnehmen der Mahlzeiten und stellt bestimmte Anforderungen an Ausstattung und Lage des für den Dienstboten bestimmten Schlafraumes. Durch Abschluß eines solchen Vertrages mit der Herrschaft wird die Gesindeordnung für das betreffende Dienstmädchen außer Kraft gesetzt. Auf dem Wege der Selbsthülfe, d. h. durch Aufklärung und eine starke Organisation hoffen die Genossinnen wenigstens in vielen Fällen Zustände herbeizuführen, die selbst noch während des Bestehens des mittelalterlichen Ausnahmegesetzes die Dienstboten der Willkür der Herrschaft entziehen. Um dies Ziel zu erreichen, um die Dienstboten so weit zu schulen, daß sie selbst Forderungen zu stellen wagen, bedarf es dauernder praktischer Arbeit und einer kraftvollen zielklaren Organisation. Die Idee, Kontrakte mit der Herrschaft abzuschließen, hat von Anfang an in den Reihen der Dienenden mehr Verständnis gefunden als man hoffte. In einzelnen Fällen ist es bereits gelungen, Dienste auf Grund solcher Kontrakte einzugehen. Zur besseren Orientierung der Genossinnen ließ die Unterzeichnete 3000 der Muster-Kontrakte drucken, daneben die Abänderungen, welche die Berliner Dienstbotenorganisation vorzunehmen für nötig hielt, und sandte die Vorlage den Vertrauenspersonen zu.

Die Agitation für die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen hat nicht geruht. Die natürliche Folge der Lebensmittelverteuerung waren Kämpfe der Arbeiterschaft um Erhöhung der Löhne. Die gesteigerte Brutalität des Unternehmertums beantwortete in den meisten Fällen die geringsten Lohnforderungen mit der Aussperrung weiter Arbeiterschichten. An all diesen Kämpfen waren zahlreich Arbeiterinnen beteiligt.

Da die Zahl der Arbeiterinnen von Jahr zu Jahr einen höheren Prozentsatz der Gesamtarbeiterschaft ausmacht, wird die Einbeziehung der Arbeiterinnen in die Gewerkschaften zu einer Lebensnotwendigkeit des Proletariats, das seine Kämpfe für bessere Arbeitsbedingungen ohne die Arbeiterinnen nicht zu führen vermag. Unsere rednerisch tätigen Genossinnen übernahmen häufig für die Gewerkschaften Agitationstouren, die oft von großem Erfolge gekrönt wurden.

Auch bei Streiks und Boykotts taten die Genossinnen ihr Möglichstes, um den Kämpfenden zum Siege zu verhelfen. Der letzte Bäckerstreik in Berlin mit dem daran sich knüpfenden Boykott ist ein Beweis dafür. In 28 Versammlungen, die von den Genossinnen Berlins und der Vororte veranstaltet wurden und die sämtlich sehr zahlreich, hauptsächlich von Frauen, besucht

waren, riefen sie ihre Klassengenossinnen auf, den Bäckergesellen in ihrem schweren Kampfe um ein wenig Luft und Licht, um menschenwürdiges Familienleben beizustehen. Der Boykott wurde dann auch mit Hülfe der Frauen so geführt, daß die Bäcker manche ihrer Forderungen durchgesetzt haben. Bei der Kleinarbeit, der Abhaltung von Werkstubensitzungen und anderen notwendigen Arbeiten, die dazu dienten, den Gewerkschaften weibliche Mitglieder zuzuführen, halfen unsere Genossinnen getreulich mit. Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen ist prozentual zu den überhaupt beschäftigten zwar immer noch zu klein, doch ist sie immerhin nach den vorliegenden Berichten auf rund 120 000 gestiegen.

Der neugewählte Reichstag bewährte sich ebenso wie der verflossene als eine Gesetzgebungsmaschine für Geldbewilligungen zu kulturwidrigen Zwecken. Die Sozialgesetzgebung aber zu fördern hatte er bisher keine Neigung. Das einzige diesbezügliche Zugeständnis ist, daß der nun in der Versenkung verschwundene Staatssekretär Graf Posadowsky am 9. März im Reichstage erklärte: er hoffe, in der n ä c h s t e n Session werde dem Reichstage eine Vorlage zugehen zur Einführung des Zehnstundentages für erwachsene Arbeiterinnen. Um nicht zu große Hoffnungen in den Kreisen der Arbeiterschaft zu erwecken, fügte der Minister hinzu, eventuell müsse eine Uebergangszeit für die Einführung geschaffen und gewisse Ausnahmen müssen zugelassen werden.

Die Genossinnen wissen schon längst, daß ihnen nur Rechte zuteil werden, wenn sie dieselben sich selbst erkämpfen. Auch im letzten Jahre erfuhren sie reichlich, daß die Behörden recht flink bei der Hand sind, um ihnen die armseligen Rechte, die sie im öffentlichen Leben besitzen, noch zu beschneiden, ja gänzlich illusorisch zu machen. So wurde in Lobberich eine öffentliche Versammlung von Arbeitern und Arbeiterinnen als Versammlung eines politischen Vereins (Textilarbeiterverband!) erklärt, an der Frauen nicht teilnehmen dürfen. In Remscheid wurde die Vorsitzende des Bildungsvereins zu 40 Mk. und drei weitere Vorstandsmitglieder zu je 20 Mk. Strafe verurteilt, weil in einer nicht angemeldeten Vereinsversammlung über öffentliche Angelegenheiten verhandelt worden sei, zudem habe die Vorsitzende „Frauenspersonen" als Mitglieder aufgenommen. Recht wunderbar für eine Leiterin eines unpolitischen Frauenbildungsvereins. Der Bildungsverein in Velbert wurde ebenfalls aufgelöst und der Vorstand in Strafe genommen. Die Anklage behauptet, die Angeklagten hätten innerhalb des Vereins Politik getrieben. Diese beriefen sich darauf, daß nur in öffentlichen Versammlungen politische Themen auf der Tagesordnung gestanden waren. Aus dem Umstand, daß derartige öffentliche Versammlungen erst „Mode geworden" seien, seitdem der Verein besteht, aus der Tatsache, daß die Mitglieder dieses Vereins meist Ehefrauen von Mitgliedern des sozialdemokratischen Volksvereins sind, leitete das Gericht die Schuld der Angeklagten her. — In Elberfeld verurteilte die Strafkammer wegen angeblich politischen Frevels die Vorsitzende des Frauenbildungsvereins zu 30 Mk. und vier andere Vorstandsmitglieder zu je 15 Mk. Geldstrafe. Der Staatsanwalt betont in seiner Rede, eine Bestrafung sei deshalb am Platze, weil die Vorsitzende im Jahre 1894 bereits wegen desselben Vergehens bestraft sei und noch keinen Willen zeige, sich zu bessern; ferner weil die Frauen gar nicht bestritten, Sozialdemokratinnen zu sein und weil auch ihre Männer zur Sozialdemokratie gehören. Trotzdem geht gerade im Rheinland die Bewegung gut voran. Die Genossinnen ermüden nicht, im Gegenteil, der Kampf stählt ihre Kräfte, feuert ihren Mut und ihre Tatenfreudigkeit an. Dank ihrem Wirken werden die Anhängerinnen des Sozialismus immer zahlreicher auch in den Gegenden, wo das Pfaffen-

tum noch eine große Macht über die Frauen ausübt. Unter dem Nachwuchs gibt es tüchtige Kräfte. Es bilden sich neue eifrige Agitatorinnen, die recht wirkungsvoll tätig sind.

Doch nicht bloß im Rheinland, auch noch anderwärts in Preußen suchen die Behörden durch Handhabung der Gesetze den Proletarierinnen unter den nichtigsten Gründen die geringen politischen Rechte zu nehmen, welche das Vereinsgesetz ihnen gewährt. In Ostpreußen, in Thorn, wies die Polizei die Frauen aus einer Versammlung der Genossen, obgleich eine Galerie vorhanden war, wo sie nach dem seligen Hammerstein „unvermischt" mit den Männern zuhören können.

Während der Wahlbewegung war Genossin Jeetze im Kreise Weimar-Eisenach mehrere Wochen tätig. Nachdem sie bereits 11 Versammlungen abgehalten hatte, erging im Oberland eine behördliche Verfügung, wonach Genossin Zietz aus Hamburg im Kreise nicht reden dürfe. Die Rednerin konnte nachweisen, daß ihr Name Jeetze und nicht Zietz sei. Nachdem dann wieder ein paar Versammlungen ohne polizeiliche Störung stattgefunden hatten und eine für Eisenach arrangiert war, lief im letzten Augenblick eine Verfügung ein, die es verdient, wörtlich wiedergegeben zu werden. Sie lautet:

Eisenach, den 21. Januar 1907.

Die von Ihnen für den 22. d. M. abends im Bellevue angemeldete Versammlung, in welcher die Frau Jeetze aus Berlin als Rednerin bezeichnet worden ist, wird hiermit auf Verfügung des Großherzogl. Herrn Bezirksdirektors verboten, weil diese Dame höheren Orts als eine von den Rednerinnen bekannt ist, von welchen eine die verschiedenen Bevölkerungsklassen gegen einander aufhetzende agitatorische Tätigkeit zu fürchten ist.

Der Oberbürgermeister.
(Name unleserlich.)

Es ward nun ein Genosse beauftragt, das Referat zu halten. Als die Versammlung eröffnet wurde, verlangte der Ueberwachende, daß die Frauen hinausgewiesen würden. Man beschloß, sich dem Ansinnen des Beamten nicht zu fügen. Die Folge davon war die Auflösung der Versammlung.

Auch in der Stadt der Intelligenz, in Berlin, löste im Januar die Polizei eine öffentliche Versammlung auf, weil der Vorsitzende sich weigerte, die Frauen aus der Versammlung zu weisen.

In der Umgebung von Berlin scheint dieselbe Praxis Platz zu greifen wie im Rheinland. Den Frauenbildungsvereinen wendet auch hier die Polizei ein wachsames Auge zu. In Reinickendorf wurde vor nicht langer Zeit der Bildungsverein geschlossen, auf Beschwerden der Genossinnen hin jedoch kürzlich wieder freigegeben. Zuletzt verfiel der Bildungsverein in Lichtenberg der polizeilichen Schließung, weil durch Erörterung der Schulverhältnisse angeblich Politik in ihm getrieben worden sei. All diese Dinge können die Ausbreitung unserer Ideen nicht hindern. Im Rheinland insbesondere haben sie bewirkt, daß unsere Parteigenossen sich mehr und eingehender als früher mit der Organisierung und Aufklärung der Proletarierinnen befassen werden.

Einige Genossinnen beantragten bei der Zentralstelle, bereits in diesem Jahre, entgegen der bisherigen Gepflogenheit, alle zwei Jahre zu tagen, eine Frauenkonferenz vor dem Parteitage abzuhalten. In einem Zirkular an die Vertrauenspersonen in ganz Deutschland unterbreitete die Unterzeichnete den Genossinnen die Meinung der Antragstellerinnen sowohl wie ihre gegenteilige

Ansicht, mit dem Ersuchen, die Angelegenheit gründlich zu beraten und dann Antwort an die Zentralstelle gelangen zu lassen. Von diesen Antworten waren nur zwei für, die anderen sämtlich gegen die Abhaltung einer Frauenkonferenz. Die Genossinnen des Rheinlandes und Westfalens werden jedoch während des Parteitages Gelegenheit zu einer gemeinsamen Besprechung finden.

Die Genossinnen Deutschlands haben beim Internationalen Sozialistischen Bureau in Brüssel beantragt, auf die Tagesordnung des Internationalen Kongresses in Stuttgart zu setzen: „Der Kampf des Proletariats für die volle Demokratisierung des Wahlrechts." Es war ihnen dabei um Entscheidung darüber zu tun, ob die Sozialdemokratie aus ihren Wahlrechtskämpfen die Forderung des Frauenwahlrechts ausschalten dürfe. Der Antrag wurde indes abgelehnt und derjenige der österreichischen Genossinnen gelangte zur Annahme, „Die Frauenstimmrechtsfrage" auf die Tagesordnung zu setzen. Das Bureau war der Meinung, daß es dadurch den Genossinnen bessere Gelegenheit gebe, ihre Forderungen des Frauenstimmrechts zu begründen als bei der Behandlung der allgemeinen Wahlrechtsfrage. Den Genossinnen — und gewiß nicht bloß in Deutschland — ist es jedoch nicht bloß um eine theoretische Begründung des Frauenstimmrechts und eine prinzipielle Erklärung des Internationalen Kongresses dazu zu tun. Das eine wie das andere ist bereits auf dem Internationalen Kongreß in Brüssel erfolgt. Worauf es den Genossinnen ankommt, ist, daß die theoretische Anerkennung der vollen politischen Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts von den Sozialisten aller Länder in die Praxis eines energischen Kampfes für das Frauenstimmrecht umgesetzt wird.

Den deutschen Genossinnen stehen nach Vereinbarungen mit dem Parteivorstand 12 Mandate für den Internationalen Kongreß zur Verfügung, die wohl auch ausgenützt werden.

Auf Wunsch von ausländischen Genossinnen wird dem Kongreß eine Internationale Konferenz der sozialistischen Frauen vorangehen. Als provisorische Tagesordnung ist vorgeschlagen worden: 1. Berichte über die sozialistische Frauenbewegung in den verschiedenen Ländern; 2. Schaffung regelmäßiger Beziehungen zwischen den organisierten Genossinnen der einzelnen Länder; 3. das Frauenstimmrecht. Die Einladungen zur Internationalen Frauenkonferenz ist in drei Sprachen an die Ausländerinnen gesandt worden.

Um ein Bild von dem Wachstum unserer Bewegung auch in diesem Jahre geben zu können, ist ein Fragebogen an sämtliche Vertrauenspersonen gesandt worden. Etwas mehr als die Hälfte wurden nur beantwortet, und die betreffenden Angaben liegen den folgenden Mitteilungen zugrunde.

Die Orte, in denen überhaupt eine ständige Agitation durch eine Vertrauensperson betrieben wird, sind von 325 im Vorjahre auf 407 gestiegen. Unser buntscheckiges Vereins- und Versammlungsrecht läßt eine einheitliche Organisation der Genossinnen nicht zu, nicht in allen Staaten Deutschlands können die Frauen politisch organisiert sein. Wo dies aber möglich ist, treten die Frauen den politischen Organisationen der Männer bei. Die Zahl der in dieser Weise organisierten Genossinnen ist von 6460 im Vorjahre auf 10 500 gestiegen.

Die seit Ende des Jahres 1905 eingeführten Karten für freiwillige Parteibeiträge bürgern sich mehr und mehr ein. Durch diese Einrichtung werden die Genossinnen daran gewöhnt, regelmäßig finanzielle Opfer für die Partei zu bringen. Die Anzahl der Zahlerinnen freiwilliger Beiträge ist auf 8751 gewachsen, die sich auf 97 Orte erstrecken. In manchen Orten besteht die Ein-

richtung der freiwilligen Parteibeiträge neben dem Frauenbildungsverein, in anderen Orten werden nur freiwillige Beiträge entrichtet. Letzteres geschieht dort, wo die Vorbedingungen für die Gründung eines Frauenbildungsvereins nicht vorhanden sind oder wo durch vereinsgesetzliche Hemmungen die Gründung von Vereinen aussichtslos erscheint.

Die Zahl der unpolitischen Bildungsvereine, wie ihr Mitgliederstand melden ebenfalls von steter Zunahme. Zurzeit umfassen 94 Vereine 10 302 Mitglieder. Man sieht, trotz aller polizeilichen Schikane wachsen und gedeihen die Frauenbildungsvereine.

Unsere Bewegung hat aber nicht nur an Umfang bedeutend zugenommen, sondern auch das Wissen der Genossinnen hat sich erweitert und vertieft. Um in dieser Richtung zu wirken, sind die Lese- und Diskussionsabende geschaffen worden. Bereits in 120 Orten bestehen solche Abende, die teils vierzehntägig, teils vierwöchentlich abgehalten werden. Als Grundlage der Schulung dienen in den meisten Orten: „Erläuterungen zum Erfurter Programm" von Kautsky und Schönlank. Genossinnen und hin und wieder auch Genossen, die bereits besser gebildet sind, leiten die Abende. Der Besprechung wohnen 20—30 Personen bei, jede einzelne Genossin kann daher in den Kreis der Diskussion gezogen werden. Neben den theoretischen Kenntnissen, welche die Teilnehmerinnen sich aneignen, lernen sie ihre Gedanken ordnen und aussprechen. In einzelnen Orten des Rheinlandes veranstalteten die Genossinnen Kurse von 6—7 Abenden, in denen kleine Vorträge über das sozialdemokratische Programm mit darauffolgender 1½stündiger Diskussion stattfanden. Die Genossinnen wurden einzeln über das Gehörte befragt, damit der Erfolg des Kursus auf diese Weise festgestellt werden konnte. Die Zunahme der Lese- und Diskussionsabende legt Zeugnis ab von dem Bedürfnis nach theoretischer Bildung, nach grundsätzlicher Klarheit im weiblichen Proletariat. Manches bis dahin schlummernde Talent findet durch das hier Gebotene den Weg zur Weiterbildung.

Wie bereits aus dem weiter oben Mitgeteilten hervorgeht, ist die mündliche Agitation in sehr ausgedehnter Weise betrieben worden. Den Anfragen nach Rednerinnen konnte oft kaum Genüge getan werden. Agitationstouren wurden vor, während und nach der Reichstagswahl sehr zahlreich veranstaltet, und zwar in den verschiedensten Gegenden Schlesiens, in Pommern, in der Oberlausitz usw. Gleich nach dem Parteitag referierte eine Genossin in zehn Versammlungen in Bayern, eine andere war tätig in Anhalt; 16 Versammlungen fanden in Eisenach, Sachsen-Weimar, Hannover statt. In Oldenburg und Bremen wurde eine ziemlich ausgedehnte Agitation betrieben. In Sachsen-Altenburg und dem sächsischen Vogtlande war eine Rednerin 2½ Wochen tätig. In der Meininger Spielwarengegend (Sonneberg) wurden eine Anzahl Agitationsversammlungen veranstaltet. Auch im Kreise Zeitz-Weißenfels, im Kreise Magdeburg und in Westfalen wurden Rednerinnen für eine größere Reihe von Versammlungen verlangt. Im Harz wurden zweimal Agitationstouren veranstaltet. Unzählige Einzelversammlungen gelegentlich der Anwesenheit auswärtiger Referentinnen wurden ebenfalls eingerichtet. Die entfaltete rege Agitation hat es ermöglicht, daß in vielen bis dahin noch brachliegenden Orten fester Fuß gefaßt wurde und eine ständige Aufklärungsarbeit unter den Frauen in Fluß kam. Unsere Vertrauenspersonen bemühen sich, jede sich bietende Gelegenheit für die Agitation und Betätigung der Frauen zu ergreifen und auszunutzen.

An manchen Orten sind die Genossinnen an die Gemeindevertreter mit Anträgen herangetreten, die Errichtung von Kindergärten und Krippen betreffend. Die Genossinnen haben sich außerdem bemüht, durch öffentliche Besprechungen fördernd auf die Fürsorge der Kommunen für Wöchnerinnen und Säuglinge zu wirken. Die Zahl der Genossinnen, die als Waisenpflegerinnen tätig sind, hat zugenommen. Einige Genossinnen gehören der Armenpflege-Verwaltung an. — Die Agitation für den gesetzlichen Kinderschutz ist weiter betrieben worden.

Kinderschutzkommissionen sind auch in größerer Anzahl wie im Vorjahre vorhanden. Manchem Kinde vermochten sie durch ihre Wachsamkeit das Leben erträglicher zu gestalten. So viel mir mitgeteilt wurde, bestehen zurzeit solche Kommissionen in Leipzig, Dresden, Hamburg, Stettin und Chemnitz. Andere Städte werden dem guten Beispiel folgen.

Neben der Agitation durch das gesprochene Wort ist auch die durch das gedruckte nicht vernachlässigt worden. In die Augen springend ist die Vermehrung des Abonnentenstandes der „Gleichheit". Von 46 000 im Vorjahre hat er jetzt bereits die Höhe von 70 000 erreicht. Unsere Genossinnen sind unausgesetzt für ihr Organ mit Eifer tätig gewesen. Neben der Agitation für dasselbe in öffentlichen Versammlungen wurde in vielen Orten mit bestem Erfolg Hausagitation betrieben. Der „Gleichheit" ist es zu danken, daß grundsätzliche Klarheit und Wissen in die Köpfe tausender von Frauen getragen worden ist. Sie brachte den Hausfrauen Anregung und Belehrung, sie beriet durch Artikel von sachkundiger Feder die Mütter bei der Erziehung der Kinder; sie trat nach den verschiedensten Richtungen hin für die Interessen der Proletarierinnen ein; sie war den Genossinnen jederzeit eine treue Beraterin, ein festes geistiges Band. Die „Gleichheit" erwarten mit Sehnsucht Tausende von Kindern, weil die Kinderbeilage ihnen so wunderschöne Märchen erzählt, hübsche Reisebeschreibungen und Geschichten bringt, Gedichte und naturwissenschaftliche Artikel, die Geist und Gemüt bereichern und das Blatt, das die Mutter liest, ihnen lieb und unentbehrlich machten. In den abgelegensten, schwärzesten Gegenden Deutschlands hat die „Gleichheit" Eingang gefunden. In der ungeheuren Mehrzahl der Fälle wird jedes abonnierte Exemplar von 2 Personen gelesen. Erwähnt sei noch, daß die Zahl der Genossinnen beständig wächst, welche durch Berichte, Artikel, Notizen an unserem Organ mitarbeiten. Es ist dies nicht nur ein zu begrüßendes Zeichen regen geistigen Lebens im weiblichen Proletariat, sondern auch ein Zeichen dafür, mit welch liebevoller, geduldiger Mühe die Redakteurin jedes sich zeigende Talent aufzumuntern und zu unterstützen versteht.

Die Agitation durch Broschüren ist nicht verabsäumt worden. Es sind zur Versendung resp. Verteilung gelangt: 100 000 des von der „Gleichheit" herausgegebenen Merkblattes „Der Kampf um die Unfallrente"; 800 000 Wahlflugblätter; 9300 Exemplare von Nr. 11 der Gesundheitsbibliothek, die Verhütung von Frauenkrankheiten betreffend; 1000 Stück andere Nummern der Gesundheitsbibliothek; 3000 Gesindeverträge; 500 Exemplare Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie von Karl Kautsky und Bruno Schönlank; 500 Protokolle des Mannheimer Parteitages; 100 Protokolle des Bremer Parteitages; 200 Exemplare Führer durch das Vereinsgesetz; 1000 Exemplare Kinderarbeit und ihre Bekämpfung von Käte Dunker; 6 Exemplare preußische Gesindeordnung; 12 Exemplare deutsche Reichsverfassung; 500 Parteiprogramme; 6 Exemplare des Erfurter Programms von Kautsky; 250 Weihnachtsbücher „Für unsere Kinder". Ein Teil der Broschüren und Flugblätter ist zum Selbstkostenpreise den Genossinnen überlassen worden. Bemerkt sei noch, daß die Vertrauenspersonen alles für ihre Tätigkeit nötige Material an Schriften usw. von der Zentralstelle erhielten.

Im nachfolgenden ergibt sich, wie umfangreich die Korrespondenz der Zentralstelle geworden ist. Es gingen ein 2448 Briefe und 268 Postkarten;

die Zahl der ausgegangenen Briefe betrug 4948, der Postkarten 532; an Drucksachen wurden 6255 versandt.

174 Orte gegen 110 im Vorjahre beteiligten sich beim Geldaufbringen für die gesamte Agitation. Sie sandten an die Zentralstelle an Beiträgen ein: 7819 Mk. 87 Pf., für Broschüren, Flugblätter usw. 3377 Mk. 29 Pf. Insgesamt ist daher eine Einnahme von 11 196 Mk. 66 Pf. zu verzeichnen. Demgegenüber steht eine Ausgabe für mündliche Agitation von 1625,19 Mk.; für Broschüren und Flugblätter von 5670,69 Mk.; für Porti und Frachten belief sich die Ausgabe auf 1010,85 Mk.; das Unkostenkonto beanspruchte 1780,55 Mk.; in Summa 10 087 Mk. 28 Pf. Kasse und Bücher sind vierteljährlich von drei Revisorinnen geprüft und in voller Ordnung gefunden worden.

Seit Ende vorigen Jahres ist für die Zentralstelle ein eigenes Bureau mit Hülfe der Partei eingerichtet worden. Die Zentralvertrauensperson war nicht mehr imstande, die fortwährend anwachsende Arbeit allein zu bewältigen; ihr wurde deswegen als besoldete Helferin eine Genossin zur Seite gestellt.

Zwei unserer Genossinnen büßen augenblicklich hinter Gefängnismauern dafür, daß sie wagten, auszusprechen, was sie für recht und wahr halten. Sie hatten den Mut, die kapitalistische Gesellschaft rücksichtslos zu kritisieren, sie anzugreifen und Volksrechte zu verlangen. Hoffentlich werden diese beiden Genossinnen, unsere Rosa Luxemburg und Genossin Lungwitz, ebenso kampfesfrisch und kampfesfroh in die „goldene Freiheit" zurückkehren, wie unsere Louise Zietz aus ihrer dreimonatlichen Haft wieder in Reih und Glied getreten ist. Unsere sozialistische Frauenbewegung gedeiht im Kampfe. Sie wird immer leistungsfähiger, dem Sozialismus die Welt der proletarischen Frauen zu erobern.

Ottilie Baader.

Bericht

über die parlamentarische Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die Periode parlamentarischer Arbeit, auf die sich dieser Bericht zu erstrecken hat, zerfällt in zwei durch die Reichstagswahl vom 25. Januar 1907 geteilte Abschnitte. Der erste reichte vom 19. November bis zum 18. Dezember 1906; der zweite vom 19. Februar bis zum 14. Mai 1907.

Während des ersten Abschnittes beschäftigte sich der Reichstag außer mit einigen sozialpolitischen Gesetzesentwürfen von mehr oder weniger großer Bedeutung hauptsächlich mit der Behandlung von Kolonialfragen; der zweite Abschnitt wurde, abgesehen von den Erörterungen über die Reichstagswahlen und ihre Neben- und Folgeerscheinungen, fast ganz durch die Etatsberatungen ausgefüllt.

I.

Wenige Wochen vor dem Wiederzusammentritt des Reichstages nach dem Abschluß der sommerlichen Vertagung von 1906 war der Parteitag zu Mannheim versammelt gewesen. Der damals von Schöpflin erstattete parlamentarische Bericht löste nur eine wenig umfangreiche Debatte aus: niemand fand in der politischen Situation im Herbst 1906 die Veranlassung, eine Generalfrage anzuschneiden, die Kritik beschäftigte sich vielmehr nur mit einigen nicht sehr bedeutenden Einzelheiten. Dieses Verhalten ist kennzeichnend. Niemand auf dem Parteitag hatte Grund zur Annahme nahe bevorstehender Konflikte; die politischen Verhältnisse waren nicht viel schlechter als wie wir sie seit Jahren zu ertragen hatten; die Wahlen schienen noch zu weit entfernt, als daß sie Anlaß zu Erörterungen hätten geben können.

Dem Fürsten Bülow, der im Frühjahr 1906 krank im Reichstag zusammengebrochen war, rechnete man wohl allgemein nur noch eine kurze Amtsdauer zu, besonders weil er in der Marokkoangelegenheit nicht verstanden hatte, Deutschland vor ernsten Gefahren und einer argen moralischen Niederlage zu bewahren. Der Ersatz des wenig energischen stellvertretenden Kolonialdirektors Prinzen von Hohenlohe durch den bisherigen Bankdirektor Bernhard Dernburg in der Leitung unseres Kolonialwesens hatte im bürgerlichen Lager im großen und ganzen einen guten Eindruck gemacht; unsere Presse stellte sich fast durchweg auf den Standpunkt, daß man — bei aller Schärfe in der Bekämpfung des Systems — den neuen Mann nach seinen Taten richten wolle und deshalb mit der Kritik zunächst zurückhalte.

Interpellation Bassermann.

Die lange Dauer des südwestafrikanischen Kolonialkrieges, die ungeheueren Opfer an Gut und Blut, die er erforderte, die fortgesetzten Tippelskirch-Podbielski-Woermannskandale, der demütigende Ausgang der Marokkoaffäre, die Erfolge der englischen und französischen Bündnispolitik, und nicht zuletzt die verderbliche Fleischteuerung, das Mißbehagen über den hohen Diskontsatz mit seinen wirtschaftlichen Folgen und die durch neue Steuern herbeigeführte Verteuerung und Erschwerung des Verkehrs und Verzehrs hatten indessen während des Sommers und Herbstes eine immer weiter um sich greifende Unzufriedenheit im Volke erweckt, die ihren Ausdruck sogar in scharfen Reden und Beschlüssen nationalliberaler Versammlungen fand. Frühzeitig und laut hatte der Abgeordnete Bassermann angekündigt, er werde die erste Gelegenheit, die sich ihm im Reichstag biete, ergreifen, um dem in der Bevölkerung vorherrschenden Gefühl des Mißbehagens Ausdruck zu verleihen, die Regierung zu kritisieren und zu einer programmatischen Erklärung zu zwingen. Gleich am ersten Tage der Reichstagssession brachte er im Namen seiner Fraktion — übrigens sicherlich im Einverständnis mit dem Kanzler, der „vorzuhauen" gedachte — eine Interpellation ein, die folgenden Wortlaut hatte:

„Ist der Herr Reichskanzler bereit, Auskunft zu geben über unsere Beziehung zu den übrigen Mächten und sich über die Besorgnisse zu äußern, welche in vielen Kreisen unseres Volkes wegen der internationalen Lage bestehen?"

In der Begründung wies er darauf hin, daß eine starke Unzufriedenheit im Volke gäre und in seltener Einmütigkeit Klagen über die Leitung der Geschicke des Landes, und zwar die offizielle und die tatsächliche Leitung, ertönten; viele „Gutgesinnte" im Lande beschleiche die Sorge über die Entwickelung der auswärtigen Politik, über den immer geringer werdenden Einfluß Deutschlands, über die Gefahr antideutscher Koalitionen und der dadurch herbeigeführten Isolierung Deutschlands. Das unbedingte Vertrauen, das noch zu Bismarcks Zeiten im Volke zur Leitung der auswärtigen Politik geherrscht habe, sei verschwunden, weil man der Meinung sei, die wichtigsten Posten der Diplomatie würden keineswegs nach den Grundsätzen der hervorragendsten Sachverständigkeit besetzt; überdies machten sich eine Menge unkontrollierbarer Einflüsse geltend und wir seien in eine Periode der Reisen, Reden, der Telegramme, der Liebenswürdigkeiten und andererseits plumper Aeußerungen, die verstimmen, eingetreten, eine Periode der Unstetigkeit, die nicht nur im Inlande, sondern auch im Auslande unangenehm und bitter empfunden werde. Gerade die auswärtige Politik entbehre der Ruhe und Stetigkeit, in wichtige Verhandlungen greife „eine rauhe Hand" ein, Stimmungen und plötzliche Impulse gäben oft den Ausschlag und erzeugten im Ausland ein Gefühl des Mißtrauens und des Mißbehagens über die deutsche Politik, Umstände, die notwendigerweise die anderen Staaten zu Sicherheitsbündnissen trieben. Während man aber jenseits der deutschen Grenze ein System internationaler Bündnisse und Abmachungen erwachsen sehe — England und Frankreich, England und Japan, England und Rußland einigten sich über die wichtigsten Streitpunkte vergangener Tage —, gehöre der Dreibund als ein wirksames Machtmittel deutscher Politik der Vergangenheit an.

Die Begründung der Bassermannschen Interpellation tönte so in eine schrille Anklage des persönlichen Regiments aus. Es ist erklärlich, daß der Reichskanzler in seiner Antwort gerade die Berechtigung dieser Anklage zu bestreiten suchte. Nach seiner Meinung war und ist die deutsche Politik nicht nur friedfertig, sondern vor allen Dingen auch zielklar und stetig. Gegen niemand wolle man aggressiv vorgehen, und die Bündnisse fremder Staaten

dienten lediglich der Erhaltung des Friedens; alles Gerede über kriegerische Absichten bei der Beschleunigung des Flottenbaues sei töricht, freilich, so fügte er dann hinzu, die Situation Deutschlands würde heute gesicherter sein, wenn nicht seit den 80er Jahren die überseeische Politik inauguriert worden wäre. „Was heutzutage unsere Situation kompliziert und erschwert, das sind unsere überseeischen Bestrebungen und Interessen. Wären wir in dieser Richtung nicht engagiert, wenn wir nicht in dieser Beziehung verwundbar wären, würden wir auf dem Kontinent nicht allzu viel zu fühlen haben. Dann wäre es leichter als heute, Reibungen und Friktionen mit England zu vermeiden." (Stenogr. Bericht Seite 8632.)

Im Namen der sozialdemokratischen Partei griff Genosse v. Vollmar in die Debatte ein. In großen Zügen legte er die Verfehlungen der deutschen auswärtigen Politik dar und schilderte ihren vollständigen Zusammenbruch. Er erklärte, daß die deutsche Sozialdemokratie fest entschlossen sei, ihre ganze Kraft bis zum äußersten aufzuwenden, um alles dasjenige zu bekämpfen, was durch Torheit oder durch Gewissenlosigkeit den Frieden unter den Völkern stören könnte; denn dieser Frieden sei eine notwendige Voraussetzung der sozialen und politischen Befreiung des Proletariats. Die sozialdemokratische Partei werde deshalb alles tun, um die Entfesselung eines Krieges zu hindern, dessen Ende unabsehbar, dessen Ausgang unberechenbar sei, dessen Greuel aber das sichere Ergebnis haben würden, allen beteiligten Völkern und der ganzen Kultur einen uneinbringlichen Schaden zuzufügen. Es könne keinem Zweifel unterliegen, daß die antideutschen Gefühle in Europa, die Antipathien gegen Deutschland heute stärker als seit Jahrzehnten seien; das beruhe nicht, wie törichterweise behauptet werde, auf dem Neid über den großen Anteil, den das deutsche Volk an den Werken der Kultur hätte, über die Rolle, die es in den Künsten, in der Wissenschaft, in der Technik spiele, sondern vielmehr auf folgendem Umstand: „Die inneren Zustände Deutschlands sind so beschaffen, daß sie beinahe in allen Kulturnationen befremdend wirken, Mißtrauen und Abneigung herbeiführen und herbeiführen müssen. . . . Eine Regierung, die nicht die Vertreterin und Ausführerin des Willens der Nation ist, eine Regierung, in deren Hauptland eine kleine, aber einflußreiche und rücksichtslose, urreaktionäre Klasse herrscht und die ganze Politik bestimmt, während der Hauptteil des Volkes von jeder Entscheidung über diese Angelegenheiten völlig ausgeschlossen ist; eine Regierung, die mit der größten Partei des Landes auf einem dauernden, systematisch organisierten Kriegsfuß sich befindet, eine derartige Regierung kann unmöglich dem Ausland Vertrauen einflößen. Eine Regierung, in der das persönliche Regiment, in der ein kaum verhüllter Absolutismus, in der außerkonstitutionelle Einflüsse aller Art eine große Wirkung haben und ganz unberechenbar durcheinander laufen, kann unmöglich Sicherheit bieten für die Zukunft, weil die Entschlüsse jeden Tag wechseln, weil ganz und gar unberechenbare Stimmungen vorhanden sind, die von einigen wenigen oder von einem einzigen schließlich abhängen. . . . Diese Hinderungen, die in der innerpolitischen Entwickelung vorhanden sind, können, wenn sie bis ins Unendliche fortgehen, zu Katastrophen führen. Es wäre auch gar nicht unmöglich, daß man vielleicht für Unzufriedenheit im Innern einmal nach außen irgendeinen Abfluß suchen würde."

Der Redner der konservativen Partei, Graf Limburg-Stirum, der dann zu Worte kam, erklärte, daß auch seine Partei die Situation Deutschlands nicht für befriedigend ansehen könne. Freundlicher zur Regierung stellte sich der Redner des Zentrums, der Abgeordnete Dr. Spahn. Er polemisierte nicht nur gegen den Vertreter der nationalliberalen Interpellation und gegen den sozialdemokratischen Redner, sondern auch gegen Limburg-Stirum,

und versicherte im allgemeinen den Reichskanzler des größten Wohlwollens seiner Partei. Das Zentrum war eben noch damals ganz Regierungspartei. Im Gegensatz zu ihm tat sich die freisinnige Volkspartei an einer scharfen Wortkanonade gütlich; ihr Vertreter, der Abgeordnete Dr. Wiemer, fand, daß wir in Deutschland an einem Mangel an Selbständigkeit, an der Neigung zur Schönfärberei, an der Ueberspannung der Autorität, an byzantinischen Stimmungen und Ueberschätzung von Aeußerlichkeiten litten, und daß die unstete Irrlichterpolitik des Fürsten von Bülow das Vaterland in den Sumpf führen werde. Bemerkenswert war von den Aeußerungen des Abgeordneten Wiemer besonders der Schluß: „Mir war außerordentlich interessant das Eingeständnis des Herrn Reichskanzlers, daß die überseeische Politik die Situation Deutschlands erschwere und kompliziere. Das haben wir immer gesagt, daß durch ein derartiges Engagement die europäische Stellung Deutschlands, worauf es vor allem ankommt, nicht erleichtert, sondern erschwert werde. Das gilt von der unfruchtbaren Kolonialpolitik, das gilt von dem, was Weltpolitik genannt wird."

Mit fast gleicher Schärfe legte der Vertreter der freisinnigen Vereinigung, Abgeordneter Gothein, das Mißtrauen der ihm nahestehenden politischen Kreise gegen die Regierung Bülows dar, und ihm schloß sich als letzter der Antisemit Zimmermann an, der als erfahrener Demagoge die Stimmung des Kleinbürgertums zum Ausdruck brachte und klipp und klar aussprach: „Die Mühle klappert ja ruhig weiter, der Müller — Pardon, Herr Reichskanzler — ist nach wie vor derjenige, der die verantwortliche Zeichnung übernimmt; aber das ändert an der Tatsache nichts, daß unser Volk hinter dieser Politik nicht steht und daß wir tatsächlich auch draußen in der Welt isoliert sind."

So endete diese erste Aktion des Reichstags mit einem geradezu vernichtenden Urteil über den Reichskanzler Bülow, seine Politik und das persönliche Regiment in Deutschland. Nur das Zentrum hatte Form und Inhalt seiner Kritik so weit gemäßigt, wie es einer Regierungspartei ansteht. Es lag auf der Hand, daß das Kabinett Bülow — wollte es nicht schimpflich zugrunde gehen — alsbald irgendetwas unternehmen mußte, um wenigstens das Vertrauen der klein- und mittelbürgerlichen Schichten wieder zu gewinnen.

Wahlprüfungen.

Bevor sich das Parlament anderen Aufgaben zuwandte, beschäftigte es sich zunächst drei Tage lang mit Prüfung von Wahlen. War schon kurz nach dem Zusammentreten des Reichstages im Jahre 1903 bei den Parteien der Rechten, dem Zentrum und bei den Nationalliberalen — unter Führung des Zentrums — das Bestreben deutlich hervorgetreten, alle, auch die schamloseste Wahlbeeinflussung gutzuheißen, wenn sie einem Mitglied jener Parteien zugute gekommen war, und jeden, auch den lächerlichsten Vorwand zu benutzen, um das Mandat eines Sozialdemokraten zu kassieren, so steigerte sich diese Neigung im Verlauf der Legislaturperiode zu einem vollständigen Umsturz der vom Reichstage früher aufgestellten und bisher gewissenhaft befolgten Grundsätze über die Gültigkeitserklärung von Wahlen. Bei den Debatten über die Berichte der Wahlprüfungskommission in Sachen Dietrich, Malkewitz, Wiltberger, Kern, Dr. Höffel kam es zu leidenschaftlichen, ja oftmals stürmischen Auseinandersetzungen, in denen von unserer Seite die Abgeordneten Fischer-Berlin, Geyer, Herbert die Sache der Gerechtigkeit und parlamentarischen Reinheit mit äußerster Energie vertraten. (118. bis 120. Sitzung des Reichstags vom 15. bis 17. November 1906.) Wiederholt wiesen unsere Parteigenossen darauf hin, daß es nicht angehe, die Prüfung der Wahlen jahrelang hinzuziehen; auf diese Weise kann jemand ein Mandat fast eine

ganze Legislaturperiode hindurch zu Unrecht ausüben und so die Mehrheit der Wähler eines Wahlkreises um ihre legitime Vertretung betrügen. Welch ein Zustand, daß bei der Auflösung des Reichstages am 13. Dezember 1906 noch nicht alle Wahlen aus dem Jahre 1903 durchgeprüft waren!

Fleischnot.

Vom Frühjahr 1906 hatte eine beständige Steigerung der Fleischpreise, nicht nur die industrielle Lohnarbeiterschaft des ganzen Reiches, sondern auch das Kleinbürgertum, ja, in den Großstädten auch zahlreiche Angehörige des mittleren Bürgerstandes, außerordentlich belastet. Unsere Fraktion brachte deshalb (Nr. 542 der Drucksachen) eine Interpellation ein, die folgendermaßen lautete:

„Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um der notorischen Steigerung der notwendigsten Lebensmittel, insbesondere des Fleisches, die zu einer schweren Kalamität für den größten Teil des deutschen Volkes geworden ist, entgegenzuwirken?"

Gleichzeitig hatten die Freisinnigen eine ähnliche Interpellation (Nr. 541 der Drucksachen) eingebracht, in der der Reichskanzler gefragt wurde, ob er der Fleischteuerung durch Oeffnung der Grenzen unter Aufrechterhaltung des Schutzes gegen die Einschleppung von Viehseuchen, durch Herabsetzung oder Beseitigung der Viehzölle und durch Aufhebung der Zölle auf Futtermittel Abhülfe zu schaffen beabsichtige? Mit der Interpellation war ferner die Frage verknüpft, was der Reichskanzler zu tun gedenke, um den Beamten und Unterbeamten, sowie den sonst in fester Besoldung stehenden Angestellten der Reichsverwaltung einen Ausgleich für die nachteiligen Folgen der herrschenden Preissteigerung auf ihre Lebenshaltung zu schaffen?

Als diese beiden Interpellationen am Montag, den 19. November 1906, auf der Tagesordnung standen, glänzten nicht nur der Reichskanzler und der neue preußische Landwirtschaftsminister v. Arnim durch Abwesenheit, auch alle Mitglieder des Bundesrates, mit Ausnahme des Grafen Posadowsky, hatten es nicht der Mühe für wert erachtet, im Parlamente zu erscheinen. Und dieser war auch nur gekommen, um zu erklären, daß der Reichskanzler „hoffe, daß die Beantwortung beider Interpellationen im Laufe der nächsten 14 Tage" erfolgen könnte. Durch diesen Schachzug der Regierung — ein Begräbnis vierter Klasse — ward es den Antragstellern unmöglich gemacht, ihre Anträge auch nur zu begründen. Die agrarische Regierung wagte in dieser Situation ebensowenig die offensichtlichen Schäden ihrer Teuerungspolitik zu bestreiten, wie ihre Ursachen zu beseitigen, sie handelte nach dem kläglichen Grundsatze: Zeit gewonnen, alles gewonnen.

Branntweinbesteuerung.

Die Gelegenheit der Beratung eines Gesetzentwurfs über die Bemessung des Kontingentsfußes für landwirtschaftliche Brennereien (Nr. 509 der Drucksachen) benutzte als Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion der Abgeordnete Wurm, um eine gründliche Abrechnung mit der Schnaps-Liebesgabenwirtschaft zu halten.

Die Vorlage der Regierung ging dahin, im ersten Absatz der Ziffer 2 des Artikels 1 des Gesetzes vom 7. Juli 1902 über Abänderung des Branntweinsteuergesetzes, die Zahl 80 000 durch 50 000 zu ersetzen; mit anderen Worten: als seinerzeit eine Abänderung des Branntweinsteuergesetzes vorgeschlagen wurde, durch die für neu zur Kontingentierung kommenden Brennereien das Kontingent von 80 000 auf 50 000 Liter herabgesetzt werden sollte, wurde dies zwar nicht definitiv angenommen, aber doch in einem Notgesetz festgelegt.

Es hatten daher die unter dem Notgesetz errichteten landwirtschaftlichen Brennereien nur ein Maximum von 50 000 Litern bekommen, während nach Ablauf des Notgesetzes neu errichtete Brennereien wiederum ein Kontingent von 80 000 Litern erhalten mußten. Dagegen wandten sich die Agrarier, denen immer daran gelegen ist, die Einrichtung neuer Brennereien zu erschweren, damit sie den Preis des von ihnen dauernd hergestellten Spiritus dauernd hochhalten können. Der Zweck des neuen Gesetzesvorschlags war lediglich der, zugunsten der agrarischen Brenner das brüchige Gefüge der heutigen volksschädlichen Spiritusbesteuerung noch auf einige Zeit haltbar zu machen, damit nach wie vor jährlich etwa 45 Millionen Mark aus der Tasche der Branntweintrinker in die Tasche der Branntweinbrenner hineinwandern. Die Liebesgaben, die jetzt auf Grund des Kontingentierungssystems den Brennern jährlich zugeschanzt werden, haben seit dem Bestehen des Gesetzes dem Volke ungefähr 800 bis 900 Millionen gekostet. Wir verlangen darum eine grundsätzliche Aenderung der Branntweinsteuergesetzgebung.

Während die Vertreter des reinen Agrariertums für die Erhaltung der Liebesgaben eifrig eintraten, erklärten die Redner aller anderen Parteien, daß sie eine mehr oder weniger weitgehende Aenderung der Branntweinbesteuerung wünschten.

Der Gesetzentwurf wurde einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen, die den Genossen Wurm zum Vorsitzenden erwählte, aber auf Betreiben der agrarischen Mehrheit niemals zur sachlichen Beratung zusammengekommen ist.

Bauarbeiterschutz.

Die erste sozialpolitische Vorlage, mit der sich der Reichstag zu befassen hatte, war der Entwurf eines Gesetzes über Aenderung der Gewerbeordnung, durch das die Kautelen für zuverlässige Leitung der Bauunternehmungen verstärkt werden sollten. Die erste Lesung dieses Entwurfes war bereits in dem vorausgehenden Sessionsabschnitte des Reichstags vorgenommen worden, eine Kommission hatte ihn daraufhin beraten, und der Reichstag wandte sich am 19. November 1906 der Einzelberatung auf Grund des die Vorlage empfehlenden Kommissionsberichtes zu, nicht ohne dabei auch in einer Art von Generaldiskussion die allgemeine Frage des Befähigungsnachweises und andere Probleme der Handwerkerpolitik wieder zu erörtern.

Der Entwurf der Regierung suchte die Garantien für zuverlässige Bauleitung und Bauunternehmung nicht, wie von den Zünftlern gewünscht, in der Einführung des allgemeinen Befähigungsnachweises für das Baugewerbe, sondern in einem polizeilichen Untersagungsrecht. Dieses polizeiliche Untersagungsrecht sollte sich in doppelter Richtung bewegen: einmal kann die Polizei einen ganzen baulichen Gewerbebetrieb untersagen, und zweitens kann sie die Ausführung eines einzelnen Baues durch einen bestimmten Unternehmer oder Leiter verbieten. Die Untersagungsbefugnis, die sich gegen einen ganzen Gewerbebetrieb richtet, muß nach der Vorlage von dem zuständigen baupolizeilichen Organ ausgehen, das gegen den Unternehmer oder Leiter im Verwaltungsstreitverfahren auf Untersagung klagt. Das Verbot sollte erst in Kraft treten, wenn eine rechtskräftige Entscheidung auf Untersagung im Verwaltungsstreitverfahren ergangen sei. Die Ausführung eines einzelnen Baues durch einen bestimmten Bauunternehmer oder Bauleiter sollte durch bloße polizeiliche Verfügung, d. h. durch die untere Verwaltungsbehörde ohne weiteres untersagt werden können. Gegen diese Verfügung sollte der Unternehmer oder Leiter das Recht des Einspruches haben; dieser Einspruch wird im Verwaltungsstreitverfahren erledigt. In dem einen und in dem anderen Falle sollte die Untersagung nur auf Tatsachen gestützt werden, die den Bauunternehmer oder den Bauleiter als unzuverlässig in der Ausübung des Baugewerbes erwiesen hätten.

Gegen diesen Gesetzesvorschlag, dessen arbeiterfreundliche Grundtendenz er anerkannte, wandte der Vertreter der sozialdemokratischen Partei, Abgeordneter Bömelburg, ein, daß er nicht geeignet sei, eine Verminderung der Unfälle im Baugewerbe herbeizuführen. Denn es kann ja nur dann der Betrieb des Gewerbes — sei es im ganzen, sei es im einzelnen — untersagt werden, wenn Tatsachen vorliegen, die die Unzuverlässigkeit des Gewerbetreibenden dartun. Mit anderen Worten: erst wenn Unglücksfälle eingetreten sind, erst dann kann einem Unternehmer der Betrieb untersagt werden. Aus der Fassung des Gesetzes ergibt sich aber weiter, daß nur dann eine Betriebsuntersagung möglich ist, wenn größere Unfälle auf dem Arbeitsplatze eines Unternehmers vorgekommen sind und wenn vor allen Dingen dem Unternehmer gerichtlich nachgewiesen worden ist, daß er gegen die allgemeinen Regeln der Baukunst verstoßen hat. Es liegt auf der Hand, daß derartige Nachweise nur schwer zu erbringen sind. Die Grundschäden des heutigen Bauarbeiterschutzes werden durch den Gesetzentwurf gar nicht berührt; soll das Uebel der zahllosen Bauunfälle beseitigt werden, dann muß es vielmehr an der Wurzel angefaßt werden. Ein Teil der Unfälle ist auf mangelhafte Konstruktion zurückzuführen; hiergegen muß die Baugesetzgebung Abhülfe schaffen, indem sie bestimmt, daß die Pläne für alle Bauten von der Behörde nachgeprüft werden und daß keine Baugenehmigung erteilt werden darf, bis die Pläne in konstruktiver Hinsicht einwandsfrei befunden worden sind; wenn die Baubehörde außerdem für die richtige Ausführung der Bauten nach den genehmigten Plänen verantwortlich gemacht wird, dann werden Unfälle infolge falscher Konstruktion nur noch selten vorkommen. Der größte Teil der Unfälle ist aber heute auf Leichtsinn, Gewinnsucht und Gewissenlosigkeit der Unternehmer zurückzuführen.

Gegen diese Uebelstände suchte ein von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachter Antrag den Bauarbeitern Hülfe zu bringen.

Dieser Antrag wollte in seinem ersten Teil die Bauunternehmer und Bauherren solidarisch verpflichten, die Materialien, Gerüste, Schutzvorrichtungen, Maschinen und Gerätschaften in solcher Güte anzuliefern, einzurichten und zu unterhalten, und den Betrieb so zu regeln, daß die Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit geschützt sind. Im Winterhalbjahr sollen im Innern der Bauten Arbeiter nur beschäftigt werden, wenn Tür- und Fensteröffnungen derjenigen Räume, in denen gearbeitet wird, geschlossen sind. Es soll verboten sein, die Anwendung des offenen Koksfeuers zur Austrocknung und Erwärmung der Bauten oder einzelner Räume. Es sollen ferner Säuren, Laugen, gifthaltige Farben und explosionsfähige Stoffe in sicherem Verschluß und in gesonderten Räumen gehalten und nur von verantwortlichen Personen herausgegeben werden dürfen. Die Bauleitung soll Fürsorge treffen, daß täglich vor Beginn der Arbeit die Laufbrücken, Leitern und Leitergänge, Gerüste, Maschinen und sonstige Gerätschaften, sowie Schutzvorrichtungen aller Art auf ihre Standfestigkeit und Sicherheit geprüft werden und daß die Ingebrauchnahme schadhaft und mangelhaft befundener Gerüste, Geräte und sonstiger Betriebsmittel verhindert wird. Die Fürsorge der Bauleitung soll sich aber auch auf die Unterkunftsräume, Bedürfnisanstalten usw. erstrecken. Insbesondere soll für frisches Trinkwasser gesorgt werden. Mit der Prüfung und Sicherung der Gerüste soll, insofern der Bauunternehmer oder Bauherr sie nicht selbst ausführt, der Polier oder, falls ein solcher nicht vorhanden, eine von der Bauleitung dazu beauftragte Person

betraut werden. Der zweite Teil handelte von den Unfallverhütungsvorschriften. Das Reichsversicherungsamt soll nach unserem Antrage unter Mitwirkung von Vertretern der Arbeiter und Unternehmer Normalvorschriften erlassen für Sicherheitsvorrichtungen bei Abbruchsarbeiten, Ausschachtung der Baugruben für Hoch- und Tiefbauten, Herstellung der Gerüste und Transportwege und für den Auf- und Ausbau jeglicher Bauten, unter Berücksichtigung ihrer Eigenarten und des dazu verwendeten Materials. Auf Grund der Normalvorschriften sollen dann für alle Gebiete einer höheren Verwaltungsbehörde Unfallverhütungsvorschriften erlassen werden, die alljährlich einer Nachprüfung zu unterziehen sind. Mit dem Erlaß und der Nachprüfung dieser Vorschriften sollen Kommissionen, bestehend aus Unternehmern und Arbeitern, betraut werden, die von den Angehörigen der Gewerbe zu wählen sind. Der dritte Teil handelte von der Ueberwachung der Bauausführungen. Für die Ueberwachung sollen, so weit es noch nicht geschehen ist, Baupolizeibehörden gebildet werden, die aus technischen Beamten und praktisch gut gebildeten Personen aus den Kreisen der Arbeiterschaft zusammenzusetzen sind. Die Kontrolle soll ausgeübt werden von technisch vorgebildeten Beamten und von den Kontrolleuren aus dem Stande der Arbeiterschaft gemeinsam; beide sollen sich in ihrer Aufgabe gegenseitig ergänzen. Während den technisch gebildeten Personen in erster Linie die Aufgabe zufällt, zu prüfen, ob der Bau nach den genehmigten Plänen ausgeführt wird, soll es in der Hauptsache Aufgabe der Arbeiterkontrolleure, als der Praktiker sein, darauf zu achten, daß die Bauarbeiterschutzbestimmungen ausgeführt werden.

Es braucht kaum erwähnt zu werden, daß dieser Vorschlag eines wirksamen Bauarbeiterschutzes sowohl in der Kommission als im Plenum des Reichstags auf heftigsten Widerstand stieß. Vor allen Dingen wurde die obligatorische Einführung der Baukontrolleure aus den Kreisen der Arbeiter angegriffen. Auch der Regierungsvertreter, ein preußischer Geheimrat, wandte sich dagegen, indem er besonders der Befürchtung Ausdruck gab, daß „die Kluft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern" durch Einführung von Arbeiterkontrolleuren erweitert werde.

Im Laufe der Diskussion kündigte der Staatssekretär v. Posadowsky zugleich an, daß dem Bundesrate „demnächst" ein Gesetz über den sogenannten „kleinen Befähigungsnachweis" vorgelegt werden solle; ein Gesetz, welches verhindern soll, daß jemand „unbefugt" den Titel Baugewerksmeister führt und daß jemand Lehrlinge ausbildet, der nicht selbst den Meistertitel erworben hat. Zur Vorlage dieses Gesetzes im Reichstag ist es nicht mehr gekommen. Die oben geschilderte Novelle zur Gewerbeordnung ist in dritter Lesung am 10. Dezember gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion verabschiedet worden.

Urheberrecht.

Die Stellung der sozialdemokratischen Partei zu dem Entwurf eines Gesetzes über das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste und der Photographie war durch ihre Haltung zu der Frage des literarischen Urheberrechts gegeben. Es handelt sich bei diesen Gesetzen um nicht mehr und nicht weniger als um Arbeiterschutz, Schutz der geistigen Arbeit, die wir mindestens ebenso hoch einschätzen wie jede andere Art menschlichen Schaffens. Die Fraktion konnte sich auch den in einigen Petitionen vertretenen Anschauungen nicht anschließen, als ob durch dieses Gesetz die Verbreitung billiger guter Bilder erschwert, oder gar verhindert werde.

Als bei der Beratung dieses Gesetzes die Frage angeschnitten wurde, ob der Polizei das Recht zustehen solle, verhaftete Personen zwangsweise

und ohne richterliche Ermächtigung photographieren zu lassen, trat der Wortführer der sozialdemokratischen Partei, Genosse Stadthagen, lebhaft gegen das neue Ausnahmegesetz zugunsten der Polizei ein und warnte davor, die Privilegien der Polizei noch mehr zu verstärken, während das Reich alle Veranlassung habe, die Rechte der Einzelnen zu schützen und sie vor polizeilicher Willkür zu bewahren. Der § 23 des Gesetzes bringt gegen den bestehenden Zustand insofern eine Aenderung, als für Zwecke der Rechtspflege und der öffentlichen Sicherheit von den Behörden Bildnisse ohne Einwilligung des Berechtigten sowie des Abgebildeten oder seiner Angehörigen vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zur Schau gestellt werden dürfen. Die sozialdemokratische Fraktion beantragte, wenigstens einige Rechtsgarantien dadurch zu schaffen, daß man sagte, Bildnisse „dürfen nur auf richterliche Anordnung" usw. und ferner hinzusetzte: „Die richterliche Anordnung darf nur auf Grund reichsgesetzlicher Bestimmungen ergehen." Es war das eine Warnung vor willkürlichen Eingriffen in die persönliche Freiheit des Einzelnen, eine Warnung, die z. B. durch das Verhalten der Mannheimer Polizei gegen den Anarchosozialisten Dr. Friedeberg — er war des Vergehens gegen eine gleichgültige Bestimmung des badischen Vereinsgesetzes beschuldigt und in der Haft photographiert worden, wurde aber später von der Anklage freigesprochen — besonders eindringlich gerechtfertigt wird; aber sie verhallte wirkungslos. Die Mehrheit des Reichstags gab der Polizei das von der Regierung gewünschte und als Bedingung zur Annahme des Gesetzes gemachte Recht, jeden Verhafteten gegen seinen Willen zu photographieren und die Photographie aufzubewahren oder beliebig zu verbreiten.

Gegen die Härten der Urheberrechtsgesetzgebung der Vereinigten Staaten von Nordamerika wandte sich eine von dem Genossen Dietz begründete Resolution, in der der Reichsregierung empfohlen wurde, ein gemeinsames Vorgehen der Vertragsstaaten der Berner Union gegen die rücksichtslose, von Interessenten völlig beherrschte nordamerikanische Regierung anzuregen. Diese Resolution wurde mit großer Mehrheit angenommen. Die dritte Lesung des Gesetzentwurfs ging am 10. Dezember 1906 vor sich. Und wurde das Gesetz angenommen; trotz Ablehnung ihres Antrages gegen das Polizeiprivilegium stimmte unsere Fraktion in Rücksicht auf den sonstigen Inhalt für das Gesetz. Dasselbe ist am 1. Juli 1907 in Kraft getreten.

Rechtsfähigkeit der Berufsvereine.

Hatte die Regierung bei der Beratung der ersten sozialpolitischen Vorlage der oben behandelten Novelle über den Bauarbeiterschutz noch leidlich abgeschnitten und auch aus dem Munde unseres Vertreters das Zeugnis ausgestellt erhalten, daß man ihren guten Willen anerkenne, so erlitt sie bei der zweiten Vorlage, dem Entwurf eines Gesetzes über die gewerblichen Berufsvereine (Nr. 533 der Drucksachen) eine um so entscheidendere Niederlage.

Die Frage der Rechtsfähigkeit von Arbeiterberufsvereinen hatte in den Kreisen der Sozialpolitiker seit langer Zeit eine Rolle gespielt. Sollte sie gesetzlich gelöst werden, so mußte die Arbeiterschaft verlangen, daß das neue Gesetz den Gewerkschaften, wie sie sich im Laufe der wirtschaftlichen Entwickelung herausgebildet haben, eine ihren Verhältnissen angepaßte, klare und gesicherte Rechtsstellung verleihe. Da die freien Gewerkschaften bis heute in den Ruf nach der Rechtsfähigkeit nicht eingestimmt hatten, so mußten sie ferner verlangen, daß ein Gesetz über die Verleihung der Rechtsfähigkeit, ohne dessen Existenz sie groß und einflußreich geworden waren, ihnen kein Opfer an Bewegungsfreiheit und Entwickelungsmöglichkeit auferlege. Dieses

hatte die Regierung bei ihrem Entwurfe außer acht gelassen. Der Gesetzentwurf war nichts als ein Versuch, die erfolgreiche und fruchtbare Entwickelung des Gewerkschaftslebens zu hemmen, ja geradezu zu vernichten.

Inhalt und Tendenz des Gesetzentwurfes sind seinerzeit in der Partei- und Gewerkschaftspresse und in Flugschriften so ausführlich behandelt worden, daß wir uns hier auf eine kurze allgemeine Charakteristik beschränken können.

Unser Gewerkschaftsleben entbehrte bisher eine besondere gesetzliche Regelung. Den Berufsvereinigungen fehlte die Rechtsfähigkeit, die juristische Persönlichkeit, sie konnten nicht im eigenen Namen für sich selbst in Rechtsgeschäften auftreten, also nicht vor Gericht klagen, Grundeigentum erwerben, und andere Rechtsgeschäfte abschließen. Der heutige Rechtszustand ist so, daß den gleichgültigen und bedeutungslosen Vereinigungen die Erwerbung voller Persönlichkeitsrechte leicht gemacht ist, während das Anrecht darauf allen Vereinen mit ernsten Zielen und wichtigen Zwecken versagt bleibt; denn man knüpft den Erwerb der Rechtsfähigkeit an die Eintragung in das Vereinsregister, gibt aber dabei gleichzeitig der Polizei ein Widerspruchsrecht gegen die Registrierung politischer, sozialpolitischer und religiöser Vereine.

Diesen Zustand wollte die Regierungsvorlage angeblich ändern. Sie schuf aber zu dem Zweck nicht etwa ein verständiges, den Bedürfnissen des Lebens angepaßtes Recht der Berufsverbände, sondern begnügte sich mit einer verworrenen und gefährlichen Anfügung an das ohnehin unübersichtliche bürgerliche Gesetzbuch und die einzelstaatlichen Vereinsgesetze. Form und Inhalt machten der sozialdemokratischen Fraktion die Zustimmung gleicherweise u n m ö g l i c h.

In § 1 zog der Entwurf den Kreis der Berufsvereine, denen die Eintragung in das Vereinsregister gestattet sein sollte, so eng, daß unsere größten Gewerkschaften in ihrer heutigen Form sich kaum dem Gesetz hätten unterstellen können, selbst wenn sie gewollt hätten. Als Berufsverein sollte eingetragen werden können: „ein Verein von Gewerbetreibenden oder gewerblichen Arbeitern (Titel VII der Gewerbeordnung) desselben Gewerbes oder verwandter Gewerbe oder von solchen Gewerbetreibenden und Arbeitern zugleich, wenn sein Zweck nur auf Wahrung und Förderung der mit dem Beruf seiner Mitglieder unmittelbar in Beziehung stehenden gemeinsamen gewerblichen Interessen oder daneben auf die Unterstützung seiner Mitglieder gerichtet ist, ohne daß ihnen ein Rechtsanspruch darauf eingeräumt wird". Durch diese Definition wurden alle Kategorien von Arbeitern, die nicht unter den Titel VII der Gewerbeordnung fallen, von dem Recht dieses Gesetzentwurfes ausgeschlossen. Das betrifft alle Eisenbahnangestellten, auch, wie die Begründung frischweg bestimmt, die in Eisenbahnwerkstätten beschäftigten Arbeiter, die Handelsangestellten, die Bureaugehülfen von Krankenkassen, Berufsgenossenschaften, Rechtsanwälten usw., die Schiffsbesatzungen und alle Landarbeiter. Da diese Klassen von Arbeitern nicht nur keine eigenen eingetragenen Berufsvereine sollten bilden können, sondern auch anderen Berufsvereinen nicht sollten angehören dürfen, so würde Verbänden, wie unserem Verband der Fabrik-, Land- und Hülfsarbeiter die Möglichkeit einer Erlangung der Rechtsfähigkeit nach diesem Entwurf von vornherein versagt geblieben sein. Die ganze ängstliche Abgrenzung von Angehörigen eines bestimmten Gewerbes oder verwandter Gewerbe von allen übrigen Arbeitern ließ schon erkennen, daß die Absicht der Regierung darauf hinausging, die großen, machtvollen gewerkschaftlichen Verbände zu zerschlagen und nur kleine, deshalb ohnmächtige Gruppen zu dulden.

Dieselbe Tendenz zeigte sich auch in dem Bestreben, Berufsverbänden, die sich dem Gesetz unterstellen wollten, den Zweck auf das engste zu umgrenzen,

sie auf kleinliche Handwerks- und Kirchturminteressen ausschließlich hinzuweisen. Und endlich diente dieser Tendenz die polizeiliche Kontrolle, der die rechtsfähigen Vereine unterstellt werden sollten. Eine Menge harter Strafbestimmungen sollten die Durchführung solcher Beschränkung sichern. Jede Ueberschreitung der Vorschriften machte die Vorstände strafbar und konnte zur Entziehung der Rechtsfähigkeit führen. Dabei öffnete der Entwurf gegen die massenhaften Ordnungsstrafen nicht einmal den ordentlichen Rechtsweg, sondern wollte nur die Beschwerde an die vorgesetzte Behörde der Polizei zulassen, eine Zumutung, die dem modernen Rechtsempfinden geradezu ins Gesicht schlägt.

Vorschriften des Entwurfs über die Führung von Mitgliederlisten und die Verpflichtung der Vorstände, die Mitgliederlisten der Verwaltungsbehörde auf Verlangen vorzulegen, bewiesen nur, wie weltfremd die Verfasser des Entwurfes unserem Gewerkschaftsleben gegenüberstehen. Der Vorstand eines rechtsfähigen Berufsvereines sollte nach dem Entwurf ebenfalls gemäß besonderer Bestimmungen des Bundesrates jährlich Uebersichten über Zahl und Berufsstellung der Vereinsmitglieder, detaillierte Angaben über Einnahmen und Ausgaben des Vereins, sowie über den Bestand des Vereinsvermögens aufstellen, der Verwaltungsbehörde einreichen und im „Reichsanzeiger" veröffentlichen. Soviel Vorschriften soviel Möglichkeiten polizeilicher und gerichtlicher Schikanierung!

Polizeilicher Geist ärgster Art sprach weiterhin aus den Vorschlägen über die Entziehung der Rechtsfähigkeit; angedroht wurde sie für den Fall, daß rechtsfähige Verbände eine Arbeiteraussperrung oder einen Arbeiterausstand herbeiführen oder förderten, die mit Rücksicht auf die Natur oder die Bestimmungen des Betriebes geeignet wären, die Sicherheit des Reiches oder eines Bundesstaates zu gefährden, eine Störung in der Versorgung der Bevölkerung mit Wasser oder Beleuchtung herbeizuführen oder eine gemeine Gefahr für das Leben zu verursachen. Streiks in Betrieben von Eisenbahnen, Straßenbahnen, der öffentlichen Beleuchtung, bei Wasserleitungen usw. dürften demnach von eingetragenen Verbänden nicht nur nicht unternommen, sondern auch nicht unterstützt werden. Aber dasselbe war auch bei anderen Streiks der Fall. Unbestimmte Ausdrücke, wie „Gefährdung der Sicherheit des Reiches oder eines Bundesstaates", oder „gemeine Gefahr für das Menschenleben" können schließlich auf jeden größeren Streik angewendet werden. Hafenarbeiterstreiks, Bergarbeiterstreiks usw. kann man jederzeit diesen Begriffen unterstellen.

Bei Entziehung der Rechtsfähigkeit sollte eine Liquidation nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches stattfinden. Das Vermögen des Vereins wird dadurch zunächst festgelegt und fällt, falls keine besonderen Bestimmungen über seine Verwendung getroffen worden sind, an die Mitglieder, wenn solche Bestimmungen bestehen, frühestens nach Verlauf eines Jahres an die dafür bestimmten Organisationen. Es ist also nach diesen Bestimmungen mindestens ein Jahr lang jeder Verfügung entzogen. Außerdem aber sollte schon vor rechtskräftiger Entziehung der Rechtsfähigkeit die für das Entziehungsverfahren zuständige Behörde durch einstweilige Anordnungen alle ihr gutdünkenden Maßnahmen treffen dürfen, wogegen wiederum nicht ein geordneter Rechtsweg, sondern nur Beschwerde an die vorgesetzte Behörde gegeben sein sollte, ohne daß diese Beschwerde aufschiebende Wirkung gehabt hätte. (§ 15 Abs. 2.) Auf diese Art hätte in kritischen Zeiten jede Handlung des Verbandes unter der Behauptung verboten werden können, sie überschreite die Zwecke des Verbandes, und jederzeit hätte das Verbandsvermögen beschlagnahmt werden können. Wäre eine solche Anordnung noch so unbegründet und unsinnig, sie wäre nicht zu beseitigen, bevor das gesamte Verfahren auf

Entziehung der Rechtsfähigkeit beendet wäre, was leicht jahrelang hingezogen werden kann.

Recht spitzfindig ausgedacht war alsdann jene Bestimmung, die angeblich dem Schutze der Minderheiten dienen sollte. Nämlich nicht nur die Verwaltungsbehörde sollte eine Kontrolle über den rechtsfähigen Verein ausüben, sondern auch Mitglieder sollten das Recht haben, im Wege der Klage Vereinsbeschlüsse der Mitgliederversammlungen oder des an ihrer Stelle fungierenden Ausschusses anzufechten. Die aus solchen Prozessen ergehenden Urteile sollten auch für die Mitglieder wirken, die selbst jene angegriffenen Beschlüsse gar nicht hatten anfechten wollen. Dadurch wäre es in die Hand eines jeden Spitzels gegeben gewesen, die Vereinstätigkeit auf lange oder gar auf immer durch schikanöse Klagen lahmzulegen.

Gefährlich war endlich auch die den Verbänden durch den Entwurf auferlegte Haftpflicht. Nach § 31 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ist ein rechtsfähiger Verein für den Schaden verantwortlich, den der Vorstand, ein Mitglied des Vorstandes oder ein anderer verfassungsmäßig berufener Vertreter durch eine in Ausführung der ihm zustehenden Verrichtung begangene, zum Schadenersatz verpflichtende Handlung einem dritten zufügt. Dies folgt daraus, daß fingiert wird, der Verein wäre eine willensfähige und handelnde Persönlichkeit, und daß die verfassungsmäßigen Handlungen seiner Vertreter wie die eigenen Handlungen des Vereins gelten. Daraus, daß ein solcher Verein einer Einzelperson gleichsteht, folgt aber auch die Anwendung des § 831 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, wonach der Verein zum Ersatz des Schadens verpflichtet ist, den jemand, den der Verein zu einer Verrichtung bestellt hat, in Ausführung dieser Verrichtung einem dritten widerrechtlich zufügt. Nur durch einen komplizierten Gegenbeweis könnte sich der Verein hiergegen sichern. Daraus würde gegebenenfalls unsere Justiz folgern, daß der Verband für alle Schäden haften müsse, die etwa von ihm bestellte Streikposten, Versammlungsredner, Redakteure usw. anrichteten; selbstverständlich auch für die von den verfassungsmäßigen Organen des Verbandes selbst verursachten Schäden bei Streiks, Sperren und dergleichen, sofern die Rechtsprechung sie als „unberechtigte zum Schadenersatz verpflichtende Handlungen" ansehen würde.

Gegen diese Bedenken und Gefahren konnten die Vorteile, die der Entwurf den Berufsvereinigungen bot, wenn sie sich dem Gesetz unterstellten, nicht in die Wagschale fallen. Die Hauptsache war, daß ein solcher Verein hinfort Frauen und Minderjährige von mehr als 16 Jahren sollte aufnehmen können, was bisher in manchen Bundesstaaten erschwert oder ganz verboten ist. Ferner sollten die Berufsvereine das Recht haben, vor Gericht zu klagen, während sie bisher nur verklagt werden konnten. Endlich sollten sie durch die Rechtsfähigkeit die Möglichkeit erhalten, auf eigenen Namen Grundeigentum zu erwerben, Schenkungen und Erbschaften entgegen zu nehmen. Nicht einmal eine verständige, klare, den Rücken und Tücken des heutigen Rechtsprechungsbetriebes ein Ende bereitende Sicherung des Koalitionsrechtes gab der Entwurf.

Die Dinge lagen also so: Erstens war zu befürchten, daß mit Hülfe dieses Gesetzes eine Menge von Streikbrechervereinen großgezogen würde; zweitens aber durfte man annehmen, daß diejenigen Verbände, die von dem Recht der Unterstellung unter das Gesetz keinen Gebrauch machen wollten, durch Maßnahmen der Verwaltung und der Rechtspflege gegen die rechtsfähigen Vereine benachteiligt werden würden. Sich unter das Joch dieses Gesetzes zu beugen, hätte für unsere Gewerkschaften den Verzicht auf Freiheit, Macht und Ehre bedeutet.

Nicht wie es sonst bei großen und wichtigen Gesetzesvorlagen die Regel ist, ein Vertreter der Regierung, sondern der sozialpolitische Wortführer des

Zentrums, Abgeordneter Trimborn, ergriff in der eröffneten Debatte über den Entwurf (am 23. November 1906) als erster das Wort. Er sprach, wie wenn er allen Strömungen im Zentrum, den kapitalistischen wie den proletarischen, den feudalen wie den demokratischen, gerecht werden wollte, streifte die Einzelheiten der Vorlage und hob ihre wenigen Vorteile für die Arbeiterschaft stark hervor; zum Schluß beantragte er ihre Verweisung an eine Kommission, indem er die Hoffnung aussprach, daß durch deren Arbeit die vorerst seiner Partei nicht genügende Vorlage brauchbar gemacht werden könnte.

Mit Recht bemerkte der Vertreter unserer Partei, Genosse Legien, das Zentrum scheine auch bei dieser Gelegenheit nicht von seinem Grundsatz abzugehen, als Regierungspartei zu fungieren, weshalb auch Herr Trimborn in einer Weise für die Vorlage gesprochen habe, als wenn er in Vertretung der verbündeten Regierungen zu reden gehabt hätte. Und an einer anderen Stelle: „Es scheint, als wollte man (die Regierung) nur den Wünschen der Zentrumsfraktion nachgeben und das, was diese Partei forderte, erfüllen. Das ist die Auffassung, die wir von unseren verbündeten Regierungen, die wir von der Geschäftsleitung im Staatswesen haben, eine Auffassung, deren Richtigkeit tatsächlich durch diesen Gesetzentwurf bestätigt worden ist." Wiederum ein Zeugnis dafür, daß die Zentrumspartei noch am 23. November 1906 Regierungspartei war und als solche angesehen wurde.

In der Sache selbst sprach Legien das unverhohlene Mißtrauen der modernen Arbeiterbewegung gegen den Gesetzentwurf aus und wies namentlich nachdrücklich darauf hin, daß auch hier die Gelegenheit zur Schaffung eines Koalitionsrechtes der Landarbeiter sowie der Staatsarbeiter absichtlich und schroff vernachlässigt werde. Da die Rede unseres Vertreters in einer Agitationsbroschüre im Lande verbreitet worden ist, können wir die Einzelheiten seiner Ausführungen hier übergehen. Nur aus dem Schluß sei folgendes angemerkt: „In diesem Gesetze liegt die Tendenz, unsere gewerkschaftliche Organisation polizeilich zu reglementieren und sie unter bestimmten Voraussetzungen in den schwersten Zeiten, wo sie Kämpfe mit den Unternehmern zu führen habe, wehrlos den Organisationen des Unternehmertums preiszugeben . . . Wenn diese Tendenz nicht aus dem ganzen Entwurf herausgebracht wird, dann wird er zum Schaden jeder Berufsorganisation gereichen . . . Auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungswesens, auf dem Gebiete des Polizeiverwaltungswesens ist der Hebel anzusetzen . . . Solange Sie das nicht tun, solange der Versuch gemacht wird, auf dem Wege der privatrechtlichen Regelung noch eine weitere polizeiliche Reglementierung unseren Organisationen zu bringen, solange kann derjenige, der es gut und ernst meint mit dem Wohle der Arbeiter, einem solchen Gesetzentwurf nicht zustimmen, und wenn, wie gesagt, die Tendenz nicht beseitigt wird, wenn die grundlegenden Bestimmungen nicht herauskommen, dann wird der Gesetzentwurf, mag er aus der Kommission in einer Form herauskommen, in welcher er will, tatsächlich nicht zum Nutzen der Arbeiter dienen, sondern zum Nutzen der Unternehmer und zum Schaden der Arbeiterklasse."

Gerade weil der ganze Gesetzentwurf die Tendenz in sich trug, die moderne Arbeiterbewegung zu zersplittern und dadurch zu schädigen, begrüßte ihn natürlich die konservative Partei, die durch den Mund des Abgeordneten Schickert erklären ließ, die Vorlage entspreche „den berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft, vor allen Dingen der auf nationalem und christlichem Boden stehenden Arbeiterschaft".

Der Abgeordnete Bassermann, der im Namen der nationalliberalen Partei sprach, aber wohl schwerlich seine Partei dabei geschlossen hinter sich

hatte, vielleicht nicht einmal die Mehrheit vertrat, übte, ungeachtet alles Wohlwollens, das er der Regierung zollte, eine scharfe und in manchen Beziehungen durchaus treffende Kritik an dem Entwurf. Nach ihm erst sprach der Graf v. Posadowsky. Man muß anerkennen, daß er rückhaltlos die gefährliche Tendenz des Entwurfes offenbarte. Er ging von der Behauptung aus, in der Arbeiterbewegung gebe es sehr viele und sehr tiefgehende Unterschiede, und die Regierung müßte das Bestreben haben, diese Unterschiede zu erkennen und diejenigen Elemente, die bewußt auf der Grundlage der bestehenden Staatsordnung ständen, zu schützen und zu fördern. Das heißt mit anderen Worten: die Arbeiterbewegung zu trennen, um sie besser beherrschen zu können. Staatssekretär Graf v. Posadowsky war eben, wie sehr man auch seine Tätigkeit im einzelnen anerkennen mag, vollständig befangen in der Anschauung, man müsse Sozialpolitik nicht um ihrer selbst willen treiben, sondern zur Sicherung und Erhaltung der Macht der heute herrschenden Klassen. Weil er so dachte, empfand er den Widerspruch aus den Reihen der Scharfmacher besonders unangenehm. Gegen sie, die damals schon eifrig am Werk waren, seine Stellung zu unterhöhlen und seinen Sturz herbeizuführen, wandte er sich mit den Worten: „Auf der rechten Seite gibt es eine Richtung in der Presse, die einflußreiche Hintermänner hat, denen jede Fortbildung des Arbeiterrechtes höchst unerwünscht ist, die jede Fortbildung des Arbeiterrechtes in unserer Zeit der allgemeinen Schulbildung, der fortgesetzten Prosperität des gesamten deutschen Volkes eigentlich als eine Preisgebung von Rechten des Staates betrachtet und damit ihre eigenen Interessen mit den Staatsinteressen identifiziert." Das klang ganz tapfer, war aber nur der Notschrei eines Mannes, der trotz aller Bereitwilligkeit den herrschenden Klassen und besonders den Agrariern zu helfen — „wir arbeiten ja nur für Sie!" —, doch immer und immer wieder angefeindet wurde. Wie sehr er geneigt war, agrarische Interessen über alle anderen zu stellen, das zeigte er durch seine geradezu unglaublich motivierte Verwerfung des Koalitionsrechtes der Landarbeiter. Seine oberflächliche Begründung dieser Ablehnung zog ihm später vom zweiten Redner des Zentrums, Abgeordneten Giesberts, der sich über den Entwurf im ganzen ungeschminkter aussprach als sein Kollege Trimborn, eine verdiente Abfertigung zu. Der Vertreter der Freikonservativen, Abgeordneter Bokelmann, wünschte, daß der Entwurf wesentlich in der vorgelegten Gestalt Gesetzeskraft erlange. Dagegen stimmte die gesamte Linke und auch die antisemitische Gruppe, wenn auch in verschiedenen Abstufungen des Tons, in der Verwerfung der Vorlage mit der Sozialdemokratie prinzipiell überein; alle bürgerlichen Parteien sprachen freilich die Hoffnung aus, in der Kommission werde noch etwas Brauchbares zustande kommen. Im Namen der sozialdemokratischen Partei faßte dann noch einmal Abgeordneter Heine, besonders vom juristischen Standpunkt aus, alle berechtigten Einwendungen wirkungsvoll zusammen, und rechnete gleichzeitig mit den verdächtigen Freunden der Arbeiterschaft aus einzelnen bürgerlichen Parteien ab.

Der Entwurf wurde einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen; diese Kommission ist niemals zusammengetreten.

Polenpolitik.

Bei den Interpellationen der polnischen und der Zentrumsfraktion über den Mißbrauch der Fürsorgeerziehung im politischen Kampfe gegen die Polen und die Zwangsgermanisierung lieh die sozialdemokratische Fraktion den Polen getreu ihrer früheren Haltung und ihren Grundsätzen die lebhafteste Unterstützung. Die Parteien des Reichstages schieden sich so, daß die Konservativen die üblichen Kom-

petenzeinwände gegen die Behandlung der Angelegenheit erhoben, die Nationalliberalen ebenso wie die Antisemiten mit Enthusiasmus die Gewaltmaßnahmen der preußischen Regierung und der preußischen Justiz gegen die Polen begrüßten, während die Sozialdemokraten, das Zentrum, die freisinnigen Gruppen und selbstverständlich die kleineren Nationalitätengruppen sich zu einer scharfen Absage an die hakatistische Politik im Osten vereinigten.

Im Namen unserer Fraktion sprach Genosse Bebel, der mit der ganzen preußischen Polenpolitik eine gründliche Abrechnung hielt.

Der Vergewaltigung polnischer Eltern mit Hülfe der §§ 1666 und 1838 des Bürgerlichen Gesetzbuches ist inzwischen, wie angeführt sein mag, von den oberen Instanzen ein Ende bereitet worden.

Futtergerste.

Mit einer Interpellation über die Verwendung der als Futtergerste verzollten Gerste zu Brauzwecken, eingebracht vom Mitglied des Zentrums Abgeordneten Speck, versuchten die am Gerstebau vorzugsweise interessierten süddeutschen Agrarier die Regierung zu einer rigoroseren Handhabung der Bestimmungen des Zolltarifs über die Verzollung importierter Gerste scharf zu machen. Ohne Rücksicht darauf, daß der Gersteimport von erheblichem Einfluß auf die Viehhaltung in Deutschland ist, wünschten die Interpellanten den Gerstezoll allgemein auf 4 Mk. festgesetzt zu sehen und nur ausnahmsweise eine Ermäßigung auf 1,30 Mk. bei reiner Ausschußgerste zuzulassen. Die sozialdemokratische Fraktion trat diesen agrarischen Bestrebungen mit dem Hinweis auf das große Interesse an einer besseren Ernährung des deutschen Volkes, die nur gewährleistet sein kann, wenn die Preise für Viehfutter niedrig bleiben, scharf entgegen.

Fleischnot.

Die Frage der rationellen Volksernährung bildete den Gegenstand der freisinnigen und der sozialdemokratischen, bereits auf Seite 93 dieses Berichtes erwähnten Interpellation über die Fleischteuerung, die endlich am 11. Dezember 1906 zur Verhandlung kam. Für die sozialdemokratische Fraktion sprach Abgeordneter Scheidemann, der an der Hand eines ausgezeichneten Materials gründlich mit den Agrariern und der ihnen gehorsamen Regierung ins Gericht ging. Im Namen der übergroßen Masse des Volkes verlangte er, daß Maßnahmen zur Linderung der Fleischnot ergriffen würden, daß die Regierung sich nicht mehr als die Dienerin einer einseitigen agrarischen Interessenpolitik fühle und als solche handele, daß vielmehr sofort die Grenzen unter Beachtung der wirklich unerläßlichen sanitären Schutzmaßregeln für den Viehimport geöffnet würden. Mit Recht wies er darauf hin, daß es auf die Dauer mit der Verteuerung der Lebensmittel in Deutschland nicht so weitergehen kann und auch nicht so weitergehen wird; denn es heißt in der Tat an einer glücklichen Zukunft unseres Volkes verzweifeln, wollte man annehmen, daß eine Kulturnation auf die Dauer eine volksverwüstende Junkerpolitik sich gefallen lasse, wie sie bei uns heute getrieben wird.

Vergeblich versuchten der Graf v. Posadowsky und der an Podbielskis Stelle neuernannte Landwirtschaftsminister v. Arnim, das Verhalten der Regierung zu rechtfertigen und ihre völlige Passivität in dieser Angelegenheit zu beschönigen; besonders der Minister v. Arnim zeigte sich als unverfälschter Agrarier, der mit der größten Harmlosigkeit alle die Argumente zur Unterstützung der Auspowerungspolitik vorbrachte, die man täglich zweimal in der „Deutschen Tageszeitung" lesen kann. Da bei Interpellationen keine Ab-

stimmung geschäftsordnungsgemäß zulässig ist, so konnte am Schluß der Besprechung kein bestimmtes Resultat festgestellt werden; der moralische Eindruck der zweitägigen Verhandlung, sowie das Echo, das sie in der gesamten nichtagrarischen Presse im Lande fand, stellte sich aber als eine schwere Niederlage der Regierung heraus. Die Sozialdemokratie und die bürgerliche Linke hatten unzweifelhaft die große Majorität der Bevölkerung in ihrem Kampfe gegen das Agrariertum und die mit ihm verbündete Regierung auf ihrer Seite.

Algecirasakte.

Zu einer nochmaligen Erörterung der auswärtigen Politik des Reiches gab eine Vorlage der Regierung zur Ausführung der Generalakte der internationalen Konferenz von Algeciras vom 7. April 1906 (Nr. 950 der Drucksachen) Anlaß. Die Algecirasakte soll die Grundlage der ferneren Entwickelung der Dinge in Marokko bilden. Ausgehend von der Souveränität des marokkanischen Sultans, der Unantastbarkeit des marokkanischen Gebietes und der handelspolitischen Gleichberechtigung aller Staaten in diesem Lande hat die Algecirasakte in 7 Kapiteln Bestimmungen über die Aufrechterhaltung der Ordnung, die Fremdenpolitik, Einrichtung einer Staatsbank, Bestimmungen über den Handel mit Waffen, über Zoll- und Steuerwesen, über Vergebung öffentlicher Arbeiten und dergleichen getroffen.

Ohne eine Anerkennung der deutschen Marokkopolitik auszusprechen, stimmte die sozialdemokratische Fraktion dem vorgelegten Gesetzentwurf, den sie rein formal behandelte, zu. Der Abgeordnete v. Vollmar, der für sie das Wort führte, benutzte die Gelegenheit, um von neuem die regelmäßige Auslieferung urkundlichen Materials über die Auslandspolitik an den Reichstag zu fordern; ohne ein solches urkundliches Material, das in konstitutionell regierten Ländern ganz selbstverständlich mit größter Bereitwilligkeit und recht ausführlich der Volksvertretung zugänglich gemacht wird, ist die dem Reichstag zustehende und von ihm auszuübende wirksame Kontrolle der auswärtigen Politik vollkommen ausgeschlossen. Die Reichsregierung hat sich bisher gegen diese Mahnung ebenso gleichgültig verhalten wie gegen den von der Zentrumspartei eingebrachten Antrag Hompesch, der sich auf den gleichen Gegenstand bezieht.

Kolonialfragen.

Den Erörterungen der Kolonialangelegenheiten sah man im Parlament wie im Volke mit gleicher Spannung entgegen. Im Frühjahr 1906 hatten die Verhandlungen des Reichstages, wie man weiß, mit dem Knalleffekt geendet, daß die bereits in zweiter Lesung mit 127 gegen 110 Stimmen angenommene Vorlage der Regierung auf Schaffung eines Staatssekretariats für die Kolonien in dritter Lesung ebenso wie die Bahn Kubub—Keetmanshoop nach einem allseitig verurteilten Vorstoß des schneidigen Obersten v. Deimling abgelehnt wurde. Der Erbprinz von Hohenlohe, der damals an der Spitze der Kolonialverwaltung stand, überdauerte diese Niederlage nicht lange, sondern wurde im Sommer 1906 durch den bisherigen Direktor der Darmstädter Bank in Berlin, Bernhard Dernburg, ersetzt. Dem neuen Manne ging der Ruf eines rücksichtslosen Draufgängers voraus. Man konnte mit Recht darauf gespannt sein, wie er die ihm gestellte Aufgabe der „Sanierung" der deutschen Kolonialpolitik lösen werde. Der Anfang war nichts weniger als vielversprechend. Dernburg gab Denkschriften heraus, in denen er sich in erster Linie um den Nachweis des Wertes unseres Kolonialbesitzes bemühte. Zunächst eine Aufstellung über das in den Kolonien angelegte Kapital; er machte dabei einen Unterschied zwischen rentabler, werbender und unrentabler Anlage. Das Reich habe dort festgelegt für:

Eisenbahnen	40 506 734	Mk.
Schiffahrt und Hülfseinrichtungen (Häfen)	13 823 432	„
Versuchsgärten	3 740 316	„
Wege-, Wasser- und Brunnenanlagen	2 711 858	„
in Summa	60 782 840	Mk.
Davon direkt unrentabel	1 049 243	„
Bleibe „werbendes" Kapital	59 743 097	Mk.

Rentabel sei von diesem Kapital vorläufig noch nichts.

Dazu kämen dann noch 5 788 134 Mk. für die Vorbereitung werbender Zwecke; es kosteten also die oben erwähnten Anlagen dem Reiche:

	66 570 474	Mk.
Die Missionen hätten an Kapital investiert	8 024 720	„
Die neuen ostafrikanischen Kommunalverbände	1 871 853	„
Erwerbsgesellschaften	142 713 985	„
Schiffahrtsgesellschaften	65 077 800	„
Einzelunternehmungen	66 521 000	„
Sonstige angelegte Kapitalien	10 000 000	„
Im Mutterland angelegt	5 000 000	„
In Summa also	365 779 832	Mk.

Weil Herr Dernburg aber noch etwas vergessen haben könnte, so rechnete er mit einer abgerundeten Summe von 370 Millionen Mark. Daß die 142 713 985 Mk. der Erwerbsgesellschaften nur zum kleinsten Teil einbezahlt sind, in Wirklichkeit also nur papierne Werte darstellen, focht ihn nicht weiter an. Dabei „begründete" er wie folgt:

„Man sollte nicht außer acht lassen, daß die Kolonien in einer Zeit, wo sich so viele Gebiete der Erde gegen den Einfuhrhandel mehr oder weniger abschließen und die eigene Fabrikindustrie zu fördern suchen, als sichere Absatzmärkte von steigender Bedeutung für unsere Exportindustrie von größter Wichtigkeit sind, und diese Bedeutung wächst mit der durch Kapitalinvestition steigenden Erschließung des Landes."

Geradezu grotesk war die Berechnung des Wertes der Kolonien. Nach einer einzig dastehenden Methode rechnete er als Produktionswert unserer Kolonien diese Summen heraus:

Ostafrika	166 000 000	Mk.
Togo	71 600 000	„
Kamerun	232 000 000	„
Südwestafrika	4 900 000	„
Samoa	67 600 000	„
Neuguinea, Bismarck-Archipel	42 100 000	„
Marschallinseln, Karolinen usw.	32 600 000	„
Summa	616 800 000	Mk.

Nicht berücksichtigt war in dieser Rechnung das Bergwerkseigentum, sowie der angebliche Schatz von geologisch wertvollen Bodenbestandteilen, dennoch arbeitete nach dieser Art der Rechnung in den Kolonien ein produktives Kapital in Höhe von 1000 Millionen Mark!

Noch bevor sich der Reichstag mit diesen Denkschriften zu befassen hatte, waren sie Gegenstand einer lebhaften, zumeist hohnvollen Erörterung in der Presse gewesen. Man tut der Kolonialverwaltung sicherlich nicht Unrecht, wenn man annimmt, daß sie durch diese Denkschriften die Diskussion von ihren zahlreichen Fehlern, von den Untaten einzelner Kolonialbeamter, von der verschwenderischen Wirtschaft ablenken wollte. Im Reichstag knüpfte die Er-

örterung nicht an den Etat der Kolonialverwaltung und der einzelnen Schutzgebiete an, sondern an einige Nachtragsetats, die wiederum rund 30 Millionen Mark für den südwestafrikanischen Krieg, bezw. die nachträgliche Bewilligung für bereits ausgegebene Gelder und 8,9 Millionen für die im Frühjahr abgelehnte Fortführung der Bahn Lüderitzbucht—Keetmanshoop über Kubub hinaus forderten.

Am 23. November 1906 führte der Reichskanzler Fürst von Bülow persönlich den neuen Mann im Parlamente ein. Wie es seine Art ist, kokettierte Bülow bei dieser Gelegenheit mit seiner „Offenheit und Vorurteilslosigkeit". Anscheinend weit davon entfernt, das bisherige System verteidigen zu wollen, und mit rhetorischen Zusicherungen baldiger und gründlicher Aenderungen nicht sparsam, forderte er den Reichstag auf, alles Vertrauen zu der Regierung zu haben, die ganz gewiß die Dinge zum Besten kehren werde. Es gelte, augenscheinliche Mißstände, so sagte er, in der Kolonialverwaltung zu beseitigen; es seien Reformen an Haupt und Gliedern nötig; aber das deutsche Volk dürfe nicht in einer Anwandlung von Schwäche die Flinte ins Korn werfen, sondern müsse auf dem einmal betretenen Wege bleiben, und die Schutzgebiete, wenn auch zurzeit mit Not und Sorgen, erhalten. Kritik sei zwar sehr schön und angebracht, aber die Erörterungen in der Presse hätten weit über das Ziel hinausgeschossen; auch andere Völker hätten ihre Kolonialskandale gehabt, schuldige Beamten sollten zur Rechenschaft gezogen und nichts vertuscht werden usw.

Nach ihm sprach der Kolonialdirektor Dernburg und entwickelte dabei sein Arbeitsprogramm. Er erklärte, daß eine Fortdauer der in den letzten Jahren für die Kolonien gebrachten Opfer in der gleichen Höhe nicht angängig sei. Für ihn komme es zunächst darauf an, klare und saubere Zustände zu schaffen, richtige wirtschaftliche Prinzipien einzuführen, das Budgetrecht des Reichstages zu sichern, ein eigenes Rechnungsgesetz und Beamtengesetz für die Kolonien vorzubereiten, und einen Stamm leistungsfähiger und verläßlicher Beamten heranzuziehen. Zur Untersuchung der gegen einzelne Beamten und Offiziere erhobenen Anschuldigungen habe der Reichskanzler auf seinen Vorschlag eine Kommission, bestehend aus zwei preußischen Richtern und einem Staatsanwalt, eingesetzt; schuldige Beamte sollten der gerechten Strafe nicht entgehen, solche Beamte aber, die ihre Pflicht täten, von Amts wegen gegen „unberechtigte und heimtückische Angriffe" geschützt werden. Die Kolonien sollten zur wirtschaftlichen Selbständigkeit entwickelt werden, die sich auf ihre eigenen Einnahmen gründen müsse. Die Politik der Konzessionen an das Privatkapital in den Schutzgebieten solle aufhören, die wirtschaftliche Erschließung der Schutzgebiete wesentlich durch die Förderung des Eisenbahnbaues betrieben werden. Die bisherigen Monopollieferungs- und Transportverträge mit den Firmen von Tippelskirch u. Co., Oranien-Apotheke und Wörmann-Linie seien in einer für das Reich günstigen Weise gelöst worden.

Charakteristisch für diese Erklärungen sowohl des Kolonialdirektors als auch für die des Reichskanzlers war, daß darin die Eingeborenen-Frage mit keinem Wort erwähnt wurde: die Zentralfrage aller Kolonialpolitik schien für sie nicht zu bestehen; sie hatten zunächst mit der Regulierung des bureaukratischen Apparats und der Betreuung kapitalistischer Interessen genug zu tun.

Immerhin fand die Versicherung Dernburgs, daß die schamlose Vertuschungspolitik früherer Zeiten, die bis zur Korruption gediehene Bevorzugung gewisser Lieferungs- und Transportfirmen und der großen Landgesellschaften in Südwestafrika, die systematische Deckung verbrecherischer Kolonialhelden aufhören solle, Beifall im Reichstag.

Im Laufe des Sommers hatte in der Presse der Zentrumsabgeordnete Erzberger einen Enthüllungsfeldzug gegen die Kolonialverwaltung geführt, wobei er allerdings zum Schluß im Verkehr mit einem preußischen Untersuchungsrichter eine schwere moralische Schlappe erlitten hatte. Die vorsichtige Zentrumsfraktion, der es offenbar darauf ankam, zunächst erst einmal das Terrain und den neuen Herrn zu sondieren, schickte nicht Erzberger, sondern den zu Vermittlerrollen besonders geeigneten Abgeordneten Dr. Schädler vor, der zwar an Einzelheiten vielfach Kritik übte, im ganzen aber dem neuen Kolonialdirektor viel Schmeichelhaftes sagte und sich so vorsichtig ausdrückte, daß unser Redner, Genosse Ledebour, mit Recht sagen konnte, er habe aus seinen ausführlichen Ausführungen trotz ernstester Aufmerksamkeit nicht zu entnehmen vermocht, wie er und seine Partei sich zu den wichtigen Fragen, die eigentlich zur Diskussion ständen, verhalten wollten. Ledebour präzisierte kurz unsere Stellung zur kapitalistischen Kolonialpolitik, wandte sich dann einer ungeschminkten Beurteilung der phantastischen Denkschriften zu und übte schließlich eine scharfe Kritik an der Aufreibungs- und Niederhetzungspolitik, die man gegen die Eingeborenen in Südwestafrika betreibe. Nach einem Lobgesang des Nationalliberalen Dr. Semler, der eine Automobilspritztour durch Südwestafrika gemacht hatte und deshalb mit dem ganzen Aplomb eines „Sachkenners" auftrat, sowie nach einer farblosen Vorlesung des Konservativen Freiherrn von Richthofen-Damsdorf, kam der neue Kolonialdirektor zum zweitenmal zum Wort, wobei er sich wesentlich mit Ledebours Kritik seiner Denkschriften befaßte. Bei diesen Auseinandersetzungen wurde der Ton schon etwas heißer. Der Vertreter der freisinnigen Volkspartei, Abgeordneter Kopsch, hatte anscheinend das Bedürfnis, sich an Schärfe der Ausdrucksweise bei seinen Angriffen auf die Kolonialverwaltung von niemandem übertreffen zu lassen. Er stellte fest, daß die Prüfung der bisherigen Kolonialpolitik, sowohl in materieller wie in moralischer Beziehung, zu der Erkenntnis einer erschreckenden Unterbilanz führen müsse. Das deutsche Volk glaube zurzeit nicht an Erfolge in unseren Kolonien, die man am besten losschlage, wenn sich jemand finde, der sie nehmen wolle, und sei deshalb müde, weitere Opfer zu bringen. Das Auftreten des Kanzlers und des Kolonialdirektors sei auch nicht geeignet, Vertrauen zu erwecken oder geschwundenes Vertrauen wieder neu zu beleben. Mit den Kunststücken eines Zahlenjongleurs versuche man vergeblich, Eindruck zu machen. Wolle man das Volk für die Kolonien interessieren, so solle man die kolonisatorische Tätigkeit zunächst auf einzelne wichtige Punkte beschränken und den polizeilichen Schutz nur so weit ausdehnen, wie wirtschaftliche Interessen in Frage kämen. Nur in diesen Grenzen sei die freisinnige und die deutsche Volkspartei bereit, da man die Kolonien doch nun einmal habe, Ausgaben zu bewilligen. Mit Tendenzschriften, wie den Dernburgschen Denkschriften, die mehr einen byzantinischen als einen kaufmännischen Charakter trügen, solle man dem Reichstag vom Leibe bleiben, denn für uferlose, systemlose, schneidige Kolonialpolitik sei er nicht zu haben. Ueber Afrika dürfte man das deutsche Vaterland und die Interessen der deutschen Steuerzahler nicht vergessen.

Diese Ausführungen haben wir deshalb ausführlicher wiedergegeben, weil sie zur Beurteilung der Freisinnigen im später folgenden Wahlkampfe und im neuen Reichstage nicht ohne Interesse sind.

So von vielen Seiten scharf angegriffen, erstanden dem Kolonialdirektor nur in dem antisemitischen Alldeutschen und Kolonialenthusiasten Lattmann und dem Dr. Arendt, der neuerdings in dem Münchener Peiersprozeß Lorbeeren geerntet hat, Helfer. Ihnen folgte Erzberger als zweiter Redner des Zentrums mit einer langen Reihe von Klagen. In diesem Stadium der Verhand-

lung war aber von einer ungewöhnlichen Zuspitzung noch nichts zu bemerken. Im Gegenteil! Als Bebel am 1. Dezember das Wort ergriff, stellte er fest, daß selbst Erzberger keine andere Rolle gespielt habe, als an der Spitze der Kornbantenschar zu marschieren, die in jenen Tagen dem neuen Kolonialdirektor mit Weihrauch und Rosen in Hülle und Fülle entgegenkam. Niemals, so sagte Bebel, ist es einem Beamten leichter geworden, als Herrn Dernburg; wenn auch der Reichstag seine Denkschriften als nicht akzeptabel rundweg abgelehnt habe, so sei doch im übrigen die Aufnahme des Kolonialdirektors mehr als freundlich gewesen. Bebel legte im Laufe seiner Rede die prinzipielle Stellung der sozialdemokratischen Partei zu der Kolonialpolitik klar, indem er ausführte: „Meine Herren, daß Kolonialpolitik getrieben wird, ist an und für sich kein Verbrechen. Kolonialpolitik zu treiben kann unter Umständen eine Kulturtat sein; es kommt nur darauf an, wie die Kolonialpolitik getrieben wird. Es ist ein großer Unterschied, wie Kolonialpolitik sein soll, und wie sie ist. Kommen die Vertreter kultivierter und zivilisierter Völkerschaften, wie es z. B. die europäischen Nationen und die nordamerikanischen sind, zu fremden Völkern als Befreier und Bildner, als Helfer in der Not, um ihnen die Errungenschaften der Kultur und der Zivilisation zu überbringen, um sie zu Kulturmenschen zu erziehen, geschieht das in dieser edlen Absicht und in der richtigen Weise, dann sind wir Sozialdemokraten die ersten, die eine solche Kolonisation als große Kulturmission zu unterstützen bereit sind. Wenn sie also zu den fremden Völkerschaften als Freunde kommen, als Wohltäter, als Erzieher der Menschheit, um ihnen zu helfen, die Schätze ihres Landes, die andere sind als die unsrigen, heben zu helfen, um dadurch den Eingeborenen und der ganzen Kulturmenschheit zu nützen, dann sind wir damit einverstanden."

Diese Erklärung, mit der sich in jedem Punkte die bisherige Haltung der sozialdemokratischen Fraktion und der sozialdemokratischen Partei in der Kolonialpolitik deckt, ist, wie man sieht, zu einer Zeit gegeben worden, als an einen Konflikt oder gar an eine Auflösung des Reichstages noch nicht zu denken war.

Durchaus im Sinne dieser programmatischen Erklärung vertiefte sodann Bebel seine Ausführungen zu einer großzügigen Kritik der einzelnen Maßnahmen und Einrichtungen der heutigen Kolonialpolitik.

Nach den mehr allgemeinen Ausführungen wandte sich Bebel der Darstellung von Einzelfällen aus den Kolonien zu, fragte, was mit dem Herrn von Puttkamer geschehen solle, ferner mit dem Leutnant Scheunemann, dem Oberleutnant Dominik und anderen derartigen Personen; in diesem Zusammenhange kam er auch, veranlaßt durch Bemerkungen des Abgeordneten Arendt, auf den Fall Peters zu sprechen und stellte fest, daß die Petersfreunde sich auf das lebhafteste um die Etablierung einer Nebenregierung im Kolonialamte bemüht hatten.

Als nach Bebels Ausführungen der freisinnige Abgeordnete Dr. Ablaß den Reichskanzler und die Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes auf das heftigste angriff, steigerte sich die Erregung des Reichstages immer mehr, die dann in einem Gepraſſel von persönlichen Bemerkungen Ausdruck fand.

Am Montag, den 8. Dezember, begann das bekannte Duell Roeren-Dernburg. Der Zentrumsabgeordnete Roeren, der von den Missionaren in Togo seit langer Zeit mit Material über Zwistigkeiten zwischen den dort stationierten Reichsbeamten und den Missionaren, sowie über wirkliche oder angebliche Verfehlungen und Verbrechen von Beamten, versorgt worden war, begann „namens seiner Fraktion", wie er ausdrücklich im Beginn seiner

Rede erklärte, eine lange Reihe von Einzelfällen scheußlichster Brutalität von Beamten aufzuzählen, um dadurch den Nachweis zu liefern, daß die Kolonialverwaltung bisher nichts getan habe, um selbst überführte Verbrecher ihrer gerechten Bestrafung zuzuführen. Dabei nahm er sich eines Unterbeamten Wistuba, der früher in Togo beschäftigt gewesen war und dort sich im Kampfe gegen einzelne schwer beschuldigte Beamte auf die Seite der Missionare gestellt hatte, mit besonderer Lebhaftigkeit an. Seine Angriffe gegen die Kolonialabteilung, aber auch gegen den Reichskanzler, waren so heftig, daß, wenn sie vollständig bewiesen wurden, eine Katastrophe in der Regierung nicht hätte ausbleiben können.

In dieser Situation begnügte sich der Kolonialdirektor Dernburg nicht mit der Behandlung bezw. Bestreitung einzelner Fälle, die Roeren vorgebracht hatte, sondern ging zu einem ungestümen Angriff auf die vom Zentrum, besonders auch vom Abgeordneten Roeren, im Kolonialamt tatsächlich ausgeübte Nebenregierung, über. Er behauptete, Roeren habe nicht nur einen ungehörigen Druck auf den früheren Kolonialdirektor ausgeübt und ihn unter ein kaudinisches Joch gezwungen, nicht nur hätten Zentrumsabgeordnete schwarze Listen eingegeben, auf denen die Namen der Beamten aufgezeichnet waren, die nach ihren Wünschen versetzt werden sollten, Herr Roeren habe sogar in schwebende gerichtliche Verhandlungen eingegriffen, oder solche Eingriffe von der Verwaltung verlangt. Solchen illegitimen Einflüssen werde er nicht weichen, gedenke ihnen vielmehr ein Ende zu machen. Drohungen, wie sie früher von einzelnen Vertretern des Zentrums ausgesprochen worden wären, daß das Zentrum für die Kolonien nichts mehr bewilligen werde, wenn die Verwaltung nicht bestimmte Wünsche erfülle, werde er niemals nachgeben. Es sei notwendig gewesen, diese Eiterbeule endlich einmal aufzustechen.

Der Abgeordnete Roeren, der gegen diese Darstellung Dernburgs in der heftigsten Weise antwortete, sah sich am folgenden Tag zu einem Rückzug insofern veranlaßt, als er erklärte, daß er in der Angelegenheit Wistuba ohne Auftrag und ohne Wissen seiner Fraktion gehandelt habe. Der Reichskanzler sprang mit einer Erklärung dem Kolonialdirektor deckend bei. In der überaus schwierigen Situation, in der er sich befand, — die Unzufriedenheit mit der zerfahrenen, prinzipienlosen Regierung hatte den Höhepunkt erreicht, die wichtigsten Regierungsvorlagen stießen auf scheinbar unüberwindlichen Widerspruch, die Clique seiner persönlichen Gegner arbeitete in der Stille emsig an seinem Sturz — konnte ihn offenbar nur ein „forsches" Auftreten vor schimpflichem Abgange bewahren. In den Tagen der Roerendebatte blitzte ihm wohl zum erstenmal die Möglichkeit auf, durch einen Gewaltstreich die unbequeme oppositionelle Mehrheit im Reichstag zu brechen, das Zentrum aus der Stellung einer regierenden Partei zu werfen und sich durch die Entfesselung nationalistischer, kapitalistischer und konfessioneller Leidenschaften in seiner Stellung zu befestigen.

Die Nachtragsforderungen der Regierung für die Fortsetzung des Krieges und Weiterbau der Eisenbahn Kubub-Keetsmanshop wurden der Budgetkommission überwiesen.

In der Budgetkommission stellte die Zentrumspartei den Antrag, außer der Heimbeförderung von 4000 Mann bis zum 31. März auch bis zum 31. März Maßregeln vorzubereiten, die auf eine Verminderung der Truppen in Südwestafrika auf die Gesamtsumme von 2500 Mann hinzielten. Ein von den Freisinnigen ausgehender Antrag ging dahin, bis zum 31. März Vorbereitungsmaßregeln zu treffen, die auf eine „möglichste" Herabminderung der gesamten Stärke der Truppe gerichtet sein sollten; hier war also die Festsetzung der Präsenzziffer auf 2500 Mann vermieden worden. Die Regierung

beharrte in der Kommission auf ihrer Forderung. Das Ergebnis der Verhandlungen der Kommission war das, daß zunächst die Regierungsvorlage und sodann der Zentrumsantrag abgelehnt wurden, der in das Dispositiv eine feste Truppenzahl von 2500 Mann für Südwestafrika einsetzen wollte; daß dann aber auch ferner der freisinnige Antrag, der auf möglichste Herabminderung der Gesamtstärke der Truppe gerichtet war, fiel, und auch eine Resolution, wonach behufs Verminderung der Reichszuschüsse die Schutztruppe in Südwestafrika durch energische Beschleunigung der Heimsendung auf das möglichste beschränkt, dagegen eine Landwehr aus den Ansiedlern gebildet und die Organisation der Landespolizei derart ausgebildet werden sollte, daß diese möglichst bald die Schutztruppe ersetzen könne, nicht zur Annahme gelangte. Die Kommission war somit nicht in der Lage, dem Plenum einen Beschluß vorzulegen.

Dem Reichstag lag am 13. Dezember der Zentrumsantrag und der Antrag der Freisinnigen neben der Regierungsvorlage vor. Der Reichskanzler ergriff zweimal das Wort, auch der Kolonialdirektor und der Chef des Stabes der Schutztruppen sprachen für die Regierungsvorlage bezw. für den freisinnigen Antrag, den die Regierung akzeptieren wollte. Von unserer Seite griff Genosse Ledebour mehrfach in die Debatte ein, indem er unsere Auffassung von den südwestafrikanischen Dingen wiederholt darlegte. Das Ergebnis war, daß der freisinnige Antrag mit 175 gegen 171 Stimmen bei einer ungültigen Stimme abgelehnt wurde. Die Regierungsvorlage fiel mit 177 gegen 168 Stimmen; ein Abgeordneter hatte sich der Abstimmung enthalten, 2 Stimmen waren ungültig gewesen. Ueber den Antrag des Zentrums wurde nicht mehr abgestimmt, da der Reichskanzler auf Grund eines — stundenlang sehnsüchtig erwarteten — kaiserlichen Erlasses aus Bückeburg die Auflösung des Reichstages aussprach.

Reste.

Infolge der Auflösung fielen alle Vorlagen aus dem alten Tagungsabschnitte sowie auch aus der Herbstsession. Es waren dies die Maß- und Gewichtsordnung, ein Automobilhaftpflichtgesetz, eine Novelle zum Versicherungsvertrag, der Entwurf über den Kontingentsfuß der landwirtschaftlichen Brennereien, die Vogelschutznovelle, der Entwurf über die gewerblichen Berufsvereine, die beiden südwestafrikanischen Nachtragsetats, der Reichshaushaltetat für 1907, die Börsennovelle, der Entwurf über die Sicherung der Bauforderungen und die dem Reichstag vor der Auflösung zugegangenen Rechnungen und Denkschriften. Ebenso blieben alle von den Parteien eingereichten Initiativanträge unerledigt.

Polizei im Reichstag.

Im Verlauf der an die Erzbergerschen Enthüllungen anknüpfenden Gerichtsverfahren hatte die Untersuchungs- und Polizeibehörde auf dem Umweg einer privaten Verständigung mit dem Abgeordneten Erzberger sich Zutritt zu den Räumen des Reichstages zu verschaffen gewußt, um dort das Pult Erzbergers zu durchstöbern. Diesem Verfahren hatte der Direktor am Reichstag, Geheimrat Jungheim, prinzipiellen Widerspruch entgegengestellt und sofort eine Entscheidung des Reichstagspräsidenten eingeholt. Reichstagspräsident Graf Ballestrem hatte hierauf eine vom ganzen Reichstag einhellig gebilligte Verfügung erlassen, wonach in Zukunft auf keinen Fall der Untersuchungs- oder Polizeibehörde der Zutritt in das Reichstagsgebäude ohne ausdrückliche und in jedem einzelnen Falle besonders nachzusuchende Genehmigung des Präsidenten zu gestatten sei. Ohne diese Genehmigung darf das Reichstagspersonal nur der direkten Gewalt weichen und hat sofort die Intervention des Reichskanzlers gegen gewaltsamen Eintritt solcher Personen anzurufen.

Die mit dieser Frage zusammenhängende Frage der Immunität der Reichstagsabgeordneten wurde vor der Auflösung nicht mehr behandelt.

Aufruf der Fraktion.

Unmittelbar nach der Verkündigung der Reichstagsauflösung trat die sozialdemokratische Fraktion zu einer letzten Sitzung zusammen und beschloß, den Wahlkampf durch einen programmatischen Aufruf an die Wähler zu eröffnen, der in der Sonntagsnummer des „Vorwärts" vom 16. Dezember 1906 erschien.

II.

Es ist nicht die Aufgabe dieses Berichtes, den Gang des Wahlkampfes, seine Neben- und Folgeerscheinungen im allgemeinen zu schildern, das ist vielmehr einem besonderen Punkte der Tagesordnung vorbehalten. Hier haben wir uns auf folgende Feststellung zu beschränken: Als der Reichstag aufgelöst wurde, zählte die Fraktion 77 Mitglieder. Ein Mandat war durch den Tod unseres Kollegen August Dreesbach erledigt, die Neuwahl war noch nicht vollzogen worden. In den neuen Reichstag trat die Fraktion in einer Stärke von 81 Mitgliedern ein.

Die Stärke der einzelnen Fraktionen im Reichstag nach den Wahlen zeigt folgende Zusammenstellung:

Fraktion der Deutsch-Konservativen	62	Mitglieder
„ „ Reichspartei	24	„
„ „ Reformpartei	6	„
„ „ Wirtschaftlichen Vereinigung	19	„
„ des Zentrums	105	„
„ der Polen	20	„
„ „ Nationalliberalen	55	„
Freisinnige Vereinigung	14	„
Deutsche freisinnige Volkspartei	27	„
„ Volkspartei	7	„
Fraktion der Sozialdemokraten	43	„
Bei keiner Fraktion	15	„
Zusammen	397	Mitglieder

Die Regierung besitzt jetzt eine doppelte Majorität: Konservative und Liberale, und Konservative und Zentrum; war früher keine Mehrheit ohne das Zentrum zu gestalten, so wird jetzt in der Regel keine Mehrheit ohne die Konservativen gebildet. Die Wahlen von 1903 hatten für die Sozialdemokraten und den Liberalismus zusammen 54,1 Proz. aller abgegebenen Stimmen und 170 Abgeordnete ergeben; im Jahre 1907 haben dieselben Parteien zwar ebenfalls 54,1 Proz. der Stimmen aufgebracht, aber nur 154 Sitze gewonnen.

Wenn auch der erhebliche Stimmengewinn, den die Sozialdemokratie trotz den ungünstigsten Wahlverhältnissen erreicht hatte, im Hinblick auf die Gesamtlage der sozialistischen Bewegung den Ausgang der diesmaligen Reichstagswahlen nicht als Niederlage erscheinen läßt, so hat doch im Hinblick auf die parlamentarische Betätigung im Reichstag der Rückgang der Mandatziffer eine nicht zu unterschätzende Bedeutung. Im alten Reichstag stand die Sozialdemokratie nach der Ziffer ihrer Abgeordneten an zweiter Stelle, wurde nur vom Zentrum übertroffen; im neuen Reichstag gehen ihr die Fraktionen des Zentrums, der Konservativen, der Nationalliberalen und der vereinigten freisinnigen Parteien voran. Die unmittelbare Folge ist eine ungünstigere Placierung unserer Vertreter in der Rednerliste und eine schwächere

Vertretung in den Kommissionen; statt früher 5, unter Umständen auch 6 Vertreter in den 28gliedrigen Kommissionen zu besitzen, haben wir ihrer jetzt nur noch 3; im annähernd gleichen Verhältnis sind wir bei der Besetzung anderer Kommissionen beteiligt.

Präsidium.

Bei der Präsidentenwahl — um das vorwegzunehmen — verstieß der Block der Regierungsparteien gegen das in letzter Zeit eingeführte parlamentarische Herkommen, den Präsidenten aus den Reihen der stärksten Fraktion zu entnehmen. Die konservativ-liberal Gepaarten hatten sich darauf geeinigt, den Grafen zu Stolberg-Wernigerode und die Herren Paasche und Kaempf mit dem Präsidium zu betrauen. Bei dem Wahlgange für den ersten Präsidenten stimmte die sozialdemokratische Fraktion, die sich durch den bisherigen Gebrauch für gebunden erachtete, für den Präsidialkandidaten des Zentrums, Abgeordneten Dr. Spahn; bei dem Wahlgang für die Vizepräsidenten gab sie weiße Zettel ab. Der Präsident Graf Stolberg wurde mit 214 von 38[illegible] gültigen Stimmen gewählt, eine Zahl, die sich bei Herrn Kaempf auf 2[illegible] herabminderte.

Herr Kaempf bestätigte im Laufe der Verhandlungen immer wieder, daß die Liberalen in den Parlamentspräsidien durch besondere Schneidigkeit sich auszuzeichnen verstehen. In einem Konflikt mit unserem Genossen Ledebour wagte er sich aber doch allzu weit vor und holte sich infolgedessen eine empfindliche Niederlage. Das Haus, dem er die Frage unterbreitet hatte, ob Ledebour nach zweimaligem Ordnungsruf weitersprechen sollte oder nicht, bejahte in seiner Mehrheit diese Frage; sogar einige engere Parteigenossen des eifrigen Herrn stimmten gegen ihn. Unter diesen Umständen mußte er aus dem Präsidium ausscheiden, wurde dann allerdings vom Regierungsblock wiedergewählt. (4. und 7. Mai 1907.)

Prinzipienerklärungen.

Der neue Reichstag wurde mit einer Thronrede eröffnet, die in Bülowstil den Ausgang der Wahlen behandelte und die dem neuen Reichstag vorzulegenden Gesetzentwürfe aufzählte. Einem Flugblatt des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie könnte der Satz entnommen sein, der von der Sozialdemokratie handelt, und lautet: „Der gesunde Sinn in Stadt und Land hat im Wahlkampf einer Bewegung Halt geboten, die sich, alles bestehende Gute und Lebenskräftige verneinend, gegen Staat und Gesellschaft in ihrer stetigen friedlichen Entwickelung ist. Die großen grundlegenden Gesetze zum Schutz der wirtschaftlich Schwachen sind gegen den Widerstand der Fraktion geschaffen worden, die sich als die wahre Vertreterin der Arbeiterinteressen bezeichnet, selbst aber nichts für sie und den Kulturfortschritt geleistet hat. Gleichwohl zählen ihre Wähler immer noch nach Millionen. Der deutsche Arbeiter darf darunter nicht leiden. Jene Gesetzgebung beruht auf dem Grundsatz der sozialen Verpflichtung gegenüber den arbeitenden Klassen und ist daher unabhängig von der wechselnden Parteigestaltung. Die verbündeten Regierungen sind entschlossen, das soziale Werk in dem erhabenen Geiste Kaiser Wilhelms des Großen fortzusetzen." Die Verdächtigung, daß die sozialdemokratische Partei sich zwar für die wahre Vertreterin der Arbeiterinteressen ausgäbe, aber tatsächlich nichts für die Arbeiter geleistet, ja vielen für die Arbeiter wichtigen Gesetzen Schwierigkeiten bereitet habe, war in dem vorausgehenden Wahlkampfe tausendmal gegen die Sozialdemokratie geschleudert worden. Nun tauchte sie in der Thronrede wieder auf, und wenige Tage später machte der Reichskanzler im Reichstage sie zum Mittelpunkt einer programmatischen Erörterung. Er warf in einer Polemik gegen das Zentrum der Sozialdemokratie vor, daß sie alles in den Staub ziehe, was

Christen heilig sei. Es sei deshalb ein schweres moralisches Unrecht, mit einer solchen Partei zusammen zu gehen; solange die Sozialdemokratie auf ihrem gegenwärtigen Standpunkt der Todfeindschaft gegen den nationalen Staat und die bürgerliche Gesellschaft verharre, solange sollten Wahlbündnisse nur zwischen den bürgerlichen Parteien möglich sein. Die Niederlage der Sozialdemokratie sei — so sagte er weiter — wohl verdient wegen ihres engherzigen, dogmatischen, philiströsen Geistes, der blind gegen alle anders Denkenden wütete; weil sie trotz allem Gerede von Kulturhöhe an der Schwelle des 20. Jahrhunderts eine Unterdrückung ausübe, ein Zwangssystem betätige, eine Gesinnungsschnüffelei betreibe, ein geistiges Joch vorbereite, wie es die Welt kaum im Mittelalter gesehen habe. Auch den „guten Ton in allen Lebenslagen" habe die sozialdemokratische Partei mehrfach vermissen lassen, weshalb ihr eine Niederlage gebührt habe. Bei dieser Gelegenheit passierte es dem Reichskanzler, daß er eine verleumderische Notiz der „Frankfurter Zeitung" gegen unseren dortigen Vertrauensmann Wilhelm Dittmann mit Emphase vorlas, zu deren Berichtigung er sich nachher wochenlang Zeit nahm. Die Niederlage der Sozialdemokratie sei aber besonders wohlverdient gewesen, so meinte Bülow, weil die Partei eine „öde Verneinungs- und Nörgelpolitik" betrieben habe. Es kamen dann noch einige Betrachtungen über die „unpatriotische Haltung" der Sozialdemokratie, über das Verhältnis der Revisionisten zur Gesamtpartei und was dergleichen mehr.

Für die Sozialdemokratie ergriff Bebel das Wort. Wir müßten den zur Verfügung stehenden Raum allzu sehr überschreiten, wenn wir im einzelnen seine Darlegungen verfolgen wollten. Es kommt wesentlich auf seine prinzipiellen Erklärungen an, die wir in folgenden Sätzen finden:

„Nach der Thronrede soll die Sozialdemokratie Staat und Gesellschaft in ihrer stetigen friedlichen Entwickelung bekämpfen. Wir untergrüben die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung. Meine Herren, sind wir imstande, mit unserer Agitation diese Staats- und Gesellschaftsordnung zu untergraben, so ist das ein Beweis, daß diese Staats- und Gesellschaftsordnung sehr wenig wert ist.

Eine Staats- und Gesellschaftsordnung, die gut ist, die den allgemeinen Volksbedürfnissen entspricht, kann nicht untergraben werden. Das Untergraben an sich aber ist die Tätigkeit jeder Partei, die Bestehendes beseitigen, und Neues an seine Stelle setzen will. Selbst Sie, meine Herren (nach rechts), haben eine untergrabende Tätigkeit auf Staat und Gesellschaft ausgeübt; alle Bestrebungen, die jetzt darauf gerichtet sind, die Gesetzgebung im konservativen Sinne zu ändern, sie sind eine untergrabende Tätigkeit, sie sind darauf gerichtet, Bestehendes unhaltbar zu machen in der öffentlichen Meinung, Neues, nach Ihrer Meinung Besseres, an seine Stelle zu setzen. Umgekehrt wollen wir überall, wo es möglich ist, Gutes schaffen, indem wir Neues, Lebensfähiges ins Leben rufen, das Alte, Abgestorbene beseitigen. Das ist vom ersten Augenblick an die Tätigkeit der Sozialdemokratie im Reichstag gewesen. In all den Jahren, in denen die Sozialdemokratie in diesem Reichstag sitzt, hat sie nie einen Antrag eingebracht, von dem man behaupten könnte, er richte sich gegen die Grundlagen der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung.

Nein, nicht ein einziger! Beweisen Sie es mir! Alle unsere Anträge waren darauf gerichtet, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung zu verbessern, Schlechtes zu beseitigen, unhaltbar Gewordenes auszuscheiden, Lebenskräftiges an die Stelle zu setzen.

Die Stellung, die die Sozialdemokratie in der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung einnimmt, wird in klassischer Weise in der Vorrede zur ersten Ausgabe von Marx' „Kapital" zum Ausdruck gebracht. Dort heißt es in wenigen Sätzen: Eine Nation soll und kann von der anderen lernen. Auch wenn eine Gesellschaft dem Naturgesetz ihrer Bewegung auf die Spur gekommen ist — und es ist der letzte Endzweck dieses Werkes, das ökonomische Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft zu enthüllen —, kann sie naturgemäße Entwickelungsgefahren nicht überspringen, noch wegdekretieren. Aber sie kann die Geburtswehen abkürzen und mildern.

Das ist der Grundgedanke, von dem aus Marx sein großes wissenschaftliches Werk „Das Kapital" begründete, und dies ist das Axiom unserer Tätigkeit seit 40 Jahren, die wir in diesem Deutschen Reichstag tätig sind. Unsere ganze Tätigkeit im Reichstage, in den Landtagen, in den Kommunen, kurz überall, wo unsere Vertreter zu Worte kommen, ist darauf gerichtet, die bestehenden Zustände zu ändern in dem Sinne, daß sie bessere, vernünftigere, gerechtere, kulturell höhere werden — und nicht das Gegenteil, was die Thronrede in dieser Beziehung uns gegenüber behauptet. Man hat die Wahlrechtsverschlechterungen in Sachsen, in Hamburg, in Bremen, Lübeck usw. eingeführt, nicht weil man befürchtete, die Sozialdemokratie würde Schlechtes, Unhaltbares, Lebensunfähiges einführen oder aufrechterhalten, sondern im Gegenteil, weil man befürchtet hat, sie würde das Schlechte und Unhaltbare bekämpfen und zu beseitigen trachten.

Die Furcht vor dieser reformierenden, organisierenden Kulturarbeit ist es gewesen, die die feindliche Stellung der Gesetzgebungskörperschaften und der Regierung gegen uns hervorgerufen hat. Der Sozialismus ist in Wahrheit der Sauerteig, der die bürgerliche Gesellschaft vorwärts treibt. . . . . So haben wir nach allen Richtungen hin durch unsere Tätigkeit das getan, was man nennt „den Staat sanieren", den Staat auf die Bahn des Fortschritts der Kulturentwickelung zu treiben. Wenn uns das nicht in dem Maße gelungen ist, wie wir es haben wollten, dann sind Sie, die Mehrheit des Reichstags, an diesem allen schuld und nicht wir! Wir haben von der Kulturentwickelung von den Aufgaben und Pflichten des Staates ganz andere und höhere Anschauungen als Sie, meine Herren vom Bürgertum." (Sten. Ber. vom 26. Februar 1907. Seite 53 ff.)

Bei späterer Gelegenheit — in der Sitzung vom 1. März 1907 — ergänzte Genosse Singer diese Ausführungen Bebels noch durch folgende programmatische Erklärung:

„Meine Herren, unsere Aufgabe hier im Hause bleibt auch den veränderten Verhältnissen gegenüber die alte: Kampf gegen alles, was kultur-, volks- und arbeiterfeindlich ist, für alles, was ernstlich und durchgreifend zur Hebung und Verbesserung der wirtschaftlichen und politischen Lage der Arbeiterklasse sowie aller wirtschaftlich Schwachen im Reich dient und die freiheitliche Entwickelung auf allen Gebieten des Volkslebens fördert.

Das alles, meine Herren, im Dienste der uns durch unsere Grundsätze und Programme gestellten Aufgaben: an Stelle der herrschenden bürgerlich-kapitalistischen die sozialistische Gesellschaft zu schaffen!"

Und der dritte Vertreter der sozialdemokratischen Partei in der Generaldebatte zum Etat, Genosse Dr. David, dem im wesentlichen die Aufgabe zufiel, die Angriffe des Reichskanzlers zurückzuweisen und namentlich seine Behauptung ins rechte Licht zu stellen, die Sozialdemokratie sei eine lediglich negierende Partei, führte aus:

„Es ist schon von meinen Parteifreunden Bebel und Singer genügend nachgewiesen worden, daß unsere Tätigkeit hier im Reichstag ein fortgesetztes positives Schaffen gewesen ist; und wenn Sie jetzt eine neue soziale Reform einleiten wollen — Sie sagen es ja alle; wir sind gespannt, ob Sie es auch tun werden — so werden Sie nichts bringen können, was Sie nicht in den Annalen des Hauses finden, als von Sozialdemokraten beantragt, von Sozialdemokraten angeregt und ausgearbeitet ist. Ohne uns gibt es keine Sozialpolitik. . . .

Wir haben niemals auf dem Standpunkt gestanden, daß wir unsererseits gewaltsame Entwickelung, gewaltsame Katastrophen wünschen oder hervorrufen wollten; sondern wir haben jederzeit erklärt: was an uns ist, so ist uns der legale Weg lieber, aber wir haben auch erklärt, wenn es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen kommt, dann liegt die Schuld auf der anderen Seite . . . . Nicht unsere Zukunftsgedanken und nicht unsere Kampfesmethode — alles das macht es nicht aus; nein, gerade unsere Gegenwartsarbeit ist es, die Ihnen so unangenehm ist; unsere Gegenwartsarbeit, die Abschlagszahlungen, die wir fortgesetzt von Ihnen verlangen, in allen Parlamenten, im Reichstage, in den Landtagen, in den kommunalen Vertretungen, die sind es, die die Sozialdemokratie zu so unangenehmen Mitgliedern der Häuser macht, unangenehm für die Herren, die darin eben Angriffe auf ihre Interessen, Abzüge an ihren Einkommen sehen . . . . Wir halten als erste Forderung der nationalen Wohlfahrt und Ehre, daß die breiten Massen unseres Volkes zur vollen Kultur geführt werden. Die zweite nationale Forderung heißt: Bildung für das ganze Volk. Das dritte ist: Die politische Mündigkeit unseres Volkes."

Ausgehend von dem in diesen Erklärungen niedergelegten Grundgedanken schritt die sozialdemokratische Fraktion im vollen Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit im neuen Reichstag ans Werk. Die Gestaltung unserer politischen Verhältnisse lehrt, daß ihre Aufgabe heute noch wichtiger als früher ist. Der Reichskanzler hatte als Losungsworte für die Wahlen „Paarung konservativen und liberalen Geistes" ausgegeben. Durch die Erregung nationalistischer Instinkte, durch die Anspannung des Reichsverbandes, durch reichliche Geldspenden und rücksichtslose Benutzung des amtlichen Apparates war es gelungen, die „Partei der Nichtwähler" an die Wahlurnen zu bringen und so, wenn auch nicht das Zentrum, dem angeblich in erster Linie der Kampf gelten sollte, wohl aber der Sozialdemokratie eine Schlappe zuzufügen. Die konservativ-liberale Paarung kann nur eine starke Abschwächung liberalen Geistes zur Folge haben. Damit wächst die Verpflichtung der Sozialdemokratie, neben der besonderen Vertretung der Arbeiterinteressen im Parlament auch die Aufgaben einer allgemeinen Kulturpartei mit unermüdlicher Energie anzufassen. Die konservativ-liberale konnte sich selbst in dem ersten Sessionsabschnitt des neuen Reichstages nur dadurch halten, daß man, wie es z. B. in der „Frankfurter Zeitung" vom 24. Mai 1907 heißt, „auf beiden Seiten sich auf die vorliegenden praktischen Aufgaben beschränkt und die theoretische Erörterung und Austragung der zwischen rechts und links bestehenden prinzipiellen Gegensätze absichtlich konsequent vermieden hat". Aus dem offiziösen in gewöhnliches Deutsch übertragen, heißt es nicht anders, als daß der Liberalismus sorgsam vermied, liberal zu sein.

Der Etat.

Der kurz vor der Auflösung des Reichstags dem Parlament unterbreitete Etatsentwurf für das Jahr 1907 wurde dem neuen Reichstag unverändert wieder vorgelegt. Er zeigte folgendes Bild:

Der Etat des Reiches für das Rechnungsjahr 1907/08 ist in Einnahme und Ausgabe auf 2 565 073 427 Mark festgestellt. Die Summen verteilen sich wie folgt:

Fortdauernde Ausgaben:

	1907	1906
Reichstag	2 044 400 Mk.	765 100 Mk.
Reichskanzler	302 730 „	285 850 „
Auswärtiges Amt	16 874 482 „	16 852 942 „
Reichsamt des Innern	75 233 065 „	75 597 581 „
Reichsheer	638 233 100 „	620 878 205 „
Marine	120 846 181 „	112 902 283 „
Reichs-Justizverwaltung	2 417 690 „	2 355 545 „
Reichs-Militärgericht	573 461 „	571 651 „
Reichsschatzamt	281 206 723 „	254 006 235 „
Reichs-Kolonialamt	1 682 787 „	1 114 293 „
Reichs-Eisenbahnamt	430 300 „	425 420 „
Reichsschuld (Zinsen 135 792 000)	136 594 500 „	127 555 500 „
Pensionsfonds	103 652 532 „	98 420 307 „
Reichs-Invalidenfonds	36 662 792 „	36 661 988 „
Reichspost- und Telegraphenverwaltung	512 078 700 „	471 846 745 „
Reichsdruckerei	6 293 315 „	5 983 860 „
Rechnungshof	1 019 382 „	1 027 510 „
Reichs-Eisenbahnverwaltung	88 676 790 „	81 347 260 „
Gehaltsaufbesserungen	1 839 400 „	
Summa	2 026 628 557 Mk.	1 908 097 775 Mk.

Einmalige Ausgaben: Ordentlicher Etat

	1907	1906
Reichstag	197 600 Mk.	
Auswärtiges Amt	770 400 „	1 174 300 Mk.
Reichsamt des Innern	5 335 100 „	3 040 050 „
Post- und Telegraphenverwaltung	16 070 229 „	14 966 375 „
Reichsdruckerei	87 084 „	87 084 „
Reichsheer	108 977 100 „	87 521 672 „
Reichs-Militärgericht	892 320 „	13 000 „
Reichs-Marine	111 966 900 „	101 813 150 „
Reichsschatzamt	1 589 700 „	44 700 „
Reichs-Kolonialamt	35 988 500 „	19 219 179 „
Reichsschuld	852 000 „	— „
Reichs-Eisenbahnverwaltung	6 384 120 „	6 722 000 „
Summa	312 262 654 Mk.	245 256 903 Mk.
Fortdauernde Ausgaben	2 026 628 557 „	1 908 097 775 „
Insgesamt	2 338 891 211 Mk.	2 153 354 678 Mk.

Außerordentlicher Etat

	1907	1906
Auswärtiges Amt		1 200 000 Mk.
Reichsamt des Innern	19 000 000 Mk.	5 000 000 „
Reichsheer	51 603 400 „	38 752 600 „
Marine	57 370 300 „	50 815 000 „
Post- und Telegraphenverwaltung	44 835 000 „	38 610 000 „
Reichseisenbahnen	37 638 500 „	17 416 000 „
Expedition nach Ostasien	6 534 900 „	8 477 500 „
Expedition nach Südwestafrika	40 518 900 „	121 512 900 „
Expedition nach Ostafrika		805 400 „
Summa	257 501 000 Mk.	282 089 400 Mk.
Ausgaben des ordentlichen Etats	2 338 891 211 „	2 143 301 300 „
Insgesamt	2 596 392 211 Mk.	2 425 390 700 Mk.

Einnahmen des Reichs:

	1907	1906
Zölle	600 365 000 Mk.	560 700 000 Mk.
Tabaksteuer	11 197 000 „	10 856 000 „
Zigarettensteuer	11 473 000 „	4 000 000 „
Zuckersteuer	138 566 000 „	130 000 000 „
Salzsteuer	55 320 000 „	54 070 000 „
Branntweinsteuer	116 883 000 „	118 060 000 „
Champagnersteuer	4 933 000 „	4 596 000 „
Biersteuer	51 744 000 „	35 316 000 „
Spielkartenstempel	1 694 770 „	1 642 000 „
Wechselstempel	14 418 000 „	12 618 000 „
Reichsstempelabgaben	86 825 670 „	87 864 000 „
Frachturkundenstempel	13 720 000 „	— „
Fahrkartensteuer	45 080 000 „	— „
Automobilsteuer	2 940 000 „	— „
Tantiemensteuer	9 800 000 „	— „
Erbschaftssteuer	36 000 000 „	8 000 000 „
Statistische Gebühr	1 329 000 „	1 187 000 „
Abfindungen an Zöllen und Steuern	85 140 „	84 220 „
Post- und Telegraphenverwaltung	610 157 740 „	551 815 500 „
Reichsdruckerei	9 732 000 „	8 933 000 „
Reichs-Eisenbahnverwaltung	117 875 000 „	107 382 700 „
Bankwesen	22 615 000 „	15 691 000 „
Verwaltungseinnahmen	40 412 533 „	40 733 676 „
Reichsinvalidenfonds	39 828 797 „	46 715 151 „
Ueberschüsse aus früheren Jahren	426 300 „	329 400 „
Ausgleichsbeträge	19 338 800 „	20 356 183 „
Matrikularbeiträge	290 598 000 „	287 744 848 „
Summa	2 338 891 211 Mk.	2 153 354 678 Mk.

Außerordentliche Einnahmen:

	1907	1906
Fonds für Kleinwohnungen	206 800 Mk.	158 000 Mk.
Verkauf von Festungsgrundstücken	1 251 578 „	1 940 520 „
Ostasiatische Expedition	756 112 „	630 277 „
Rückerstattete Vorschüsse aus dem Festungsbaufonds	51 761 „	51 761 „
Kaufpreis für die Batterie Brinkmannshof I	500 000 „	500 000 „
Schutzgebiet Togo	162 000 „	156 000 „
Verwaltung der Reichs-Eisenbahn	358 370 „	— „
Norwegische Telegraphenverwaltung	324 100 „	— „
Anleihe	253 890 300 „	239 038 815 „
Summa	257 501 000 Mk.	243 969 427 Mk.
Dazu ordentliche Einnahmen	2 338 891 211 „	2 153 354 678 „
Summa	2 596 392 211 Mk.	2 397 324 105 Mk.

Nehmen wir diesen Etat unter Außerachtlassung derjenigen Posten, bei denen die Ausgaben durch die Betriebseinnahmen gedeckt sind, dann stellt sich im ordentlichen Etat die Einnahme auf 1487 Millionen Mark, die Ausgabe auf 1549½ Millionen Mark. Darin steckt die Verzinsung der Reichsschuld.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Der Parteivorstand
Archiv

die beim Bestande von 3800 Millionen Mark im Jahre 1906 127 Millionen Mark ausmachte. Von den 1487 Millionen Einnahmen waren für Heer und Marine 1080 Millionen Mark bestimmt; dazu traten noch 115 Millionen für Kolonien, für Expedition nach Ostasien usw.

Da es von vornherein unmöglich war, in der kurzen Zeit von Ausgang Februar bis zum 31. März den vorgelegten Etat in drei Lesungen zu verabschieden, so wurde durch ein Notgesetz die Regierung ermächtigt, zwei Monate lang Ausgaben auf Grund der Ansätze des Etats für 1906 zu leisten. In dieses Notgesetz wurden aber außerdem eine Reihe von Positionen aus dem Etat für 1907, z. B. für Grundstückserwerbung, hinübergenommen. Außerdem wurden nicht weniger als fünf Ergänzungen zum Etat neben den beiden von 1906 hinübergenommenen Ergänzungsetats vorgelegt. Dadurch gestaltete sich natürlich die Beratung des Etats in diesem Jahre besonders unübersichtlich.

Die Reichsfinanzen.

Um die finanzielle Lage des Reiches zu erkennen, genügt nicht allein das Studium des Etats, sondern man muß auch auf den Schuldenstand eingehen. Der Gesamtschuldenstand betrug am 1. Oktober 1906 3 803 500 000 Mark. Weitaus die größte Hälfte dieser Summe ist für Armee und Marine aufgewendet worden. An eigentlich produktiven Ausgaben sind aus den Anleihen nur folgende bezahlt worden: für Eisenbahnen 190 Millionen, für den Nord-Ostseekanal 160 Millionen, für Post und Telegraphen 125 Millionen, das sind also mithin 475 Millionen, also etwas mehr als 10 Proz. der gesamten Schuldenlast, wozu noch kommt, daß auch ein Teil von diesen Ausgaben, die ihrem Zweck nach produktiv sind, tatsächlich unproduktiv bleibt, weil die Eisenbahnen zumeist lediglich in militärischem Interesse gebaut worden sind. Nur in den Jahren 1895 bis 1898 wurden auf Grund der Leges Lieber Schuldentilgungen in Höhe von 150 Millionen Mark durchgeführt.

Bei 63 Millionen Mark ungedeckten Matrikularbeiträgen nebst einem Anleihebedarf von 265 Millionen Mark hätte können selbst ein etwas optimistischer veranlagter Mann als der Schatzsekretär v. Stengel die Finanzlage des Reiches nicht als günstig bezeichnen. Er leugnete nicht, daß bei der heutigen Wirtschaft, namentlich bei anhaltender Kolonialverschwendung, alsbald neue Steuern notwendig seien, wollte aber „vorerst" den Reichstag damit verschonen. Die im Jahre 1905 neueingeführten Steuern haben nicht alle den Erwartungen ihrer Erfinder und Schöpfer entsprochen; vornehmlich stellte sich die Fahrkartensteuer ebenso wie die Erhöhung des Ortsportos als ein Fehlschlag heraus. Da im Jahre 1908 eine Revision des Wohnungsgeldzuschusses der Beamten kraft gesetzlicher Bestimmung vorgenommen werden muß, da ferner auch eine Einkommensverbesserung der Beamten nicht länger hinausgeschoben werden kann, und, wie Abg. Spahn neuerdings angekündigt hat, die Marine immer erhöhte Ansprüche trotz den Festsetzungen des Flottengesetzes machen wird, so sind neue Steuervorlagen für das Jahr 1908 sicher zu erwarten. Es sei hier gleich angemerkt, daß der Reichsschatzsekretär gelegentlich geäußert hat, das Reich müsse nach wie vor seine Einnahmen aus indirekten Steuern ziehen. Es versteht sich ganz von selbst, daß wir einer neuen Belastung der breiten Schichten der Besitzlosen mit aller Energie entgegentreten werden.

Sozialpolitik.

Auf dem Gebiete der Sozialpolitik hüllte sich die Regierung zunächst in den Schleier wohlwollender Phrasen. In der Thronrede hieß es, die Sozialpolitik solle „in dem erhabenen Geiste Kaiser Wilhelm des Großen" fortgesetzt werden, und der Reichskanzler sprach hierüber in seinen Reden, die nicht einmal die bürgerlichen Sozialpolitiker befriedigten. Die Parteien waren, wie immer, bestrebt, die Frist von zehn Tagen nach Eröffnung des Reichstags zur Stellung einer Reihe von Initiativanträgen zu benutzen oder griffen auch zu dem Mittel, Resolutionen zum Etat einzubringen oder Interpellationen zu machen. Ein Ueberblick über die Fülle dieser Anträge lehrt, daß im wesentlichen folgendes gefordert wird: Ausbau der Koalitionsgesetzgebung, freiheitliche Regelung der Rechtsverhältnisse der Berufsvereine, Arbeits(er)kammern, Sicherung und Ausgestaltung der Tarifgemeinschaften, Schutz der Bauarbeiter und Ausdehnung der Baukontrolle unter Zuziehung von Arbeitern, sozialpolitische Fürsorge für die Privatbeamten, rechtliche Gleichstellung der technischen mit den kaufmännischen Angestellten, Vereinfachung der Versicherungsgesetze (Herabsetzung der Grenze für Altersrenten auf 65 Jahre), Reichs-Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrecht, Reichsberggesetz, Fachgerichte für ländliche Arbeiter, reichsgesetzliche Regelung des Wohnungswesens, der Arbeitsverhältnisse in den Bergwerken, Heimarbeiterschutz, Abschaffung der Konkurrenzklausel, Handelsinspektoren, Erfinderschutz für Arbeiter und Angestellte, Ausdehnung der Gewerbeordnung auf Arbeitgeber und Arbeiter der gewerblichen Gärtnerei, Reichsarbeitsamt, Ausdehnung der Krankenversicherung, endlich Arbeiterschutz für Bureauangestellte.

Diese Anträge, zum weitaus größten Teil alte Bekannte aus früheren Sessionen, führen dank der Regierung und der bürgerlichen Parteien in den Akten des Parlamentes ein beschauliches Dasein. Selbst aus dem Munde bürgerlicher Abgeordneter ertönte vielfach die Klage, daß in den 17 Jahren seit dem Erlaß der bekannten kaiserlichen Botschaft (4. Februar 1890) die sozialpolitische Gesetzgebung Deutschlands nur ganz unbedeutende Fortschritte gemacht habe; das sei um so auffallender, als eine Mehrheit, wenigstens für eine Reihe von Gesetzen, unzweifelhaft jederzeit zu haben gewesen wäre, z. B. für ein freiheitliches Vereinsgesetz, für gesetzliche Sicherung des Koalitionsrechtes, für den Zehnstundentag der Arbeiterinnen, für ein Pensionsgesetz für Privatbeamte und ähnliches. Die Tatsache selbst ist unbestreitbar; sie lehrt aber doch nur, wie außerordentlich stark der Einfluß jener kleinen mächtigen Gruppe war und ist, deren Treiben dem Staatssekretär v. Posadowsky das Schmerzenswort abpreßte: „Es gibt Richtungen, die wollen, daß ein Staatssekretär gegen Sozialpolitik bestehe. Ich bin aber, so lange ich in diesem Amt bestehe, ein Staatssekretär für Sozialpolitik." Als er dies sagte, hatte er kaum Ahnung von seinem baldigen Abschied.

Die erste größere sozialpolitische Debatte im neuen Reichstage knüpfte an eine Interpellation des Zentrums über das Schicksal des Gesetzentwurfes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Berufsvereine, der durch die Reichstagsauflösung bekanntlich hinfällig geworden war, an. In dieser Debatte — am 9. und 11. März 1907 — entwickelten die einzelnen Parteien ihr sozialpolitisches Programm; bei den Parteien des Regierungsblocks zeigte sich das eifrige Bestreben, darzutun, daß die Schwächung der Sozialdemokratie keinen Stillstand, sondern vielmehr einen neuen Aufschwung der Sozialpolitik zur Folge haben werde. An Zusicherungen aller Art fehlte es wahrlich nicht; aber schon dieser Leitsatz der Blockparteien zeigt, daß man durchaus im Rechte ist mit der Behauptung: ohne Sozialdemokratie keine Sozialreform! Unser Vertreter bei der Zentrumsinterpellation, Abgeordneter Hue, faßte unsere Auffassung von der Sozialpolitik und die Kritik der bürgerlichen Parteien in folgende Sätze zusammen:

„Wir Sozialdemokraten sind durchaus nicht eine die Sozialpolitik verneinende Partei; wir erklären uns, wie früher, auch heute wieder bereit,

Sozialdemokratische Partei Deutschlands Parteivorstand Bibliothek

an unserem Teil an der Gesundung unserer sozialen Zustände mitzuarbeiten. Legen Sie uns gute Gesetzentwürfe vor! Erfüllen Sie die Versprechungen, die Sie den Arbeitern im Wahlkampfe gemacht haben! Wenn Sie nur den zehnten Teil der Versprechungen, die insbesondere die nationalliberale Partei den Arbeitern in den Industriegebieten gemacht, in Gesetzen erfüllen, dann wollen wir schon einigermaßen zufrieden sein. Sie hatten die Mehrheit im vorigen Reichstag, überhaupt, solange er besteht; trotzdem müssen wir heute sagen: auf sozialpolitischem Gebiete sind erst die ersten Gehversuche gemacht worden. Es sind geradezu skandalöse Zustände eingerissen, die Krankheits- und Unfallziffern steigen fortwährend. Wenn angesichts dieser traurigen Zustände noch von einem „Automobiltempo der Sozialpolitik" geschrieben wird, so ist das der beste Beweis dafür, daß, wenn überhaupt hier etwas zustande gebracht werden soll, es nur geschehen wird dadurch, daß die Arbeiter sich auf die Hinterbeine setzen. Soll wirklich den Arbeitern geholfen werden, dann müssen sich die Kräfte der Arbeiter vereinigen. Alle Organisationen müssen sich verständigen, als Arbeitskollegen. Wir müssen einen konzentrischen Angriff richten gegen die Scharfmacher und gegen die Herren, die hier anders reden, als sie im Landtag handeln. Wenn die Arbeiterschaft energisch die Vereinigung der Kräfte vollzieht, werden wir auch ein rascheres Tempo in die Sozialreform hineinbringen. Seien Sie versichert, wir werden fleißig mitarbeiten. Legen Sie nur gute Gesetzesvorschläge vor. Wir fordern Sie auf, endlich Ihre Versprechungen an die Wähler zu erfüllen. Nicht die Zersplitterung, sondern wir wollen die Zusammenfassung der Kräfte, wir wollen nicht, daß die Streikbrecherbanden hochkommen, sondern Zusammenfassung der Arbeiterkräfte nach dem alten schönen Grundsatze:

Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern,
In keiner Not uns trennen und Gefahr.

Also, meine Herren, zeigen Sie, daß Sie die großen Versprechungen, die Sie den Arbeitern und Bürgern im Wahlkampfe gemacht haben, auch erfüllen wollen. Zeigen Sie, was Sie können! Sorgen Sie dafür, daß wir nicht auch diese Session schließen müssen mit der Konstatierung: es ist wieder nichts für die Arbeiterschaft gemacht worden, wie in so vielen anderen Sessionen, die hinter uns liegen, nicht weil die Sozialdemokratie nicht wollte — wir befanden und befinden uns in der Minorität —, sondern weil die bürgerliche Mehrheit nicht wollte!"

Erst am 11. April entwickelte der Staatssekretär Graf v. Posadowsky sein sozialpolitisches Programm in einer längeren Rede. Er wies darauf hin, daß zwei sozialpolitische Gesetze, nämlich das Gesetz über den Unterstützungswohnsitz und das Gesetz über die Hülfskassen noch aus dem vorigen Reichstage rückständig seien. Bereits fertiggestellt zur Vorlage in der Herbstsession oder doch wenigstens in Vorbereitung begriffen seien folgende Entwürfe: ein Gesetz über die Herstellung von Zigarren in der Hausarbeit; das Gesetz über den sogenannten kleinen Befähigungsnachweis; ein Gesetz über die Regelung der Vereins- und Versammlungsfreiheit; Entwürfe über die Zusammenlegung der sozialpolitischen Gesetzgebung, besonders über Reform der Krankenversicherung; eine Novelle zur Gewerbeordnung über den Arbeiterschutz in der Hausarbeit, über die Nachtruhe der Frauen, über den zehnstündigen Arbeitstag der Frauen, über die Arbeitsverhältnisse der Werkmeister und der Techniker; das Gesetz über die Arbeitskammern; ein Gesetz über die Unfallversicherung der im öffentlichen Dienst oder in gemeiner Gefahr tätigen Personen; das Apothekengesetz; eine Revision des Gesetzes über die Seeunfälle; ein Gesetzentwurf über den unlauteren Wettbewerb; eine Revision über die Bestimmungen der Sonntagsruhe.

Der Vertreter der sozialdemokratischen Partei, Genosse Hoch, äußerte seine Zweifel darüber, ob bei der Regierung und im Reichstage Kraft und guter Wille ausreichen würden, dieses umfangreiche Reformprogramm in absehbarer Zeit durchzuführen; in knappen, klaren Worten legte er den prinzipiellen Unterschied zwischen der bürgerlichen und unserer Sozialpolitik dar; jene sagt: „Wir wollen zwar den Arbeitern helfen, wir wollen aber nicht den Unternehmerprofit schmälern"; daß damit nichts erreicht wird, liegt auf der Hand: Sozialpolitik ist notwendig ein Stück Klassenkampf. Sollen wir zu einem wirklichen Fortschritt gelangen, dann muß die Selbstverwaltung der Arbeiter ausgebaut werden, dann müssen die Arbeiter endlich ein freies Koalitionsrecht haben. Denn nur in der Organisation, in der eigenen Kraft der Arbeiter liegt die Hoffnung, liegt auch die Möglichkeit, die notwendigen Fortschritte im Interesse der Arbeiter zu erreichen.

Der zweite Redner der sozialdemokratischen Fraktion, Abgeordneter Schmidt, behandelte im wesentlichen die Pläne der Regierung auf Reform der Versicherungsgesetzgebung. Graf Posadowsky hatte sich dagegen verwahrt, jemals von einer Zusammenlegung der drei großen Versicherungszweige gesprochen zu haben; er habe, so betonte er, immer nur von einer Zusammenlegung der drei Gesetze, von einer Kodifikation der Gesetzgebung geredet. Notwendig sei zunächst nur eine Reform der Krankenversicherung und ihre Ausdehnung auf die Heimarbeiter, die landwirtschaftlichen Arbeiter und die Dienstboten. Durch eine Kodifikation der gesamten sozialpolitischen Gesetzesmaterie würde die ganze Gesetzgebung durchsichtiger, klarer werden und eine Unsumme von Gründen zu Prozessen zwischen den einzelnen Einrichtungen wegfallen. Die Kodifikation müßte sich aber auch gleich auf das Gesetz über die Witwen- und Waisenversicherung erstrecken; mit anderen Worten: sie müßte mindestens bis nach 1910 aufgeschoben werden. Hiergegen wandte Schmidt ein, daß der gegenwärtige Zustand der Versicherungsgesetze immer noch besser sei, als wenn die ganze Reform im wesentlichen nur in einer „Zusammenlegung der Gesetzesmaterie" in ein einziges Gesetz bestehen sollte. Eine solche Zusammenlegung würde nämlich in der Tat wohl schwerlich ohne eine Abschaffung des Selbstverwaltungsrechtes der Krankenkassen abgehen. Uebergehend auf die einzelnen Pläne, die der Staatssekretär angedeutet hatte, bemerkte der sozialdemokratische Redner, daß es uns bisher noch niemals an sozialpolitischen Gesetzesvorlagen gefehlt habe; dagegen habe sich ein erheblicher Mangel an Verwaltungsmaßregeln in sozialpolitischer Hinsicht herausgestellt, die ohne Aenderung der Gesetzgebung durchgeführt werden können. So könnte man die preußischen Landarbeiter lediglich durch Verordnung der Krankenversicherung unterstellen; man könnte die Arbeiter in gesundheitsschädlichen Betrieben durch Verordnung auf Grund von § 120 E der Gewerbeordnung schützen; man könnte auf demselben Wege überlange Arbeitszeiten kürzen — die Regierung brauche nur Entschiedenheit und Mut gegen die mächtigen Unternehmer aufzubieten. Daran fehle es aber in einem auffallenden Maße; im Reichstage sei die Würdigung der Arbeiterorganisationen und damit die Einschätzung sozialpolitischer Betätigung in dem letzten Jahr unzweifelhaft gestiegen, aber die Regierung habe ihre Unabhängigkeit von großen Unternehmerorganisationen nicht zu bewahren verstanden, sei auch selbst offenbar nicht tief genug von der Wichtigkeit elementarer sozialpolitischer Forderungen, wie der des Koalitionsrechtes, durchdrungen.

Aus der Fülle der Einzelbemerkungen versicherungsrechtlicher Art, die Genosse Schmidt im Verlauf seiner Darlegungen machte, heben wir besonders

ferne Forderung nach einer Verstaatlichung der Privatversicherung und der Volksversicherung hervor. Er hat damit einen Punkt berührt, der uns zweifellos auch in ferneren Jahren noch beschäftigen muß.

Nachdem Genosse Horn die Notwendigkeit eines vermehrten Schutzes der in Glasfabriken beschäftigten Arbeiter eingehend nachgewiesen hatte, fiel dem Abgeordneten Sachse die Aufgabe zu, mit einem der ungeniertesten Scharfmacher aus dem Hause, einem Herrn von Dirksen, abzurechnen. Dieser gefällt sich in unqualifizierbaren Schmähungen der sozialdemokratischen Partei und Fraktion und fordert gleichzeitig von der Regierung die krassesten Gewaltmaßregeln gegen die Arbeiterorganisationen. Sachse leuchtete ihm in der gebührenden Weise heim und benutzte die Gelegenheit, um einmal im Reichstag eine Darstellung des immer bedrohlicher werdenden terroristischen Gebarens großer Unternehmerorganisationen zu geben. Wenn wir auch nicht hoffen dürfen, daß diese eingehende Darstellung dem unablässigen Gerede von Terrorismus der Arbeiterorganisationen ein rasches Ende bereiten werde, so kann doch das in den Berichten über die Reichstagssitzung vom 16. April 1907 aufgehäufte Material — auf das die Interessenten hiermit hingewiesen seien — sehr gute Dienste tun. Wir sind überzeugt, daß, wie alle anderen Verleumdungsarten, auch die Rederei über den Terrorismus nur eine bestimmte Zeitlang „ziehen" wird; je rascher und gründlicher wir den Nachweis der Unrichtigkeit gegnerischer Behauptungen liefern, um so mehr kürzen wir diese Verleumdungsepoche ab.

Im einzelnen forderte Sachse, das Invaliditätsgesetz bei einer Reform so auszugestalten, daß es mit den Knappschaftseinrichtungen übereinstimme; ferner kam er auf die Mangelhaftigkeit des Arbeiterschutzes im Bergbetriebe zu sprechen und verlangte zur Beseitigung der Unfallsgefahren und zum besseren Schutz für Leben und Gesundheit der Bergarbeiter Grubenkontrolleure aus den Arbeiterkreisen.

Bergarbeiterschutz.

Schwere Bergunfälle auf den Gruben Reden und Vuillemin veranlaßten die sozialdemokratische Fraktion auch noch eine eigene Interpellation einzubringen und den Reichskanzler zu fragen, welche Maßnahmen er zu treffen gedenke, um Grubenkatastrophen, wie die auf der Zeche Borussia und in den eben genannten Bergwerken nach Möglichkeit zu verhindern. Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion begründete wiederum Sachse diese Interpellation, indem er den Nachweis lieferte, daß im deutschen Bergwerk die Unfälle in einer erschreckenden Weise zunehmen. Es werden auf vielen Gruben die notwendigsten Vorsichtsmaßregeln außer acht gelassen und nicht einmal Rettungsapparate bereit gehalten. Auf manchen Gruben werden die inspizierenden Beamten direkt getäuscht. Diese gemeingefährlichen Maßnahmen des Unternehmertums finden sich sowohl in Westfalen wie in Schlesien, sowohl in Mitteldeutschland wie in Lothringen. Sachse legte dem Reichstag ein außerordentlich reichhaltiges Material vor, und wies vor allen Dingen darauf hin, daß auch auf den fiskalischen Gruben die Vorschriften der Berggesetzgebung nicht innegehalten werden. An seine Darstellungen knüpfte er unsere Forderungen, daß die Revierbeamten Hülfskräfte aus dem Arbeiterstande bekommen und daß diese Leute mindestens drei Jahre im praktischen Bergbau tätig gewesen sein sollen.

Der Staatssekretär Graf von Posadowsky und die von der Regierung abgeordneten Kommissare waren nicht imstande, trotz aller Bemühungen, die Ausführungen Sachses zu widerlegen; der preußische Geheimrat Meißner sah sich sogar zu dem Zugeständnis gezwungen, daß Arbeiterkontrolleure, „wenn auch nicht viel, so doch immerhin manches" verbessern könnten.

Privatbeamte.

Die Verhältnisse der Privatbeamten erfreuten sich, wohl nicht ohne Rücksicht darauf, daß die Privatbeamten ein zahlreicher Wählerkreis sind, einer besonders eingehenden Behandlung in der abgelaufenen Session. Die Nationalliberalen brachten eine Interpellation in Sachen der Versicherung der Privatbeamten ein. Die Klasse der Privatbeamten wächst prozentual im Verhältnis zu ihrer früheren Stärke in einem rascheren Tempo, als die Arbeiterklasse anwächst. In unserem Wirtschaftsleben haben die Privatbeamten wichtige Funktionen zu erfüllen. Dabei steht fest, daß sehr viele Privatbeamte sich mit mehr als bescheidenen Gehältern abfinden müssen und in recht gedrückter Lebenslage sind; der sogenannte „neue Mittelstand" ist in seinen Lebensverhältnissen unter den heutigen Umständen oftmals unsicherer daran, als industrielle Arbeiter. In Berücksichtigung dieser Umstände hat die Sozialdemokratie einen Antrag eingebracht, der eine Reihe von Forderungen zur Verbesserung der Verhältnisse der Privatbeamten enthält; um ein ganz sicheres Urteil über das, was ist, zu bekommen, haben wir zunächst Erhebungen durch den Beirat für Arbeiterstatistik verlangt.

Die von den bürgerlichen Parteien vielfach angeregte eigene Versicherung der Privatbeamten würde mindestens ein Fünftel des Einkommens jener Leute als Beitrag beanspruchen. Daß das unter keinen Umständen geht, liegt auf der Hand. Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion erklärte darum Genosse Heine, daß wir nur einer Reichsversicherung der Privatbeamten zustimmen, nicht aber die zu Versichernden auf Privatversicherung hinweisen und damit zugleich den Privatversicherungen die Vorteile des Versicherungszwanges zuschieben wollen. Die Reichsversicherung muß auf Beiträgen der Privatbeamten selbst, der Unternehmer und auf Reichszuschüssen aufgebaut werden; selbstverständlich ist sie obligatorisch zu machen.

Berufs- und Betriebszählung.

Der Vorlage über die Vornahme einer Berufs- und Betriebszählung im Jahre 1907 stimmte die sozialdemokratische Fraktion selbstverständlich zu. Ihr Vertreter, Genosse Hoch, regte bei dieser Gelegenheit an, die Berufszählungen regelmäßig vorzunehmen, und zwar, da die wirtschaftliche Entwicklung heute außerordentlich rasch vor sich gehe, längstens in 10jährigen Perioden. Auch trat er dafür ein, daß bei der Vorbereitung der Fragebogen die Interessenten gehört würden, und zwar vor allem diejenigen, die am allermeisten in Betracht kommen, nämlich die Arbeiter. Ferner wies er darauf hin, daß diejenigen gesellschaftlichen Erscheinungen, die bei der diesmaligen Berufszählung aus irgend einem Grunde ausgeschaltet wurden, durch besondere Erhebungen regelmäßig untersucht werden müssen; das bezieht sich vornehmlich auf die in gewissen Zwischenräumen möglichst genau zu vollziehenden Zählungen der Arbeitslosen. Auch hierfür empfahl er ein viel innigeres Zusammenarbeiten der amtlichen Stellen mit den Gewerkschaften, als es bisher beliebt worden ist.

Der Kommission für den Gesetzentwurf über die Berufszählung legten die Vertreter der sozialdemokratischen Partei drei Resolutionen vor. Der erste Antrag ging dahin, bei dieser Berufs- und Betriebszählung den Eigentümer der landwirtschaftlich benutzten Grundstücke zu ermitteln. Es liegt im Interesse der Volkswirtschaft, Klarheit darüber zu schaffen, nicht nur in welcher Weise der Grundbesitz in Groß- und Kleinbetriebe zerfällt, sondern auch zu erfahren, wer die Besitzer der einzelnen Betriebe sind. Durch die zweite Resolution sollte die Aufnahme der Frage in den Fragebogen veranlaßt werden, ob die Befragten eine fachgemäße Ausbildung durchgemacht haben und in

welchem Berufe. Man weiß, daß es mit der Fürsorge für die fachgemäße Ausbildung des Arbeiternachwuchses gegenwärtig sehr schlecht bestellt ist. Viele Großbetriebe tun in dieser Beziehung entweder gar nichts oder nicht das, was notwendig wäre. So fällt diese Aufgabe den Kleinbetrieben zu. Es hat sich aber im Laufe der Zeit herausgestellt, daß auch in den Kleinbetrieben die Ausbildung der Lehrlinge den Anforderungen der Zeit nicht mehr genügt. Allzuviele Kleingewerbetreibende verwechseln Ausbeutung der Lehrlinge mit ihrer Ausbildung. Auch die Gewerkschaften haben sich mit dieser Sache schon mehrfach beschäftigt, da sie es nicht zulassen können, daß die Ausbildung der Lehrlinge immer mehr vernachlässigt wird. Es gilt jedenfalls Licht in diese Verhältnisse zu bringen, was am besten bei der Gelegenheit einer solchen Berufs- und Betriebszählung hätte geschehen können. Schließlich die dritte Anregung bezog sich auf die Einfügung zweier Fragen in den Fragebogen, durch die festgestellt werden sollte, einmal wie groß die Zahl der Arbeiter ist, die im Haushalte ihres Arbeitgebers Kost und Logis haben, und zweitens wie groß die Zahl der regelmäßigen Arbeitsstunden pro Woche in den gewerblichen Betrieben ist. Die Notwendigkeit derartiger Feststellungen zur Beurteilung der Lage weiter Arbeiterschichten ist so einleuchtend, daß sie kaum einer Begründung bedarf. Leider fanden die drei Resolutionen bei der Mehrheit des Reichstages kein Verständnis und wurden abgelehnt. Eingefügt wurde dagegen in den Fragebogen die Frage nach der — Religion.

Witwen- und Waisenversicherung.

Der Hinterbliebenen-Versicherungsfonds, der aus den Mehreinnahmen der Lebensmittelzölle auf Grund des Zolltarifgesetzes vom Jahre 1902 bis zum Jahre 1910 angesammelt wird und jetzt angeblich 70 Millionen Mark enthält, ist durch ein besonderes Gesetz zwecks Vereinfachung seiner Verwaltung an den Reichsinvalidenfonds angegliedert worden. Außerdem ist gesetzlich bestimmt worden, daß die von der Verwaltung des Reichsinvalidenfonds zu veräußernden Papiere nicht an den offenen Markt gebracht, sondern zum Tageskurs an den Hinterbliebenenfonds übertragen werden. Dadurch werden nicht nur Kosten gespart, sondern es wird auch der Druck auf den ohnehin sehr niedrigen Kurs der Staatspapiere vermindert. Die Fraktion stimmte mit Ja.

Kolonialpolitik.

Den am 13. Dezember 1906 abgelehnten Nachtrag zum Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1906 legte die Regierung am 6. März dem Reichstag fast unverändert wieder vor. Die bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme des Zentrums und der polnischen Fraktion, stimmten der Vorlage ohne eingehende Kritik zu. Von unserer Seite sprach Genosse Ledebour, der mit äußerster Schärfe die Politik der Regierung und die Haltung der bürgerlichen Parteien angriff und, gestützt auf ein großes Material, den Nachweis lieferte, daß auch die von der Regierung zunächst in Südafrika zurückbehaltene Truppenzahl — rund 8000, später rund 5000 Mann — nach Lage der Dinge viel zu hoch gegriffen sei, wenn man damit nicht den Zweck verfolge, lediglich Geld in die Kolonien hineinzubringen. Mit besonderem Nachdruck wies Ledebour auf die Tatsache hin, daß, als die Auflösung des Reichstages wegen eines Abstriches an den geforderten Krediten erfolgte, der Krieg in Südwestafrika tatsächlich bereits beendet war. Die Nachrichten von der Uebergabe der Hauptführer der Bondelzwarts am 25. Oktober 1906 ist in Berlin sicherlich sehr bald eingetroffen, aber erst am 27. Dezember bekannt gemacht worden; zwar hatte ein Regierungsvertreter im Dezember in der Budgetkommission einige dunkle

Andeutungen über die Beendigung der Feindseligkeiten in Südwestafrika gemacht, aber keineswegs den Sachverhalt klipp und klar dargestellt; auch am 13. Dezember hat der Chef des Stabes der Schutztruppen, Oberstleutnant Quade, in der Plenarsitzung geäußert, daß gerade in den letzt vorausgegangenen Tagen die Streitmacht der Hottentotten wieder um einige hundert Mann angewachsen sei. Wiederholt darüber zur Rede gestellt, hat die Regierung dies auffallende Verhalten nicht zu erklären oder zu entschuldigen versucht. Diese Feststellungen Ledebours konnten nicht erschüttert werden; aber die Kolonialbegeisterung schlug nun einmal so hohe Wogen im Reichstage, daß die Regierungsvorlage sogar ohne Kommissionsberatung angenommen wurde.

Die sichere Mehrheit für alle kolonialen Forderungen, die die Wahlen der Regierung geschaffen hatten, hielt während der ganzen Dauer der Tagung zusammen. Unter diesen Umständen boten die Verhandlungen keinerlei Ueberraschungen. Das hinderte unsere Vertreter, die Genossen Bebel und Ledebour, nicht, sowohl an der allgemeinen Kolonialpolitik, wie auch an den einzelnen Etats mit derselben Entschiedenheit und Gründlichkeit wie in früheren Sessionen Kritik zu üben. Die Regierung hatte nicht nur ein selbständiges Kolonialamt im Etat vorgesehen, sondern ergänzte ihren Vorschlag auch noch durch die Forderung eines kolonialen Kriegsministeriums. Bebel warnte in einer eindrucksvollen Rede vor den Gefahren, die mit solchen Institutionen unvermeidlich verknüpft sind: sie bestehen einmal darin, daß die selbständige Kolonialverwaltung uns viel leichter in Konflikte mit anderen Mächten bringen könnte als eine unter Kontrolle des Auswärtigen Amtes wirtschaftende Verwaltung und sodann darin, daß die Schutztruppen allmählich zu einer wirklichen Kolonialarmee ausgebaut werden. Es gibt in Deutschland, wenn es auch wiederholt geleugnet wurde, eine große Anzahl von „Weltpolitikern", die in der Schaffung einer Kolonialarmee ein Mittel zur Bekämpfung der englischen Herrschaft erblicken. Daß diese Elemente eine Gefahr für den Weltfrieden sind, läßt sich nicht leugnen. Vorzugsweise die entschiedenen Darlegungen Bebels, denen Ledebour dann noch weitere hinzufügte, über diesen Punkt brachten es dazu, daß wenigstens die geforderte Stelle eines Generals an der Spitze des Kolonial-Kriegsministeriums abgelehnt wurde. Ob dieser Erfolg unserer Kritik nachhaltig sein wird, steht dahin. Die neue Organisation der militärischen Abteilung des neuen Kolonialamtes erforderte allein einen jährlichen Aufwand von beinahe einer halben Million Mark. Das ist freilich eine Bagatelle im Vergleich zu den Lasten, die dem deutschen Volke bisher schon auferlegt worden sind und die die Leitung der Kolonialverwaltung ihm fernerhin aufzubürden entschlossen ist. Aus den Denkschriften der Regierung läßt sich ersehen, daß in den nächsten Jahren nicht weniger als 396 Millionen Mark für koloniale Eisenbahnen aufgewendet werden sollen. Dabei mag man sich vergegenwärtigen, daß von 1895 bis 1906 die Kolonien an Reichszuschüssen allein 225 Millionen Mark erfordert haben; dazu kommen die Expeditionen mit 322 Millionen Mark, Kiautschau mit 120 Millionen Mark und ferner die Ausgaben für den südwestafrikanischen Aufstand mit nahezu 500 Millionen Mark. Die Regierung behauptet zwar, sie wolle die Kolonien ihrer wirtschaftlichen Selbständigkeit zuführen; es liegt aber auf der Hand, daß das nur auf Kosten des Reiches geschehen wird, und es erhebt sich deshalb die Frage, wie lange das deutsche Volk noch einer solchen Verwendung der schwer aufzubringenden Steuergroschen seine Zustimmung geben wird. Darüber kann der „Enthusiasmus" der Kolonialfreunde nicht hinwegtäuschen, daß diejenigen Parteien, die sich einer solchen ziellosen Ausdehnung kolonialer Unternehmungen entgegenstellen, auch bei den letzten Wahlen erheblich mehr Stimmen erhalten haben als die heutige Reichstagsmehrheit.

Rechtspflege.

Ueber Reform der Strafprozeßordnung und des Gerichtsverfassungsgesetzes interpellierten das Zentrum und die Nationalliberalen und gaben dadurch dem Vertreter unserer Partei, dem Abgeordneten Stadthagen, Gelegenheit, die Notwendigkeit grundsätzlicher Reformen in unserem Justizwesen darzulegen. Stadthagen forderte unter anderem Unabsetzbarkeit und Unversetzbarkeit für die Richter, ihre materielle Besserstellung, gesetzliche Regelung des Aufrückens in höhere Gehaltsstufen und Schutz gegen Maßregelung durch das heutige Disziplinarrecht mit seinen Kautschukbestimmungen, denn bei jedem Versuche der Reform des Gerichtsverfassungsgesetzes oder der Strafprozeßordnung müßte das wenigste sein, die Richter völlig unabhängig zu machen. Eine Strafprozeßordnung und ein Gerichtsverfassungsgesetz, die den heutigen Bedürfnissen entsprechen sollen, müssen darauf ausgehen, das soziale Element in die Strafrechtspflege hineinzubringen; die Gerichte müssen angeleitet werden, die Ursachen sich anzusehen, aus denen heraus der Einzelne zum Verbrecher geworden ist. Verbesserungsbedürftig sind aber auch in hohem Grade die Formen des Strafprozesses und des Strafvollzuges; besonders nachdrücklich verlangte Stadthagen eine neue Regelung der Untersuchungshaft.

Im Verlauf dieser Diskussion rügte Abgeordneter Heine, daß bei der Auswahl der Schöffen und der Geschworenen die Arbeiter so gut wie ganz ausgeschlossen würden, so daß schon dadurch die Rechtspflege durchaus den Charakter einer Klassenjustiz bekomme. Den Nachweis, daß unsere Rechtspflege in vielen Fällen den Charakter einer Klassenjustiz angenommen habe, lieferte Heine bei der Beratung des Justizetats. Er ging dabei im wesentlichen auf die Tatsache ein, daß die Rechtsprechung vielfach eine feindliche Haltung gegen die Bestrebungen der Arbeiterschaft auf Hebung ihrer wirtschaftlichen Lage zeige; er schilderte die Schikanen, mit denen man streikende Arbeiter belästige, zeigte die Drangsalierung des Koalitionsrechtes und geißelte die Rechtsprechung der obersten Gerichtshöfe in Sachen der „Erpressung" und der „Drohung". Seine energische Kritik trieb den Staatssekretär Dr. Nieberding zu einer heftigen Erklärung, in der er aber doch zugestehen mußte, daß die Rechtsprechung des Reichsgerichtes auf dem Gebiete der Erpressung und des Koalitonsrechtes in der letzten Zeit zu manchen Ergebnissen geführt hätte, die in ihren Konsequenzen berechtigte Zweifel erwecken könnten. Auch gab er zu, daß die Bestimmungen unseres Strafgesetzbuches über die Erpressung ebenso wie die Fassung des Koalitionsrechtes in der Gewerbeordnung nicht so fest abgegrenzt sind, wie es geboten erscheint. Daher sah er sich zu der Anerkennung gezwungen, daß die Strafrechtsreform eine klarere Fassung und engere Umgrenzung der Paragraphen über Nötigung und Erpressung bringen müßte.

Auf die Einzelheiten der Debatte über den Justizetat können wir hier nicht eingehen. Es sei nur noch die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion zu den verschiedenen Resolutionen dargelegt. Einer konservativen Resolution auf Abänderung des § 833 des Bürgerlichen Gesetzbuches, der von der Haftung des Tierhalters handelt, traten wir entgegen; dagegen stimmten wir einer nationalliberalen Resolution zur Verbesserung der Lage der Bauhandwerker zu, ebenso einem Antrag über den Zwangsvergleich außerhalb des Konkurses, und einem Antrag, der sich mit der Haftung von Automobilschäden befaßte — diesem Antrag vorbehaltlich unserer Stellung zu einem besonderen Gesetze in Sachen der Haftung für Automobilschäden. In eigenen Anträgen verfochten wir das Recht der Zeugnisverweigerung für Redakteure und den Schutz der Immunität der Abgeordneten. Ferner strebten wir nach einer weitergehenden Haftung für Beamte; wir wollen nicht nur die Haftung der Reichsbeamten, sondern auch die Haftung der Staatsbeamten und der einzelnen Staaten durch Reichsrecht geregelt wissen; das ist der einzige Weg, um den vielfachen Schädigungen von Staatsbürgern durch übereifrige oder gewissenlose Beamte ein Ende zu bereiten.

Nachdrücklich trat für die Forderung der Arbeiter, nicht nur Objekte, sondern auch Subjekte der Rechtsprechung zu sein, Genosse Dr. Frank ein, der auch zugleich eine Reihe von Einzelfällen zur Beleuchtung der Klassenjustiz wirkungsvoll vortrug. Im einzelnen behandelte er dann noch die Notwendigkeit einer Reform des Gesinderechtes und den Zeugniszwang gegen Redakteure.

Militäretat.

Die Beratung des Militäretats gab, wie in früheren Jahren so auch diesmal, unseren Rednern Veranlassung zu weitausholender Kritik des bestehenden Militärsystems. Der Reichskanzler hatte in dem Feuilleton, mit dem er die Generaldiskussion des Etats einleitete, unter anderem auch gesagt, er denke „an Ersparnisse im Heerwesen". Als man später den Kriegsminister vor die Frage stellte, welche Ersparnisse denn demnächst zu erwarten seien, konnte man aus der Antwort heraushören, daß er von jener Zusage des Reichskanzlers entweder gar nicht oder nur mangelhaft unterrichtet gewesen sei. Er meinte, der Etat für das Reichsheer würde kleiner werden, — wenn die Landesbefestigungen fertig ausgebaut seien, wenn die Umbewaffnung des Heeres und wenn die Beschaffung neuer Uniformen vollendet sei. Eine solche billige Ausrede ließ der Genosse Bebel, der von unserer Fraktion zunächst das Wort ergriff, nicht gelten, machte vielmehr positive Vorschläge.

Was die in jedem Jahre von neuem vorzubringende Klage über die Militärmißhandlungen anlangt, so forderte Bebel eine größere Sorgfalt bei der Einstellung geistig minderwertiger junger Leute, ferner aber auch eine Entlastung und Besserstellung des Unteroffizierkorps, sowie Reformen des Militärgerichtswesens; hierbei tadelte er besonders, daß die Oeffentlichkeit in einem immer größeren Umfange bei den Militärgerichtsverhandlungen ausgeschlossen wird. Ferner wies er darauf hin, daß der Rückgang in der Zahl der Militärdiensttauglichen eine entschiedene Mahnung für Reichstag und Regierung darstelle, durch sozialpolitische Maßnahmen großen Stiles einer Entartung unseres immer mehr industrialisierten Volkes entgegenzuarbeiten. Zum Militäretat hatte die Sozialdemokratie den Antrag gestellt, „den Reichskanzler zu ersuchen, in den Etat für das Jahr 1908 eine Erhöhung der Löhnung der Mannschaften und Unteroffiziere der Armee einzustellen und die bisher den Mannschaften auferlegten Ausgaben für die Beschaffung vorschriftsmäßiger Gebrauchsgegenstände ebenfalls auf den Etat zu übernehmen". Dieser Antrag, der sich aus den Verhältnissen der großen Masse der Soldaten und der Unteroffiziere von selbst rechtfertigt, stieß nur bei den konservativen Parteien auf Widerstand, war allerdings auch bei den anderen Parteien Anlaß, der Sozialdemokratie allerhand böse Absichten zu insinuieren. Diesen Versuchen trat Bebel sehr energisch entgegen, indem er ausführte: „Dieselben Gründe, die uns veranlassen, auf Beseitigung der Militärmißhandlungen zu dringen, auf eine Verkürzung der Dienstzeit, um denjenigen Leuten aus dem Volke, denen die Ableistung der Dienstpflicht auferlegt wird, diese nach Möglichkeit zu erleichtern, haben uns auch bestimmt, diesen Antrag zu stellen. Es ist auch nicht der erste derartige Antrag, den wir stellen." Im weiteren Verlauf seiner Rede erinnerte er daran, daß es ein sozialdemokratischer Antrag war, der 1884 zu der Einführung von Entschädigung an diejenigen Familien

der Reservisten und Landwehrleute führte, deren Väter zu militärischen Uebungen eingezogen werden; er erinnerte ferner daran, daß die Sozialdemokraten vor 11 Jahren, als es sich um die Einführung des warmen Abendbrotes für die Soldaten handelte, kräftig dafür eingetreten sind, genau so, wie sie jederzeit dafür waren, daß die Opfer unseres Militärsystems oder die Opfer der Kriege unter allen Umständen in auskömmlicher Weise unterstützt werden. „Das Los des Soldaten nach Möglichkeit zu verbessern, entspricht unserem Standpunkte; denn die große Mehrheit der Leute, auch die Unteroffiziere, sind Proletarier, die nichts übrig haben und die mit den knappen Pfennigen, die ihnen der Staat jetzt zahlt, unmöglich auskommen können."

Die Frage der Saalboykottierung durch das Militär, die Bebel schon kurz gestreift hatte, führte dann Abgeordneter Noske noch näher aus. Er kam dabei auch auf die allgemeine Stellung der Sozialdemokratie zum Militarismus zu sprechen und wies die Verleumdungen, die uns gerade im letzten Wahlkampfe von den Gegnern besonders eifrig zugefügt worden waren, zurück. Er führte aus:

„Unsere Stellung zum Militärwesen ist gegeben durch unsere Auffassung des Nationalitätsprinzips. Wir fordern die Unabhängigkeit jeder Nation. Aber das bedingt, daß wir auch Wert darauf legen, daß die Unabhängigkeit des deutschen Volkes gewahrt wird. . . . Wir sind selbstverständlich der Meinung, daß es unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit ist, dafür zu sorgen, daß das deutsche Volk nicht etwa von irgendeinem anderen Volk an die Wand gedrückt wird. Was wir im Militarismus bekämpfen, ist der unnötige Drill, sind die Soldatenschindereien, die Abschließung der Offiziere als Kaste und die Erklärung des Heeres als ein Machtmittel, das Uebergewicht der besitzlosen Klassen gegenüber den besitzenden aufrecht zu erhalten. . . ."

Die Verhältnisse der Arbeiter in den Militärwerkstätten wurden, wie schon früher mehrfach, so auch diesmal vom Genossen Zubeil beleuchtet, der an den Mißständen eine eindrucksvolle Kritik übte.

Marineetat.

Die Beratung des Marineetats — er kam erst wenige Tage vor Schluß des Reichstags an die Reihe — wurde in diesem Jahr mit unsachlicher Ueberstürzung betrieben. Die Mehrforderungen, die der Etat zeigt, hielten sich im Rahmen des Flottengesetzes. Genosse Zubeil nahm die Gelegenheit wahr, die Arbeiterverhältnisse auf den kaiserlichen Werften zu schildern und gegen die unwürdige Bevormundung der im Reichsbetriebe beschäftigten Staatsbürger Verwahrung einzulegen. Auch die kaiserliche Marine kann sich immer noch nicht zu der Erkenntnis aufschwingen, daß sie für den Arbeitslohn zwar ein Anrecht auf eine Arbeitsleistung erwirbt, nicht aber auf eine bestimmte Gesinnung des Arbeiters.

Postetat.

Bei der Beratung des Postetats erhob Genosse Singer gegen die Maßnahmen der Postbehörde eine Reihe von sachlichen Einwendungen: vor allen Dingen trat er für politische Bewegungsfreiheit der Beamten und für die Abschaffung von Korruptionsmöglichkeiten ein, wie sie in der Einrichtung sogenannter gehobener Stellungen für Unterbeamte und in der Schaffung von Ostmarkenzulagen gegeben sind. Die Gestaltung der Ostmarkenzulagen brachte in diesem Etat eine Ueberraschung: von der Mehrheit des vorigen Reichstages waren alle Versuche der Regierung, Ostmarkenzulagen, die der preußische Etat eingeführt hat, auch im Reiche nachzuahmen, so nachdrücklich und konsequent zurückgewiesen worden, daß die Regierung für den Etat von 1907 auf ihre Absichten nicht zurückzukommen gewagt hatte. Da kam ihr die neugeschaffene Mehrheit entgegen und ließ durch den Freiherrn von Gamp in einer Resolution die Regierung auffordern, noch nachträglich die Ostmarkenzulagen in den Postetat einzusetzen. Der Freisinn, der sich der Pflichten einer „Regierungspartei" offenbar bewußt zeigen wollte, ließ seine frühere prinzipielle Gegnerschaft fahren; nur so viel Opposition brachte er noch auf, daß er beantragte, die Ostmarkenzulagen wenigstens als dauernde und unwiderrufliche Gehaltserhöhungen einzuführen.

Bei der Abstimmung über die Resolutionen zum Postetat stimmten die Sozialdemokraten für früheren Schalterdienstschluß am Vorabend von Sonn- und Feiertagen; ferner für die Anrechnung des Nachtdienstes in anderthalbfacher Höhe; endlich für die Einführung einer mittleren Beamtenklasse, die ein höheres Gehalt als die Unterbeamten beziehen würde, wobei dann aber die heute beliebte Einteilung der Unterbeamten in zwei Klassen aufzuhören hätte. Auch für ausgiebige Notstandszulagen, bei den Unterbeamten noch über die Ansätze der Budgetkommission hinaus, trat unsere Partei ein.

Die berufene Tat des Reichspostamtes, uns auf dem Mannheimer Parteitag die Benutzung der postalischen Einrichtungen zu erschweren, geißelte Singer nach Gebühr schonungslos. Aus den verlegenen Wendungen des Staatssekretärs Kraetke, mit denen er sich gegen Singer zu verteidigen suchte, heben wir nur das eine hervor, daß er die Beamten der Reichspost vor der Gefahr behüten zu müssen geglaubt habe, durch etwa offenstehende Türen — etwas von den Verhandlungen des Parteitages zu hören. Die Erhabenheit dieses Standpunktes macht jedes Wort der Kritik überflüssig!

Versorgung der Reichsbeamten usw.

Nachdem im Jahre 1906 ein neues Gesetz über die Pensionierung der Offiziere und die Versorgung der Personen der Unterklassen des Heeres, der Marine und der Schutztruppen geschaffen worden ist, ließ sich eine neue Regelung der Versorgung von Reichsbeamten und Hinterbliebenen der Reichsbeamten und der Militärpersonen nicht mehr umgehen. Die Regierung legte drei Gesetzentwürfe vor, die darauf abzielten, einmal die materielle Lage der durch Alter oder Krankheit dienstlich untauglich gewordenen Beamten zu verbessern, gleichzeitig aber auch den Hinterbliebenen der Beamten und Militärpersonen eine erhöhte Fürsorge zuzuwenden. Der finanzielle Mehrbedarf für Pensionszwecke auf Grund dieser Gesetze wird auf etwa 7—8 Millionen zu schätzen sein. Es läßt sich nicht verkennen, daß die Belastung unseres Volkes durch Beamten- und Militärpensionen allmählich einen bedenklichen Grad erreicht hat. Noch im Jahre 1888 betrug die Pension für die Beamten und Offiziere einschließlich der Reliktengelder 42 Millionen Mark. Zwanzig Jahre später, im Jahre 1907, ist diese Last bereits auf 107 Millionen Mark angewachsen; dabei sind aber die Invalidenpensionen der Mannschaften mit 55,5 Millionen Mark, sowie die Veteranenbeihülfe im Betrage von fast 20 Millionen Mark noch nicht eingerechnet. Alles in allem beträgt die Pensionslast des Reiches im Jahre 1907 182 Millionen Mark, das heißt auf den Kopf der Bevölkerung nicht viel weniger als 3 Mk.

Unter diesen Umständen hielten es die Vertreter unserer Fraktion in der Kommission wie im Plenum für ihre Pflicht, gerade wie bei den Militärpensionsgesetzen auf die starke Bevorzugung der oberen vor den mittleren und unteren Beamten hinzuweisen; daß für die große Schar der Hinterbliebenen von unteren und mittleren Beamten eine Aufbesserung der Bezüge

bei den außerordentlich gestiegenen Preisen der Lebensmittel und der Wohnungsmieten nicht zu umgehen war, konnte nicht bestritten werden. Die Fraktion hat den Gesetzentwürfen ihre Zustimmung gegeben.

Branntweinsteuer.

Den vor der Reichstagsauflösung unerledigt gebliebenen Gesetzentwurf über die Bemessung des Kontingentfußes für landwirtschaftliche Brennereien brachte die Regierung von neuem ein; in Verbindung damit aber auch einen anderen Entwurf, nämlich den eines Gesetzes über Maßnahmen gegen den Rückgang des Ertrages der Maischbottichsteuer. Die Regierung kann sich der Notwendigkeit einer gründlichen Reform der ganzen Branntweinbesteuerung zwar nicht verschließen, sucht diese Reform aber möglichst weit hinauszuschieben, und beschränkt sich darauf, wenigstens einstweilen der wachsenden Benachteiligung der Reichskasse durch die Prämienwirtschaft bei der Maischraumsteuerrückvergütung entgegenzuwirken. Ihre Sorge um das Wohlergehen der Agrarier ist dabei aber so groß, daß sie sich keine ernsthaften Maßregeln zu schaffen getraut. Ihr Gesetzentwurf zerfiel in zwei Teile. Im ersten Teil wurde die Maischraumsteuerrückvergütung von 16 auf 12 Pf. für den Liter herabgesetzt, was ungefähr dem Ausbeuteverhältnis entspricht. Im zweiten Teil aber wollte sie einen sogenannten Ausgleichsfonds schaffen, das heißt eine feste Summe von 4½ Millionen Mark jährlich dazu verwenden, um den bisherigen Stipendiaten dieser Maischraumsteuerrückvergütung daraus „Entschädigungen" zu zahlen. Daß wir einen solchen Gesetzentwurf nicht gutheißen würden, versteht sich ganz von selbst. Der Gesetzgeber hatte bei der Schaffung des Maischraumsteuergesetzes nicht beabsichtigt, die Rückvergütung höher zu bemessen, als die Steuer. Eine Differenz zwischen Steuer und Rückvergütung entstand nur dadurch, daß allmählich die Brenntechnik verbessert und aus einem bestimmten Maischraum und Maischequantum mehr Spiritus gewonnen wurde als früher. Wir konnten daher nur dem ersten Teil des Gesetzentwurfes unsere Zustimmung geben, mußten aber den zweiten, der zwar die Reichskasse vor ferneren empfindlichen Abbröckelungen der Maischraumsteuer bewahren will, aber den Agrariern an Stelle der wachsenden Liebesgabe eine feste Rente aussetzt, ablehnen.

Der Gesetzentwurf über die Reform der Maischraumsteuer wurde einer Kommission überwiesen, die mit ihren Beratungen bei der Vertagung des Reichstags noch nicht zu Ende gekommen war. In dieser Kommission bemühten sich die Agrarier mit allen Mitteln, die Verhandlungen zu verschleppen, um so die Profite aus der jetzigen Gestaltung der Maischraumsteuer noch länger einzukassieren. Da sowohl im Plenum als auch in der Kommission der schroffe Gegensatz zwischen der Sozialdemokratie und den freisinnigen Parteien auf der einen Seite, den agrarischen Parteien auf der anderen Seite nicht überbrückt werden konnte, da also bei dieser Gelegenheit die famose konservativ-liberale Paarung vollständig in die Brüche zu gehen drohte, so setzte auch die Regierung der agrarischen Verschleppungstaktik keinen Widerstand entgegen. Als etwa 10 Tage vor der Vertagung des Reichstags die Mehrheit der Kommission ihrem Vorsitzenden die Vollmacht ausgestellt hatte, eine neue Sitzung erst dann einzuberufen, wenn es ihm gut scheine, versuchten die sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder in Verbindung mit den Freisinnigen vergeblich eine Weiterarbeit der Kommission zu veranlassen. Des Schutzes seiner agrarischen Mehrheit sicher, lehnte der Vorsitzende der Kommission, Abgeordneter Dr. Roesicke, der Direktor des Bundes der Landwirte, dieses Verlangen rundweg ab.

Der Gesetzentwurf über die Bemessung des Kontingentfußes für landwirtschaftliche Brennereien wurde in der Fassung der Regierungsvorlage am 20. März 1907 verabschiedet; dadurch sind die agrarischen Brenner gegen eine unangenehme Konkurrenz neu aufkommender Brennereien erheblich geschützt worden.

Nordostseekanal.

Der Vorlage, die nahezu 223 Millionen für die Verbreiterung des Nordostseekanals forderte, stimmte die Fraktion zu und zwar aus den gleichen Gründen, die sie bereits im Jahre 1886 veranlaßten, für den Bau des Kanals zu votieren. Man ging damals von der Voraussetzung aus, daß der Kanal für die Handelsmarine von großer Wichtigkeit werden würde; die Entwickelung hat dieser Auffassung recht gegeben. Der Kanalbetrieb brachte bereits im Jahre 1903 Ueberschüsse, die sich regelmäßig von Jahr zu Jahr gesteigert haben. Es ist zweifellos, daß die Steigerung sich noch rascher fortsetzen wird, wenn die Hindernisse beseitigt werden, die heute für die Kauffahrteischiffe bestehen, nämlich die ungenügende Breite und der Mangel an Ausweichstellen. Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion sprach in der ersten Lesung Genosse Frohme, der sich energisch gegen die Behauptungen wandte, die besonders während der letzten Reichstagsbewegung gegen die sozialdemokratische Partei geäußert worden sind, daß wir nämlich gegen alle großen Unternehmungen gewesen seien und uns insbesondere bemüht hätten, die Entwickelung von Handel und Industrie zu hindern. Er sagte: „Ich will konstatieren, daß meine Fraktion in diesem Hause, wie meine Partei überhaupt im öffentlichen Leben stets bemüht gewesen ist, nach bestem Ermessen, nach gutem Gewissen der wirtschaftlichen und politischen Entwickelung der Nation zu dienen. Wo immer es sich darum gehandelt hat, diese Entwickelung zu fördern, da ist die Sozialdemokratie dabei gewesen und ich darf wohl sagen, daß hier im Hause keine der liberalen Parteien sich rühmen kann, in dieser Richtung mehr Positives geleistet zu haben als die Sozialdemokratie."

In der zweiten Lesung sprach Genosse Dietz im Namen unserer Fraktion und erläuterte unsere Haltung folgendermaßen: „Zugeben muß man — wenn man ehrlich sein will — daß die Interessen der Landesverteidigung den ersten Anstoß zu dieser Vorlage gegeben haben; aber die wachsende Größe unserer Kauffahrteischiffe hat doch wohl auch mitgewirkt, daß man an diese bessere Ausgestaltung des Kanals gegangen ist. Es mutet vielleicht manchen eigentümlich an, daß wir Sozialdemokraten für diese Sache zu haben sind, wo wir in anderen Fällen unsere Zustimmung zu Vorlagen, die mit der Flotte zusammenhängen, verweigert haben. In diesem Falle möchte ich Sie aber doch darauf aufmerksam machen, daß an verkehrsreichen Stellen, wo z. B. die Verbreiterung einer Brücke notwendig ist, wir diese nicht verweigern würden etwa aus dem Grunde, weil über die Brücke auch Militär marschiert. Ich glaube, selbst die radikale Fraktion der Sozialdemokratie im Berliner Rathause würde, wenn solche Vorlagen an sie herantreten, diesen zustimmen." .... „Vom Standpunkt der Mittelstandspolitik müßte man gegen den Kanal sein, da er den einen, den Großen fördert, den Kleinen schädigt. Das wäre dann derselbe Standpunkt, den auch die preußischen Kanalgegner seinerzeit eingenommen haben, und der dann auch noch zu rechtfertigen wäre, wenn es sich beispielsweise um neue Eisenbahnbauten handeln würde. Die moderne Entwickelung des Handels und des Verkehrs geht darüber hinweg, und daher können und wollen wir die Erweiterung des Nordostseekanals nicht hindern. Wir schreiben das auf unser Konto der positiven Leistungen und tragen demgegenüber gern die Verantwortlichkeit unseren Wählern gegenüber; denn

genau dasselbe, was wir jetzt tun, haben wir auch im Jahre 1886 getan. Damals hätten wir wohl Ursache gehabt, das Kanalprojekt abzulehnen; denn in jener Zeit stand die sozialdemokratische Partei unter dem Sozialistengesetz, unter Ausweisungen und unter ununterbrochenen polizeilichen Schikanierungen. Unter solchen Verhältnissen hätte uns kein Mensch verargen können, wenn wir das Gesetz abgelehnt hätten. Aber wir haben es nicht getan. Uns stand die Entwickelung von Handel und Verkehr höher."

Unsere Redner traten nachdrücklich dafür ein, daß bei dem Ausbau des Kanals das Wort wahrgemacht werde, staatliche Anstalten sollten Musteranstalten werden. Schon im Jahre 1886 hatte die Fraktion erklärt, daß man deutsche Arbeiter am Kanal beschäftigen und ihnen eine gute Bezahlung und gute Behandlung sichern müsse. Dieser berechtigte Wunsch hat aber zu jener Zeit nicht die geforderte Berücksichtigung gefunden. Darum verlangte Frohme, das Reichsamt des Innern solle beweisen, daß es ihm Ernst ist, im Submissionswesen Wandel zu schaffen und die Verhältnisse der Arbeiter zu bessern; vor allem bestand er darauf, daß die Regierung und die beauftragten Unternehmer die Arbeiterorganisationen anerkennen. Der Staatssekretär Graf Posadowsky entgegnete ihm, daß man ernstlich bedacht sein werde, in erster Linie deutsche Arbeiter zu beschäftigen; er werde dafür sorgen, daß alles geschieht, was auf sozialpolitischem Gebiete nützlich ist; die großen Arbeitermassen angemessen unterzubringen, für die Erhaltung ihrer Gesundheit, für die Wohlfahrt in Krankheitsfällen zu sorgen, sie während ihrer Arbeitsleistung vor den Gefahren des Betriebes zu schützen, werde selbstverständlich eine der vornehmsten Aufgaben der Behörde sein. In der zweiten Lesung kam Dietz auf diese Aeußerungen zurück, erkannte an, daß sie verständig seien, bemerkte aber, daß am 27. April 1907 der preußische Eisenbahnminister Breitenbach im preußischen Abgeordnetenhause das gerade Gegenteil davon ausgeführt habe. Breitenbach hat bei der Beratung des Etats der Wasserbauverwaltung ausdrücklich erklärt, daß in Preußen auf die Unternehmer eingewirkt werden solle, die ihnen übertragenen Arbeiten im weitesten Umfange durch ausländische Arbeiter besorgen zu lassen; er hat ferner gesagt, die Unternehmer sollten angehalten und kontrolliert werden, daß sie nicht durch Aufrufe inländische Arbeiter heranziehen.

Auf diese Aufdeckung eines schreienden Widerspruchs zwischen den Erklärungen der Reichsverwaltung und der preußischen Regierung schwieg Graf Posadowsky. Es wird demnach Aufgabe der sozialdemokratischen Fraktion sein, darüber zu wachen, daß nicht die höchst arbeiterfeindlichen, rückständigen und gefährlichen Ansichten der preußischen Verwaltung bei dem Ausbau des Nordostseekanals maßgebend werden.

Handelsabkommen mit Nordamerika.

Eine endgültige Regelung unserer schwierigen Handelsverhältnisse zu den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist immer noch nicht gelungen. Dem Reichstag wurde am 7. Mai 1907 ein provisorisches Handelsabkommen vorgelegt, das auch von der Regierung nur als ein „vorbereitender Schritt" bezeichnet wurde. Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion begrüßte Abgeordneter Molkenbuhr die Tatsache, daß es überhaupt zu einem neuen Vertrag mit den Vereinigten Staaten gekommen ist, wenn wir auch keineswegs verkennen, daß der Vertrag recht wenig bietet und erst die Zukunft lehren kann, wie weit eigentlich die Erleichterungen bei der Zollabfertigung, die versprochen wurden, loyal durchgeführt werden. Molkenbuhr benutzte die Gelegenheit, um wieder einmal im allgemeinen auf die Schäden der Hochschutzzöllnerei hinzuweisen; in Nordamerika mehren sich

die Anzeichen dafür, daß der Höhepunkt der Schutzzöllnerei bereits überschritten ist. Das muß auch uns ein Ansporn sein, unseren Kampf gegen die agrarische Handelspolitik in Deutschland mit allen Kräften fortzusetzen.

Ausgehend von der Ueberzeugung, daß jeder Vertrag, der die friedlichen Beziehungen zwischen den verschiedenen Völkern fördert, zu unterstützen ist, trat die Sozialdemokratie für den Abschluß des vorgeschlagenen Handelsabkommens mit Nordamerika ein.

Griechischer Auslieferungsvertrag.

Dem Abschluß des Auslieferungsvertrages mit Griechenland hat die Fraktion nicht widersprochen, da das Asylrecht für politische Flüchtlinge ausreichend gesichert erscheint.

Schiffahrtsabgaben.

Um die Reichsregierung in der Frage der Schiffahrtsabgaben zur Stellungnahme zu zwingen, hatte die Fraktion schon frühzeitig eine Interpellation eingebracht. Der Reichskanzler entzog sich aber der Beantwortung, so daß unsere Vertreter gezwungen waren, die Angelegenheit bei der Etatsberatung zu berühren. Genosse Dr. David griff bei der Behandlung des Etats für den Reichskanzler die Frage auf, kennzeichnete das Verhalten der preußischen Regierung, die, um den Agrariern die Verteuerung des ausländischen Getreides möglich zu machen, emsig bemüht ist, den Artikel 54 der Reichsverfassung aus der Welt zu schaffen, und legte die wirtschaftlich politische und allgemein politische Bedeutung der Frage klar. Auf seine berechtigten Angriffe wußte der Reichskanzler, der unmittelbar darauf das Wort nahm, nichts zu entgegnen. Wir werden auch fernerhin mit der dringenden Gefahr zu rechnen haben, daß die Abgabenpflicht auf den deutschen Strömen den preußischen Agrariern zuliebe eingeführt wird.

Weingesetz.

Weinbau und Weinhandel spielte in den Verhandlungen des Reichstags eine verhältnismäßig große Rolle. Mit wichtigtuerischer Gebärde versuchte der Abgeordnete Dr. Roesicke kurz nach Zusammentritt des Reichstags bei der Begründung einer Interpellation über Aenderung des Gesetzes über den Verkehr mit Wein die Sache der Weinbauern als Sache des Bundes der Landwirte hinzustellen. Er holte sich dafür von unserem Parteigenossen Franz Joseph Ehrhart eine derbe Abfuhr. Im Namen unserer Fraktion vertrat Ehrhart die Forderung des Vollzuges der Weinkontrolle durch beamtete Kontrolleure im Hauptamte im ganzen Gebiete des Reiches; ferner sprach er sich für Einrichtung von Lagerbüchern und auch für den Deklarationszwang aus, wofern dafür ein gangbarer Weg gezeigt würde.

Bei der Beratung des Etats für das Reichsamt des Innern entspann sich dann noch einmal eine weit ausgedehnte Weindebatte, in der von unserer Seite Dr. David das Wort ergriff. Er legte dar, daß die Frage der Weinkontrolle nur durch die Einführung einer allgemeinen strengen Nahrungsmittelkontrolle befriedigend gelöst werden kann. Bis es freilich zu einer solchen durchgreifenden Beaufsichtigung der Nahrungsmittel komme, solle die Reichsregierung vor allen Dingen bemüht sein, Preußen zur Einführung einer rationellen Kellerkontrolle zu veranlassen.

Wahlfragen.

„Im Namen der Freiheit" verteidigten die Mitglieder des Regierungsblocks das Verhalten der Regierung und im besonderen das des Reichskanzlers während der Wahlen, denn — man dürfe ihn doch nicht schlechter stellen als irgend einen anderen Staatsbürger! Alle seine Maßregeln, eingefangen vom berüchtigten Silvesterbrief an den Reichsverband und der Begründung

eines Wahlfonds im Reichskanzlerpalais bis zu den Episoden Eickhoff und Hermes, zu den famosen mitternächtlichen Siegesreden in der Wilhelmstraße und zu der Rede vom Wahlsiege des „nationalen Schweins" fanden ihre Verteidiger im Reichstag, als bei der Begründung einer besonderen Interpellation (15. März 1907) unser Genosse R. Fischer, bei der Etatsberatung Bebel und nach ihnen auch andere Fraktionsmitglieder sie nach Gebühr kennzeichneten. Bülow erzählte gelegentlich einmal eine seiner beliebten Anekdoten, die von einem rumänischen Minister handelte; jener Ehrenmann hatte, als er in der Opposition stand, allerhand Versprechungen gemacht, die er als Minister nicht halten wollte; an die Erfüllung gemahnt, sagte er: „Mein Herr, Sie ahnen gar nicht, wie man seine Meinung ändert, wenn man Minister wird." Daran erinnert das Verhalten der Liberalen, die auch ihre Ansichten über Wahlbeeinflussung in dem Augenblick geändert haben, wo sie „Regierungspartei" werden durften! Reichskanzler, Reichskanzlei, Kolonialamt, Oberkommando der Schutztruppen usw. usw. haben offen die Art von Wahlagitation betrieben, die der Reichstag bis dahin in konstanter Praxis als unzulässig bezeichnet hatte. Unbefangener Prüfung kann es nicht verborgen bleiben, daß eine große Reihe von Mandaten der Mehrheitsparteien wegen direkter Wahlbeeinflussung hätte für ungültig erklärt werden müssen. Da die Wahlen bei einem besonderen Tagesordnungspunkte behandelt werden sollen, erübrigt sich ein näheres Eingehen auf die Erörterungen über Wahlbeeinflussungen im Reichstag. Aber die Schlußworte von Fischers Rede zur Begründung der erwähnten Interpellation sollen hier ihren Platz finden:

„Nach allem, was wir an amtlichen Wahlbeeinflussungen, was wir an Wahlverleumdungen, was wir an Wahlkorruption und an niederträchtigen Fälschungen in diesem Wahlkampf erlebt haben, da erzählt uns der Herr Reichskanzler, die Wahlen seien die Strafe für unsere politische Kampfesweise und unsere publizistische Methode . . . Die im Auftrage der Reichskanzlei, der Kolonialabteilung, des Reichsmarineamts, des Generalstabs, des Reichspostamts, des Oberkommandos der Schutztruppen entweder verfaßten oder verbreiteten Flugblätter haben uns ja gezeigt, was für ein anständiges, vornehmes, von idealistischem Schwung getragenes öffentliches Leben die Regierung bei diesen Wahlen gezeitigt hat. Wir Sozialdemokraten, wir hätten doch wenigstens die Entschuldigung für uns, daß wir Arbeiter sind. . . . Der Herr Reichskanzler aber ist angetan mit dem ganzen Glanzfirnis äußerer Bildung, und wie steht es da dem Herrn Reichskanzler an, uns Vorhaltungen über den guten Ton zu machen in einer Rede, wo er selber Ausdrücke gebraucht wie: Rüpeleien, ruchloses Spiel, Parteibonzen, perfide Forderungen, niederträchtige Verleumdungen. Das ist die Sprache des obersten Beamten des Deutschen Reiches in einer Rede nach einer Wahlagitation, in der die Regierung all diese Flugblättermisttübel von Verleumdungen über uns ergossen hat! Der Herr Reichskanzler hat nicht gesiegt, er hat nur in der Wahllotterie gewonnen, gesiegt hat auch bei dieser Wahl nicht das deutsche Bürgertum, gesiegt hat die skrupelloseste Demagogie und die von oben gezüchtete politische Korruption. Und wenn nur ein Funke von Recht und Gerechtigkeit in diesem Reichstag vorhanden wäre, dann müßten alle Mandate der Blockpartei kassiert werden. . . . Dieser Reichstag ist in den Blockparteien das lebendig gewordene Spiegelbild der Wahlkorruption."

Auch bei der letzten Wahl sind an vielen Orten gröbliche Verstöße gegen Wahlgesetz und Wahlreglement vorgekommen. Die Fraktion schloß sich deshalb dem Verlangen nach Einführung von Wahlurnen mit automatischer Vorrichtung zur Vermischung der Wahlkuverts an und brachte einen eigenen Antrag auf Aenderung des Wahlgesetzes ein.

Verschiedenes.

Aus den Einzelheiten, die bei verschiedenen Etats oder bei Gelegenheit anderer Beratungsgegenstände berührt wurden, heben wir folgendes heraus: In der Wohnungsfrage traten Brühne und Singer für Ausdehnung der Wohnungsfürsorge nachdrücklich ein; sie begrüßten die Ansetzung von 4 Millionen zur Schaffung billiger Wohnungen für Reichsangestellte und stimmten dem Staatssekretär Grafen von Posadowsky in der Bewertung des Erbbaurechtes bei. — Die Fraktion unterstützte auch die Anregung, den Reichsfiskus für die in einzelnen Orten unterhaltenen Fabriken und Anlagen kommunalsteuerpflichtig zu machen. — Unsere Unterstützung liehen wir den Bemühungen auf Sicherung des Wahlrechts bei Empfang freier ärztlicher Behandlung usw.

Als im März die sozialdemokratische Fraktion und eine Reihe von Parteiredakteuren im Reichstage zu einer Besprechung zusammen gewesen waren, fühlte sich die Berliner Polizei bemüßigt, die Einleitung eines Verfahrens auf Grund des preußischen Vereins- und Versammlungsrechtes gegen Einberufer und Teilnehmer an dieser Versammlung in die Wege zu leiten. Bei dieser Gelegenheit, das wollen wir anerkennen, wahrte der Präsident des Reichstages, Graf von Stolberg, mit Erfolg die Würde des Hauses, indem er den Reichskanzler nicht darüber in Zweifel ließ, daß er das Recht aller Reichstagsfraktionen auf Veranstaltung solcher Zusammenkünfte im Parlamentsgebäude, das bisher nie angefochten und von allen Parteien oft ausgenutzt wurde, auch fernerhin schützen werde. Damit war die Angelegenheit erledigt

Anträge, Resolutionen und Interpellationen.

Die nachfolgende Liste enthält die von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion im ersten Abschnitt der laufenden Session eingebrachten Anträge usw. Die voranstehenden Ziffern geben die Nummer der Reichstagsdrucksache an.

Nr. 56: Interpellation Albrecht und Genossen, betreffend Einführung von Schiffahrtsabgaben auf natürlichen Wasserstraßen in Preußen.

Nr. 94/106: Anträge Albrecht und Genossen:

Nr. 94: Gesetzentwurf, betreffend das Recht der Versammlung und Vereinigung und der Koalition,

Nr. 95: um Vorlage eines Gesetzentwurfs, betreffend Maximalarbeitszeit,

Nr. 96: Gesetzentwurf, betreffend Aenderung der Gewerbeordnung (Bergarbeiterverhältnisse),

Nr. 97: um Vorlage eines Gesetzentwurfs, betreffend das Knappschaftskassenwesen,

Nr. 98: um Vorlage des Entwurfs eines Reichsberggesetzes

Nr. 99: Gesetzentwurf, betreffend Aenderung des Krankenversicherungsgesetzes (Knappschaftskassen),

Nr. 100: um Vorlage eines Gesetzentwurfs, betreffend Einrichtung besonderer Schiedsgerichte zur Schlichtung von Rechtsstreitigkeiten zwischen ländlichen Arbeitern und ihren Arbeitgebern, sowie aus dem Gesindeverhältnis,

Nr. 101: um Vorlage eines Gesetzentwurfs, betreffend Regelung des Vertragsverhältnisses land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter und des Gesindes,

Nr. 102: um Vorlage eines Gesetzentwurfs, betreffend Regelung des Wohnungswesens,

Nr. 103: Gesetzentwurf, betreffend die Volksvertretung in den Bundesstaaten und in Elsaß-Lothringen,

Nr. 104: Gesetzentwurf, betreffend die Einsetzung von Reichstags-Kommissionen zur Untersuchung von Tatsachen,

Nr. 105: Gesetzentwurf, betreffend Aenderung der Verfassung (Zeugnisverweigerungsrecht der Reichstagsmitglieder) und der Strafprozeßordnung,

Nr. 106: Gesetzentwurf, betreffend Aenderung des Strafgesetzbuchs (Majestätsbeleidigungs-Paragraphen).

Nr. 120: Interpellation Albrecht und Genossen, betreffend Eingriffe von Behörden usw. bei der Reichstagswahl.

Nr. 121/125: Anträge Albrecht und Genossen:

Nr. 121: um Vorlage eines Gesetzentwurfs, betreffend die Verhältnisse der Privatbeamten,

Nr. 122: um Vorlage eines Gesetzentwurfs, betreffend Aenderung des Wahlgesetzes,

Nr. 123: Gesetzentwurf, betreffend Aenderung der Gewerbeordnung und des Handelsgesetzbuchs (Konkurrenzklausel),

Nr. 124: Gesetzentwurf, betreffend den Schutz der Arbeiter des Baugewerbes,

Nr. 125: Gesetzentwurf, betreffend die Haus- und Heimarbeiter und die Hausgewerbetreibenden.

Nr. 207: Resolution Albrecht und Genossen zur zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsetats für das Rechnungsjahr 1907 — Nr. 9 der Drucksachen. — Etat für das Reichsamt des Innern. — Anlage IV — Fortdauernde Ausgaben. Kapitel 7 Titel 1.

Nr. 210: Resolution Albrecht und Genossen zur zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsetats für das Rechnungsjahr 1907 — Nr. 9 der Drucksachen. — Etat für das Reichsamt des Innern. — Anlage IV — Fortdauernde Ausgaben. Kapitel 7 Titel 1.

Resolutionen Albrecht und Genossen zur zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Vornahme einer Berufs- und Betriebszählung im Jahre 1907 — Nr. 50, 215 der Drucksachen. —

Interpellation Albrecht und Genossen, betreffend Veranlassung von Maßnahmen zur Verhütung von Grubenkatastrophen wie die auf den Zechen „Borussia" bei Dortmund, „Reden" bei Saarbrücken und „Vuillemin" bei Kleinrosseln usw.

Nr. 292: Albrecht und Genossen, Erlaß einer Bundesratsverordnung zur Regelung der Arbeitszeiten für Hütten- und Walzwerksarbeiter.

Nr. 319: Albrecht und Genossen, Etat der Reichs-Justizverwaltung — Anlage VII — Fortdauernde Ausgaben. Kapitel 65 Titel 1.

* * *

Die Fraktion hat, in nicht unerheblich schwierigerer Lage als früher, nach besten Kräften die ihr anvertrauten Interessen zu wahren gesucht. Sie ist sich ihrer Verantwortung voll bewußt gewesen und hat, gestützt auf das Parteiprogramm, ihre Arbeit geleistet. Wenn die Gegner meinen, daß das Vertrauen zur Sozialdemokratie im Volke geschwunden sei, so haben schon die Nachwahl in Glauchau-Meerane, die bayerischen Landtagswahlen, die Hamburger Bürgerschaftswahlen und auch andere Gelegenheiten gezeigt, wie grundlos dieser Glaube ist. Wir wissen aber, daß er einer energischen, allumfassenden positiven Betätigung auf allen Gebieten, nicht zuletzt im Reichsparlament, bedarf, um dies Vertrauen zu verdienen und zu vermehren und dadurch die Erwartung der Gegner zuschanden zu machen. In diesem Sinne hat die Fraktion gearbeitet, in diesem Sinne wird sie weiterhin ihre Pflicht erfüllen.

Anträge.

Tagesordnung.

1. Nürnberg, Kiel und Breslau: Auf die Tagesordnung zu setzen: Das Wahlrecht in den Einzelstaaten.

2. Parteigenossen des fünften Schleswig-Holsteinischen Wahlkreises, Nürnberg, Preetz, Stralsund, Hahn, Stettin, Erfurt, Bremen, Langerfeld, Apenrade, abstinente Genossen in Elberfeld-Barmen, 21 Genossen Berlin II, drei Genossen Berlin V, acht Genossen in Schöneberg, XVI. sächsischer Reichstagswahlkreis, Verden, Hamburg III, Distrikt Hamm: Zu Punkt 7 der Tagesordnung einen zweiten Berichterstatter zu bestellen und hierzu einen Vertreter der Abstinenzbewegung zu nehmen.

Agitation.

3. Weißensee: Zwecks besserer Bildung der Landarbeiter allmonatlich eine Agitationsschrift zur Gratisverteilung auf dem Lande herauszugeben.

4. Rendsburg: Ueber die Agrarfrage im allgemeinen ist in den breiten Schichten der Arbeiterbevölkerung mehr Aufklärung durch Verbreitung von Flugschriften usw. zu schaffen als dieses bisher geschehen ist.

5. Amberg: Der Parteitag möge Mittel und Wege finden, wie die Agitation auf dem Lande besser zu betreiben ist wie bisher, eventuell die Beschaffung einer billigen Presse zu bewerkstelligen.

6. Düsseldorf: Den Parteiorganisationen im Lande ist dringend zu empfehlen, der Organisation der Landarbeiter und Landarbeiterinnen mehr Aufmerksamkeit als wie bisher zu widmen.

7. Frankfurt a. M.: Der Parteitag möge dafür Sorge tragen, daß die Parteiliteratur zu einem solchen Preise verkauft wird, daß sie ein wirksames Mittel gegen die Schundliteratur darstellt.

8. Teltow-Beeskow-Charlottenburg: Das Parteiprogramm den Parteigenossen zur Agitation in unbeschränkter Anzahl unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

9. Velten: Eine besondere antimilitaristische Propaganda ist systematisch zu entfalten. Zu diesem Zweck ist ein ständiger Ausschuß einzusetzen.

10. Ottweiler-St. Wendel:

1. Der Parteitag möge den Parteivorstand beauftragen, ein Flugblatt auszuarbeiten, welches die Wahlmachinationen der bürgerlichen Parteien kennzeichnet sowie die „arbeiterfreundliche" Tätigkeit der Blockparteien im Deutschen Reichstage ins rechte Licht stellt. Dieses Flugblatt ist in einer Massenauflage über ganz Deutschland zu verbreiten.

2. Die Kreisvereine, in denen es an rednerischen Kräften mangelt, durch hervorragende Redner zu unterstützen.

3. Zur planmäßigen Agitation im Saarrevier ist ein Parteisekretär anzustellen, welcher vom Parteivorstand besoldet wird.

11. Berlin IV: Alle wichtigen Debatten im Reichstage über Lebensmittelzölle und Kulturfragen in Broschürenform zu drucken und auf dem platten Lande zu verbreiten, damit der Landbevölkerung klar gemacht wird, welche Partei ihre Interessen vertritt.

12. 10. sächsischer Reichstagswahlkreis: Den Parteivorstand zu ersuchen, nach jeder Reichstagssession ein Flugblatt herauszugeben, das die wichtigsten Anträge und Beschlüsse des Reichstages enthält und die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion in kritischer Behandlung den Anträgen und Beschlüssen gegenüber erläutert.

13. Genosse Brügel in Retzbach bei Würzburg: Es soll eine Prämie ausgesetzt werden für die Ausarbeitung einer Schrift. Dieselbe soll das enthalten, was jeder im Volk über die Sozialdemokratie wissen soll. Sie soll volkstümlich geschrieben und nicht zu umfangreich sein. Sie soll auf Kosten der Partei in einer Auflage von zwölf Millionen hergestellt und im Volke verteilt werden.

14. Berlin II: In Verfolg des Beschlusses des Mannheimer Parteitages in bezug auf die Stellung der Partei den lokalen Gewerkschaften gegenüber einen endgültigen Beschluß des Essener Parteitages herbeizuführen.

15. Berlin IV: In Erwägung, daß die zunehmende Verschärfung der wirtschaftlichen Kämpfe und in Verbindung damit die wachsende Ausbreitung der Unternehmerorganisationen die Erstarkung der Gewerkschaftsorganisationen zur Notwendigkeit macht:

in weiterer Erwägung, daß unter dieser Voraussetzung für die Parteigenossen nur eine einzige Organisation ihres Berufes in Frage kommen kann und jede Sonderbündelei nur zum Schaden der gewerkschaftlichen Kämpfe gereicht, erwartet die Generalversammlung vom Parteitage, daß derselbe klipp und klar den Gedanken der Notwendigkeit einer einheitlichen gewerkschaftlichen Organisation zum Ausdruck bringt und den Appell an die lokalorganisierten Gewerkschaftsgenossen richtet, sich den Zentralverbänden anzuschließen.

16. Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg: Die im Auftrage des vorjährigen Parteitages vom Parteivorstand eingeleiteten Verhandlungen zwecks Herbeiführung des Zusammenschlusses der lokal- und zentralorganisierten Gewerkschaften betrachtet der Parteitag noch nicht für abgeschlossen; der Parteivorstand wird beauftragt, die Einigungsverhandlungen fortzusetzen.

17. Sachsen-Altenburg: Erwartet vom Parteivorstand, daß er bis zum Essener Parteitag völlige Klarheit darüber schafft, ob die Lokalisten noch länger der Partei angehören können.

Die Lokalisten entfalten nun auch in der Provinz das die Arbeitersache so sehr schädigende Treiben und gründen zum Gaudium unserer Gegner ihre „Lokalistischen Zentralorganisationen", die unter heutigen Verhältnissen innerhalb der Arbeiterschaft doch nur Zank und Streit hervorzurufen geeignet sind.

Viele Mitglieder der lokalistischen Vereine haben seit dem Mannheimer Parteitag und insbesondere während der letzten Reichstagswahl eine solch parteischädigende Tätigkeit entfaltet, daß man das als offenen Verrat an der Arbeitersache ansehen muß. Diesem Treiben muß schon deshalb ein Ende gemacht werden, weil die Führer der Lokalisten dahinter stehen und die Partei jetzt genau so wie seither die Gewerkschaften auseinander zu sprengen beabsichtigen.

Die Altenburger Parteiorganisationen verlangen deshalb vom Parteivorstand und dem Essener Parteitag eine klare und endgültige Entscheidung in dieser Streitfrage.

18. Berlin IV: Der Verlag und die Parteiinstanzen werden verpflichtet, mehr als bisher eine umfassende Propaganda für die „Neue Zeit" zu betreiben.

Organisation.

19. Berlin I: Der § 18 des Organisationsstatuts ist dahin abzuändern, daß 1. auch die beiden Beisitzer im Parteivorstand durch den Parteitag gewählt werden, und daß 2. niemand länger als zwei Jahre hintereinander Beisitzer sein darf.

Zu diesem Zweck sind im Absatz II des § 18 die Worte: „der Vorsitzenden, des Kassierers und der Schriftführer" zu ersetzen durch die Worte: „des Parteivorstandes".

Ferner ist der bisherige Absatz III des § 18 zu streichen und als neuer Absatz III an seine Stelle zu setzen: „Das Amt als Beisitzer darf niemand länger als zwei Jahre hintereinander bekleiden."

20. Teltow-Beeskow: Im § 26 des Organisationsstatuts der sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist im ersten Absatz der Schluß „die aus höchstens zwei Mitgliedern für jeden beteiligten Reichstagswahlkreis bestehen darf" zu streichen.

21. Berlin I: Der „Vorwärts" ist in das Eigentum der Genossen von Groß-Berlin überzuführen und verliert den Charakter als Zentralorgan der Partei.

Dem Parteivorstand ist die Ermächtigung zu erteilen, in zwanglosen Blättern eine „Sozialdemokratische Korrespondenz" herauszugeben, die an sämtliche Parteiblätter zu versenden und von diesen abzudrucken ist. Demgemäß sind im Organisationsstatut die §§ 25 und 26 zu streichen und an ihre Stelle zu setzen: „Der Parteivorstand gibt in zwanglosen Blättern die „Sozialdemokratische Korrespondenz" heraus, die nur an die Parteiblätter versendet wird und von ihnen zum Abdruck gebracht werden muß."

22. Sechster Schleswig-Holsteinischer Wahlkreis: Dem § 27 Abs. 2 des Organisationsstatuts folgende Fassung zu geben: Das Schiedsgericht besteht aus sieben Personen, zwei der Beisitzer wählt der Angeschuldigte, zwei die antragstellende Organisation, wobei die Auswahl auf die Parteigenossen des Bezirksverbandes zu beschränken ist, dem der Beschuldigte angehört. Den Vorsitzenden und zwei weitere Beisitzer bezeichnet der Parteivorstand. Wo die Möglichkeit gegeben ist, ist der Vorsitz einem juristisch gebildeten Genossen zu übertragen.

23. Bremerhaven: § 27 Absatz 2 des Organisationsstatuts, die Worte „des Bezirksverbandes" in „des Wahlkreises" umzuändern.

24. Bochum-Gelsenkirchen: Im Falle des § 2 entscheidet über die fernere Zugehörigkeit zur Partei die Kreisorganisation. Dem Ausgeschlossenen steht das Recht der Berufung an den Parteivorstand, alsdann an die Kontrollkommission und in letzter Linie an den Parteitag zu.

25. Vierter sächsischer Wahlkreis: Der Parteivorstand möge mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands eine für die Gewerkschaften und Partei einheitliche Regelung der Ausschlußgründe und des Ausschlußverfahrens vereinbaren. Als letzte Instanz in Ausschlußsachen, bei denen ein Parteimitglied in Frage kommt, hat auf Verlangen des Auszuschließenden, das an die Generalversammlung der betreffenden Gewerkschaft zu richten ist, ein Schiedsgericht zu fungieren, das aus Mitgliedern der Gewerkschaft besteht, die zur Hälfte von dem Auszuschließenden, zur anderen Hälfte vom Gewerkschaftsvorstande zu bestimmen sind. Als unparteiischer Vorsitzender fungiert ein Beauftragter des Parteivorstandes, der nicht der betreffenden Gewerkschaft angehört. So lange das Ausschlußverfahren nicht seinen endgültigen Abschluß gefunden hat und soweit es sich nicht um Streikbruch, Veruntreuung oder Zahlungsverweigerung handelt, ist der Auszuschließende noch im Besitze seiner Rechte und Pflichten zu belassen.

26. Stollberg in Sachsen: In Bezug auf das Ergebnis der letztverflossenen Reichstagswahl hat man die Wahrnehmung machen können, daß betreffs der Lokalorganisation in den meisten Wahlkreisen noch viel zu wünschen übrig bleibt. Selbst in solchen Kreisen, welche als sehr fortgeschritten gelten, findet man, daß die Mehrzahl der Orte noch einer Lokalorganisation entbehren. Infolgedessen beantragen wir, daß der Parteitag beschließen wolle, der Parteileitung aufzugeben, das Nötige in die Wege zu leiten und eine Broschüre in Druck zu geben, welche dahin geht, den Parteigenossen bei Reichstags-, Landtags- und Kommunalwahlen als Leitfaden zu dienen.

27. Osnabrück, Altenburg, Stralsund, Bochum, Gelsenkirchen, Magdeburg, Bremerhaven, Calbe-Aschersleben, Augsburg-Wertingen, Düsseldorf, Breslau, Stettin, Trier, Bremen, Celle, IX. Hannoverscher Wahlkreis, Sorau-Forst, VIII. und IX. Schleswig-Holsteinischer Wahlkreis und Hamburg III, Distrikt Hohenfelde: Einheitliche Mitgliedsbücher für alle Parteiorganisationen Deutschlands einzuführen.

28. Bant: Einführung von einheitlichen Mitgliedsbüchern und Mitgliederbeiträgen für ganz Deutschland.

29. Frankfurt a. M. und vierter sächsischer Wahlkreis: Der Parteivorstand wird beauftragt, die Einführung einheitlicher Parteilegitimationen für das ganze Reich nach dem Vorbild der vom Frankfurter Agitationskomitee herausgegebenen Mitgliedsbücher zu veranlassen.

30. Sagan-Sprottau: Der Parteitag wolle beschließen, einheitliche Mitgliedsbücher und Geschäftsbücher über das ganze Reich einzuführen, welche vom Parteivorstand zum Selbstkostenpreise bezogen werden können.

31. Kassel und Verden: Der Parteivorstand wird beauftragt, die Ausgabe einheitlicher Mitgliedsbücher und die Einführung einer Einheitsmarke für das ganze Reich vorzubereiten und dem nächsten Parteitag eine Vorlage zu machen.

Presse.

32. Parteivorstand und Kontrollkommission:

Organisation der Nachrichten-Vermittelung für die sozialdemokratische Partei.

§ 1. Die Partei errichtet ein Nachrichtenbureau, das seinen Sitz in Berlin hat.

§ 2. Aufgabe des Bureaus ist:

1. Herausgabe der „Partei-Korrespondenz";
2. Erlangung wichtiger Nachrichten und Mitteilungen politischer, sozialer und wirtschaftlicher Natur zur Uebermittelung an die Parteipresse;
3. Sammlung gesetzgeberischen und statistischen Materials, das für die Parteipresse von Wichtigkeit ist.

§ 3. Zwecks Erlangung bezüglicher Nachrichten und Mitteilungen aus Deutschland und anderen Ländern ist ein Berichterstatterdienst einzurichten. Ausgeschlossen von der Tätigkeit des Bureaus ist die Abfassung von Kritiken und Artikeln, die geeignet sind, die Selbsttätigkeit der Redaktionen zu beeinflussen.

§ 4. Der Nachrichtendienst ist derart zu organisieren, daß die Parteipresse in der raschesten Weise unterrichtet wird.

Insoweit hierfür Telephon- und Telegraphengebühren erwachsen, haben die betreffenden Parteiblätter diese Gebühren zu erstatten.

§ 5. Die Unterhaltungskosten für den Nachrichten- und Mitteilungsdienst sind — mit Ausnahme der Kosten für die „Partei-Korrespondenz" — dergestalt aufzubringen, daß die beteiligte Parteipresse nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit einen entsprechenden Teil zu leisten hat.

§ 6. Die Einrichtungen für das Bureau, die Anstellung der Redakteure der Berichterstatter und des Hülfspersonals ist Sache des Parteivorstandes, dem zu diesem Zweck als Beirat fünf Redakteure der Parteipresse zur Seite stehen, die in allen das Nachrichtenbureau betreffenden Angelegenheiten beratende und beschließende Stimme haben. Ein Mitglied des Beirats kann nicht Angestellter bei dem Bureau sein.

§ 7. So oft Angelegenheiten des Bureaus zur Beratung kommen sollen, hat der Parteivorstand die Mitglieder des Beirats rechtzeitig mit Angabe der Tagesordnung zu dieser Sitzung einzuladen. In der Regel sollen diese Sitzungen alle drei Monate stattfinden.

§ 8. Die in dem Bureau angestellten Redakteure haben das Recht, zu jeder Sitzung einen ihrer Kollegen als Vertreter mit beratender Stimme zu senden.

Der Parteivorstand hat zu diesem Zweck die Redakteure rechtzeitig von einer stattfindenden Sitzung zu benachrichtigen.

§ 9. Die Mitglieder des Beirats werden alljährlich durch die Parteileitung gewählt.

33. Berlin III: Die im Gewerkschaftshause tagende Generalversammlung des dritten Berliner Wahlkreises mißbilligt die Aufnahme von Annoncen, welche alte Gewohnheiten der bürgerlichen Gesellschaft in empfehlende Erinnerung bringen.

Sie hält auf religiösem Gebiet strengste Neutralität für Pflicht der Partei und ersucht den Parteivorstand, die Parteiverlagsgeschäfte zu veranlassen, solche Annoncen in Zukunft nicht mehr zu bringen.

34. Berlin IV: 1. Der Verlag hat die „Neue Zeit" vom 1. Oktober ab in einem dem Titel und der neuen Kunstrichtung entsprechenden Gewande herauszugeben.

2. Der internationalen Bedeutung der „Neuen Zeit" entsprechend und um die Lektüre auch den ausländischen Genossen möglicher zu machen, die der deutschen Sprache wohl mächtig sind, denen aber die deutschen (gothischen) Schriftzeichen Schwierigkeiten bereiten, hat der Schriftsatz in lateinischen Lettern zu erfolgen.

35. Velten: Für die Provinz Brandenburg ist ein neues Parteiorgan zu schaffen und möglichst der Reichstagswahlkreis Potsdam-Spandau-Osthavelland zu berücksichtigen, da es infolge der besonderen Verhältnisse in den Staatswerkstätten zu Spandau, Potsdam usw. unmöglich ist, den Wahlkreis, um den schon jahrelang mit größter Anstrengung gekämpft wurde, ohne eigene Zeitung für die Partei zu erobern.

Parteischule und Bildungsausschuß.

36. Wittenberg-Schweidnitz und Torgau-Liebenwerda: Die Parteischule in ihrer gegenwärtigen Form wird aufgehoben. Es werden die dafür angesetzten Ausgabeposten für die Landes- bezw. Bezirksorganisationen offen gelassen zur Errichtung von ständigen Unterrichtskursen. Diese sind als Vorschule zur Vertiefung der Kenntnisse des Sozialismus in der Partei tätiger Genossen einzurichten.

Bei Ablehnung obigen Antrages als Unterantrag: Sollte die Parteischule in ihrer gegenwärtigen Form bestehen bleiben, so sind daneben die obengenannten ständigen Unterrichtskurse dennoch einzurichten.

37. Genosse Richtsteig, Berlin III: Um eine Zusammenfassung und Vertiefung der gesamten Bildungsbestrebungen innerhalb der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu ermöglichen, beschließt der Parteitag die Herausgabe eines

monatlich erscheinenden Korrespondenzblattes. Das Blatt soll den Parteigenossen als Wegweiser und Führer in allen Bildungsfragen dienen. Es wird von dem Bildungsausschuß in Berlin herausgegeben und gilt auch als dessen Publikationsorgan. Das Blatt ist den Vorständen der Organisationen kostenlos zu liefern, kann aber auch von einzelnen Parteigenossen im Abonnement bezogen werden.

38. A. Chery, Münster i. W.: Der Parteitag wolle beschließen: Bei der heute fortgeschrittenen Organisation des Partei- sowie des Gewerkschaftskörpers ist es an der Zeit, daß den Mitgliedern desselben außer den schöngeistigen und künstlerischen Erzeugnissen zur harmonischen Ausbildung auch die populären Wissenschaften, und zwar durch Anschauungsunterricht in der Form von Demonstrations- und Experimentalvorträgen, planmäßig von einer Zentrale aus geleitet eventuell durch Anstellung von (Fach-) Parteifunktionären vermittelt bezw. zugänglich gemacht werden.

39. Wittenberg-Schweinitz: Ueber die Bewerber zur Parteischule sollen vorher Erkundigungen beim jeweiligen Kreisvorstand eingeholt werden.

40. Mühlheim a. M.: 1. Die Partei möge in allen größeren Orten eine Agitation auf dem Gebiete des Volksschulwesens entfalten und ebenso auch naturwissenschaftliche Vorträge halten lassen, die zur Aufklärung des arbeitenden Volkes beitragen.

2. Die Partei möge ebenso mit Rücksicht auf die Kindererziehung darauf dringen, daß überall wo möglich Kindergärten errichtet werden, die einen weltlichen Charakter tragen.

Parlamentarische Tätigkeit.

41. Darmstadt: Die Fraktion wird beauftragt, die geeigneten Schritte zu unternehmen, daß die Ausdehnung des Fahrkartensteuergesetzes auf Bureauarbeiter, Lehrlinge und solche Arbeiter und Arbeiterinnen, die nicht in einem festen Vertragsverhältnis zu einem Arbeitgeber stehen, durch das Reichsschatzamt wieder rückgängig gemacht werde, und im Bedarfsfalle eine Interpellation durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion vorzubereiten.

42. Fürth: Der Parteitag beschließt, daß in Zukunft bei Abstimmungen über Sozialgesetze, auch wenn sie unsere Forderungen nicht voll bewilligen, die Fraktion ihre Zustimmung gibt.

43. Flensburg: Der Parteivorstand wird beauftragt, die Gesetzentwürfe der Regierung und der Parteien im Reiche und in den Einzelstaaten mit Begründung und Materialien den in der Agitation tätigen Parteigenossen in einer ähnlichen Form wie die „Partei-Korrespondenz" zugänglich zu machen.

Maifeier.

44. Nürnberg: Der Parteitag wolle klar aussprechen, in welcher Weise die Opfer der Maifeier zu unterstützen sind, eventuell soll dies in höherem Maße wie bisher durch die Partei geschehen.

45. Frankfurt a. M., Magdeburg, Bunzlau-Lübben, Berlin V: Die Maifeier ist in der bisherigen Form auch künftig abzuhalten.

46. Bremen: Die Bremer Genossen stehen nach wie vor auf dem Standpunkte, daß es die moralische Pflicht aller Partei- und Gewerkschaftsführer ist, für die größtmöglichste Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten. Der diesjährige Maiaufruf des Parteivorstandes war in der Form verfehlt und in der Sache unbegründet. Die Bremer Delegierten werden beauftragt, auf dem Parteitage für die Beibehaltung der Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten.

47. Ottensen: Die Parteigenossen erklären, daß sie an der bisherigen Form der Maifeier festhalten, indem sie in der Arbeitsruhe die würdigste Feier des 1. Mai erblicken. Sie wünschen, daß die Frage auf dem Parteitage gründlich erörtert und es den Parteigenossen und der Parteipresse zur Pflicht gemacht wird, mit allem Nachdruck für die Arbeitsruhe am 1. Mai Propaganda zu machen.

48. Genosse Brügel in Retzbach bei Würzburg: Es soll mit der Maifeier eine Verteilung aufklärender Schriften verbunden werden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß a) der Inhalt der grundlegenden Schriften mehr verbreitet und b) die Stellung der Kirche zur sozialen Frage eingehender behandelt wird.

Reichstagswahlen und politische Lage.

49. Weimar: Da der Freisinn bei der letzten Reichstagswahl sich offen als einen Teil der gemeinsamen reaktionären Masse entpuppte, indem derselbe eine Anzahl Wahlkreise den reaktionärsten Volksfeinden auslieferte, beschließt die Jahresversammlung des ersten weimarischen Reichstagswahlkreises:

Der Parteitag in Essen wolle beschließen: Bei Stichwahlen zwischen Freisinn und einer anderen bürgerlichen Partei enthält sich die sozialdemokratische Partei der Stimmenabgabe.

50. Nürnberg, Kiel: Bei Reichstags-Stichwahlen zwischen zwei bürgerlichen Kandidaten ist strengste Stimmenenthaltung zu üben.

51. Rendsburg: Bei vorkommenden Reichstags- und Landtagsstichwahlen, in welchen keine Sozialdemokraten in Frage kommen, ist von der Parteileitung strikte Stimmenenthaltung zu proklamieren.

52. Düsseldorf: Bei kommenden Wahlen ist eine Unterstützung bürgerlicher Parteien zu vermeiden.

53. Berlin III, Guben, Kottbus-Spremberg und Randow-Greifenhagen: In Anbetracht des Verhaltens der freisinnigen Parteien bei den Nachwahlen der Legislaturperiode 1903 zu 1906, bei welchen sie die Brotwucherparteien gegen die sozialdemokratische Partei unterstützten, sowie der Stellungnahme der freisinnigen Parteien bei der Reichstagswahl 1907, bei welcher sie offen für die reaktionären Parteien eingetreten sind und in einer Anzahl von Kreisen selbst die Hülfe des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie in Anspruch nahmen, halten es die Genossen für Pflicht der Sozialdemokratie Deutschlands, bei Stichwahlen zwischen freisinnigen und reaktionären Parteien sich unter allen Umständen der Stimme zu enthalten.

54. Bremerhaven: Bei sämtlichen Wahlen, in denen der Freisinn mit anderen reaktionären Parteien in Stichwahl steht und die Sozialdemokratie ausschlaggebend ist, haben sich unsere Parteigenossen der Stimmabgabe zu enthalten.

55. Flensburg: In Zukunft ist bei den Reichstagsstichwahlen gegenüber bürgerlichen Kandidaten Stimmenthaltung zu üben.

Alkoholfrage.

56. Nürnberg, V. Schleswig-Holsteinischer Wahlkreis; Langerfeld, Apenrade, 8 Genossen in Berlin V, abstinente Arbeiter Elberfeld-Barmen, Stuttgart und Stralsund: Erwarten vom Parteitag eine entschiedene Stellungnahme gegen den Trinkzwang bei Zusammenkünften von Parteigenossen, gegen Trinksitten und Trinkgewohnheiten, sowie Befürwortung der alkoholgegnerischen Bewegung in

der organisierten Arbeiterschaft. — Ferner sind die Parteiorganisationen und die Parteipresse zu verpflichten, für Aufklärung über die Schädigungen des Alkohols Sorge zu tragen.

57. Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg, Hamburg III, Distrikt Hamm: erwartet von dem Parteitag einen kräftigen Anstoß zur Förderung des Kampfes gegen die verheerenden Wirkungen des Alkohols. Sie erklären die planmäßige Belehrung über die Schäden und Gefahren des Alkohols, insbesondere für die Aufgaben des kämpfenden Proletariats und die Nachkommenschaft des arbeitenden Volkes, für eine Pflicht der Arbeiterpresse und der Organisationen.

58. Bremen, Hamburg III Distrikt Hamm, Delmenhorst: Der Parteitag erachtet es als selbstverständlich, daß sich abstinente Parteigenossen dem Deutschen Arbeiter-Abstinentenbunde und nicht bürgerlichen Abstinenzvereinigungen anschließen.

59. Bielefeld: Die Parteipresse und die Parteiorganisationen werden verpflichtet, den Anhängern der Abstinenzbewegung die Möglichkeit zu geben, in Wort und Schrift ihre Ansicht zu vertreten.

60. 21 Parteigenossen in Berlin II: 1. Die Genossen erwarten vom Parteitag eine entschiedene Stellungnahme gegen den Alkoholismus, insbesondere ist die Parteipresse mehr als bisher zu verpflichten, auf die Schäden, die der Alkoholismus anrichtet, hinzuweisen.

2. Der Parteitag möge den Parteigenossen, die sich zur Abstinenz bekennen, empfehlen, sich dem Deutschen Arbeiter-Abstinentenbund anzuschließen und nicht einer bürgerlichen Organisation (Guttempler-Orden, Alkoholgegnerbund). Diese Organisationen haben bei den letzten Reichstagswahlen gezeigt, daß sie zu unseren Gegnern gehören.

Sonstige Anträge.

61. Frankfurt a. M.: Der Parteivorstand wolle dafür Sorge tragen, daß das gesamte Vermögen der Partei- wie der Gewerkschaftsorganisationen in einer eigenen Volksbank angelegt werde.

62. Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg: Den Parteivorstand zu beauftragen: I. Vor dem nächsten Parteitag eine Darstellung der landwirtschaftlichen Arbeiterverhältnisse in den verschiedenen Teilen des Reiches sowie eine Zusammenstellung des auf dem Gebiete des Landarbeiterschutzes und der Landarbeiterorganisation bisher von der deutschen Partei wie von den ausländischen Arbeiterparteien Geleisteten zu veröffentlichen. II. Unter Zuziehung von Fachleuten den Entwurf eines umfassenden Landarbeiterschutzprogramms auszuarbeiten.

63. Genosse Brügel in Retzbach bei Würzburg: Der Parteivorstand wird ersucht, eine Kommission zu ernennen, die zu untersuchen hat, ob nicht die Gründung von Bauernvereinen zu erstreben ist, die in ähnlichem Verhältnis zur Partei stehen wie die Gewerkschaften und Konsumvereine, und deren Zweck ist: die Hebung der landwirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und die Zusammenschließung des zersplitterten Grundbesitzes zu genossenschaftlichen Großbetrieben zu erstreben.

Das Ergebnis der Kommission soll dem nächsten Parteitag vorgelegt werden.

64. Genosse Halfter, Berlin VI: In der Präsenzliste des Parteitages wird außer Name, Wohnort und Wahlkreis auch der jeweilige Stand oder das Gewerbe des Delegierten (Parteibeamter, Gewerkschaftsbeamter, Gastwirt, Tischler usw.) genau angegeben.

65. Magdeburg: Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins, überzeugt von der Bedeutung solcher statistischen Aufnahmen über die soziale Zusammensetzung der Reichstagswählerschaft, wie sie in Magdeburg, Leipzig, Offenbach und Augsburg vorgenommen wurden, richtet an den Parteitag das Ersuchen, die Wahlkreise, bei denen die Vorbedingungen hierzu vorhanden sind, aufzufordern, solche Statistiken aufzunehmen. Es ist bei diesen Aufnahmen vor allem im Auge zu behalten, daß sie nach einem einheitlichen Schema zu erfolgen haben, damit sie mit einander verglichen werden können; es ist ferner erforderlich, da sie nicht nur für einen Wahlkreis, sondern für die Gesamtpartei nützliche Erkenntnis erschließen sollen, daß alle Statistiken veröffentlicht werden. Da der Wert der Aufnahmen um so größer ist, je zahlreicher sie sind, werden die Parteitagsdelegierten ersucht, überall da, wo es sich ermöglichen läßt, auf die Aufnahme solcher Wahlstatistiken hinzuwirken. Die Formulare hat der Parteivorstand zu liefern.

66. Frankfurt a. M.: Die Frankfurter Delegierten werden beauftragt, in Essen für die Abhaltung einer kurzen Preußenkonferenz im Anschluß an den Parteitag einzutreten und an derselben als Frankfurter Delegierte zur Beschleunigung der Vorarbeiten für eine preußische Landesorganisation teilzunehmen.

Parteitag 1908.

67. Teltow-Beeskow, Bremen: Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages ist zu setzen: Die Landarbeiterfrage.

68. Frankfurt a. M., Hamburg III, Distrikt Eimsbüttel: Der Parteivorstand wird ersucht, die Stellung der Partei zur Genossenschaftsbewegung auf die Tagesordnung des nächstjährigen Parteitages zu setzen, falls es die Umstände gestatten.

69. Nürnberg: Auf die Tagesordnung des Parteitages 1908 ist die Agrarfrage zu setzen.

70. Kiel: Der nächste deutsche Parteitag möge in Kiel abgehalten werden.

71. Magdeburg: Den nächsten Parteitag in Magdeburg stattfinden zu lassen.

72. Nürnberg: Der Parteitag im Jahre 1908 möge in Nürnberg stattfinden.

Nachträglich eingegangene und während der Verhandlung gestellte Anträge.

73. Randow-Greifenhagen: In Anbetracht des Umstandes, daß bei den Reichstagswahlen verschiedentlich Suppenschüsseln, Zigarrenkisten usw. als Wahlurne benutzt und hierdurch das Wahlgeheimnis vollständig aufgehoben wurde, beschließt der Parteitag: Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, dahin zu wirken, daß zur besseren Sicherung des Wahlgeheimnisses überall Wahlurnen von gleicher Größe gesetzlich vorgeschrieben werden.

74. Mühlhausen-Langensalza: Die Reichstagsfraktion wolle dafür Sorge tragen, daß der Termin zu den engeren Wahlen ebenso wie der der Hauptwahlen vom Bundesrat gleich bei Ausschreibung der Wahlen mit festgesetzt werde.

75. Randow-Greifenhagen: Der Parteitag möge Mittel und Wege finden, die Agitation auf dem Lande intensiver als bisher zu be-

treiben. Insbesondere hat sich die Ausarbeitung eines Programms über die Agrarfrage als eine Notwendigkeit herausgestellt. Zur besseren Agitation wird es sich empfehlen, daß der Parteivorstand periodisch Flugschriften für die Landbevölkerung herausgibt, deren Verbreitung durch die organisierten Parteigenossen erfolgen kann.

76. Stuttgart: Weil die unter gewerkschaftlicher Firma auftretende politische Zwitterorganisation genannt „Freie Vereinigung der Gewerkschaften" sich immer bewußter in den Dienst anarchosozialistischer Propaganda und Ziele gestellt hat,

weil ferner diese Organisation den Beschlüssen der Parteitage der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, welche der Arbeiterschaft die gewerkschaftliche Organisation in Zentralverbänden empfohlen haben, zuwiderhandeln, indem sie die gewerkschaftlichen Zentralverbände fortgesetzt in der gehässigsten Weise bekämpfen, weil ferner diese Organisation im offenen Gegensatz zu den Beschlüssen sozialdemokratischer Kongresse den anarchistischen Generalstreik propagieren und überdies durch eine besondere Aenderung ihres Organisationsprogramms die anarchistische Agitation direkt gefördert haben, wiederholt der Parteitag die Resolution des Lübecker Parteitages: Der Kampf der Arbeiterklasse auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet erfordert einheitliche Zusammenfassung aller Kräfte in den betreffenden Organisationen. Er hat zur Grundbedingung die Ausübung strenger Disziplin in der Aktion, die Respektierung der Beschlüsse der Mehrheit durch die Minderheit gemäß den Grundsätzen der Demokratie.

Wer der Partei oder solchen Berufsorganisationen in einem von ihnen geführten Kampfe durch die Tat entgegenwirkt oder Sonderbündelei mit der Gründung solcher Gegenorganisationen betreibt, verstößt gegen das vorentwickelte Lebensprinzip der Arbeiterbewegung. Es sind daher die örtlichen Organisationen der Partei berechtigt, solche Mitglieder solange auszuschließen, als sie in diesem Verhalten verharren.

Der Parteitag erklärt, daß diese anarchosozialistischen Vereinigungen keinerlei Gemeinschaft mit der modernen Arbeiterbewegung haben und daß jede Mitarbeit von Parteigenossen in diesen Vereinen, Versammlungen und Preßorganen unvereinbar mit der Förderung der Partei ist. Den anarchosozialistischen Vereinigungen ist die Parteipresse zu verschließen und sind die Redaktionen verpflichtet, der anarchosozialistischen Propaganda und Agitation mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten.

77. Wiederaufnahme in die Partei beantragen:
1. Nikolaus Matz in Metz.
2. Paul Jahn in Berlin II.
3. Emil Schröder in Berlin IV.
4. August Hamann in Itzehoe.

78. Aachen: Dem § 6 folgende Fassung zu geben: Die Festsetzung der Mitgliederbeiträge ist den Bezirksverbänden und Landesorganisationen zu überlassen, mit der Maßgabe, daß die ordentlichen Beiträge mindestens 10 Pf. wöchentlich betragen sollen. Eine Ermäßigung für Frauen, Kranke, Invaliden und Erwerbslose ist gestattet.

79. Aachen: Der Parteitag ersucht die Reichstagsfraktion, im Reichstage die Abschaffung der Bühnenschiedsgerichte und die Ueberweisung der Kunst- und Theaterinstitute unter die Zuständigkeit der Kaufmanns- oder der Gewerbegerichte zu beantragen.

80. Aachen: Der Parteitag spricht sich dahin aus, daß bei Stichwahlen zwischen bürgerlichen Parteien lediglich Mindestforderungen bezüglich der wichtigsten Volksrechte, Wahlrecht, Koalitionsrecht, Ausnahmegesetze, indirekte Steuern usw. zu stellen sind, ein unbedingter Ausschluß einzelner bürgerlicher Parteien jedoch nicht erfolgen soll.

81. Kiel: Der Parteivorstand wird beauftragt, ein einheitliches Mitgliedsbuch (Musterbuch) herauszugeben, das die Benutzung in allen Parteiorganisationen des Deutschen Reiches ermöglicht.

82. Verden: Den Referenten, die sich in fester Parteistellung befinden, für von diesen zu haltenden Referate nur das Fahrgeld dritter Klasse und Zehrgeld zu vergüten.

83. Verden: Zur Vermehrung der Wanderbibliotheken mehr Mittel zu bewilligen.

84. Gautag der sozialdemokratischen Partei der Pfalz: Zur Durchführung einer besseren Agitation sind die Parteibroschüren und Schriften im Preise herabzusetzen, um dieselben der Arbeiterschaft besser zugänglich zu machen.

85. Dresden-A.: Die Parteigenossen des 5. sächsischen Reichstagswahlkreises sprechen die Erwartung aus, daß der Parteitag in Essen energisch Stellung nimmt gegen das die gesamte Arbeiterbewegung schwer schädigende Treiben der Lokalorganisationen und anderer Gewerkschaftszersplitterer, soweit diese Mitglieder der Partei sind. Der Parteitag möge aussprechen, daß angesichts der fortwährend zunehmenden Konzentration des Kapitals und des brutalen Vorgehens des koalierten Unternehmertums gegen die Organisationen der Arbeiter solche Gewerkschaftszersplitterung eine schwere Schädigung der Arbeiterbewegung bedeutet und geeignet ist, Uneinigkeit in die Reihen der organisierten Arbeiter zu tragen.

Die Parteigenossen haben die Pflicht, soweit sie in einem Arbeitsverhältnis stehen, Mitglied der von der Generalkommission anerkannten gewerkschaftlichen Zentralverbände zu sein.

Die Genossen, die sich den Beschlüssen des Parteitages zur Frage Partei und Gewerkschaft nicht unterwerfen, haben sich selbst außerhalb der Partei gestellt.

86. Genosse P. Hoffmeister-Rixdorf: Das Urteil des Schiedsgerichts resp. der Kontrollkommission in dem Ausschlußverfahren gegen den p. Wiesenthal einer nochmaligen Prüfung zu unterziehen.

87. Delmenhorst: Für die noch indifferente Arbeiterschaft, die kein täglich erscheinendes Parteiblatt abonniert, ein wöchentlich erscheinendes Blatt mit leicht faßlichen Artikeln herauszugeben, das im ganzen Reiche verbreitet werden soll.

88. Delmenhorst: Die Schaffung von Jugendorganisationen intensiver wie bisher zu betreiben, und zwar in der Weise, daß einige Parteigenossen beauftragt werden, in möglichst allen Orten des Reiches Versammlungen abzuhalten, in denen der Zweck und die Notwendigkeit der Jugendorganisationen erläutert und die Gründung eventuell in die Wege geleitet wird. Gleichzeitig die Parteipresse zu veranlassen, in dieser Richtung aufklärend zu wirken.

89. Dortmund: Die Generalversammlung stellt den Antrag zum deutschen Parteitag, daß unter den zum Militär einrückenden Mannschaften die antimilitaristische Agitation einsetzt, und zwar ist schon während der Musterungen oder Militäraushebung durch geeignete Flugblätter in diesem Sinne zu wirken.

90. Resolution des Parteivorstandes und der Kontrollkommission: Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, die mit den lokalistischen Gewerkschaften auf Grund des Beschlusses des Mannheimer Parteitages eingeleiteten Verhandlungen fortzusetzen und dem nächsten Parteitage über deren Verlauf zu berichten.

Der Parteitag verurteilt die von vielen Mitgliedern der lokalistischen Gewerkschaften im Gegensatz zum Parteiprogramm betriebene Agitationsweise. In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen früherer Parteitage und des Beschlusses des Internationalen Kongresses in Stuttgart, das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften betreffend, hält der Parteitag für den gewerkschaftlichen Kampf eine einheitliche Organisation für notwendig und erblickt in den Zentralverbänden die gegebene Form der gewerkschaftlichen Organisation.

Der Parteitag fordert daher die den lokalistischen Gewerkschaften angehörenden Parteigenossen auf, sich den der Generalkommission angegliederten Zentralverbänden anzuschließen.

91. Resolution zur Alkoholfrage: Die Gefahren des Alkoholgenusses sind mit der Entwickelung der kapitalistischen Produktionsweise für die arbeitende Bevölkerung gewachsen.

Dieselben Bedingungen, die auf deren allgemeine Verelendung hinwirken, haben auch den Anreiz zum übermäßigen Alkoholgenuß und damit dessen Schädlichkeit gesteigert: die Ueberanstrengung, die ungenügenden Löhne und die ungesunden Wohn- und Arbeitsstätten.

Durch wirtschaftliche und soziale Mißstände und die aus ihnen hervorgegangenen Trinksitten wird den Arbeitern ein zu häufiger Genuß von Alkohol aufgezwungen und angewöhnt.

Diese Gewöhnung hat aber zur Folge, daß auch, wenn diese primäre, wirtschaftliche Veranlassung zum übermäßigen Alkoholgenuß geschwunden ist, ihm oft nicht mehr entsagt werden kann.

Die bürgerlichen Alkoholgegner stellen in der Regel den Alkoholismus als die vom Volke selbst verschuldete Ursache seiner Not hin und lenken damit — zum Teil nicht ohne Absicht — die Aufmerksamkeit von dessen ursprünglichen wirtschaftlichen und sozialen Ursachen ab, während sie andererseits durch Zwangs- und Strafgesetze den angeblich bösen Willen des Trinkers brechen wollen, so daß er doppelt büßen muß, was die herrschenden Zustände verschulden.

Der Kapitalismus und der Staat als sein Interessenvertreter haben an der Beseitigung des Alkoholismus nur insoweit Interesse, als sie durch die Lasten für seine Opfer und deren verminderte Arbeitsfähigkeit Nachteil erleiden.

Der Parteitag erklärt:

Die Schäden des Alkoholismus können weder durch Zwangs- und Strafgesetze noch durch Steuergesetze eingedämmt oder gar beseitigt werden. Trunksuchtsgesetze zur Bestrafung der Trunkenen sind nichts als Ausnahmegesetze gegen die ärmere Bevölkerung, da sich die reichere ihnen leicht entziehen kann. Der Trunksüchtige ist nicht dem Strafrichter zu überantworten, sondern wie jeder andere Kranke in ärztliche Behandlung zu nehmen; aus öffentlichen Mitteln sind Heilstätten für Trunksüchtige unter ärztlicher Leitung zu errichten und zu erhalten.

Die Beschränkung der Gastwirtschaften wie des Spirituosenverkaufs würde den Alkoholmißbrauch nur aus der Oeffentlichkeit des Wirtshauses in die Heimlichkeit der Wohnung treiben.

Die Besteuerung der leichten alkoholischen Getränke (Bier, Wein, Obstwein) steigert infolge deren Verteuerung nur den Verbrauch von Branntwein. Je höher aber die Steuer auf Branntwein ist, um so mehr plündert sie gerade die ärmsten Schichten aus, da sie seinen Verbrauch nur ganz unwesentlich einschränkt.

Zur Bekämpfung der Alkoholgefahr fordert der Parteitag:

Herabsetzung der Arbeitszeit auf höchstens acht Stunden, Verbot der Nachtarbeit oder bei ununterbrochenem Betriebe ausreichender Schichtwechsel, genügende Ruhepausen während der Arbeit.

Verbot des Kreditierens und Verkaufens oder Lieferung an Stelle von Barlohn aller alkoholischen Getränke durch Arbeitgeber oder deren Angestellte an die von ihnen beschäftigten Arbeiter (Truckſystem).

Ausnahmsloses Verbot der Stellenvermittelung in Verbindung mit Schankbetrieb, Kleinhandel mit alkoholischen Getränken und Beherbergung.

Durchgreifende gewerbliche Hygiene der Werkstätten und Arbeitsmethoden.

Schutz der Kinder, Jugendlichen und Frauen.

Ausreichende Löhne, Beseitigung aller die Lebenshaltung verteuernden indirekten Steuern, sowie des Boden- und Wohnungswuchers.

Hebung der öffentlichen Erziehung durch Umgestaltung und Erweiterung des Schulwesens, entsprechend den Leitsätzen des Mannheimer Parteitages über Volkserziehung.

Eine durchgreifende Wohnungsreform, Erholungsstätten, Volksheime und Lesehallen.

Die Arbeiterorganisationen werden aufgefordert, jeden Zwang zum Genuß alkoholischer Getränke bei ihren Zusammenkünften zu beseitigen, bei Bildungsveranstaltungen, Arbeitsnachweisen und Auszahlung von Streikunterstützung jeden Trinkzwang zu vermeiden, für Aufklärung durch Wort und Schrift über die Alkoholgefahr, insbesondere für Kinder und Jugendliche, und über die zum Alkoholmißbrauch verleitenden Trinksitten zu sorgen. Kinder müssen vom Alkoholgenuß unbedingt ferngehalten werden.

Diesen allein wirksamen Kampf gegen die Alkoholgefahr führen die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der klassenbewußten Arbeiterschaft, indem sie deren wirtschaftliche Lage verbessern, und sie lehren, statt im Alkoholmißbrauch Genuß und Vergessenheit zu suchen, im Kampfe gegen den Kapitalismus zur Befreiung von Verelendung und Unterdrückung Genugtuung, Erholung und Freude zu finden.

Emanuel Wurm.

92. Rostock: Die Fraktion zu beauftragen, baldmöglichst im Reichstage einen Antrag einzubringen auf Streichung der Bestimmung unter § 8 Ziffer 3 des Reichswahlgesetzes.

93. Elbing-Marienburg: Den Parteivorstand zu veranlassen, für Westpreußen ein eigenes Parteiorgan zu schaffen.

94. Hompkons und Genossen: Der Parteitag verpflichtet die Parteileitungen aller Orte des Reiches, systematisch die Naturalisation der einem anderen Staate angehörenden Genossen herbeizuführen, um den bei dem jetzigen Zustande unvermeidlichen großen Verlust der Stimmen sicherer Anhänger bei den Landtags- und Gemeindewahlen zu verhüten.

Es steht in schroffem Widerspruche zu der Wichtigkeit der Wahlrechtskämpfe, daß ein Parteigenosse es unterläßt, sich durch die Erwerbung der Staatszugehörigkeit seines jeweiligen Wohnlandes das Wahlrecht zu verschaffen.

Der Parteitag verpflichtet die Leitungen aller örtlichen Parteiorganisationen, die Naturalisation durch Einsetzung einer Kommission zu organisieren. In diesem Sinne empfiehlt der Parteitag die Einfügung einer nach der Landeszugehörigkeit forschenden Frage in die Aufnahmescheine der Wahlkreisorganisationen, ferner die Prüfung der Abonnentenlisten der Parteiblätter, sowie der örtlichen Mitgliederlisten der auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Vereinigungen nach der Staatszugehörigkeit unserer Anhänger, um dann auf die Betreffenden nachhaltig einzuwirken.

Der Parteivorstand wird beauftragt, die örtlichen Parteileitungen durch ein Rundschreiben an die hier festgelegten Verpflichtungen zu erinnern und sie zur geeigneten Zeit zum Bericht über die geschehenen Arbeiten aufzufordern.

95. Ottilie Baader und Genossen: Um unserer „Gleichheit" diejenige Verbreitung zu sichern, die ihr als führendes Organ der sozialdemokratischen Frauen in den Reihen des Proletariats gebührt, verpflichtet der Parteitag die agitatorisch tätigen Genossen und Genossinnen, bei jeder Gelegenheit für das Abonnement der „Gleichheit" genau so zu wirken, wie sie für das Abonnement unserer Tagespresse tätig sind. Den Redakteuren unserer Parteipresse empfiehlt der Parteitag, von Zeit zu Zeit im redaktionellen Teil unserer Tagespresse die „Gleichheit" zu empfehlen und zum Abonnement derselben aufzufordern.

96. Sozialdemokratischer Verein Kiel: Bei Beratung des Militäretats sind nur solche Fraktionsredner zu bestimmen, die die völlige Garantie dafür bieten, daß sie entschieden Stellung gegen den Militarismus nehmen und im Sinne der Resolution des Internationalen Kongresses in Stuttgart.

97. Löffler-Gelsenkirchen und Genossen: Der Parteitag wolle beschließen: Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, einen erneuten und energischen Vorstoß zugunsten einer reichsgesetzlichen Regelung der Bergarbeiterverhältnisse zu machen. Vor allen Dingen müssen reichsgesetzliche Bestimmungen für den Schutz der Gesundheit und des Lebens der Bergarbeiter getroffen werden. Ferner sind die knappschaftlichen Enkrechtungen der Bergleute reichsgesetzlich zu beseitigen und ist den Arbeitern ein tatsächlicher Einfluß auf die Verwaltung der Knappschaftskassen einzuräumen.

98. Hauschildt und Genossen: Sofort nach Schluß jeder Reichstagssession ist eine in knapper Form gefaßte agitatorisch wirksame Zusammenstellung der Tätigkeit des Reichstages und der sozialdemokratischen Fraktion während der jeweils verflossenen Session herauszugeben.

99. Gemoll: Die Reichstagsfraktion wird ersucht, in geeigneter Weise gesetzliche Bestimmungen anzustreben, welche die Verhältnisse der Mitglieder von Privat-, Wohlfahrts- und Pensionskassen regeln.

Es ist besonders anzustreben:

1. Die Sicherung der Pensionsansprüche der Mitglieder.
2. Die Verleihung des Rechts der Weiterversicherung der Arbeiter, die aus dem betreffenden Betriebe ausscheiden, sofern diese Arbeiter nicht die Rückzahlung der geleisteten Beiträge vorziehen.

100. Hoch-Hanau u. Genossen: Der Parteivorstand wird ersucht, künftig die Zusammenstellung der Anträge in der gedruckten Vorlage an den Parteitag in derselben Reihenfolge vorzunehmen, in der sie zu den einzelnen Punkten der Tagesordnung zur Unterstützung resp. Verhandlung gestellt werden sollen.

101. Henke-Bremen u. Genossen: Der Parteitag erkennt als die moralische Pflicht aller Partei- und Gewerkschaftsführer, für die größtmöglichste Durchführung der Arbeitsruhe am nächsten 1. Mai auch dann einzutreten, wenn die Verhandlungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission wegen der Unterstützungsfrage noch nicht abgeschlossen sein sollten.

102. Resolution zur Alkoholfrage: Die Schäden des Alkoholismus, die dank der kapitalistischen Großproduktion alkoholischer Getränke in unserer Zeit eine erschreckende Ausdehnung erfahren haben, finden ihre Ursache nicht nur in wirtschaftlichen und sozialen Notständen, unter denen das Proletariat in besonderem Maße leidet, sondern auch in falschen Vorstellungen über Wert und Wirkungen des Alkohols und in tief eingewurzelten, aus bürgerlichen Kreisen herstammenden Trinksitten. Diese Schäden treffen am schwersten die Angehörigen des ohnehin durch kapitalistische Ausbeutung und planmäßige Verdummungspolitik betroffenen Proletariats. Sie bilden eine besonders schwere Gefahr für die Entwickelung des proletarischen Nachwuchses und den Befreiungskampf der Arbeiterklasse. Die entschiedene Bekämpfung des Alkoholismus ist daher eine ernste Pflicht der gesamten Arbeiterbewegung.

Weit entfernt von der Auffassung bürgerlicher Alkoholgegner, als ob der Alkoholismus ausschließlich durch Schwächen der menschlichen Natur bedingt und darum durch Propaganda allein oder im Bunde mit staatlichen Zwangsmaßregeln zu überwinden sei, betont der Parteitag mit aller Schärfe die sozialen Ursachen der Alkoholfrage. Er fordert daher in Uebereinstimmung mit den bisherigen Bestrebungen der Partei die durchgreifendsten Arbeiterschutzgesetze und sonstige Maßnahmen zur wirtschaftlichen und geistigen Hebung der Volksmassen auch aus dem Gesichtspunkte der Bekämpfung der alkoholischen Gefahr. Er lehnt entschieden die Besteuerung des Alkoholkonsums ebenso ab, wie strafgesetzliche und polizeiliche Unterdrückungsmaßregeln als ungeeignet zur Bekämpfung des Alkoholismus und wirtschaftlich und politisch gefährlich.

Er erhebt auch in diesem Zusammenhang schärfsten Protest gegen die herrschende agrarisch-schutzzöllnerische Verteuerungspolitik, die notwendig dahin führen muß, den Alkoholverbrauch zu vermehren und seine volksschädlichen Wirkungen zu verschärfen.

Im besonderen fordert der Parteitag von Staat und Gemeinde:

1. Planmäßige Belehrung über Wesen und Wirkung des Alkohols, insbesondere im Schulunterricht.
2. Förderung und Beschaffung allgemein zugänglicher Stätten für Bildungsarbeit, körperliche Betätigung und Erholung, unter Ausschluß jeder politischen Tendenz.
3. Förderung des Verbrauchs unschädlicher alkoholfreier Getränke und Erfrischungsmittel durch möglichste Verbilligung ihrer Erzeugung und Einfuhr.
4. Verbot der Lohnzahlung in Form alkoholischer Getränke, sowie der Verbindung von Arbeitsnachweisen und ähnlichen Einrichtungen.
5. Kommunalisierung der Gast- und Schankwirtschaften, Bewirtschaftung allein aus dem Gesichtspunkte des Gemeinwohls und der Einschränkung des Alkoholverbrauchs mit dem Recht der Gemeindeangehörigen, durch Volksabstimmung die Erzeugung und den Verkauf des Alkohols zu verbieten.

Von den Arbeiterorganisationen, der Arbeiterpresse und allen Parteigenossen erwartet der Parteitag:

1. Ernstes Studium und gründliche Belehrung über die Schäden und Gefahren des Alkoholgenusses.
2. Ausschluß des Trinkzwanges bei allen öffentlichen und privaten Zusammenkünften, Beseitigung des Alkoholverbrauchs bei allen politischen und

belehrenden Veranstaltungen, bei Arbeitsnachweisen und ähnlichen Einrichtungen, Ablehnung jeder Vereinbarung durch die eine Verpflichtung zum Alkoholverbrauch übernommen wird.

3. Strengste Vermeidung der Verabfolgung von Alkohol an Kinder.

Den wirksamsten Kampf gegen alle Alkoholgefahr führen nach wie vor die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der klassenbewußten Arbeiterschaft, indem sie deren wirtschaftliche Lage verbessern und sie lehren, statt im Alkohol Vergessenheit und Genuß zu suchen, im Kampfe gegen den Kapitalismus zur Befreiung von jeder Verelendung und Unterdrückung, Genugtuung, Erholung und Freude zu finden.

Katzenstein mit der zur Unterstützung genügenden Anzahl Genossen.

* * *

Zu Antrag 32: **Errichtung eines Preßbureaus für die sozialdemokratische Partei.**

§ 1. Die Partei errichtet ein Preßbureau in Berlin.

§ 2. Aufgabe des Bureaus ist:

1. Die Uebermittelung wichtiger Nachrichten und Mitteilungen politischer, sozialer und wirtschaftlicher Natur an die Parteipresse.
2. Die Beschaffung gesetzgeberischen und statistischen Materials für die Parteipresse.
3. Die Herausgabe der Parteikorrespondenz.

§ 3. Zur Erfüllung dieser Aufgabe wird ein Berichterstatter- und Mitarbeiterdienst eingerichtet.

Ausgeschlossen von der Tätigkeit des Preßbureaus ist die Lieferung politischer Leitartikel sowie die Behandlung parteitaktischer und partei-theoretischer Fragen.

§ 4. Der Nachrichtendienst erfolgt telephonisch, telegraphisch und brieflich.

§ 5. Die Einrichtung des Bureaus, die Anstellung der Redakteure, der Berichterstatter und des Hülfspersonals obliegt dem Parteivorstand, welchem zu diesem Zweck 5 Redakteure der Parteipresse als Beirat zur Seite stehen.

Der Beirat hat in allen das Preßbureau betreffenden Angelegenheiten beschließende Stimme.

Ein Mitglied des Beirats kann nicht Angestellter des Bureaus sein.

§ 6. So oft Angelegenheiten des Bureaus zur Beratung kommen sollen, hat der Parteivorstand die Mitglieder des Beirats rechtzeitig mit Angabe der Tagesordnung zu dieser Sitzung einzuladen. In der Regel sollen diese Sitzungen alle drei Monate stattfinden.

§ 7. Die in dem Bureau angestellten Redakteure haben das Recht, zu jeder Sitzung einen ihrer Kollegen als Vertreter mit beratender Stimme zu senden.

§ 8. Die Mitglieder des Beirats werden alljährlich durch die Parteileitung gewählt.

§ 9. Die Einrichtungskosten des Preßbureaus werden von der Parteikasse getragen. Die laufenden Unterhaltungskosten des Nachrichten- und Mitteilungsdienstes sind mit Ausnahme der auf die Parteikorrespondenz entfallenden Kosten dermaßen aufzubringen, daß die Parteipresse nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit herangezogen wird. Parteiblätter, die telegraphischen und telephonischen Dienst beanspruchen, haben die Gebühren zu erstatten.

Essen, den 18. September 1907.

Für die Kommission des Parteitages:
Herm. Müller, Vorsitzender. Adolf Geck, Schriftführer.

Protokoll.

Vorversammlung

am Sonntag, den 15. September 1907, abends 7 Uhr.

Im Mittelpunkt der deutschen Schwerindustrie, im Lande der Kohle und des Eisens, an der Stätte der gewaltigsten Konzentration des industriellen Kapitals auf dem Kontinent tritt der diesjährige Parteitag, der 18. seit der Aufhebung des Sozialistengesetzes, zusammen. Die organisatorischen Schwierigkeiten, die der Vorbereitung des Kongresses in diesem Riesenfeldlager des Kapitals entgegenstanden, sind von den Essener Parteigenossen eifrig und geschickt überwunden worden. Der Saal, der der Partei zur Verfügung steht, ist zwar nicht groß und ein sehr bescheidenes Bauwerk, aber er reicht aus. Freilich, den Zustrom der Essener Parteigenossen kann er bei weitem nicht fassen.

Der Saal ist einfach und würdig geschmückt. Rings um die Galerien zieht sich ein rotes Tuch, an dem in den blaugelben Essener Stadtfarben Fähnchen mit den Namen der früheren Parteitagsorte angeheftet sind. Im Hintergrunde der Bühne hängen inmitten immergrünen Lorbeers die Bilder unserer Vorkämpfer Marx und Engels, zwischen denen die Büste unseres unvergeßlichen Liebknecht auf die Delegierten herabblickt. Ihr gegenüber an der Eingangsseite ist auf hohem Postamente eine lebensgroße Büste von Ignaz Auer aufgestellt, ein Werk der Berliner Bildhauerin Helene Quitmann, die der Partei damit ein Geschenk gemacht hat. Die Büste zeigt uns unseren Auer in seinen letzten Lebensjahren.

Pünktlich um 7 Uhr begrüßte das Arbeitersängerkartell Essen die Delegierten durch den Vortrag eines Festgedichtes von Robert Seidel-Zürich, das in die Worte ausklang:

Seid gegrüßt, Ihr tapferen Streiter,
Für des Volkes Recht und Brot!
Mit Euch vorwärts! Sieghaft weiter
Zu der Freiheit Morgenrot.

Nachdem sodann Genosse Dingel einen stimmungsvollen Prolog vorgetragen, ergriff namens des Essener Lokalkomitees das Wort der Kandidat des Kreises,

Gewehr-Elberfeld: Werte Genossen! Im Auftrage des Lokalkomitees heiße ich Sie namens der Essener Parteigenossen, namens der Parteigenossen des ganzen Ruhrreviers herzlich willkommen. Als der Mannheimer Parteitag beschloß, in diesem Jahre in Essen zu tagen, da

waren wohl die Parteigenossen von vornherein überzeugt, daß wir Ihnen hier in Essen nicht die äußerlichen Annehmlichkeiten und Bequemlichkeiten bieten könnten, wie das in Mannheim möglich war; aber trotzdem, davon bin ich überzeugt, haben die Genossen mit Freuden den Beschluß gefaßt, hier im Ruhrrevier den Parteitag abzuhalten, hier, wo der Kapitalismus einen Höhepunkt erreicht hat, wie kaum irgendwo sonst. Auf der Reise hierher werden die Genossen bei Durchquerung des Ruhrgebietes gefunden haben, daß sich hier Schlot an Schlot, Schacht an Schacht reiht; man kennt hier keine geographischen Grenzen mehr zwischen den einzelnen Gemeinden. Auch wir haben uns gesagt, es ist kein Parteitag für Essen allein, sondern ein Parteitag für das ganze Ruhrrevier. Hier im Ruhrrevier zeigt sich der Klassenkampf in der krassesten Form. Es ist schwer, hier zu arbeiten, aber es ist glücklicherweise eingetroffen, was wir vorausgesagt haben: wenn die Arbeiterbataillone im Ruhrrevier erst einmal in Bewegung kommen, dann werden sie im Sturmschritt voranmarschieren. (Bravo!) Die Essener Parteibewegung hat wohl keine so große Geschichte, wie vielleicht mancher andere Ort, wo Parteitage stattgefunden haben, aber die Geschichte der rheinisch-westfälischen Arbeiterbewegung und speziell auch die Geschichte des Wahlkreises Essen ist zweifellos sehr lehrreich. Wenn es eine ziemlich lange Zeit gedauert hat, bis wir auf unseren heutigen Standpunkt gekommen sind, so trugen die verschiedensten Umstände dazu bei. Vor allem der Druck der Großindustriellen. Ich erinnere daran, daß gerade die Großindustriellen im Ruhrrevier der Wahlprüfungskommission stets unendlich viel Arbeit gemacht haben. Dann kommt der Einfluß des Zentrums hinzu, das mit den abgefeimtesten Mitteln zu Werke geht. Damit im Zusammenhang steht die religiöse Hetze, die gerade hier in Essen ganz unbeschreibliche Formen angenommen hat. Und endlich kommt die Tatsache in Betracht, daß wir hier mit einer außerordentlich fluktuierenden Bevölkerung zu rechnen haben, wie wohl in keinem anderen Industriebezirk Deutschlands. Etwa die Hälfte der Arbeiter ist nur einheimisch, die andere Hälfte ist von außen zugezogen, und zwar meist aus den politisch und wirtschaftlich zurückgebliebensten Gegenden. Dieser Umstand hat uns nicht nur in der Vergangenheit die Arbeit schwer gemacht, er spielt auch heute noch eine ganz hervorragende Rolle. Als die Bewegung anfing, immer größer und mächtiger zu werden und als sich auch die Gewerkschaften mehr ausbreiteten, gingen unsere Gegner dazu über, die Arbeiterbewegung möglichst zu zersplittern. Die Gründung der christlichen Gewerkschaften ging von hier aus, wie sie auch heute noch ihren Hauptsitz im Ruhrrevier hat. Bezeichnend für die Haltung des Zentrums ist vor allem auch seine Stellungnahme in der Wahlrechtsfrage, die ja heute von allen Parteien erörtert wird. Die „Kölnische Volkszeitung" schrieb vor kurzem, die Wahlrechtsfrage in Preußen sei gar nicht von so großer Bedeutung. Es sei genügend für die Arbeiter geschehen, wenn vielleicht eine andere Wahlkreiseinteilung erreicht und von der Zentrumspartei eine — Anzahl Arbeiterkandidaten für den preußischen Landtag aufgestellt würden. (Lachen.) Daß bei dem bißchen Sozialpolitik, welche das Zentrum treibt, die Sozialdemokratie die treibende Kraft ist, beweist deutlich auch die Geschichte des Wahlkreises Essen. Seinerzeit war es der Zentrumsabgeordnete Lingen, der erklärte: „Die soziale Frage ist eine soziale Phrase", und als sich die Arbeiterkreise des Zentrums mit dieser Haltung nicht einverstanden erklärten, da haben sich die heftigsten Kämpfe im Zentrum abgespielt. Mit den raffiniertesten Mitteln ging das offizielle Zentrum in Essen gegen die Arbeiterkandidatur Stötzel vor. Daraus können Sie ermessen, wie das Zentrum erst gegen uns vorgeht. Wie wenig ernst es noch heute dem Zentrum mit den Arbeiterkandidaturen ist, beweist eine andere Aeußerung der „Kölnischen

Volkszeitung": Eine Anzahl Arbeitervertreter sei ganz gut, aber sie dürften nicht zu zahlreich werden. (Hört! hört!) Ebensowenig ehrlich meint es das Zentrum mit dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht nicht nur für den preußischen Landtag, sondern auch für den Reichstag. Das beweisen zahlreiche Stimmen hervorragender Zentrumsmitglieder. Das Zentrum ist auch keineswegs so sehr auf das allgemeine Wahlrecht angewiesen; es weiß genau, daß es die Arbeiter in den Industriebezirken auf die Dauer doch nicht halten kann. Und seine anderen Kreise sind ihm meist auch bei einem ständischen Wahlsystem, das es erstrebt, sicher. Ein weiteres Hemmnis unserer Bewegung ist das Königreich Krupp. Mit der absoluten Herrschaft, wie sie früher Krupp über seine Arbeiter ausübte, ist es seit dem Erstarken der Gewerkschaftsbewegung freilich vorbei. Allmählich aber begriffen die Arbeiter, wie der Kapitalismus beschaffen ist, und von diesem Augenblick an hat sich der Geist der Aufklärung immer mehr ausgebreitet. Als endlich der Tod Krupps kam, da sahen ja auch noch andere Leute ein, wie auch diese geheiligte Person ein Mensch mit menschlichen Schwächen war. Seit dieser Zeit hat sich unsere Partei ausgebreitet. Freilich, überall da, wo ein solches Regiment herrscht, muß auch von Zeit zu Zeit etwas Zuckerbrot gereicht werden, und mit diesem Zuckerbrot sind die Arbeiter geködert worden. Die ganze Welt ist von den Wohlfahrtseinrichtungen Krupps fasziniert worden. Heute weiß man, daß diese Kruppschen Wohlfahrtseinrichtungen eine Kugel am Bein der Arbeiter sind. Ganz besonders zeigt sich dies bei der Pensionskasse der Firma Krupp. Jeder Arbeiter, der bei der Firma Krupp eintritt, muß Mitglied dieser Pensionskasse werden. Die meisten Beiträge werden von den Arbeitern geleistet. Wenn aber ein Arbeiter in ordnungsmäßiger Weise abgeht, dann bekommt er gar nichts von den eingezahlten Beiträgen zurück. Die Arbeiter haben das lange mitgemacht, doch jetzt hat ein Gericht in einem Nachbarkreise auf die Klage eines Arbeiters erklärt, daß sein Anspruch auf Herauszahlung der Beiträge berechtigt sei, daß die diesbezüglichen Bestimmungen der Kruppschen Pensionskasse einen unsittlichen Vertrag darstellen, der im Widerspruch mit den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches stehe. Wenn hier in Essen die Arbeiter mit ihren Ansprüchen abgewiesen worden sind, so wissen wir, wie wir diese ganzen Dinge zu bewerten haben. Und wie werden die Arbeiter bei Krupp ausgebeutet, in welcher Weise siecht ein Teil der Arbeiter dahin? Man braucht sich nur die Feuerarbeiter anzusehen, die halb nackt vor den Oefen stehen, die Firma selbst hat anerkannt, daß sie diese Tätigkeit nur etwa 15 Jahre ausüben könnten; wenn aber die Arbeiter dieser Arbeit nicht mehr nachgehen können, so bekommen sie noch lange nicht die Pension, sondern sie werden zum Teil als Wächter usw. beschäftigt gegen geringen Lohn, damit die Pensionskasse nicht so sehr belastet wird.

Parteigenossen! Vor einigen Jahren wurde in einer Rede den Kruppschen Arbeitern gesagt, sie sollten das Tischtuch zwischen sich und der Sozialdemokratie zerschneiden. Ich weise kurz darauf hin, wie dieser Anordnung bei den Reichstagswahlen nachgekommen worden ist. Bis 1898 konnten wir als höchste Stimmenzahl nur 5368 erreichen. Der Erfolg der Tischtuchzerschneiderede war der, daß wir es bei der bald darauf stattfindenden Wahl auf 22 773 Stimmen brachten. (Bravo.) Damals haben auch Parteigenossen gesagt, das wird vielleicht ein Strohfeuer gewesen sein, weil der Aufschwung zu stark war. Aber die Essener Parteigenossen bewiesen, daß das kein Strohfeuer war. Bei der nächsten Wahl zeigte sich, daß es sich um eine natürliche Entwickelung handelte, und bei der Nachwahl 1905 erhielten wir noch 7000 Stimmen mehr als bei der Hauptwahl. Bei der Wahl im Januar dieses Jahres haben wir trotz des Regens von Flugblättern vom Reichslügenverbande

noch nahezu 1000 Stimmen mehr bekommen. Unsere Stellung im Wahlkreise Essen ist sehr schwierig infolge der Nachwirkungen des Kulturkampfes. Die Sozialdemokratie hat stets die Kulturkampfgesetze bekämpft. Daß es die Herren vom Zentrum mit der Bekämpfung dieser Gesetze nicht ernst nehmen, geht daraus hervor, daß bei der letzten Reichstagsstichwahl das führende Zentrumsorgan im Industriebezirk, die „Essener Volkszeitung", auf die Frage, was zu geschehen hätte, wenn ein Sozialdemokrat mit einem enragierten Kulturkämpfer in die Stichwahl käme, antwortete: Selbstverständlich muß dann das Zentrum den Kulturkämpfer wählen. Diese Heuchelei der Herrschaften müssen wir entschieden festnageln. Bekannt ist, daß die Anhänger der katholischen Kirche keine andere als eine katholische Zeitung lesen dürfen. Auch daraus ergeben sich Schwierigkeiten für unsere Bewegung. Gewiß, wir kennen ja eine ganze Anzahl von Genossen, die früher dem Zentrum angehört haben und uns gestehen, was für eine schofle Gesellschaft das ist. Als seinerzeit die Zwanzigtausendmarkaffäre eine Rolle spielte, hat man von seiten des Zentrums den Parteivorstand der Unterschlagung beschuldigt. Später, als wir ein Flugblatt gegen den Zollwucher herausgaben, hat das Zentrum den Arbeitern die Frage vorgelegt, ob sie sich dazu gebrauchen lassen wollten, das Fleisch von kranken Tieren oder krepierten Ratten zu essen; dann müßten sie einen Sozialdemokraten wählen. Daraus mag man ersehen, in welch demagogischer Weise man hier vorgeht. Was wir vom Reichslügenverband erlebt haben, hatten wir schon längst vom Zentrum kennen gelernt, der Reichslügenverband hat seine Machinationen vom Zentrum gelernt. Ich will noch darauf hinweisen, welche Schwierigkeiten uns hier bei der Schaffung einer eigenen Parteipresse und eines Gewerkschaftshauses bereitet worden sind. Durch das infame Spiel der Kapitalisten haben wir aber keinen Schaden gelitten, die Parteipresse wird in Bälde erscheinen. Das hiesige Zentrumsorgan hat im ganzen mehr Abonnenten, als das Zentrum bei den Wahlen Stimmen erhält. Das zeigt uns, in welcher Weise auch wir die Presse pflegen müssen.

Ich hoffe, daß dieser Parteitag die Wünsche der rheinisch-westfälischen Genossen erfüllen wird. Es ist ja unser Grundsatz, daß wir frei von der Leber weg sprechen, und vor allen Dingen ist man im Ruhrrevier daran gewöhnt.

Das wird auch diesmal geschehen und ich hoffe, daß die ganzen Verhandlungen dazu beitragen werden, die Verleumdungen, die man gegen uns geschleudert hat, zu zerstören. Ich hoffe, daß die Verhandlungen in erhöhtem Maße dazu beitragen werden, den Klassenkampfcharakter zu stärken, damit die Partei wacker vorwärts schreitet in ganz Deutschland, besonders aber im Ruhrrevier. In diesem Sinne heiße ich Sie nochmals herzlichst willkommen. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf betritt die Tribüne

Singer (von lebhaftem Beifall begrüßt): Werte Genossen und Genossinnen! Ich bin sicher, in Ihrem Sinne zu sprechen, wenn ich dem Genossen Gewehr für seine freundliche Begrüßung danke. (Beifall.) Als wir in Mannheim den Entschluß faßten, den nächsten Parteitag in Essen abzuhalten, da waren wir uns der Schwierigkeiten bewußt, die das für die Essener Genossen haben wird, und ich möchte als eines der ersten Worte an dieser Stelle den Dank aussprechen für die Energie, für die Zähigkeit, für die Tapferkeit, mit der die Essener Genossen es verstanden haben, alle Schwierigkeiten, die sich der Vorbereitung für den Parteitag in den Weg setzten, zu überwinden.

Wir im Parteivorstand konnten die Schwierigkeiten Schritt für Schritt verfolgen, und wir müssen dankbar anerkennen, daß nichts die Essener Genossen

eingeschüchtert, daß nichts sie gehindert hat, ihr Ziel zu erreichen. (Bravo!) Aber auch aus einem anderen Grunde haben wir uns entschlossen, in Essen zu tagen. Wir haben uns gesagt, daß es gut ist, daß die Delegierten von ganz Deutschland einmal das Industrierevier kennen lernen, das Revier, in welchem die Hochschule der kapitalistischen Ausbeutung, die Hochschule des Kapitalismus ist. Wir haben uns gesagt, daß man durch den Parteitag noch in höherem Maße als sonst wird lernen und erkennen können, wie notwendig der Sozialismus ist, wie notwendig es ist, daß die sozialdemokratische Partei die bürgerliche Gesellschaft überwindet, wie notwendig es ist, daß die Arbeiterklasse noch mehr als bisher zu dem Bewußtsein kommt, daß sie nicht dazu da ist, Ausbeutungsobjekt für eine Handvoll Großindustrieller zu sein, sondern daß die Gesellschaft ihr ein menschenwürdiges Dasein ermöglichen muß. (Bravo!)

Und in der Tat, ein Studium der Verhältnisse dieses Reviers wird dahin führen, einzusehen, welch eine große Aufgabe hier für die Sozialdemokratie noch zu lösen ist, und unsere Genossen, die während oder nach Beendigung des Parteitages die einzelnen Orte besuchen und die Verhältnisse genau prüfen, sie werden durchdrungen sein von der Ueberzeugung, daß es gut war, daß die Partei beschlossen hat, hier in diesem Revier zu tagen.

Die Verhältnisse im Ruhrrevier haben sich in fast amerikanischer Weise entwickelt. 1871 umfaßte der ganze Regierungsbezirk Arnsberg kaum zwei Millionen Einwohner, heute 5 Millionen; Essen hatte im Jahre 1875 54 742 Einwohner, heute 231 360. (Hört! hört!) Schon an dieser einen Zahl können Sie erkennen, in welch enormer Weise hier die industrielle Entwickelung vor sich gegangen ist. Gleichen Schritt mit der Erhöhung der Einwohnerzahl, mit der Heranziehung von Arbeitern im Dienste der Industrie, hält die Entwickelung der Industrie in bezug auf die Produktion. In diesem Revier werden die notwendigsten Elemente für die Großindustrie, Eisen und Kohle, gefördert.

Während 1871 in Deutschland 29 373 300 Tonnen Steinkohlen gefördert wurden, wurden im Jahre 1905 bereits über 121 Millionen Tonnen gefördert, und hieran war der rheinisch-westfälische Bezirk mit 76 Millionen Tonnen beteiligt. Genau wie mit der Kohle geht es mit der Roheisenerzeugung; auch sie ist in geradezu ungeahntem Maße gewachsen, von 1 563 700 Tonnen im Jahre 1871 auf 12 422 177 Tonnen im Jahre 1906. Das gleiche gilt für die Ausnutzung der Dampfkraft. Die Dampfkraft, die hier verwendet wird, ist so außerordentlich groß im Vergleich gegen früher, daß auch nach dieser Richtung hin das Ruhrrevier als die Hochschule der kapitalistischen Entwickelung bezeichnet werden kann. Gleichzeitig aber erkennen wir hier auch die Wirkung des Kapitalismus, die Entwickelung der Großindustrie, die schließlich in Syndikaten und Trusts gipfelt und die kleineren und mittleren Betriebe vollständig aufsaugt. Mit anderen Worten: die Großindustrie in diesem Bezirk erfüllt die Mission, die bereits Karl Marx vorausgesagt hat, als er von der Expropriation der Expropriateure sprach. (Sehr gut!) In einer geradezu überraschenden Weise vollzieht sich hier mit der Vermehrung der Produktion die Verminderung der Betriebe. Während noch Anfang der 70er Jahre die Förderung der Steinkohle von 629 Bergwerken betrieben wurde, wird jetzt das zwölffache von 331 Betrieben gefördert. 298 Betriebe sind also von der Konkurrenz aufgesogen.

Wie es mit dem Kohlensyndikat ist, so steht es auch mit den Stahlwerken. Die Roheisenfabrikation verteilte sich 1871 in diesem Revier auf 218 Betriebe, 1905 nur noch auf 104, trotz des Riesenaufschwungs. Wir sehen also, wie die kapitalistische Entwickelung die kleineren und mittleren Betriebe aufsaugt und Riesenorganisationen des Großkapitals schafft, wie den Stahlwerksverband und das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat. Aus dieser Betrachtung ergibt sich, daß hier der Boden ist, auf dem sich die Anschauungen, daß der Kapitalismus

notwendigerweise den Sozialismus zur Folge haben muß, bis auf das Tipfelchen über dem i bewahrheitet. Wir können diese Entwickelung durchaus mit Zufriedenheit betrachten, denn wir wissen, daß durch die immer größere Konzentration des Kapitalismus der Zustand herbeigeführt wird, der die in der Sozialdemokratie politisch organisierte Arbeiterklasse in die Lage versetzt, die bürgerliche Gesellschaft abzulösen und die gesellschaftliche Mission der Arbeiterklasse zu erfüllen, nämlich die Produktion selbst in die Hand zu nehmen und an Stelle der heutigen kapitalistischen Gesellschaft eine sozialistische Gesellschaft zu schaffen. Wenn wir uns vergegenwärtigen, wie die Entwickelung hier in diesem Revier sich vollzogen hat, wenn wir sehen, wie die beiden machtvollen Syndikate, die hier den Markt beherrschen, es verstanden haben, die ganze Produktion unter eine Leitung zu bringen, dann werden wir — auch das wird eine Frucht unserer Verhandlungen sein —, erkennen können, in welcher Weise die sozialistische Großproduktion zu arbeiten und zu wirken hat. Wir sehen, daß die Produktion immer immenser steigt, daß dagegen die Zahl der Betriebe abnimmt. Hieran können wir uns sinnfällig überzeugen von der Ueberflüssigkeit des einzelnen Kapitalisten, wir können uns sinnfällig davon überzeugen, wie es das Großkapital ist, das die kapitalistische Entwickelung befördert hat, und wie wenig notwendig der einzelne Unternehmer ist. (Lebhafte Zustimmung.)

Weiter können wir aus dem Studium der hiesigen Verhältnisse aber auch den ganzen Hochmut, die ganze Rücksichtslosigkeit, die ganze Ausbeutungswut des Unternehmertums, der Scharfmacher kennen lernen. Hier in diesem klassischen Revier der kapitalistischen Produktion schlägt das Herz des Scharfmachertums, das die Arbeiterklasse in seinen Dienst zwingt, das den Arbeitern ihr Koalitionsrecht nehmen, ihre politische Freiheit und wirtschaftliche Besserstellung nach Möglichkeit hindern will. Hier ist die Stelle, von der aus Regierung und Parlament beeinflußt werden, wo die Arbeiter nicht nur wirtschaftlich ausgebeutet werden, sondern wo das Unternehmertum auch politisch seine Macht gegen die Arbeiterklasse ausnutzt. Der Vorredner hat ausführlich geschildert, in welcher Weise das Unternehmertum hier der Arbeiterklasse, speziell unserer Partei entgegentritt. Für die Auffassung des Unternehmertums ist charakteristisch die Aeußerung der „Deutschen Arbeitgeberzeitung" über unseren Parteitag. Da heißt es, die Sozialdemokratie käme nach Essen, um das Haus des Unternehmertums zu besetzen, das Dach in Brand zu stecken, in ihrem eigenen Hause arge Verwüstungen anzurichten. (Heiterkeit.) Das ist eine durchaus falsche Auffassung, es fällt uns gar nicht ein, das Dach dieses Industriehauses in Brand zu stecken, eines Hauses, in das wir ja einziehen wollen (Sehr gut!), eines Hauses, das wir uns erobern und das wir benutzen wollen, um für die Arbeiterklasse, für diejenigen, die es erbaut haben, bessere Verhältnisse zu schaffen. (Sehr gut!) Also nicht darum handelt es sich, dieses Haus in Brand zu stecken, nein, wir werden die Mittel, die uns zur Verfügung stehen, benutzen, um an Stelle dieser Zwingburg der Industrie Wohnstätten zu schaffen, in denen der Arbeiter als freier, gleichberechtigter und gleichgeachteter Mensch wohnt. (Lebhafter Beifall.)

Die Aufgabe des Parteitages besteht auch darin, dem Industriefeudalismus nach allen Richtungen hin entgegenzutreten, die Wirkungen dieses Industriefeudalismus zu beleuchten, und vor allem dafür zu sorgen, daß für die Partei Vorteile geschaffen werden. Gerade aus den Kenntnissen, die sich die Genossen gelegentlich des Parteitages erwerben, werden Agitation und Organisation um so stärker gefördert werden. Ich zweifle nicht daran, daß auch dieser Parteitag wie alle seine Vorgänger befruchtend wirken wird; ich habe die Ueberzeugung, daß auch die Essener Woche einen Quell neuer Anregungen bieten wird, um Nützliches für die Partei zu schaffen. (Beifall.)

Wir haben auf diesem Parteitage eine Reihe wichtiger Aufgaben zu lösen, die neue Anregungen geben und neue Richtlinien abstecken werden für die Tätigkeit der Partei. Wir werden auch auf diesem Parteitag bemüht sein, unsere Verhandlungen in geistiger Brüderlichkeit zu führen, wir werden Beschlüsse fassen, die die Partei aufs neue stärken werden. Unsere Tagesordnung ist reichhaltig, sie wird aber — davon bin ich überzeugt — mit dem Ernst und mit der Gründlichkeit erledigt werden, wie die einzelnen Punkte es verdienen. Wir werden uns auch über die politische Situation im Reiche auszusprechen haben, und neben den Fragen, die auf der Tagesordnung stehen, wird unzweifelhaft auch noch eine allgemeine Frage erörtert werden, wenigstens wird aus unseren Verhandlungen sich die Notwendigkeit dazu ergeben — eine für die Partei äußerst wichtige Frage, die preußische Wahlrechtsfrage. Das ist eine Frage, die nicht nur die Genossen in Preußen angeht, es ist eine Frage der gesamten deutschen Arbeiterklasse. (Sehr richtig!) Preußen bildet den Hort der Reaktion in Deutschland. Die preußischen Staatsbürger durch ein anderes Wahlrecht in die Lage zu bringen, daß auch die Arbeiterklasse, die heute entrechtet ist, ein gewichtiges Wort im Landtage mitzusprechen hat, das ist eine Angelegenheit, die weit über die preußischen Grenzpfähle hinausgeht, eine Angelegenheit der gesamten deutschen Arbeiter, ja sogar der Arbeiter der gesamten Welt. (Lebhafte Zustimmung.) Deshalb werden wir neben den Vorarbeiten, die der Parteivorstand in dieser Beziehung schon verrichtet hat, weiter die Mittel bestimmen, um eine machtvolle Demonstration und Agitation für das Wahlrecht in Preußen in die Wege zu leiten. Die Arbeiten hierfür werden die preußischen Genossen zu verrichten haben, aber sie können und dürfen hierbei die warme Unterstützung der Gesamtpartei beanspruchen. (Sehr gut!)

So findet denn dieser Parteitag ein reiches Arbeitsfeld, und wir wollen hoffen, daß wir am Ende der Arbeit freudig zurückblicken können auf das, was wir geleistet haben. In der sicheren Ueberzeugung, daß auch dieser Parteitag die Organisation neu kräftigt und die Agitation vertieft und belebt, daß er die Propaganda für das sozialdemokratische Endziel und für unser Programm weiter ausdehnt, möchte ich nunmehr namens der Parteileitung den Parteitag für eröffnet erklären. Ich bin fest davon überzeugt, daß jeder von uns sein Bestes für die Partei leisten wird. (Lebhafter Beifall.)

Der Parteitag konstituiert sich.

Zu Vorsitzenden werden gewählt: Singer und Gemoll-Essen.

Singer dankt für das Vertrauen und verspricht gleichzeitig im Namen von Gemoll, die Geschäfte des Parteitages sachlich zu führen. (Beifall.)

Zu Schriftführern werden gewählt: Grunwald-Berlin, Blume-Hamburg, Donalis-Königsberg, Stühmeier-Dortmund, Seemann-Stuttgart, Kleefoot-Ludwigshafen, Zielowski-Frankfurt a. M., Klara Zetkin-Stuttgart, Riem-Dresden.

In die Mandatsprüfungskommission werden entsandt: Wels-Berlin, Stubbe-Hamburg, Hüttmann-Frankfurt a. M., Knieriem-München, Vetterlein-Gera, Keil-Stuttgart, König-Dortmund, Beims-Magdeburg, Frau Baumann-Altona, Evers-Hildesheim.

Die Mandatsprüfungskommission fungiert gleichzeitig als Beschwerdekommission. Ihr werden zunächst die Wiederaufnahmegesuche in die Partei zur Vorberatung übergeben.

Die vorgeschlagene Geschäftsordnung wird unverändert genehmigt.

Die vorgeschlagene Tagesordnung lautet:

1. **Geschäftsbericht des Vorstandes.**
   a) Allgemeines. Berichterstatter: F. Ebert.
   b) Kasse und Presse. Berichterstatter: A. Gerisch.
   c) Parteischule und Bildungsausschuß. Berichterstatter: H. Schulz.
2. **Bericht der Kontrollkommission,** Berichterstatter: A. Kaden.
3. **Parlamentarischer Bericht,** Berichterstatter: A. Südekum.
4. **Bericht vom Internationalen Kongreß,** Berichterstatter: P. Singer.
5. **Maifeier,** Berichterstatter: R. Fischer.
6. **Die letzten Reichstagswahlen und die politische Lage,** Berichterstatter: A. Bebel.
7. **Die Alkoholfrage,** Berichterstatter: E. Wurm.
8. **Sonstige Anträge.**
9. **Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll.**

Hierzu liegen vor die genügend unterstützten Anträge 1 und 2.

Günther-Kottbus begründet den Antrag 2 damit, daß es geboten sei, bei der für die Diskussionsredner beschränkten Redezeit auch die Anschauungen der Abstinenzler ausführlicher zu Worte kommen zu lassen.

Singer: Wir sind der Meinung gewesen, daß es eines Korreferenten nicht bedarf, weil besondere Gegensätze in dieser Frage innerhalb der Partei nicht existieren dürften und die Ausführungen des Referenten, sowie die Resolution, welche vorgelegt werden wird, die Auffassung der Partei richtig wiedergeben werden. (Zustimmung.)

Honrath-Aachen bittet ebenfalls, den Antrag abzulehnen.

Der Antrag wird hierauf abgelehnt.

Eisner-Nürnberg (zur Begründung des Antrages 1: Unser Antrag entspricht der Stimmung der ganzen Partei, und die Begründung des Antrages ist bereits gegeben durch den beredten Mund unseres Vorsitzenden Singer, der mit Recht gesagt hat, daß die preußische Wahlrechtsfrage die politische Frage unserer Zeit überhaupt ist. Es wäre eine schwere Unterlassungssünde, wenn dieser Parteitag sich mit der Wahlrechtsfrage nicht beschäftigen würde. Die Preußenkonferenz tritt erst Ende November zusammen. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß schon anfangs November der preußische Landtag eröffnet wird, und wenn das geschieht, so geschieht es nur zu dem Zwecke, um einen Versuch zu machen, die Existenzberechtigung der Blockpolitik dadurch zu beweisen, daß eine Wahlrechtsreform vom Fürsten Bülow angekündigt wird. Der preußische Parteitag käme dann zu spät. Ein anderer äußerer Grund ist noch wichtiger. Wenn nicht alle Zeichen trügen, finden die nächsten preußischen Landtagswahlen im nächsten Frühjahr oder im Sommer statt. Es ist also dieser Parteitag der letzte, auf dem wir die ganze Frage der Wahltaktik zum preußischen Landtage erörtern und wo wir feststellen können, ob der frühere Mainzer Beschluß geändert oder aufrechterhalten werden soll. Was aber das innere Moment der Berechtigung unseres Antrages betrifft, so würde man es zweifellos nicht verstehen, wenn an dieser Frage, die die ganze gegenwärtige politische Situation und die Blockpolitik betrifft, bei der die gesamte Entwickelung der deutschen Sozialdemokratie auf dem Spiele steht, der deutsche Parteitag vorübergehen würde.

Bebel: Ich gebe zu, daß der Vorredner aus den Worten des Vorsitzenden schließen konnte, daß die Parteileitung Neigung besäße, diesen Antrag zu akzeptieren. Ich muß aber meinerseits erklären, daß ich Sie dringend bitte, den Antrag abzulehnen. Wenn der Vorredner gemeint hat, dieser Antrag sei

aus der Stimmung der gesamten deutschen Partei geflossen, so hätte ihn die geringe Unterstützung, die der Antrag fand (Zuruf: 22 Stimmen!), eines Besseren belehren sollen. Die Sachsen haben ihren Parteitag bereits gehabt, für Süddeutschland ist die Frage im großen und ganzen gelöst; das wirkliche Interesse konzentriert sich also allein auf Preußen. Man kann streiten, ob der Termin für den preußischen Parteitag zu spät festgesetzt ist, jedenfalls ist er festgesetzt, und ich bitte Sie um alles in der Welt: weshalb sollen wir nun jetzt eine Debatte führen, die sich dort notwendigerweise wiederholen müßte. (Sehr wahr!) Dazu kommt, daß doch selbstverständlich bei dem Referat und der Diskussion über die letzten Reichstagswahlen und die politische Lage die Frage der Blockpolitik und die Frage des preußischen Wahlrechts mit erörtert werden wird. (Sehr richtig!) Daß die Absicht bestehen soll, den Landtag im November einzuberufen, ist mir neu. Aber sollte die Frage wirklich akut werden, sie ist für uns spruchreif; wir sind binnen drei Tagen fertig und können sofort in die Agitation eintreten. Der Mainzer Beschluß ist nicht in Frage gestellt, also brauchen wir nicht darüber zu debattieren; er ist für uns selbstverständlich. Ich bitte Sie also, den Antrag Eisner abzulehnen. (Bravo!)

Damit schließt die Debatte; der Antrag wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

Die vorgeschlagene Tagesordnung wird unverändert angenommen. Die Zeit der Tagung des Parteitages wird wie üblich von 9—1 und 3—7 Uhr festgesetzt.

Damit sind die Arbeiten der Vorversammlung erledigt.

Schluß 8¾ Uhr.

Erster Verhandlungstag.

Montag, den 16. September 1907. — Vormittags-Sitzung.

Kurz nach 9 Uhr eröffnet der Vorsitzende Singer die Verhandlungen.

Singer: Wir haben auch in diesem Jahre die Freude, einige Delegierte von Bruderparteien bei uns begrüßen zu können. Es sind aus Oesterreich die Genossen Ellenbogen und Kern, aus Böhmen der Genosse Nemec delegiert. Ich heiße die Genossen im Namen des Parteitags herzlich willkommen. Wir haben in diesem Jahre besonderen Grund, uns über die Anwesenheit unserer österreichischen Genossen zu freuen, weil sie aus hartem Kampfe kommen, aus dem sie zu unserer großen Freude und Befriedigung als Sieger hervorgegangen sind. (Bravo!) Wir alle wissen, daß das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht in Oesterreich wesentlich der Tapferkeit und der Energie unserer österreichischen Genossen zu danken ist. Wir haben ihre Arbeit mit Stolz und Bewunderung verfolgt, und wir sind ihnen aufrichtig Dank schuldig, daß es ihnen nach der Eroberung des Wahlrechts gelungen ist, einen so glorreichen Sieg zu erfechten, daß die sozialdemokratische Fraktion im österreichischen Reichstage heute die stärkste sozialdemokratische Fraktion aller Parlamente ist. (Beifall.) Das befriedigt uns außerordentlich, und dazu wünschen wir den österreichischen Genossen von Herzen Glück. Wir wissen, daß sie wie bisher, so auch in Zukunft alles tun werden, nicht nur zur Befreiung der österreichischen Proletarier, sondern daß von ihrer Arbeit das internationale Prole-

tariat aller Länder Vorteil haben wird. Zu dieser Arbeit den österreichischen Genossen Glück zu wünschen, macht mir namens des Parteitages aufrichtige Freude. (Lebhafter Beifall.)

Nemec-Prag überbringt die Grüße der tschechischen Sozialdemokratie. Bisher konnten wir auf Ihren Parteitagen nur Klagen und trostlose Berichte vorbringen. Doch heute sind wir in der glücklichen Lage, Ihnen mitteilen zu können, daß wir von der Kampfesweise der größten sozialdemokratischen Partei, von der deutschen Sozialdemokratie brav gelernt haben, wir sind auch stark und kräftig geworden und haben einen großen Sieg errungen. 40 Jahre haben wir um das gleiche Recht gekämpft, 40 Jahre hat man uns verfolgt, niedergeschlagen, Arbeiterblut hat die Straßen gefärbt, und nach 40 Jahren hat man endlich erkannt, daß das allgemeine Wahlrecht eine Staatsnotwendigkeit sei, und daß es vorteilhafter sei, den Arbeitern den Eintritt in den Reichsrat zu gewähren, als sie zu zwingen, ihre Politik nur auf der Straße zu besorgen. Jetzt will die Regierung durch Sozialreform, durch ein Entgegenkommen an die Arbeiter den Sozialdemokraten den Wind aus den Segeln nehmen. Wir haben jedoch die Herren gezwungen, sofort Farbe zu bekennen und offen zu sagen, ob es ihnen mit ihrer Demokratie und Reformfreundlichkeit auch ernst sei. Und wir werden an den Kampf um das allgemeine Wahlrecht sofort einen neuen Kampf anschließen, den Kampf um das allgemeine Wahlrecht für die Landtage und Kommunen, in die wir hineinkommen müssen, um der Kraft unserer Organisation Ausdruck zu geben und für sie eine Fortsetzung im öffentlichen Leben zu schaffen. Wir hoffen, daß wir über kurz oder lang Ihnen auch über einen Sieg auf diesem Felde werden berichten können. In diesem Sinne begrüße ich den Parteitag und wünsche Ihren Beratungen den besten Erfolg. (Bravo!)

Ellenbogen-Wien: Die Parteivertretung der österreichischen Sozialdemokratie hat mir auch diesmal wieder den ehrenvollen Auftrag erteilt, sie bei dem deutschen Parteitage zu vertreten. Zunächst danke ich für die freundliche Begrüßung, die den österreichischen Genossen hier zuteil geworden ist. Sie erinnern sich vielleicht, daß ich Ihnen vor zwei Jahren in Jena mitgeteilt habe, daß unser Ministerpräsident von dazumal — wir haben seitdem 4 gehabt — das allgemeine Wahlrecht für Oesterreich für unmöglich erklärt hat. Ich habe dem Ministerpräsidenten damals einige Drohworte zugerufen und ihm den Kampf unserer Partei angekündigt. Vielleicht haben einige von Ihnen meine damaligen Worte als eine eitle Prahlerei angesehen. Heute aber kehren wir hierher zurück, nicht nur mit dem allgemeinen Wahlrecht in Händen, sondern auch mit 87 Mandaten. (Bravo!) Wir haben innerhalb der 2 Jahre zwei gewaltige Siege erfochten, die oberste Forderung der österreichischen Proletarier ist erfüllt, und außerdem haben wir einen ungeheuren Wahlsieg errungen. Wenn wir auf den Kampf zurückblicken, dann dürfen wir das eine von uns sagen, daß, wenn auch die Verhältnisse sehr günstig für uns lagen, wenn auch der österreichische Staat in einer verzweifelten Situation war, wenn die österreichische Regierung auch schwach gewesen ist und das österreichische Parlament verfahren war, wenn wir die stärkste Unterstützung durch die russische Revolution erfahren haben, es doch unsere vorsichtige und kluge Taktik gewesen ist, die uns in letzter Linie das Wahlrecht erobert hat. Man kann vom Glück auch erdrückt werden und es ungenützt an sich vorübergehen lassen, auch eine Partei kann den „Hans im Glück" spielen und im Glück ungeschickt sein. Wir haben uns von dieser Ungeschicklichkeit frei zu halten gewußt. Wir haben uns im richtigen Augenblick an die Oberfläche gebracht, wir haben aber auch, wenn es notwendig war, unsere politische und ökonomische Macht zu verbergen verstanden und sie zu verschleiern gesucht. Erst neulich

begegnete mir einer der Führer des Großgrundbesitzes, der unglücklicherweise durch das allgemeine Wahlrecht seine politische Karriere beenden mußte, sie hat im Herrenhause ein Begräbnis erster Klasse gefunden. (Heiterkeit.) Dieser Herr sagte zu mir im Tone des schmerzlichsten Vorwurfs: Als wir im Sommer das allgemeine Wahlrecht machen sollten und wir Sie fragten, wie viel Mandate Sie zu bekommen glaubten, da haben Sie uns gesagt: höchstens 25 bis 30. Ich antwortete ihm: Ja, Exzellenz, wenn Sie uns das geglaubt haben, dann sind Sie halt ein schlechter Politiker. (Heiterkeit.) Wir haben vorsichtig und zurückhaltend mit unserer Kraft operiert und haben nach dem Lassalleschen Grundsatz in dem entscheidenden Moment alle Kraft auf die eine Forderung konzentriert, im gegebenen Augenblick aber auch so getan, als ob wir gar nicht auf dieser Welt wären. Der Erfolg war auf unserer Seite. 1901 haben wir nach außen eine große Niederlage erlitten, wir haben damals von den 15 Mandaten, die wir hatten, 4 verloren. Da jubelte die ganze österreichische Bourgeoisie, daß in Oesterreich kein Boden für die Sozialdemokratie sei. Die Antwort darauf war die Eroberung des Wahlrechts und die Erringung von 87 Mandaten. Daraus geht hervor, daß Wahlerfolge für die Sozialdemokratie immer von Bedeutung sind, daß aber Wahlniederlagen für die Sozialdemokratie gar nichts bedeuten, höchstens daß sie einen Anreiz geben, um so eifriger neue Eroberungen zu machen, sie sind nur ein Umweg zu neuen Siegen. Die Moral aus der Geschichte zu ziehen, überlasse ich Ihnen. Ich beschränke mich auf diese wenigen Worte und auf die fröhliche Konstatierung, daß trotz aller unliebsamen Zwischenfälle es auf allen Linien bei uns in Oesterreich und auch hier in Deutschland unentwegt vorwärts geht. (Beifall.)

Singer teilt mit, daß eine Reihe Begrüßungsschreiben eingegangen sind, darunter ein besonders herzliches von Leßner aus London. Er spricht den Wunsch aus, daß es dem alten Veteranen Leßner noch recht oft vergönnt sein möge, den Parteitag zu begrüßen. (Beifall.)

Außer den Anträgen auf Wiederaufnahme in die Partei werden auf Vorschlag von Singer auch die Beschwerden gegen die Beschlüsse der Kontrollkommission der Mandatsprüfungskommission zur Vorberatung überwiesen.

Der Parteitag tritt in die Tagesordnung ein:

Geschäftsbericht des Vorstandes.

Von den hierzu vorliegenden Anträgen soll der genügend unterstützte Antrag 32 gesondert behandelt werden.

Weiter werden unterstützt die zum allgemeinen Bericht gestellten Anträge 14, 15, 16, 17, 76, 85, Antrag 18, der sich auf die Kasse und Presse bezieht, und die Anträge 40 und 88, die die Parteischule und den Bildungsausschuß betreffen. Nicht unterstützt werden die Anträge 33—39, 61, 87.

Den allgemeinen Teil des Berichtes erstattet

F. Ebert: Dem Beschluß des Mannheimer Parteitages, der Parteipresse die Materialien des Geschäftsberichts sowie des Berichts des Bildungsausschusses, der Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands und der Reichstagsfraktion zu überlassen, ist der Parteivorstand nachgekommen. Es haben 20 Parteiblätter davon Gebrauch gemacht, ich kann mich daher um so mehr auf einige Ergänzungen zum Bericht beschränken. Es ist früher mehrfach Auskunft über den schriftlichen Verkehr des Parteivorstandes mit den Genossen gewünscht worden. Ich kann mitteilen, daß die schriftlichen Eingänge 6038 betrugen, die Ausgänge 7456. — Was die Stärke unserer Organisationen anlangt, so ist die Erwartung, die Genosse Gerisch auf dem vorjährigen Parteitag aussprach, daß die Zahl der organisierten Parteigenossen in diesem Jahre eine

halbe Million erreichen würde, erfreulicherweise noch übertroffen worden; wir zählen heute 530 466 organisierte Parteigenossen, dazu kommen aus den beiden Mecklenburg und aus Schaumburg-Lippe, wo auf Grund der dort bestehenden Vereinsgesetze, die bekanntlich türkischen Rechtsbegriffen entsprechen, noch 3300 Parteigenossen, die der Verpflichtung auf Grund des § 1 unseres Statuts nachkommen und deshalb als Parteigenossen zu betrachten sind. Die Gesamtzahl der Mitglieder der Partei beträgt also 533 766, das sind 16,4 Proz. der für uns abgegebenen Stimmen. Im vergangenen Jahre war dies Verhältnis 12,7 Proz. Bei Betrachtung des Organisationsverhältnisses der einzelnen Agitationsbezirke muß man die weiblichen Mitglieder ausschließen, weil sonst die Bezirke, wo die Frauen politisch rechtlos sind, benachteiligt würden. Im übrigen ergibt sich folgendes Bild: An der Spitze aller Agitationsbezirke steht Leipzig, wo die Zahl der Organisierten 26,4 Proz. der für uns abgegebenen Stimmen beträgt. Es folgt Bremen mit 26,3 Proz., Hamburg mit 26,2 Proz., Lübeck mit 25,6 Proz., Schleswig-Holstein mit 24,8, Hessen mit 22,4, Nordbayern mit 22,3, Jena mit 21,2, Pfalz mit 20,7, Oldenburg mit 20,3, Groß-Berlin mit 18,9 (Hört! hört!), Dresden mit 18,6, Hannover mit 18,4, Sachsen-Meiningen mit 16,3, Braunschweig mit 15,6, Breslau mit 15,5, Baden mit 14,5, Württemberg mit 14,4, Bielefeld mit 14,3, Frankfurt a. M. mit 14,1, Chemnitz mit 13,9, Köln mit 13,7, Halle mit 13,6, Erfurt mit 13,4, Anhalt mit 13,4, Dortmund mit 13,3, Brandenburg mit 13,3, Weimar mit 13, Magdeburg mit 12,5, Süd-Bayern mit 12,2, Ober-Langenbielau mit 11,7, Elberfeld mit 11,1, Zwickau mit 10,6, Görlitz mit 10, Kassel und Pommern mit 9,9, Ostpreußen mit 8,8, Mecklenburg mit 6,5, Saargebiet mit 5,7, Westpreußen mit 4,5, Kattowitz mit 3,9, Posen mit 3,8 und Elsaß-Lothringen mit 3,8 Proz. In 7 Wahlkreisen hat das Verhältnis der Mitgliederzahl zur Zahl der abgegebenen Stimmen 30 Proz. überstiegen; es betrug in Pinneberg-Segeberg 36,1 Proz., in Offenbach a. M. 34,9, in Nürnberg 32,8, in Hannover-Linden 32, in Bremen 31,9, in Leipzig-Land 31,4, in Friedeberg-Büfingen 30,1 Proz. — Was die Mitgliederzahl der Wahlkreise anlangt, die ja sehr verschieden ist, so haben wir 50 Kreisorganisationen, wo die Mitgliederzahl unter 100 bleibt; 88 Kreise mit 100—500 Mitgliedern, 46 Kreise mit 500—1000 Mitgliedern, 49 Kreise mit 1000—2000 Mitgliedern, 29 Kreise mit 2000—3000 Mitgliedern, 12 Kreise mit 3000—4000 Mitgliedern, 6 Kreise mit 4000—5000 Mitgliedern, 4 Kreise mit 5000—6000 Mitgliedern, 6 Kreise mit 6000—7000 Mitgliedern, 3 Kreise mit 7000—8000 Mitgliedern, 2 Kreise mit 8000—9000 Mitgliedern, 3 Kreise mit 9000—10 000 Mitgliedern. Ueber 10 000 Mitglieder haben 7 Wahlkreise, und zwar steht an der Spitze Berlin VI mit 21 500 Mitgliedern. Es folgen Leipzig-Land mit 20 711 Mitgliedern, Teltow-Beeskow-Charlottenburg mit 20 425 Mitgliedern, Berlin IV mit 18 813 Mitgliedern, Hamburg III mit 17 898 Mitgliedern, Hannover-Linden mit 11 571 Mitgliedern, Nürnberg mit 11 500 Mitgliedern.

In der bürgerlichen Presse ist der Einwand erhoben worden, daß die Zahl unserer Organisationsmitglieder zur Zahl der abgegebenen Stimmen für uns immer noch in einem recht schlechten Verhältnisse stehen. Es wird auch von uns niemand bestreiten, daß es nach der Richtung hin noch bedeutend besser werden muß. Andererseits aber glaube ich sagen zu können, daß dieses Verhältnis bei uns den bürgerlichen Parteien gegenüber das weitaus bessere ist. (Sehr richtig!) Die bürgerlichen Parteien sollten doch einmal erklären, wie es in dieser Hinsicht bei ihnen aussieht. (Sehr richtig!) Dabei kommt in Betracht, daß unsere Parteigenossen durchweg wirtschaftlich abhängig und infolgedessen vielfach gar nicht in der Lage sind, Mitglieder unserer Organisation zu werden, wenn sie ihre Existenz nicht aufs Spiel setzen wollen, insbesondere da, wo die Mitgliederlisten unserer Organisation der Behörde eingereicht werden müssen. Ist doch erst kürzlich in einem Parteiblatt mitgeteilt worden, daß der Vorstand des Braunschweiger Landwehrverbandes in der „Landwehrzeitung" eine Bekanntmachung erlassen hat, in der es hieß, daß aus der seitens der herzoglichen Staatsbehörde mitgeteilten Liste sich ergeben habe, daß 4 Mitglieder des Krieger- und Landwehrvereins in Heimburg auch dem sozialdemokratischen Verein angehören. (Hört! hört!) In Stade ist mehreren Arbeitern von einem Kriegervereinsvorstand mitgeteilt worden, daß sie nach der von der Polizei gemachten Anzeige einem sozialdemokratischen Verein angehören, solche Mitglieder könnten aber nach dem Statut im Kriegerverein nicht geduldet werden. Die „Greizer Zeitung" hat kürzlich die Mitgliederliste unserer Organisation, die bei der Behörde eingereicht war, einer eingehenden Besprechung unterzogen, sie kann die Informationen nur von der Behörde erhalten haben. Die Kreisleitung des Kreises Essen hat kürzlich mitgeteilt, daß in Rotthausen und Borbeck bei neuaufgenommenen Mitgliedern unserer Organisation die Polizei erschienen sei, um ihre Personalien aufzunehmen. (Hört! hört!) Diese wenigen Tatsachen, die man vielfach vermehren könnte, genügen, um klar zu machen, daß diese beschämende vereinsgesetzliche Bestimmung, wonach die Mitgliederlisten unserer Organisation einzureichen sind, der behördlichen Willkür Tür und Tor öffnet und es daher vielen Parteigenossen erschwert, Mitglieder der Organisation zu werden. Das wird auch dadurch bestätigt, daß an unsere Kreisorganisationen über 11 000 Parteigenossen zwar regelmäßig Gelder für die Partei zahlen, aber nicht Mitglieder der Parteiorganisation sind. Davon entfallen allein über 70 Proz. auf Preußen und bezeichnenderweise hauptsächlich auf Bezirke, wo die Abhängigkeit der Arbeiter besonders groß ist. Natürlich haben wir diese 11 000 Parteigenossen nicht als Mitglieder registriert.

Wenn ich einige Ausführungen über die Organisation im allgemeinen mache, so glaube ich, mich in Uebereinstimmung mit Ihnen zu befinden, wenn ich sage, daß die Parteiorganisation sich auch während des Wahlkampfes nach jeder Richtung hin bewährt hat. Deshalb sollte man auch nicht wegen dieser oder jener nebensächlichen Dinge zu einer Aenderung des Organisationsstatuts schreiten. Es ist uns ja angekündigt, daß wir als Frucht der konservativ-liberalen Paarung auch ein Reichsvereinsgesetz zu erwarten haben. Ob davon etwas wird, ist ja noch sehr zweifelhaft. Jedenfalls sollten wir aber schon aus diesem Grunde jetzt von einer Aenderung des Organisationsstatuts absehen. Die Kreisorganisation ist in Südbayern und einigen anderen Wahlkreisen noch nicht durchgeführt. In Südbayern soll dies nun geschehen. Die weiter hier in Betracht kommenden Kreise sind aufzufordern, sich ebenfalls dem Organisationsstatut anzupassen. Bis auf einen Bezirk ist die Bezirksorganisation jetzt im ganzen Reich durchgeführt.

Für den inneren Ausbau unserer Organisation bleibt aber noch viel zu tun übrig. Ich beziehe mich da auf die Ausführungen im schriftlichen Bericht über die wahltechnische Organisation unserer Gegner. Es wäre ein großer Fehler, wollten wir das unterschätzen, zumal da die Gegner eifrig bestrebt sind, diese Organisationen auch über die Zeit des Wahlkampfes hinaus für den allgemeinen Kampf gegen uns aufrechtzuerhalten. Wir müssen es uns überall zur Pflicht machen, unsere Organisation nach der amtlichen Einteilung der Wahlbezirke zur Reichstagswahl zu gliedern. In jedem Bezirk müßten wir eine genaue Uebersicht über die soziale Stellung der Einwohner des Bezirks haben, es müssen uns erfahrene Genossen in jedem Bezirk zur Verfügung stehen, mit deren Hülfe wir in der Lage wären, jederzeit mit den uns sozial nahe stehenden Schichten der Bevölkerung des Bezirks in

persönliche Berührung zu treten. Dann werden wir der Art des Kampfes, wie ihn unsere Gegner führen, erfolgreich begegnen können. Wichtig für den Ausbau der Organisation ist auch die Beitragsleistung. Der schriftliche Bericht zeigt, wie weit wir von einer einheitlichen Beitragsleistung noch entfernt sind. Erfreulicherweise haben ja verschiedene Organisationen ihre Beiträge erhöht. Die sächsische Landeskonferenz hat einen einheitlichen Wochenbeitrag von 10 Pf. beschlossen. Unsere Aufstellung zeigt, daß wir noch 120 Wahlkreisorganisationen haben, in denen der monatliche Beitrag 20 Pf. nicht übersteigt. Ein solcher Beitrag ist heute nicht mehr ausreichend, um die gesteigerten Aufgaben erfüllen zu können. (Sehr richtig!) Wir müssen deshalb überall einen Wochenbeitrag von 10 Pf. anstreben. (Zustimmung.) Wenn es unseren sächsischen Genossen, die doch eine ganze Anzahl armer Bezirke haben, gelingt, ihren Beschluß durchzuführen, dann, glaube ich, ist der Nachweis geführt, daß der Wochenbeitrag von 10 Pf. somit im ganzen Reich durchgeführt werden kann. (Sehr wahr!) Mit der Frage der Einführung eines einheitlichen Mitgliedsbuches werden wir uns ja noch besonders beschäftigen, ein so dringendes Bedürfnis dafür können wir nicht anerkennen. Aber es spricht auch manches dafür, und nachdem die süddeutschen Staaten sich über ein einheitliches Mitgliedsbuch bereits verständigt haben, steht dem nichts im Wege, daß die übrigen Organisationen sich dieser Einrichtung anschließen. Der Parteivorstand wird event. ein Muster den Organisationen übermitteln. Wichtig erscheint mir eine einheitlichere Gestaltung unserer Verwaltungsgeschäfte. Die Bestimmung, daß unser Geschäftsjahr vom 1. Juli bis 30. Juni laufen soll, ist leider nicht genügend beachtet, ich nehme die Gelegenheit wahr, um dringend zu ersuchen, daß die Bezirks- und Kreisorganisationen ihr Geschäftsjahr möglichst dieser Bestimmung anpassen. Das ist nötig, wenn der Parteivorstand für seinen Bericht an den Parteitag die nötigen Unterlagen erhalten will. Wir haben Anfang Juni unsere Fragebogen an die Organisationen verschickt mit der Bitte, uns bis zum 15. Juli die nötigen Angaben zu machen, es fehlten aber da noch über 150 Wahlkreise. (Hört! hört!) Wir mußten sie mahnen, aber am 1. August fehlten immer noch über 50 Kreise. Es blieben uns dann nur wenige Tage zur Verarbeitung des umfangreichen Materials. Wir müssen es daher den Leitungen der Organisationen zur Pflicht machen, mit ihrer Berichterstattung etwas pünktlicher zu sein.

Ich komme nun zur Agitation. Es scheint mir, daß in einzelnen Bezirken die Saalabtreiberei nicht mit der notwendigen Energie bekämpft wird. Wo aber der Kampf gegen den Terrorismus der Behörden und Gegner mit Hartnäckigkeit aufgenommen wird, da ist er auch erfolgreich. Wir müssen in dieser Beziehung energisch vorgehen, weil zweifellos die mündliche Agitation am wirksamsten ist. Inzwischen ist unser Handbuch ja erschienen, das die Wahllügen der Gegner systematisch zusammenstellt und zurückweist. Wir glauben damit eine wertvolle Waffe geschaffen zu haben. In dem in allernächster Zeit erscheinenden Leitfaden zum Selbststudium haben wir ein wertvolles Hülfsmittel zur Heranbildung von Agitatoren geschaffen.

Auch die schriftliche Agitation muß noch intensiver gestaltet werden. Hier ist die Hauptsache die Ausbreitung der Parteipresse. Wohl haben wir auch hier große Erfolge erzielt; aber immer kommen wir noch nicht genug gerade an die Schichten der Bevölkerung heran, die wir bearbeiten wollen. Hier muß mit Flugblättern nachgeholfen werden. Wir waren bestrebt, ein möglichst großes Agitationsmaterial bereit zu stellen. Diese Agitation muß sich nicht nur an die Landbevölkerung wenden, sondern auch diejenigen Arbeiterschichten fassen, die noch die Generalanzeiger lesen. Einige Wahlkreise haben Anträge gestellt, die

den Anschein erwecken könnten, als ob die Partei der Landagitation nicht genügende Aufmerksamkeit schenkt. Das ist aber nicht zutreffend. Die Bezirksorganisationen geben periodisch erscheinende Agitationsschriften, sorgfältig vorbereitete Monatsblätter heraus, deren Inhalt auf die Landbevölkerung berechnet ist. In allen Bezirken werden Agitationskalender verbreitet, die der Agitation unter der ländlichen Bevölkerung dienen. Aus den Berichten der Bezirksorganisationen und der Parteisekretäre geht hervor, daß hier ein erhebliches Stück Arbeit geleistet wird. Allerdings tritt diese Agitation nicht so in die Erscheinung wie die allgemeine Parteiagitation. Aber nichts wäre törichter, als wenn die Landagitation nach einem einheitlichen Schema im ganzen Reiche oder gar mit einer einzigen Agitationsschrift betrieben werden sollte. Die Verhältnisse sind überall verschieden und nach ihnen muß die Agitation auf dem Lande eingerichtet werden.

Im allgemeinen glaube ich, daß wir bei der Agitation unser Augenmerk in erster Linie auf die Gewinnung unserer natürlichen Anhänger, auf das Industrieproletariat, zu richten haben. Hier ist noch außerordentlich viel zu tun. Gerade die Verhältnisse dieses Bezirkes zeigen uns, was wir da noch zu leisten haben. Die Agitation des Zentrums und des Reichsverbandes wendet sich vorwiegend an die indifferenten Industriearbeiter. Hier haben wir mit aller Energie für gründliche und systematische Aufklärung zu sorgen, um diese Schichten mit Klassenbewußtsein zu erfüllen und für den Klassenkampf zu gewinnen.

Ich habe noch etwas über die Erledigung einer Aufgabe mitzuteilen, die der Mannheimer Parteitag dem Vorstand zugewiesen hat. Es handelt sich um die Verhandlungen mit den lokalorganisierten Gewerkschaften wegen ihres Anschlusses an die Zentralverbände. Ich will vorweg bemerken, daß der Parteivorstand diese Aufgabe so aufgefaßt hat, daß sich diese Verhandlungen zunächst auf die Gewerkschaften zu erstrecken hätten, die der Freien Vereinigung der Gewerkschaften angehören, und daß sie nicht ausgedehnt werden sollten auf die an anderen Orten vorhandenen lokalistischen Vereine, die zum Teil ganz anderer Art sind als diejenigen, die der Geschäftskommission angehören. Vor allem meinten wir, daß die Verhandlungen sich nicht auf die im Solinger Bezirk bestehenden Lokalorganisationen zu erstrecken hätten. Vor den Reichstagswahlen konnten wir die Aufgabe nicht in Angriff nehmen. Wir und die Generalkommission waren mit anderen wichtigen Arbeiten überhäuft. Gleich nach den Wahlen aber gingen wir an die Aufgabe heran. Die Generalkommission war durchaus bereit, im Sinne der Mannheimer Beschlüsse mit uns gemeinsam vorzugehen. Allerdings konnte sie eine bestimmte Erklärung über die eventuellen Uebertrittsbedingungen nicht abgeben. Aber mehrere ihrer Mitglieder erklärten uns, daß die in Frage kommenden Bedingungen mit denen übereinstimmen würden, die im allgemeinen bei Uebertritten gebräuchlich sind: Die Dauer der Mitgliedschaft wird angerechnet und kein Eintrittsgeld erhoben. Im März traten wir mit der Geschäftskommission der lokalistischen Vereine in Verbindung. Daß diese Verhandlungen zu keinem günstigen Ergebnis geführt haben, haben wir im schriftlichen Bericht dargelegt. Ich kann mich nur auf das dort Gesagte beziehen. Ende Juni setzten wir uns mit allen einzelnen Vereinen, die der Geschäftskommission angeschlossen sind, direkt in Verbindung. Bis heute haben 23 lokalistische Vereine geantwortet. Das Resultat ist folgendes: Die Vereinigung der Schiffsbauer hat uns Anfang Juli mitgeteilt, daß sie mit ihrer Zentralorganisation in Verhandlungen stehe, bei denen sie event. unsere Mithülfe in Anspruch nehmen werde. Vor einigen Tagen haben wir nun die Nachricht erhalten, daß diese Verhandlungen zu einem guten Ergebnis geführt haben. (Bravo!) Beide Organisationen haben ihre Verschmelzung

beschlossen. (Bravo!) Der endgültige formelle Uebertritt soll auf dem nächsten Verbandstag erfolgen. Die Vereinigung der Zimmerer und der Verband der Kürschner Berlins haben uns geantwortet, daß sie bereit seien, mit uns in Verhandlungen zu treten. (Bravo!) Die Freie Vereinigung der Maurer Berlins hat uns mitgeteilt, daß sie nach der Beendigung des Berliner Lohnkampfes eine besondere Umfrage bei ihren Mitgliedern halten werde. Eine Antwort ist noch nicht eingetroffen. Der Allgemeine deutsche Metallarbeiterverband in Berlin hat uns mitgeteilt, daß er im Grunde genommen mit unserem Schreiben einverstanden sei, nur wollte er wissen, mit welchen Organisationen er event. einen einheitlichen Verband bilden sollte. (Heiterkeit.) Wir sind uns im Parteivorstand noch nicht schlüssig geworden, ob wir dieses Geheimnis verraten sollen. (Heiterkeit.) Dabei muß besonders hervorgehoben werden, daß unsere Absicht bei dieser Umfrage, wenigstens die eigene Meinung der einzelnen Vereine kennen zu lernen, zum größten Teile vereitelt worden ist. Die Gründe, die in den einzelnen Schreiben für eine Ablehnung einer Beantwortung der Umfrage abgegeben werden, sind fast in allen Schreiben sinngemäß dieselben. Einige Schreiben haben sogar gleichlautenden Wortlaut; eine Organisation hat es noch vernünftiger gemacht, sie hat sich die Mühe des Abschreibens erspart und uns ein vervielfältigtes Schema als Antwort auf unsere Umfrage übersandt und lediglich den Stempel der Organisation darunter gedrückt (Heiterkeit) und es unterschrieben. An dem Schema läßt sich zweifellos die Handschrift des Vorsitzenden der Geschäftskommission der Freien Vereinigungen erkennen. (Hört! hört!) Das Schema hat folgenden Wortlaut:

An den Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands,
Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

Werte Genossen!

Antwortlich Ihrer Zuschrift vom 29. Juni betr. das Ersuchen, uns zu den von Ihnen auf Grund des Mannheimer Parteitagsbeschlusses angeregten Einigungsverhandlungen zwischen uns und den der Generalkommission angehörenden Verbänden zu erklären und den Mannheimer und Lübecker Parteitagsbeschluß hierbei in Erwägung zu ziehen, erwidern wir wie folgt:

Unsere Organisation ist der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften angeschlossen und hat deren Grundsätze sowie Kongreßbeschlüsse freiwillig anerkannt. Wir haben schon in der Beantwortung der drei Fragen der Geschäftskommission ausgesprochen, daß wir „unter Umgehung der Geschäftskommission in Verhandlungen, die den Anschluß unserer Organisation an die Zentralverbände bezwecken, nicht eintreten werden".

Die große Mehrheit der mit uns verbundenen Organisationen hat sogar alle drei Fragen mit Nein beantwortet, dadurch bekundend, daß sie einen Anschluß an die Zentralverbände nicht wünschen. Anderenfalls schrieb kurz nach dem Mannheimer Parteitag die Generalkommission in ihrem „Correspondenzblatt", „daß sie auf einen Zuwachs durch unsere Organisation verzichte". Es ist uns nicht bekannt, daß die Generalkommission diesen Standpunkt seitdem aufgegeben hat. Wenn wir nun trotzdem und ohne Beschluß der Mehrheit unserer Organisationen diesbezügliche Schritte unternehmen würden, bedeutete dies nach unserer Ansicht einen groben Bruch der durch Anerkennung der Beschlüsse des 7. Kongresses der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften unterworfenen Disziplin.

Genossen! Sie schreiben selbst in der Nr. 149 des „Vorwärts" vom 29. Juni 1907: „Die freiwillige Disziplin ihrer Anhänger ist die Stärke der sozialdemokratischen Partei." Genau dasselbe trifft auf die Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften zu. Aenderung in unserer Haltung kann uns wohl der 8. Kongreß vorschreiben; vor Stattfinden dieses Kongresses ist es uns jedoch unmöglich, eine andere als diese Antwort geben zu können.

Es zeichnet mit Parteigruß

Unterschrift."

Als ungefähr alle Antwortschreiben bei uns eingegangen waren, hat die „Einigkeit", das Zentralorgan der Lokalisten, einen Artikel gebracht, in dem sie sich mit der Umfrage und ihrem Ergebnis beschäftigt, und es wurde da ausgeführt, daß die übergroße Mehrzahl der der Freien Vereinigung zugehörigen Berufsorganisationen treu zu den Beschlüssen ihres Kongresses und zur Geschäftskommission stehe. Es mag ja für die Geschäftskommission der Freien Vereinigung ein erhebendes Gefühl sein, wenn ihr so ganz nach Wunsch und zum Teil streng nach Formular die Treue bestätigt wird. Aber ich sollte doch meinen, daß die Leute, die Tag und Nacht zetern über die angebliche Bevormundung der Mitglieder der Zentralverbände durch deren Vorstände, doch in solchen Dingen etwas vorsichtiger sein sollten. (Sehr richtig!) Wir haben die Verhandlungen mit den Organisationen, die sich dazu bereit erklärt hatten, noch nicht aufnehmen können, da dies nur gleichzeitig mit allen diesen geschehen kann. Die Zimmerer wollten erst nach Beendigung der Lohnbewegung in Berlin auf Verhandlungen eingehen, und die Maurer haben bisher das Ergebnis der Befragung ihrer Mitglieder uns noch nicht mitgeteilt.

Parteivorstand und Kontrollkommission sind nun übereinstimmend zu dem Resultat gekommen, dem Parteitag dringend zu empfehlen, in der Sache einen entscheidenden Beschluß nicht zu fassen. Selbstverständlich kann daraus nicht geschlossen werden, daß wir unsere Meinung in dieser Frage geändert haben. Wir sind die letzten, die verkennen, daß ein Teil dieser Vereine und die „Einigkeit" sich mehr und mehr offen in Gegensatz zur Partei gestellt haben. (Sehr richtig!) Aber es muß doch berücksichtigt werden, daß es sich um die Parteizugehörigkeit einiger tausend Arbeiter handelt, und solange die Möglichkeit der Verhandlungen mit einem Teil der Vereine vorhanden ist und an dem Ernste der Verhandlungen nicht zu zweifeln ist, so lange sind wir verpflichtet, von einem entscheidenden Beschluß abzusehen. (Zustimmung.) Die Organisationen der Maurer und Zimmerer sind mit die größten, und wollten wir die Sache übers Knie brechen und die Lokalisten in Bausch und Bogen verurteilen, so würden wir auch alle die treffen, die heute noch Mitglieder unserer Partei sind und diejenigen, die unbewußt gegen uns aufgebracht worden sind, sie würden damit nur die Reihen der Anarchosozialisten stärken. Mit den Parteigenossen, die Verbänden angehören, die eine Verhandlung abgelehnt haben, muß jedoch ein ernstes Wort geredet werden. Der wirtschaftliche Kampf erfordert heute ebenso wie der politische die einheitliche Zusammenfassung aller Kräfte. Angesichts der Tatsache, daß das Unternehmertum bestrebt ist, nach dem Grundsatz: teile und herrsche! zu operieren, muß jeder Zersplitterungsversuch im eigenen Lager mit aller Entschiedenheit und Schärfe verurteilt werden. Alle, die es ernst meinen mit dem Befreiungskampf des Proletariats, müssen sich den Beschlüssen des Mannheimer Parteitages, die ja durch den internationalen Kongreß eine glänzende Bestätigung gefunden haben, fügen.

In der Stuttgarter Resolution ist die Notwendigkeit der einheitlichen gewerkschaftlichen Organisation besonders hervorgehoben worden. Ich ersuche dringend, der von Parteivorstand und Kontrollkommission vorgelegten Resolution 90 zuzustimmen.

Auf die Reichstagswahlen brauche ich nicht näher einzugehen, da uns dieselben noch besonders beschäftigen werden. Wenn wir auch diesmal nicht wie seither seit dem Fall des Sozialistengesetzes mit Stolz einen bei der Wahl errungenen Mandatsgewinn verkünden können, so sind wir doch über-

zeugt, nach unseren besten Kräften unsere Schuldigkeit getan zu haben. Wenn ich auch durchaus nicht die große Bedeutung einer starken Reichstagsfraktion verkennen möchte, so ist doch eine starke Fraktion nicht gleichbedeutend mit der Macht und Aktionsfähigkeit der Partei. Diese wurzelt vielmehr in der Stärke ihrer Organisationen, in der Ausbreitung ihrer Parteipresse. Und nach der Richtung hin hat das abgelaufene Jahr uns recht erfreuliche Erfolge gebracht, Fortschritte, die beweisen, daß die Sozialdemokratie unaufhaltsam siegreich vorwärtsdringt. Wir verkennen nicht, daß unser Kampf immer heftiger und schwieriger wird. Das Verhalten unserer Gegner, der Regierung und der behördlichen Organe zeigt uns, daß heute das A und O ihrer Politik der Kampf gegen die Sozialdemokratie, das Niederhalten der aufstrebenden Arbeiterklasse ist. Dieser Kampf wird sich verschärfen, je mächtiger sich die Sozialdemokratie entfaltet, je nachdrücklicher die Arbeiter für ihre Forderungen eintreten. Trotzdem können wir aber siegesfroh und wohlgemut in die Zukunft blicken. Wenn die Partei alle ihre Kräfte auch künftighin konzentriert auf systematische rastlose Organisationsarbeit, auf einmütige gründliche Aufklärungsarbeit und Propaganda unserer Grundsätze und Forderungen, dann wird die Sozialdemokratie auch in Zukunft ihren Siegeslauf fortsetzen. (Bravo!)

Ich möchte nicht zum Schluß kommen, ohne mit einigen Worten der Lücke zu gedenken, die im vergangenen Jahre in den Reihen des Parteivorstandes entstanden ist. Sie alle waren gewiß ebenso wie wir im Parteivorstande außerordentlich schmerzlich ergriffen, als der Draht den Tod unseres Genossen Ignaz Auer verkündet. Was Auer für die Partei, was er der Parteileitung gewesen ist, läßt sich mit wenig Worten nicht schildern; wir haben in unserem schriftlichen Bericht und die Parteipresse hat in längeren Artikeln auf die große Bedeutung Auers für die Sozialdemokratie hingewiesen, und auch wir auf dem Parteitage können nur einmütig und dankbar all dessen gedenken, was Auer in der Partei geleistet hat. (Die Delegierten erheben sich von den Plätzen.) Wir alle wollen es uns zur Pflicht machen, in seinem Sinne zu streben und zu wirken für die Sozialdemokratie, für die Befreiung des Proletariates. (Lebhafter Beifall.)

Singer: Ich darf im Anschluß an die letzten Worte des Berichterstatters sicher im Namen des Parteitages aussprechen, daß der Parteitag durch sein Erheben von den Sitzen gleichzeitig auch das Andenken der übrigen verstorbenen Parteigenossen, namentlich auch der an hervorragender Stelle tätig gewesenen, zum Beispiel des Genossen Dreesbach hat ehren wollen. (Zustimmung.)

Den Bericht über

Kasse und Presse

gibt **Gerisch:** Wenn im vorjährigen Bericht die Hoffnung ausgesprochen wurde, es möge gelingen, in diesem Jahre das stattliche Defizit des Rechnungsjahres 1905/06 auszugleichen, so hat sich diese Hoffnung leider nicht erfüllt. Wir waren im abgelaufenen Jahre nicht nur nicht in der Lage, etwas zurückzulegen, sondern wir haben noch ein dreimal höheres Defizit als im vorhergehenden Jahre gemacht. Die Schuld an diesem ungewöhnlich ungünstigen Kassenabschluß trägt in erster Linie die ganz unerwartet gekommene Reichstagswahl. Die Parteigenossen konnten nicht annehmen, daß der Reichstag ein so frühzeitiges Ende nehmen würde, und hatten daher alle verfügbaren Mittel in Ausgaben für die Presse usw. angelegt. Dazu kam, daß der Wahlkampf mit ganz außergewöhnlicher Heftigkeit geführt wurde. Inwieweit die einzelnen Bezirke und Landesteile zu den Reichstagswahlen Zuschüsse empfangen haben, ist im schriftlichen Bericht ausgeführt. Ich will Ihnen nun eine Uebersicht geben über die gesamten Zuwendungen an die Bezirke und Landesteile und die von diesen geleisteten Beiträge.

	Beiträge Mark	Zuwendungen Mark
Ostpreußen	616,80	44 524,—
Westpreußen	362,24	13 820,92
Brandenburg	153 274,18	46 011,50[1]
Pommern	1 178,80	24 413,27
Posen	84,70	9 170,—
Schlesien	7 563,86	95 672,72[2]
Provinz Sachsen	13 546,88	52 242,60[3]
Schleswig-Holstein	20 613,76	20 000,—
Hannover	18 522,63	21 090,20
Westfalen	8 380,17	38 763,25
Hessen-Nassau	6 336,14	44 595,—
Rheinprovinz	15 518,93	99 724,70[4]
Königreich Preußen insgesamt	246 599,09	510 028,16
Königreich Bayern	11 719,58	59 000,48[5]
Königreich Sachsen	64 956,89	49 807,90[6]
Königreich Württemberg	4 151,97	16 730,—
Großherzogtum Baden	5 579,23	15 459,—
Großherzogtum Hessen	4 562,25	24 327,30[7]
Großherzogtum Mecklenburg	400,—	17 113,—
Agitationsbezirk Thüringen I, umfassend die Wahlkreise Sachsen-Weimar I und II, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen und Koburg	1 072,46	16 378,25
Agitationsbezirk Thüringen II, umfassend die Wahlkreise Sachsen-Weimar III, Sachsen-Altenburg, Reuß ä. L. und Reuß j. L.	5 115,74	8 205,—
Großherzogtum Oldenburg	2 757,02	14 960 —[8]
Herzogtum Braunschweig	2 287,61	12 944,90[9]
Herzogtum Sachsen-Meiningen	496,02	2 261,—
Herzogtum Sachsen-Koburg-Gotha		
2. Wahlkreis Gotha	836,93	20 000,—[10]
Herzogtum Anhalt	594,54	1000,— Darl.
Freie und Hansastadt Lübeck	1 250,—	Keine Zuw.
Freie und Hansastadt Bremen	7 600,64	4500,— [11]
Freie und Hansastadt Hamburg	101 525,97	Keine Zuw.
Elsaß-Lothringen	592,48	57 686,20[12]

Von den Wahlkreisen, die Beiträge an die Zentralkasse abgeführt haben, weist die diesjährige tabellarische Uebersicht gegen 100 mehr auf als im Vorjahre. Hoffentlich werden wir nach und nach dahin kommen, daß sämtliche Wahlkreise, in denen überhaupt eine sozialdemokratische Organisation besteht, in der ta-

[1]) Darunter ist ein Darlehen von 24 500 M., das bereits wieder zurückgezahlt ist.
[2]) Darunter in Form von Darlehen 11 643,40 M.
[3]) Darunter in Form von Darlehen 14 000 M.
[4]) Darunter in Form von Darlehen 29 350 M.
[5]) Darunter in Form von Darlehen 20 000 M.
[6]) Darunter in Form von Darlehen 10 000 M.
[7]) Darunter in Form von Darlehen 10 000 M.
[8]) Darunter in Form von Darlehen 10 000 M.
[9]) Darunter in Form von Darlehen 10 000 M.
[10]) In Form eines Darlehens.
[11]) Für die dem Zentralwahlkomitee in Bremen unterstellten Wahlkreise.
[12]) Darunter in Form von Darlehen 6000 M.

bellarischen Uebersicht mit Beiträgen erscheinen. Mit der 20 Proz.-Abführung an die Zentralkasse ist es leider auch im abgelaufenen Jahre nicht sehr genau genommen worden. (Sehr richtig!) Aber man kann mit Rücksicht darauf, daß es sich um ein Jahr handelt, in dem durch die Wahlen besondere Anforderungen an die Parteigenossen gestellt wurden, vielleicht noch einmal Gnade für Recht ergehen lassen. Im laufenden Jahre werden wir freilich streng darauf halten müssen, daß die Zentralkasse zu dem ihrigen kommt, daß statutengemäß verfahren wird, denn aus der Defizitwirtschaft müssen wir wieder einmal herauskommen. Jahr um Jahr können wir nicht vor den Parteitag mit einem großen Defizit treten. Was sollten wir, wenn die Parteigenossen von Frankfurt schließlich doch mit ihrem Antrag, den Sie ja heute mit solcher Heiterkeit begrüßt haben, durchbringen, sonst schließlich in die geplante Volksbank als Einlage bringen, als ein großes Minus. (Heiterkeit.)

Für die Ausgaben der Parteischule konnte eine detaillierte Aufstellung im schriftlichen Bericht noch nicht gegeben werden. Ich muß sie daher hier nachholen. Die Parteischule hat an einmaligen sachlichen Ausgaben verursacht 6498,82 M., an einmaligen persönlichen Ausgaben für Lehrer 2894,28 M., für Schüler 2811,85 M., an fortlaufenden Ausgaben entstanden für Gehälter der Lehrer 12 400 M., für Monatsgelder der Schüler 26 500 M., für Familienunterstützung der Schüler 11 835 M., für Miete, Beleuchtung, Reinigung usw. 8150,15 M. und an diversen kleineren Ausgaben 1025,91 M., so daß die Gesamtausgaben sich stellen auf 66 616,01 M.

Noch einige Angaben über den Stand der Parteipresse. Vor zwei Jahren konnte eine Zunahme von Abonnenten festgestellt werden in Höhe von 58 870, im vorigen Jahre von 158 638, im abgelaufenen Jahre beträgt die Zunahme 211 917. (Bravo!) Einschließlich der „Gleichheit" ohne die „Neue Zeit" und die kleinen, monatlich erscheinenden, mehr der Agitation dienenden Blätter hat unsere Parteipresse gegenwärtig 1 049 707 Abonnenten, wir haben also die Million nicht nur erreicht, sondern stark überschritten. (Beifall.) Entsprechend der starken Abonnentenzunahme sind die Eingänge aus Abonnementsbeträgen gestiegen von 4 833 460 M. im Vorjahre auf 5 962 270 M. im abgelaufenen Jahre. Das bedeutet also ein Mehr von 1 128 810 M. Die Eingänge aus Inseraten sind gestiegen von 2 871 076 im Vorjahre auf 3 466 539 M., also um 595 463 M. Insgesamt hat unsere Parteipresse gegen das Vorjahr an Abonnements und Inseraten eine Mehreinnahme von 1 724 273 Mark (Bravo!), ein finanzieller Erfolg, mit dem wir ganz zufrieden sein können. Jetzt gilt es nicht nur, das Errungene festzuhalten, sondern auch an die Errungung der zweiten Million Abonnenten für die Presse zu gehen. Eine Partei, die bei einem Verleumdungsfeldzug, wie er bei der letzten Reichstagswahl von der gesamten bürgerlichen Welt gegen uns geführt wurde, 211 000 neue Abonnenten gewonnen hat, eine Partei, die bei ihrer scheinbaren Niederlage so große Massen neuer Anhänger in den Bann ihrer Anschauungen zu zwingen vermochte, eine solche Partei kann nicht niedergeritten werden. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben nichts weiter zu tun, als in der bisherigen Weise weiter zu arbeiten. Dann werden viele, hoffentlich alle, der hier Anwesenden es erleben, daß unsere Parteipresse die zweite Million Abonnenten erreicht. (Lebhafter Beifall.)

Heinrich Schulz-Berlin erstattet den Bericht über die Parteischule und den Bildungsausschuß. Zum erstenmal steht die praktische Betätigung der Partei auf dem Gebiete der Arbeiterbildung zur besonderen Berichterstattung und Debatte. Ich betone, die praktische Betätigung, denn die theoretische Seite dieser wichtigen Frage sollte schon den vorigen Parteitag beschäftigen. Aus dem genügend bekannten Grunde — die Genossin Zetkin mußte zum großen Bedauern des Parteitags wegen körperlicher Erschöpfung ihr Referat abbrechen

— kam es nicht dazu; aber der Parteitag erfaßte schnell die Situation, indem er eine Möglichkeit schuf, die Arbeiterbildung sofort praktisch in die Hand zu nehmen: er setzte den Bildungsausschuß ein. Ich muß hier eine Berichtigung zum gedruckten Bericht des Bildungsausschusses einfügen. Das Mannheimer Protokoll enthielt nichts Bestimmtes über die Art des Bildungsausschusses, auch nicht den Wortlaut des Antrages, der zu seiner Einsetzung führte, sondern nur den ungefähren Sinn. Dieser Antrag, der die authentische Gründungsurkunde des Bildungsausschusses ist, ist mir nachträglich vom Genossen Singer übergeben worden. Ich will ihn hier wörtlich verlesen, damit er wenigstens in das Protokoll über den Essener Parteitag aufgenommen wird:

> Der in These 5 geforderte Bildungsausschuß wird eingesetzt. Ihm werden die von den beiden Referenten aufgestellten Leitsätze sowie die dazu eingebrachten Anträge als Material überwiesen.

Unterschrieben ist der Antrag von Hoch, David, Adolf Hoffmann und einigen anderen Delegierten. Zwar hat sich der vom Bildungsausschuß gewählte Modus, neben dem Geschäftsführer einen Vorsitzenden zu ernennen, in der Praxis ganz gut bewährt, aber da Meinungsverschiedenheiten bestanden, war diese Aufklärung des Tatbestandes notwendig.

Der Bildungsausschuß sollte also die Leitsätze zum Thema Volkserziehung und Sozialdemokratie vorbereiten. Das war aus den bekannten Gründen bisher nicht möglich, aber der Ausschuß ist trotzdem sofort praktisch an die Arbeit gegangen. Die theoretische Verständigung ist darum nicht etwa zu den Akten gelegt worden. Auch über die theoretische Auffassung müssen wir uns zweifellos klar werden, da sonst leicht Gegensätze in der praktischen Arbeit eintreten können wie sie schon eingetreten sind; aber wir können damit wohl bis zum nächsten Parteitag warten. Ich versage es mir deshalb, die theoretische und grundsätzliche Seite der Arbeiterbildung hier zu entwickeln, und empfehle dem Parteitag gleichfalls, davon Abstand zu nehmen und erst nach gründlicher Vorberatung in der Presse und in Versammlungen im nächsten Jahre diese Frage zu erörtern. Damit ist nichts verloren, denn die praktische Arbeit kann ruhig ihren Weg weiter gehen. Ich möchte sogar behaupten, daß wir durch die Verschiebung der Debatte nur gewinnen. Im Bildungsausschuß arbeiten Genossen zusammen, die in theoretischen Fragen oft sehr weit auseinandergehen. Das hat sie nicht verhindert, in den praktischen Fragen der Arbeiterbildung Schulter an Schulter zu arbeiten. Vielleicht wird ein weiteres Jahr gemeinsamer praktischer Arbeit auch die Verständigung in der gegensätzlichen theoretischen Auffassung erleichtern.

Wenn ich sage, daß zum erstenmal die Arbeiterbildungsfrage auf einem Parteitag zur Erörterung steht, so heißt das nicht, daß die Sozialdemokratie erst jetzt mit der Arbeiterbildung beginnt. Die Arbeiterbildung ist so alt, wie die Arbeiterbewegung überhaupt. Schon 1862/63 steckte sich Lassalle als Ziel, dem er, solange er atmete, sein Leben zu weihen beschlossen: „die Allianz der Wissenschaft und der Arbeiter, dieser beiden entgegengesetzten Pole der Gesellschaft, die, wenn sie sich umarmen, alle Kulturhindernisse in ihren ehernen Armen erdrücken werden". Und zehn Jahre später gab Liebknecht seinen Mahnruf aus: „Wissen ist Macht". Das war 1872, zur selben Zeit, als die bürgerlichen Volksbildungsvereine eine Zentralinstanz schufen durch die Gründung der Gesellschaft zur Verbreitung von Volksbildung, woran sich besonders Schulze-Delitzsch und der wandlungsfähige Miquel beteiligten. Es ist nicht unwichtig, darauf hinzuweisen, daß diese Gesellschaft gegründet wurde, um, wie es in der „Aufforderung" zur Gründung heißt, „die noch unwissenden" und „geistig trägen" Massen, die „unfähig, selbständig zu urteilen und zu handeln" seien, davor zu bewahren, daß sie den „gewissenlosen Männern mit ihren

sozialistischen Bestrebungen" folgten, und um den „einseitig materiellen und sozialistischen Richtungen die gemeinsamen Kulturschätze und die solidarische Kulturarbeit unseres Volkes entgegenzustellen". Also der Bekämpfung der Sozialdemokratie diente von Anfang an die bürgerliche Bildungsarbeit, und diesem Ziel dient diese ganze Bewegung auch noch heute. Zu diesem Zwecke wurden Arbeiterbildungs-, Fortbildungs-, Volksbildungsvereine, Sonntagsschulen und ähnliche Vereine gegründet, ein besonderes Bildungsvereinsleben neben dem politischen gezüchtet. Und der Erfolg? Die Sozialdemokratie ist trotzdem groß und stark geworden, die „gemeinsamen Kulturschätze" hat man uns nicht entgegengestellt, sondern Kunst und Wissenschaft haben sich nach dem Wort eines bürgerlichen Gelehrten „unter die Fittiche der Sozialdemokratie geflüchtet". Die bürgerlichen Volksbildungsvereine führen nach wie vor das beschauliche Dasein des Veilchens, das im Verborgenen blüht, wie ihnen Liebknecht damals prophezeit hat.

Hat die Sozialdemokratie etwa die Bildung mißachtet? Keineswegs. Liebknechts Schrift war eine feurige, beredte Aufforderung an die Arbeiter, sich zu bilden; aber er forderte zur richtigen Bildung auf, zur Bildung im Dienste des politischen und sozialen Emanzipationskampfes, zur „politischen und sozialen Agitation". Wo wäre wohl die deutsche Sozialdemokratie, wenn sich ihre zahlreichen Vorkämpfer nicht von jeher diese besondere Bildung im Dienste des politischen Kampfes angeeignet hätten.

Wenn trotzdem in den letzten Jahren ein besonderer Drang nach Bildung in den Kreisen der organisierten Arbeiter vorhanden ist, so handelt es sich dabei nicht um die Bildung überhaupt, sondern um neue Mittel und Methoden, um diese wichtige Aufgabe der Partei besser erfüllen zu können.

Die Partei ist riesig gewachsen, viel jugendlicher Nachwuchs ist herangediehen. Da genügen die alten Methoden, die alten Kräfte nicht mehr, und so hat sich die Partei zur Einrichtung neuer Institute entschlossen, zur Schaffung der Parteischule und des Bildungsausschusses. Beide sind nicht etwa im Sinne der bürgerlichen Bildungsvereinsbestrebungen Sonderinstitute, sondern sie stehen im unmittelbaren organischen Zusammenhang mit der Bewegung des klassenbewußten Proletariats, sie unterstehen der Kontrolle der Gesamtpartei. Die lokalen Bildungsausschüsse, die erfreulicherweise überall in zunehmender Zahl begründet werden, sind ebenfalls nur Beauftragte der lokalen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen, mit denen sie stets in engster Fühlung stehen.

Den gedruckten Berichten habe ich nicht viel hinzuzufügen. In der dem Parteitage voraufgegangenen Diskussion ist über die Parteischule nicht viel geredet und geschrieben worden. Das hat mich nicht überrascht, da das Institut noch zu neu ist. Von den vereinzelt laut gewordenen Meinungsäußerungen will ich einige kurz behandeln. Es ist die Furcht ausgesprochen worden, die Parteischule könne eine Art Dressuranstalt sein. Nichts falscher als diese Auffassung! Ich verweise auf die Ausführungen der einzelnen Lehrer im gedruckten Bericht über den Inhalt ihrer Unterrichtsfächer. Das, was sie dort lesen, sieht nicht nach Dressur aus, sondern es zeugt von dem redlichen Streben, die Schüler auf dem kürzesten Wege sicher in die Materien einzuführen, die zum Verständnis oder zur besseren Befestigung der sozialistischen Weltanschauung führen. Dabei ist freilich eine gewisse Beschränkung notwendig. Die Parteischule ist keine wissenschaftliche Forschungsanstalt, auch kein akademisches Seminar, das seine Teilnehmer zu Gelehrten heranbildet, die dickleibige Bücher schreiben. Wie sollte das wohl möglich sein bei einem Schülermaterial, das aus einfachen, schlichten Arbeitern, aus Männern der Praxis, der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen besteht, aus Leuten, die fast ausnahmslos eine ungenügende Volks- oder gar nur Dorfschulbildung genossen haben!

Wie sollte eine solche Aufgabe auch in so kurzer Zeit gelöst werden? Nein, was die Parteischule will, das ist eine Unterweisung der Teilnehmer in den Disziplinen, die das Verständnis des Sozialismus am ehesten erschließen: theoretische und praktische Nationalökonomie, Wirtschaftsgeschichte, Soziologie und Geschichte. In Zukunft wird der Lehrplan erweitert werden durch Einbeziehung der wichtigsten Naturgesetze, soweit sie zur Bildung einer Weltanschauung beitragen können, und es wird auch das wichtigste über die literarischen Strömungen gesagt werden. Daneben enthält das Unterrichtsverzeichnis einige praktische Fächer juristischer und sozialpolitischer Art und endlich etwas über die Technik, über die Anwendung des Gelehrten und Gelernten in der praktischen Agitation, im mündlichen und schriftlichen Ausdruck. Das ist nicht Dressur, sondern eine schlichte, ernst gemeinte und ernst gewollte Schulung der Genossen im Interesse unserer Agitation. Dressur kann es schon deshalb nicht sein, weil in jedem Fach eindringlich auf die zugehörige Literatur hingewiesen wird, und weil die Schüler selbst zum unausgesetzten weiteren Studium aufgefordert werden. Erfreulicherweise ist von dieser Aufforderung Gebrauch gemacht worden. Dressur kann es auch ferner deshalb nicht sein, weil in den Teilnehmern stets das Bewußtsein wachgehalten wird, daß sie nicht als Fertige die Schule verlassen, sondern als Anfänger, denen nur die Methode aufgezeigt worden ist, mit der man an die Beurteilung geistiger und politischer Probleme herantritt. Wer will bestreiten, daß das richtig ist? Wer will bestreiten, daß das wichtig ist? Wie ist es heute? Der bildungsbedürftige Arbeiter, auch der Redakteur und Agitator, liest abends, mit ermüdetem Körper und Geist, ohne Anleitung, so daß ihm vieles unverständlich bleibt, gestört ferner durch organisatorische und agitatorische Pflichten. Der Parteischüler legt für ein halbes Jahr Hammer und Kelle beiseite, er ist frei von beruflichen und sonstigen parteigenössischen Pflichten, er ist auch relativ frei von Sorge, er arbeitet unter fachmännischer Anleitung und Hülfe, er geht jeden Tag in den letzten Arbeitsstunden mit frischen Kräften ans Werk. Um daraus für den einzelnen wie für die Partei den denkbar größten Nutzen zu ziehen, ist nur noch eines notwendig: daß die Organisationen die befähigsten, berufensten und charakterfestesten Genossen in die Parteischule senden.

Darin komme ich zu einem anderen Einwand: die Zeit sei zu kurz. Dieser Einwand ist an sich berechtigt. Sowohl Lehrer als Schüler haben empfunden, daß ein halbes Jahr eine sehr kurze Zeit ist. Besonders die Schüler sind schweren Herzens geschieden. Es ging ihnen nicht so wie den Besuchern von Gymnasien und anderen Lehranstalten, die froh sind, wenn sie die Schule hinter sich haben. Im Gegenteil, es wurde geklagt, daß man, nachdem man an der Belehrung erst den eigentlichen Geschmack gefunden habe, wieder gehen müsse. Würde aber nicht derselbe Einwand auch erhoben werden können, wenn die Zeit auf ein Jahr verlängert werden würde? Vorläufig haben wir den Anfang gemacht, um eine Lücke auszufüllen. Verspüren die Genossen später die erfreulichen Wirkungen der Parteischule, so mögen sie Fortschrittskurse einrichten oder grundsätzlich die Besuchsdauer verlängern. Vorläufig aber ist es nicht ratsam, von dem halbjährigen Kursus abzugehen; damit wird schon viel erreicht, und wir wollen zunächst einmal die Erfahrungen mit den Halbjahrskursen abwarten. Es ist auch eine andere Erwägung in Betracht zu ziehen. Das Zentralkomitee für Sachsen wünscht in seinem Jahresbericht, „daß bedeutend mehr Genossen die nötige Ausbildung erhalten könnten". Dieser Wunsch ist berechtigt, er ist aber eher zu erfüllen bei eventuell zwei halbjährigen Kursen. Von den Anträgen, die zu der Parteischule vorliegen, haben Sie fast keinen einzigen unterstützt. Das ist die beste Antwort darauf, und sie zeigt, daß der Parteitag die Aufhebung der Schule nicht wünscht. Die Anträge in

dieser Richtung waren bezeichnenderweise bereits gestellt, als noch nicht einmal der gedruckte Bericht der Parteischule vorlag. Auf Grund welcher Erfahrungen haben die Parteigenossen so einschneidende Anträge gestellt? Die Betreffenden scheinen auch nicht auf viel Gegenliebe gerechnet zu haben, denn sie verlangen im Fall der Ablehnung ihres Antrages die Schaffung von provinzialen Unterrichtskursen. Auch damit werden offene Türen eingerannt, denn sie waren längst geplant.

Ich komme damit zum Bildungsausschuß. Wir haben zunächst durch eine Enquete eine gewisse Grundlage für unsere Tätigkeit geschaffen. Im Jahresbericht sind die wesentlichsten Ergebnisse der Enquete enthalten. Und dann haben wir begonnen, wo es uns am nötigsten schien. Es schien uns richtig zu sein, die bunte Masse der Einzelvorträge, die heute gehalten werden, zu ersetzen durch Kurse. Zunächst zeigte sich ein Mangel an Rednern, es gelang uns aber, zwei Kräfte als Wanderredner zu verpflichten. Wie stark das Bedürfnis nach solchen Kursen ist, ergibt sich daraus, daß diese beiden Redner bis in den März und April hinein besetzt sind. Für die zahlreichen Meldungen reichen diese Kräfte wahrscheinlich nicht aus, und wir müssen entweder Meldungen zurückweisen oder eine weitere Kraft zu gewinnen suchen. Bisher haben Kurse stattgefunden in Elberfeld-Duisburg-Essen und in Plauen-Werdau sowie in Köln, über die befriedigende Berichte vorliegen. Die zahlreich erschienenen Teilnehmer sind bei gleichmäßigem Besuch mit großem Interesse den Darlegungen der Lehrer gefolgt und das Lesebedürfnis ist gewachsen.

Wir haben für den Winter ein Programm ausgearbeitet, das viel nachgefragt wird und von dem wir hoffen, daß es seinen Zweck erfüllen wird. Eine der nächsten Arbeiten ist die Aufstellung eines Verzeichnisses von Jugendschriften, womit ein alter Wunsch der Parteigenossen nach geeigneter Lektüre für ihre Kinder erfüllt werden soll. Wir scheiden solche Jugendschriften nicht grundsätzlich aus, die vom Hamburger Jugendschriftenausschuß zurückgewiesen sind, wir prüfen aber auch noch einmal die von diesem Ausschuß ausgewählten Bücher, und da hat sich gezeigt, daß wir eine Anzahl dieser Bücher ausscheiden müssen. Ferner haben wir die Absicht, Musterkataloge für Bibliotheken zu schaffen. Es soll besonders darauf Rücksicht genommen werden, daß ganz kleine Organisationen auch für geringes Geld, vielleicht schon für 10 Mk., diejenigen Bücher bekommen, die zunächst geeignet sind, einen kleinen Kreis von Parteigenossen mit unseren Gedanken vertraut zu machen. Dazu gehört natürlich nicht das „Kapital" von Marx, das allein 40 Mk. kostet. Zu diesem Punkte gehört der Antrag Nr. 83, dem Sie Ihre Unterstützung gegeben haben; er will, daß für die Vermehrung der Wanderbibliotheken mehr Mittel bewilligt werden sollen. Der Antrag entspringt einem dringenden Bedürfnis, da er aber nicht gerade geschickt gefaßt ist, so bitte ich, ihn dem Parteivorstand als Material zu überweisen. Ferner haben wir die Absicht, eine Rednerliste für die Aufklärungsarbeit und die wissenschaftliche Weiterbildung aufzustellen. Weiter beabsichtigen wir, für die Herausgabe von Broschüren zur Einführung in politisches Denken und Handeln und zur Anregung des Vereinslebens in kleinen Orten zu wirken. Ferner beabsichtigen wir die Herausgabe von Einführungen in Opern und Dramen, die den Besuchern von Volksvorstellungen in die Hand gegeben werden sollen. Natürlich arbeiten wir hierbei im Einverständnis mit dem Parteivorstand; mit der geschäftlichen und buchhändlerischen Seite befassen wir uns nicht, das ist Sache der Buchhandlung Vorwärts. Ueber Maßnahmen zur Aufklärung und Organisation der Jugend erhalten wir viele Anfragen; ich konnte aber bisher nur meine persönliche Ansicht aussprechen; der Bildungsausschuß wird sich demnächst damit beschäftigen müssen. Der Antrag 40 verlangt eine Agitation auf dem Gebiete der Volksschule, die doch eigentlich fortwährend geschieht. Weiter verlangt der Antrag naturwissenschaftliche Vorträge. Daran ist ja kein Mangel, aber der Bildungsausschuß hat sich auch mit der Frage befaßt, wie gute Vorträge aus diesem Gebiete den Genossen zur Verfügung gestellt werden können. Dann verlangt der Antrag die Bildung weltlicher Kindergärten. Die Anregung ist zu akzeptieren, die Forderung ist aber schon in unseren Kommunalprogrammen enthalten. Die Frage der Kindererziehung ist so durchaus wichtig, daß wir uns der Anregungen dieses Antrages immerhin freuen können. Die Schaffung eines Organs für die Bildungsbestrebungen regt ein Artikel der „Neuen Zeit" an. Wenn die Notwendigkeit dazu eintreten sollte, wird sich der Bildungsausschuß damit beschäftigen. „Ueberall regt sich Bildung und Streben" in der Partei. Nicht überhaupt erst, wie ich genugsam erörtert habe, aber mit erneuter und vertiefter Energie, und das ist freudig zu begrüßen. Die stetig wachsenden und komplizierter werdenden Aufgaben des Proletariats verlangen eine Kämpferschar, die weiß, was sie will. Deshalb mußte die Partei tun, was sie getan hat, sie wird und muß noch mehr tun! Worüber ich berichtete, das sind nur Anfänge. Möge der Parteitag diese Anfänge mit Wohlwollen und Eifer fördern, damit das treffliche Liebknechtsche Wort aufs neue bestätigt wird: „Die Sozialdemokratie ist im eminentesten Sinne des Wortes die Partei der Bildung." (Lebhafter Beifall.)

Den Bericht der Kontrollkommission erstattet

Kaden: Wenn auch diesmal mein Bericht nicht so groß sein wird, wie in Mannheim, so ist er doch noch ziemlich umfangreich und zeigt, wie groß die Arbeit der Kontrollkommission ist.

Der erste Fall, mit dem wir uns zu beschäftigen hatten, kam aus Gaarden, Kiel. Im Jahre 1905 war dort eine Aussperrung der Maurer und Zimmerer. Der Zimmerer Genosse Baasch hatte weitergearbeitet, weil er sich durch seine Unterschrift unter dem alten Vertrag, die er geleistet hatte, ohne von dem entgegengesetzten Beschlusse seiner gewerkschaftlichen Organisation Kenntnis zu haben, gebunden fühlte. Später sah Baasch ein, daß er einen Fehler gemacht habe, arbeitete jedoch weiter. Das Schiedsgericht kam zu der Ueberzeugung, daß dem Baasch das Bewußtsein gefehlt habe, damit eine ehrlose Handlung zu begehen. Baasch, der seit langen Jahren Mitglied der sozialdemokratischen Parteiorganisation ist, erkannte an, daß er einen schweren Fehler begangen habe. Man sah deshalb davon ab, ihn von der Partei auszuschließen, sprach ihm aber eine scharfe Rüge für sein Verhalten aus, das auf alle Fälle eines Parteigenossen nicht würdig war. Die Kontrollkommission schloß sich unter Verwerfung der Berufung diesem Urteil des Schiedsgerichts an.

2. Der Tischlermeister Genosse Bühring, Bremerhaven, wurde durch Urteil des Schiedsgerichts wegen Unterzeichnung eines Wahlaufrufs der liberalen Partei und wegen angeblicher Konspiration mit den bürgerlichen Parteien zum Nachteile der Sozialdemokratie — aus der Partei ausgeschlossen. Der Sachverhalt ist folgender: Unter dem Wahlaufrufe des liberalen Kandidaten Hormann stand der Name Bührings. Am Tage nach dem Erscheinen teilte Bühring mit, daß sein Name wider sein Wissen daruntergesetzt worden sei und protestierte dagegen. In einer liberalen Wählerversammlung erzählte der Referent von dem Terrorismus, den die Partei und die Gewerkschaften gegen die kleinen Geschäftsleute üben und machte Angaben, die genau auf Bühring paßten. Dieser wurde darob der Zuträgerei an die Liberalen beschuldigt. Während der Name Bührings bei den weiteren Wahlaufrufen der Liberalen weggeblieben war, trug am Stichwahltage der Aufruf zugunsten des liberalen Kandidaten wieder den Namen Bührings. Bühring hatte wohl protestiert, aber nicht durch die Zeitung diesen Protest öffentlich bekannt gegeben. Da die Akten über den Fall an Klarheit einiges zu wünschen

übrig ließen, setzte die Kontrollkommission zunächst das Urteil aus und richtete an Bühring folgende Anfrage: 1. Ist Bühring bereit, eine öffentliche Erklärung auch noch dahin abzugeben, daß sein Name auch unter dem Stichwahlaufruf der Gegner der sozialdemokratischen Kandidatur ohne sein Wissen und gegen seinen Willen hinzugesetzt worden ist, daß ferner die in der liberalen Wählerversammlung gefallenen Bemerkungen des Referenten über den angeblichen Terrorismus unserer Partei und der Gewerkschaften ohne jede Zuträgerei Bührings zustande gekommen sind? 2. Wäre Bühring bereit gewesen, einem in dieser Form abgefaßten Entwurfe des Schiedsgerichts zum Zweck einer öffentlichen Erklärung seine Zustimmung zu erteilen? Auf diese Fragen gab Bühring schriftlich die Antwort, daß er eine öffentliche Erklärung in diesem Stadium nicht mehr abgeben könne mit Rücksicht auf seine geschäftliche Existenz, und daß er die Veröffentlichung seiner vor dem Schiedsgericht gegebenen Erklärung durch die Berichterstattung in der Presse für genügend zu seiner Rechtfertigung halte. Nach dieser Erklärung schloß sich die Kontrollkommission dem Urteil des Schiedsgerichts auf Ausschluß des Genossen Bühring aus der Partei an.

3. Genosse Voortmann in Metz wurde durch Urteil eines Schiedsgerichts aus der Partei ausgeschlossen, weil er für den Block bei der Wahl agitiert hat. Der Schuldbeweis konnte durch das Material nicht entkräftet werden, das der Kontrollkommission vorgelegt wurde und so bestätigte sie das Urteil der ersten Instanz.

4. Am 6. August 1906 wurde in Essen ein Schreinerstreik proklamiert und auch auf die Bauanschläger ausgedehnt. Die Genossen Heinrich Schiewink, Arno v. Döring, Johann Derksen und Johann Hagen haben ihre angefangenen Arbeiten weiter ausgeführt, zuerst in Borbeck, dann auch in Essen. Sie fühlten sich als selbständige Unternehmer. Das Schiedsgericht, vor das sie wegen Streikbruchs gestellt wurden, sprach sie frei, da auch auf der anderen Seite durch Unklarheiten und Fehler gesündigt worden war. Die Kontrollkommission schloß sich diesem Urteil an und verwarf die von den Genossen Fiedler und Ostkamp im Namen des sozialdemokratischen Vereins eingelegte Berufung.

5. In Konstanz waren unter den Genossen Differenzen entstanden, die sich gegen den Genossen August Krohn richteten. Mit aller Gründlichkeit prüfte das Schiedsgericht in zweitägiger Arbeit die Sache und kam zu dem Beschluß, daß in sechs Punkten alle Anschuldigungen verworfen wurden. Bei Punkt 7 wurde dem Genossen Krohn im Interesse des Parteifriedens geraten, seinen Rücktritt von den Parteigeschäften zu nehmen. Dem widersprach Krohn und verlangte eine Untersuchung durch die Kontrollkommission an Ort und Stelle. Das konnte die Kontrollkommission nicht tun. Sie änderte aber den Beschluß des Schiedsgerichts in Punkt 7, weil die Schuld auf beiden Seiten liegt, wie folgt ab:

„Von den Konstanzer Genossen erwartet man eine vollständige Beilegung des Streites und eine Konzentration aller Kräfte auf die Mitwirkung einer zielbewußten prinzipiellen Arbeit der Sozialdemokratie."

Wir können nur hoffen und wünschen, daß beide Teile die Streitaxt begraben.

6. Die Genossen des 3. Berliner Wahlkreises Schulz, Wölk, Nitze, E. Frank und Hellpap hatten in einem boykottierten Lokal an einem Vergnügen teilgenommen und damit Boykottbruch begangen. Das Schiedsgericht sprach sie frei. Die Kontrollkommission bestätigte die Freisprechung mit folgender Begründung:

„Die Berliner Genossen haben mit Recht den Bruch einer Boykottverfügung als verwerfliche Handlung bezeichnet. Im vorliegenden Falle darf aber nach dem vorgelegten Material angenommen werden, daß die Beschuldigten im guten Glauben und ohne das Bewußtsein der Tragweite ihrer Handlung die Tat begingen. Nur deshalb sieht die Kontrollkommission von der Anwendung des strengsten Mittels ab und erteilt den Genossen eine scharfe Rüge."

7. Genosse Karl Wiesenthal-Berlin wurde beschuldigt, in einer Metallarbeiterverbandsversammlung durch schwere Verunglimpfung mehrerer Parteigenossen sich der Zugehörigkeit zu der Partei unwürdig gemacht zu haben. Wiesenthal ist der Gründer des Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverbandes. Es wurden ihm schwere und nicht zu begründende Vorwürfe und Beleidigungen, die er begangen hatte, nachgewiesen; ebenso aber auch der gegnerischen Seite Beleidigungen und Provokationen. Die Berufung wurde verworfen, da der Kontrollkommission keine Beweise vorgelegt wurden, daß Wiesenthal die Gründung der Sonderorganisation vorgenommen hat, deren Existenz die Kontrollkommission im Interesse des allgemeinen Klassenkampfes aufs schwerste verurteilt.

8. Der 6. Berliner Wahlkreis hatte Berufung eingelegt gegen das Schiedsgerichtsurteil in Sachen des Maurers G. Herfurt, der wegen Streikbruch ausgeschlossen werden soll. Die Berufungsschrift machte geltend, daß das Verfahren des Schiedsgerichts deshalb mangelhaft sei, weil es ohne Ladung des ursprünglichen Antragstellers unter Zeugen nur nach den Akten der Vorprüfungskommission entschieden habe. Da das Material der schiedsgerichtlichen Entscheidung fehlte, wurde den Klägern die Zurückversetzung in den früheren Stand empfohlen.

9. Eine weitere Beschwerde richtet sich gegen den Parteivorstand. Sie geht aus vom Zentralwahlverein Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg (im Auftrage K. Wollermann) und hält es für unzulässig, daß der Vorstand den Antrag auf Einsetzung eines Schiedsgerichts gegen eine Anzahl Genossen, die bei den Wahlen nicht gewählt haben, nicht stattgegeben habe. Die Kontrollkommission hat das Material geprüft und mit dem Vorstande verhandelt. Die Beschwerde wurde für berechtigt erklärt und auch der Parteivorstand schloß sich der Auffassung der Kontrolleure an.

10. Eine Beschwerde des Parteigenossen Engelbrecht in Langendreer wurde dem Parteivorstand zur Regelung überwiesen.

11. Eine Beschwerde des Genossen Ahlert in Nordhausen konnte nicht zur Verhandlung gebracht werden, da der rekurrierende Teil sich dem Urteil des Schiedsgerichts angeschlossen und die Beschuldigungen zurückgenommen hat.

Eine weitere Beschwerde lag noch vor von dem Berliner Gewerkschaftskartell wegen der Sperre des „Vorwärts" gegen die Annoncen der Lokalisten. Die Kontrollkommission konnte darüber noch nicht verhandeln, da der Vorsitzende der Lokalisten, Genosse Kater, welcher dazu gehört werden soll, erst am Dienstag oder Mittwoch hier eintreffen wird und wird dem Parteitag später davon Mitteilung gemacht werden.

Im übrigen haben die Kontrolleure alle Bücher des Parteivorstandes revidiert und alles in vortrefflichster Ordnung gefunden. Ebenso sind die der Partei gehörigen Geschäfte revidiert und ist überall mustergültige Ordnung angetroffen worden. Deshalb beantrage ich namens der Kontrollkommission, dem gesamten Parteivorstand Decharge zu erteilen. (Bravo!)

Die Debatte wird eröffnet.

Eingelaufen ist ein Antrag 95.

Litfin-Berlin zieht den Antrag 16 zugunsten der Resolution des Vorstandes zurück und bittet, daß die anderen Antragsteller zu diesem Punkte das gleiche tun möchten.

Weißmann-Karlsruhe: Der Bericht, den der Parteivorstand uns diesmal vorlegt, ist der größte und interessanteste, den wir jemals bekommen haben. Wenn man ihn eingehend studiert hat, kann man ihn nur befriedigt aus der Hand legen. Er zeigt, wie im letzten Jahre der Vorstand auf allen Gebieten außerordentlich viel gearbeitet hat. Sollte angesichts der wachsenden Aufgaben der Vorstand vermehrt werden, so wünschen wir Süddeutschen, daß dabei auch alte erfahrene Parteigenossen aus Süddeutschland berücksichtigt werden. In der Frage der preußischen Wahlrechtsbewegung hat uns Singers Erklärung außerordentlich gefallen. Ebenso freudig haben wir die Erklärung des Parteivorstandes begrüßt, mit Energie in die Wahlbewegung einzutreten. Die preußische Reaktion drückt in hohem Maße auf Süddeutschland, und wir hoffen von der preußischen Wahlrechtsbewegung eine Milderung. Wenn ein badischer Minister eine Erklärung in Reichsangelegenheiten abgibt, dann spricht preußischer Geist aus ihm. Baden hat zur allgemeinen Parteikasse 5500 Mk. abgegeben, aber 15 000 Mk. erhalten; die vor zwei Jahren stattgefundenen badischen Landtagswahlen haben diesen Zuschuß nötig gemacht. Die Parteikorrespondenz hat im allgemeinen viel Anklang bei uns gefunden. Man könnte vielleicht wünschen, daß manche Artikel kürzer wären, aber sonst sind wir recht zufrieden. Die Mitteilungen der Kontrollkommission, daß 49mal Schiedsgerichte zusammengetreten sind, legt die Frage nahe, ob § 2 unseres Organisationsstatutes nicht abänderungsbedürftig sei. Die Lokalistenfrage ist im Süden nicht so brennend wie in Norddeutschland. Im Anfange waren wir auch nicht so erbaut davon, daß der Parteivorstand, nachdem die Geschäftskommission der Lokalisten die Verhandlungen glatt abgelehnt hatte, noch an die einzelnen Organisationen ging. Aber nach den Mitteilungen, die Ebert heut gemacht hat, sind wir vollkommen befriedigt. Gut wäre es, wenn die Agitationsschriften noch etwas billiger geliefert werden könnten. Durch den Bildungsausschuß ist ein fehlendes Glied in der Arbeiterbildung ergänzt worden. Es war höchste Zeit, daß man zu seiner Gründung schritt, besonders wichtig ist die Jugendbildung. Gut wäre es, wenn die Parteischule auch von Genossen besucht werden könnte, die schon in verantwortlicher Stellung stehen, von Parteisekretären und Redakteuren. Den Provinzredakteuren würde dadurch ein großes Bildungsmittel an die Hand gegeben werden zu ihrer eigenen Fortbildung. Was den Ausfall der Reichstagswahlen anbelangt, so haben wir einen Trost in dem Zunehmen der Organisationen und hoffen, daß die Scharte wieder ausgewetzt werden wird. (Bravo!)

Ritter-Dresden befürwortet den Antrag 85.

Sie sehen aus den verschiedenen Anträgen in dieser Richtung, wie die Stimmung unter den Parteigenossen ist. In der Dresdener Parteiversammlung wurde die Resolution gegen eine Stimme angenommen. Die Lokalisten stellen sich außerhalb der Parteiorganisation, wenn sie fortgesetzt die Beschlüsse von Parteitagen mißachten. Mit der Zersplitterung in den eigenen Reihen muß es endlich ein Ende haben, das sollte uns gerade Essen lehren. Hier, wo die gewaltige Konzentration des Kapitals, der Betriebe, die Notwendigkeit der einheitlichen Gewerkschaftsbewegung den Delegierten deutlich veranschaulicht, sollte es jetzt, nachdem schon die Parteitage von Lübeck und Mannheim gesprochen, darüber keine Meinungsverschiedenheit mehr geben. Nachsicht für irrende Brüder, aber nicht für Verräter, die im schwersten ökonomischen Kampfe Zersplitterung in die eigenen Reihen tragen, die ihren Kampf nicht gegen das Kapital, sondern gegen die eigenen Brüder richten. (Sehr richtig!)

Hier auf dem Parteitag ist eine Zeitung verteilt: „Deutscher Metallarbeiter". Das Motto dieser Zeitung ist: „Einzeln seid Ihr nichts, vereinigt eine Macht." Die ganze Existenz der Organisation aber, die das Blatt herausgibt, schlägt diesem Motto ins Gesicht. (Sehr wahr!) Auf den weiteren Inhalt des Pamphlets, das sich zum Teil auch mit meiner Person beschäftigt, will ich nicht eingehen. Dazu ist mir dieses Organ viel zu gleichgültig. Ich bitte Sie dringend, unseren Antrag neben dem des Parteivorstandes anzunehmen; denn es werden sehr wahrscheinlich eine Reihe Lokalorganisationen sich den Einigungsversuchen widersetzen, und diesen unverbesserlichen Partei- und Gewerkschaftsverderbern muß zu Gemüte geführt werden, daß sie sich dann außerhalb der modernen Arbeiterbewegung stellen. (Bravo!)

Goebel-Stettin: Ebert rügte, daß die Berichte der einzelnen Bezirke so spät einkommen. Das liegt daran, daß die Genossen, die diese Berichte machen, oft dazu nur am Sonntag Zeit haben, und daß die Berichte erst an die Agitationskomitees gehen. Es wäre daher gut, wenn die Frist für die Einreichung der Berichte etwas verlängert würde. Wünschenswert wäre der von Ebert erläuterte Ausbau der Bezirksorganisation. Die Leserzahl unserer Presse beträgt eine Million, die der Organisierten nur rund die Hälfte; wenn nun die Verbreitung durch die Organisation möglich wäre, würde ungefähr die Hälfte der Unkosten gespart und wir brauchten nicht allen möglichen Behörden unseren Bericht liefern. — Wir mußten in diesem Jahre mehr als 1000 Mk. infolge der pommerschen Verfrommungsverordnung zahlen, weil das Verteilen von Flugblättern am Sonntag jetzt verboten ist. Es sollte im Bericht genau festgestellt werden, wieviel uns in Deutschland überhaupt durch solche polizeiliche Maßnahmen von den Beiträgen wieder genommen wird.

Ottilie Baader-Berlin: Der Bericht über die Entwickelung der sozialistischen Frauenbewegung des letzten Jahres gibt die Gesamtzahl der als politisch organisiert geltenden Frauen auf insgesamt 28 000, also ungefähr 5 Proz. der Anzahl der organisierten Genossen an. Wir haben noch mehr als die Genossen unter den reaktionären Vereinsgesetzen zu leiden. Schlimmer jedoch als der Buchstabe des Gesetzes wirkt hindernd die Handhabung durch die Behörden. Die Genossinnen des Rheinlandes und Westfalens wissen ganz besonders ein Lied davon zu singen. Häufig werden die Frauen ganz widerrechtlich aus Volksversammlungen hinausgewiesen und unsere unpolitischen Frauen-Bildungsvereine werden vielfach aufgelöst. Der verschiedenartigen Vereinsgesetze wegen ist uns in Deutschland ein einheitliches Organisieren unmöglich. Zurzeit sind gemeinsam mit den Genossen in politischen Organisationen vereinigt 10 500 Frauen und Mädchen. 94 Bildungsvereine umfassen 10 302 Mitglieder. Um Frauen in solchen deutschen Staaten, in denen sie politisch nicht organisiert sein dürfen, die Zugehörigkeit zur Partei zu ermöglichen, sind entsprechend dem Parteistatut Karten für regelmäßig zu zahlende freiwillige Parteibeiträge eingeführt worden. Etwa 8700 Genossinnen machen bis jetzt von dieser Einrichtung Gebrauch. Eine genaue Angabe darüber ist mir nicht möglich, da nur die Hälfte der von mir ausgesandten Fragebogen rechtzeitig zurückgekommen ist. Zu dem Terrorismus der Behörden kommt die wirtschaftliche und politische Rückständigkeit der Frauen und ihre doppelte Belastung mit Erwerbs- und häuslicher Arbeit. Ein anderes hinderndes Moment, welches beseitigt werden muß und kann, liegt in dem geringen Interesse, ja der Gleichgültigkeit weiter Kreise der Genossen der sozialistischen Frauenbewegung gegenüber (Sehr wahr!); es gibt noch viele Genossen, welche die Bedeutung der Frauenorganisation nicht erkannt haben. Diese sollten sich bemühen, wenigstens ihre eigenen weiblichen Angehörigen der Organisation zuzuführen. Andererseits muß ich anerkennen, daß es auch eine große Anzahl

von Genossen gibt, auch in Rheinland-Westfalen, die die Frauen in ihrem schweren Kampfe unterstützen. (Die Redezeit wird verlängert.) Der Klerikalismus wendet der Frauenbewegung eine steigende Aufmerksamkeit zu. Das Zentrum geht jetzt dazu über, die Frauen den christlichen Vereinen zuzuführen; man stellt christliche Sekretärinnen an und sucht durch allerlei Veranstaltungen die Frau in dem Bann der Kirche zu halten. Sie alle werden wissen, welch ein Hindernis es für unsere Aufklärungsarbeit ist, wenn die Frau im Beichtstuhl zur Verräterin des Mannes wird. Wir müssen die Frauen für den Sozialismus gewinnen, dann haben wir mit ihnen auch die heranwachsende Generation gewonnen. (Bravo!)

Gegen den Antrag 40 in bezug auf die Kindergärten habe ich einige Bedenken, wenn damit beabsichtigt ist, daß wir selbst Kindergärten errichten. Die Genossen sollten vor allem dem Beschluß der Mannheimer Frauenkonferenz entsprechend dahin wirken, daß die Kommunen mehr für die Errichtung von Kindergärten und Kinderkrippen tun. Der Antrag ist wohl mit Rücksicht auf die katholischen Kindergärten, die jetzt überall errichtet werden, gestellt. Dem können wir aber nur entgegentreten, wenn unsere Bewegung im allgemeinen wächst, wenn die Aufklärung in den breitesten Schichten des Volkes zunimmt. Wir haben jetzt an 407 Orten weibliche Vertrauenspersonen und außerdem eine Anzahl Frauen, die gemeinsam mit Genossen in Vorständen der Zentralverbände unausgesetzt bemüht sind, Aufklärung unter den Frauen des Proletariats zu verbreiten. Aber es ist noch viel Arbeit nötig. Vor allem sollten die Männer dafür sorgen, daß ihre Frauen und Töchter politisch organisiert sind. Ich weiß, daß manche Genossen, die sich für gute Parteigenossen halten, in dieser Hinsicht noch recht rückständig sind. (Sehr richtig!) Wir werden eine Enquete aufnehmen darüber, wieviele Frauen von organisierten Genossen organisiert sind. (Oho!) Ja, das werden wir tun, und dann werden wir nachweisen, wieviele Genossen auf diesem Gebiet noch rückständig sind. (Bravo!)

Linde-Königsberg: Im Bericht sind von Ostpreußen an Beiträgen nur 618,80 Mk. erwähnt. Dazu kommen noch 600 Mk. aus Königsberg, die einige Wochen zu spät abgeliefert worden sind, so daß sie nicht mehr in den Bericht aufgenommen werden konnten. Der Zuschuß, den Ostpreußen im letzten Jahre erhalten hat, ist allerdings sehr groß. Darunter befinden sich aber die Kosten der Reichstagswahl sowie der Zuschuß für die „Königsberger Volkszeitung". Und als Genosse Gerisch heute mitteilte, daß der Zuschuß für Ostpreußen 44 529 Mk. betrage, riefen eine Anzahl Delegierter „hört! hört!" Sie müssen aber berücksichtigen, daß Ostpreußen noch einer der rückständigsten Bezirke ist. Königsberg hat übrigens die gesamten Kosten für die Wahl selbst aufgebracht. Große Summen brauchen wir für die Agitationsreisen, die vom Parteisekretär gemacht werden müssen, um die noch wenig geschulten Kräfte in der Provinz zu beaufsichtigen und zu revidieren. Dazu kommt, daß wir über 1000 Mk. für Saalmieten zahlen müssen, da uns sonst keine Säle zur Verfügung gestellt werden. Außerdem ist in dem Zuschuß der Beitrag für die Landarbeiterzeitung enthalten, die infolge des naturgemäß billigen Abonnementspreises ihre Kosten nicht deckt. Sehr zu leiden haben wir unter der Landflucht. Sobald die ostpreußischen Arbeiter von uns einigermaßen über den Sozialismus aufgeklärt sind, gehen sie nach dem Westen Deutschlands. Die Genossen im Reich sowie die ganze Partei haben am Ende also durch die Landflucht der ostpreußischen Arbeiter insoweit Vorteil, als dieselben entweder schon organisiert hierher kommen, oder doch schon aufgeklärt darüber worden sind, daß sie zur Sozialdemokratie gehören müssen. Gestern und heute haben mir Genossen aus Essen und der Umgegend, die aus ihrer Heimat Ostpreußen die ersten Eindrücke des Sozialismus empfangen haben, dieses bestätigt. Wir

müssen fortgesetzt immer wieder von vorne anfangen, und leiden sehr darunter, daß wir keine agitatorischen Hülfskräfte hierbehalten. Daher die hohen Agitationskosten. Trotz alledem hoffe ich, daß im nächsten Jahre der Kassenbericht für Ostpreußen nicht mehr so ungünstig ausfallen wird. Wir haben jetzt wohl das Schlimmste hinter uns und werden nun endlich anfangen, die Erfolge der kostspieligen Organisation zu ernten.

Hierauf werden die Verhandlungen auf nachmittags 3 Uhr vertagt.

Schluß 1 Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

Singer eröffnet die Sitzung um 3 Uhr.

Die Debatte über den Geschäftsbericht wird fortgesetzt. — Neu eingegangen sind die Anträge 94 und 95, die genügende Unterstützung finden, während Antrag 98 nicht ausreichend unterstützt wird.

Bruhns-Kattowitz: Die Tatsache, daß für den oberschlesischen Agitationsbezirk eine unverhältnismäßig hohe Summe aus Parteimitteln aufgewendet wird, zwingt mich zu einigen erklärenden Bemerkungen. Ich will voranstellen, daß der weitaus größte Teil dieser Summe nicht für Oberschlesien, sondern für die Propaganda unter der polnischen Arbeiterschaft im ganzen Reiche aufgewendet wird in Gestalt der Zuwendungen für das polnische Parteiblatt „Gazeta Robotnicza" und seine Druckerei, und das ist eine sehr notwendige und wichtige Ausgabe aus Parteimitteln. Hunderttausende wahlberechtigter Polen sind als billige und gefügige Arbeiter in den verschiedensten Industriezentren Deutschlands verteilt. Besonders in Rheinland-Westfalen ist das der Fall. Aber auch in anderen Bezirken, in den Provinzen Sachsen, Hannover und anderen bis nach Süddeutschland sitzen sie zu Tausenden, ebenso in den Großstädten Berlin, Breslau, Hamburg, Bremen, Hannover. Was ist bisher von uns für die Aufklärung dieser großen Proletarierschichten getan? Mehr wie ein Jahrzehnt lang nichts. Wir haben uns darauf beschränkt, mit den paar Genossen von der P. P. S. hin und her zu streiten über ganz nebensächliche Dinge. Jene günstige Zeit zur Gewinnung der polnischen Arbeiter ist ungenützt verstrichen. Seit längerer Zeit ist nun das polnische Proletariat von einer geschickt und fleißig arbeitenden Schar national-polnischer Agitatoren bearbeitet und diesen mehr oder weniger zum Opfer gefallen, so daß wir die schon gewonnenen, wenig aufgeklärten Anhänger wieder verloren. Diese nationale Bewegung hat ihren Höhepunkt noch nicht erreicht. Man geht jetzt daran, die polnischen Enklaven in den Großstädten und Industriegegenden systematisch für die nationale Bewegung zu gewinnen. Daß die Polen dadurch noch irgendwo Mandate selbst erobern könnten, ist ja ausgeschlossen, wohl aber können sie in einer ganzen Reihe von Kreisen ausschlaggebend sein dafür, wer das Mandat besitzen soll. Den Beweis haben wir schon bei den letzten Wahlen bekommen, denn drei von unseren 43 Mandaten, und zwar Bochum, Dortmund und Duisburg haben wir doch nur dadurch gewonnen, daß die Polen in der Stichwahl für uns stimmten. Aehnlich ausschlaggebend können die Polen noch in einer ganzen Reihe von Kreisen werden, indem sie die dortigen polnischen Arbeiter, selbst solche, die bisher aus instinktivem Oppositionsgefühl sozialdemokratisch stimmten, für die nationalen Zählkandidaturen einfangen. Dem muß durch unsere Agitation entgegengewirkt werden. Das kann aber nur geschehen, wenn diese anders gestaltet wird als bisher. Sie muß vor allem in polnischer Sprache erfolgen und von Leuten geübt werden, die nicht nur die Sprache, sondern auch die ganzen eigenartigen Verhältnisse des polnischen Volkes wie seinen besonderen

Charakter gut kennen. Man muß vor allem auch mehr Rücksicht auf die nationalen Empfindungen nehmen, mit denen wir sehr entschieden rechnen müssen. Man darf nicht sagen, wie es von deutschen Genossen geschieht, den Polen kann keine Extrawurst gebraten werden; die sollen froh sein, wenn sie unserer Kultur teilhaft werden. Solche unüberlegten Reden bekunden, daß man sich selbst von einem gewissen nationalen Dünkel noch nicht freigemacht hat, der in den tatsächlichen Verhältnissen wirklich keine Berechtigung findet. Man schadet damit. Man verletzt die national empfindlich gereizten Leute schwer. Aber abgesehen davon ist diese „Extrawurst" für die Polen unbedingt notwendig; sowohl die Agitation in polnischer Sprache wie die gesonderte Organisation. Gewiß verstehen die in deutschen Gegenden lebenden Polen das Notwendige von der deutschen Sprache, d. h. das für das tägliche Leben Notwendige. Ganz anders aber ist es doch mit dem Verstehen unserer sozialistischen Ideen. Wie schwer ist es, diese dem einfach deutschen Manne in seiner Muttersprache beizubringen. Und sollte es nicht noch viel schwerer sein, diese Ideen dem Polen in einer fremden Sprache, einer ihm verhaßten, weil ihm aufgedrängten Sprache, der Sprache seiner nationalen Unterdrücker, beizubringen? Die Agitation, mündliche wie schriftliche muß in polnischer Sprache erfolgen. Aber auch die Organisation muß eine von der deutschen gewissermaßen gesonderte sein. Die Polen müssen sich in ihrem sozialdemokratischen Verein mit ihren Landsleuten zusammenfinden. Einmal erfordert das schon die ebenfalls als notwendig erwiesene Aufklärung der Leute in polnischer Sprache. Diese kann naturgemäß nicht in einer deutschen Organisation erfolgen, wenigstens nicht in Versammlungen zusammen mit deutschen Mitgliedern. Viel besser ist es, den polnischen Genossen die Möglichkeit zu geben, in polnischen, von ihnen selbst geleiteten und verwalteten Parteiorganisationen für die Sache zu wirken. Dafür sprechen nicht nur gewisse nationale Rücksichten, sondern auch triftige moralische und taktische Gründe. Für die Allgemeinheit der Partei wird daraus nicht, wie hier und da befürchtet wird, Schaden entstehen, Absplitterung und Zwiespalt, sondern im Gegenteil: Wir werden unsere Kräfte nur vermehren. Ich spreche da aus guter Erfahrung. In Oberschlesien haben wir überall diese beiden Organisationen, beide entwickeln sich gut, was bei einer erzwungen zusammengekoppelten nicht möglich wäre. Und alle gemeinsamen Parteigeschäfte, Aufstellung der Kandidaten, Wahlen usw., werden ohne jede nennenswerte Erschwerung erledigt, während die inneren Angelegenheiten der Organisationen von jeder ganz selbständig erledigt werden. Die Möglichkeit solchen Arbeitens ist ja durch die vom Mannheimer Parteitag sanktionierte Einigung der polnischen Genossen mit den deutschen für das ganze Reich geschaffen. Der Parteivorstand hat aber zugleich die Möglichkeit systematischer und intensiver schriftlicher Agitation in polnischer Sprache geschaffen. Daran mangelte es bisher durchaus, aus Mangel an geeigneten Kräften, aus Unkenntnis der Sprache und der obwaltenden eigenartigen Verhältnisse. Dafür haben die letzten Wahlen sehr bezeichnende Beweise geliefert. Eine Anzahl Wahlflugblätter in polnischer Sprache mußte die schärfste Kritik herausfordern. Manche sind in einem fürchterlichen oder lächerlichen Polnisch gehalten, manche rein mechanisch aus dem Deutschen übersetzt, manche enthalten bedenkliche taktische Verstöße in Beziehung auf die Art und Weise, wie man Polen anfassen muß, wenn man sie für die Sozialdemokratie gewinnen will. Die Herausgeber, Uebersetzer und Verfasser trifft kein Vorwurf. Sie konnten nicht anders, wie sie getan haben. Auch die technische Herstellung der Flugblätter trägt mit Schuld. Beim Mangel polnischer Setzer und Korrektoren mußte ja auch der Satz jämmerlich werden, selbst wenn das Manuskript des Flugblattes nicht schlecht war. Das alles muß und kann anders werden. In Kattowitz, dem Sitz der Leitung der polnisch-sozialdemokratischen Partei, jetzt eines Bestandteils der Gesamtpartei,

ist mit dem Gelde der Gesamtpartei auf Beschluß des Parteivorstandes eine ganz erhebliche Erweiterung der bisherigen Druckerei der „Gazeta Robotnicza" erfolgt. Das Blatt selbst, früher zweimal wöchentlich im kleinsten Format erscheinend, erscheint jetzt dreimal und in bedeutend größerem Format. Gelingt es, eine wesentliche Hebung des Abonnentenstandes zu erzielen, dann wird das Blatt in absehbarer Zeit täglich herausgegeben. Jedenfalls aber ist schon jetzt für die Parteileiter der Städte und Bezirke, in welchen polnische Arbeiter in größerer Zahl vorhanden sind, die Möglichkeit, besser die Verpflichtung gegeben für die Verbreitung dieses Blattes zu wirken, polnische Parteigenossen dafür heranzuziehen. Ebenso aber gibt die erweiterte Druckerei die Möglichkeit, andere Agitationsschriften, Flugblätter, Broschüren zu bestellen und zu beziehen. Das gilt besonders auch für Wahlzeiten, um die eben geschilderten Vorkommnisse zu vermeiden. Damit ist aber auch weiter die Möglichkeit gegeben, die Druckerei lebensfähiger zu gestalten und aus dem jetzigen Parteizuschuß einen Ueberschuß zu machen. Kann so die schriftliche Agitation für die Polen jetzt von einer Zentralstelle aus betrieben werden, so ist durch die nunmehr garantierte stärkere Entwickelung der polnisch-sozialdemokratischen Partei auch die Möglichkeit gegeben, die mündliche Agitation durch berufene Kräfte zu betreiben. Die Zahl der fähigen Köpfe in der polnisch-sozialdemokratischen Bewegung Deutschlands ist bei der Kleinheit dieser Bewegung naturgemäß noch nicht groß. Vorhandene tüchtige Kräfte aus den russischen und österreichischen Teilen Polens heranzuziehen, verbietet unsere barbarische, preußische Fremdenpolitik. Aber die Neuregelung der Verhältnisse in der P. P. S. hat einige gute Kräfte doch in Parteistellung gebracht, sie für die Agitation frei gemacht, so daß wir in der Lage sind, den Genossen im Reiche, die das wünschen, gelegentlich auch rednerische Kräfte für die Agitation unter den Polen zur Verfügung zu stellen. Wenn die hier bezeichneten Wege beschritten werden, wenn überall, wo es erforderlich ist, auf die Agitation unter den polnischen Arbeitern größeres Gewicht gelegt wird, dann wird es sicher gelingen, der nationalen Agitation einen Damm entgegenzusetzen und auch die polnischen Proletarier, die Aermsten der Armen, in die Reihen der Sozialdemokratie zu bringen. (Bravo!)

Bongartz-Mülheim wünscht, daß über alle Genossen, die sich zu Parteiposten melden, vorher Erkundigungen beim jeweiligen Kreisvorstand eingezogen werden. Redner nimmt Bezug auf einen Fall, wo ein Genosse, den der betreffende Kreisvorstand nicht für besonders befähigt hielt, sich unter Umgehung des Kreisvorstandes und der Kreisorganisation direkt an das oberrheinische Agitationskomitee gewandt hatte.

Reichel-Stuttgart: Als wir in Mannheim auseinandergingen, waren wir alle hocherfreut über die erzielte Einigung zwischen den Gewerkschaften und der Partei. Kundige unter uns wußten allerdings, daß es der Auseinandersetzung in Mannheim nicht bedurft hätte, weil die Einigkeit zwischen Partei und Gewerkschaften ja das Lebenselement der Arbeiterbewegung ist. Aber wir waren damit einverstanden, daß der Parteivorstand in Gemeinschaft mit der Generalkommission Verhandlungen anknüpfen sollte mit den Genossen, die noch außerhalb des Rahmens der zentralistisch organisierten Gewerkschaften standen. Allerdings war vorauszusehen, daß diese Verhandlungen nicht das erwünschte Ergebnis zeitigen würden, denn zwischen der Auffassung, die von der anarchosozialistischen Richtung der Gewerkschaften und der, die von den der Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften vertreten wird, besteht ein fundamentaler Gegensatz, der nicht ohne weiteres durch Verhandlungen aus der Welt zu schaffen ist. Daß das Resultat der Verhandlungen ein so minimales sein würde, haben freilich viele von uns nicht erwartet, obwohl sie keine allzu großen Hoffnungen darauf gesetzt hatten. Aus der „Einigkeit", die schon einmal ganz richtig als das Gegenteil

der Einigkeit in der Arbeiterbewegung bezeichnet worden ist, kann man ersehen, daß die anarchosozialistischen Gewerkschaften heute mehr denn je den Parlamentarismus und die Kleinarbeit in der Bewegung verwerfen und alle ihre Hoffnungen auf eine einzige große Aktion der Arbeiterklasse setzen. Dem gegenüber steht die Richtung, die schrittweise die Emanzipation der Arbeiterklasse erstrebt. Die „Einigkeit" schließt einen Artikel über Parlamentarismus mit folgenden Sätzen: „Aber die Erkenntnis in immer breiteren Arbeitermassen läßt sich nun nicht mehr aufhalten, daß alle politischen „Reformen" (die unter dem jetzt sicher um so tüchtiger einsetzenden Reaktionskurs an und für sich kaum zu erwarten sind) dem Proletariat niemals die Befreiung vom Joch des Kapitals oder auch nur eine wesentliche Linderung seiner Leiden bringen können, ja, daß es gerade vom Standpunkt des Klassenkampfes ein Widersinn ist, bei der herrschenden Klasse auch nur im allerentferntesten die Neigung vorauszusetzen, ihre volksausbeuterische Herrschaft freiwillig, d. h. im Wege des parlamentarischen Kuhhandels, aufzugeben oder auch nur einzuschränken!" Dieses Urteil könnte ja noch hingehen, weil man hinsichtlich der unmittelbaren Erfolge der parlamentarischen Aktion geteilter Meinung sein kann. Wir Sozialdemokraten stehen auf dem Standpunkt, daß der Parlamentarismus ein ausgezeichnetes Hülfsmittel für die proletarische Klassenbewegung und von außerordentlicher Bedeutung für den Fortschritt der Emanzipationsbestrebung der Arbeiterklasse ist. Es heißt dann weiter in der „Einigkeit", daß es erforderlich sei, daß sich die Arbeiter einmal darüber klar werden, wie bisher alle „Reformen" des bürgerlichen Klassenstaates, die „vorgeblich dem Interesse der proletarischen Volksschichten dienen sollten, in Wahrheit nichts anderes sind, als widerliches Blendwerk, berechnet auf die Dummheit der Massen und auf Lähmung der revolutionären Bewegung. Im besonderen ist die ganze gerühmte „Sozialpolitik" bei Licht besehen nichts als eitel Humbug.

So wird die parlamentarische Aktion heruntergesetzt als ein Nichts. So urteilt die „Einigkeit" auch in allen folgenden Nummern. Sie erklärt klipp und klar, daß da Humbug getrieben wird und daß man es sich wohl überlegen müsse, ob man an der parlamentarischen Aktion überhaupt teilnehmen soll. Wir müssen die Konsequenz aus der Tatsache ziehen, daß die anarchosozialistischen Gewerkschaften in fundamentalem Gegensatz zu uns stehen und müssen reinen Tisch machen, denn jene Leute haben nichts als Spott und Hohn für unsere Bewegung übrig und fahren uns bei jeder Gelegenheit in die Parade. Ich kann der Resolution des Parteivorstandes keine besonderen Sympathien entgegenbringen, obwohl ich weiß, daß die Schwierigkeiten bei der Lösung dieser Frage nicht gerade klein sind und der Parteivorstand sich alle Mühe gegeben hat, den Auftrag des Mannheimer Parteitages auszuführen. Mit den weiteren Versuchen, eine Einigkeit herbeizuführen, wird man auch im nächsten Jahre keine positiven Resultate erzielen. Ich meine, daß wir eine etwas schärfer gefaßte Resolution annehmen sollten. Ich bin erst heute angekommen und kann im Moment keine andere Fassung vorschlagen, meine aber, daß eine schärfere Fassung im Interesse der Partei notwendig ist. Wenn wir an die Einsicht jener Leute appellieren, so ist es gerade, als wenn wir an einen Stein appellieren. Wir müssen sie vor die Alternative stellen: entweder ihr kehrt um oder ihr trennt euch von uns, die wir doch grundsätzlich eine andere Richtung vertreten. (Glocke des Vorsitzenden.) Ich hätte noch gern einige Worte über die Wiesenthalsche Gründung gesagt, werde aber durch die Glocke des Präsidenten daran verhindert, weil meine Zeit abgelaufen ist, was ich ihm ja nicht übel nehme. (Heiterkeit.) Wiesenthal und seine Anhänger haben den neuen Metallarbeiterverband nicht aus Liebe zum Proletariat — nicht aus der ehrlichen Absicht, der Arbeitersache zu nützen — gegründet, sondern aus Ehrgeiz. (Sehr richtig!) Weil sie keine anderen Mittel hatten, ihre ehrgeizigen Bestrebungen zu befriedigen, darum hat man die neue

Organisation gegründet, die uns draußen so viele Schwierigkeiten macht. (Lebhafter Beifall.)

Schirmer-Dresden: Die Ausführungen des Genossen Riem entsprechen nur den Anschauungen des fünften Dresdener Wahlkreises. Die Dresdener Genossen des vierten und sechsten Kreises stehen auf einem ganz anderen Standpunkt. Bei uns sind die Lokalorganisationen nicht alte historische Gebilde, sondern herausgewachsen aus Mißständen innerhalb der Zentralverbände. Man hat dort vielfach Leute, welche den Vorstand kritisierten, wegen Formfehler ausgeschlossen, zum Beispiel im Metallarbeiterverband. Diese Lokalisten einfach aus der Partei auszuschließen, hat keinen Sinn; wir würden dann eine Reihe der besten Genossen verlieren. Einigungsverhandlungen sind hier sehr wohl möglich. Warten wir ruhig ab, welchen Weg der Parteivorstand in der nächsten Zeit findet. Durch übereilige Beschlüsse würden wir die Zersplitterung aus der Gewerkschaftsbewegung auch in die Partei tragen. (Zustimmung.)

Lüth-Hamburg: Wir alle bedauern die Sonderbündelei, denn wir wissen, daß die Zentralorganisationen die beste Form der Organisation sind, wenn es gilt, bessere Lohn und Arbeitsbedingungen zu erreichen. Aber wie kommt es, daß Genossen sich absondern? Die Ursachen sind in den Zentralorganisationen zu finden. Mir kann niemand Liebäugelei mit den Lokalisten vorwerfen — ich bin 20 Jahre zentralorganisiert und 10 Jahre Beamter — aber ich sehe ein, daß die Zentralvorstände nicht immer so vorgehen, wie sie sollten. (Sehr richtig!) Sie lassen oft die weitsichtigen Gesichtspunkte vermissen und lassen sich von persönlichen Einflüssen leiten. Ich befürchte, daß bei einigen Zentralorganisationen die Absplitterung noch schlimmer werden wird, weil man die demokratischen Prinzipien nicht genügend beachtet. Wenn man von einem Zentralpunkt die Lohn- und Arbeitsbedingungen auf Jahre hinaus festlegt und nicht nur die Masse der Mitglieder, sondern auch die zahlreichen Verwaltungskörperschaften als mitbestimmender Faktor ausschaltet, dann wird die Absplitterung die unausbleibliche Folge sein. Würden wir nun die Sonderbündler ausschließen, so würden wir sie ins Lager der Anarchisten oder Anarchosozialisten treiben. Ich bedauere die Zersplitterung; aber ich gestehe als alter Zentralist ein, daß die Zentralorganisationen nicht immer richtig gehandelt haben. Es bleibt uns heute gar nichts anderes übrig, als der Resolution des Vorstandes zuzustimmen und alle anderen Anträge abzulehnen. (Bravo!)

Tabor-Solingen: Wenn wir eine weitere Zersplitterung fürchten, dann haben wir alle Ursache, mit denen Fraktur zu reden, die systematisch die Zersplitterung betreiben. (Sehr richtig!) Auch die Lokalorganisationen bei uns in Solingen können wir nicht anerkennen. Wir hatten versucht, dem Parteivorstand in einer Sitzung die Solinger Verhältnisse darzulegen. Es ist mir gesagt worden, die Sache würde zu einem guten Abschluß gebracht werden; aber ich fürchte, wenn nicht bald etwas geschieht, dann werden wir in Solingen ein zweites 98 erleben. Ich freue mich, daß die Solinger sich Wiesenthal nicht angeschlossen haben. Hoffentlich werden Parteivorstand und Generalkommission recht bald in Solingen Remedur schaffen.

Lehmann-Wiesbaden: Die Genossin Baader hat auf die Notwendigkeit der Organisation unter den Frauen und auf die gesetzlichen Hindernisse dieser Agitation hingewiesen. Aber auch dort, wo diese Hindernisse nicht bestehen, ist die Frauenorganisation schwach, z. B. in Baden. Dort sind die vorhandenen 400 weiblichen Mitglieder fast ausschließlich in Mannheim organisiert. Man sollte überall von den weiblichen Mitgliedern nach Art der Gewerkschaften niedrigere Beiträge erheben, dann würden wir auf diesem Gebiete mehr Erfolge erzielen. Nach dem neuen Organisationsstatut sollten nach einer von v. Vollmar abgegebenen Erklärung keine anderen Ausnahmen für die Frauen

zugelassen werden als jene, die im Statut ausdrücklich festgelegt seien. Aus dem Bericht des Parteivorstandes ergebe sich nun aber, daß die meisten Ortsvereine von ihren weiblichen Mitgliedern niedrigere Beiträge erheben als von den männlichen. Das sei gut so und sei ein Weg, auch die erwerbslosen Ehefrauen für die Organisation zu gewinnen, ohne daß der erwerbende Ehemann dafür mit der Entrichtung gleich des doppelten Beitrags bestraft wird. Um stärkere Agitation zu treiben, hat man an die Reichstagsabgeordneten ein Rundschreiben gerichtet, es haben aber nur 10 zugesagt, 20 haben sich entschuldigt, die anderen haben gar nicht geantwortet. In solchen Fällen wäre es doch angebracht, an diese Abgeordneten ein neues Zirkular zu senden. Ein Bedürfnis nach stärkerer Agitation auch gerade durch die Abgeordneten ist jedenfalls vorhanden.

Honrath-Aachen: Die Lokalisten dürfen wir nach unserem Statut nur ausschließen, wenn sie sich den Anarchosozialisten anschließen. Die Partei ist doch nicht nur eine Partei der freien Gewerkschaften. Wir haben gar keinen Grund, Genossen auszuschließen, nur weil sie aus irgend einem Anlaß die Statuten ihrer Gewerkschaft verletzt haben. Nur wegen ehrloser Gesinnung und wegen Zuwiderhandlungen gegen das Parteiprogramm kann man aus der Partei ausgeschlossen werden. — Die Genossin Baader hat uns ja heute vormittag Urfehde angeschworen. Es war wohl nicht so schlimm gemeint. Wenn sie ankündigte, daß die Frauen eine Enquete über den Umfang der Tätigkeit der Männer im Interesse der Frauenorganisation veranstalten würden, so meine ich, sollten die Frauen lieber diese Zeit und Arbeit, die sie für die Enquete brauchen, dazu verwenden, um etwas mehr aus sich heraus zu kommen, um den Frauen selbst etwas mehr Impuls beizubringen. Die Frauen sollten nicht abwarten, bis die Männer die Beschlüsse der Mannheimer Frauenkonferenz ausführen. Ich warte schon lange darauf, daß sozialdemokratische Frauen ihrerseits einen Antrag in der von ihr gewünschten Richtung an eine Stadtverordnetenversammlung richten. (Sehr gut!) Warum müssen es denn immer die Männer sein. Wir haben doch in der Partei die Gleichberechtigung. Die Frauen sollten den Männern hier mit gutem Beispiel vorangehen. Genossin Baader wohnt ja wohl in Berlin, und da kann ich es ihr nicht besonders übelnehmen, wenn sie vom Klerikalismus nicht viel versteht. Ihre Ausführungen vom Beichtstuhl und vom Bann der Kirche, aus dem man die Frauen befreien müsse, waren mit dem Parteiprogramm nicht vereinbar. Wir verlangen Erklärung der Religion zur Privatsache. Wir bekämpfen nicht die Kirche, sondern nur das unsittliche Verhältnis zwischen Staat und Kirche, welches die Kirche zwingt, dem Staat Bütteldienste zu leisten. Auch damit ist uns nicht gedient, daß man immer vom „Pfaffentum" redet. Es gibt auch unter den Geistlichen ehrenwerte Leute; ich habe manch einen kennen gelernt, der sich tatsächlich bestrebt, in seiner ländlichen Gemeinde die Bauern zu unterrichten, wie sie ihre Felder ertragfähiger machen. Was wir bekämpfen, ist die Haltung der Geistlichen, die in der Manier des Reichslügenverbandes die Sozialdemokratie beschimpfen. Wir bekämpfen die Vertreter der Kirche, wo sie als Anwalt des Kapitalismus uns gegenübertreten, aber nicht als Vertreter der Kirche als solche. Solche Bemerkungen nützt die Zentrumspresse aus und hält sie monatelang den christlich gesinnten Arbeitern vor. Die Hauptsache ist, daß wir die Schule freimachen, dann brauchen wir nicht mehr die Kirche zu bekämpfen, denn wer die Schule hat, hat die Zukunft. (Bravo!) Weiter möchte ich aus Anlaß einzelner Artikel, die mir vorliegen, wieder einmal an die Genossen den Appell richten, die Polemiken untereinander nicht in gehässiger und persönlicher Weise zu führen, das schadet uns vor allem in den abgelegenen Bezirken, wo unsere Presse nicht so stark vertreten ist. Es sollte ein edler

Wettstreit unter den Genossen Platz greifen, damit Polemiken unter Genossen nur im edlen Tone geführt werden. (Bravo!)

Treu-Nürnberg: Auch ich billige die Polemik, wie sie mitunter zwischen Parteiorganen geführt wird, nicht. Ich stehe nicht an, zu erklären, daß ich den Begrüßungsartikel des Dortmunder Parteiblattes recht eigentümlich finde. (Sehr richtig!) Man kann über die Stuttgarter Beschlüsse verschiedener Meinung sein, aber das berechtigt noch nicht, darüber so zu urteilen und speziell ein solches Urteil über Personen zu fällen, daß man erklärt: Lieber zehn von der anderen Sorte, als einen von dieser. Ich bedauere, daß solch ein Ton in dem Begrüßungsartikel Platz gegriffen hat. (Zustimmung.) Daß wir in Süddeutschland mit den Lokalisten nicht zu rechnen haben, trifft nicht zu. Die Karlsruher mögen sich glücklich schätzen, wenn das bei ihnen nicht der Fall ist, aber wir im übrigen Süddeutschland können das leider nicht sagen. Wir haben sehr traurige Erfahrungen mit den Lokalisten gemacht. (Sehr richtig.) Von der Resolution des Parteivorstandes versprechen wir uns nichts. Wir waren der Meinung, daß hier unbedingt eine reinliche Scheidung herbeigeführt werden muß. Wenn wir trotzdem für die Resolution stimmen, so deshalb, weil wir auch nicht einen einzigen Genossen ohne weiteres aus der Partei ausschließen wollen. Aber auf die Dauer kann es so nicht weitergehen. So engherzig sind wir nicht, daß wir den Ausschluß deshalb verlangen, weil die Lokalisten einen anderen gewerkschaftlichen Standpunkt einnehmen. Es handelt sich vielmehr um die Art, wie die Lokalisten die parlamentarische Aktion heruntersetzen. Wenn die Herren den Parlamentarismus nicht anerkennen, so mögen sie hingehen, wohin sie wollen, aber solange der Parlamentarismus ein Punkt unseres Programms ist, müssen sie ihn auch anerkennen, oder aber sie stellen sich außerhalb der Partei. Die Herren wollen es auf einen Ausschluß aus der Partei ankommen lassen, sie wollen gewissermaßen zu Märtyrern gestempelt werden. Das darf uns natürlich nicht abhalten, die erforderlichen Schritte zu unternehmen. Es mag bis zu einem gewissen Grade richtig sein, daß die Zentralorganisationen nicht immer die richtige Taktik eingeschlagen haben, aber das berechtigt noch nicht zur Gründung von Sonderorganisationen. (Zustimmung.)

Schenk-Berlin begründet den Antrag 18. Die Antragsteller wissen, daß die „Neue Zeit" sich nicht an die große Masse wendet, sondern an die, die Interesse für den wissenschaftlichen Sozialismus haben. Die „Neue Zeit" ist ein wichtiges Agitationsmittel in der inneren Organisation, aber die Stelle, die sie einnehmen sollte, nehmen vielfach noch andere Organe ein. Wenn wir dafür sorgen, daß diese Blätter verschwinden und durch die „Neue Zeit" ersetzt werden, werden wir viel erreicht haben.

Bömelburg-Hamburg: Wenn die Partei in der Folgezeit ihre sehr großen und schwierigen Aufgaben erfüllen soll, so ist ein besserer Ausbau ihrer Organisationen erforderlich. Unter den Beschlüssen der letzten Parteitage ist unzweifelhaft der, der uns zu einer Zentralorganisation in der Partei führte, einer der bedeutendsten gewesen, und besonders gefreut habe ich mich über die heutigen Ausführungen von Ebert, aus denen hervorgeht, daß der Parteivorstand die Bedeutung dieser Organisation erkannt hat und gewillt ist, auf demselben Wege weiter zu arbeiten. Aber das gleiche wie für die Partei trifft auch für die Gewerkschaften zu. Die Lösung der Aufgaben der Gewerkschaften ist heute ungleich schwieriger als früher. Die Organisationen sind allerdings wesentlich erstarkt. Auf der anderen Seite haben sich auch die Unternehmerorganisationen gewaltig entwickelt.

Sie dürfen sicher sein, daß in demselben Maße wie die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen auch die Unternehmerorganisationen gestärkt werden. Wir werden es in der Folgezeit auf wirtschaftlichem Gebiete nicht mehr wie bisher

mit einzelnen Kämpfen zu tun haben, die zerstreut über das ganze Land stattfinden, sondern die Kämpfe werden einen viel mehr zentralen Charakter annehmen. Nach meiner Auffassung ist die Zeit gar nicht mehr fern, wo wir Kämpfe auszufechten haben, die sich über ganze Landesteile erstrecken, und es kommt auch einmal die Zeit, wo bei uns zu Lande das wahr gemacht wird, was in anderen Ländern zum Teil schon wahr gemacht ist: Die Unternehmer werden versuchen, die Organisationen dadurch niederzuknüppeln, daß sie mit ihnen Kämpfe führen, die sich über das ganze Reich ausdehnen. Aus dieser schwierigen Situation ergibt sich von selbst, daß die Arbeiter einmal mit der Organisationszersplitterung ein Ende machen, daß vor allem der Bruderstreit in den Organisationen beseitigt werden muß. (Sehr richtig!) Die politischen Parteien erblicken ihr Heil in der Gründung von Gewerkschaften. Es bestehen heute neben den Zentralverbänden: Lokalorganisationen, christliche Gewerkschaften, katholische Fachabteilungen, polnische Organisationen und die Hirsch-Dunckerschen. Auch die Unternehmer fangen an, Organisationen zu gründen. Wie schwer der Kampf unter den heutigen Verhältnissen ist, weiß jeder, der in der Arbeiterbewegung Bescheid weiß. Um so mehr sollten diejenigen, die sich zur allgemeinen modernen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung rechnen, nur einer Organisation angehören. (Lebhafte Zustimmung.) Lüth sagt, die Zentralorganisationen hätten auch schuld. Es scheint mir, als wenn er die Geschichte der gewerkschaftlichen Organisationen Deutschlands nicht kennt. (Sehr gut!) Was sich in neuerer Zeit loslöst, ist in der Regel ein Element, das weder der eine noch der andere gebrauchen kann. (Sehr richtig!) Wenn in einer Organisation wichtige Beschlüsse durchgeführt werden sollen, die einem nicht passen, dann sagt man, wir gründen eine Lokalorganisation. Oder wenn einem etwas in der Personenfrage nicht paßt, dann schreitet man auch zur Gründung von Sonderorganisationen. Was war denn dasjenige, was sich in Hamburg bei den Tischlern nnd im Baugewerbe abgespielt hat? Es war nichts weiter als Disziplinlosigkeit, aber niemals waren es prinzipielle Gegensätze. (Sehr wahr!) Die Reste der Lokalorganisationen stammen ja noch aus der Zeit der Fachvereine. Und ich gebe ohne weiteres zu, daß man zu Anfang, als die Zentralvereine begründet wurden, über den Wert und die Richtigkeit dieser Maßnahme zweierlei Meinung sein konnte. Ich habe bisher deshalb auch eine sehr scharfe Kampfesstellung gegen diese Richtung nicht eingenommen. Aber heute, nachdem das Sozialistengesetz seit 17 Jahren aufgehoben, nachdem das Verbot des Inverbindungtretens gefallen ist und nachdem die Zentralverbände eine so ungeheure Entwickelung erfahren haben, gibt es gar keinen Grund mehr für die andern Richtungen, beiseite zu stehen. (Zustimmung.) Es stehen heute 1800000 Zentralisten 16000 Lokalisten gegenüber. Wenn diese 16000 nun von sich behaupten, daß sie der eigentliche Kern der Arbeiterbewegung sind, daß nur sie die Grundideen der Arbeiterbewegung fördern wollen — unter uns wird doch wohl niemand sein, der das glaubt —, so kann ich das nur als Ueberhebung betrachten. Ich will aber keine scharfen Ausdrücke gebrauchen, das Handeln einzelner sollte man aber beim richtigen Namen nennen. (Sehr gut.) In Zukunft dürfen wir unter keinen Umständen dulden, daß die Organisationen, die auf demselben Boden stehen wollen, sich gegenseitig in der infamsten Weise beschimpfen und bekämpfen, wie es heute täglich in Versammlungen und der Presse geschieht. (Zustimmung.) Nichtsdestoweniger haben wir keine Veranlassung, heute schon weitgehende Beschlüsse zu fassen. Was der Parteivorstand vorschlägt, reicht für uns vollständig aus. (Sehr richtig!) Meinen Sie etwa, daß durch einen einfachen Beschluß die Sache aus der Welt geschafft ist? Nein! Aber die Willenskundgebung ist immer von Bedeutung. (Sehr wahr!) Die Willenskundgebung in Mannheim hatte günstige Folgen, und die Willenskundgebung, wie sie in der Resolution des Vorstandes zum Ausdruck kommt, wird den Leuten zeigen, daß wir es satt haben,

die jetzigen Verhältnisse bestehen zu lassen, und sie werden sich allmählich mit dem Gedanken vertraut machen müssen, daß ihnen nichts weiter übrig bleibt, als sich den Zentralverbänden anzuschließen. Aber diese Entwickelung geht nicht von heute auf morgen. (Sehr richtig.) Den Kern der Lokalisten in Berlin bilden die Zimmerer und Maurer. Ich kenne leitende Personen aus der lokalen Zimmererorganisation; es sind für mich liebe und werte Genossen. Ich weiß auch, daß sie es mit der Verschmelzungsfrage ernst meinen. Wie es mit den Maurern wird, weiß ich nicht zu sagen. Aber das weiß ich, daß auch unter ihnen Personen sind, die ernstlich an dem Zusammenschluß arbeiten. Wenn die Dinge so liegen, haben wir doch keine Veranlassung, störend einzugreifen. (Sehr richtig!) Wir können ruhig den Dingen ihren Lauf lassen, wir werden uns auf dem nächsten Parteitag von neuem damit befassen, und wenn wir dann sehen, daß die Leute sich in einen prinzipiellen Gegensatz zu uns stellen oder daß sie nur aus Eigennutz und anderen Gründen eine bestimmte Stellung in der Arbeiterbewegung einnehmen wollen, dann ist es immer noch früh genug, das entscheidende Wort zu sprechen. Das können wir vielleicht im nächsten Jahre machen, aber auf diesem Parteitage nicht. Wir wollen die Entwickelung nicht stören, weil wir wissen, daß durch Gewaltakte das Ziel nicht erreicht werden kann. (Lebhafter Beifall.)

Wels-Berlin: Nach den Ausführungen des Genossen Bömelburg ist es nicht mehr schwer, den Parteitag davor zu warnen, unter dem Eindruck der Ausführungen Reichels zur Frage der Lokalisten Stellung zu nehmen. Wenn auch die Geschäftskommission der Freien Gewerkschaften Deutschlands sich augenblicklich eifrig bemüht, ihren Schild über die Wiesenthalsche Gründung zu halten und sie auf gleichem Boden mit den übrigen Lokalorganisationen stehend hinzustellen, so kann ich doch erklären, daß in ganz Berlin, wo 80 Proz. der Lokalisten ihren Sitz haben, niemand unter den Parteigenossen daran denkt, der Wiesenthalschen Gründung dieselbe Existenzberechtigung zuzuerkennen, wie wir sie den anderen Lokalorganisationen in Berlin zur Stunde einzuräumen gezwungen sind, weil ihre Gründung weiter zurückliegt als die Beschlüsse von Parteitagen, die sich mit der Zentral- und Lokalorganisation beschäftigen. Was bisher in der Frage der Einigung erzielt worden ist, ist außerordentlich viel, und ich bitte Sie im Namen der gesamten Berliner und Brandenburger Organisation, von der Dresdener Resolution Abstand zu nehmen. Wenn Reichel meinte, die Gegensätze zwischen Zentral- und Lokalorganisierten seien viel zu groß, als daß sie beseitigt werden könnten, so frage ich Sie: Woraus setzt sich denn die große Mehrzahl der Lokalorganisierten in Berlin zusammen? Viele Genossen, die nach Berlin kamen, wurden doch Lokalisten, weil sie auf einen Bau kamen, wo zufällig der Baudeputierte auch lokalorganisiert war. Mit der anarchosozialistischen Clique, welche die „Einigkeit" beherrscht und auch im Wiesenthalschen Verbandsorgan bereits Schule gemacht hat, hat die große Mehrzahl der Parteigenossen, die in Berlin Lokalorganisationen angehören, nichts zu tun. Ich stehe sicher nicht im Verdacht, lokalistenfreundlich zu sein; hier handelt es sich aber um taktische Erwägungen. Ueber die Fragen der Wiesenthalerei werden wir ja in den nächsten Tagen noch ein Wort zu sprechen haben. Wir haben alle Mittel benutzt, die uns zu Gebote standen, um diesem Bruderzwist in der Arbeiterbewegung von vornherein entgegenzuarbeiten. Daher sind wir auch zu der „Vorwärts"-Sperre übergegangen. Was das auf dem Parteitag verbreitete Flugblatt des neuen „Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverbandes" zu der „Vorwärts"-Sperre anlangt, so will ich erwähnen, daß Genosse Grunwald gegen die dortige Darstellung protestiert. Er bittet festzustellen, daß die Spezialkommission einstimmig der Meinung war, daß der „Vorwärts" auch für den neuen „Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverband" weiter zu sperren sei, weil aus dem Statut und der ganzen Tendenz des Zusammenschlusses klar er-

sichtlich sei, daß die Vereinigung dem „Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverband" beigetreten sei und nicht umgekehrt, und zwar nur zu dem Zwecke, um die Beschlüsse des Mannheimer Parteitages zu umgehen, die dahin gingen, jene Wiesenthalsche Gründung als Sonderorganisation zu betrachten. Ich habe nur den Wunsch, daß dies Vorgehen der Berliner Genossen auch in anderen Städten so, wie in Dresden, Nachahmung findet. Vor allem bitte ich Sie, alle Anträge abzulehnen, die dahin gehen, die friedlichen Bestrebungen auf Einigung irgendwie zu stören. (Lebhafter Beifall.)

Frau Zietz-Hamburg: Ich muß mich entschieden gegen die Ausführungen meines Freundes und Genossen Honrath aus Aachen wenden. Er hat behauptet, daß die Ausführungen der Genossin Baader der Zentrumspresse Material liefern würden; ich behaupte, daß vielmehr seine Ausführungen dazu geeignet waren. Genossin Baader hat mit keinem Worte davon geredet, daß wir einen Kampf gegen die Religion zu führen haben, sondern betont, daß wir den Kampf zu führen haben gegen die Kirche und kirchlichen Einrichtungen, dort, wo die Kirche der Reaktion und dem Kapitalismus Schleppenträgerdienste leistet. Religion ist Herzens- und Ueberzeugungssache. Einen Kampf gegen sie haben wir nie geführt. Aber Genosse Honrath weiß doch, daß der Beichtstuhl als kirchliche Einrichtung in dem Sinne mißbraucht wird, wie es die Genossin Baader heute geschildert hat. Ich habe mich gewundert, solche Ausführungen, wie sie mein Freund Honrath heute machte, auf einem sozialdemokratischen Parteitag hören zu müssen. Es hat nur noch gefehlt, daß Honrath uns aufforderte, für den Peterspfennig zu sammeln. (Große Heiterkeit.) Genosse Honrath weiß, daß ich gerade hier in der schwarzen Zentrumsgegend recht viel tätig gewesen bin, und er wird mir nicht nachweisen können, daß ich bei meinen Ausführungen den Programmsatz: „Religion ist Privatsache" in irgendeiner Weise verletzt hätte, während ich doch stets gerade so gegen die kirchlichen Einrichtungen gekämpft habe, wie die Genossin Baader das heute gemeint hat, unter dem lebhaften Beifall all der Parteigenossen, die in den Versammlungen anwesend gewesen sind. Ja, wenn ich mich recht erinnere, hat Genosse Honrath in einer Parteiversammlung, in der ich vor ein paar Jahren gesprochen habe, ganz ähnliche Ausführungen gemacht, wie heute die Genossin Baader. (Heiterkeit.)

In bezug auf die Aeußerungen des Genossen Lüth hat Bömelburg mir vollständig aus der Seele gesprochen. Wenn Lüth hundertmal recht hätte, daß von seiten der Zentralorganisationen gesündigt worden ist, seit wann ist es denn Usus in Parteikreisen, daß, wenn uns irgendein Beschluß nicht paßt, wir dann eine Sonderorganisation gründen?! (Sehr gut.) Nein, wir haben lediglich innerhalb der Organisation dann für die Abänderung solcher Beschlüsse zu sorgen.

Vor allem möchte ich Sie bitten, der Resolution 95 zuzustimmen. Die Entwickelung der „Gleichheit" ist ja eine sehr erfreuliche, und es ist gewiß ein glänzender Erfolg, wenn die „Gleichheit", die auf dem Bremer Parteitag nur 12 000 Abonnenten hatte, heute 70 000 Abonnenten verzeichnen kann. (Bravo!) Das ist in der Hauptsache denjenigen Genossinnen zu danken, die ungenannt und ungekannt opferfreudig und treu ihre Arbeit in den Reihen der Partei verrichtet haben und jederzeit aufs neue bereit sind, in der Hausagitation und den Versammlungen Abonnenten zu werben. Wenn wir uns aber auch über diesen Erfolg freuen, so müssen wir uns doch immer vergegenwärtigen, daß im Verhältnis zu der großen Zahl des weiblichen Proletariats die Abonnentenzahl der „Gleichheit" nur eine kleine ist und daß wir noch ein gewaltiges Rekrutierungsgebiet vor uns haben. Damit wir also noch schneller vorwärts kommen, bitte ich Sie, unserer Resolution zuzustimmen. Die Redaktionen sollten von Zeit zu Zeit im redaktionellen Teil auf die „Gleichheit" aufmerksam machen, nicht nur unter der Rubrik „Literarisches" oder „Bücher und Zeitschriften" den Inhalt und Preis der einzelnen

Nummern wiedergeben, sondern auch bestimmte Artikel und von Zeit zu Zeit im allgemeinen auf die Notwendigkeit, die „Gleichheit" zu verbreiten, im redaktionellen Teil hinweisen. Dann werden wir noch viel rapidere Fortschritte machen. Ich will gar nicht verkennen, daß nicht nur die Genossen, sondern auch die meisten Genossinnen allzumal Sünder gewesen sind, wo es darauf ankam, für die „Gleichheit" zu wirken. Auch ich selbst habe früher so manche Versammlung abgehalten, in der ich versäumt habe, auf die „Gleichheit" hinzuweisen. Heute kann ich mir keine Genossin denken, die nicht als Versammlungsrednerin auch auf die „Gleichheit" aufmerksam macht, und dasselbe verlangen wir von unseren Genossen. Je mehr die Klassengegensätze sich zuspitzen und die Klassenkämpfe an Umfang und Intensität zunehmen, um so weniger können wir das weibliche Proletariat, das ja die größere Hälfte bildet, in den Kämpfen entbehren. Je mehr die Beteiligung der Frauen an den Kämpfen des Proletariats zunimmt, desto mehr wird unsere Gesamtbewegung einen Vorteil davon haben. (Lebhafter Beifall.)

Singer teilt mit, daß der Antrag 85 infolge der durch die Diskussion erfolgten Aufklärung zurückgezogen wird. (Bravo!)

Haase-Kattowitz: Genosse Bruhns hat bereits auf die Wichtigkeit der intensiven Agitation unter den polnischen Arbeitern hingewiesen. In Preußen leben 3 783 777 Polen, also etwa 10 Proz. der Bevölkerung. Ein großer Teil dieser polnischen Bevölkerung ist proletarisiert, gehört also naturgemäß in die Reihen der Sozialdemokratie. Die gesamte Berg- und Hüttenarbeiterschaft in Oberschlesien ist polnisch. Im größten deutschen Industrierevier, Rheinland-Westfalen, sind ein Drittel der Bergarbeiter polnische Arbeiter. In den letzten Jahren hat sich nun die nationalpolnische Bewegung sehr stark entwickelt. Im Jahre 1871 wurden für die nationalpolnischen Reichstags-Kandidaten 176 342 Stimmen abgegeben, im Jahre 1907 schon 458 689. Diese Stimmenentwickelung betrifft nicht nur die polnischen Landesteile, sondern auch einige deutsche Bezirke, speziell das rheinisch-westfälische Industrierevier. Im Wahlkreise Borken-Recklinghausen wurden 1907 für den nationalpolnischen Kandidaten bei den Reichstagswahlen 5507 Stimmen (1903: 3571 Stimmen) abgegeben. Die Zunahme betrug 55 Proz.; im Kreise Bochum-Gelsenkirchen 8683 Stimmen (1903: 6208). Hier betrug die Zunahme 40 Proz. Diese nationalpolnischen Stimmen verhalfen unserem Kandidaten bei der Stichwahl zum Siege. Aehnlich war es in Dortmund-Hörde: 5087 nationalpolnische Stimmen (1903: 2743); Zunahme 85 Proz. Für Duisburg-Mülheim, wo gleichfalls die 5455 nationalpolnischen Stimmen (1903: 2881) bei der Stichwahl für unseren Kandidaten den Ausschlag gaben, betrug die Zunahme der nationalpolnischen Stimmen 89 Proz. Nun bin ich mit dem Genossen Bruhns der Ansicht, daß diese Entwickelung noch nicht abgeschlossen ist, wenn es uns nicht gelingen wird, diese polnischen Arbeiter, die heute nationalpolnisch wählen, zu aufgeklärten Sozialdemokraten zu erziehen. In Westpreußen haben 17,8 Proz. der polnischen Bevölkerung nationalpolnisch gewählt, in Posen 15,8 Proz. in deutschen Bezirken dagegen 9 Proz. Die Auswanderung der polnischen Arbeiter nach deutschen Industriebezirken nimmt immer größeren Umfang an. Bei den nächsten Wahlen kann es also eintreffen, daß in einer Anzahl von Wahlkreisen unser Wahlerfolg von den Stimmen der polnischen Arbeitermassen mehr oder weniger beeinflußt wird. Nun kann sich die politische Konstellation ändern. Die Hoffnung, die nationalpolnischen Stimmen würden uns bei der Stichwahl doch zufallen, kann sich als eine trügliche erweisen. In Oberschlesien wird ein neues Kompromiß vorbereitet zwischen dem Zentrum und den Nationalpolen. Diesen will das Zentrum in Oberschlesien einige Landtagsmandate überlassen, die Nationalpolen werden sich verpflichten, in deutschen Bezirken, speziell in Rheinland-Westfalen, schon bei den Hauptwahlen zum Reichstag und zum Landtag für die Zentrumskandidaten zu stimmen. Bei

solcher Konstellation können einzelne Wahlkreise in ihrem Wahlerfolg gehemmt werden, wenn wir es auch weiterhin versäumen werden, unter den polnischen Arbeitermassen eine umfassende und intensive Agitation systematisch zu betreiben. Im Gegensatz zu Russisch-Polen und zu Galizien, wo die sozialistische Bewegung unter der polnischen Arbeiterschaft sich zu einer beachtenswerten Macht entwickelt hat, ist in Preußen die polnische Parteibewegung noch recht schwach. Die germanisatorische und hakatistische preußische Politik, die den Namen einer „kulturellen" Politik für sich in Anspruch nimmt, hat geradezu kulturzerstörend gewirkt. Die preußische Schulpolitik gegenüber der polnischen Bevölkerung — sie beruht ja auf der Nichtberücksichtigung, der Bekämpfung und dem Boykott der Muttersprache der Bevölkerung — hat ja den Erfolg aufzuweisen, daß die kulturelle und politische Hebung der polnischen Arbeitermassen auf ungeheure Hindernisse stößt. Die Politik der preußischen Regierung gegenüber der polnischen Bevölkerung beruht auf einer Kette von Ausnahmegesetzen und Ausnahmepraktiken. Das empfinden die Arbeiter. Denken die großen Massen der polnischen Arbeiter nur daran, dann gelingt es auch den nationalpolnischen Führern, das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu verdunkeln, sie von der Verfolgung der Ziele der Arbeiterklasse abzulenken, sie von der Arbeiterbewegung abzuziehen. Und deshalb müssen wir um so energischer arbeiten. Gegen die hakatistische preußische Politik müssen auch die deutschen Parteigenossen viel lebhafter, viel energischer wirken, als es bisher geschehen ist. (Sehr richtig!) Diese kulturwidrige Politik der Ausnahmegesetze muß in der Parteipresse eingehend behandelt werden. In öffentlichen Volksversammlungen muß gegen dies Treiben Sturm gelaufen werden! Will doch diese Gesellschaft jetzt daran gehen, den polnischen Arbeitern das Vereins- und Versammlungsrecht zu rauben, indem der Gebrauch der polnischen Sprache in Versammlungen gesetzlich verboten werden soll. Dann aber müssen Sie alle dafür sorgen, daß das polnische Parteiblatt, die „Gazeta Robotnicza", überall unter den polnischen Arbeitern verbreitet wird und daß in allen Bezirken, in denen die Möglichkeit vorliegt, sozialdemokratische Organisationen der polnischen Arbeiter gebildet werden. Nur auf diese Weise können wir vorwärts kommen — im Interesse des deutschen und des polnischen Proletariats! (Beifall.)

Kahmann-Dresden: Aus den Ausführungen des Genossen Schirmer läßt sich entnehmen, als ob die Genossen des 6. sächsischen Wahlkreises besondere Liebe zu den Gewerkschaftssonderbündlern, den Gewerkschaftszersplitterern hätten. Das ist keineswegs der Fall. Nirgends ist auch nur eine Stimme laut geworden, die diese Sondergründungen zu rechtfertigen suchen. Und diese Stellung hat seinen ganz natürlichen Grund. Gerade im 6. Kreise kommen, abgesehen von den rein ländlichen Bezirken, fast nur in Großbetrieben beschäftigte Arbeiter in Frage. Gerade in diesem Kreise haben sich die Großbetriebe zu hoher Blüte entwickelt. Die Unternehmer sind die absoluten Herrscher in den Betrieben. Sie haben eine geschlossene Organisation, und sie führen überall den Kampf gegen die Arbeiter in der schärfsten Form. Die gelben Gewerkschaften werden gerade hier in ganz besonderer Weise gezüchtet, und aus alledem hat sich für die Arbeiter mit Naturnotwendigkeit ergeben, jeder Zersplitterung der Kräfte mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Wir können es nicht wünschen, daß diese Angelegenheit übers Knie gebrochen wird. Auch wir wünschen, daß alle Wege der Loyalität erschöpft werden, ehe zum letzten Mittel gegriffen wird, und aus diesem Grunde kann ich die Resolution des Parteivorstandes nur begrüßen. Zwischen den Lokalisten und Zentralisten muß eine reinliche Scheidung vorgenommen werden. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Lokalisten sich abseits von uns gestellt haben, und es muß einmal zu einem energischen Schlage ausgeholt werden. Die Bewegung der Lokalisten hat uns ganz gewaltig geschadet. Aus diesem Grunde sind wir in Dresden VI mit der Resolution des Parteivorstandes vollkommen einverstanden.

Silberschmidt-Berlin: Aus dem Bericht des Parteivorstandes ersehen wir, daß wir uns auf dem Wege gesunder Entwickelung befinden. Die Frage, die im Augenblick das größte Interesse beansprucht, ist auch Gegenstand der Beratung der Generalkommission gewesen. Wir haben uns damit beschäftigt, ob es zweckmäßig erscheint, dem jetzigen Parteitage zuzumuten, den entscheidenden Schritt gegenüber den Lokalorganisationen zu machen. Wir gingen von der Erwägung aus, daß diese Genossen allerdings sehr viel Zeit gehabt haben, sich auf dem Boden der Einheitsorganisation zu halten, und daß die Gründe, die sie davon abhielten, keineswegs durchschlagend waren. Den ersten ernsthaften Schritt zu einer Einigung mit den Lokalorganisierten hat der Mannheimer Parteitag getan. Wir wünschten damals vor allem, daß diese Hindernisbestrebungen zu beseitigen seien. Es haben sich aber außerhalb des Parteivorstandes Kräfte ergeben, die die Abwickelung der Geschäfte behinderten. Vor allem trat hindernd ein die Reichstagsauflösung. Als die alle Kräfte in Anspruch nehmende Wahlarbeit bewältigt war, hat der Parteivorstand sofort die einleitenden Schritte zur Einigung getan. Dann aber trat der große Bauarbeiterstreik ein und damit wieder Verzögerung um Monate. Hindernd hat auch mitgewirkt die Art und Weise, wie die Geschäftsleitung der Freien Vereinigung die Sache behandelte. Es ist aber nicht zu verkennen, daß die einer Einigung geneigten Genossen, welche sich in leitender Stellung und in Mitgliederkreise einzelner dieser Organisationen befinden, nicht mitschuldig sind, daß die Sache noch nicht beendet werden kann. Würden wir heute einen entscheidenden Beschluß fassen, so würden wir nicht diejenigen Faktoren treffen, die Schuld daran sind, daß die Sache noch nicht zur Entscheidung gekommen, sondern die Kreise, die nicht imstande waren, sie schneller zur Entscheidung zu bringen. Eine Entscheidung über den Ausschluß aus der Partei würde besonders die Kreise treffen, die bisher ehrlich um die Einigung bestrebt waren, aber nicht die Kraft dazu hatten, und wir würden damit gute Triebe mit rauher Hand zerstören und könnten so das Parteiinteresse aufs schwerste schädigen.

Es mag ja komisch erscheinen, daß jemand, der 15 Jahre lang in leitender Stellung in der Verbandsorganisation steht und unzählige Male mit den Vertretern der anderen Richtung Fehden zu bestehen hatte und wieder gestern sechs Stunden mit einem Vertreter derselben diskutieren mußte, heute wünscht, daß die Entscheidung auf ein weiteres Jahr hinausgeschoben wird. Aber es handelt sich nicht um das persönliche Empfinden, sondern um höheres, nämlich: was ist der Partei- und Gewerkschaftsbewegung dienlich? Aus dieser Ueberzeugung sind wir auch in der Generalkommission zu der Ansicht gekommen, daß wir dem Antrage des Parteivorstandes zustimmen können. Wir wünschen, daß die Entscheidung bis zum nächsten Parteitage ausgesetzt wird, damit die jetzt beginnenden Einigungsverhandlungen nicht geschädigt werden.

Die Resolution des Parteivorstandes erklärt, was die deutschen Parteigenossen für wünschenswert halten, und sie enthält in zwölfter Stunde einen ernsten Mahnruf an die Genossen, die heute noch nicht glauben wollen, daß es der einheitliche Ausdruck der Meinung der deutschen Sozialdemokratie ist, daß diesem elenden Streit, der nur zu oft ein Personenstreit wird, der die Kraft lähmt und uns hindert, den Unternehmern und den politischen Gegnern geeint entgegenzutreten, ein Ende zu machen. Ich bitte, der Resolution des Parteivorstandes zuzustimmen. (Beifall.)

Die Anträge 14, 16 und 17 werden **zurückgezogen. Ein Schlußantrag**, von Leber begründet und von Südekum bekämpft, wird angenommen.

Das Schlußwort als Berichterstatter erhält zunächst

Ebert-Berlin: Als wir uns über die vorgelegte Resolution schlüssig wurden, waren wir durchaus nicht im Zweifel, daß wir damit hier auf erheblichen Widerspruch stoßen würden. Wir wußten sehr wohl, daß die Agitationsweise der Lokalisten im Lande bei unseren Leuten große Entrüstung hervorgerufen hatte. Es wäre aber falsch, wenn man eine solche Frage nach dem Gefühl beurteilen und übers Knie brechen wollte. Reichel hat an den Mannheimer Beschluß zwar keine großen Erwartungen geknüpft, hat aber von unseren Verhandlungen trotzdem ein besseres Resultat erwartet. Die Einigungsverhandlungen schweben aber gerade mit den größten Organisationen der Lokalisten, die etwa 60 Proz. aller Mitglieder umfassen. (Hört! hört!) Lassen Sie uns durch Annahme unserer Resolution zu diesen Verhandlungen Zeit!

Der Antrag, der eine entschlossene Agitation seitens des Vorstandes für die „Neue Zeit" wünscht, findet unsere Zustimmung. Wir haben auch schon vielfach durch Zirkulare auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß die „Neue Zeit" mehr gelesen wird. Sie hat jetzt zum ersten Male Ueberschuß ergeben, und wir meinen, daß dieser zur Verbesserung der Zeitschrift zu verwenden ist. Auch mit dem Antrage bezüglich der „Gleichheit" können wir uns einverstanden erklären. Dem Genossen Lehmann möchte ich empfehlen, einmal in einer der nächsten Fraktionssitzungen seinen Kollegen einen Rippenstoß zu geben, daß sie auf unsere Schreiben mehr reagieren.

Wenn Genosse Weißmann-Karlsruhe gewünscht hat, daß Süddeutschland stärker im Parteivorstande vertreten sein möge, so hat mich der Antrag sehr unangenehm berührt, weil meine engeren Landsleute, die Badenser, in dieser Beziehung eigentlich etwas unbescheiden sind. (Heiterkeit.) Ich bin Badenser und Genosse Müller im Vorstande auch. (Heiterkeit.) Er ist von Mannheim und ich von Heidelberg, und ich kann nicht annehmen, daß die Genossen verlangen, daß auch noch einer von Schwetzingen in den Vorstand hineinkommt. (Heiterkeit.) Ich wünsche, daß auch fernerhin ein so einmütiges, geschlossenes Zusammenwirken zwischen Parteivorstand und Gesamtpartei stattfinden möge. (Bravo!)

Gerisch-Berlin verzichtet auf das Schlußwort.

Schulz (Schlußwort): Die Anregung Weißmanns, daß auch Redakteure auf die Parteischule geschickt werden sollen, war nicht mehr nötig, denn es ist bereits Vorsorge getroffen, daß sich an dem nächsten Kursus auch Genossen, die als Redakteure oder Sekretäre in Stellung sind, in größerer Zahl beteiligen. Zur Befriedigung des Bildungsbedürfnisses auf dem Lande werden wir tun, was wir können, und ebenso werden wir die Frauenbildungsbestrebungen mit Vergnügen berücksichtigen. Von dem Bildungsausschuß bitte ich die Genossen reichlichen Gebrauch zu machen und sich möglichst mit Wünschen an ihn zu wenden, damit der Ausschuß weiß, welche Gebiete er in der Hauptsache zu bearbeiten hat.

Kaden verzichtet auf das Schlußwort.

Es wird zur Abstimmung geschritten.

Dem Parteivorstand wird einstimmig Decharge erteilt. Die Resolution 90 wird mit allen gegen 6 Stimmen angenommen. Dadurch ist der Antrag 76 erledigt. Die Anträge 18, 94, 95 und 40 gelangen zur Annahme. Antrag 83 wird dem Parteivorstand überwiesen.

Die weitere Debatte gilt dem Antrag 32.

Müller-Berlin begründet den Antrag namens des Parteivorstandes: Ich betrachte es nicht als meine Aufgabe, auf all das einzugehen, was in der Presse über das Nachrichtenbureau gesagt ist. Diese Polemiken haben sich

ja nur zu einem geringen Teile mit unserer Vorlage befaßt, es haben darin viel mehr Privatentwürfe eine Rolle gespielt. Wer die Geschichte der Vorlage kennt, der wird sich vielleicht darüber wundern, daß überhaupt ein so heftiger Streit darüber entstanden ist. (Sehr richtig!) Am 11. Februar hat der Vorstand ein Zirkular an die Parteipresse erlassen, worin mitgeteilt war, daß über eine Reihe taktischer Fragen am 9. und 10. März in Berlin eine Redakteurkonferenz stattfinden solle. Die Konferenz hat sich eingehend mit den Preßfragen beschäftigt und schließlich wurden die dort zutage getretenen Anschauungen dahin resümiert: „Die Konferenz empfiehlt der Parteileitung die Gründung eines Zentral-Preßbureaus ins Auge zu fassen, das die Zustellung wichtiger politischer Nachrichten, die Mitteilung über den Inhalt wichtiger Anträge und Gesetzentwürfe in den Parlamenten, die Sichtung und Zusammenstellung wichtigen statistischen Materials, die Zurückweisung und Berichtigung von Angriffen und Verleumdungen gegen die Partei und Parteigenossen die Herausgabe volkstümlich geschriebener Flugblätter usw. vorzunehmen hat. Die Konferenz spricht hierbei den Wunsch aus, daß der Parteivorstand für den Fall der Einrichtung eines Zentralpreßbureaus vorher den Rat eines sachverständigen Ausschusses hört."

Es ist gefragt, ob es richtig und zweckmäßig ist, solche Konferenzen einzuberufen, und auf der andern Seite ist verlangt worden, daß noch viel öfter derartige Konferenzen stattfinden sollten. Ich muß mit einigen Worten auf die Bedeutung solcher Konferenzen eingehen, vor allem auch deshalb, weil nach der Konferenz die Meinung auftauchte, daß es vielleicht nicht zweckmäßig war, auf eine Beschlußfassung zu verzichten und nur die Resolution dem Parteivorstande zu überweisen. Wir waren uns ohne weiteres darüber klar und halten auch für die Folge daran fest, daß solche Konferenzen nur begutachtend wirken können. Sie können nicht beschließen, denn die Organe, die zu beschließen haben, sind durch das Organisationsstatut festgelegt. In der Resolution ist auch von der Abfassung von Flugblättern die Rede. Der Parteivorstand hat davon abgesehen, dies in seine Vorlage mit einzubeziehen, weil er selbst Flugblätter über aktuelle Fragen herausgibt und weil auch der Bildungsausschuß diese Absicht hat. Das Nachrichtenbureau wird auch so noch Arbeit genug zu leisten haben. Nach der Konferenz erklärten sich ein paar Parteiredakteure bereit, einen Entwurf zu einem Nachrichtenbureau dem Parteivorstand zur Verfügung zu stellen. Es ist der Entwurf der fünf Redakteure zustande gekommen, der dann in den „Mitteilungen des Vereins Arbeiterpresse" veröffentlicht ist, ohne daß allerdings die Zustimmung der Verfasser eingeholt wurde. Der Entwurf der Redakteure ist mit dem des Parteivorstandes nicht identisch, er beruht zum großen Teile auf einer ganz anderen Basis. Dem Parteivorstand gingen übrigens auch Entwürfe von anderer Seite zu. Auf der Konferenz, auf der alle selbständigen Parteiblätter vertreten waren, ist nicht eine einzige Stimme laut geworden, die sich gegen die Errichtung des Nachrichtenbureaus durch die Partei aussprach. Dem Parteivorstand blieb also gar nichts anderes übrig, als eine solche Vorlage zu machen, ganz abgesehen davon, daß er ein Nachrichtenbureau selbst im Interesse der Provinzpresse absolut für notwendig hält. Ich gebe ohne weiteres zu, daß eine Anzahl größerer Parteiblätter, die über genügende Mittel verfügen, von der Notwendigkeit des Bureaus nicht überzeugt sind, aber auf Grund der Durchsicht der gesamten Presse kann ich feststellen, daß das Interesse an dem Bureau wuchs in demselben Verhältnis, wie die Redaktionen der einzelnen Blätter von Berlin entfernt sind, und ferner in demselben Maße, wie die einzelnen Blätter noch in den Kinderschuhen stecken und noch nicht zur vollen Entfaltung ihrer Kräfte gekommen sind. Wer weiß, wie unsere kleinere und mittlere Parteipresse unter der schweren Konkurrenz der

bürgerlichen Presse zu leiden hat, dem wird ohne weiteres klar werden, daß mit der Errichtung eines solchen Bureaus vorgegangen werden muß. (Sehr richtig!) Unzweifelhaft wird die Zahl derer immer größer, die von ihrer Zeitung nicht nur eine bestimmte politische Meinung oder auch keine Meinung verlangen, sondern vor allem auch ist das Bedürfnis, möglichst schnell Nachricht zu bekommen, mit der Zeit mehr und mehr gewachsen. Die Einrichtungen und Erfindungen auf dem Gebiete der Zeitungstechnik müssen also so viel ausgenutzt werden, wie sie überhaupt ausgenutzt werden können. (Sehr richtig.) Dazu kommt, daß gerade unsere sozialdemokratische Presse beengt ist in der Werbung von Abonnenten, daß die Blätter, die sich allmählich heraufgearbeitet haben, den Lesern an den verschiedenen Orten ihres Verbreitungsbezirkes heute Konzessionen machen müssen, die die bürgerlichen Blätter nicht notwendig haben. Eine ganze Reihe mittlerer Blätter haben einen so frühen Redaktionsschluß, daß schon allein dadurch die Konkurrenz gegenüber der bürgerlichen Presse erschwert wird. Aber der Redaktionsschluß muß so frühzeitig sein, damit das Blatt noch an demselben Tage in einer ganzen Reihe von Orten in die Hände der Leser gelangen kann. — In der Debatte in der Presse ist die Frage aufgeworfen worden, ob unsere Parteipresse eine Prinzipienpresse oder eine Nachrichtenpresse sein soll. Dieser Gegensatz ist herübergenommen aus den Verhältnissen der bürgerlichen Presse. Es ist aber falsch, einen solchen Gegensatz in bezug auf unsere Presse festzustellen. Daß unsere Parteipresse in erster Linie Prinzipienpresse sein muß, das ist eine Frage, die man nicht mehr diskutiert (Sehr richtig); die auch nicht mehr der Dekretierung bedarf, eine Frage, die durch § 23 unseres Organisationsstatuts bereits beantwortet ist, die also vollständig ausscheidet. Wir haben uns nur damit zu beschäftigen, wie weit es unter den gegebenen Verhältnissen möglich ist, unsere Presse auf allen möglichen, mit unseren Prinzipien zu vereinbarenden Wegen mit Nachrichten zu versehen. Ich habe aus der Zeit her, wo ich noch in Breslau wohnte, in enger Fühlung mit unserem leider zu früh verstorbenen Schoenlank gestanden. Wer seine Tätigkeit kennt, der weiß, daß er gerade deshalb als der moderne Zeitungsmensch gefeiert wird, weil er es verstanden hat, unsere Prinzipienpresse so gut als möglich auch noch zu einer Nachrichtenpresse zu machen im Rahmen unseres Prinzips. In den Abonnementseinladungen der „Leipziger Volkszeitung“ aus den Jahren 1894/95 die unter Schoenlanks Leitung erschienen, wird immer auf diese Nachrichten aufmerksam gemacht. In einer Einladung z. B. heißt es: „Originalberichte und ein guter telegraphischer Nachrichtendienst werden gut und zweckmäßig die Leser unterrichten“. (Hört! hört!) In einer anderen Einladung wird gesagt: „Sie bemüht sich, durch telegraphischen und Korrespondenzdienst über alle wichtigen Ereignisse schnell und gründlich zu unterrichten.“ Da haben Sie also schon 1894/95 ausgesprochen, was jetzt für die gesamte Parteipresse durchgeführt werden soll. Das ist der Zweck der Vorlage, und ich möchte die Genossen sehen, die den Grundsätzen, die sich seit 1894/95 für die „Leipziger Volkszeitung“ bewährt haben, nicht zustimmen. (Sehr gut!) Es ist weiter die Befürchtung laut geworden, das Bureau könne tendenziös mißbraucht werden, und es ist gesagt, man müsse die Möglichkeit schaffen, einen solchen tendenziösen Mißbrauch zu verhüten, die Vorlage müsse noch besser verbarrikadiert werden. Wir alle wollen Mißbräuche verhüten, aber bis jetzt sind mir praktische Vorschläge nach der Richtung noch nicht bekannt geworden. Wenn Sie in der Lage sind, eine solche Barrikade zu errichten, dann sind wir die ersten, die auf diese Barrikade steigen. (Heiterkeit.) Wir sehen mit Ruhe den Dingen entgegen. Ueber Einzelheiten lassen wir mit uns reden, aber im Prinzip muß das festgehalten werden, was in der Vorlage steht. Ich befürchte auch keinen tendenziösen Mißbrauch. Das Nachrichtenbureau soll doch nicht in die inneren Parteistreitigkeiten eingreifen. Ich bin der letzte, der leugnet, daß gewisse Parteigegensätze vorhanden sind. Ich bin der letzte, der will, daß diese Gegensätze vertuscht werden. Aber das Nachrichtenbureau ist nicht der Ort, wo innere Parteistreitigkeiten erledigt werden sollen. (Sehr richtig!) Deshalb halte ich diese Befürchtungen für übertrieben. Ich bin überzeugt, daß es nicht leicht sein wird, die Personenfrage zu lösen. Wir haben keinen Ueberfluß an routinierten Journalisten, aber wenn einmal die Grundlagen geschaffen sind, dann werden wir auch die Personen finden können, die mit dem Instrument arbeiten können, das jetzt als Waffe für uns geschaffen werden soll. Wenn weiter gesagt ist, die Vorlage habe die Einzelheiten nicht genügend behandelt, so meine ich, daß es heute doch nur darauf ankommt, die Tendenzen und Richtlinien festzustellen. Dann ist der Vorlage der Vorwurf gemacht, daß sie die Tendenz habe, eine Normalzeitung der Zukunft zu schaffen. Ich sehe nicht so schwarz. Wir haben heute schon eine sehr weitgehende Uniformierung unserer Parteipresse. (Sehr wahr!) Ich glaube nicht, daß es in der Beziehung schlimmer wird, im Gegenteil, das Bureau, das den Redakteuren zeitig genug Rohmaterial für ihre Arbeiten schaffen soll, soll ja gerade verhindern, daß in Zukunft noch weiter so mit Korrespondenzen gearbeitet werden muß, wie es heute leider bei kleinen Blättern notwendig ist. Ich unterschätze die Schwierigkeiten nicht, ich weiß, wie wenige Stunden den meisten Redakteuren zur Verfügung stehen, wie es ihnen kaum möglich ist, die Berliner Abendblätter zu bearbeiten, aber gerade deshalb müssen wir dafür sorgen, daß unsere Parteiredakteure schneller und mit besserem Material an die Bearbeitung der Nachrichten herangehen können. Es handelt sich darum, wichtiges Tatsachenmaterial aus dem politischen, sozialen und wirtschaftlichen Gebiete zu sammeln. Es soll nicht eingegangen werden auf das, was so vielfach als Unterströmungen bezeichnet wird, auf das, was vielleicht der eine oder andere als in der Luft liegend erachtet, ohne daß es in der Luft zu liegen braucht. Nur, was sicher und tatsächlich ist, soll der Presse übermittelt werden, damit es nach unseren Grundanschauungen bearbeitet und den Lesern zugeführt werden kann. Wer in der Parteipresse gestanden hat, der weiß z. B., wie schwierig es ist, wichtige gewerkschaftliche Nachrichten aus allen Teilen Deutschlands zu bekommen, wie das meiste Material unvollkommen zusammengetragen werden muß, weil ein guter gewerkschaftlicher Nachrichtendienst bis heute noch nicht organisiert ist. (Sehr richtig!) Wenn aber erst einmal bekannt sein wird, daß in Berlin ein Nachrichtenbureau für die Partei besteht, so werden die Gewerkschaften aus den einzelnen Landesteilen mittels Draht nach Berlin berichten, damit von dort aus die Parteipresse mit Notizen versehen wird, und zwar in der Form, wie es die im Kampf stehenden Gewerkschaften für notwendig halten. (Sehr richtig!)

Es ist bekannt, daß von der Parteipresse darin schon mehr als einmal ein Schnitzer gemacht ist, der vermieden werden könnte, wenn wir solch ein Bureau hätten. Ich fürchte auch nicht, daß zur Erlangung von Nachrichten irgend etwas geschieht, was unseren Grundsätzen widerspricht. Eine Hintertreppenpolitik ist, soweit die Sozialdemokratie in Frage kommt, den preußischen Regierungsinstanzen gegenüber ausgeschlossen. In München sollen ja bessere Verhältnisse bestehen, aber ich glaube, daß es in der ganzen Partei niemand gibt, der sich auf einem mit unseren Grundsätzen nicht zu vereinbarenden Wege Nachrichten von einer Behörde verschaffen wollte, und daß derjenige, der sich auf solche Hintertreppen begeben würde, sehr bald vor den Augen der gesamten deutschen Partei heruntergeschleift und mit beiden Ohren an das nächste Scheumentor angenagelt werden würde. (Sehr gut!) Es ist gewünscht, daß die Bestimmungen, wie die Nachrichten zu übermitteln sind, genau präzisiert werden. Eine schärfere Fassung als die, die der Entwurf vorlegt, wird nicht so leicht zu finden sein. Der § 1 ist doch nicht etwa so zu verstehen, daß der Parteipresse nur nackte Sätze übermittelt werden,

sondern das Bureau hat im Sinne der Prinzipien der Partei gewisse Anregungen auch bezüglich der Bearbeitung des Materials zu geben. Wenn das geschieht, dann wird ein großer Teil der Presse nach und nach den uniformen Charakter verlieren und einen selbständigen Ausdruck bekommen.

In § 4 ist bestimmt, daß für den einzurichtenden Telephon- und Telegraphendienst die betreffenden Parteiblätter die Gebühren zu erstatten haben. Es ist nun gewünscht worden, daß auch diese Gebühren auf die Gesamtkasse mit übernommen werden. Dem können wir uns nicht anschließen. Alles kann eben nicht aus der Zentrale geleistet werden. Wir müssen uns einigermaßen nach der Decke strecken. — Weiter ist gesagt worden, man tue hier einen Sprung ins Dunkle, das Bureau werde sich zu einer großen Einrichtung ausgestalten, und man hat dabei insbesondere Bezug genommen auf § 3, wonach zwecks Erlangung von Nachrichten aus Deutschland und anderen Ländern ein Berichterstatterdienst eingerichtet werden soll. Diese Befürchtungen sind unbegründet; es ist nicht daran zu denken, daß nun sofort in allen Hauptstädten des Auslandes Berichterstatter angestellt werden, sondern wir werden auch in dieser Frage wie in allen anderen schrittweise vorgehen.

In § 2 heißt es: „Aufgabe des Bureaus ist Sammlung gesetzgeberischen und statistischen Materials, das für die Parteipresse von Wichtigkeit ist." In dieser Frage war ja die ganze Partei einig. Aus den Vorlagen der Regierungen, den Berichten der Parlamentskommissionen und anderen Veröffentlichungen läßt sich manches Wichtige herausschälen. Bei dem Erscheinen jeder Regierungsvorlage verbreiten die Offiziösen des Grafen Bülow möglichst günstig zurechtgestutzte Berichte über die Vorlagen an die Presse, und wir haben die Aufgabe, solcher offiziösen Stimmungsmacherei so schnell wie möglich die Spitze zu bieten. Das ist nur möglich, wenn das Material schnellstens verarbeitet und der Presse zugestellt wird.

Daß die „Parteikorrespondenz" von dem Nachrichtenbureau übernommen wird, halte ich für selbstverständlich, nicht nur deswegen, weil sonst ein Nebeneinanderarbeiten zweier Institute auf dem Gebiete der Materialverarbeitung und Zugänglichmachung sich herausstellen würde, sondern auch deswegen, weil die Unterstellungen der gegnerischen Presse, die die „Parteikorrespondenz" feststellt, durch das Nachrichtenbureau schneller zurückgewiesen werden können, während heute die Redaktionen die „Parteikorrespondenz" nur alle acht Tage erhalten. Eine weitere Frage war: Wer soll Träger des zukünftigen Instituts sein? Es ist der Vorschlag aufgetaucht, daß das Nachrichtenbureau genossenschaftliche Selbsthülfe der Presse sein solle, aber die Parteigenossen, die das vorschlugen, waren sich auch klar darüber, daß dann die kleinen Blätter auch einer Unterstützung aus der Parteikasse bedürften Unter diesen Umständen kann gar kein Streit darüber sein, daß nicht irgendwelche privatgenossenschaftliche Organisation, sondern nur die gesamte Partei Träger dieses Nachrichteninstituts sein kann. Wie die Mittel der Partei in Anspruch genommen werden, so muß auch das Bureau unter die Instanzen gestellt werden, die zur Führung der Partei ausersehen sind. Wir haben einen Beirat von fünf Redakteuren vorgesehen, damit die nötige Kontinuität zwischen dem Nachrichtenbureau und der Parteipresse nach jeder Richtung hin gewahrt bleibt; darüber hinaus wird es aber nötig sein, daß die Parteipresse mit dem Bureau in ständiger Korrespondenz bleibt und ihm ihre Wünsche übermittelt, wenn das Bureau gut funktionieren soll.

Weiter hat man behauptet, es widerstreite allen parteiüblichen Gepflogenheiten, daß der Parteivorstand sich seinen Beirat selbst wähle. Es heißt aber im § 9, daß die Mitglieder des Beirates alljährlich durch die Parteileitung gewählt werden, d. h. also durch den Parteivorstand und die Kontrollkommission

gemeinsam. So hat auch in Mannheim der Parteitag beschlossen, daß die Mitglieder des Bildungsausschusses vom Vorstand und der Kontrollkommission gewählt werden sollen. In diesem Beirat müssen auch die entfernt liegenden Blätter vertreten sein, weil sie am meisten unter den Zuständen, die wir bekämpfen wollen, zu leiden haben. Die Frage der Kostenaufbringung ist im § 5 in der Weise geregelt, daß die beteiligte Parteipresse nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit einen entsprechenden Teil zu leisten hat. Im einzelnen diese Kosten jetzt zu etatisieren, ist natürlich nicht möglich. Ich glaube nicht, daß in diesem ersten Jahre die Mittel der Partei allzu sehr werden in Anspruch genommen werden. Man hat nun gemeint, es wäre wichtiger, mehr Redakteure an der Provinzpresse anzustellen. Daß solche Kräfte gebraucht werden, wissen wir alle, aber es ist nicht die Aufgabe der Zentrale, über ein gewisses, durchaus notwendiges Maß hinaus der Parteipresse in dieser Beziehung alles zur Verfügung zu stellen, was als notwendig erachtet werden kann. — Der weiteren Anregung, lieber zwei Kräfte beim „Vorwärts" einzusetzen, kann ich mich nicht anschließen. Wir haben mit den Abzügen, die bisher im „Vorwärts" gemacht worden sind, keine guten Erfahrungen gemacht. Auch daß die Frage nicht brennend ist, kann ich nicht anerkennen. Sie ist längst spruchreif, und würde das Nachrichtenbureau nicht von Partei wegen kommen, so würde innerhalb Jahresfrist aus privater Initiative für eine ganze Reihe Parteiblätter ein derartiger Nachrichtendienst eingerichtet werden, von dem dann die ganze kleine, weiter zurückgebliebene Presse aus Mangel an Mitteln ausgeschlossen wäre. Die einzelnen Details der ganzen Frage werden sich hier im Plenum nicht alle verhandeln lassen; deshalb schlage ich vor, daß die Vorlage einer Kommission von 15 Mitgliedern überwiesen wird. Ich glaube, daß in dieser Kommissionsberatung auch auf diesem Parteitag schon bei einigem guten Willen, den ich überall voraussetze, etwas Praktisches erreicht werden kann. Erst ein Drittel unserer drei Millionen Wähler gehört zu den Lesern der Parteipresse. Es ist unbedingt notwendig, daß wir auch an die bisher Indifferenten herankommen, und zweifellos ist die täglich erscheinende Zeitung unser bestes Agitationsmittel. Je mehr Leser für unsere Presse wir gewinnen, denen wir täglich unsere Anschauungen und Prinzipien vorführen, desto schneller wird es uns gelingen, unser großes Ziel zu erreichen. (Lebhafter Beifall.)

Es ist ein Antrag Gradnauer auf Einsetzung einer Kommission von 15 Mitgliedern eingegangen.

Das Wort wird nicht verlangt.

Die Kommissionsberatung wird mit großer Mehrheit beschlossen.

In die Kommission werden gewählt: Bebel, Müller-Berlin, Geck-Offenburg, Gradnauer-Dresden, Müller-München, Block-Berlin, Fischer-Berlin, Vetterlein-Gera, Rudolph-Frankfurt, Effinge-Wandsbek, Frau Zietz-Hamburg, Laufenberg-Düsseldorf, Keil-Stuttgart, Kleemann-Leipzig, König-Dortmund.

Hierauf werden die Verhandlungen auf Dienstag 9 Uhr vertagt.

Schluß 6¾ Uhr.

Zweiter Verhandlungstag.

Dienstag, den 17. September 1907. — Vormittags-Sitzung.

Beginn 9¼ Uhr. Den Vorsitz führt **Gemoll**.

Zunächst erstattet ihren Bericht die

Mandatsprüfungskommission.

Stubbe-Hamburg. Im ganzen sind 268 Delegierte mit 287 Mandaten anwesend, außerdem 18 Mitglieder des Reichstags ohne Mandat, sowie sämtliche Mitglieder des Parteivorstandes und der Kontrollkommission. Die Redaktion des „Vorwärts" ist durch den Genossen Block und das Hamburger Parteigeschäft durch Genossen Bérard vertreten; ferner sind drei Gäste anwesend. Der Parteitag zählt somit 307 Teilnehmer. Außer diesen Teilnehmern ist noch Genosse Heymann-Stuttgart anwesend, der die Redaktion des „Wahren Jakob" vertritt. Beschwerden gegen die Mandate haben nicht vorgelegen. Die Kommission beantragt daher, sämtliche Mandate für gültig zu erklären.

Der Parteitag beschließt dem Antrage entsprechend.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht über die parlamentarische Tätigkeit.

Hierzu liegen vor die Anträge 41, 73, 74, 79, 92, 96, 97. Sämtliche Anträge haben die genügende Unterstützung. Antrag 42 ist zurückgezogen.

Berichterstatter: Dr. A. Südekum: Bei der Berichterstattung über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstagsfraktion kann ich mich in meinem mündlichen Vortrage kurz fassen, weil der schriftliche Bericht in Ansehung der Umstände länger ausfallen mußte, als das sonst üblich ist, weil ferner wohl niemals so intensiv und so genau die Tätigkeit der Reichstagsfraktion und die Tätigkeit des gesamten Parlaments verfolgt worden ist, wie gerade in der letzten Session, weil endlich ein Teil der hier sonst zur Verhandlung stehenden Fragen in einem besonderen Referate noch erörtert werden soll, und weil — das ist der wichtigste Punkt — an dem Verhalten und an der Tätigkeit der Reichstagsfraktion als Körperschaft so gut wie gar keine Aussetzungen gemacht worden sind.

Der Bericht über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion umfaßt eine ereignisreiche Zeit. Die Auflösung des Reichstages und die dann erfolgte Neuwahl nötigt diesmal zu einer Zweiteilung des Berichts. Der erste Teil hat sich zu erstrecken auf die Schlußtätigkeit des vorigen Reichstages, der zweite auf den Beginn der Tätigkeit des neugewählten Reichstages. Beide Zeitabschnitte — der eine dauerte vom 19. November 1906 bis 13. Dezember 1906, der andere vom 19. Februar 1907 bis zum 14. Mai 1907 — tragen viele und wichtige gemeinsame Züge. Das wichtigste Ereignis des ersten Zeitabschnittes war die Abwehr des gegen das freie Koalitionsrecht geplanten Attentates, wie wir es in dem Gesetz über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine vor uns hatten. Der zweite Zeitabschnitt empfing seine Charakteristik dadurch, daß wir, wie im Wahlkampf, so auch nach dem Wahlkampf gezwungen waren, mit äußerster Energie für die freie politische Entwickelung der Arbeiterklasse zu kämpfen. Durch beide Abschnitte hindurch zieht sich als ein roter Faden, dem sich noch manches Episodenwerk anrankt, die Frage der Kolonialpolitik und die Frage der Rüstungspolitik.

Was das erst erwähnte Attentat auf das freie Koalitionsrecht der Arbeiter anlangt, das sogenannte kleine Zuchthausgesetz, so war dazu die Stellung der Reichstagsfraktion von vornherein klar und fest gegeben. Es

konnte nicht dem geringsten Zweifel unterworfen sein, daß wir die durch jenes Gesetz beabsichtigte Trennung der Arbeiterschaft mit aller Energie bekämpfen mußten. Das ist auch von unserer Seite geschehen und zwar nicht nur im Reichstage, sondern ebenso nachdrücklich in der Presse und in den Protestversammlungen, die durch das ganze Land abgehalten worden sind. Um so bemerkenswerter war die Stellung der anderen Parteien zu diesem Gesetz. Denn nicht nur heute, auch vor der Auflösung des Reichstages war die sozialdemokratische Fraktion eine Minorität, die, allein auf sich gestellt, weder ein Gesetz erzwingen, noch ein Gesetz verhindern konnte. Da ist es bemerkenswert, daß für die Regierung für diesen Entwurf, dessen Absichten sie nicht verschleiert hat — denn Graf Posadowsky hat ausdrücklich erklärt, daß es darauf ankomme, die in der Arbeiterschaft vorhandenen Gegensätze und Unterschiede künstlich zu erweitern und sie im Interesse der herrschenden Klasse schärfer hervortreten zu lassen — eine Mehrheit nicht zu gewinnen war. Sehr erhebliche Teile des Zentrums, dann aber auch Teile der nationalliberalen Partei und der Freisinn standen gegen die Vorlage in Opposition, ein Beweis der Bedeutung der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Agitation, ein Beweis, daß, nachdem schon ein Menschenalter diese Agitation und die Aufklärung betrieben worden war, mit den Rechten der Arbeiter nicht mehr so umgesprungen werden kann, wie es früher der Fall war, und wie das die Regierung noch bei diesem Gesetz beabsichtigt hatte. Graf Posadowsky ist inzwischen aus seinem Amte hinausbefördert worden, nicht sowohl deshalb, weil er bei diesem Gesetze über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine in der Minderheit geblieben ist — solche Zufälligkeiten waren sonst mehr ein Grund, einen Minister in seiner Stellung zu befestigen, als ihn aus seiner Stellung zu entfernen —, wohl aber deshalb, weil er für die später eingeschlagene Blockpolitik des Fürsten Bülow unbequem war.

Diese Blockpolitik ist nun zweifellos das Hauptproblem, vor das die sozialdemokratische Fraktion nach der Reichstagsauflösung gestellt ist; sie ist nicht der Ausdruck eines elementarischen politischen Bedürfnisses, sondern eine Versicherungsanstalt des Fürsten Bülow. (Sehr gut!) Seine Stellung war erschüttert; die Mißerfolge seiner Politik nicht mehr zu verbergen. Es bestand im Frühjahr die unmittelbare Gefahr eines westeuropäischen Krieges. Wie die Kolonialpolitik verwüstend auf den Reichshaushaltsetat eingewirkt hat, ist ja bekannt. Aus dieser Situation suchte er einen Ausweg. Die Blockpolitik war ein Augenblickseinfall, dem ja auch der augenblickliche Erfolg nicht gefehlt hat.

Nach den Wahlen ging die Zahl der Mitglieder unserer Fraktion von 78 auf 43 herab. Nach der Zahl der Mitglieder der Fraktionen richtet sich aber auch die Zahl der Vertreter in den Kommissionen, und das ist von großer Wichtigkeit, denn es ist kein Geheimnis, daß die eigentliche Arbeit im Reichstage oftmals in den Kommissionen geleistet wird; daher sind die Nachteile des Mandatsverlustes nicht zu bestreiten, aber die Frage, ob die Verminderung unserer Mandate eine Aenderung unserer Taktik zur Folge haben müsse, mußte mit einem runden Nein beantwortet werden. (Bravo!) Wir haben im Reichstag zweierlei Aufgaben, einmal die Propaganda unserer Ideen und unseres Programms, und zweitens haben wir praktische Arbeit zu verrichten, d. h. die Arbeiterinteressen, aber auch den ganzen Komplex der sogenannten Kulturinteressen durch positive Arbeit zu fördern. Je nach der Situation steht die eine oder andere Aufgabe im Vordergrund, aber vernachlässigt wird keine und darf keine werden. Die Aufgaben, die die Sozialdemokratie als Kulturpartei zu lösen hat, die ihr zufallen als der prinzipiellen Förderin und Vertreterin des Kulturfortschritts auf allen Gebieten menschlicher Tätig-

keit, müssen in dem Maße an Bedeutung wachsen, wie die bürgerliche Opposition sich von der Regierung einfangen läßt und diese Aufgaben vernachlässigt. In dem Sessionsabschnitt, über den ich zu berichten habe, wurden alle diese Fragen mit großer Hingebung und Sorgfalt behandelt. Wir hatten zu verteidigen nicht nur die Freiheit des Wahlrechts gegen den skandalösen Unfug bei den letzten Wahlen, ein Unfug, der so weit gegangen ist, daß bei scharfer Prüfung und Anwendung der vom Reichstage immer anerkannten Grundsätze die meisten Mandate der bürgerlichen Parteien für ungültig erklärt werden müßten. (Sehr richtig!) Wir hatten nicht nur die Freiheit des Koalitionsrechts zu verteidigen, sondern wir waren auch bemüht, die notwendige Fortbildung des Arbeiterrechts im allgemeinen zu fördern. Gerade auf diesem Gebiete liegt eine der vornehmsten und dankbarsten Aufgaben. Auch heute noch ist Bismarcks Wort wahr: ohne die Sozialdemokratie keine Sozialpolitik. Zu den Kulturaufgaben, mit denen wir uns zu befassen hatten, gehörte das Eintreten für die bessere Versorgung der Hinterbliebenen von Beamten und Militärpersonen. Wir stehen prinzipiell auf dem Standpunkte, daß die Funktionäre des öffentlichen Dienstes möglichst unabhängig gestellt sein müssen. Ferner gehörte dazu unser Eintreten für die Erweiterung des Nordostseekanals, und ferner unsere scharfe Kritik der in Deutschland geübten Kolonialpolitik mit all ihren Ausschreitungen. Hier hat die ganze Fraktion auf dem Standpunkt gestanden, daß es einerseits ihre Aufgabe sei, die Interessen des eigenen Volkes zu schützen, und andererseits für eine menschliche Behandlung der Eingeborenen einzutreten.

Der einzige Punkt, der in manchen Parteiorten eine gewisse Kritik der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion herausgefordert hat, war der von uns gestellte und von der Mehrheit des Reichstages angenommene Antrag auf eine demnächst vorzunehmende Erhöhung der Soldatenlöhnung. Nach meiner Ansicht ist dieser Antrag von uns mit dem Hinweis auf die wirtschaftlichen Verhältnisse zureichend begründet gewesen. Wer von Ihnen beim Militär gewesen ist, weiß, daß die dem Soldaten ausgehändigte Barlöhnung von 22 Pf. auch nicht im entferntesten hinreicht, um ihn in den Stand zu setzen, diejenige Ergänzung der Nahrung und die Mittel zur Körperpflege und Reinigung der ihm ausgelieferten dienstlichen Sachen anzukaufen, die nötig sind. Die proletarischen Mitglieder des Heeres — und das sind 95 oder noch mehr Prozent — sind also entweder genötigt, ihre Eltern oder sonstigen Angehörigen um eine regelmäßige Unterstützung anzugehen, oder ihre früheren Ersparnisse, die eigentlich anderen Zwecken gewidmet sein sollten, anzugreifen. Ebenso wie die Sozialdemokratie seinerzeit für die Gewährung eines warmen Abendbrotes an die Soldaten, für die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse in den Kasernen und so weiter eingetreten ist, so lag es auch durchaus in der Richtung dieser alten Taktik, nun eine sachlich durchaus gerechtfertigte Erhöhung dieser Bezüge an Bargeld für die Soldaten anzuregen. Damit ist nicht die geringste Förderung dem zuteil geworden, was wir als den spezifischen Militarismus mit Recht bekämpfen, sondern es ist nur einer eklatanten Notlage der proletarischen Mitglieder des Heeres ein, wie ich hoffe, baldiges Ende bereitet worden. Die Kritik an dieser Haltung der Fraktion war also, glaube ich, nicht berechtigt.

Ein Verzeichnis der von uns eingebrachten Interpellationen und Initiativanträge finden Sie auf Seite 149 des schriftlichen Berichts. Leider ist es unter der geltenden Geschäftsordnung des Reichstages kaum möglich, einen größeren Teil der Initiativanträge zur Verhandlung zu bringen.

Die Stellung der Fraktion in der nächsten Zeit wird weniger einfach sein als früher. Solange der Block zusammenhält, ist die Politik in Deutschland ja sehr einfach zu beurteilen, aber der Block wird voraussichtlich nicht lange

in der jetzigen Formation bestehen bleiben. Dagegen sprechen zu viel innere Gründe: Die Gegensätze, die auch im Bürgertum vorhanden sind, und die nicht mit einigen bloßen Redensarten überbrückt werden können, die Gegensätze zwischen dem Industrievolke und dem Agrarvolke. Dagegen spricht die Neigung der preußischen Regierung, bald wieder eine Vereinigung der preußischen Konservativen mit dem konservativen Zentrum herbeizuführen. Dagegen spricht die doch nicht so gering einzuschätzende Unzufriedenheit bürgerlicher Liberaler mit den Evolutionen der Herren Wiemer, Müller-Meiningen und Kopsch. Wenn aber der Block verschwindet, so haben wir nicht mehr die alten Mehrheits- und Minderheitsverhältnisse. Der Liberalismus hat dann viel von seinem Einfluß verloren. Das französische Sprichwort sagt: Qui mange du pape, en meurt; wer vom Papste ißt, der stirbt daran. So kann man bei uns sagen: Wer mit Bülow in Norderney diniert, der bleibt nicht, was er war und wird nicht wieder, was er gewesen ist. (Zustimmung.) Daher wird die Sozialdemokratie immer mehr zur einzigen Oppositionspartei. Die Sozialdemokratie ist sich bewußt, daß sie eine gedeihliche Wirkung nur dann entfalten kann, wenn sie die sichere Unterstützung der organisierten Parteigenossen im Lande und in der großen Masse hat, die sich um die Genossen herumschart. Die sozialdemokratische Fraktion kann sich fühlen als Vorposten der großen proletarischen Masse, als Vorposten, der aber niemals eine gedeihliche Tätigkeit entfalten kann, wenn er nicht sicher ist, daß er im Rücken durch die große Armee gedeckt ist und vor Anfällen von hinten auf alle Fälle bewahrt bleibt. Die Vertretung der Arbeiterinteressen und die Förderung der allgemeinen Kulturinteressen ist die der Fraktion von der Partei gestellte Aufgabe; getragen vom Vertrauen nicht nur der organisierten Parteigenossenschaft, sondern der breiten, aufstrebenden und am Volksfortschritt hängenden Masse des Volkes wird sie ihre Aufgabe erfüllen. (Beifall.)

In der Diskussion erhält zunächst das Wort

Noske-Chemnitz: Die Art, wie von einem Teil der Parteipresse Kritik geübt worden ist an den Reden, die bei der Beratung des Militäretats im Reichstag gehalten worden sind, ist geradezu ein Schulbeispiel dafür, wie Auseinandersetzungen innerhalb der Partei über vermeintliche oder tatsächliche Meinungsverschiedenheiten nicht geführt werden sollen. Von einer einheitlichen Kritik kann überhaupt nicht gesprochen werden; die Ansichten darüber, wie weit Kritiken am Platze waren, sind außerordentlich verschieden gewesen. Ein Parteiblatt meinte, daß es nicht notwendig gewesen sei, davon zu sprechen, daß die Sozialdemokraten gewillt seien, zur Abwehr eines Angriffes auf Deutschland „die Flinte auf den Buckel" zu nehmen. Das Wort ist gar nicht von mir geprägt worden, ich habe es nur nach Bebel zitiert, und das Wort kann unmöglich als ein Verstoß gegen die Parteiinteressen angeführt werden, sondern ist eine selbstverständliche Folgerung aus der bisherigen Stellung der sozialdemokratischen Partei zum Kriege. In einem anderen Blatte ist gesagt worden, durch die Reden im Reichstage sei die antimilitaristische Agitation unserer Genossen im Auslande erschwert worden. Ich kann nicht finden, daß mit erheblichem Gewicht dieser Vorwurf erhoben werden kann. Es ist nichts anderes gesagt worden als in früheren Jahren, wie von verschiedenen Parteiblättern anerkannt worden ist. Mit Nachdruck ist von mir betont worden, daß im Falle eines Angriffs auf Deutschland, im Falle ernstlicher Bedrohung unseres Landes, die Sozialdemokraten ihr Vaterland begeistert verteidigen wollen. Genau dasselbe haben unsere französischen Parteigenossen wiederholt versichert, als man ihnen den Vorwurf gemacht hatte, daß sie vaterlandslos seien. Dann sind sie uns als Muster patriotischer Gesinnung vorgehalten worden, so wie wir früher und jetzt wieder in Frankreich als gute Patrioten

Sozialdemokratische Partei
Deutschlands
Parteivorstand

gerühmt worden sind. Ebensowenig wie unsere Agitation darunter bisher empfindlich gelitten hat, können die französischen Genossen durch unsere Ausführungen geschädigt worden sein. Ueber Herbé und seine Agitation ist meines Wissens im Reichstage kein verurteilendes Wort gesprochen worden, ich brauche also jetzt darüber nichts weiter zu sagen, ob etwa dessen Agitation erschwert worden ist. Nicht um die Verteidigung alter Parteianschauungen handelt es sich bei der Kritik, sondern für neue Ideen soll Bahn gebrochen werden. Es handelt sich darum, die Partei weiter nach links zu bringen, wie ja in der „Dortmunder Arbeiterzeitung" die Forderung aufgestellt wird, weiter nach links abzuschwenken. Der Weg nach links führt aber dem anarchistischen Lager zu. (Lachen und lebhafter Widerspruch.) Es ist wiederholt ausgesprochen worden, ohne Widerspruch zu finden, daß der Hervéische Antimilitarismus anarchistisch ist. Was von einem Parteiblatt kritisiert worden ist, ist von dem anderen als ganz selbstverständlich bezeichnet worden. Der Lärm wäre nicht möglich gewesen, wenn nicht polemisiert worden wäre gegen Worte, die im Reichstage überhaupt nicht gesprochen worden sind. Die „Leipziger Volkszeitung" hat sich direkt aus den Fingern gesogen, daß der Kriegsminister mich dafür belobt hat, daß die Sozialdemokratie mit besonderer Freude und Hingabe für das Vaterland eintreten werde. Dem Kriegsminister ist es natürlich gar nicht eingefallen, mich zu loben. Das ist doch eine besondere Art, wie die Diskussion unter Parteigenossen geführt und Stimmung gemacht wird. Ich bezweifle, daß ein Kritiker das Stenogramm nachgelesen hatte. Man hat uns vorgeworfen, daß ein Angriffskrieg beliebig konstruiert werden könnte. Der Schwerpunkt meiner Ausführungen ist gewesen, daß ich den Vorwurf zurückweisen wollte, die Sozialdemokraten wollten ihr Vaterland nicht verteidigen. Ich habe gesagt: „Unsere Stellung zum Militärwesen ist gegeben durch unsere Auffassung des Nationalitätsprinzips. Wir fordern die Unabhängigkeit jeder Nation. Aber das bedingt, daß wir auch Wert darauf legen, daß die Unabhängigkeit des deutschen Volkes gewahrt wird. Wir sind selbstverständlich der Meinung, daß es unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit ist, dafür zu sorgen, daß das deutsche Volk nicht etwa von irgend einem anderen Volk an die Wand gedrückt wird. Was wir im Militarismus bekämpfen, ist der unnötige Drill, sind die Soldatenschindereien, die Abschließung der Offiziere als Kaste und die Erklärung des Heeres als eines Machtmittels, das Uebergewicht der besitzenden Klassen gegenüber den nichtbesitzenden aufrecht zu erhalten." Das ist so klar, daß nicht daraus geschlossen werden kann, daß die Sozialdemokratie sich übertölpeln lassen würde. Als Antwort auf den Vorwurf, daß wir wünschen, Russen, Franzosen oder Engländer möchten Deutschland verwüsten, habe ich erklärt, daß das eine Lüge wäre. Die Debatte fand statt in jenen Tagen, als infolge der Einkreisungspolitik des englischen Königs im Reichstag Fürst Bülow erklärte: „Niemand weiß besser, als ich, wie wir von Gefahren umgeben sind." Damals haben die bürgerlichen Abgeordneten ausnahmslos versichert, daß sie unter keinen Umständen einen Krieg wollen, nur Angriffe zurückweisen würden. Dazu habe ich erklärt, weniger vaterlandsfreundlich als das Bürgertum seien wir auch nicht. Ich vermag nicht einzusehen, mit welchem Recht an diesen Ausführungen Kritik geübt werden kann. Ich habe nur gesagt, daß im Falle drohender Gefahr die Sozialdemokratie nicht hinter den bürgerlichen Parteien zurücksteht. Das ist in der Wahlagitation von Hunderten von Sozialdemokraten gesprochen worden. (Die Redezeit ist abgelaufen, sie wird auf Wunsch des Redners aber verlängert.) Wenn uns auf dem Lande, in zurückgebliebenen Gegenden, im Erzgebirge, in Ost- und Westpreußen, gesagt wird in einer Versammlung: Ihr Sozialdemokraten wollt ja gar nicht, daß Deutschland verteidigt wird, Ihr habt ja

gar kein Interesse am Vaterlande, dann liest ihnen niemand drei Leitartikel vor, wie verschiedenartig der Patriotismus ist, dann können Sie nicht auseinandersetzen, daß es einen kapitalistischen, einen kleinbürgerlichen und einen proletarischen Patriotismus gibt, wie es Kautsky in der „Leipziger Volkszeitung" getan hat. Wer eine Ahnung davon hat, unter welchen Umständen im Reichstag gesprochen wird, wie man sich besonders in jenen Tagen dagegen gewehrt hat, daß lange Reden gehalten werden, der wird mir zugeben, daß kein Grund vorliegt, Selbstverständlichkeiten, die von jeher von der Sozialdemokratie betont sind, des langen und breiten vorzutragen. Wer mir sagt, daß ich ein Vaterlandsverräter bin, dem erwidere ich kurz, daß er ein Lügner ist. Also wozu der Lärm. Was ich gesagt habe, ist von jeher parteioffiziell, wenn auch ohne besondere Beschlüsse der Parteitage zum Ausdruck gebracht. In dem Handbuch der sozialdemokratischen Wähler für 1898 ist zu lesen: „Die Sozialdemokratie ist bestrebt, ihr Ziel, die Internationalität, nicht in dem Sinne zu verwirklichen, daß sie Deutschland russisch oder französisch zu machen sucht; sie will Deutschland oder auch nur ein Stück von Deutschland weder in russischen noch französischen Händen sehen und würde jedem derartigen Versuch mit ganzer Kraft entgegentreten." (Sehr richtig!) Kein Mensch hat dagegen Widerspruch erhoben. Dieser Satz ist wörtlich in das Handbuch für 1903 übernommen worden. Ja, was habe ich denn anders gesagt? (Zustimmung und lebhafter Widerspruch, Zwischenruf: „Das „Berliner Tageblatt" hat Sie gelobt.") Was kann ich dafür, daß das „Berliner Tageblatt" einen törichten Artikel schreibt? Im Handbuch für 1906 heißt es: „Daß die Völker unter den gegebenen Verhältnissen nicht wehrlos sein können, erkennt auch die Sozialdemokratie an." Und später heißt es ohne jede Einschränkung: „Daß die deutschen Soldaten ohne Unterschied des Ranges in einem Kriege ihr volle Schuldigkeit tun, bezweifelt auch kein Sozialdemokrat." Ja, soviel habe ich noch nicht einmal gesagt, aber wer hat gegen diese Sätze jemals protestiert? Auf dem letzten Parteitage der französischen Sozialdemokraten sagte Jaurès bei der Debatte über den Militarismus: „Es ist doch nicht richtig, daß man bei nationalen Konflikten nie weiß, auf welcher Seite das Recht ist." Ja, glaubt man denn, daß die deutsche Sozialdemokratie weniger urteilsfähig ist? Es lag gar kein Anlaß vor, eine solche Kritik zu üben, lediglich zum Vergnügen der Gegner. Jaurès hat weiter gesagt: „Wenn nun ein Krieg zwischen Frankreich und Deutschland droht und Frankreich akzeptiert das Schiedsgericht, Deutschland aber nicht, was will Hervé dann tun? Ich bin überzeugt, daß dann auch die Unterzeichner der Resolution der Yonne es als ihre sozialistische und revolutionäre Pflicht erkennen werden, zu marschieren." Habe ich etwas anderes gesagt? Ich will nicht darauf eingehen, daß Zeitungsnachrichten zufolge Jaurès in letzter Zeit eine Schwenkung vorgenommen hat. *Ich habe keinen Anlaß, auch nur ein Wort von dem preiszugeben oder als unrichtig anzuerkennen, was ich im Reichstage gesprochen habe.* Es dreht sich bei den jetzigen Auseinandersetzungen, wie bei fast allen Streitfragen in der Partei, ja überhaupt nicht um Differenzen über Fragen der praktischen Arbeit. Wer von uns hat jemals zum Ausdruck gebracht, daß wir nicht allen Anlaß hätten, mit immer größerem Nachdruck gegen den Militarismus in den Grenzen zu kämpfen, die uns in Deutschland gezogen sind. Ich erkläre, daß ich z. B. die Einleitung der Broschüre von Kautsky über „Sozialdemokratie und Patriotismus" bis auf das letzte Wort unterschreibe. Und wer hat in Deutschland etwa zum Ausdruck gebracht, daß er mit den, übrigens ganz und gar nicht neuen, praktischen Vorschlägen von Liebknecht nicht einverstanden ist? Ich erwarte allerdings nicht, daß die Unteroffiziere dadurch mehr Sympathie für uns gewinnen werden, wenn wir sie besser

zustellen suchen, wie Liebknecht wünscht. Also in Fragen der praktischen Agitation besteht zwischen uns nicht der geringste Unterschied. Einig sind wir uns auch darin, daß wir unseren Genossen im Auslande nicht unnötige Schwierigkeiten bereiten dürfen. Aber wir haben auch die Rücksicht auf uns selbst und unsere Agitation nicht außer acht zu lassen. Wenn jetzt die „Dortmunder Arbeiterzeitung" schreibt: „Lieber zehn Hervés als ein einziger Vollmar", und wenn dann weiter von den „schlimmen Reichstagsreden Bebels und Noskes" gesprochen ist, dann werden unsere Gegner daraus Agitationsmaterial gegen uns schöpfen und Kapital daraus schlagen. Und bei den kommenden Wahlen werden uns solche Auslassungen nichts weniger als angenehm sein. Da werden die Gegner nicht lange Abhandlungen bringen, sondern sie werden sagen: „Im Reichstage haben zwar ein paar sozialdemokratische Abgeordnete gesagt, daß die Sozialdemokraten ihr Vaterland verteidigen wollen, wenn es angegriffen wird, aber das ist alles Rederei, dafür ist ihnen hinterher von ihren Genossen der Kopf gewaschen." Diese nackte Tatsache halten die Gegner Ihnen vor, und was wollen Sie darauf antworten? Sie haben nicht einmal die Möglichkeit, zu sagen, daß es nicht wahr ist. Ich betone nochmals, daß kein Anlaß zu solcher Kritik vorlag, wie geübt wurde. Wenn Kritik geübt werden soll, dann müßte sie sich dagegen richten, daß wir in so unverantwortlicher Weise angegriffen werden und daß unseren Gegnern Material gegeben wird, das sie uns bei den nächsten Wahlen um die Ohren schlagen werden. (Vereinzelter Beifall.)

Dr. **Lensch**-Leipzig: Eine bessere Empfehlung für den Antrag 96 und einen besseren Beweis für die Notwendigkeit, ihn anzunehmen, als die eben gehörte Rede des Genossen Noske kann ich mir nicht denken. (Sehr gut!) Noske begann damit, daß er sagte, die Diskussion über seine Rede sei so außerordentlich verschieden gewesen, das eine Parteiblatt habe dies, das andere jenes ausgesetzt, das eine habe gegen die Aeußerung Bebels protestiert, das andere gegen die Aeußerung Noskes. In diesem Punkte mag er recht haben; aber er hätte hinzufügen sollen, daß in einem Punkte die gesamte Parteipresse einig war, und dieser eine Punkt war: Noske hat Unrecht gehabt mit seiner Rede im Reichstag; er hat dort die Grundsätze der Sozialdemokratie nicht so vertreten, wie er es hätte tun müssen. Mit der einzigen Ausnahme der „Sächsischen Arbeiterzeitung", um auch das zu erwähnen, war die gesamte Parteipresse darin wie gesagt einig. Die „Chemnitzer Volksstimme" begann ja sofort von einer überflüssigen Anrempelei der „Leipziger Volkszeitung" zu sprechen. Die „Leipziger Volkszeitung" ist bekanntlich für solche Zwecke immer ein höchst brauchbares Karnickel (Sehr richtig! und Heiterkeit), wenn man sonst nichts zu erwidern weiß. Wenn Genosse Noske sagte, ich hätte es mir aus den Fingern gesogen, daß der Kriegsminister, nachdem Noske gesprochen hatte, die Erklärung des sozialdemokratischen Redners akzeptiert habe, daß die Partei mit derselben Treue und Hingabe im Falle eines Krieges für das deutsche Vaterland eintreten werde, wie die bürgerlichen Parteien, so muß ich darauf hinweisen, daß nach dem Pressebericht die Rede des Kriegsministers genau wörtlich so begann, wie dort ausgeführt war. „Ich akzeptiere die Erklärung des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, daß im Falle eines Angriffskrieges die Sozialdemokratie mit derselben Treue und Hingabe antreten werde, wie die bürgerlichen Parteien." Und wenn das falsch war, dann hatte eben Noske die Pflicht, sofort in der Presse dagegen zu protestieren und zu sagen: „So ist es nicht gewesen, so sind meine Ausführungen und die Ausführungen des Kriegsministers von Einem nicht gewesen." Aber was hat er denn getan? Die Rede des Genossen Noske hat geradezu einen Jubelsturm in der gesamten bürgerlichen Presse hervorgerufen und die „Chemnitzer Volksstimme", das Blatt des Abgeordneten Noske, hat sich gewissermaßen dies Bukett an den Hut gesteckt. (Noske: Das ist nicht wahr!) Die „Chemnitzer Volksstimme" hat zu einem gewissen Teile diese zustimmenden Erklärungen der bürgerlichen Presse abgedruckt; statt Protest einzulegen, wenn er mißverstanden war, hat Noske geschwiegen, und die „Chemnitzer Volksstimme" hat, wie gesagt, einen Teil dieser bürgerlichen Zustimmungserklärungen abgedruckt.

Doch das nur nebenbei. Wenn überhaupt die ganze Sache einer grundsätzlichen Erörterung unterzogen werden soll, so müssen wir nach meiner Empfindung da anknüpfen, wo Noske mit einem Schein von Recht sagen konnte: das, was ich gesagt habe, hat ja auch früher ein großer Teil der Abgeordneten selber gesagt, das Wort von der Flinte, die auf den Buckel genommen werden soll, habe ich gar nicht geprägt. Das ist zum Teil richtig. Aber wir werden auch sehen, warum das, was vor 50 Jahren richtig war, jetzt absolut falsch ist. Noske hätte sich noch auf ganz andere Gewährsmänner berufen können wie auf Bebel. Er konnte sich auf Marx, Lassalle und Engels berufen. Im Jahre 1848/49 war es die „Neue Rheinische Zeitung", das revolutionärste deutsche Blatt, das mit Emphase einen Krieg des westlichen Europas gegen Osteuropa, gegen Ostelbien und Rußland proklamierte. 1859, als wir eine große europäische Krisis hatten, da war der Feind der demokratischen Institutionen, von dem man eventuell wirklich eine nationale Unterdrückung erwarten konnte, Napoleon III., und damals erklärten sich Engels wie Lassalle in ihren Broschüren mit großer Energie für einen Krieg gegen Napoleon. Engels schrieb damals beinahe wörtlich, was jetzt Noske lediglich gesagt haben will. Wenn man uns angreift, verteidigen wir uns. Aber das Malheur war, das war 1859. (Heiterkeit.) Später, noch in den 70er Jahren, war es ebenfalls Bebel, der im Deutschen Reichstag häufig sagte: Der Todfeind der gesamten europäischen Kultur und auch der deutschen Demokratie, soweit wir eine solche haben, ist das russische Zarentum. Wenn es gegen den russischen Zarismus geht, versteht es sich, daß auch die deutsche Sozialdemokratie in diesem Kampfe ihre Pflicht tut. (Sehr richtig!) Aber das war in den 70er, 80er, 90er Jahren. Inzwischen jedoch hat sich eine Tatsache vollzogen, von der Genosse Noske nichts gemerkt zu haben scheint. Das ist nämlich der Ausbruch der russischen Revolution. Dadurch ist der russische Zarismus ausgeschieden als Todfeind, als wirkungsvoller Feind; er liegt zerbrochen am Boden. (Widerspruch.) Der russische Militarismus ist keineswegs mehr imstande, einen großen europäischen Krieg zu führen, weil er sich zu einer Schutztruppe des Zarismus im Inland selber verwandelt hat. In einer solchen politischen Situation ist dieselbe Erklärung, bereitwillig einen Krieg zu führen, die früher ein Bekenntnis zur Revolution war, jetzt nach dem Ausbruch der russischen Revolution zu einem Bekenntnis zur europäischen Reaktion geworden. Wenn wir jetzt erklären, wir würden einem solchen Kriege zustimmen, so vergessen wir, daß inzwischen sich große historische Wandlungen vollzogen haben. Das hat Noske nicht beachtet, und deshalb ist er jetzt ganz erstaunt und sagt: was wollt ihr denn, ich habe doch genau dasselbe gesagt, was früher Bebel und andere gesagt haben; dann prügelt doch die und prügelt mich nicht. Aus der veränderten Situation heraus ist also schärfster Protest einzulegen gegen diese Auffassungen, Anschauungen, die jetzt allerdings so reaktionär sind, wie sie früher revolutionär waren. Ich meine, ein sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter in dieser Situation wie sie nach den Wahlen war, vor allen Dingen aber jetzt, wo die Marokkoaffäre . . . (Die Redezeit ist abgelaufen, ein Antrag auf Verlängerung derselben wird abgelehnt.)

Löffler-Gelsenkirchen: Ich will nicht den Spuren der Vorredner folgen, sondern die Resolution 97 begründen. Nur so viel will ich sagen: die Genossen,

die aus jeder Kleinigkeit eine Staatsaktion machen, sollten einmal Agitation im Ruhrrevier treiben. Dann würde ihnen die Lust daran ein für allemal vergehen. (Sehr richtig!) Der Antrag 97 ist kein Mißtrauensvotum gegen die Fraktion, im Gegenteil. Die Fraktion genießt das vollkommene Vertrauen von uns Bergarbeitern. Sie ist allein im Parlamente machtvoll für ein Reichsberggesetz eingetreten. Schon 1895 hat sie den Antrag gestellt, das Bergrecht der Kompetenz des Reiches zu unterstellen. Damals waren alle Parteien und auch das Zentrum, das sich sonst so arbeiterfreundlich gebärdet, einig in der Ablehnung dieses Antrags. Auch 1897 waren sämtliche bürgerlichen Parteien Gegner eines gleichlautenden Antrages der Fraktion. Später sind Sachse und Hue wiederholt für die Notwendigkeit eines Reichsberggesetzes aufgetreten. Mittlerweile kam das verhängnisvolle Jahr 1905 mit dem wuchtigen und elementaren Ausbruch der Erhebung der Ruhrbergleute. Die Oeffentlichkeit sympathisierte mit den Bergarbeitern. Diesem gewaltigen Drucke mußte die Regierung nachgeben. Sie versprach wenigstens ein Gesetz zur Regelung der Bergarbeiterfragen und ließ sogar durchblicken, daß es, wenn es der Landtag nicht annehmen sollte, an den Reichstag kommen werde. Viel Vertrauen hatten die Bergarbeiter ja nicht zur Regierung, sie kannten den Spiegelberg. Aber daß es so werden würde, wie es gekommen ist, daß die gesetzgeberische Aktion so verhunzt werden würde, das haben sie nicht angenommen. Wie radikal gebärdete sich die Zentrumspresse. Am 11. Februar des Streikjahres schrieb die „Essener Volkszeitung": Es ist in diesen Tagen des Kampfes so viel von Kontraktbruch gesprochen worden. Wir sprechen es aber offen aus, daß es der schnödeste Kontraktbruch wäre, wenn das Versprechen der Regelung der Bergarbeiterforderungen nicht in befriedigendem Maße erfüllt würde. Im März drohte die „Essener Volkszeitung" mit einem noch verhängnisvolleren Kampfe. So ging es, bis am 22. Mai der Umfall des Zentrums sich in der Erklärung des Zentrumsredners im Abgeordnetenhause vollzog, das Berggesetz dürfe unter keinen Umständen im Reichstag erledigt werden. Am 26. Mai wurde vom Landtag die verhunzte Regierungsvorlage zum Hohn der Bergarbeiter angenommen. Aus ihr war der achtstündige sanitäre Arbeitstag heraus und wichtige Rechte des Arbeiterausschusses beschnitten. Die christlich organisierten Arbeiter erklärten mit uns, was das Gesetz uns bietet, sind Steine statt Brot. Ja, in ihrem Organ wünschten sie die Ablehnung der Vorlage durch das Herrenhaus. Das Zentrum hat sich als die unzuverlässigste Partei in den Bergarbeiterfragen bewiesen. Es hat nur große Worte, aber mit den Taten hapert es. Sehen wir, wie unter dem jetzigen Gesetz für Leben und Gesundheit der Bergarbeiter gearbeitet ist. Im Jahre 1886 kamen auf 1000 Bergarbeiter 6,59 Verunglückte, 1900 12,19, 1906 aber 15,71. (Hört! hört!) Von 1886 bis 1906 sind im Bergbau 22 039 Bergleute zu Tode gekommen. Angesichts dieser Zahlen müssen wir mit aller Macht die reichsgesetzliche Regelung verlangen. Nehmen Sie unsere Resolution einstimmig an. (Lebhafter Beifall.)

Honrath-Aachen begründet den Antrag 79: Für die gewerblichen Arbeiter haben wir die Gewerbeordnung, für das Gesinde die Gesindeordnung. Erstere sind den Gewerbegerichten unterstellt, oder es steht ihnen wie dem Gesinde der ordentliche Rechtsweg offen. Dasselbe trifft auf die Theaterarbeiter zu. Doch für das aufführende Künstlerpersonal an den Kunstinstituten usw. ist irgend eine ähnliche Einrichtung nicht vorhanden. Ja, selbst der ordentliche Rechtsweg ist gänzlich oder zum allergrößten Teil für sie ausgeschlossen. Deshalb verlangt der Antrag 79 das Verbot der Bühnenschiedsgerichte. Diese privaten Schiedsgerichte versperren den Angestellten an Kunstinstituten den ordentlichen Rechtsweg. Die Bühnenschiedsgerichte haben nicht die Berechtigung zur Abnahme von Eiden, ihre Verhandlungen über einen Fall nehmen im allgemeinen eine ganze Saison in Anspruch. Nachher ist es den klagenden Theaterangestellten nicht mehr möglich, den ordentlichen Rechtsweg zu beschreiten. Die Wahrheit kann, da der Eideszwang fehlt, vor den Bühnenschiedsgerichten in 99 von 100 Fällen nicht ermittelt werden. Die Zeugen, soweit sie zum Theaterpersonal gehören, müssen immer befürchten, daß sie von den Bühnenleitern auf die schwarze Liste gesetzt werden oder daß schlechte Auskunft über sie erteilt wird. 12 000 Angestellte an Kunstinstituten leiden unter diesen Zuständen. Die privaten Bühnenschiedsgerichte müssen untersagt und für die Angestellten ein Gericht geschaffen werden, indem sie dem Gewerbe- oder dem Kaufmannsgericht unterstellt werden, das die Garantie bietet, daß die Rechtsprechung für sie schnell und sachgemäß erfolgt, oder es müssen die bestehenden Schiedsgerichte dementsprechend ausgebaut werden.

Scharping-Greifenhagen begründet Antrag 73: Gerade in Pommern und in den anderen ländlichen Provinzen ist das Wahlgeheimnis nicht so gewahrt, wie es sein sollte. Als Wahlurnen dienen Zigarrenkisten oder Suppenschüsseln. Die Zigarrenkisten haben einen Schlitz, und die Wahlkuverts liegen dann das eine über dem anderen. Wird eine Liste über die Reihenfolge der Abstimmenden geführt, dann läßt sich sehr leicht feststellen, wie der einzelne Wähler gewählt hat. Deshalb stellen wir den Antrag, die Fraktion möge verlangen, daß einheitliche Wahlurnen angeschafft werden. Wie oft ist uns von den Landarbeitern gesagt worden, wir können nicht für Euch stimmen, weil sonst unbedingt unser Arbeitsverhältnis gelöst wird. Bei dem Elend und dem starken Druck, unter dem die Landarbeiter leben, sind solche Antworten begreiflich. An uns ist es, Abhülfe zu schaffen. (Lebhafte Zustimmung.)

Hauschildt-Kassel: Dr. Lensch meinte, die gesamte Parteipresse sei wohl darin einig gewesen, daß die Auffassung, die Noske vertreten habe, nicht mit den bisherigen Anschauungen der Partei übereingestimmt haben. Das ist ein Irrtum; eine große Anzahl Parteiblätter hat überhaupt nicht Stellung genommen; nicht weil sie mit der „Leipziger Volkszeitung" übereinstimmten, sondern sie haben sich eben gesagt, da wird wieder ein Geschrei über eine Sache gemacht, die es gar nicht wert ist. (Sehr richtig!) Im Wahlkampf arbeitete der Reichsverband mit seinem Zitatensack, um die „antipatriotische" Haltung der Sozialdemokratie zu beweisen. Glauben Sie, daß wir da draußen in der Provinz mit den schönsten theoretischen Artikeln von Kautsky etwas ausrichten können? Nein, dann greifen wir zu der Rede, die Bebel 1904 gehalten hat und von der die Ausführungen Noskes nichts weiter sind als ein neuer Aufguß. Die Rede von Noske hat uns bei der Agitation nicht nur nicht geschadet, sondern genützt. (Widerspruch.) Ich habe mich zum Wort gemeldet, um einen Wunsch zum Ausdruck zu bringen. Sie haben alle den parlamentarischen Bericht vor sich liegen, aber Hand aufs Herz, wer von Ihnen hat den Bericht überhaupt gelesen? (Oho!) Millionen draußen im Lande sind nicht genau unterrichtet über unsere Arbeiten im Parlament, und das hat uns veranlaßt, zu beantragen, daß alljährlich nach Schluß der Session eine kurze Uebersicht über die Tätigkeit des Reichstags und die Tätigkeit unserer Fraktion herausgegeben und verbreitet wird. Wir glauben, dadurch ein äußerst wirksames Agitationsmittel zu erlangen. Gewiß wird ausführlich über die Reichstagsverhandlungen in der Parteipresse berichtet, aber die Parteipresse hat nur eine Million Abonnenten, und Millionen und Abermillionen werden heute noch systematisch von der bürgerlichen Presse bearbeitet. Darum bitte ich Sie dringend, den Antrag 98 anzunehmen. (Bravo!)

Molkenbuhr: Die Anträge, soweit sie auf die Tätigkeit der Fraktion Einfluß haben sollen, werden am besten dadurch erledigt, daß sie der Fraktion

überwiesen werden. Der Genosse, der den Antrag bezüglich des Bergarbeiterschutzes gestellt hat, hat anerkannt, daß die Fraktion ihre volle Pflicht erfüllt, daß dagegen das Zentrum sehr unzuverlässig gegenüber den Bergarbeiter ist. Das Zentrum ist aber nicht nur gegenüber den Bergarbeitern unzuverlässig, nein, es gibt keine Partei, die überhaupt in Arbeiterfragen unzuverlässiger ist als das Zentrum. (Lebhafte Zustimmung.) Ich erinnere nur an den Widerstand des Zentrums gegen die Ausdehnung der Versicherungsgesetze auf die Landarbeiter. (Sehr gut!) Bisher haben wir uns in unserer ganzen Arbeiterschutzgesetzgebung mehr an das englische Vorbild gehalten; das englische Vorbild war für unsere Anträge maßgebend, weil wir England als Vorbild in der Entwickelung der Produktion ansahen. Zweifellos ist nun die deutsche Produktion über die englische hinausgewachsen; wir haben bei uns Kapitalkonzentrationen, wie sie selbst in England noch unbekannt sind. Für solche Fälle muß man auch in der Arbeiterschutzgesetzgebung über das englische Vorbild hinausgehen. Ich erinnere an die zahlreichen Monopolbetriebe, an das Kohlensyndikat und den Stahlwerksverband. Nun läßt sich ja nicht leugnen, daß der Jahreslohn der Hütten- und Walzwerkarbeiter seit zehn Jahren um 300 Mk. gestiegen ist, aber auf die Tonne fertiger Produkte berechnet, ist der Lohn zurückgegangen, also der Mehrwert, der aus den Arbeitern herausgeschunden wird, ist ganz enorm gestiegen. (Sehr richtig!)

Wir haben etwa 600 000 Bergarbeiter, 300 000 Hütten- und Walzwerkarbeiter, dann kommen die Arbeiter der Gaswerke, zusammen also weit über eine Million Arbeiter, die in Monopolbetrieben beschäftigt sind. Da ist es absolut notwendig, einmal die Leute zusammenzufassen, die in Monopolbetrieben arbeiten, und für sie mit einheitlichen Arbeiterschutzgesetzen vorzugehen. Es kommen hier meistens kontinuierliche Betriebe in Frage, wo die Arbeitszeit abhängig ist von der Regelung des Schichtsystems, ob Zwei- oder Dreischichtsystem, vielleicht später auch das Vierschichtsystem, von Wichtigkeit ist. Bei diesen Betrieben fallen die Konkurrenzrücksichten, die sonst immer als Hindernis gegen Arbeiterschutz angeführt werden, fort. Ich habe schon bei verschiedenen Kollegen angeregt, mit einem Sondergesetz vorzugehen, unter das also nicht nur die Bergarbeiter, sondern alle Arbeiter in Monopolbetrieben fallen. Das wird um so notwendiger sein, weil diese Gebilde ja eine gewisse Macht gegenüber den Arbeiterorganisationen geworden sind. Viele Voraussetzungen, die sonst bei den gewerkschaftlichen Kämpfen in Frage kommen und oft die Entscheidung zugunsten der Arbeiter herbeiführen, fallen bei den Syndikaten fort. Der Kleinmeister muß beim Streik den Verlust seiner Kundschaft fürchten, das Kohlensyndikat und der Stahlwerksverband dagegen können ihre Kundschaft nicht verlieren, sie werden durch Streiks niemals in Verlegenheit gebracht, weil in ihren Verträgen überall die Streikklausel enthalten ist, und meist ist ja auch der Streik für sie die Ursache mit, daß sie ihre Preise erhöhen können. Ohne den großen Bergarbeiterstreik 1905 hätte das Kohlensyndikat seine Preise nicht halten können, es ist dadurch eine Marklage geschaffen, die ihm Millionen zuführt. Bei Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse werden wir sehr leicht dazu kommen, ein neues System der Arbeiterschutzgesetzgebung aufzubauen, und zwar ein System, unter dem auch die Bergarbeiter größere Vorteile erlangen können, als wenn man sich nur auf ein einzelnes Gewerbe beschränkt. (Beifall.)

Weißmann-Karlsruhe: Ich bitte die Genossen dringend, den Antrag 96 abzulehnen, der in gewissem Sinne zweierlei sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete will. Genosse Noske ist zu Unrecht so schlimm behandelt, es lag kein Grund vor, die Frage zu einer Kardinalfrage zu machen. Noske konnte angesichts der Situation gar nicht anders sprechen; seine Ausführungen haben uns in der Agitation nicht nur nicht geschadet, sondern genutzt. Aber selbst, wenn er zu weit gegangen wäre, durfte ihn die „Leipziger Volkszeitung" nicht so behandeln. Ueber koloniale Fragen herrscht noch keine Klarheit; auch durch den Stuttgarter Kongreß ist keine größere Klärung herbeigeführt. Wir müssen dieser Frage eine erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden. Ich bitte nicht etwa, zu glauben, daß ich die Kritik an Bebel und Ledebour einschränken will, aber vielleicht wäre es ratsam, daß die Fraktion sich einen Beirat für koloniale Fragen schafft. (Lachen.) Ich war auf Widerspruch gefaßt. Es kommt darauf an, auch die kolonialen Fragen anderer Länder zu studieren, das Material zu sammeln und auch an Ort und Stelle — also in den Kolonien — Studien zu machen. Ich bitte, diesen Vorschlag in Erwägung zu ziehen. Wir kommen nicht um eine praktische Prüfung der Kolonialfrage herum

Eingegangen ist der genügend unterstützte Antrag 98.

Brecour-Kiel: Der Unwille über die Rede Noskes beim Militäretat ist doch in weitere Kreise als nur in die der „Leipziger Volkszeitung" gedrungen. Man kann die Art und Weise, wie die „Dortmunder Arbeiterzeitung" ihren Begrüßungsartikel abgefaßt hat, scharf verurteilen und braucht doch nicht auf dem Standpunkt Noskes zu stehen. Die Bemerkung gegen die „Leipziger Volkszeitung", man solle nicht aus jeder Aeußerung eine Staatsaktion machen, ist jedenfalls unangebracht; damit kann man jede Kritik abweisen. (Sehr richtig!) In so prononcierter Form wie Noske hat sich noch kein Parteigenosse für die Teilnahme der Sozialdemokratie an einem Kriege ausgesprochen. Es ist überhaupt die Frage, ob wir Ursache haben, über dies Thema lange Ausführungen zu machen und Erklärungen abzugeben. Unseren Gegnern macht unsere eventuelle Stellungnahme in einem zukünftigen Kriege schwere Sorge. Mögen sie sich über die Haltung der Sozialdemokratie in einem Kriege den Kopf zerbrechen. Es genügt, wenn wir erklären, unsere Stellungnahme im Kriege muß diktiert sein von den Interessen des gesamten Proletariats. Wir müssen auch bedenken, welche Wirkung derartige Reden auf unsere ausländischen Parteigenossen und ihre Aktionen ausüben können. Für uns kommt es vor allem darauf an, die Wirkungen der Kriege klarzulegen, darauf hinzuweisen, daß das Proletariat es ist, das in erster Linie die Kosten an Gut und Blut dabei zu tragen hat. (Lebhafte Zustimmung.) Wem die Erklärung im übrigen nicht genügt, daß wir im Falle eines Krieges uns von den Interessen des gesamten Proletariats leiten lassen werden, der wird sich sicher vom Reichslügenverband gefangen nehmen lassen. (Sehr richtig!) Ich bitte Sie, den Antrag Kiel anzunehmen, er wird eine Mahnung sein für künftige Fraktionsredner beim Militäretat. (Bravo!)

Hartmann-Rotthausen spricht für den Antrag 96. Die Versprechungen der Regierung bei dem Berggesetz sind nicht gehalten worden. Auch der einzige Arbeitervertreter im preußischen Abgeordnetenhause hat, obgleich er von der Pike auf gedient hat, es nicht verstanden, die Interessen der Bergarbeiter wahrzunehmen. Beweisen Sie mit der einstimmigen Annahme dieses Antrages, daß die Sozialdemokratie allein es ist, welche ein Herz für die Bergarbeiter hat, und daß sie gewillt ist, für ihre Menschenrechte mit aller Entschiedenheit zu kämpfen. (Bravo!)

Dr. **Leusch**-Leipzig: Ich wurde vorhin durch den Ablauf meiner Redezeit daran verhindert, meinen Gedankengang zu Ende zu führen. Ich bemühte mich, Ihnen auseinanderzusetzen, daß früher allerdings nationale Gefahren für uns innerhalb der gesamten europäischen Politik vorlagen, daß früher der Zarismus und eine Zeitlang Napoleon III. in der Tat eine nationale Gefahr für das deutsche Volk bildeten und daß in jener Zeit die Erklärung, einen Angriffskrieg von draußen abwehren zu wollen, die Erklärung zu einem re-

volutionären Kriege war. Jetzt aber, nach dem Ausbruch der russischen Revolution, ist Rußland als moderne militärische Großmacht ausgeschieden, das russische Heer ist nicht mehr eine drohende Lebensgefahr für die europäische Demokratie. In einer solchen Situation ist es völlig verfehlt, überflüssig, sogar schädlich, was in früheren politischen Situationen notwendig und berechtigt war. Diese Wandlung der historischen Situation hat Noske nicht beachtet, und daher ist seine Rede auf große Entrüstung und Ablehnung innerhalb der Partei gestoßen. Jetzt gibt es überhaupt keinen Staat mehr, von dem wir eine Gefahr für die nationale Unabhängigkeit der deutschen Nation befürchten könnten. Es war, wie ich betonen muß, bei früheren Gelegenheiten immer eine spezielle Gefahr, auf die man hinwies, man wies auf Rußland hin, auf Frankreich, aber man kam nie dazu, gewissermaßen den herrschenden Klassen einen Blankowechsel auszustellen für jeden möglichen Angriffskrieg, gewissermaßen so, daß die Arbeiterklasse sich in eine Versicherungsgesellschaft für die herrschenden Klassen verwandelte. In der jetzigen Situation ist ein Krieg nicht denkbar, dem die Sozialdemokratie zustimmen könnte. Da war die Erklärung Noskes ebenso überflüssig wie schädlich. Ich glaube, es war Brecour, der sagte, ob denn jetzt unsere Reichstagsabgeordneten nichts besseres zu tun hätten, als im Reichstag derartige Erklärungen abzugeben und überhaupt über derartige Fragen sich den Kopf zu zerbrechen, ob wir uns im Falle eines Krieges den herrschenden Klassen zur Verfügung stellen wollen oder nicht. Genosse Noske sagte, als die bürgerlichen Diplomaten am Bundesratstisch und als die Vertreter der bürgerlichen Parteien versicherten, sie seien überaus friedliebend, da habe er sich verpflichtet gefühlt, zu sagen: Nun gut, wenn man Euch angreift, werden wir Euch verteidigen. Ich bin der Meinung, er hätte antworten müssen: auf eine solche Erklärung pfeifen wir; das versteht sich ganz von selbst, daß Ihr Friedensliebe markiert. Er hätte als Vertreter der deutschen Arbeiterklasse sagen müssen: Wenn Ihr verlangt, daß wir mit unserem Blut, mit unseren Knochen Eure Politik verantworten, so verantwortet mal erst Eure Politik vor uns. Darauf kam es an, diesen Punkt hat Noske unter den Tisch fallen lassen.

Das wollte ich vor allem ausführen. Genosse Südekum hat dann noch längere Ausführungen über die Notwendigkeit der Lohnerhöhung für die Soldaten gemacht. Nach meiner Empfindung hat in diesem Falle die Reichstagsfraktion völlig korrekt gehandelt. Die ersten und größten Opfer des Militarismus sind die deutschen Soldaten selber, daher war der Antrag der Fraktion durchaus berechtigt. (Beifall.)

Wetzker-Bochum: Ich stehe wohl nicht im Verdacht, die Neigung zu haben, die Partei dem Anarchismus zuzutreiben. Aber ich muß sagen, daß es aus agitatorischen Gründen nicht notwendig ist, bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit patriotische Reden zu halten. Wenn gesagt wird, wir würden die Flinte im Falle des Angriffskrieges auf den Buckel nehmen, so glaubt uns das kein Mensch, solange wir den Militäretat ablehnen. (Sehr richtig!) Ich befinde mich in der angenehmen Lage, was nicht oft vorkommt, mit dem Genossen Lensch übereinzustimmen, und zwar darin, daß es auf die politische Situation sehr ankommt, in der man irgendwelche Erklärung zur Frage des Militarismus abgibt. Die ganze internationale politische Situation in der Zeit war nicht zu derartigen Erklärungen im Reichstage angetan. Ich halte es aber nicht für richtig, daß man den ganzen Zorn auf Noske wirft. Noske hat im Reichstage nichts anderes erklärt als auch andere Parteigenossen im Reichstage. Er ist das Opfer seines Glaubens an den Genossen Bebel. (Heiterkeit.) Auch Bebel hat bei den Debatten über den Militäretat sich so ausgesprochen, und wenn man an derartigen Aeußerungen Kritik übt, so soll man sich nicht nur die Kleinen vornehmen, sondern man soll auch den Mut

haben, Bebel zu sagen, daß wir mit ihm nicht einverstanden sind. (Zuruf: Es kommt auf die Situation an!) Die Aeußerungen Bebels stammen aus der neuesten Zeit, nicht von vor 50 Jahren. Es ist zu empfehlen, auf die internationale Situation und darauf Rücksicht zu nehmen, daß man den ausländischen Bruderparteien, die sich bemühen, den Militarismus zu bekämpfen, nicht in den Rücken fällt. (Beifall.)

Lehmann-Wiesbaden: Ich habe die Rede Noskes im Reichstage mit angehört und den Eindruck gewonnen, daß er in seinem Bestreben, die Ungefährlichkeit der sozialdemokratischen Partei zu schildern, sich etwas zu weit hat fortreißen lassen. Es mag ihm wohl der Bebelsche Ausspruch vorgeschwebt haben, Bebel hat aber gesagt: Wenn es gegen Rußland geht, dann bin auch ich dabei, die Flinte auf den Buckel zu nehmen. Wir machen Noske zum Vorwurf, daß er nicht öffentlich erklärt hat, daß seine Worte falsch mitgeteilt worden seien, und nun gewissermaßen aus Rechthaberei sagt: Das ist in der Partei immer so gehalten worden. Den Antrag Kiel bitte ich abzulehnen.

In der Resolution 93 wird der Parteivorstand ersucht, einen energischen Vorstoß zur reichsgesetzlichen Regelung der Bergarbeiterverhältnisse zu machen. Die Fraktion hat getan, was sie tun konnte. Sie hat viele Anträge eingebracht, aber alle diese Anträge sind nicht zur Beratung gekommen, und daran haben die bürgerlichen Parteien viel Schuld. Es ist unerhört, wenn die bürgerlichen Parteien, um ihre Arbeiterfreundlichkeit zu beweisen, in den ersten Tagen Anträge einbringen und dann unter sich einig werden, den Reichstag vor Pfingsten zu vertagen, womit die Möglichkeit, diese Anträge auch zur Beratung zu bringen, genommen war. Erst hatte man damit gerechnet, daß der Reichstag auch nach Pfingsten noch auf 14 Tage zusammen kommt, aber dann hat man bestimmt, daß von jeder Fraktion nur ein Redner oder zwei bei jeder Diskussion zu Worte kommen sollten, um die Vertagung vor Pfingsten möglich zu machen. Unsere Vertreter haben gegen diese Abmachung und wir haben auch gegen die Schlußanträge gestimmt. Die Fraktion hatte gar keine Möglichkeit, ihre Initiativanträge zur Beratung zu bringen, die bürgerlichen Parteien waren darauf bedacht, daß sie nicht zur Beratung kamen.

Ulrich-Offenbach: Wohin wir mit der Art der Kritik kommen, welche in unserer Presse beliebt wird, das zeigt der Antrag Kiel, der verlangt, daß die Fraktion eine Scheidung zwischen befähigten und unbefähigten Rednern treffen soll. Wenn man das in einer gewöhnlichen Parteiversammlung aussprechen würde, so würde es den größten Sturm der Entrüstung hervorrufen. (Sehr richtig!) Wenn die Kritik sich so konzentriert wie in dem Antrage Kiel, so müssen wir uns dagegen wehren. Als ich die Rede Noskes im Reichstage hörte, habe ich nicht den Eindruck gehabt, den die Leipziger bekommen haben wollen. Es kommt zum großen Teil doch auf die Art des Vortrages an, der Ton macht die Musik. Was Noske sagte, ist nicht im geringsten zu deuteln gegen unsere Stellung, die wir gegenüber dem Militarismus einnehmen. Die Ausführungen Noskes sind aus der Situation heraus erklärlich, und ich begreife nicht, wie man ihm aus seinen Ausführungen einen Strick drehen kann. Wenn ich mir die historischen Expektorationen des Genossen Lensch vor Augen führe, dann möchte ich sagen: Die Gelehrsamkeit möchte ich nicht zu meiner eigenen machen. (Heiterkeit.) Er sagt, unsere ganze politische Situation sei so, daß wir gar nicht mehr zu fürchten hätten, daß wir jemals gegen Rußland den Schießprügel in die Hand nehmen müßten. Alle Achtung, Kollege Doktor (Heiterkeit), aber dadurch, daß Sie den Doktor gemacht haben, haben Sie nicht den Befähigungsnachweis für politische Prophezeiungen erbracht. (Heiterkeit.) Die Kritik, wie sie die „Leipziger Volkszeitung" übt, ist geradezu zum Skandal geworden. (Widerspruch.) Es ist Euer gutes Recht, dagegen zu protestieren,

aber es ist auch mein gutes Recht, hier meine Ansicht auszusprechen. Wenn wir vom Patriotismus sprechen, so meinen wir als Vertreter des Proletariats auch den Patriotismus des Proletariats, und man soll dann nicht immer hinterher kommen und die Worte so auslegen, als wenn der Redner vom bürgerlichen Patriotismus gesprochen hätte. Wenn gesagt wird, daß wir bereit seien, den Schießprügel in die Hand zu nehmen, so muß doch eine besondere Situation vorgelegen haben, und es geht nicht, einem Redner Begriffe unterzulegen, die er nicht ausgesprochen hat. Wenn ich die Reden unserer alten Vorkämpfer durchblättere, so kann ich nicht finden, daß wir fader geworden sind, sondern wir treten kräftiger und entschiedener dafür ein, daß wir die Menschen zu glücklichen Menschen machen wollen. Diesen Patriotismus vertreten wir, das war auch bei Noske maßgebend. Wenn wir anfangen wollen, auszulegen und unterzulegen, so kommen nur Mißverständnisse heraus. Die häßlichen Mißverständisse, die auch bei den Kolonialdebatten hervortreten, sollten wir vermeiden. Was Noske sagte, entsprach unserer allgemeinen Stellung! Man kann sich über die Satzbildung unterhalten, aber man sollte nicht böswillig dabei verfahren. In den Reden des verstorbenen Genossen Liebknecht, in denen von Marx und Lassalle, finden Sie nichts anderes, als was wir unter dem Begriff „Patriotismus" verstehen. Wenn wir mal bei einzelnen Fragen mit bürgerlichen Vertretern in die gleiche Kerbe hauen, so ist das kein Verrat an der Partei, sondern die bürgerlichen Vertreter sind dann zufällig unserer Meinung. Im „Volksfreund", Braunschweiger Volkskalender für 1908, wird der Standpunkt unserer Partei in der Richtung festgelegt, wie wir uns zum Vaterland stellen. Ich setze voraus, daß der Schreiber dieses Artikels zu den Genossen gehört, die man mit der euphemistischen Bezeichnung „radikal" belegt. Der Artikel geht dahin, daß wir mit glühendem Eifer kämpfen für das Vaterland, in dem wir uns wohl fühlen können. Er sagt: „Das werktätige Volk Deutschlands denke nicht daran, sein Vaterland zu verraten, sein höchstes Eigentum einem fremden Volke preiszugeben. Das Land, in dem wir geboren, dessen Sprache wir sprechen und in dessen Kultur wir körperlich und geistig wurzeln, ist und bleibt unser. Das ist so selbstverständlich, daß es gar nicht besonders ausgesprochen zu werden braucht." Man könnte das vielleicht auch auffassen als eine spießbürgerliche Deduktion. (Zuruf: Den Schluß des Artikels verlesen!) Ihr seid ja sehr buchstaben- und silbenfischer! Es heißt dann weiter: „Ebenso selbstverständlich ist es aber auch für uns, daß wir keinem anderen Volk in sein angestammtes Eigentum einzufallen gebenken, und genau so denken die Millionen unserer französischen Genossen. Die gegenseitige Gewährleistung des vaterländischen Bodens, der nationalen Gleichberechtigung und Freiheit ist für die Sozialisten aller Länder eine so selbstverständliche Sache, daß jeder, der für die Bekämpfung oder Unterdrückung eines fremden Volkes eintreten würde, mit Schimpf und Schande aus der internationalen Sozialdemokratie ausgestoßen würde." (Sehr richtig!) Ganz richtig! Man soll, wenn man kritisiert, nicht so abfällig urteilen, wie Dr. Lensch es getan hat. (Beifall.)

Pfannkuch: Die vielen Anträge legen Zeugnis ab von der Kraft und Fähigkeit, die der Partei inne wohnt. Auf allen Parteitagen aber ist uns nahe gelegt worden, daß man der Fraktion und auch dem Parteivorstande in vielen Fällen nicht eine gebundene Marschroute vorschreiben darf, und es sind auf den Parteitagen die Anträge, in denen die Fraktion beauftragt wurde, diese oder jene Materie einer gesetzgeberischen Regelung zuzuführen, der Fraktion nur als Material überwiesen worden. Die Fraktion kann nicht immer wie sie will, sie muß sich nach Zeitumständen und Geschäftslage richten. Ich würde es für richtig halten, wenn alle diese Anträge der Fraktion zur Erwägung überwiesen würden. Die Anregung Weißmanns in Sachen der Kolonialpolitik hat sich nicht zu einem

Antrage verdichtet. Hauptsächlich will ich mich wenden gegen Antrag 98. Hauschildt hat zur Begründung gesagt, die Mehrzahl der Delegierten lese den parlamentarischen Bericht doch nicht durch. Ich bin anderer Ansicht. Der parlamentarische Bericht ist in diesem Jahre noch etwas später fertig geworden als früher. Er soll zwar nach Parteitagsbeschluß drei Wochen nach Schluß der Session erscheinen; das konnte aber bisher nicht durchgeführt werden. Der Parteivorstand gibt sich gewiß die denkbarste Mühe, die Berichte, Vorstands- und Fraktionsbericht, frühzeitig herauszubringen. Hauschildt verfolgt vermutlich auch nicht alle unsere Publikationen, sonst würde er wissen, daß der Parteivorstand eine Sammlung sämtlicher parlamentarischen Anträge der Partei von 1867 an in Angriff genommen hat. Die Arbeit ist fertiggestellt und druckreif. Die Herausgabe der Veröffentlichungen, die Antrag 98 fordert, würde große Kosten erfordern. Wogegen ich mich wende, ist das, daß der Vorstand beauftragt werden soll. Wenn der Antrag dem Parteivorstande zur Erwägung überwiesen wird und es möglich ist, ihn auszuführen, so wird der Parteivorstand ihn auch ausführen. (Beifall.)

Ledebour-Berlin: Ulrich hat sich mit außerordentlicher Vehemenz gegen den Antrag Kiel gewandt, wonach die Fraktion von Fall zu Fall die Redner zu den einzelnen Fragen stellen soll; er hat das als Terrorismus, als die Etablierung von zwei Klassen von Sozialdemokraten bezeichnet. Ich habe noch niemals einen erstaunlicheren Ausspruch aus dem Munde eines Abgeordneten gehört. Die Praxis, die der Antrag will, wird doch schon jetzt konsequent von der Fraktion befolgt. (Sehr richtig!) Merkwürdigerweise hat Noske gar nicht erwähnt, daß er gar nicht als Fraktionsredner gesprochen hat. Bebel war als Redner bestimmt, aber wie das jederzeit der Fall ist, hat nach den offiziellen Fraktionsrednern noch jedes andere Fraktionsmitglied das Recht, sich zum Wort zu melden. Meist kommt der Betreffende nicht mehr zum Wort, weil vorher die Diskussion geschlossen wird. In diesem Falle hatte Noske sich gemeldet. Nun hielt der Kriegsminister eine Rede, und da war allerdings unter uns die Ansicht verbreitet, daß nun ein für solche schwierige Situation geeigneter Genosse das Wort zur Antwort nehmen würde; es wurde Vollmar vorgeschlagen, der ja auf diesem Gebiet sehr bewandert ist. Da hat sich Noske — was sein gutes Recht ist — geweigert, zugunsten von Vollmar zu verzichten. Daraus mache ich ihm absolut keinen Vorwurf, er hielt sich dazu für geeignet, aber die Tatsache muß doch festgestellt werden. Also, da der Antrag Kiel von der irrigen Voraussetzung ausgeht, daß Noske als Fraktionsredner bestellt war, ist er gegenstandslos, aber er kann trotzdem, um die bisherige Praxis zu bekräftigen, der Fraktion überwiesen werden. Im übrigen verzichte ich darauf, mich über den Fall Noske weiter auszulassen, ich stimme da wesentlich mit den Ausführungen von Lensch und Wetzker überein.

Mit meiner Stellung zur Kolonialpolitik hat sich Weißmann sachlich einverstanden erklärt, er hat aber vorgeschlagen, einen kolonialen Beirat zu schaffen. Das ist praktisch unausführbar, ich kenne nämlich keine Parteigenossen, die gerade in dieser Frage als sachverständige Autoritäten gelten könnten. Wir in der Fraktion sind noch immer die erfahrensten auf diesem Gebiete. Ich für meine Person habe mich seit 30 Jahren sehr eingehend mit der Kolonialfrage beschäftigt, längst, bevor wir in Deutschland Kolonien hatten. Einen Beirat halte ich für vollständig überflüssig. Wir müssen sehen, so gut wir können, mit dem Wissen auszukommen, über das wir verfügen. Ich habe Weißmann weiter so verstanden, daß die Partei auf ihre Kosten Genossen hinausschicken soll, um die Kolonien zu studieren. Dagegen muß ich mich wenden. Wenn das einen Wert haben soll, dann müßte man auf Jahre hinausgehen, und das würde so kolossale Geldmittel erfordern, daß ich eine solche Ausgabe für unverantwortlich halten würde. Wir haben über die kurzen Spritzfahrten gehöhnt, die von bürgerlichen

Reichstagsabgeordneten unternommen sind, die ein paar Wochen oder Monate in den Kolonien umherpondeln und sich dann als Sachverständige aufspielen. Aber etwas Besseres würde auch bei unseren Spritzfahrten nicht herauskommen. Daß überhaupt ein solcher Gedanke jetzt in unseren Reihen zum Durchbruch kommt, ist auf die Ausführungen von van Kol auf dem Stuttgarter Kongreß zurückzuführen. Ich nehme um so mehr die Gelegenheit wahr, mich darüber zu verbreiten, als das, was ich in einer Berliner Versammlung darüber gesagt habe, in ganz unglaublicher Weise entstellt worden ist. Daß van Kol aus eigener Anschauung sich über gewisse koloniale Verhältnisse hat unterrichten können und noch unterrichten kann, liegt ausschließlich an seinen persönlichen Verhältnissen; er ist in einer günstigen Lage, er ist selbst pensionierter Kolonialbeamter. Bisher haben wir keinen pensionierten Kolonialbeamten in unseren Reihen. Bekommen wir mal einen, dann soll es uns freuen. Ferner ist van Kol in den Kolonien interessiert und obendrein ist er ein reicher Mann; er kann sich das also leisten. Das ist kein Vorwurf gegen ihn, im Gegenteil, wir freuen uns immer, wenn reiche Leute in unsere Reihen treten, die ihre Mittel für Parteizwecke anwenden. Sollten in unseren Reihen wohlhabende Genossen sein, deren Mittel und Zeit es erlaubt, auf Jahre in die Kolonien zu gehen, meinen Segen haben sie und auch den Segen der ganzen Partei, aber wir dürfen nicht so unverantwortlich mit Parteigeldern umgehen. Wogegen ich mich aber ganz entschieden verwahre, ist, daß van Kol sich selbst als leuchtendes Beispiel in Stuttgart hinstellt und dadurch den Glauben erweckt hat: ja es ist doch wirklich ein Skandal, daß das große Deutschland nicht das kann, was Holland gemacht hat. Wir werden, obwohl wir auf Erfahrungen, die auf diese Weise gewonnen sind, vorläufig verzichten müssen, doch in ganz derselben Weise wie bisher gegen diese koloniale Schandwirtschaft arbeiten. (Beifall.)

Stadthagen-Berlin: Durch die Erklärung von Ledebour über die Art der Auswahl der Fraktionsredner und über die Haltung von Noske ist die m. E. berechtigte Kritik erledigt, als ob die Fraktion als solche eine andere Stellung gegenüber dem Militarismus einzunehmen beabsichtigt als die Partei und sie bislang stets eingenommen hat. Ich wende mich ganz entschieden dagegen, daß hier auf dem Parteitage seitens einzelner Genossen eine Einschränkung des Rechts der Kritik versucht wird. (Sehr gut!) Ich würde mich freuen, wenn viel mehr kritisiert würde, ich halte es für die Aufgabe der Fraktion, die Ansichten der Gesamtpartei zu vertreten. Aber wie ist das möglich, wenn keine Kritik einsetzt oder wenn man, wie es Ulrich tut, sagt, die Kritik ist zum Skandal geworden? Ja, geht denn bei den Genossen das Unbehagen vor freiester Kritik so weit, daß sie annehmen, wenn man nicht mehr lobt oder nicht mehr nach der anderen Seite hin lobt, komme ein Skandal heraus? Ich würde es vielmehr für einen Skandal halten, wenn man die freie, die freieste Kritik nicht mehr ertragen kann. (Sehr richtig!) Noske meint, er habe so sprechen müssen, weil man den Leuten auf der Agitation nicht auseinandersetzen könne, was kapitalistischer und was proletarischer Patriotismus ist. Ja, zum Donnerwetter, wenn man das nicht kann, dann soll man nicht auf Agitation gehen. (Sehr gut!) Wohl alle Genossen, auch ich habe mich in der Wahlbewegung genau so mit dem Reichslügenverband auseinandersetzen müssen wie Noske. Gerade die Anzapfungen geben uns die beste Gelegenheit, darzulegen, der Patriotismus der herrschenden Klasse ist ein Talmipatriotismus, geht gegen die Interessen des Vaterlandes, der Gesamtheit der Arbeiterklasse, es wird der Arbeiterklasse das Vaterland von der Bourgeoisie geraubt, sie hat keinen Grund, dies Vaterland der herrschenden Klasse im Interesse der Bourgeoisie zu verteidigen, für die Verewigung der Klassenherrschaft einzutreten. (Sehr richtig!) Noske hätte in seiner Rede darlegen müssen, daß der

Militarismus gegen den inneren Feind mißbraucht wird. Gegenüber dem Hochverrat, den der Kapitalismus, den einzelne Leute der herrschenden Klasse fortdauernd an dem Rechte der Arbeiter und der Arbeiterklasse von Tag zu Tag verüben, lag meines Erachtens kein Grund vor, zu erklären: Ja wohl, wenn ein Krieg kommt und ihr werdet angegriffen, dann machen wir selbstverständlich mit, sondern stark und klar die Heuchelei der Vaterlandsphrasen der herrschenden Klasse darzutun. Noske meinte, wenn ihm einer sage, er sei ein Vaterlandsverräter, so würde er antworten: Du bist ein Lügner! Nein: ich würde sagen: Vaterlandsverräter? Wo ist denn das Vaterland? Ihr raubt ja dem Arbeiter das Vaterland. Wir wollen es ihm geben. (Sehr gut!) Wenn man den Unterschied des kapitalistischen Patriotismus oder Scheinpatriotismus von der wahren Vaterlandsliebe, dem wirklichen Patriotismus der arbeitenden Klasse klarlegen, wenn man nicht ausführen kann: Euer Patriotismus besteht darin, daß Ihr alles von der Nation für Euch, der der Arbeiterklasse, daß sie alles für die Nation, für die Allgemeinheit, für ein menschenwürdiges Dasein aller einsetzen will, dann soll man uns doch nicht damit kommen, daß die Agitation dadurch erschwert wird, daß man nicht klar redet, daß man nicht die Wahrheit sagt, sondern Zugeständnisse macht. Der Standpunkt von Noske ist nicht der richtige. Ulrich hat die Sache verschoben. Er geht von der Ansicht aus, als ob Noske gesagt hätte, daß der Patriotismus der Proletarier etwas ganz anderes ist als der der Herrschenden. Gewiß, das hätte angeführt werden können, aber daß es in den Worten von Noske liegt, muß ich ganz entschieden bestreiten.

Ein Wort über die Ausführungen von Löffler über die Bergarbeiterverhältnisse. Die Fraktion hat in dieser Beziehung getan, was überhaupt möglich ist. Es liegen nicht weniger als sechs Initiativanträge auf diesem Gebiete vor. Weitere Anregungen, als in diesen Anträgen enthalten sind, habe ich von Löffler nicht gehört. Er irrt aber, wenn er annimmt, daß der Reichstag in dieser Beziehung anders zusammengesetzt sei als früher. Der Antrag auf Einführung eines Reichsberggesetzes ist von uns schon, abgesehen von Anregungen und Ausführungen nach derselben Richtung hin bereits in den 70er und 80er Jahren, am 5. Dezember 1894 gestellt, dann häufig wiederholt. 1896 bei Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuchs wurde der Antrag von uns in der Kommission und im Plenum gestellt, von allen Parteien, einschließlich des Zentrums, aber niedergestimmt. Es gelang uns nur, im Plenum eine Resolution auf reichsgesetzliche Regelung dieser Materie zur Annahme zu bringen. Der Bundesrat hat ihr keine Folge gegeben. Wir sind dann jahraus, jahrein mit denselben Anträgen gekommen. Im Jahre 1900 hat der Reichstag dann noch einmal eine Resolution in unserem Sinne angenommen; es ist aber so geblieben wie es war, ja, ich behaupte, daß es durch die preußische Berggesetznovelle noch schlimmer geworden ist. Was die Anregungen rücksichtlich der Bühnenangehörigen und anderer Arbeiterkategorien anlangt, so stimme ich darin mit Molkenbuhr überein, daß eine Neubearbeitung, Ausdehnung, andere Art der Kodifizierung eines einheitlichen Arbeiterschutzgesetzes, das sich auf alle Arbeitsverhältnisse zu erstrecken hätte, sehr wünschenswert und nötig ist. Ich bitte die Genossen aus dem Lande dringend, ihre Anregungen der Fraktion zu überweisen. Unter den 140 Initiativanträgen der Gegner befindet sich auch nicht ein einziger auf sozialem Gebiete, der nicht von der Sozialdemokratie abgeschrieben ist. (Hört! hört!) Wir werden diese Heuchelei niedriger hängen müssen, die bis in die höchsten Regierungskreise hineingeht, die immer den Sozialdemokraten vorwirft, daß sie keine praktische Arbeit leisten, während die Bourgeoisie doch selbst ihre praktischen Anregungen der Sozialdemokratie entlehnt. (Beifall.)

Noske-Chemnitz: Wenn ich die Absicht habe, Kritik zu üben, so kann ich aus jeder beliebigen Rede, an diesem oder jenem Satz, etwas aussetzen. Wenn Genosse Stadthagen aber jetzt vermißt hat, daß ich nicht dagegen protestiert hätte, daß das Heer im bürgerlichen Klassenstaat zum Instrument zur Niederhaltung der Arbeiterklasse benutzt werde, dann verweise ich ihn auf das Stenogramm meiner Rede, das auf meinem Platze liegt. Er wird sich dann überzeugen, daß das in ausreichendem Maße geschehen ist. — Ein paar meiner Fraktionskollegen sind so liebenswürdig gewesen, ebenfalls ein paar kritische Bemerkungen über meine Rede zu machen. Ich konstatiere, daß unter dem frischen Eindruck der Rede in der Fraktion keine Kritik daran geübt worden ist. Wenn ich Neigung dazu hätte, könnte ich mich umgekehrt auf eine Reihe anerkennender Aeußerungen namhaftester Fraktionsgenossen berufen. Wenn diese es jetzt nicht für notwendig halten, hier vor den Parteitag zu treten und mich zu decken, so mögen sie das vor sich verantworten. Ich mache keinen Anspruch darauf. Es ist richtig, daß ich nicht von der Fraktion als Redner bestimmt worden bin, sondern in der Diskussion von meinem Rechte zu sprechen Gebrauch gemacht habe. Die Annahme eines Maulkorbantrages, der darauf hinausliefe, diesem oder jenem Redner im Reichstag den Mund zu verbieten, würde zwecklos sein. Wenigstens ich würde nicht zu denjenigen gehören, die sich den Mund zubinden ließen. Genosse Ledebour hat darauf hingewiesen, daß an meiner Stelle Vollmar als Redner in Vorschlag gebracht worden ist. Ich weise darauf hin, daß Vollmar in seiner Rede zum auswärtigen Etat drei, vier Tage später rückhaltslos und nachdrücklich meine Rede unterstrichen hat; das war, nachdem die „Leipziger Volkszeitung" schon den Krakehl begonnen hatte. Der Kieler Parteigenosse hat sich seine Kritik sehr leicht gemacht. Er meinte, man braucht ja diese Frage nicht immer zu erörtern. Wenn aber die Frage von den Gegnern aufgeworfen wird, dann müssen wir ihnen Rede und Antwort stehen. Daß auf die Scheußlichkeiten des Krieges hingewiesen werden muß, ist eine Binsenwahrheit, über die vor dem Parteitag nicht erst gesprochen werden muß. Das aber ist zu betonen, daß in gewissen Fällen das Interesse des Proletariats durchaus auch darin bestehen kann, daß ein Angriffskrieg zurückgewiesen wird. Ich erinnere noch einmal daran, daß die politische Situation im Frühjahr eine derartige war, daß bei der Regierung und im Bürgertum gar keine Neigung für einen Krieg zu verspüren war; die Erörterungen über den Militäretat fanden statt in der Zeit der allerärgsten Isolierung Deutschlands. — Alles, was Genosse Lensch hier gegen mich angeführt, ist absolut hinfällig. Er sagte, die ganze Parteipresse habe sich über meine Rede entrüstet. Das hat er selbst vorweg in einer Leipziger Parteiversammlung widerlegt. Dort hat er den Parteigenossen auseinandergesetzt, daß er tagelang gewartet habe, ob denn nicht in der Parteipresse Mißbilligung gegen meine Rede laut werde. Erst nachdem er drei Tage habe ins Land gehen lassen, habe er sich gesagt, es müsse Stellung genommen werden. Auch im „Vorwärts" hat man nicht sofort entdeckt, daß das Kapitol in Gefahr ist, sondern man hat einfach ein Zitat aus der „Leipziger Volkszeitung" abgedruckt. Eine ganze Woche hat es gedauert, bis man im „Vorwärts" dazu gelangt ist, selbständig kritische Ausführungen zu machen. Gewiß ist in der Parteipresse Kritik geübt worden, aber mit welcher Sachlichkeit! So hat das Düsseldorfer Parteiblatt geschrieben, daß die ausgezeichnete Rede Vollmars durch die Ausführungen Noskes und Bebels stark abgeschwächt worden sei. Dabei hat Vollmar erst drei oder vier Tage nach mir gesprochen. (Heiterkeit.) Die „Chemnitzer Volksstimme" ist nicht mein Blatt, sondern ich bin nur einer der Redakteure der „Chemnitzer Volksstimme", und ich bin nicht verantwortlich dafür, wenn einer meiner Redaktionskollegen unter anderen Preßstimmen

auch einen einzigen Satz aus einem bürgerlichen Blatt zitiert hat. — Eine ungeheure Verwirrung im Kopfe des Genossen Lensch besteht in bezug darauf, wie die Diskussion unter Parteigenossen geübt werden kann. Er saugt sich einfach einen bestimmten Satz aus den Fingern, schreibt den als Tatsache in die „Leipziger Volkszeitung" und sagt dann hinterher, Noske hätte sich ja dagegen wehren können. Ich meine doch, es ist richtig, die Kritik so zu üben, daß man sich erst informiert, erst nachsieht, was gesagt worden ist. Auf die Dauer in einer längeren Polemik bei der „Leipziger Volkszeitung" Richtigstellungen anzubringen, ist ein Verfahren, auf das mit mir eine ganze Reihe anderer Parteigenossen nachgerade verzichtet haben, die das zweifelhafte Vergnügen gehabt haben, mit der „Leipziger Volkszeitung" Differenzen ausfechten zu müssen. (Sehr richtig!) Bei der Art der Polemik, wie sie dort geübt wird, ist es das beste, schließlich reden und schreiben zu lassen, was nur immer geschrieben werden mag. — Ich will auch auf die arrogante Bemerkung des Genossen Lensch nicht eingehen, ich hätte von der russischen Revolution nichts gemerkt. Wenn ich Lust hätte, mich hinter jemand zu decken, dann könnte ich jetzt eine ganze Reihe Zitate aus einer Rede vortragen, die Genosse Bebel 24 Stunden vor mir im Reichstag gehalten hat. (Sehr richtig!) Wenn derjenige reaktionär sein soll, der noch mit der Möglichkeit eines Krieges rechnet, dann wäre Bebel ein viel ärgerer Reaktionär als ich. (Heiterkeit.) Ich habe nur davon gesprochen, daß ein Sozialdemokrat im Falle dringender Gefahr für das deutsche Volk mit in den Krieg gehe, während eine ganze Reihe der Ausführungen Bebels darauf hinauslaufen, daß die Schlagfertigkeit des Heeres eine Verschärfung erfahren müsse. Wer Lust hat, mag das selber nachlesen. Wenn also Genosse Lensch in die Lage käme, Maulkörbe in der Partei auszuteilen, so würde ich nicht zuerst dabei herankommen. Die ganzen Auseinandersetzungen haben gezeigt, daß wieder einmal viel Lärm um nichts gemacht worden ist. (Sehr richtig.)

Leutert-Apolda: Die Folge der Rede Noskes war ein Lob von den Gegnern, worauf aber Noske vollständig schwieg. Ich wußte nicht, fühlte sich Genosse Noske durch das Lob gesämeichelt oder war er just der Situation nicht mehr gewachsen? Er hätte erklären müssen, daß er mißverstanden sei und hätte überhaupt in seiner Rede vielmehr unsere prinzipielle Stellung gegen den Krieg darlegen müssen. — Den Antrag in bezug auf die Bühnenangestellten bitte ich der Fraktion zu überweisen, da er in dieser Form unannehmbar ist und umgearbeitet werden muß. Wir müssen bessere Vorschläge machen als die Kaufmanns- und Gewerbegerichte oder gar die Gesindeordnung sind. Von der Einwohnerzahl, 10 000 oder 20 000 Einwohner, dürfen Bühnengerichte für die Bühnenangestellten nicht abhängig gemacht werden. Gerade die Angestellten an den kleinen Bühnen, das Bühnenproletariat, erhoffen eine bessere, schnellere Rechtsprechung in Berufsstreitigkeiten. Ich hoffe, daß die Fraktion nach dieser Seite die Bearbeitung der Sache in die Hand nimmt.

Henning-Magdeburg: Die Eile, die Noske gehabt hat, seine Haltung im Reichstag zu verteidigen, hat gezeigt, daß sein Gewissen doch nicht ganz rein war. Der Antrag Kiel beweist, daß die Parteigenossen im Lande mit seinen Aeußerungen nicht einverstanden sind. Es wird genügen, das hier zu konstatieren; eine Annahme des Antrags wird wohl nicht notwendig sein. Ich bin überzeugt, daß die Fraktion aus der Debatte für die Zukunft die nötigen Konsequenzen ziehen wird.

Ein Schlußantrag, gegen den Liebknecht-Berlin spricht, wird abgelehnt.

Liebknecht-Berlin: Ich bin durchaus kein Freund von Splitterrichterei und bin auch der Ansicht, daß man bei der Kritik nicht einzelne Worte aus einer

Rede herausgreifen soll. So liegt es aber im vorliegenden Falle nicht. Die Rede Noskes war keine x-beliebige Volksversammlungsrede. Noske sprach als Vertreter der Sozialdemokratie im Reichstage, und an solche Reden, die doch einen autoritativen Charakter haben, muß selbstverständlich ein scharfer Maßstab angelegt werden. Ich habe die Auffassung, daß Noske bei seiner Rede ähnlich wie in gewissem Umfange auch Bebel unter dem deprimierenden Einfluß des Wahlausfalls gestanden hat. (Sehr richtig!) Die ganzen Debatten der damaligen Zeit sind nicht gerade besonders rühmlich für unsere Partei gewesen. Und Noske ist am stärksten auf den nationalistischen Rummel hereingefallen, der während der Wahl gemacht worden ist, und dem wir ja zweifellos mancherlei Niederlagen zu verdanken haben. Noske wollte nach seinen einleitenden Worten die Bestrebungen, denen wir gegenüber dem Militarismus „nachgehen", klarstellen, „unbeschreiblich und unbegreiflich falschen Ansichten über diese Bestrebungen" entgegentreten. Was sind das nun für „unbeschreiblich falsche Ansichten"? Noske betont in seiner Rede wiederholt mit Nachdruck, daß die Sozialdemokratie weit davon entfernt sei, die Abschaffung des Heeres zu verlangen. Gleich im Anfang weist er es als eine Unterstellung zurück, als ob wir den Standpunkt des Alles-oder-Nichts in der Militärfrage vertreten und fährt fort: Wo ist es jemals einem Sozialdemokraten eingefallen, die plötzliche Abschaffung des Heeres zu fordern. Er betont immer wiederholt, daß die Sozialdemokratie bei ihren Forderungen Rücksicht auf die Aufrechterhaltung der Wehrhaftigkeit der Nation nehme. Das immerwährende Betonen der Notwendigkeit, daß Deutschland wehrhaftig bleibe, sollten wir doch den Kriegervereinlern überlassen. (Sehr gut!) Noske forderte u. a. eine Einschränkung der Militärkapellen; selbst dabei hielt er es für nötig, zu versichern, auch diese Einschränkung solle nur so weit gehen, als es möglich sei, ohne dadurch eine Beeinträchtigung der Schlagfertigkeit des Heeres herbeizuführen. (Heiterkeit.) Weiter weist Noske die Behauptung der Gegner zurück, als wenn die Sozialdemokraten überhaupt keine Soldaten wollten. „Niemals ist von sozialdemokratischer Seite die Aufhebung der Armee gefordert worden!" Er fährt fort: Natürlich könne ein einzelner Staat nicht an Abrüstung denken. Wenn wir anerkennten, daß im Augenblick es für Deutschland ganz ausgeschlossen sei, die Abrüstung vorzunehmen, so müßten wir uns doch gegen das ewige Wettrüsten wenden. Ich gebe gern zu, daß, wenn man sich Mühe gibt, man aus diesen Worten wohl einen richtigen Gedankengang herausfindet, aber das fortgesetzte Betonen der Notwendigkeit, daß Deutschland stark gerüstet sei, gibt der Rede den Grundton. Es kommt nicht auf den logischen Inhalt der Worte an, sondern auf den „Kriegervereinston", auf den diese Rede gestimmt ist. Der Kriegsminister hatte eine Stelle aus meiner Broschüre angeführt, wo ich davon spreche, daß die Militärmißhandlungen besonders geeignet seien, um eine grundlegende Kritik am Militarismus zu üben. Durch einen Zwischenruf Bebels — ich weiß nicht, ob er ihn gebraucht hat, der stenographische Bericht verzeichnet ihn —, soll diese Stelle desavouiert worden sein, obwohl das doch nur eine Auffassung ist, die unsere Partei, solange sie überhaupt antimilitaristische Propaganda treibt, allenthalben vertreten hat. Natürlich wandte sich auch Noske gegen diese Selbstverständlichkeit. Noske wies weiter die Behauptung des Kriegsministers zurück, daß wir den Leuten den Heeresdienst verekeln wollten. Zur Widerlegung behauptete er, auf drei Parteitagen sei einmütig der Antrag abgelehnt worden, eine Propaganda in der Kaserne zu betreiben. Ein Antrag, in der Kaserne Agitation zu betreiben, ist aber nie auf einem Parteitag gestellt worden. Noskes Behauptung ist ebenso unrichtig wie unvorsichtig. Im übrigen wollen wir allerdings dem Proletariat den Kasernendrill verekeln. Es fragt sich nur wie und in welchem Sinne. Auch den angeblich schweren Vorwurf des

Kriegsministers, wir wollten die Disziplin im Heere untergraben, glaubte Noske ohne jede Einschränkung zurückweisen zu müssen. Er verweist darauf, daß wir auch in der Partei Disziplin fordern. Gewiß, aber wir freuen uns, wenn die Disziplin innerhalb des Heeres nicht so gut ist, wie innerhalb der Sozialdemokratie. (Heiterkeit.) In der Beurteilung von Angriffskriegen, sagt Noske weiter, stimmen wir (das heißt die Sozialdemokratie und der Kriegsminister) „absolut überein". „Da gibt es gar keinen Unterschied" — nämlich zwischen dem Kriegsminister und Noske. (Heiterkeit.) Das ist doch ein zu Todehetzen des unglückseligen Ausdrucks Angriffskrieg, wie er Gott sei Dank bis jetzt auch bei uns noch nicht üblich war. Der Schluß von Noskes Rede lautet: „Wir wünschen, daß Deutschland möglichst wehrhaft ist." So schließt ein Sozialdemokrat eine Rede! In der ganzen Rede Noskes kommt nicht mit einem Worte der Klassenkampfcharakter der Sozialdemokratie zum Ausdruck. Es wird nicht betont, daß wir den Militarismus als ein dem Interesse der herrschenden Klassen dienendes Klasseninstrument bekämpfen. Nicht eine Silbe von internationaler Solidarität, gleich als ob die Aufgaben der Sozialdemokratie an den schwarzweißroten Grenzpfählen aufhörten. Die ganze Rede ist ein fortgesetztes Betonen unseres Patriotismus in einer Art Hurrastimmung. Es fehlt jede Hervorhebung unseres prinzipiellen Standpunktes, und deshalb hat sie mit Recht scharfe Zurückweisung gefunden. (Lebhafter Beifall.)

Dr. David-Mainz: Ich begrüße es, daß heute auch Genosse Stadthagen sich für das Recht der freien Kritik erklärt hat, der seinerzeit meinte, wenn man irgend etwas kritisieren wolle, solle man erst in sein stilles Kämmerlein gehen und noch einmal darüber nachdenken. (Stadthagen: Bitte ums Wort! Heiterkeit.) Heute hat er das Recht der freien Kritik verlangt, und zwar für die „Leipziger Volkszeitung". (Heiterkeit.) Auch ein Zeichen der Zeit! Ich wundere mich nur darüber, daß Stadthagen und die anderen Fraktionskollegen nicht in der Fraktion selbst die Kritik geübt haben. Wir haben doch jede Woche eine Fraktionssitzung, warum haben Sie dort geschwiegen? Kein Wort haben dort die Kollegen gesagt. (Hört! hört!) Erst die „Leipziger Volkszeitung" hat sie scharf gemacht, da ist ihnen erst ein Licht aufgesteckt worden. (Heiterkeit.) Bei dem Genossen Liebknecht ist das ja etwas anderes, weil er nicht in der Fraktion ist. Er hätte nur etwas radikaler vorgehen sollen (Heiterkeit) und hätte auch die Militärrede Bebels zugleich einer Kritik unterziehen sollen. (Sehr richtig!) Das finde ich bei dieser ganzen Debatte nicht ganz richtig, daß man den Stoß richtet gegen Noske, und den Genossen Bebel gewissermaßen aus der Debatte ausschalten will. (Sehr wahr!) Bebel hat durchaus denselben Gedanken ausgesprochen, aber Genosse Liebknecht hat es sich geschenkt, das zu betonen. Da gefällt mir der Willkommensgruß der „Dortmunder Arbeiterzeitung" doch viel besser. (Heiterkeit.) Die spricht von den „schlimmen Reichstagsreden Bebels und Noskes". Liebknecht meinte, an den Reichstagsreden sollte man in erster Linie Kritik üben. Wenn das gelten soll, dann werden wir doch die agitatorische Wirkung dieser Reden etwas abschwächen. Im flagranten Widerspruch damit sieht es dann jedenfalls, wenn man diese „schlimme" Rede Bebels als Flugblatt im ganzen Lande verbreitet. (Heiterkeit.) Liebknecht wirft dem Genossen Noske vor, er habe kein Wort gesagt von der Abschaffung des Heeres. Wir haben auch noch niemals einen Antrag auf Abschaffung des Heeres gestellt, und gerade Bebel war es, der es zurückgewiesen hat, daß wir unser Volk wehrlos machen wollen. Er sagte: „Weshalb fordern wir denn die Volkswehr? Etwa um das Volk wehrlos zu machen?" (Sehr gut!) Bebel kritisierte in seiner Rede dann die Manöver und fuhr fort: „Ich meine denn doch, daß, wenn die Manöver, die bekanntlich dem deutschen Volke sehr viel Geld kosten, sehr kostspielig sind, von seiten der Militärverwaltung für notwendig erachtet

werden — und ich halte sie meinerseits für notwendig —, dann sollten auch diese Manöver annähernd dem entsprechen, was im Ernstfalle zu erwarten ist." Weiter weist er auf die militärische Erziehung hin, die man in Japan den Kindern gibt, auf einen Artikel, der darüber in den „Leipziger Neuesten Nachrichten" erschienen war, und er erklärt dann: „Nun, meine Herren, ich meine, Deutschland, das lange an der Spitze der militärischen Ausbildung stand, ist nach meiner Ueberzeugung längst von anderen Staaten überholt. Es wird in der Tat notwendig, daß wir uns mit dieser Frage beschäftigen, weil, wenn erst diese zur vollen Ausführung kommt, es alsdann erst recht möglich wird, die andere Frage, die einer ganz bedeutenden Herabsetzung der militärischen Dienstzeit, durchzuführen." Also Bebel verlangt, daß die militärische Jugenderziehung eingeführt wird als eine notwendige Voraussetzung der Verkürzung der Dienstzeit. Wenn das nicht eintreten sollte, dann würde die Wehrkraft des Landes geschwächt werden. Wollte Liebknecht Kritik üben, dann hätte er sie hier üben sollen. Wir haben aber im Reichstag sogar die Stärkung der Wehrkraft beantragt, indem wir für alle die zweijährige Dienstzeit unter Abschaffung des Privilegs der Einjährigen beantragten, ein Antrag, bei dem der Kriegsminister auf unserer Seite war. Das hat aber gar nichts damit zu tun, daß wir durchaus gegen die immer fortschreitenden Rüstungen vorgehen, es hat nichts damit zu tun, daß wir für die Sicherung des Weltfriedens eintreten und daß wir rücksichtslos jede Verhetzung der Völker bekämpfen. Das alles ist ganz selbstverständlich. Aber den Fall gegeben — sagten Bebel und Noske —, wir kämen in die Lage, daß man uns angreift, selbstverständlich wir seien selbst überzeugt, daß irgend jemand unsere nationale Selbständigkeit antasten wolle, dann sind wir auch bereit, unsere nationale Selbständigkeit zu verteidigen. Bebel sagte, in diesem Falle nehme er noch in seinen alten Tagen den Schießprügel auf den Rücken. Das sagte er nicht etwa in Hinsicht auf einen Krieg mit Rußland, sondern in Hinsicht darauf, daß wir wirklich angegriffen werden, das heißt, daß nicht etwa die Bourgeoisie sagt: Wir sind angegriffen, sondern wir selbst müssen davon überzeugt sein, daß man uns fribol angreift. Man sollte also nicht an dem, was immer und immer in unserer Agitation betont ist, eine Kritik üben, die in der Tat auf die Regierung dessen hinausläuft, was wir anstreben. Schließlich warne ich noch vor Annahme des Antrags Kiel. So sehr der Antrag eine Selbstverständlichkeit ausspricht, ist er in dieser Situation doch nichts weiter, als ein verstecktes Tadelsvotum gegen Noske und Bebel. Das ist der Sinn des Antrags, das war das Motiv der Antragsteller. (Beifall.)

Wegen Eintritts der Mittagspause wird die Debatte vertagt.

Eingegangen ist ein Begrüßungstelegramm der ungarländischen sozialdemokratischen Partei.

Schluß 1 Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

Gemoll eröffnet die Sitzung um 3 Uhr. Eingegangen ist Antrag 99.

Honrath-Aachen: Bei der Debatte über den Militarismus handelt es sich nach den bisherigen Verhandlungen nicht mehr um die Rede Noskes, sondern darum, ob wir in der Bekämpfung des Militarismus prinzipielle sozialdemokratische oder opportunistische Politik treiben. Wir haben alle Ursache, unsere gegensätzliche Stellung zum heutigen Militarismus stets zu betonen. Wir müssen den werdenden Soldaten immer aufs neue klar machen, daß sie durch

den Militarismus in ein menschenunwürdiges Verhältnis hineingezwungen werden. Es ist ganz etwas anderes, wenn die Soldaten zum Kadavergehorsam im Heere erzogen werden, als wenn, wie wir es verlangen, den Soldaten die Waffen auch mit nach Hause gegeben werden. Wir haben die Reden Bebels zum Militäretat gerade deshalb immer so wertvoll für unsere Agitation gefunden, weil in ihnen dieser grundlegende Unterschied hervorgehoben wurde. (Sehr richtig!) Wir haben den Eindruck gehabt, daß man in der Session des neuen Reichstags nicht ganz auf der Höhe gewesen ist. Man hat nicht so wie früher den Herrschenden die ganze Empörung des arbeitenden Volkes vorgehalten. Den grundsätzlichen Kampf gegen den Militarismus dürfen wir nie unterlassen. (Bravo!) Es war wohl ein unglücklich gewählter Ausdruck, wenn Genosse Liebknecht das Wort vom „verekeln" des Dienstes sprach. Das liegt uns gänzlich fern. Hat aber unsere Aufklärungsarbeit zur Folge, daß die Soldaten ihre Menschenwürde begreifen, so ist es die Schuld der herrschenden Parteien, die das System des Militarismus erhalten, wenn den Soldaten der Dienst verekelt werden sollte.

Klara Zetkin: Ich möchte erst kurz die Auffassung des Genossen David zurückweisen, daß uns zwar das Recht der Kritik zusteht, daß wir aber den Reden unserer Reichstagsabgeordneten gegenüber nur in gemäßigtem Umfange von diesem Recht Gebrauch machen sollen. Bis jetzt hat gerade eine der hauptsächlichsten Aufgaben jedes Parteitages darin bestanden, auch an den Reden und Handlungen der Reichstagsfraktion ausgiebigste Kritik zu üben, und wenn wir von diesem Recht zur Kritik auch nur ein Titelchen preisgeben wollten, dann würden die Parteitage sehr bald auf das Niveau der Katholikentage herabgedrückt werden, die man in unserer Presse gerade wegen des Mangels jeder kritischen Diskussion als bloße agitatorische Schaustellungen bezeichnet. (Sehr richtig!) Wenn es heißt, man solle nicht so unvorsichtig bei den Kritiken an der Reichstagsfraktion losschlagen, so können wir den guten Rat nur zurückgeben und die Mitglieder der Reichstagsfraktion auffordern, auch ihrerseits äußerst vorsichtig zu sein und keine Extratouren zu tanzen, bei denen nach der Meinung weiter Parteikreise weniger eine streng sozialistische als eine mild verbürgerlichte Melodie gegeigt wird. (Lebhafte Zustimmung.) Die Mißstimmung in weiten Kreisen richtet sich nicht bloß gegen das, was Noske gesagt hat. Sie ist vielmehr vor allem ausgelöst worden durch das, was bei der Behandlung der Militärangelegenheiten durch unsere Fraktion nicht gesagt oder wenigstens nicht stark genug betont worden ist. Große Parteikreise haben sich nicht der Empfindung entschlagen können, als wenn die sozialdemokratische Kritik in der letzten Session weniger scharf und weniger frisch gewesen wäre, als bei früheren Etatberatungen. Das wurde gerade unter den gegebenen Umständen besonders schmerzlich und peinlich empfunden. Warum denn? Die Januarwahlen lagen hinter uns und in den Kreisen der Gegner wurde über die Niederlage der Niedergerittenen triumphiert. Da hatten die Parteigenossen die Empfindung, es müsse besonders betont werden, daß wir nicht dem Rate der bekannten guten Freunde in bürgerlichen Kreisen folgend bürgerlich zivilisiert und bürgerlich verhöflicht zurückkämen, sondern daß wir unbeugsam und unversöhnlich an unseren grundsätzlichen Auffassungen festhielten, daß wir mit ganzer Schärfe unsere grundsätzlichen Auffassungen vertreten. (Sehr richtig!) Die scharfe Betonung unserer grundsätzlichen Auffassung aber, das ist es, was wir in der Rede Noskes vermißt haben. Sie hat stark, allzu stark die nationale Solidarität betont. Sie hat dagegen mit keinem Worte ausgesprochen, daß es eine proletarische Klassenpartei gibt, die nicht vor den Grenzpfählen Halt macht. Wir wollen nichts verheimlichen, wir wollen keine Zweifel darüber lassen, daß zwischen unserem Patriotismus und dem Patriotismus der herrschenden Klassen nicht ein Unterschied des Grades, sondern ein Unterschied des Wesens besteht.

(Lebhafte Zustimmung.) Der Patriotismus der herrschenden Klassen ist konservativ, ist reaktionär; er hat nur ein Ziel: diesen Klassen das Vaterland als Domäne der Klassenausbeutung und Klassenherrschaft zu erhalten und diese Klassenausbeutung über die Landesgrenze hinaus auf das Proletariat anderer Länder auszudehnen. Der Patriotismus des Proletariats ist dagegen revolutionär. Er geht von der Auffassung aus, daß das Vaterland erst im Kampfe gegen den inneren Feind, die bürgerliche Klassenherrschaft, erobert werden, daß es umgewälzt werden muß, um ein Vaterland für alle zu sein. Schauen wir dem ins Gesicht, was die bürgerliche Auffassung Vaterland nennt. Es ist der moderne bürgerliche Nationalstaat. Wir verkennen absolut nicht die wichtige historische Bedeutung, welche der moderne Nationalstaat auch für die Führung des proletarischen Klassenkampfes hat. Wir wissen ganz gut, daß der moderne Nationalstaat der Boden ist, auf dem das Proletariat seinen Klassenkampf führen muß. Wir vergessen aber auch nicht, daß der gegenwärtige Nationalstaat der kapitalistische Klassenstaat ist, der seine Vorteile und Segnungen in erster Linie den ausbeutenden, herrschenden Klassen vorbehält. (Beifall.) Das Proletariat partizipiert an den materiellen und kulturellen Segnungen des nationalen Staates nicht, wie es ihm zukommt, aber sicherlich in steigendem Maße. Nur dürfen wir dabei das eine nicht übersehen: Das Proletariat erobert Zoll für Zoll, Schritt für Schritt das Vaterland im proletarischen Klassenkampfe. Es empfängt die nationalen Segnungen nicht kraft der mystischen Natur des Vaterlandes selbst und dank der vaterländischen Gesinnung der herrschenden Klassen, die ihre nationale Verwandtschaft mit dem Bruder Arbeiter entdecken, wenn sie seiner bedürfen. Nein, in dem Kampfe für das Vaterland, für den proletarischen Patriotismus gelten die Worte des alten Hildebrandsliedes: Mit dem Speer soll, muß das Proletariat die Gaben des Vaterlandes empfahen, Spitze gegen Spitze. Nur im Klassenkampfe allein wird ihm das Vaterland zuteil, das auch ihm teuer ist. (Beifall.) Von dieser Auffassung durchdrungen, bewerten wir auch die internationalen Krisen ganz anders, als die bürgerlichen Klassen. Wir können gar nicht so blindlings als selbstverständlich die Versicherung abgeben, daß wir für den bürgerlichen Nationalstaat, für die Interessen der ausbeutenden Klassen die Flinte auf den Buckel nehmen und was wir im Falle eines Krieges unternehmen werden. Was wir tun und lassen, wird von den vorliegenden geschichtlichen Verhältnissen abhängen müssen. Der wichtigste Faktor aber, der für uns dabei ausschlaggebend ist, das ist die Kraft, die Reife des klassenbewußten, organisierten Proletariats. Sie werden wir mit aller Energie zur Geltung bringen, nicht wie es den Interessen der herrschenden Klassen angenehm und nützlich ist, nein, lediglich wie es den proletarischen Klasseninteressen dient. Wir werden uns auf kein Mittel als Alleinmittel einschwören, das wir einzig gebrauchen müssen, wir werden aber auch kein einziges abschwören, das wir gebrauchen können. Der Internationale Kongreß hat darüber keinen Zweifel gelassen. Er hat klar ausgesprochen, wie wir dem Militarismus gegenüber zu stehen haben. Wir haben ihn stets zu betrachten in seiner Zwiespältigkeit als Abwehrmittel gegen den äußeren Feind und als Herrschaftsinstrument zur Bändigung und Knechtung des „inneren Feindes". (Beifall.) Wir haben ihm keine Konzession zu machen, sondern müssen beständig an seiner Ueberwindung arbeiten. Zwei Wege führen zu dem Ziel, die wir beide gehen müssen. Der eine ist, daß wir unablässig an der Demokratisierung des stehenden Heeres arbeiten, in der Richtung zur allgemeinen Volksbewaffnung. Nicht, um das Vaterland wehrlos dem Feinde auszuliefern, nein, um das Vaterland wehrhaft zu machen. Der andere ist, daß wir den Militarismus von innen aushöhlen durch die Revolutionierung der Köpfe. Ein hoher Offizier soll gesagt haben, daß die Regierung keinen unpopulären, leichtfertigen Krieg mehr unternehmen könne, weil die Reserve durch und durch sozialistisch durchseucht sei. Wir müssen dafür sorgen, daß die proletarische Jungmannschaft so vom sozialistischen Geiste erfüllt in die Kaserne kommt, daß sie ihrerseits unbrauchbar wird zum Kampfe gegen den äußeren Feind. Zu diesem Zwecke müssen wir die Bestrebungen zur sozialistischen Bildung, zur Organisierung der proletarischen Jugend unterstützen, wir müssen darauf hinwirken, daß diese von zartester Kindheit an auch im Hause durch die Eltern im sozialistischen Geiste erzogen wird. Bei der Erfüllung dieser Aufgaben aber sollen wir Frauen vorangehen. Wir müssen unseren ganzen Einfluß aufbieten, unsere Kinder als Klassenkämpfer, als Streiter für die Befreiung des Proletariats zu erziehen. Dann werden unsere Söhne auch im Waffenrock wissen, was sie zu tun haben. Und ich möchte den Staatsanwalt sehen, der Hunderttausenden von Frauen den Prozeß wegen Hochverrats macht, wenn sie im Schatten des Heims ihre Kinder mit der heiligen Ueberzeugung erfüllen: Es gibt nur einen Feind, den wir alle hassen, und es gibt nur eine Freiheit, für die wir alle kämpfen und alle sterben! (Stürmischer Beifall.)

Stadthagen: David behauptet, er sei ein Freund der freiesten Kritik und er freue sich darüber, daß auch ich ein Anhänger der freien Kritik geworden sei. Das stände im Gegensatz zu einer Behauptung, die ich angeblich getan haben soll: Man müsse erst ins stille Kämmerlein gehen, ehe man kritisiert. Eine solche Aeußerung habe ich nie gemacht. David scheint auf ein Wort von mir in Lübeck anzuspielen, das ich übrigens auch heute noch wiederholen würde. Ich habe dort betont, daß die absolut freieste Kritik nötig sei, und in derselben Rede dann etwa ausgeführt: Wenn Bernstein die Grundanschauungen der Partei kritisieren und andere an ihre Stelle setzen will, dann soll er sich erst mal überzeugen, was darin steht, und wenn er sie nicht verstanden hat, sich ins stille Kämmerlein zurückziehen, studieren, klar werden. (Sehr gut!) Dieselbe falsche Auffassung meiner Lübecker Rede hat David ja unmittelbar nach jenem Parteitag veröffentlicht — nicht in einem sozialdemokratischen Blatt, ich glaube in den „Sozialistischen Monatsheften" oder so ähnlich, irgendeinem bürgerlichen Blatt. (Heiterkeit.) David sollte doch nicht glauben, dadurch, daß er eine irrige Behauptung zweimal aufstellt, habe er sie bewiesen, sondern seine falsche Behauptung rektifizieren. Das Lübecker Protokoll liegt ja vor. In demselben Atemzug, wo er jedem das Recht der freiesten Kritik zugestand, hat David ausdrücklich zurückgewiesen, daß man Reden der Genossen im Reichstage einer Kritik unterwirft, um der Agitation nicht zu schaden. Ja, dann müßte man mit dem ganzen Parlamentarismus einpacken, wenn man es hier so darstellt, als seien wir Reichstagsabgeordneten Autoritäten oberhalb oder unterhalb jeder Kritik. (Heiterkeit.) Das ist eine Niedrigstellung der Fraktion. (Sehr richtig!) David meint, man solle nicht nur Noske, sondern auch Bebel kritisieren. Aber es handelt sich hier nicht um einzelne Sätze, sondern um die Grundanschauungen, die in der Rede von Noske zum Ausdruck kommen. Es ist ein ganz beliebtes Fechterkunststück, einem Kritiker zu sagen: kritisiere mal erst den anderen! Gewiß, auch Bebels Reden stehen nicht außerhalb der Kritik, es steht David frei, sie zu kritisieren. Weiter wirft David uns vor, daß unsere Kritik nicht in der Fraktion geübt ist, sondern erst eingesetzt hat, nachdem die „Leipz. Volkszeitung" gesprochen hatte. Er weiß doch so gut wie ich, daß es in der Fraktion nicht üblich ist, Kritik zu üben, daß das nur in den Fällen geschieht, wo eine Erklärung dringend nötig ist, um einen Redner zu desavouieren. Aber in Fraktionskreisen ist über Noske genau so geurteilt worden, wie hier von der übergroßen Mehrheit des Parteitages. — Die Aeußerung von Liebknecht über das Verekeln des Militarismus hätte besser etwas anders gelautet. Unsere

Aufgabe ist es nicht, den Militarismus zu verekeln. Das tut auch die bürgerliche Gesellschaft, der Militarismus, das Militärsystem selbst, das Leben derer, die in seinem Dienste sind zu erschweren, zu verekeln, nicht wir. Und dies zum Bewußtsein zu bringen, ist teilweise unsere Aufgabe. (Sehr richtig!) Wir wollen den Soldaten nicht das Leben verekeln. Wir wollen es ihnen angenehm machen, damit sie das Leben für lebenswert erachten und das wirkliche Vaterland verteidigen gegen die Feinde des Proletariats. (Sehr richtig!) Wenn weiter von der Lockerung der Disziplin gesprochen ist, so könnte das Mißverständnis aus Liebknechts Darlegungen aufkommen, als wollten wir die Disziplin lockern. Das wäre unzutreffend, die Ausführung Liebknechts kann wohl nur so verstanden werden und ist doch wohl so zu verstehen, daß die Disziplin durch den Militarismus selbst gelockert wird. Auf der einen Seite die Offiziere als Söldlinge der herrschenden Klasse, auf der anderen Seite die große Menge der gemeinen Soldaten, die man gebrauchen will als Klasseninstrument zur Unterdrückung des Volkes. Je mehr die wirtschaftliche Entwickelung und die Einsicht des einzelnen fortschreitet, desto schwerer wird es sein, die Disziplin wirklich herzustellen, weil die Interessen der herrschenden Klasse, als deren Büttel man das Militär betätigt zu sehen wünscht, zu den Interessen der arbeitenden Klasse, der Gesamtheit des Vaterlandes in immer schrofferem Widerspruch stehen. Das fühlt man in der herrschenden Klasse selbst. Aus diesem Widerspruch folgen jene brutalen vaterlandsmörderischen Militärmißhandlungen und andere Militärgreuel, die ihrerseits wieder mit Notwendigkeit zur Lockerung der Disziplin führen müssen. So wollte sich Liebknecht wohl ausdrücken. Wir haben keine Veranlassung, die Disziplin zu lockern, das besorgen unsere Gegner. Wir haben aber auch darauf aufmerksam zu machen, daß es uns nicht einfällt, eine Aeußerung gutzuheißen, die so gedeutet werden könnte, als ob in einem solchen Falle die Sozialdemokratie bereit wäre, ja zu sagen, wenn es heißt die arbeitende Klasse zu unterdrücken. Gewiß hat Noske das nicht gesagt, aber herausgelesen ist das aus dem, was er gesagt hat, aus der Situation, in der er sprach. Also üben Sie die freieste, rücksichtsloseste Kritik, mag sie falsch oder mag sie richtig sein! Wenn die Fraktion die Kritik zu scheuen hat, dann mögen Sie sie lieber davonjagen. (Sehr richtig!)

Dr. Liebknecht: Selbstverständlich ist der unfreundliche Eindruck, den die Debatten vom 24. und 25. April in weitesten Kreisen hervorgerufen haben, nicht nur durch die Rede von Noske veranlaßt. Immerhin ist der Gesamteindruck seiner Rede, wenn man sie mit der von Bebel und mit anderen Aeußerungen von Bebel vergleicht, auf die Noske sich bezieht, ein gänzlich anderer. Es kommt nicht darauf an, daß Noske einzelne Redewendungen gebraucht hat, die zu Mißverständnissen Anlaß geben, sondern es handelt sich darum, daß von Anfang bis zu Ende aus seiner Rede die Melodie von der frommen Kinderstube herausklang, die Melodie: immer langsam voran. Er hat in seiner Rede wohl ein Dutzendmal betont, wir sind im Grunde patriotisch. Er hat eine Art Konkurrenz von Patriotismus gegenüber dem Kriegsminister veranstaltet und unserer prinzipiellen Stellung zum Militarismus nicht Ausdruck gegeben. Das ist um so wichtiger, weil seine Rede eine Antwort war auf die Reden des Kriegsministers und des Abgeordneten von Oldenburg, die ihre prinzipielle Stellung zum Militarismus in sehr scharfer Weise präzisiert und die Sozialdemokratie zu prinzipieller Stellungnahme provoziert hatten. Unter diesen Umständen mußte Noske in seiner Antwort unsere prinzipielle Stellung zum Militarismus besonders scharf betonen. (Sehr richtig!) David hat meine Aeußerungen in einer Weise mißverstanden, wie ich es von einem Parteigenossen nicht erwartet hätte. Ich habe niemals gesagt, daß die Ausführungen

von Noske, wonach wir die Wehrkraft des Volkes nicht vernichten wollen, an sich falsch sind, sondern ich habe nur gerügt, daß er das immer und immer wieder pathetisch betont. Daß ich den Standpunkt einer völligen Wehrlosmachung des Volkes nicht vertrete, das habe ich durch verschiedene Publikationen bewiesen. Wir verstehen unter Wehrkraft aber auch etwas ganz anderes, als die Militaristen v. Einem und Oldenburg, die unmittelbar vorher das Wort in ihrem Sinne gebraucht hatten, ohne daß Noske eine prinzipielle Scheidelinie zog. Das Wort vom Verekeln, das ich vorher gebraucht habe, ist anscheinend von einigen falsch aufgefaßt worden. Ich begreife das nicht. Natürlich bin ich nicht der Auffassung, daß wir die Lage der Arbeiter in den Kasernen verschlechtern müßten, damit sie aus ihren ungünstigen materiellen Verhältnissen heraus revolutionieren. Im Gegenteil, in meiner Broschüre habe ich ausdrücklich hervorgehoben, daß wir uns der materiellen Interessen der Soldaten annehmen müssen. Es handelt sich bei dem „verekeln" um nichts weiter als um die Aufklärung der Massen über den Klassencharakter des Militarismus, über die Rolle, die der Militarismus speziell im Klassenstaat spielt, und die Rolle, die die herrschenden Klassen dem Proletarier im bunten Rock ansinnen. Und außerdem um die Aufklärung über die sonstigen besonderen Schädlichkeiten des Militarismus. In diesem Sinne wollen wir den Soldaten den Kasernendienst verekeln; in diesem Sinne habe ich offensichtlich das Wort gebraucht und in diesem Sinne halte ich es aufrecht. Genau so liegt es mit der „Lockerung der Disziplin". Natürlich heißt das nicht, die Soldaten sollten revoltieren, sondern ausschließlich, daß durch die eben erwähnte Aufklärung über den Militarismus das Proletariat, soweit es in den bunten Rock hineingesteckt wird, sich in einer derartigen psychologischen Situation befindet, daß es nicht mehr benutzt werden kann dazu, wozu unsere herrschenden Klassen in erster Linie den Militarismus gebrauchen wollen. In diesem Sinne ist die Lockerung der Disziplin notwendig. Ich will nicht die Soldaten auffordern, ihre militärischen Pflichten zu vernachlässigen. Der Prozeß, der mir vorschwebt, vollzieht sich ganz von selbst mit der Entwickelung, mit der Aufklärung des Proletariats. In dem Augenblick, wo das gesamte Proletariat zum Klassenbewußtsein erwacht ist, wird der Militarismus zusammenbrechen, wird es den herrschenden Klassen unmöglich geworden sein, die Armee, sei es nach innen, sei es nach außen, als Klasseninstrument gegen das Proletariat zu benutzen. (Beifall.)

Gemoll-Essen: Ich will nicht vom Kriege reden, weil ich ein Mann des Friedens bin. (Heiterkeit.) Ich möchte nur den Antrag 99 zur Annahme empfehlen. In diesen Wohlfahrtseinrichtungen der Großindustrie wird den Arbeitern eine schwere Kette angehängt. Solche Arbeiter denken ihr ganzes mühseliges Leben nur immer daran: Wenn ich nur soweit wäre, um in den Genuß der Pension zu kommen. Die bürgerlichen Parteien denken nicht daran, sich der Arbeiter wirklich anzunehmen. Vor allem die Sozialpolitik des Zentrums ist eitel Schaum, eitel Lug und Trug. Hier in Essen haben wir ja das Musterbeispiel einer solchen Wohlfahrtskasse bei der Firma Krupp, 6000 bis 7000 Menschen gehen hier in jedem Jahre aus dem Betriebe, zum Teil, nachdem sie 10, ja 15 Jahre dort gearbeitet haben, und sie alle verlieren dann die für die Wohlfahrtseinrichtungen geleisteten Beiträge. (Hört! hört!) Die Arbeiter selbst haben in diesen Kassen, für die sie Beiträge zahlen, nichts zu sagen. Selbst aus dieser Pensionskasse als „Wohlfahrtseinrichtung für die Arbeiter" zieht die Firma Krupp den größten Nutzen. Sind z. B. Arbeiter nach einer längeren Tätigkeit so weit in ihrer Gesundheit heruntergekommen, daß sie zum Arbeiten nicht voll und ganz mehr gebraucht werden können; aber von den Aerzten nicht als Ganzinvaliden erklärt werden, dann stellt die Firma diese Leute als Portier oder Wächter an. Die Firma zieht hieraus den Vorteil, daß aus der Pensionskasse die Leute einen Teil ihres Lohnes erhalten.

(Teilpension), mithin billige Arbeitskräfte für die Firma sind. (Hört! hört!) Die Fraktion sollte jede Gelegenheit benutzen, den Schandfleck dieser Wohlfahrtseinrichtungen in das richtige Licht zu stellen, damit endlich einmal die Arbeiter von dieser Kette befreit werden. (Lebhaftes Bravo!)

Bebel: Ich bedaure lebhaft, daß ich durch meine Zugehörigkeit zur Fünfzehnerkommission heute vormittag verhindert war, an den Verhandlungen teilzunehmen, ich werde daher vielleicht den einen oder anderen Angriff, der gegen mich gerichtet war, unerörtert lassen müssen. Wenn Genosse David, wie ich höre, behauptet haben soll, man müsse den Rednern der Fraktion als Repräsentanten der Partei gegenüber in der Kritik mehr Rücksicht nehmen, dann erkläre ich, daß die Partei keinerlei solche Rücksichten gegen die Fraktion nehmen darf. Der Bericht der Fraktion wird auf dem Parteitag zur Debatte gestellt. Die Mitglieder der Fraktion haben sich also auch der Kritik der Parteigenossen zu unterwerfen. Ich glaube, Genosse David wird das auch nicht gesagt haben. (David: Ich habe das nicht gesagt!) Nun sind die Reden Noskes in erster Linie und meine in zweiter Linie Gegenstand der Kritik gewesen. Zunächst muß ich konstatieren, daß die Rede Noskes in der Fraktion von keiner Seite kritisiert worden ist, (Hört, hört!) und weiter, daß die Rede Noskes an einer großen Anzahl von Stellen eine gute Rede war und ihr infolgedessen nicht allein von der Fraktion im allgemeinen, sondern speziell auch von mir an einer ganzen Reihe von Stellen Zustimmung und Unterstützung zuteil geworden ist. Ich sage das um so unverhohlener, da ich dem Genossen Noske erst vor wenigen Tagen anläßlich seiner Darstellung über das Verhalten der deutschen Delegation in Stuttgart gegenüber der Genossin Luxemburg in allerschärfster Weise meine Meinung gesagt habe und zugleich auch meine Meinung über manches andere in seiner Haltung. Mit dem Gesagten will ich freilich und kann ich nicht jede Stelle in Noskes Rede unterschreiben. Wer scharf zusieht, wird wohl einige Stellen finden, an denen die Kritik mit vollem Maße einsetzen kann. Wenn man aber dieselbe scharfe Kritik an die Reden der übrigen Fraktionsgenossen auch anlegt, dann dürften sehr wenige dabei bestehen. (Sehr richtig!) Denn es gibt immer in solchen Reden mal einzelne Sätze, die einem weniger gefallen oder in denen etwas Falsches enthalten ist. Ich muß es aber entschieden zurückweisen, als ob die Noskesche Rede den Eindruck gemacht hätte, als wenn Noske in einer Art Hurrastimmung gesprochen und dem Patriotismus das Wort geredet habe. Das sind Uebertreibungen. Man bleibe doch bei der Wahrheit. (Lebhafte Zustimmung.) Ich verlange nötigenfalls, daß ein Schiedsgericht zusammentritt, Noskes Rede wie die meine durchstudiert und nachweist, ob das, was Liebknecht speziell gesagt hat, irgendwelche Berechtigung hat. Also ich wiederhole: es mögen einige Mängel darin gewesen sein, im ganzen war die Jungfernrede Noskes eine gute Rede. Er hat eine ganze Reihe von Sachen erörtert, von denen es notwendig war, daß sie im Reichstag ausgesprochen wurden, die bisher noch wenig im Reichstag in Reden beim Militäretat gehört worden sind.

Nun komme ich zu mir selbst. Zunächst habe ich zu konstatieren, daß ich in meiner diesmaligen Rede von einem auswärtigen Krieg und von Verteidigung bei einem Angriffskrieg überhaupt nichts gesagt habe. Ich habe ja schon viele Reden zum Militäretat gehalten, und da ist es ganz natürlich (Sie werden mir das nachfühlen), daß man sich bemüht, nicht dutzendmal Gesagtes nur immer zu wiederholen. Es versteht sich von selbst, daß dabei auch eine ganze Reihe guter Gedanken aus früheren Reden nicht wiederholt werden. Ich selbst bin weit davon entfernt, jede meiner Reden zum Militäretat für eine meiner besten Reden zu halten. Ich würde nur wünschen, daß jeder von Euch ein so scharfer Kritiker seiner eigenen Reden wäre wie ich. Ich lasse mir über keine meiner Reden ein X für ein U machen. Es geht wohl bei jedem Redner so, daß er sich

sagen kann, er hat wohl einmal sehr gut geredet, aber drei, vier andere Male wäre es ebenso gut, wenn die Rede nicht gehalten wäre. (Heiterkeit.) Der Genossin Zetkin muß ich sagen, daß ihre heutige Rede, wenn sie auch viel Beifall gefunden hat, lange nicht ihre beste Rede war. (Heiterkeit und Zustimmung.) Das sind so Mängel, über die läßt sich immer streiten. Ich habe, wie man mir damals sagte, sehr ruhig gesprochen; das hat speziell der „Vorwärts“ in seinem Entrefilet hervorgehoben. Er mag recht gehabt haben. Ich habe aber vor einigen Tagen in einem Parteiblatt des hiesigen Bezirks gelesen, daß es nicht immer mit leidenschaftlichen Reden getan sei. Nun habe ich einmal ruhig gesprochen, da ist es dem betreffenden Redakteur auch nicht recht. Ich habe das Gefühl seit anderthalb Jahren: Ich mag tun, was ich will, ich werde diesem Redakteur doch nichts recht machen können. (Heiterkeit.) Nun ist das Wort von der Verteidigung des Vaterlandes gefallen. Ich habe hierzu damals gesagt: Wenn wir wirklich einmal das Vaterland verteidigen müssen, so verteidigen wir es, weil es unser Vaterland ist, als den Boden, auf dem wir leben, dessen Sprache wir sprechen, dessen Sitten wir besitzen, weil wir dieses unser Vaterland zu einem Lande machen wollen, wie es nirgends in der Welt in ähnlicher Vollkommenheit und Schönheit besteht. Wir verteidigen also dieses Vaterland nicht für, sondern gegen Euch. (Lebhafte Zustimmung.) Und deshalb müssen wir gegebenenfalls das Vaterland verteidigen, wenn ein Angriff kommt. Darauf hat man mir gesagt — und auch Genosse Kautsky hat in diese Kerbe gehauen —: Was ist ein Angriffskrieg? Ja, es wäre doch sehr traurig, wenn wir heute, wo große Kreise des Volkes sich Tag für Tag viel mehr um die Politik kümmern wie früher, noch nicht sollten beurteilen können, ob es sich im einzelnen Falle um einen Angriffskrieg handelt oder nicht. Eine solche Dupierung war in den 70er Jahren möglich; aber wir im Parlament wußten schon damals, daß, wie die Enthüllungen über die Fälschung der Emser Depesche nachher gezeigt haben, Bismarck Napoleon gezwungen hatte, den Krieg zu erklären. Damals wurde freilich unsere Haltung in der eigenen Partei nicht verstanden. Denn wir haben erlebt, daß der Braunschweiger Ausschuß gegen Liebknecht und meine Haltung Stellung genommen hat. Und ob das nicht in einem ähnlichen Falle heute bei einem mehr oder weniger großen Teile der Partei wieder passieren könnte, möchte ich nicht ohne weiteres bestreiten. Jedenfalls wäre es traurig, wenn Männer, die die Politik sozusagen zu ihrem Berufe gemacht haben, nicht sollten beurteilen können, ob es sich um einen Angriffskrieg handelt oder nicht. Weiter kann Kautsky sich doch darüber nicht täuschen, daß heute die Dinge in Europa ganz anders liegen, daß heute alle Mächte möglichst den Schein von sich abzuwälzen suchen, als wollten sie einen Krieg, und daß, wenn heute jemals ein Krieg ausbrechen sollte, er alles Bestehende in Frage stellen würde.

Genosse David hat, wie ich aus dem Bericht ersehe, bestritten, daß ich das Wort, ich sei bereit, noch in meinen alten Tagen die Flinte auf den Buckel zu nehmen, in bezug auf einen Krieg mit Rußland gesagt hätte. Und doch habe ich es so gesagt und nicht anders. Vor zirka sieben Jahren führte ich aus, daß, wenn es zu einem Kriege mit Rußland käme, das ich als Feind aller Kultur und aller Unterdrückten nicht nur im eigenen Lande, sondern auch als den gefährlichsten Feind von Europa und speziell für uns Deutsche ansähe, auf den sich in erster Linie die deutsche Reaktion stützt, dann sei ich alter Knabe noch bereit, die Flinte auf den Buckel zu nehmen und in den Krieg gegen Rußland zu ziehen. Man mag darüber lachen, aber mir war es mit dem Wort bitter ernst. Wir haben in den nächsten Jahren das hundertjährige Jubiläum des Aufstandes der Tiroler gegen die napoleonische Fremdherrschaft. Damals zogen viele Alte mit in den Kampf, und ich weiß nicht, ob ich nicht in einem

ähnlichen Falle auch zur Flinte greifen würde. Ich glaube, ich habe noch die Kraft, die Flinte zu tragen. (Heiterkeit.) Also, ich erkläre noch einmal: All die prinzipiellen Ausführungen über den Militarismus sind von mir und anderen Parteigenossen oft genug seit 20 Jahren wiederholt worden. Aber jedes Jahr immer wieder ein und dieselbe Rede herunterzuleiern, das ist wider meinen Geschmack, das bringe ich nicht fertig. (Lebhafter Beifall.)

Vollmar: Ueber den Fall Noske brauche ich, nachdem Bebel schon das Nötige gesagt hat, nicht mehr viel zu sagen. Ich bin bei der Rede anwesend gewesen und kann nur sagen, daß ich sie in allem Wesentlichen vollkommen korrekt gefunden habe. Ich habe beim nochmaligen Nachlesen nahezu Satz für Satz „Beifall bei der sozialdemokratischen Fraktion" verzeichnet gefunden. Ich meine denn doch, wenn wirklich Dinge in der Rede gewesen wären, wie man sie hier hat finden wollen, dann hätten die Fraktionsmitglieder doch auch etwas davon merken müssen. Die Genossin Zetkin ist wieder einmal auf die Frage vom Patriotismus zu sprechen gekommen. Ich möchte Sie aber doch fragen, ob nicht jeder einzelne von uns bei jeder Gelegenheit, wo es notwendig erscheint, auf den Unterschied zwischen unserem Patriotismus und dem sogenannten Patriotismus der Chauvinisten hingewiesen hat und hinweist? Und wenn das auch wirklich einmal nicht ausdrücklich geschehen sein sollte, so kann man doch aus einer solchen Unterlassung von etwas Selbstverständlichem unmöglich dem Betreffenden einen Strick drehen wollen. Man hat dann gesagt: nicht sowohl einzelne Sätze und Reden sind es, die Widerspruch erregen, sondern „die ganze Richtung paßt mir nicht", wie es gewöhnlich heißt, wenn man einzelnes nicht angreifen kann. Demgegenüber möchte ich doch auf eine Tatsache hinweisen, und wenn ich dabei selbst in Frage komme, so tue ich es wahrhaftig nicht um meinetwillen. Auf S. 105 des Berichts über die Tätigkeit der Fraktion finden Sie eine Erklärung, die ich im Reichstag namens der Fraktion bei einer anderen Gelegenheit abgegeben habe und wobei auseinandergesetzt wird, was wir im Falle eines Krieges zu tun haben. Sie werden finden, daß diese Erklärung an Schärfe wirklich nichts zu wünschen läßt und dem Sinne nach all das enthält, was in Stuttgart beschlossen worden ist, freilich so, wie wir Deutsche es auffassen und wie wir es tun können und müssen. Ich muß sagen, ich habe die Empfindung, als wenn einige Parteigenossen allen Aerger und alle unangenehmen Gefühle, die naturgemäß der Ausfall der letzten Reichstagswahl in der Partei hervorgerufen hat, nun die Fraktion entgelten lassen wollten. Dann noch ein paar Worte über Liebknecht: Sie werden mir nachfühlen, daß es nicht leicht ist, darüber gerade jetzt zu sprechen, da an jedem Worte herumgedeutelt werden kann. Ich würde es auch nicht tun, wenn mir die Sache nicht so außerordentlich wichtig erschiene. Genosse Liebknecht hat heute wiederum über seinen Antimilitarsmus gesprochen, der schon auf drei Parteitagen behandelt und zurückgewiesen worden ist, der aber heute aufs neue vor uns erscheint. Er hat gemeint, daß er ja nichts Unsinniges wolle, wie er ja auch schon bei einer früheren Gelegenheit mit Recht betont hat, daß bei dieser Agitation Torheiten vermieden werden müßten, weil schwere Opfer daraus entständen und dadurch die legale Propaganda für den Antimilitarismus gefährdet würde. Liebknecht sollte aber endlich selbst am allerbesten erkennen, wie schwer es ist, auf diesem Gebiet Torheiten zu vermeiden; denn sobald man über diese Dinge redet, ist man so leicht gezwungen, hinterher Interpretationen der eigenen Worte vornehmen und erklären zu müssen, wie man die Sache eigentlich gemeint hat. Wenn aber in diese Lage schon Politiker und Juristen kommen, was sollen erst die jungen Leute tun, die in die Kasernen gehen, jene Rekruten, denen man solche Dinge sagt (Sehr wahr!), und die doch meist nicht die Möglichkeit haben, die nötigen Unterscheidungen vorzunehmen!

Im vorigen Jahre ist zum Beispiel auf der Tagung der Jungen Garde in Mannheim der Wunsch ausgesprochen worden, es möge dahin kommen, daß die Rekruten nicht mehr freudig in die Kasernen gingen, sondern mit einem Trauerflor erschienen. Das müßte ja wahrhaftig ein recht angenehmes Leben beim Militär für die Rekruten werden, die sich von vornherein schon selbst so stigmatisieren. (Heiterkeit.) Dann brauchten die Behörden wahrlich nicht mehr, wie heute, besondere Register über die ihr bekannten Sozialdemokraten zu führen und der Militärbehörde davon Mitteilung zu machen. (Liebknecht: Das habe ich gar nicht gesagt.) Ich habe auch nicht behauptet, daß gerade Sie das gesagt haben. Aber so klein der Antimilitarismus auch glücklicherweise bei uns noch ist, so besteht er doch auch noch aus anderen Leuten. Sie sehen daraus, wie schwierig die ganze Sache ist und mit wie großer Vorsicht man herangehen muß. Genosse Liebknecht hat bei der jüngsten Tagung der Jungen Garde in Stuttgart den Ausspruch getan: auf dem Internationalen Kongreß zu Stuttgart habe zu seiner Freude der Elan der Ausländer, namentlich der Franzosen, Belgier und Russen, uns Deutschen einen ordentlichen Stoß nach vorwärts gegeben auf dem Wege zum Antimilitarismus, wie er ihn versteht. Ich leugne das auf das allerentschiedenste und behaupte im Gegenteil, es wäre außerordentlich traurig, wenn wir uns auf diese Weise auch nur einen Schritt vorwärts treiben ließen auf eine Bahn, die wir seit Jahren für vollkommen verkehrt und gefährlich ansehen. Der Antimilitarismus, den wir allein treiben können und treiben müssen, ist bei uns von jeher getrieben worden, und wir können sagen, daß die deutsche Sozialdemokratie auf diesem Gebiete geradezu ein Vorbild für die sozialistischen Parteien anderer Länder gewesen ist. Das ist aber etwas ganz anderes als dieser spezifische Antimilitarismus, den uns Liebknecht predigen will, und bei dem sich schon die größten Schwierigkeiten zeigen, sobald man nur die ersten Schritte macht. Ich wünsche, daß der Ausgang dieses Parteitages in bezug auf diese Frage derselbe sei wie früher. Wir sollen gewiß an die für uns zugängliche Jugend herantreten, aber nicht mit großen Redensarten, sondern indem wir ihre Bildung nach jeder Richtung hin vertiefen, indem wir unsere Weltanschauung, unsere Kulturideale in sie hineinpflanzen, das Ehrgefühl in ihnen erwecken und sie lehren, sich auch im Waffenrock als Bürger zu fühlen und für ihre Bürger- und Menschenrechte einzutreten. Weiter müssen wir dafür sorgen, unseren Einfluß und unsere Macht zu verstärken. Jeder Fetzen Macht und Einfluß, den wir gewinnen, dient zum Nachteil des Militarismus. Die neue Art von Antimilitarismus aber, wie Liebknecht jetzt die Stuttgarter Beschlüssegeltend zu machen sucht, diese müssen wir in derselben energischen Weise zurückweisen wie bisher, weil sie die ganze Stellung unserer Partei verändern würde und wir unmöglich die Verantwortung dafür tragen können. (Lebhaftes Bravo!)

Eisner-Nürnberg: Bebel hat ganz recht. In den Reden von Noske und Bebel ist nichts gesagt worden, was nicht schon hundertfach früher gesagt worden ist. Trotzdem bleibt es unbestritten, daß die Reden von Bebel und Noske selbst in weiten Kreisen der Partei Mißstimmung hervorgerufen haben. Worin ist die Lösung dieses scheinbaren Widerspruchs zu finden? Es wäre zwischen uns wohl keine Verschiedenheit vorhanden, wenn wir gegenwärtig zu konkreten Fragen des Militarismus Stellung zu nehmen hätten. Es handelte sich bei den Reden im Grunde nicht um eine Militärfrage, sondern um eine Militärmusikfrage: es kommt auf die Musik an, die damals gemacht wurde. Man kann in keiner Fraktionsrede alles sagen. Man wird die Dinge einmal von diesem und einmal von jenem Gesichtspunkte aus beleuchten, und deshalb werden derartige Diskussionen, wie die heutige, ziemlich ergebnislos sein.

Aber man muß in jedem Augenblick überlegen, welchen Teil unseres antimilitaristischen Programms wir gerade in den Vordergrund stellen müssen. Die Genossin Zetkin hat ganz richtig gesagt: Warum hat die Rede damals so mißfallen? Man sah in ihr eine Nachwirkung unserer Niederlage. Wir wollten einen schärferen Ausdruck als die Betonung, daß wir gute Patripten sind, was ganz gleichgültig ist. Das haben wir als eine Konzession an die allgemeine Stimmung über unsere Mißerfolge bei den Wahlen angesehen. Was wir aber in diesen Reden gar nicht berücksichtigt haben, das war die internationale Lage. Das war ein schwerer Fehler. Wir haben nicht falsch, aber unrein gespielt. Die internationalen Verhältnisse waren damals gar nicht so ungefährlich, wie sie der Genosse Bebel hält, der meinte, daß es in nächster Zeit nicht zu internationalen Konflikten kommen könne. Ich teile diesen Optimismus nicht. Ich bin in diesen Dingen sehr pessimistisch. Die Situation war aufs äußerste gespannt. Und wenn in jenem Augenblicke, da man versuchte, den nationalen Furor zu entfesseln, Noske die patriotischen Gefühle in den Vordergrund gestellt hat, so milderte das nicht die internationale Spannung, sondern es verschärfte sie. Wenn ich nicht sehr irre, hat der Kriegsminister damals großen Wert darauf gelegt, daß gerade aus unserem Lager eine Stimmung zum Ausdruck gebracht wurde, wie es geschehen ist. Wenn die Bourgeoisie dem Auslande gegenüber sagen kann: Auch das Proletariat ist auf unserer Seite, so liegt darin eine Kriegsgefahr. Es ist ganz gleichgültig, was das „Berliner Tageblatt" oder die „Post" sagt, ob man uns lobt oder tadelt. Aber nicht gleichgültig ist die Stimmung im Auslande. Ich bedauere, daß unserer Bruderpartei in Frankreich ihre Stellung aufs äußerste erschwert worden ist. Diese Stimmung ist auf dem Stuttgarter Kongreß zutage getreten. Wer die bürgerliche Presse Frankreichs verfolgt, weiß, daß auf den Kampf unserer französischen Genossen mehr Rücksicht genommen werden muß. Wir hätten in jenem Augenblick schärfer als sonst sagen müssen, was uns in der Militärfrage von den bürgerlichen Klassen trennt. Ich bestreite entschieden, daß es verschiedene Arten und Klassen von Patriotismus gibt. Es gibt nur eine einzige Art von Patriotismus, nämlich den, der die ganze Volksgemeinschaft umfaßt, und diese Art von Patriotismus haben wir Sozialdemokraten. Deswegen war es nicht notwendig, durch die Hervorhebung des Wortes Patriotismus den Schein zu erwecken, als ob wir unter dem Patriotismus dasselbe verständen wie unsere Gegner. Es ist nicht zu bestreiten, daß im sozialistischen Auslande eine Mißstimmung gegen uns geherrscht hat. Unsere nationale Haltung und unsere Vaterlandsliebe brauchen wir nicht zu bekennen. Es wäre programmwidrig, wenn wir nicht patriotisch wären in dem Sinne, wie man es aber nicht bei den Militärdebatten äußern sollte, sondern bei Wahlrechtsfragen. Dabei müssen wir unsere Auffassung von Patriotismus grundsätzlich erörtern. Wir verlangen nationale Autonomie. Unser Patriotismus besteht nicht darin, daß wir fremde Länder erobern wollen, sondern wir wollen das eigene Vaterland für uns erobern. Der einzige Vorwurf gegen die damaligen Militärdebatten scheint mir darin zu liegen, daß die Betonung unseres selbstverständlichen Patriotismus in dem Augenblick nicht ganz taktvoll war und unseren ausländischen Brüdern dadurch Schwierigkeiten gemacht wurden. Wir können uns ein Muster an dem tapferen Kampf der französischen Genossen nehmen.

David-Mainz: Genossin Zetkin und Stadthagen haben das, was ich hinsichtlich der Kritik von Reichstagsreden gesagt habe, in einer Weise behandelt, gegen die ich mich verwahren muß. Liebknecht hatte gesagt, daß besonders unsere Reichstagsreden das geeignete Objekt seien, um Kritik daran zu üben. Da habe ich erklärt, wenn man das tut, ohne sich vorher die Sache gründlich zu

überlegen, dann wird das die Agitation im Lande nicht besonders fördern, und man sollte diese Reden dann doch nicht als Agitationsbroschüren verbreiten. Ich habe auf den Widerspruch hingewiesen, der darin liegt, daß man an eine Kritik herangeht, ehe man das Stenogramm gelesen hat. Es liegt mir fern, die sachlich berechtigte Kritik einzuschränken, das wünsche ich schon deshalb nicht, damit auch die Kritik Stadthagenscher Reden nicht unmöglich gemacht wird. (Heiterkeit.) — Es gehen hier zwei Dinge in der Debatte durcheinander. Einmal die von Liebknecht vertretene Auffassung, daß wir eine neue, stärkere antimilitaristische Propaganda treiben müssen. Und dann unsere Stellung zu der Militärfrage überhaupt. In bezug auf die letztere ist ein prinzipieller Unterschied nicht vorhanden. In bezug auf die erstere Frage meine ich, daß durch Liebknechts Vorschlag der erstrebte Zweck nicht erreicht wird, die waffentragende Bevölkerung schneller für uns zu gewinnen. Es wird vielmehr dadurch die Erreichung dieses Zieles geradezu erschwert. Liebknecht hat ja manches zurückgezogen. Er meinte, er sei mißverstanden worden, so auch hinsichtlich des Ausdrucks „Verekeln". Derselbe muß allerdings aufs schärfste zurückgewiesen werden. Wenn wir unseren Genossen im Militärrock den Aufenthalt beim Militär verekeln wollten, dann wäre unser ganzes Verhalten falsch gewesen. Dann durften wir nicht die Löhnung erhöhen, und wir durften dann auch nicht gegen die Militärmißhandlungen auftreten. — Nun ein paar Worte zu dem, was Eisner gesagt hat. Er meint, nicht die einzelnen Aeußerungen hätten Mißfallen erregt, sondern ihre Tendenz in der damaligen Situation. Ich bestreite, daß in der breiten Masse der Parteigenossen diese Wirkung sich gezeigt hat. Es ist erst ziemlich spät in der „Leipziger Volkszeitung" eine Kritik erfolgt, und daran hat sich die weitere Erörterung in der Presse geschlossen. (Widerspruch.) Es wird gesagt, man habe die Stimmung der Wahlniederlage aus den Reden herausgehört. Hat Eisner nicht die vorher gehaltenen Etatsreden gelesen? Die waren doch nicht in dem Geist gehalten, als ob wir uns als Besiegte fühlten. Wir hatten beim Etat eine gründliche Abrechnung vorgenommen. Und diese Reden sind als Broschüren verteilt worden. Die Parteigenossen scheinen also die Meinung zu haben, daß sie der Situation gut angepaßt waren. — Auch die internationale Situation war keineswegs die, daß Deutschland in jenen Tagen aggressiv erschien. Es waren ja die Tage der sogenannten Einkreisungspolitik. (Aha!) Warten Sie ab! Damals war die Stimmung die, daß wir von England eingekreist wurden und daß man gegen Deutschland eventuell einen Krieg plane. Wenn man also die Wirkung der Reden in der Situation prüft, dann müßte man doch eher sagen: Wenn wir den Patriotismus im Sinne der entschlossenen Selbstverteidigung stärker betont hätten, so hätte das nur zur Sicherung des Friedens dienen können. Aber auch das halte ich für Spintisiererei. — Die Genossin Zetkin hat uns eine Menge Dinge mit ungeheuerer Begeisterung vorgetragen. Gegen wen polemisierte sie eigentlich? Haben wir nicht die Revolutionierung der Köpfe seit Jahrzehnten betrieben? Hat Genossin Zetkin uns nicht auch selbst erzählt, daß wir dabei gute Erfolge erzielt haben? Gut! Fahren wir fort, in der bisherigen Weise die Köpfe zu revolutionieren. Die Regierungen wissen heute schon, daß die Kriege nicht mehr so wie früher gemacht werden können, daß man angefangen hat, zu denken, und daß man sich nicht mehr blindlings da hineinhetzen läßt, daß mehr und mehr die Massen des Volkes ein mitbestimmender Faktor in der Frage von Krieg und Frieden werden. Fahren wir fort wie bisher, so werden die Erfolge nicht ausbleiben. (Beifall.)

Ein Schlußantrag, den Winckelmann begründet, und Honrath bekämpft, wird abgelehnt.

Ledebour: Es sind heute nachmittag eine ganze Menge neuer Gesichtspunkte in die Debatte hineingezogen worden, die zum Teil noch der Widerlegung be-

dürfen. Ich gebe denen, die Noske verteidigt haben, insofern recht, daß die Noskesche Rede eine ganze Anzahl annehmbarer Stellen hat, wie sie wahrscheinlich in Volksversammlungen Hunderte von Agitatoren auch vorgebracht haben. (Zuruf: Sie nicht besser!) Vielleicht ich auch nicht besser. Um was handelt es sich? Bebel hat ja indirekt gezeigt, worin der Mangel der Noskeschen Rede liegt, indem er sagt: Was soll ich denn alles jedesmal wiederholen? Dadurch daß die Rede gehalten wurde und eine Anzahl abermaliger Betonungen dieses Patriotismus in dieser Situation in das Land hinausgeschleudert wurden, wurde allerdings bei den Regierungen im Inlande und Auslande ein falscher Eindruck erzielt. An sich hatte die Fraktion, bloß nach dem Wortlaut der Rede, keinen Anlaß, aus ihr eine Haupt- und Staatsaktion zu machen. Eisner irrt aber, wenn er meint, es sei gleichgültig, was das „Berliner Tageblatt" oder die „Post" sagen. Hier war ein Lob ausgesprochen worden und das lautet etwa so: „Da ist endlich ein origineller, großartiger Kopf aufgetreten, den Namen muß man sich merken. Das ist die richtige Weise, den Patriotismus zu behandeln." Bebel unterschätzt sich selbst, wenn er meint, er habe ebenso gesprochen, wie Noske. Was geschah? Es ist einem Parteigenossen nachgesagt worden, von einem bürgerlichen Blatt, daß eine neue Aera sozialistischer Politik mit ihm begonnen habe. In der Chemnitzer „Volksstimme" erfolgte nun ein Zitat: Da sieht man, welche bedeutsame Kraft wir Chemnitzer haben, die selbst die Gegner anerkennen. (Widerspruch Noskes.) Darauf hat Noske geschwiegen. Er sagt ja, was kann ich denn machen, wenn ein Parteigenosse so etwas schreibt? Dafür bin ich nicht verantwortlich. Aber durch seine nahen Beziehungen zur „Volksstimme" hätte er doch die Möglichkeit gehabt, sich dagegen zu verwahren. Er hat dieses blamable Lob auf sich sitzen lassen, selbst als das Parteiblatt seines Wahlkreises es hervorgehoben hat. Eisner überschätzt die Korrespondenten der auswärtigen bürgerlichen Blätter. Die hören sich die Reichstagsverhandlungen nicht an, die gehen ins Café und lassen sich von einem Deutschen, der französisch kann, die Betrachtungen bürgerlicher Blätter übersetzen und telegraphieren das nach Paris. (Heiterkeit.) Wie lag damals die Situation? Es sollte im deutschen Volke Stimmung gemacht werden für einen Krieg gegen Frankreich und England, nicht für einen Krieg gegen den russischen Zaren. In der bürgerlichen Presse wurden die bekannten Einkreisungs-Ideen systematisch kolportiert, die unsinnigen Ideen, daß König Eduard von England ein Aggressivbündnis gegen Deutschland zustande bringen wird. Das gab der Situation das Gepräge, und nun kommt David und bestätigt die Einkreisungs-Idee! Er hat sich also durch das unsinnige Geschwätz der bürgerlichen Presse über die Pläne Englands beeinflussen lassen, er glaubt heute noch daran und sagt: in dieser Situation wirken wir für den Frieden, wenn wir unseren Patriotismus recht kräftig gegenüber dem Auslande bekunden. Das zeigt, daß David auch in dieser Frage sich vollständig in einem bürgerlichen Ideengang bewegt. (Widerspruch.) Jawohl! Auf die Einkreisungsbestrebungen Eduards sich zu berufen und damit patriotische Kundgebungen der deutschen Sozialdemokratie zu rechtfertigen, das zeigt, daß er absolut nicht den sozialdemokratischen Gesichtspunkt versteht, von dem aus wir solche Dinge zu beurteilen haben. (Rufe: Sehr richtig!) (David: Ich sagte, ich halte das für törichte Spintisiererei!) Sie haben ausdrücklich gesagt, gegenüber diesen Maßnahmen war es notwendig, unsere patriotische Gesinnung zu betonen, um den Frieden sicherzustellen. (David: Das habe ich nicht gesagt!) Wenn man überhaupt der Situation Rechnung tragen wollte in bezug auf die auswärtige Politik, dann mußte man in diesem Augenblick darauf hinweisen, daß der Appell der bürgerlichen Presse an den Patriotismus reiner Schwindel war zur Unterstützung der Weltpolitik der gepanzerten Faust, die gegen die Sozialdemokratie geübt werden sollte. Den Frieden bekräftigen wir dadurch, daß wir

vollständige Klarheit darüber schaffen, daß unter keinen Umständen die Regierungen und die bürgerlichen Parteien sich darauf verlassen können, daß die Sozialdemokratie sich unter irgendwelchen faulen Vorwänden zu einem Kriege gegen diese westeuropäischen Mächte gebrauchen läßt. Es handelte sich nur um ein Schwindelmanöver der bürgerlichen Parteien. Die westeuropäischen Mächte denken gar nicht daran, uns mit Krieg zu überziehen, und wenn Sozialdemokraten auf diesen Schwindel hereinfallen, so zeugt das nicht nur von vollständiger Verkennung der politischen Situation, sondern auch von einer Verkennung unserer Politik gegenüber den herrschenden Klassen und den bürgerlichen Regierungen überhaupt. (Beifall.)

Kautsky: Meiner Ansicht nach können wir uns nicht darauf festlegen, jedesmal, wenn wir überzeugt sind, daß ein Angriffskrieg droht, die Kriegsbegeisterung der Regierungen zu teilen. Bebel meint allerdings, wir seien heute schon viel weiter als 1870, wir könnten heute schon in jedem Falle genau unterscheiden, ob ein wirklicher oder ein vermeintlicher Angriffskrieg vorliegt. Ich möchte diese Verantwortung nicht auf mich nehmen. Ich möchte nicht die Garantie übernehmen, daß wir in jedem Falle schon eine solche Unterscheidung genau treffen können, daß wir stets wissen werden, ob eine Regierung uns hinters Licht führt, oder ob sie wirklich die Interessen der Nation gegenüber einem Angriffskrieg vertritt. (Sehr richtig!) Aber abgesehen davon frage ich, ob denn unter allen Umständen die Sozialdemokratie jedes Landes verpflichtet ist, in einem wirklichen Angriffskrieg mitzumachen. Wenn zum Beispiel Japan Rußland angegriffen hatte, waren da die russischen Sozialdemokraten zur Verteidigung ihrer Nationalität gezwungen, die Regierung zu unterstützen? Sicherlich nicht! (Zustimmung.) Wir haben uns nicht von dem Gesichtspunkte leiten zu lassen, ob Angriffs- oder Verteidigungskrieg, sondern davon, ob ein proletarisches oder demokratisches Interesse in Gefahr ist. Denken wir z. B. an Marokko. Gestern war die deutsche Regierung aggressiv, morgen die französische, und wir können nicht wissen, ob es übermorgen nicht die englische ist. Das wechselt fortwährend. Marokko aber ist niemals das Blut eines einzigen Proletariers wert. Wenn ein Krieg um Marokko ausbricht, müßten wir ihn entschieden ablehnen, auch wenn wir die Angegriffenen wären. (Sehr richtig!) In Wirklichkeit handelt es sich im Falle eines Krieges für uns nicht um eine nationale, sondern um eine internationale Frage; denn ein Krieg zwischen Großstaaten wird zum Weltkrieg, er berührt ganz Europa und nicht bloß zwei Länder allein. Die deutsche Regierung könnte aber auch eines Tages den deutschen Proletariern weismachen, daß sie die Angegriffenen seien, die französische Regierung könnte das gleiche den Franzosen weismachen, und wir hätten dann einen Krieg, in dem deutsche und französische Proletarier mit gleicher Begeisterung ihren Regierungen nachgehen und sich gegenseitig morden und die Hälse abschneiden. Das muß verhütet werden und das wird verhütet, wenn wir nicht das Kriterium des Angriffskrieges anlegen, sondern das der proletarischen Interessen, die gleichzeitig internationale Interessen sind. Denken wir an den deutsch-französischen Krieg! Es war damals ein proletarisches Interesse, daß das Kaisertum nicht die Republik demütigen, und daß den Bewohnern von Elsaß-Lothringen die Angehörigkeit zu einem Staat nicht aufgedrängt werde nach dem Recht der Eroberer, sondern nach dem Selbstbestimmungsrecht. Die Demokratie mußte verlangen, daß die Elsaß-Lothringer selbst entscheiden, wozu sie gehören wollen. Unsere Genossen in Deutschland haben damals dementsprechend gehandelt im Einvernehmen mit der gesamten Internationale, es war nicht eine deutsche oder französische, sondern eine internationale Angelegenheit. Und es ist eines der größten Ruhmesblätter von Bebel, daß er sich damals nicht auf die patriotische Seite

gestellt hat, sondern auf die Seite, die ihm das proletarische, das internationale Interesse gebot. (Zuruf: Wird wohl immer so sein.) Glücklicherweise ist es ein Mißverständnis, als ob die deutsche Sozialdemokratie im Kriegsfalle nach nationalen und nicht nach internationalen Gesichtspunkten urteilen wollte, daß sie sich in erster Linie als Deutsche und in zweiter Linie als Proletarierpartei fühlte. Die deutschen Proletarier sind solidarisch mit den französischen Proletariern und nicht etwa mit den deutschen Scharfmachern und Junkern. (Sehr richtig!) Wenn wir nach diesen Gesichtspunkten handeln, werden wir stets leicht darüber klar werden, wie wir der Kriegsgefahr gegenüber handeln sollen. Das kann heute nicht in allen Einzelheiten festgestellt werden, wir müssen uns in der Auswahl der Mittel freie Hand lassen, ohne eines dabei von vornherein auszuschalten. Aber was wir Deutsche nicht für uns allein entscheiden können, das ist die Frage: welche Stellung wir einem bestimmten Kriege gegenüber einnehmen sollen, das ist eine internationale Frage. Stuttgart hat bewiesen, daß die deutsche Sozialdemokratie in diesem Sinne handeln will, das ist die weltgeschichtliche Bedeutung des Stuttgarter Kongresses, und ich glaube, auch die heutigen Verhandlungen haben bewiesen, daß das deutsche Proletariat im gleichen Sinne handeln will, und daß es, was auch kommt, seinen Mann stellen wird. (Beifall.)

Bebel: Mein Freund Kautsky hat heute sehr unglücklich gegen mich polemisiert. (Heiterkeit.) Sein sonst so gewohnter Scharfsinn hat ihn vollständig verlassen. (Erneute Heiterkeit.) Namentlich sind die historischen Beispiele, die er zur Widerlegung meiner Ausführungen gebraucht hat, total verfehlt. Zunächst hat er vom russisch-japanischen Kriege gesprochen. Zweifellos sind die Japaner die Angreifer gewesen, wir haben uns darüber gefreut, wir haben ihnen den Sieg gewünscht und unseren russischen Freunden gar nicht zugemutet, den Angriffskrieg mit einem Gegenschlag zu beantworten. (Zuruf: Na also — Heiterkeit.) Das zweite Beispiel von Kautsky war Marokko. Ich weiß nicht, wie er aus Marokko die Möglichkeit eines Angriffskrieges gegen Deutschland herzuleiten vermag. Das dritte war eine Darlegung des Krieges von 1870. Bei Ausbruch des Krieges handelte es sich nicht um die Republik. Die war noch nicht da, es war ein Krieg gegen das Napoleonische Regiment. Daß wir damals die Sache richtig durchschaut haben, macht ja unserem Scharfsinn alle Ehre, da wir inzwischen älter und gescheiter geworden sind, werden wir hoffentlich in Zukunft noch größeren Scharfsinn entwickeln. (Heiterkeit.) Wenn ich noch einmal solch Schauspiel erleben sollte — und Kautsky würde dann gewiß auch noch leben, er ist ja jünger als ich —, dann rechne ich darauf, daß ich, wenn ich in einem solchen Falle den richtigen Weg nicht finden kann, mir sein Scharfsinn dazu verhilft. (Große Heiterkeit und lebhafter Beifall.)

Henke-Bremen: Es ist nicht richtig, daß die „Leipziger Volkszeitung" mit der Kritik gegen Noske angefangen hat, zu gleicher Zeit hat auch die Bremer „Bürgerzeitung" und noch ein anderes Parteiblatt die Rede von Noske in der gleichen Weise kritisiert. Die Redakteure haben doch die Aufgabe, darauf hinzuweisen, wo gegen unsere Prinzipien verstoßen worden ist. Ich kann also darin keinen berechtigten Vorwurf erblicken, wenn David meint, hätte die „Leipziger Volkszeitung" nicht den Finger darauf gelegt, so hätte überhaupt kein Mensch davon etwas gemerkt; nein, noch bevor die Presse dazu Stellung genommen hat, haben sich in Bremen eine Anzahl von Genossen mit der Rede von Noske beschäftigt, und ich setze voraus, daß es auch wo anders so gewesen ist. Nur haben diese Genossen ihre Meinung nicht sofort in einer Versammlung oder in der Zeitung zum Ausdruck bringen können. Das, was Genosse Noske heute morgen ausgeführt hat, bestätigt, wie berechtigt die Angriffe waren. Ich denke an jenes Zitat in Marx' „Kapital", wonach das Kapital im

allgemeinen zwar Tumult und Streit flieht, wonach aber von ihm Tumult und Streit provoziert werden, wenn es dabei die höchsten Prozente zu verdienen gibt. Noske hätte im Reichstage den bürgerlichen Parteien zurufen müssen: Eure Friedensliebe ist nichts weiter als Heuchelei. Er hätte ihnen die heuchlerische Maske vom Gesicht reißen müssen. Hätte er das getan, so wäre es keinem Genossen eingefallen, eine derartige Kritik an seiner Rede zu üben. Daß wir an Parlamentsreden zur Kritik berechtigt sind, ist selbstverständlich. Und ich freue mich, daß das hier geschehen ist. Wer allerdings, wie das ein Parteiblatt tut, die Kritik an Reden unserer Abgeordneten im Reichstage als Profanierung betrachtet, der überspannt die Dinge. Man übertreibt nicht nur auf der Seite, auf der sich die „Leipziger Volkszeitung" befindet, sondern auch auf der anderen Seite. Noske hätte im Reichstage betonen müssen, daß es bei der Heraufbeschwörung einer Kriegsgefahr auch darauf ankommt, daß sie von uns als solche erkannt wird. Das hat er nicht in genügendem Maße getan. Auch das hat mir nicht gefallen, daß er sagt, daß wenn ein Gegner uns Vaterlandslosigkeit vorwirft, dann können wir ihm keine theoretische Vorlesung halten. Gewiß, aber ich bin überzeugt, Noske hätte den Beifall der ganzen Partei gefunden, wenn er damals im Reichstage wenigstens die eine Art Patriotismus des Proletariats dargelegt hätte. Daß das nicht in der richtigen Weise geschehen ist, ist der Grund dafür, daß seine Rede eine so scharfe Kritik gefunden hat. Er hat sich verpflichtet gefühlt, sich gegen Angriffe von bürgerlicher Seite zu verteidigen. Sein proletarisches Gemüt hat den Vorwurf der Vaterlandslosigkeit nicht ertragen können. Er hat darauf geantwortet und hat geglaubt, die Sozialdemokratie so, wie geschehen, verteidigen zu müssen. Er hätte aber den Spieß umdrehen sollen, er hätte uns nicht in so falscher Weise verteidigen, sondern die bürgerlichen Redner ob ihrer Friedensheuchelei bloßstellen sollen, dann hätte er unseren Beifall gefunden. (Beifall.)

Hiermit schließt die Debatte. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Lensch-Leipzig: Noske sagt, ich hätte es mir aus den Fingern gesogen, daß der Kriegsminister nach seiner Rede die Erklärung akzeptiert habe, daß im Falle eines Angriffskrieges die Sozialdemokratie mit derselben Treue und Hingabe für das Vaterland kämpfen würde wie die bürgerlichen Parteien. Der Bericht des „Vorwärts" vom 26. April 1907 über die Rede des Kriegsministers beginnt mit den Worten: „Ich akzeptiere die Versicherung des Vorredners, daß die sozialdemokratische Partei entschlossen sei, im Falle eines Angriffskrieges auf das Deutsche Reich es mit derselben Treue und Hingabe zu verteidigen wie die anderen Parteien." Damit, glaube ich, ist der schwere Vorwurf, den Noske gegen mich erhoben hat, platt zu Boden gefallen.

Wetzker-Bochum: Bebel hat von einem Redakteur gesprochen und gesagt, er habe seit etwa 1½ Jahren das Gefühl, daß er es diesem Redakteur niemals mehr recht machen könne. Namen hat er nicht genannt. Ich darf wohl annehmen, daß er mich gemeint hat. Zwar ist es nicht möglich, Gefühle zu widerlegen. Ich möchte aber dem Genossen Bebel doch erklären, daß sein Gefühl ihn täuscht. (Heiterkeit.)

Noske-Chemnitz: Ich habe gesagt, Lensch habe sich die von ihm in der „Leipziger Volkszeitung" und in einer Leipziger Versammlung aufgestellte Behauptung aus den Fingern gesogen, der Kriegsminister habe mich wegen meiner Rede gelobt. Daß jene Behauptung aus den Fingern gesogen ist, läßt sich nicht bestreiten.

Nunmehr erhält das Schlußwort

Dr. Südekum: Ich bin in der glücklichen Lage, festzustellen, daß an der Tätigkeit der Fraktion außerordentlich wenig ausgesetzt worden ist. Was

zunächst die gestellten Anträge anlangt, so sei bemerkt: Die Anträge 73 und 74 sind bereits gedeckt durch entsprechende Anträge der Fraktion. Es ist deshalb nicht nötig, sie noch ausdrücklich anzunehmen. Der Antrag 79 ist in der vorliegenden Form nicht brauchbar, schon deshalb nicht, weil darin nicht gesagt ist, welches bei der Bühne beschäftigtes Personal denn überhaupt geschützt werden soll. Vom Antrag 92 gilt dasselbe wie von den Anträgen 73 und 74. Ueber den Antrag 96 kann ich mir wohl jede weitere Bemerkung ersparen. Ich bin überzeugt, Sie werden ihn ablehnen. (Sehr richtig!) Ueber die Resolution 97 haben Molkenbuhr und Stadthagen das Erforderliche gesagt. Den Antrag 98 könnte man dem Parteivorstand höchstens zur Berücksichtigung überweisen. Antrag 99 berührt eine Angelegenheit, die wir nicht vernachlässigt haben, wenn es auch nicht zur Ausarbeitung einer eigenen Gesetzesvorlage gekommen ist. Wir alle sind davon überzeugt, daß die heutigen Wohlfahrtseinrichtungen einzelner Großkapitalisten und großkapitalistischer Gesellschaften dringend der gesetzlichen Regelung bedürfen. Es gibt Gruppen von Arbeitern, denen ein gesetzlicher Schutz verliehen werden muß gegen übermäßige Ausbeutung, gegen Gesundheitsschädigung in den Betrieben, und in diesem Falle haben wir es zu tun mit einer Arbeiterschaft, die wir gesetzlich gegen die „Wohltaten" ihrer Unternehmer schützen müssen. Die Fraktion wird diesen Verhältnissen ihre Aufmerksamkeit zuwenden müssen. Wir werden zu einem eigenen Gesetzesvorschlag übergehen müssen, doch kann ich bindende Versprechungen noch nicht abgeben.

Aus der langen Diskussion über den Militarismus oder, wie ich leider sagen muß, über die Noskesche Rede habe ich nicht entnehmen können, daß gegen die grundsätzliche Haltung der Fraktion zum Militarismus irgendeine Ausstellung erhoben ist. Der ganze Grundzug dieser Kritik kommt mir außerordentlich pessimistisch vor. Es wird unterschätzt, was die Sozialdemokratie bisher im Kampfe gegen den Militarismus geleistet hat. (Sehr gut.) Es wird so hingestellt, daß, gesetzt den Fall, die Noskesche Rede wäre so gewesen, wie es von manchen Seiten ausgeführt ist, was ich nicht zugebe —, ich sage, es wird der Eindruck erweckt, als ob eine einzige solche Rede unsere jahrelange Arbeit aus der Welt schaffen könnte. (Zuruf: Das hat niemand behauptet!) Davon kann gar keine Rede sein. Der Aufwand einer so langen Diskussion über die Rede eines einzelnen Abgeordneten steht in keinem Verhältnis zur Bedeutung des Objekts. (Sehr richtig!) Unsere Stellung zum Militarismus ist heute genau so, wie sie gestern war und wie sie war, als Noske seine Rede gehalten hat. An dieser Stellung konnte sich nichts ändern, weil dazu auch nicht die mindeste Veranlassung vorlag. Sie haben aus der Rede von Bebel klar und deutlich gehört, daß keine Furcht zu bestehen braucht, als seien Strömungen vorhanden, die dem Kampf gegen den Militarismus auch nur die allermindeste Abschwächung zuteil werden lassen wollen. Aber wir lehnen auch heute grundsätzlich die Liebknechtschen Ansichten und Anregungen ab. Genosse Liebknecht ist einer von denen, die ungeduldig sind, denen es nicht rasch genug geht und die deshalb ihr Augenmerk auf einen bestimmten Punkt der sozialdemokratischen Propaganda richten, während das Problem, das wir lösen wollen, doch nur durch die gesamte Tätigkeit, durch die Wandlung unseres Gemeinwesens gelöst werden kann. So steht die Sache denn doch nicht, daß wir den Militarismus, losgelöst von seinen ganzen historischen Existenzbedingungen, von seinen Werdebedingungen, allein abtun können. (Sehr richtig! Liebknecht: Daran denke ich auch nicht.) Gewiß, daran denkt „niemand", sondern nur diejenigen, die das zum Steckenpferd gemacht haben (Liebknecht: Das sind nicht wir!) und die dadurch unserer Agitation nicht nützen, sondern Abbruch tun. Aenderungen an der Stellung unserer Fraktion zum Militarismus sind nicht vorgeschlagen. Alles in allem kann ich

nochmals feststellen, daß der Parteitag und die gesamte Partei mit der Tätigkeit der Fraktion zufrieden ist, und das wird ihr eine wirkungsvolle Stärkung in ihrem weiteren Kampfe für die Befreiung der Arbeiterklasse und für die kulturelle Hebung des Volkes sein. (Beifall.)

Es wird zur Abstimmung geschritten.

Antrag 96 wird mit großer Mehrheit abgelehnt, die Anträge 41, 78, 74, 79, 92, 97, 98, 99 werden der Fraktion als Material überwiesen.

Nächster Punkt der Tagesordnung ist der

Bericht vom Internationalen Kongreß.

Berichterstatter **Singer**: Die begeisterte Aufnahme, welche die Verhandlungen des Internationalen Kongresses sowohl bei den Delegierten als auch bei den Berichterstattungen in den Parteiversammlungen sowie in der Presse gefunden haben, überheben mich der Aufgabe, längere Ausführungen darüber zu machen. Niemand, der den Vorzug gehabt hat, dem Internationalen Kongreß in Stuttgart beizuwohnen, wird jemals diese machtvolle, imposante Demonstration des Proletariats aller Länder vergessen, und ich darf in Uebereinstimmung mit allen Teilnehmern des Kongresses aussprechen, daß seine Wirkungen für die internationale Sozialdemokratie außerordentlich gute sein werden. Die Einmütigkeit des internationalen Proletariats, seine Geschlossenheit wird dazu beitragen, seine Kampfesfreudigkeit und Stärke in allen Ländern zu erhöhen. (Sehr richtig!) In den Kommissionen ist gründlich gearbeitet worden, und die Arbeit der Kommissionen hat ja auch meist die einmütige Zustimmung des Kongresses gefunden.

Zunächst möchte ich kurz zwei Fragen erwähnen, die die deutsche Delegation betreffen. Sie hat zwei Mandate von Leipziger Genossinnen für ungültig erklärt, und zwar wie ich ausdrücklich feststellen will, aus rein formalen Gründen. Ich möchte die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne meinem Bedauern darüber Ausdruck zu geben, daß es in Deutschland möglich gewesen ist, der deutschen Delegation andere als rein sachliche Momente bei der Beschlußfassung über die Gültigkeit dieser Mandate zu unterschieben. (Lebh. Zustimmung.) Unser Parteitag hat sich ja mit dieser Frage überhaupt nicht zu beschäftigen. Allerdings ist gegen den Beschluß der deutschen Delegation Protest an den Parteitag eingelegt. Ich habe als Vorsitzender die Proteste der Beschwerdekommission überwiesen; aber ich kann schon jetzt sagen, daß die Kommission in vollem Einverständnis mit mir den Standpunkt vertreten wird, daß der deutsche Parteitag nicht die geeignete Stelle ist, um Proteste gegen Beschlüsse des Internationalen Kongresses entgegen zu nehmen. (Sehr richtig!) Nach dem Reglement des Internationalen Kongresses hätten die beiden Genossinnen beim Internationalen Bureau Protest gegen den Beschluß der deutschen Delegation einlegen können. Das ist nicht geschehen, und damit ist der Beschluß unanfechtbar geworden. Wir haben damit absolut nichts zu tun. Zwei andere Mandate, die die deutsche Delegation für ungültig erklärt hat, sind vom Internationalen Bureau als gültig anerkannt worden, womit dieser Gegenstand ebenfalls seine Erledigung gefunden haben dürfte. Von den Beschlüssen des Kongresses brauche ich mich eingehender nur mit denen über die Kolonialpolitik und dem Militarismus zu beschäftigen. Die Resolution des Kongresses zum Frauenwahlrecht entspricht der grundsätzlichen Auffassung, die die deutsche Sozialdemokratie kraft ihres Programms von Anfang an zu vertreten verpflichtet war, nämlich der der absoluten Gleichberechtigung der Frauen bei den Wahlen zu allen politischen Körperschaften. Der Internationale Kongreß hat durch seine Resolution nur das bestätigt, was die deutsche Sozialdemokratie immer gefordert hat. Das Verhältnis der Gewerk-

schaften zu den politischen Parteien hat auf dem Kongreß eine Regelung gefunden, die den Wünschen und Forderungen der deutschen Partei entspricht. Unsere Mannheimer Resolution bildete die Grundlage für die Resolution des Internationalen Kongresses, und ich darf wohl die Hoffnung aussprechen, daß es infolge dieses Beschlusses mehr noch als bisher dahin kommen wird, daß gewerkschaftliche und politische Organisationen sich als Brüder fühlen, die einen Kampf zu führen haben, die zwar getrennt marschieren, aber doch vereint schlagen. Der Beschluß des Internationalen Kongresses ist für die Stärkung der Arbeiterorganisationen nach beiden Richtungen hin von außerordentlich weittragender Bedeutung. (Sehr richtig!) Auch die Resolution über die Ein- und Auswanderung wird sich der Zustimmung der Parteien aller Länder erfreuen können. Es ist nicht zu verkennen, daß das eine schwierige Frage ist, eine Frage, die zwar nicht das erstemal einen Internationalen Kongreß beschäftigt, für deren Behandlung aber zum erstenmal Grundzüge aufgestellt sind. Die Resolution ist das Produkt langer eingehender Kommissionsberatungen. Ich glaube, daß die Frage in richtiger Weise gelöst ist.

Ich komme nun zu den beiden Resolutionen, die in gewissem Umfange zu Meinungsverschiedenheiten geführt haben.

Zunächst einige Ausführungen über die Resolution zur Kolonialfrage: Nach meiner Ueberzeugung handelt es sich bei der angeblichen Differenz, über die auch in unserer Presse und in Versammlungen die Rede gewesen ist, viel mehr um einen Streit um Worte als um den Begriff, den die Sozialdemokraten mit der Frage der Kolonialpolitik verbindet. (Sehr richtig!) Es unterliegt keinem Zweifel, daß in unserer Partei über die von der bürgerlichen Gesellschaft betriebene Kolonialpolitik im allgemeinen und über die von der deutschen Regierung betriebene Kolonialpolitik im besonderen nur eine Meinung herrscht, und zwar die der schärfsten Ablehnung. (Lebhafte Zustimmung.) Diese Feststellung ist besonders wichtig, weil in der gegenwärtigen Situation einzig und allein diese Phase einer Kolonialpolitik in Frage kommen kann. Denn daß eine sozialdemokratische Kolonialpolitik innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft nicht betrieben werden kann kraft der Grundlagen, auf denen diese Gesellschaft basiert und kraft der Ueberzeugung, die die Sozialdemokratie von der Notwendigkeit der Bekämpfung der kapitalistischen Gesellschaft hat; darüber kann doch kein Zweifel sein. Ich kann die Empfindung nicht unterdrücken, daß, wie bei manchen anderen Fragen, auch hier die Unterschiede der Temperamente eine Rolle gespielt haben. (Sehr wahr.) Die Meinungsverschiedenheiten kamen zum Ausdruck bei der Formulierung der prinzipiellen theoretischen Stellung der Partei zur Kolonialfrage. Niemand kann mehr als ich es für notwendig erachten, auch zu dieser Frage die prinzipielle theoretische Stellung der Partei festzulegen. Aber ich habe mich darüber gewundert, daß weder in den Diskussionen, in der Presse, noch in den Versammlungen und, so weit ich unterrichtet bin, auch nicht in der Sitzung der deutschen Delegation daran erinnert ist, daß unsere Partei sich bereits auf dem Mainzer Parteitage gelegentlich der Erörterung der Frage der Weltpolitik grundsätzlich in bezug auf die Kolonialpolitik festgelegt hat. Ich darf zu meiner Freude hinzufügen, daß die schließlich in Stuttgart angenommene Resolution, für die in der Schlußabstimmung auch die Mehrheit der Deutschen gestimmt hat, genau den in Mainz angenommenen Grundsätzen entspricht. (Hört! hört! — Redner verliest den betreffenden Passus der Mainzer Resolution.) Es war also wirklich mehr ein Streit um Worte, als ein Streit darüber, ob in der Partei tiefe prinzipielle Differenzen über die Frage vorhanden sind. Ich bin es den Genossen, die in Stuttgart die Forderung der Majorität vertreten haben, schuldig, zu erklären, daß sie in der Beurteilung der Stellung, die die Partei gegenüber der gegenwärtig betriebenen Kolonialpolitik einzunehmen

hat, vollständig mit der anderen Seite einig sind. Es liegt also kein Grund vor, nach dieser Richtung irgendwelche Differenz in der Partei zu konstruieren. Ueberhaupt halte ich es für irreführend und zu schiefen Auffassungen verleitend, wenn wir als Sozialdemokraten immer mit dem Wort Kolonialpolitik agieren. Das, was wir innerhalb der heutigen Gesellschaft können und was wir, soweit die Reichstagsfraktion in Frage kommt, auch bei der gegenwärtigen Kolonialpolitik fordern, das ist vielmehr eine Zivilisationspolitik, eine Politik der Wahrnehmung der Rechte der Eingeborenen gegenüber den Eroberern, nicht aber eine Kolonialpolitik, die darauf ausgeht, fremde Erdteile in Besitz zu nehmen, sie im kapitalistischen Interesse auszubeuten, die Eingeborenen niederzumetzeln und barbarisch zu behandeln. (Sehr richtig.) Wenn ich die Kolonialpolitik bezeichnen soll, die etwa, nachdem der Sozialismus die Welt erobert hat, geführt werden könnte, so möchte ich kurz sagen, daß wir nach meiner Ansicht dann zu den betreffenden Völkern in dieselben Beziehungen zu treten haben, wie heute die einzelnen Kulturstaaten zueinander stehen. Wir haben Freundschaftsverträge und Handelsverträge mit ihnen abzuschließen und für eine Freiheit des gegenseitigen Verkehrs zu sorgen. (Zustimmung.) Das kann man als sozialistische Kolonialpolitik bezeichnen. Aber im Augenblick haben wir darüber nicht zu entscheiden. Die Kolonialpolitik der bürgerlichen Gesellschaft haben wir grundsätzlich zu bekämpfen, nur daß wir in den Fragen, in denen die Rechte der Eingeborenen in Betracht kommen, selbstverständlich zum Schutze der Unterdrückten auftreten, wie es unser Programm der Gerechtigkeit und der Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt, von uns verlangt. (Lebhafter Beifall.) Ich wiederhole also, daß die Stuttgarter Resolution in der Frage der Kolonialpolitik der Auffassung der deutschen Sozialdemokratie entspricht, wie sie bisher schon auf Grund des Mainzer Beschlusses maßgebend war. Ich kann mit Genugtuung konstatieren, daß es sich auch in diesem Falle weit mehr um mißverständliche Aeußerungen und verschiedenartige Auslegung einzelner Reden handelt als um wirkliche Meinungsverschiedenheiten in der Partei. Die Ausführung, die in Stuttgart den Standpunkt vertrat, daß man grundsätzlich die Berechtigung einer Eroberungs-, Bevormundungs- und Ausbeutungspolitik gegenüber in der Kultur niedriger stehenden Völkern berechtigt finden müsse, diese Ausführung ist zum Glück so vereinzelt von deutscher Seite gemacht worden, daß ich es nicht für wichtig genug halte, darauf näher einzugehen. (Sehr gut!) Die zweite Frage, die zu einer Diskussion Veranlassung gegeben hat, ist die des Militarismus oder besser des Kampfes gegen den Militarismus. Ich glaube, daß die Entscheidung über diese Frage mehr wie die Entscheidung über alle anderen Fragen der deutschen Sozialdemokratie zur Genugtuung gereichen kann, denn der wesentliche Inhalt der Stuttgarter Resolution entspricht der Resolution, die der deutsche Parteivorstand an das Internationale Bureau eingereicht hat. Wir können also mit Genugtuung konstatieren, daß diese wichtige Frage in ihren wesentlichen Teilen vom Internationalen Kongreß der deutschen Auffassung entsprechend entschieden ist, und es liegt kein Anlaß vor, in der Presse davon zu sprechen, daß die deutsche Partei quasi eine herabgeminderte Stellung in der Internationale in Stuttgart erhalten hat. Wir Deutschen sind von der Verpflichtung durchdrungen, den Bruderparteien aller Länder den Kampf auch auf militaristischem Gebiete nicht zu erschweren, wir haben keinen Anlaß, uns zu Zensoren über die Mittel zu machen, die anzuwenden die übrigen Nationen für richtig finden. (Sehr richtig!) Wir haben zu der ja auch in anderen Ländern erprobten Vernunft unserer Genossen das volle Vertrauen, daß sie im gegebenen Moment sich ihrer Verantwortung bewußt sind und nichts tun werden, von dem sie nicht überzeugt sind, daß es zum Wohle des Proletariats notwendig ist und Erfolg verspricht. Aber die

Freiheit, die wir naturgemäß den Bruderparteien einräumen müssen, diese Freiheit der Entschließung, in jedem einzelnen Falle die Mittel und Wege zu bestimmen, die zur Führung des Kampfes notwendig sind, diese Freiheit müssen auch wir uns vorbehalten. (Sehr richtig!) Den besten Beweis für die Richtigkeit dieser Auffassungen finden Sie ja in der einmütigen Zustimmung des ganzen Kongresses zu der Resolution, die den einzelnen Nationen die Freiheit der Entschließung zusichert. Diese Resolution ist der vollkommenste Ausdruck der Brüderlichkeit, und wir Deutschen haben keinen Grund, kleinmütig und beschämt beiseite zu stehen. Mir ist die Einmütigkeit, die diese Resolution gefunden hat, von der allergrößten Bedeutung. Die Befürchtung, daß die Deutschen nicht mehr so entschlossen sind wie früher, den Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaft zu führen, diese Befürchtung wird weder durch den Geist, noch durch den Wortlaut der Resolution bekräftigt; denn die Resolution sagt nichts weiter, als daß das Proletariat sich vorbehält, alle Mittel anzuwenden, die es im gegebenen Moment als richtig erachtet, um seine Forderungen durchzusetzen. (Lebhafte Zustimmung!)

An den Internationalen Kongreß hat sich eine Besprechung der Vertreter der Arbeiter aller Länder in den verschiedenen Parlamenten unter dem Namen „Interparlamentarische Konferenz" angeschlossen. Diese Konferenz konnte nur allgemeine Grundzüge erörtern. Es wird vielfach der Wunsch ausgesprochen, namentlich von unseren ausländischen Freunden, daß gemeinsame Aktionen in den verschiedenen Fragen in allen Parlamenten vorgenommen werden sollen. Ich möchte nicht etwa der Meinung Ausdruck geben, daß ich das nicht für richtig halte, das, was auf den Internationalen Kongressen als allen Nationen gemeinsame Aufgabe hingestellt wird, in den einzelnen Parlamenten zu propagieren. Aber auf der anderen Seite müssen wir uns doch den Verhältnissen anpassen. Und da muß offen erklärt werden, daß es viel leichter ist, auf einem Internationalen Kongreß eine gemeinsame Aktion zu beschließen als sie durchzuführen, weil die Verhältnisse in den verschiedenen Parlamenten zu berücksichtigen sind. (Sehr richtig!) Daß aber diese Besprechungen der Interparlamentarischen Kommission weitergeführt und daß das Internationale Bureau auch mit den Sekretariatsgeschäften der Interparlamentarischen Kommission betraut wird, das halte ich für sehr nützlich. Es ist zweifellos von großer Bedeutung, wenn ein Austausch der Gesetzesvorlagen, Drucksachen und der einschlägigen Literatur zwischen den einzelnen Nationen erfolgt, und das wird für die Folge seinen Nutzen nicht verfehlen. (Sehr richtig!)

Ich habe am Eingange meines Berichtes mit großer Genugtuung den machtvollen Eindruck des Kongresses konstatieren können. Zweifellos können wir Deutschen uns darüber freuen, daß dieser Kongreß, der erste auf deutschem Boden, so glücklich und wirkungsvoll verlaufen ist. Diese Freude wird auch nicht gestört durch den Zwischenfall der Ausweisung von Quelch. Es ist ja das Schicksal der deutschen Regierungen, immer und immer gegen ihren Willen eine propagandistische Wirksamkeit für die Sozialdemokratie zu entfalten. (Heiterkeit.) Und es unterliegt keinem Zweifel, daß die Ausweisung von Quelch für die englische Delegation ein Ansporn zu erneuter und vermehrter Tätigkeit sein wird.

Dafür, daß der Kongreß so glücklich und erfolgreich verlaufen ist, verdienen besonderen und lebhaften Dank unsere Stuttgarter Genossen, die sich der Mühe und Arbeit der Organisierung unterzogen und ihn so organisiert haben, wie nach einmütiger Kundgebung aller Delegierten noch kein Internationaler Kongreß organisiert war. (Lebhafter Beifall.) Unsere Stuttgarter Genossen haben alles getan, um die Begeisterung der deutschen Partei für die Internationale auch durch ihre lokalen Veranstaltungen entsprechend zum Ausdruck zu bringen. (Reicher Beifall.) Die Frage, ob es im Interesse der Verhandlungen des

Kongresses wünschenswert ist, daß die Kommissionen vorher arbeiten und ob sich nicht eine Beschränkung der Teilnehmerzahl empfiehlt, diese Fragen zu entscheiden ist nicht Sache des heutigen Parteitages, sondern des Internationalen Bureaus.

Ich betone zum Schluß nochmals, daß ich nicht der Meinung bin, daß die Anerkennung, die Achtung und die Stellung der deutschen Sozialdemokratie innerhalb der Internationale durch den Stuttgarter Kongreß herabgemindert ist. Ich bin überzeugt, keine einzige der ausländischen Parteien wird in Abrede stellen, daß die deutsche Sozialdemokratie wie bisher von der Verpflichtung durchdrungen ist, auch auf internationalem Gebiete, wenn auch nicht an der Spitze, so doch jedenfalls Schulter an Schulter in den vordersten Reihen mit den ausländischen Bruderparteien zu kämpfen. (Lebhafte Zustimmung.) Bescheidenheit ist etwas Schönes; aber die Bescheidenheit so weit zu treiben, daß man sich selbst als minderwertig hinstellt, das halte ich nicht für richtig. (Sehr gut!) Die deutsche Sozialdemokratie hat sich genau so revolutionär gezeigt wie früher. Wir haben den Begriff „revolutionär" immer so aufgefaßt, daß wir die Herzen und die Köpfe revolutionieren wollen. Und wenn wir die Herzen und die Köpfe revolutioniert, wenn wir sie erfüllt haben mit dem Klassenbewußtsein, das notwendig ist, um zu begreifen, welchen großen Kampf das internationale Proletariat gegen die bürgerliche Gesellschaft zu führen hat, ich sage, wenn wir die Köpfe und Herzen des internationalen Proletariats haben, dann haben wir auch seine Hände, und dann — aber nicht eher — wird man auch davon sprechen können, welche Mittel anzuwenden sind in dem schließlichen Entscheidungskampf. (Lebhafter Beifall.) Aber daß wir in der agitatorischen Arbeit und in der Belehrung über den Sinn und Geist unseres Programms an revolutionärer Tatkraft nachgelassen haben, das muß ich entschieden bestreiten. (Sehr richtig!) Daß das nicht der Fall ist, dafür legen vollgültigen Beweis ab die Beschlüsse des Internationalen Kongresses, an denen die deutsche Delegation beteiligt ist. Ich bitte Sie, zu erklären, daß Sie sich mit den Beschlüssen des Internationalen Kongresses einverstanden erklären. (Lebhafter Beifall.)

Die Diskussion wird eröffnet.

Lebedour-Berlin: Ich freue mich, daß Singer sein Einverständnis mit der Stuttgarter Resolution zur Kolonialfrage erklärt und nachgewiesen hat, daß diese Resolution sinngemäß der früher in Mainz angenommenen Resolution entspricht. Wenn aber Singer meinte, daß alle Parteigenossen damit einverstanden seien, so scheint er nicht beachtet zu haben, daß seit dem Stuttgarter Kongreß in einer Reihe von Parteizeitungen angekündigt worden ist, der Stuttgarter Kongreßbeschluß müsse umgestoßen werden, weil er durchaus undurchführbar sei. Ich wundere mich des höchsten, daß nicht einer von den Genossen, die diesen Feldzug eröffnet haben, hier das Wort genommen hat, um nun nach der Darlegung von Singer ihrerseits entweder zu erklären, damit können wir uns nicht einverstanden erklären, oder aber, wir haben uns mittlerweile überzeugt, daß die Stuttgarter Resolution vollständig das Richtige getroffen hat. Wäre das der Fall, dann wäre diese Erleuchtung allerdings sehr plötzlich gekommen. Singer hat nun gemeint, es wäre eigentlich nur ein Streit um Worte. Aber das ist ein Irrtum. Es handelte sich bei diesen Meinungsverschiedenheiten betreffs des ersten Absatzes der Resolution van Kol um ausgesprochen prinzipielle Gegensätze. Wenn aber eine große Anzahl deutscher Parteigenossen, die Mehrzahl der deutschen Delegation, jener van Kolschen Auffassung nach einer sehr kurzen Debatte zugestimmt haben, so erkläre ich mir das daraus, daß sie tatsächlich irregeführt worden sind dadurch, daß seit längerer Zeit in ganz verschiedenem Sinne die Bezeichnung „sozialistische Kolonialpolitik" für ganz verschiedene Begriffe gebraucht worden ist.

Unter sozialistischer Kolonialpolitik verstehen die einen diejenige Politik, welche wir gegenüber der Kolonialpolitik der herrschenden Klassen, gegenüber der kapitalistischen Kolonialpolitik einschlagen. Man hat unsere praktische Betätigung im Parlament hin und wieder „sozialistische Kolonialpolitik" genannt. Andererseits hat man unter sozialistischer Kolonialpolitik das verstanden, was Singer anführt, nämlich die Kulturverbreitung unter fremden Völkern. Mit den oft zitierten Ausführungen Bebels im Reichstage zur Kolonialpolitik, die jetzt immer angeführt werden, um die deutsche Partei für eine sozialistische Kolonialpolitik zu gewinnen, wird meiner Meinung nach ein Mißbrauch getrieben. Bebel kann unmöglich das gemeint haben, was David, van Kol und Bernstein auf dem Internationalen Kongreß durchsetzen wollten, sondern er kann nur das gemeint haben, was hier Singer als zivilisatorische Politik gegenüber fremden Völkern bezeichnete, und was ich für zweckmäßig halte, ganz einfach Kulturverbreitung zu nennen. Ein Beispiel: Heute schon wird von allen europäischen Völkern in südamerikanischen Republiken solche Kulturverbreitung getrieben durch Aerzte, Lehrer, Techniker, Kaufleute, auch durch Arbeiter usw., die auf die kulturell rückständigen Völker dort erzieherisch einwirken, indem sie ihnen Beispiele und Lehren in der wirtschaftlichen Kulturentwickelung geben. Nach unserer Auffassung wird diese Art kultureller Tätigkeit, nur in weit höherem Maße natürlich, später auch von dem sozialistischen Gemeinwesen geübt werden, wenn diese an die Stelle der kapitalistischen Staaten getreten sind. Das ist aber keine Kolonialpolitik mehr, was wir gegenüber Südamerika treiben. Wir stehen zu Südamerika einfach in dem allgemeinen Verhältnis befreundeter Völker, die sich gegenseitig beeinflussen. Was aber auf dem Stuttgarter Kongresse zum ersten Male in die Erscheinung trat, und gerade durch David, van Kol und Bernstein befürwortet wurde, was man da sozialistische Kolonialpolitik nannte, ist die Anwendung staatlicher Zwangsmittel gegenüber fremden Staaten und Völkern. Und van Kol ging so weit, zu sagen, wir müßten eventuell mit den Waffen in der Hand zu ihnen kommen. Die Propaganda solcher Grundsätze konnten wir unter keinen Umständen dulden, das schlägt unseren eigenen Grundsätzen ins Gesicht. (Sehr richtig!) Wenn wir hier gegen die Ausbeutung und Unterdrückung kämpfen, dann müssen wir ebenso gegen die Ausbeutung und Unterdrückung fremder Völker, die nach unserer Auffassung rückständig sind, protestieren. Die genannten Genossen haben uns vorgeworfen, wir wollten keine praktische Politik, wir wollten nur verneinen. Nichts ist falscher als das. Wir haben beständig auf eine praktische Tätigkeit gegenüber der kapitalistischen Kolonialpolitik hingewirkt. Entweder ist jene Behauptung leeres Gerede, oder es versteckt sich dahinter die Aufforderung, daß wir selbst uns an der kapitalistischen Kolonialpolitik beteiligen sollen. Ich fordere die betreffenden Genossen auf, endlich einmal mit der Sache herauszurücken und zu sagen, wo wir praktische Politik treiben sollen und sie nicht getrieben haben, dann wird sich zeigen, was hinter den ganzen Behauptungen steckt. (Lebhafter Beifall.)

Ottilie Baader-Berlin: Wenn auf dem Stuttgarter Kongreß die Resolution zum Frauenstimmrecht so glatte Annahme fand, so ist das auch der Arbeit der vorhergegangenen Internationalen Frauenkonferenz mit zu verdanken, sie hat uns bewiesen, daß das weibliche Proletariat nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern für den Sozialismus kämpft. Wir haben dort ein Internationales Bureau für die Sozialistinnen aller Länder geschaffen. Als Zentralstelle ist unsere „Gleichheit" ausersehen worden. Auch sonst hat die Frauenkonferenz ein gutes Stück Arbeit im Interesse des Sozialismus geleistet und darf daher nicht übergangen werden, wenn über den Internationalen Kongreß berichtet wird. Daher habe ich es für meine Pflicht

gehalten, das noch kurz zu erwähnen. Wir waren alle angenehm überrascht über die klare Haltung auch der ausländischen Delegiertinnen und nicht nur in der Frage des Frauenstimmrechts. Auch die große Mehrheit der englischen Vertreterinnen stand auf dem Boden des Sozialismus. Wir werden über diese Frauenkonferenz noch einen besonderen ausführlichen Bericht herausgeben. Dann noch ein Wort über die Aberkennung einiger Mandate weiblicher Delegierten zu dem Stuttgarter Kongreß. Bei den Wahlen zum Parteitage gilt die Bestimmung, daß, wenn Frauen von den Genossen nicht gewählt werden, die Genossinnen das Recht haben sollen, in eigenen Frauenversammlungen Delegierte zu wählen. Bei der Delegation zum Internationalen Kongreß sind wir Frauen ohne unsere Schuld zu spät benachrichtigt worden von der Einteilung der Delegation. Es ist vergessen worden, den Genossen zu sagen, daß in diese Einteilung die Frauen mit einbegriffen sind. Wenn man den Genossen das nicht extra sagt, so vergessen sie es meistens. (Heiterkeit.) Der Parteivorstand hat uns Frauen für Deutschland 12 Mandate für den Kongreß in Stuttgart zugestanden. Ich teilte das den Genossinnen der einzelnen Landesteile mit und anstatt darauf Rücksicht zu nehmen, haben die sächsischen Genossen ihre 19 Mandate nur an Männer verteilt. Entsprechend dem Vorgehen bei den Wahlen zum Parteitag wurden dann in besonderen Frauenversammlungen die Genossinnen, deren Mandate kassiert sind, gewählt. Nach dem Buchstaben der sächsischen Landesorganisation mögen die Genossen wohl im Recht gewesen sein, aber ich bin der Meinung, die Landesorganisation muß sich doch nach dem Statut der ganzen Partei richten. (Sehr richtig!)

Wagner-Wilhelmshaven: Die Kolonialfrage steht zweifellos in engstem Zusammenhange mit der Weltmacht und Flottenpolitik, mit der wir in den Hafenstädten besonders zu tun haben. Unsere Hafenstadt existiert ja von der Flotte, und die Gegner können den Werftarbeitern leicht sagen: „Alles, wovon ihr lebt, hängt doch von dem Bestehen und der Macht der Flotte ab!" Bei uns lag also die Versuchung nahe, eine praktische Kolonialpolitik zu treiben. Wir haben aber die Kolonialpolitik grundsätzlich bekämpft, haben uns in jeder Beziehung ablehnend dagegen verhalten, und die Arbeiter haben uns verstanden. Freilich ist dazu eine ganz streng prinzipielle Bekämpfung der Kolonialpolitik nötig. Bei unserer Belehrung an die Arbeiter kommt uns die Regierung zuzusagen zu Hülfe. An dem Bestehen der großen Monopolfirma, die keine Organisation duldet, die schlechtesten Löhne zahlt, ja ausländische Arbeiter heranholt, können wir den Arbeitern klar zeigen, daß sie selbst von den sogenannten Vorteilen der Kolonial- und Flottenpolitik gar nichts haben.

Bebel: An den Debatten über die Kolonialpolitik in Stuttgart habe ich nicht teilnehmen können, weil ich durch Sitzungen des Internationalen Bureaus resp. der Militärkommission daran verhindert war. Aber mein Name ist in diesen Debatten von beiden Seiten so häufig herangezogen worden, daß ich genötigt bin, das Wort dazu zu ergreifen, um so mehr, als ja auch heute Ledebour auf meine Person angespielt hat. Zunächst muß ich erklären, daß ich die Ausführungen Singers in bezug auf das Verhalten der deutschen Delegation zur Kolonialpolitik durchaus teile. Ich will hinzufügen, daß es nach meiner Auffassung verhältnismäßig leicht für unsere Delegierten gewesen wäre, mit dem nötigen Geschick zu erreichen, daß es in dieser Frage zu gar keinen ernsthaften Differenzen kam. (Sehr richtig!) Es war sehr leicht, eine Form zu finden, die alle Teile befriedigt hätte. Wenn ich bei den Verhandlungen zugegen gewesen wäre, so hätte ich sicherlich die in Mainz beschlossene Resolution als passendste vorgeschlagen. Nun hat man aber die Sache auf ein Gebiet gespielt, auf das sie nicht gehört. Ich halte den Eingang der Resolution, wie sie van Kol vorgeschlagen hat, für falsch und bedenklich und bin der Meinung,

daß diese Fassung beseitigt werden mußte. Aber die Art, wie dagegen gekämpft wurde, halte ich für falsch und verkehrt, und sie ist es gewesen, die den ganzen Konflikt unter uns hervorgerufen hat. (Sehr richtig!) Also es mußte eine Aenderung eintreten, aber man hat zu einem falschen Mittel gegriffen. Die Frage, ob es eine sozialistische Kolonialpolitik gibt, hätte gar nicht in die Erörterung gezogen werden sollen, weil das ein Streit um des Kaisers Bart ist (Sehr richtig!), eine reine Zukunftsmusik. Was wir, wenn wir zur Herrschaft gelangt sind, mit unseren Kolonien anfangen, das, ich sage es Ihnen ganz offen, weiß ich nicht. (Heiterkeit.) Den Streit, ob eine sozialistische Kolonialpolitik möglich ist, halte ich für einen sehr müßigen Streit, der die Zeit und das Papier nicht wert ist, die darauf verwandt worden sind. (Ledebour: Das habe ich in der Kommission auch gesagt!) Dann um so schlimmer, daß Sie nachher zu dieser unnützen Debatte in der Presse und in Versammlungen ganz wesentlich mit beigetragen haben. (Sehr gut!) Nun hat man sich auch auf mich berufen: ich hätte selber das Programm einer sozialistischen Kolonialpolitik im Reichstag entwickelt. Wie war denn damals die Sache im Reichstag? Ich habe zuerst — es war wohl eine meiner besten Reden — scharfe Angriffe gegen die deutsche Kolonialpolitik im allgemeinen gerichtet, habe sie als Raub-, Plünderungs- und Unterdrückungspolitik gebrandmarkt, als eine Politik, die wir unter allen Umständen nach allen Richtungen hin zu bekämpfen hätten. Daran anschließend habe ich dann ausgeführt: „Aber daß Kolonialpolitik getrieben wird, ist an und für sich kein Verbrechen, Kolonialpolitik treiben kann unter Umständen eine Kulturfache sein, es kommt nur darauf an, wie die Kolonialpolitik getrieben wird." (Redner verliest die viel zitierte Aeußerung aus der betreffenden Rede.) Diese Ausführungen kann man ja ein Programm nennen, im Moment habe ich damals jedenfalls nicht daran gedacht, der Partei damit ein Programm geben zu wollen, aber ich halte auch heute noch jedes Wort aufrecht, das ich damals gesagt habe, und füge nun hinzu: kann mir denn irgendeiner unterstellen, oder bildet sich irgend jemand ein, daß ich diese Sätze als erfüllbares Programm für die kapitalistische Gesellschaft aufgestellt hätte? Es ist mir doch selbstverständlich gar nicht eingefallen, zu glauben, daß die bürgerliche Gesellschaft eine solche Kolonialpolitik treiben könnte. Ich wollte nur sagen: Wollt Ihr Kolonialpolitik treiben, dann wäre das das Ziel. Nun hat Ledebour in einer Berliner Versammlung in bezug auf diese meine Ausführungen sehr weise und richtig gesagt: Bebel ist kein Papst. Allerdings bin ich kein Papst, zum Glück brauchen wir keinen Papst, und ich würde mich auch ganz entschieden für diese Rolle bedanken; denn ich weiß bestimmt, daß, wenn jemals eine Dornenkrone zu tragen war, sie ein Papst in der sozialistischen Partei tragen würde. (Große Heiterkeit und lebhafte Zustimmung.)

Ich wiederhole: Ich halte diesen ganzen Streit für einen Streit um des Kaisers Bart. Es handelte sich um ein Zukunftsprogramm, das zu erörtern wir gar keine Ursache haben. Schon in unserem jetzigen Parteiprogramme ist — wenn auch nicht mit ausdrücklichen Worten — die Richtschnur vorgezeichnet, die wir auch in der Kolonialpolitik einzuhalten haben. Im letzten Absatz der prinzipiellen Auseinandersetzungen heißt es: „Die sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für Abschaffung der Klassenherrschaft und gleiche Rechte und Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend, bekämpft sie heute schon nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse." Das ist unser programmatischer Standpunkt, den wir auch in der

Kolonialpolitik seither stets vertreten haben, vielleicht mit Ausnahme eines einzigen unter uns, der diese Meinung nicht ganz teilt. Ich will seinen Namen nicht nennen, weil er nicht hier ist.

Nun kommt aber gegenüber unserer programmatischen Stellung noch ein anderes in Frage: Können wir als Parlamentarier etwas tun, um die Lebenslage der Eingeborenen in den geraubten Kolonien zu verbessern, um sie gegen die Greuel und Verwüstungen in ihrem Lande zu schützen? Hier stehen wir genau auf demselben Standpunkte wie gegenüber der Arbeiterklasse in der heutigen bürgerlichen Gesellschaft. (Sehr richtig!) Was wir an Konzessionen zur Verbesserung ihrer Lage erreichen können, suchen wir zu erreichen. Ich erinnere daran, daß eine Anregung Ledebours, der die Fraktion zustimmte, zur Folge hatte, daß wir vor 1½ Jahren, als der Hereroaufstand in vollster Blüte stand, die Reichsregierung aufforderten, den Eingeborenen ausreichend Land zu geben, damit sie in der Lage wären, in gewohnter Weise ihre Lebensexistenz sich zu erhalten. Der Antrag hat damals die große Mehrheit des Reichstages gefunden. Hätte die Regierung ihn zur Ausführung gebracht, dann wäre der Hottentotten- und Hereroaufstand bereits viel früher beendet worden. (Sehr richtig!) Ich erinnere weiter an unsere Vorschläge auf Abschaffung der Hausklaverei. Gegen die Aufrechterhaltung der Hausklaverei habe ich wiederholt angekämpft.

So haben wir in dieser Beziehung genau wie auf anderen Gebieten zu wirken. Wir haben diese Greuel und Ungerechtigkeiten an den Pranger zu stellen und haben andererseits die Aufgabe, soweit wir durch praktische Vorschläge dazu beitragen können, das Los der Ausgebeuteten und Unterdrückten zu erleichtern. Aber alles, was darüber hinausgeht, halte ich für unnötiges Kopfzerbrechen, das sich unsere Theoretiker und Nichttheoretiker gemacht haben. (Lebhafter Beifall.)

Die weiteren Beratungen werden auf Mittwoch vertagt.

Schluß 7¼ Uhr.

Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 18. September 1907. — Vormittags-Sitzung.

Vorsitzender **Gemoll** eröffnet die Sitzung um 9¼ Uhr.

Eingegangen ist ein Begrüßungstelegramm vom Komitee des jüdischen Bundes Rußlands und Polens.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort

Kaden: Mit der Angelegenheit, die ich vorzubringen habe, hat sich bereits der Mannheimer Parteitag beschäftigt. Der Allgemeine Metallarbeiterverband Wiesenthalscher Richtung in Berlin hatte sich darüber beschwert, daß der „Vorwärts" die Aufnahme seiner Anzeigen abgelehnt hatte. Die Berliner Preßkommission und der Parteivorstand haben das gebilligt, und auch die Kontrollkommission und der Mannheimer Parteitag gaben ihre Zustimmung. Nun hat sich während dieser Zeit die dem Kartell angeschlossene Freie Vereinigung mit dem Allgemeinen Metallarbeiterverband verschmolzen. Aus dem der Kontrollkommission vorgelegten Material ergibt sich aber, daß nicht etwa der Allgemeine Metallarbeiterverband in die Freie Vereinigung aufgegangen ist, sondern umgekehrt. Mithin besteht der Mannheimer Beschluß noch zu recht, welcher besagt, daß jede Absplitterung von der modernen Arbeiterbewegung zu verurteilen ist.

Um Mißverständnissen zu begegnen, verlese ich aus dem Protokollbuch den Beschluß, den die Kontrollkommission in dieser Angelegenheit gefaßt hat:

„Die Beschwerde des Gewerkschaftskartells für Berlin und Umgegend vom 7. September d. J. gegen den Beschluß des Zentralvorstandes von Groß-Berlin und des Parteivorstandes, dem Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverband, Wiesenthalscher Richtung, die Spalten des „Vorwärts" für Publikationen zu sperren, wird von der Kontrollkommission zurückgewiesen, nachdem sie das vorgelegte Material geprüft und die Beteiligten gehört hatte. Als Beteiligte waren anwesend: je ein Vertreter des Parteivorstandes und des Zentralvorstandes von Groß-Berlin einerseits und des Gewerkschaftskartells für Berlin und Umgegend und des Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverbandes sogenannter Wiesenthalscher Richtung andererseits. Die Kontrollkommission tritt der Ansicht des Parteivorstandes und des Zentralvorstandes von Groß-Berlin einstimmig bei, daß die Vereinigung der Metallarbeiter Deutschlands, alte lokalistische Richtung, der die Spalten des „Vorwärts" nach einem bestehenden Beschluß offenstanden, in dem Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverband, Wiesenthalscher Richtung, aufgegangen ist und daß damit für diese Organisation die vom Parteitag in Mannheim beschlossene Sperre des „Vorwärts" nach wie vor gilt."

Die Kontrollkommission hofft, daß der Parteitag diesem Beschluß beitritt.

Hierauf wird die Debatte über den Bericht über den Internationalen Kongreß fortgesetzt.

Lebedour-Berlin: Ich bin zu meinem Bedauern genötigt, als erster Redner heute das Wort zu nehmen, da der Genosse David, der vor mir auf der Rednerliste gestanden hat, sich wieder hat streichen lassen. (Hört! hört!) Es ist mir das um so unbegreiflicher, als David den dringendsten Anlaß hatte, nachdem Bebel durch seine gestrigen Ausführungen die Behauptung Davids widerlegt hat, daß Bebel in seinem von David immer und immer wieder angeführten Zitat sich zu einer sozialistischen Kolonialpolitik bekannt habe, darauf zu erwidern. Sie wissen, daß die Ausführungen Davids es in der Hauptsache gewesen sind, die dazu beigetragen haben, die Mehrheit der deutschen Delegation auf dem Stuttgarter Kongreß irrezuführen. Nachdem nun Bebel in ganz unzweideutiger Weise diese Behauptung Davids genau in derselben Weise zurückgewiesen hat und genau in derselben Weise seine eigenen Ausführungen erklärt hat, wie ich das in Stuttgart getan habe (Hört! hört!), war David meiner Ansicht nach verpflichtet, entweder hier aufzutreten und zu erklären, daß er sich geirrt hat, er mußte vor allen Dingen die schweren Beschuldigungen zurücknehmen, die er im Laufe der Diskussion in Stuttgart gegen mich erhoben hat, oder er mußte versuchen, Bebel zu widerlegen. Da hat David wieder der Vorsicht besseres Teil erwählt. (Heiterkeit.)

Ich muß mich aber leider auch mit den Ausführungen Bebels auseinandersetzen. Bebel hat in seinen sachlichen Ausführungen gestern vollinhaltlich sich auf den Standpunkt der auf dem Internationalen Kongreß angenommenen Resolution zur Kolonialfrage gestellt. Er hat außerdem genau dieselbe Auslegung seiner früheren Ausführungen über die Kolonialpolitik gegeben, die ich in Stuttgart wiederholt, allerdings vergeblich, gegenüber David zur Geltung zu bringen suchte. Trotzdem hat Bebel es für notwendig gehalten, gegen mich und die anderen Vertreter derselben Ansicht die Beschuldigung zu erheben, wir hätten einen unnützen Zank, unnütze theoretische Auseinandersetzungen in Stuttgart geführt. Die theoretischen Auseinandersetzungen, zu denen es gekommen ist, sind eben wie bei allen Parteiauseinandersetzungen das notwendige Ergebnis einer jeden Diskussion, welche überhaupt zu einer prinzipiellen

Klärung einer Frage führen soll. Ich glaubte gestern nachgewiesen zu haben, daß gerade der Mangel einer scharfen Präzisierung der in dieser ganzen kolonialpolitischen Erörterung gebrauchten Begriffe eine der wesentlichsten Ursachen zu mannigfachen Mißverständnissen gewesen ist. Die erste notwendige Voraussetzung für die Klärung einer Frage ist, daß man eindeutige Begriffe schafft, mit denen man operiert. Sowie die Begriffe vieldeutig sind, versteht der eine darunter dies und der andere jenes, und man kommt nie zu einer Verständigung. Also die theoretischen Auseinandersetzungen, die da vorgekommen sind, waren absolut notwendig. Aber ich will, um die ganze Geschichte zu erklären, nur kurz erwähnen, wie überhaupt in der Kommission sich die Sache abgespielt hat. Bebel hat uns auch den Vorwurf gemacht, wir hätten ja in der Kommission eine Einigung leicht herbeiführen können, wenn wir gesagt hätten, über die Zukunftspolitik, wenn der Sozialismus zur Herrschaft kommt, brauchen wir uns nicht zu verständigen, es genügt eine gemeinsame Kampfestaktik dem Gegenwartsstaat gegenüber festzustellen. Ich habe ihm damals schon zugerufen: das ist ja der Standpunkt, den ich eingenommen hatte. David aber stellte sich auf den Standpunkt: wir müssen notwendigerweise ein Zukunftsprogramm haben, wir müssen feststellen, wie wir uns zur Zeit des Sozialismus zur Kolonialpolitik stellen. Van Kol hatte eine Resolution ausgearbeitet, die nachher als Majoritätsresolution vorgelegt wurde. Da habe ich van Kol auseinandergesetzt, daß es richtiger sei, wenn wir in dem von Bebel uns gestern väterlich empfohlenen Sinne vorgehen, und er ließ sich überzeugen, daß es besser sei, den Eingangssatz seiner Resolution zu streichen. So wurde die Resolution vorgelegt ganz in demselben Sinne, wie Bebel es uns empfohlen hat, weil er offenbar von den Kommissionsverhandlungen gar keine Ahnung hat. (Heiterkeit.) Nun, was taten da David sowie einige ausländische Delegierte, besonders Pernerstorfer? Den Oesterreichern ist ja seit den letzten Wahlen die Staatsmännischkeit bis in die Kniekehlen gefahren. (Heiterkeit.) Pernerstorfer trat für die Notwendigkeit einer Schwenkung in der Kolonialpolitik ein, indem er sagte: Wenn es Ihnen auch gelingt, diesen Beschluß wieder umzustoßen, so ist es schon ein großer Erfolg, daß hier eine Kommission für die Kolonialpolitik eintritt! (Hört! hört!) Der belgische Genosse Terwagne, um die Annektion des Kongostaates durch Belgien zu rechtfertigen, sprach in demselben Sinne und verlangte eine Abstimmung über die Prinzipienfrage, ob Kolonien nützlich für uns seien in der Gegenwart oder nicht. Da erklärte van Kol: Ja, wenn so viele hervorragende Genossen aus allen Ländern verlangen, daß der Eingang meiner Resolution wieder hergestellt wird, so kann ich nicht widerstehen und muß den Eingang wieder herstellen. Da ließ er dann über die Prinzipienfrage abstimmen, die fand die Mehrheit der Kommission und so ist dieser Beschluß zustande gekommen. Da habe ich vergeblich versucht, in der Delegation und später im Plenum, diesem Beschlusse entgegenzutreten und unsere Ausführungen haben wenigstens den Erfolg gehabt, die anderen Genossen von der Prinzipienwidrigkeit des van Kolschen Vorschlages zu überzeugen. Ich habe gesagt, daß Bebel kein Papst sei und Bebel hat mir zugestimmt. Wie ist denn das gekommen? David hat ja fortwährend mit der Autorität Bebels operiert und hat der Mehrheit der Delegierten schließlich den Glauben beigebracht, daß Bebel sich wirklich auf diesen Standpunkt stellt. (Zuruf: Unlauterer Wettbewerb! Große Heiterkeit.) Da habe ich erklärt, daß wir uns auch nicht von einer Autorität wie der Bebels bestimmen lassen, und wenn Bebel diese Ansicht habe, so würde ich genau so gegen Bebel vorgehen, wie gegen David. Also: Ihr fauler Witz mit dem unlauteren Wettbewerb paßt nicht. (Große Heiterkeit.) Nun erinnere ich Sie daran, wie ist denn diese Autoritätsbehauptung in die Welt gesetzt worden? Seit Jahren geht

durch die ganze bürgerliche Presse die Behauptung, Bebel spiele die Rolle des Diktators, des Imperators, und Fürst Bülow läßt sich keine Gelegenheit entgehen, auf dieser Albernheit herumzureiten. Woher stammt sie? Die Aeußerung stammt vom Dresdener Parteitage von Vollmar. Jetzt sind es gerade die Revisionisten, die Bebel auszuschlachten suchen als Diktator, und wenn Bülow im Reichstage oder sonstwo wieder mit diesem plumpen demagogischen Trick hervortritt, dann kann er sich darauf berufen, daß allerdings die Revisionisten den Versuch machen, Bebel als Autorität aufzustellen, daß aber die Radikalen sich in keiner Weise dadurch beeinflussen lassen, unbedingt gegen die Autoritätsdogmen Front machen und gegen Bebel genau so vorgehen, wenn er unserer Ansicht nach verkehrt handelt, wie gegen irgendeinen anderen Genossen. (Lebhafter Beifall.)

Haase-Kattowitz: Ich möchte die Aufmerksamkeit des Parteitages auf die Frage der Ein- und Auswanderung lenken, die mit dem Bericht vom Internationalen Kongreß zusammenhängt und in der Diskussion noch nicht gestreift worden ist. Hunderttausende polnischer und ruthenischer Arbeiter werden über die Grenze gebracht, arbeiten in der Landwirtschaft, in Ziegeleien, als Bauarbeiter, als Erdarbeiter. Sie arbeiten unter den elendesten Bedingungen, hausen gewöhnlich in elenden Wohnungen, künstlich abgeschlossen von den einheimischen Arbeitern. Man hat in der Stuttgarter Kommission über das Unwesen des Systems der Kontraktarbeiter gesprochen, denen durch den Kontrakt die Möglichkeit der freien Verfügung über ihre Arbeitskraft genommen worden ist. Ebenso schlimm steht es aber mit den Arbeitern, die zu ihrer Arbeitsstätte durch einen Agenten oder Aufseher gebracht werden ohne Kontrakt, aber auch in voller Unwissenheit dessen, wohin sie gebracht werden sollen, wo und unter welchen Arbeitsbedingungen sie beschäftigt werden sollen. Diese Transporte machen den Eindruck von Gefangenentransporten, die von der Außenwelt streng abgeschlossen werden. Vor Jahren ist es mir an der Grenze in Myslowitz öfter gelungen, mit den Einwanderern in Fühlung zu treten. Später hat man es verstanden, die Transporte so einzurichten, daß es fast unmöglich war, mit den Einwanderern auch nur zu sprechen. Die Agenten behandeln die Einwanderer als „ihre Leute", an die kein „Unbefugter" herantreten solle — und sie werden dabei von den Behörden unterstützt. Deshalb sind die Leute im fremden Lande gänzlich hülflos, ein williges Werkzeug in den Händen der Agenten. Hier muß nun eingesetzt werden. An den Einwanderungsorten müssen die Parteigenossen, die Gewerkschaftskartelle, die Arbeitersekretäre versuchen, mit den Leuten in Berührung zu treten, ihnen hülfreich zur Seite zu stehen, ihre Arbeits- und Lebensverhältnisse zu erforschen und zu veröffentlichen und für die Aufklärung dieser Arbeiter zu sorgen. Ich unterstreiche, daß in erster Linie eine eingehende Erforschung der Arbeits- und Lebensverhältnisse der Einwanderer nottut, da in dieser Beziehung noch volles Dunkel herrscht. Und nun die Rechtsverhältnisse der Einwanderer. Nach den verschiedenen Handelsverträgen sollen die ausländischen Arbeiter in Deutschland dieselben Rechte genießen wie die deutschen Staatsangehörigen. Tatsächlich ist es ganz anders. Ueber den Köpfen der ausländischen Arbeiter schwebt ständig das drohende Schwert der preußischen Ausweisungsbefugnis, die von jedem Regierungspräsidenten beliebig und ohne jede Begründung gegen den „lästigen" Ausländer verhängt werden kann. Die verschiedenen Regierungs- und Polizeiverordnungen, die das polizeiliche Vorgehen gegen ausländische Arbeiter regeln, kennen wir nicht. Es wäre notwendig, die Regierung zu provozieren, alle diese Verordnungen zu veröffentlichen. Diese Ausweisungsbefugnis ist eine schwerwiegende Machtbefugnis, die dazu dient, die ausländischen Arbeiter nicht nur politisch, sondern vor allem wirtschaftlich rechtlos zu machen und in voller

staatlicher Abhängigkeit zu erhalten. Der ausländische Arbeiter ist dem Unternehmertum und dem Junkertum genehm, solange er sich widerstandslos jede Rücksichtslosigkeit gefallen läßt, solange er für einen niedrigen Lohn arbeitet. In dem Augenblick aber, in dem der ausländische Arbeiter seine Rechte fordert — macht er sich nach den bestehenden Praktiken „lästig" und wird ausgewiesen. Die Unternehmer wissen das; in jedem solchen Falle sagen sie dem ausländischen Arbeiter: „Wenn Sie nicht willig sind — rufe ich die Polizei." Und was die Polizei dann tut — darüber ist kein Zweifel. Erst in den letzten Tagen ist in einem Artikel des Organs des Bundes der Landwirte ausgeführt worden, daß die Polizei die Ausweisungsbefugnis gegen „kontraktbrüchige" ausländische Arbeiter viel energischer und viel systematischer anwenden müsse. Es kommt da den Junkern nicht darauf an, den einen oder anderen ausländischen Landarbeiter über die Grenze zu schieben, sondern darum, daß diese Landarbeiter wissen und empfinden sollen, daß sie in Preußen den Junkern auf Gnade und Ungnade überliefert sind — unter der Drohung der Ausweisung. Genau so machten es die oberschlesischen Großindustriellen. Bei dem Aufschwung der Berg- und Hüttenindustrie in den letzten Jahren haben die oberschlesischen Unternehmer Tausende ausländischer Arbeiter in die Gruben und Hütten gezogen, speziell dort, wo die Arbeit so gesundheitsgefährlich ist, daß die Arbeiter in Massen weglaufen. Nun hat dabei der Oberschlesische Berg- und Hüttenmännische Verein, der Scharfmacherverband der oberschlesischen Machthaber, der Regierung erklärt (dem Sinne nach), die Behörde brauche keine Sorge darum zu haben, daß die Einwanderer in politischer Beziehung „nachteilig" auf den oberschlesischen Bezirk wirken könnten. Und tatsächlich — sie sorgen dafür. Die ausländischen Arbeiter werden in Werkswohnungen untergebracht, zu denen kein „Fremder" Zutritt hat. Täglich kommen diese Berg- und Hüttenarbeiter zu uns und klagen über die unwürdige Behandlung und die schlechten Arbeitsbedingungen. Sie erzählen uns, daß sie dagegen nichts tun können und zwar deshalb, weil bei dem geringsten Widerstand gegen unwürdige Arbeitsbedingungen die Unternehmer die Polizei herbeirufen, um die sofortige Ausweisung zu bewirken. So sind denn die ausländischen Arbeiter in Deutschland vollständig rechtlos. Die polizeiliche Ausweisung ist eine mächtige Waffe in den Händen der Junker und Unternehmer gegen die Arbeiter.

Ich bin der Ansicht, daß diese ganze Frage eine schwerwiegende ist. Wir müssen Material sammeln, um die Frage genügend zu beleuchten. Dann aber muß die Fraktion einen Vorstoß zur gesetzlichen Regelung der Rechtsverhältnisse der Ausländer in Deutschland machen! (Bravo!)

Leutert-Apolda (zur Geschäftsordnung): Ich will keine Ausstellung an der Geschäftsordnung des Vorsitzenden machen, aber ich protestiere dagegen, daß sich Genossen die Geschäftsordnung in einer Weise zunutze machen, wie es bisher nicht üblich war. Ich will keine Beschränkung der Redefreiheit, ich stelle auch keinen Antrag, aber man soll nicht immer das letzte Wort haben wollen, man soll sich nicht erst streichen lassen, und dann alle Augenblicke hinten wieder einschreiben lassen, wie David das tut. Ich bitte die anderen Genossen, diese neue revisionistische Methode nicht nachzuahmen. (Große Heiterkeit und lebhafter Widerspruch.)

Vorsitzender **Gemsll**: Es ist richtig, daß das so geschehen ist, ich werde aber streng darauf achten, daß das nicht mehr geschieht. (Stürmischer Widerspruch, eine Reihe Delegierte melden sich zur Geschäftsordnung.)

Bebel (zur Geschäftsordnung): Gegen die Geschäftshandhabung, wie sie der Vorsitzende ankündigt, protestiere ich. (Lebh. Zustimmung.) Ich kann mich jeden Augenblick streichen lassen, wenn ich beabsichtige, überhaupt nicht mehr zu sprechen, es kann aber nachher ein Redner auftreten, der mich zum Reden provoziert und

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Der Parteivorstand
Archiv

da wäre es doch wunderbar, wenn ich mich nicht wieder einzeichnen sollen könnte. Der Parteitag könnte mir nur durch Schluß der Debatte das Wort abschneiden, aber ich muß mich so häufig einzeichnen können, wie ich will. (Lebhafte Zustimmung.)

Vorsitzender **Gemoll**: Wenn der Parteitag mit dieser Auffassung einverstanden ist, ist die Sache damit erledigt.

David-Mainz: Es ist nicht wahr, daß ich mich fortgesetzt in der Rednerliste haben streichen lassen. Ich habe mich nur einmal eintragen lassen und mich dann allerdings streichen lassen, weil ich meinte, daß ich, nachdem sowohl Singer wie Bebel in unzweideutiger Weise bekundet haben, daß es nicht in ihrer Absicht liegt, die Delegation des Stuttgarter Kongresses etwa hier zu desavouieren, eine weitere Debatte allerdings für überflüssig hielt. Als mir dann aber Ledebour den Vorwurf machte, ich wolle kneifen, ließ ich mich wieder auf die Rednerliste setzen, denn gegen diese Unterstellung muß ich mich denn doch verwahren.

Ich will mich auch im übrigen nur gegen die anderen Unterstellungen Ledebours verwahren, denn um auf die ganze Sache einzugehen, ist die Zeit viel zu kurz. Zunächst muß ich dagegen Verwahrung einlegen, daß ich, wie Ledebour sagte, unmittelbar nach der Rede Singers gestern hätte auftreten müssen, um mich gegen Singer zu verwahren. Dazu hatte ich gar keinen Grund. Ja, wenn Singer das gesagt hätte, was Ledebour ihm unterstellt hat, dann würde ich mich allerdings sofort zum Worte gemeldet haben. Ledebour hat es so dargestellt, als ob Singer hier erklärt habe, die Mainzer Resolution stehe im Widerspruch und sei unverträglich mit dem Antrag der deutschen Delegation in Stuttgart. Davon hat der Genosse Singer kein Wort gesagt (Sehr gut!) und er konnte es auch gar nicht sagen. Im Gegenteil, er bemerkte, nachdem der allerdings leicht zu Mißverständnissen Anlaß gebende erste Satz der ursprünglich van Kolschen Resolution beseitigt war, sich dann die Fassung des deutschen Antrages sehr wohl auch mit der Mainzer Resolution vertrage. Das ist auch ganz richtig, denn auch in der Mainzer Resolution wird, nachdem Protest erhoben worden ist gegen die Raub- und Eroberungspolitik, wie sie heute getrieben wird, davon gesprochen, daß es wünschenswert und erforderlich sei, auf alle zurückgebliebenen Völker kulturell erzieherisch zu wirken. (Ledebour: Das ist keine Kolonialpolitik!) Es wird dort davon gesprochen, daß wir durch Lehren und Beispiel alle Völker für die Aufgaben der modernen Kultur und Zivilisation zu gewinnen haben. Freilich nicht mit den Mitteln, wie es heute geschieht — das wird ausdrücklich betont, das haben wir aber auch betont —, sondern nur mit den Mitteln der Humanität, die Bestand haben vor unserer sonstigen Weltanschauung und unseren sonstigen Auffassungen. Nun sagt Ledebour, das ist keine Kolonialpolitik. Singer hat gestern gesagt, man könnte das vielleicht besser Zivilisationspolitik nennen, aber — hat er auch ganz richtig hinzugefügt — das ist doch mehr oder weniger nur ein Streit um Worte. (Sehr richtig!) Wenn in Stuttgart das Wort Kolonialpolitik angewandt wurde, so geschah das eben aus dem Grunde, weil vor Stuttgart kein Mensch auf dem Begriff herumgeritten ist, und weil auch in der Fraktionserklärung, in der Erklärung Bebels auch von Kolonialpolitik gesprochen wird, von einer Kolonialpolitik, die eine Kulturpolitik sein kann, wenn sie eben jenes Ideal der Aufschließung der Naturschätze und der Emporhebung aller Menschen zu den höchsten Stufen der Kultur verfolgt. Nun hat Ledebour erklärt, ich hätte Mißbrauch mit dieser Erklärung des Genossen Bebel getrieben. Und ich hätte damit die Mehrheit der Delegierten in Stuttgart irreführen gesucht. Nun, ich glaube, ich brauche wohl die Delegation in Stuttgart nicht gegen den Vorwurf in Schutz nehmen, daß sich annähernd 300 doch immerhin auserlesene

Partei- und Gewerkschaftsgenossen so gröblich irreführen ließen, wie es hier Ledebour unterstellt. Genosse Bebel ist ja hier, er kann sagen, ob und inwiefern irgendwie Mißbrauch mit seiner Erklärung stattgefunden hat und ob in dem Antrag der deutschen Delegation irgendetwas steht, was nicht auch in dieser seiner Erklärung wörtlich oder implizite ausgedrückt ist. Ich soll in der Kommission auf die Autorität Bebels immer und immer wieder mich gestützt haben. Auch das ist nicht richtig. Ich habe ein einziges Mal prinzipell in der Kommission gesprochen, und da habe ich mich allerdings auf die Ausführungen Bebels gestützt, weil sie gar nicht mehr die Ausführungen Bebels allein waren. Diese Ausführungen Bebels sind dem Stuttgarter Kongreß vom Parteivorstand im Bericht unterbreitet worden mit der einleitenden Bemerkung, daß darin der Standpunkt der deutschen Sozialdemokratie zur Kolonialfrage gut umschrieben sei. Darum habe ich mich darauf berufen und habe vorgeschlagen, wir sollten diesen Gedanken als Einleitungsgedanken der Resolution voranstellen, die dann weiter die scharfe Zurückweisung der heutigen Raubpolitik ausspricht. Das war der Vorgang in der Kommission. Ich will nicht auf all das weiter eingehen, was Ledebour uns noch erzählt hat. Ich glaube, der Parteitag weiß zur Genüge schon von sich aus, da die nötigen Abstriche zu machen. Ich könnte natürlich meine Zeit damit auch noch verbrauchen, um Position für Position das, was er angeführt hat, als unrichtig zu widerlegen. Die Erklärung Bebels ist weiter auch in dem Bericht über unsere Reichstagstätigkeit aufgenommen, der uns hier vorliegt, und sie ist auch in dem Handbuch „Wahllügen der bürgerlichen Parteien", das soeben erschienen ist, wieder aufgenommen. Sie kehrt also in allen unseren Agitationsmitteln wieder, und da sollen wir uns nicht auf diese Erklärung berufen können! (Sehr richtig!) Ich stehe nicht im Verdacht nach früheren Ereignissen, daß ich nicht unter Umständen auch meine Meinung im scharfen Gegensatz zum Genossen Bebel vertrete. Aber daraus nun die Folgerung zu ziehen, daß ich immer, auch wenn gar kein Anlaß zu einem sachlichen Gegensatze vorliegt, mich einfach gegen eine Sache wenden sollte, weil sie von Bebel kommt, — das ist doch eine Zumutung, die nur der Genosse Ledebour stellen kann. (Oho!) Es ist dann weiter von Ledebour unterstellt worden, daß wir in Stuttgart eine Kolonialpolitik mit Zwangsmitteln befürwortet hätten; als ob wir eine Konzession in der Richtung an die heutige Raubpolitik hätten machen wollen, daß wir auch mit brutaler Gewalt auf die Eingeborenen einzuwirken suchen wollten. Keine Silbe davon ist richtig, ich protestiere ganz energisch gegen diese Unterstellung Ledebours, die ihm nur dazu dient, um einen Angriffspunkt zu bekommen. Sie dient auch nur dazu, um uns nachher die Agitation im Lande zu erschweren. Ich stelle also nochmals fest, daß es nicht in der Absicht des Referenten liegt, irgendwie die deutsche Delegation in Stuttgart zu desavouieren. Das gerade hatte aber eine kleine Gruppe von Zeitungen verlangt, unter anderem die „Dortmunder Arbeiter-Ztg.", die das Desaveu möglichst scharf ausgedrückt haben wollte und auch die Erklärung Bebels desavouiert haben wollte. Meiner Ansicht nach liegt keinerlei Widerspruch vor zwischen der Haltung der Stuttgarter Delegation und zwischen der von uns im Reichstag und in der Agitation bisher eingenommenen Haltung. Wir befinden uns im völligen Einklang mit dem, was wir seither gesagt und getan haben. (Bravo!)

Laufenberg-Düsseldorf: Es ist nicht notwendig, daß wir uns gegenseitig in großen Eifer hineinreden. Es handelt sich in der Hauptsache darum, daß wir zu einer Klärung über die Differenzpunkte kommen, die über die Kolonial-

politik doch unbestrittenermaßen vorhanden sind. Ich habe den Eindruck sowohl von den Ausführungen Singers als auch Bebels gehabt, daß beide in der Sache der Minorität in Stuttgart recht gegeben haben, sich aber trotzdem gegen diese Minorität wenden. Diesen Widerspruch kann ich mir nicht recht erklären. Genau so wie Singer hat auch die Minorität in Stuttgart den Standpunkt vertreten, daß die sozialdemokratische Kolonialpolitik Zukunftsmusik sei, und daß es noch gar nicht an der Zeit sei, uns den Kopf darüber zu zerbrechen, was wir etwa zu tun hätten, wenn die Sozialdemokratie zur Herrschaft gelangt. Diese Zukunftsmusik wurde nicht von uns angestimmt, sondern von den Genossen, die in Opposition zu uns standen. Auch darin stimmt die Stuttgarter Minorität mit Singer überein, daß die schließlich angenommene Resolution der Mainzer Resolution entspricht; aber nicht wir sind es gewesen, die dagegen Sturm liefen. Wenn die Worte Singers einen Sinn haben, dann bedeuten sie, daß die Haltung der Majorität in Stuttgart mit der Mainzer Resolution nicht in Einklang zu bringen ist. (Sehr richtig!) David mag sagen was er will, er ist den positiven Beweis dafür schuldig geblieben, daß die Haltung der Stuttgarter Majorität dem Mainzer Beschluß entspricht. So lange dieser Beweis von David nicht vollgültig gegeben ist, behaupte ich, daß zwischen der Stuttgarter Resolution der Majorität und der schließlich angenommenen Resolution ein klaffender Widerspruch besteht. Daß es sich, wie Bebel sagt, um einen Streit um des Kaisers Bart, einen Streit um Worte handelt, ist eine recht optimistische Auffassung. Wenn wir zu einer klaren Agitation im Lande kommen, wenn wir uns selbst verständigen wollen, dann müssen wir Beschlüsse fassen, die durchaus eindeutig sind, die jeder von uns in gleicher Weise auslegt. Bebel meinte, seine Auslassung im Reichstage sei gar nicht programmatisch gewesen. Das freut mich; denn auch wir in Stuttgart haben uns mit Händen und Füßen dagegen gewehrt, daß man der Bebelschen Auslassung einen programmatischen Charakter gibt. Wie ist es denn gekommen, daß überhaupt das Wort von dem programmatischen Charakter der Bebelschen Auslassung entstanden ist? David erklärte in Stuttgart, daß diese Auslassung vorher dem Sinne nach in der Fraktion vereinbart gewesen sei, so daß es sich hier um eine grundsätzliche Aeußerung des Fraktionsstandpunktes handele, und daß infolgedessen dieser Bebelschen Auslassung ein programmatischer Charakter zukomme. Wenn Bebel das jetzt bestritten hat, so freut mich, wie gesagt, das, weil darin unser Standpunkt, der der Minorität in Stuttgart, sich auch hier wieder als der richtige erwiesen hat. Dann soll man aber nicht sagen, das ganze ist ein Streit um des Kaisers Bart. Der erste Satz des ersten Absatzes der van Kolschen Resolution lautete dem Sinne nach, daß der Wert der Kolonialpolitik, auch der Wert der kapitalistischen Kolonialpolitik im allgemeinen und für die Arbeiterklasse im besonderen beträchtlich übertrieben worden sei. Wenn man aber sagt, daß die jetzige kapitalistische Kolonialpolitik für die Arbeiterklasse noch einen Wert hat — mag man diesen Wert auch noch so gering anschlagen, — dann ist in versteckter Weise ausgesprochen, daß die gegenwärtige kapitalistische Kolonialpolitik für die Arbeiterklasse nützlich ist. (Sehr richtig!)

Wir haben aber den letzten Wahlkampf unter der grundsätzlichen Parole geführt, daß die jetzige Kolonialpolitik für die Arbeiterklasse nicht nur keinen Nutzen hat, sondern ihr Schaden zufügt. (Sehr richtig!) Dieser Standpunkt wurde durch den ersten Satz des ersten Absatzes der Resolution van Kol grundsätzlich desavouiert. Ich frage: Wo nahm die Mehrheit der deutschen Delegation in Stuttgart das Recht und das Mandat her, die Haltung der deutschen Partei im letzten Wahlkampf in dieser Weise zu desavouieren, wie es durch die Resolution van Kol geschehen ist? (Vielfaches Sehr gut!) Darum war der Streit keine Lappalie, sondern eine Wahrung der grundsätzlichen Stellung

der deutschen Partei im Wahlkampfe. (Lebhafter Beifall.) Darum verstehe ich nicht, wie Bebel, der sich sachlich ganz auf unseren Standpunkt gestellt hat, hauptsächlich die deutsche Minderheit in Stuttgart hat angreifen können. (Beifall.)

Riem-Dresden: Ich will nicht eingehen auf die Kolonialfrage, die gegenwärtig die Gemüter so erhitzt. Ich will eine uns näherliegende Frage streifen, die Ungültigkeitserklärung der beiden sächsischen Frauenmandate. Ich bedaure, daß die Frauen, deren Mandate in Stuttgart für ungültig erklärt sind, sich nicht an das Internationale Bureau gewandt haben. Vielleicht hätten sie ebensolchen Erfolg gehabt, wie leider die Lokalisten. Die Anfechtung der Mandate ist nicht aus Abneigung gegen die Frauenbewegung, sondern lediglich aus formalen Bedenken erfolgt. Ein Teil der Vorstandsmitglieder der drei Dresdener Kreise war übrigens dagegen. Ich gebe allerdings zu, daß das Partei-Organisationsstatut den Verhältnissen der einzelnen Staaten nicht genug Rechnung trägt. Davon, daß wir in Dresden der Frauenbewegung nicht sympathisch gegenüberstehen, kann keine Rede sein.

Wurm-Berlin: Die Darstellung Ledebours über die Vorgänge in der Kommission in Stuttgart sind vom ersten bis zum letzten Wort richtig. (Hört! hört!) Die Diskussion in der Presse, die sich nachher angeschlossen hat, hat ja auch bewiesen, daß alle Befürchtungen, die Ledebour und ich gegen die Fassung der Davidschen Resolution hatten, vollauf begründet waren. In der Davidschen Resolution, die nun auf einmal so unschuldig sein soll, daß sie sich mit den früheren prinzipiellen Erklärungen der Partei deckt, heißt es, daß die Kolonialpolitik unter sozialistischem Regime nutzbringend sein kann, und in seiner Erklärung im „Vorwärts" vom 3. September sagt David: Wir verwerfen nicht jede Kolonialpolitik prinzipiell, sondern nur die und die. Ferner sagte Fischer in einer Versammlung am 5. September in Berlin laut Bericht des „Vorwärts" (Fischer: Laut Bericht des „Vorwärts"! Sehr richtig!) Laut Bericht des „Vorwärts"! Fischer erinnert sich wohl, daß ich selbst zugegen war und ihm bereits in jener Versammlung entgegentrat. Der Bericht stimmt in diesem Punkte, wenn auch nicht buchstäblich, so doch dem Sinne nach überein, und da Fischer Veranlassung nahm, einiges richtig zu stellen, was sonst in dem Bericht stand, diesen Punkt aber nicht richtiggestellt hat, so nahm ich bis zu diesem Augenblick an, daß er sich mit dem Wortlaut einverstanden erklärt, und der lautet: „Der negative Standpunkt Ledebours führt zu dem Gedanken, die Kolonien aufzugeben." Ich habe in der Versammlung den Zwischenruf gemacht: Das ist auch ganz richtig, wir wollen unsere Kolonien auch aufgeben! Es ist darauf hingewiesen, daß sogar Caprivi gesagt hat, er wäre froh, wenn er die deutschen Kolonien los wäre. Ich führe das nur an, um zu zeigen, wie berechtigt unser Kampf in Stuttgart gegen die sinnverwirrende Art war, wie hier Schaukelpolitik getrieben ist. (Sehr richtig!) Man kann aus diesem Dinge alles herauslesen; wie der Wind weht, so wird das Segel gedreht. (Sehr gut!) Wir wollen doch nicht in das Meer der Vergessenheit versinken lassen, daß David mit der größten Hartnäckigkeit in der Kommission gekämpft hat gegen Ledebour und mich, auch für den ersten Satz dieses unsinnigen Amendements van Kol. (David: Ist ja nicht wahr!) Ich spreche von der Kommission, in der Sie sich mit der Resolution van Kol einverstanden erklärten und im Gegensatz zu uns den beiden Sätzen des ersten Absatzes zustimmten. (Erneuter Widerspruch von David.) Sie können doch nicht bestreiten, daß Sie auf der einen Seite standen und wir auf der anderen. Diese Sätze sind doch nachher mit Zustimmung Davids der deutschen Delegation vorgelegt worden. Sind nicht diese beiden Sätze in der ersten Sitzung der deutschen Delegation auf Zureden Davids gegen Ledebours Protest angenommen worden? (Sehr richtig!) Ich kann nicht

mehr zum Wort. Wenn nicht Laufenberg im Namen der rheinischen Delegierten erklärt hätte, er mache einen öffentlichen Skandal, er würde öffentlich beim Kongreß Protest erheben, dann wäre doch überhaupt keine zweite Sitzung zustande gekommen. In dieser zweiten Sitzung bekam ich denn endlich das Wort zur Geschäftsordnung. Ich konnte nachweisen, wie töricht dieser erste Satz war und daß auch David und seine Freunde das gar nicht gewollt haben und sich gar nicht überlegt haben können, was darin steht. Es wurde dann gnädigst von der deutschen Delegation gestattet, daß David und ich uns zusammensetzen und möglichst in ein paar Minuten eine Aenderung dieser Resolution herbeiführen sollten in bezug auf den ersten Satz.

Aber an dem zweiten Satze durfte ich nicht eine Silbe ändern. So ist diese Zwittergeburt herausgekommen. Der zweite Satz stiftet genau denselben Wirrwarr wie der erste. (Sehr richtig!) Alle Mitglieder der Fraktion haben doch bei der Kolonialpolitik dasselbe Interesse, und unser lieber Bebel bekommt doch immer von den Gegnern die ersten Schläge, da hätte er sich auf unsere Seite stellen müssen. (Bebel: Das habe ich getan!) Nein, das haben Sie nicht getan, Sie haben sich mehr auf die Seite Davids gestellt und haben gesagt, daß die Art und Weise, wie in der Kommission gekämpft worden ist, schuld daran sei, daß es so gekommen ist. Sie haben unser Vorgehen als eine reine Zanksucht bezeichnet. Wenn ich mich dazu hergegeben habe, den ersten Satz mit David zu ändern, so wollte ich nicht einen Kompromiß mit ihm machen, sondern ich wollte vermieden sehen, daß wir im Sinne von Dernburg und Bülow sagen, die Kolonien haben doch einen Nutzen. Nein, dagegen protestieren wir, die Kolonialpolitik machen wir nicht mit. Wir mußten dagegen auftreten, daß eine Konzession an die bürgerliche Kolonialpolitik in die Resolution hereingebracht wurde. (Lebhafter Beifall.)

Kautsky-Berlin: Als ich hierher kam, glaubte ich, daß ich mich gegen heftige Angriffe auf den sachlichen Standpunkt zu verteidigen haben würde, den ich in Stuttgart entwickelt habe. Ich bin sehr erstaunt, daß gegen unsere Auffassung bisher kein Wort gesagt worden ist, und ich habe daher gar nicht die Aufgabe, meinen Standpunkt, den ich in Stuttgart eingenommen habe, zu verteidigen. Ich habe mich nur dagegen zu wenden, als hätten wir einen Wortstreit aufgebauscht. Das ist nicht der Fall. Ich stimme vollständig mit Singer darin überein, daß die Mehrheit der Partei über die Kolonialfrage vollkommen einig ist und daß die Stuttgarter Differenzen vielfach nur dem zuzuschreiben sind, daß unter der sozialistischen Kolonialpolitik nichts anderes verstanden wird als Zivilisationspolitik. Damit ist doch aber nicht gesagt, daß es sich in Stuttgart nur um einen Wortstreit gehandelt hat. Schon Laufenberg und Wurm haben darauf hingewiesen, daß die Mehrheitsresolution gleichzeitig den Satz von der Nützlichkeit und Notwendigkeit der Kolonien für die Arbeiter enthalten hat. Das war ein Fingerzeig, daß die Mehrheitsresolution ein Hintertürchen bilden solle, alle möglichen Konzessionen an die bürgerliche Kolonialpolitik einzuschmuggeln, und dagegen mußten wir auftreten. Aber nicht nur das. Dieser Satz von der sozialistischen Kolonialpolitik wurde in einer Weise begründet, die ganz unglaublich war. Nicht bloß Bernstein allein hat den Satz ausgesprochen, daß es notwendig sei, daß die höher kultivierten Völker eine Herrschaft über die niedriger kultivierten ausüben. David hat in dieselbe Kerbe gehauen und hat sich gegen das Aufgeben unserer Kolonien ausgesprochen, er sagte auch: Wenn Ihr nicht die Notwendigkeit der Kolonialpolitik anerkennt, dann seid Ihr außerstande, positiv zur Verbesserung der Kolonialpolitik beizutragen. In diesem Sinne hat sich auch van Kol geäußert, der das Wort geprägt hat von der bewaffneten Macht, mit der wir in die Kolonien zu gehen hätten. Wenn jetzt David sagt, er stehe auf dem Standpunkt der Mainzer

Resolution, so verstehe ich das nicht. Da wird die Unabhängigkeit der Völker gefordert, und es steht klar darin, daß die Naturvölker nur durch die Förderung der Kultur gehoben werden sollen. Dagegen aber hat David in Stuttgart mit Heftigkeit gekämpft. Wenn David allein für sich gesprochen hätte, so hätte es keine Bedeutung gehabt, weil er aber als Vertreter der deutschen Sozialdemokratie auftrat, war es meine Pflicht, zu zeigen, daß in der deutschen Sozialdemokratie sein Standpunkt nicht allein herrscht. Man hat mir deshalb Bruch der Disziplin vorgeworfen. Aber wenn Verteidigung der Grundsätze unseres Programms Disziplinbruch ist, dann bin ich stets bereit, die Disziplin zu brechen. (Lebhafter Beifall.) Nach dem Stuttgarter Kongreß wurde gesagt, die Minoritätsresolution sei unhaltbar, sie müßte sofort vom nächsten Internationalen Kongreß umgeworfen werden. David hat dagegen heute von dem Standpunkt, den er in Stuttgart verteidigt hat, kein Wort gesprochen. Er forderte uns auf, die deutsche Delegation nicht zu desavouieren. Das ist aber auch nicht notwendig, denn im Gegensatz zu David hat unsere Delegation die Minoritätsresolution angenommen, und ich hoffe, daß Sie diese Resolution mit erdrückender Mehrheit zu der ihren machen. (Bravo!)

Dr. **Liebknecht**: Die Frage scheint mir im wesentlichen geklärt zu sein, besonders nach den Ausführungen von Wurm und Kautsky. Ich möchte nur auf eins hinweisen. Wenn man sagt, es komme auf die Worte nicht an, sondern auf den Sinn, den man den Worten unterlegt, so trifft das nicht ohne weiteres zu. Es können Worte einen ganz traditionellen Sinn bekommen, den zu mißachten ein schwerer taktischer Fehler ist. Wer die allgemeine Volksbewaffnung in unserem programmatischen Sinn mit dem Wort Militarismus bezeichnen würde, würde mit Fug und Recht auf heftigen Widerspruch stoßen. So steht's mit dem Wort Kolonialpolitik, das eine ganz bestimmte historisch herausgewachsene Bedeutung besitzt, die wir nicht ignorieren können. Und warum sollen wir das schmutzige und blutige Wort Kolonialpolitik mit dem uns heiligen Wort sozialdemokratisch verbinden? Wir wollen sozialdemokratische Zivilisationspolitik, Kulturpolitik treiben! Das Wort: „sozialdemokratische Kolonialpolitik" ist aber auch ein logischer Widerspruch in sich selbst; denn das Wort „Kolonie" schließt bereits den Begriff „Bevormundung", „Beherrschung", „Abhängigkeit" ein. Daß es sich hier aber nicht nur um einen sozusagen philologischen Streit handelt, daß das Wort „Kolonialpolitik" von den Hauptbefürwortern der Resolution van Kol auch in diesem Sinne gemeint ist, beweist die Betonung der Notwendigkeit, die niederen Völker gegebenenfalls zu bevormunden, ja ihnen mit Waffengewalt gegenüber zu treten. Also kein bloßer Streit um Worte, sondern eine sachlich ernste Auseinandersetzung. Wir können uns beglückwünschen, daß in Stuttgart die sogenannte Minoritätsresolution angenommen ist.

Ich habe mich zum Worte gemeldet, um einige Ausführungen über die Frage der Ein- und Auswanderung zu machen, die in der Diskussion etwas kurz weggekommen ist. Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf die eminente Wichtigkeit dieser Frage lenken. Ich habe viel Gelegenheit, die Misère der Einwanderer in Deutschland und insbesondere ihre Abhängigkeit von der Polizei zu beobachten, und ich weiß, mit welchen Schwierigkeiten diese Leute zu kämpfen haben. Ihre Vogelfreiheit sollte gerade uns deutsche Sozialdemokraten besonders veranlassen, uns mit der Regelung des Fremdenrechtes, besonders der Beseitigung der Ausweisungsschmach, schleunigst und energisch zu beschäftigen. Es ist ja bekannt, daß die gewerkschaftlich organisierten Ausländer mit Vorliebe ausgewiesen werden. In jüngster Zeit habe ich in meiner Praxis folgenden Fall erlebt, der zugleich ein Schlaglicht auf unsere agrarische Privilegienwirtschaft wirft: Ein russisch-polnischer Vergolder nimmt in

Rummelsburg Stellung als Bergolder. Kurz darauf erhält er vom Amtsvorsteher eine Verfügung, er solle sich innerhalb 14 Tagen als landwirtschaftlicher Arbeiter verdingen, widrigenfalls er ausgewiesen werde. (Hört! hört!) Ich habe dagegen alle zulässigen Rechtsmittel ergriffen. Ich habe gesagt: Die „Verfügung" verstößt aufs gröbste gegen Gesetz und Recht. Man hat erwidert: Die „Verfügung" entspreche den „bestehenden Bestimmungen". Auf mein wiederholtes Verlangen, mir diese „Bestimmungen" wenigstens zu bezeichnen, hat man einfach nicht reagiert. Jetzt schwebt die Sache beim Oberverwaltungsgericht. Namentlich die russischen Auswanderer befinden sich in einer sehr schwierigen Position.

Die Resolution des Stuttgarter Kongresses bestimmt auch über unsere Stellung zur Ausweisungsfrage; darauf sei hier nachdrücklich hingewiesen. Sie enthält unter Ziffer 3 des Minimumprogramms die Abschaffung aller Beschränkungen, welche bestimmte Nationalitäten oder Rassen vom Aufenthalte im Lande und den sozialen, politischen und ökonomischen Rechten der Einheimischen ausschließen. Hierzu war von Ungarn ein Zusatzantrag gestellt, wonach die Ausweisung den Garantien einer gerichtlichen Entscheidung unterworfen werden solle. Dieser Antrag wurde zurückgezogen, nachdem Uebereinstimmung darüber erzielt war, daß durch die erwähnte Ziffer 3 die Beseitigung des gesamten Ausweisungsrechtes gefordert sei. Die Kongreßresolution fordert also die völlige Gleichstellung der Ausländer mit den Inländern auch in bezug auf das Recht zum Aufenthalt im Inlande. Fort mit dem Damoklesschwert der Ausweisung! Das ist die erste Voraussetzung dafür, daß die Ausländer aufhören, die prädestinierten Lohndrücker und Streikbrecher zu sein. Die Beschäftigung mit der Wanderungsfrage ist ein Ruhmesblatt für den Internationalen Kongreß. Das Problem ist noch nicht entschieden, die Stuttgarter Resolution ist nur ein erster Schritt auf diesem Gebiet. Ich bitte Sie, alles Ihnen zugehende Material in der Presse zu veröffentlichen, damit wir eine der wichtigsten Fragen im wirtschaftlichen und politischen Kampfe des Proletariats sachdienlich und gerecht lösen können. Der Ernst dieser Frage darf nicht verkannt werden. (Beifall.)

Stadthagen-Berlin: In der Beurteilung des Unrechts, das durch die Ausweisung erfolgt, stehen wir alle auf demselben Standpunkt. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß nach den bestehenden Staatsverträgen auch die Ausländer ein Recht auf Aufenthalt und auf Beschäftigung haben und daß eine vom Staat dem Ausländer gegenüber in der von Liebknecht geschilderten Weise geübte Ausweisung im flagrantesten Widerspruch mit den Staatsverträgen steht. Dem steht allerdings die Praxis gegenüber, die annimmt, aus den Staatsverträgen folge kein Recht des einzelnen, sondern nur des Staats. Die Verordnung, die Liebknecht im Auge hat, ist eine preußische Ministerialverordnung, die dahin geht, daß ausländische Arbeiter in landwirtschaftlichen Betrieben bis zum November beschäftigt werden dürfen. Diese Verordnung verstößt gegen die Staatsverträge, und dieser Verstoß kann gar nicht hart genug gegeißelt werden. Meiner Befriedigung möchte ich darüber Ausdruck geben, daß der Internationale Kongreß dem Sinne nach die Resolution zur Kolonialfrage angenommen hat, die von uns in Mainz angenommen worden ist. Es ist eine Reihe von Mißverständnissen aufgetaucht, und es ist bedauerlich, daß es heute noch Genossen gibt, die meinen, eine entgegengesetzte Haltung zu jener Resolution wäre richtiger gewesen. Das letztemal auf dem Internationalen Kongreß in Amsterdam war in unserer Delegation kein Zweifel darüber, daß gerade in der Resolution, der auch die Deutschen zustimmten, das Richtige liege. Es war hocherfreulich, daß diesmal die öffentliche Kritik gegen den Versuch, andere Bahnen einzuschlagen, eingesetzt hat. Die Behauptung, daß

die Kolonialpolitik den Arbeitern Vorteile bringt, ist eine Unwahrheit, wie sie größer nicht sein kann. Daß die sogenannte sozialistische Kolonialpolitik vom Internationalen Kongreß und auch der deutschen Delegation, die dem Beschluß doch schließlich zugestimmt hat, abgelehnt ist, ist mit Freuden zu begrüßen. An der großen Erregung ist eigentlich David selbst schuld. Nachdem die Mehrheit in Stuttgart der Resolution zugestimmt hatte, war es eigentümlich, daß David mit Nein zu stimmen empfahl. Die Delegation hat ja diese Anregung nicht befolgt. Es mußte Erregung hervorrufen, wenn ein Delegierter sagt, die Mainzer Resolution, die von uns angenommen war, solle auf dem Internationalen Kongreß nicht angenommen werden — und die Stuttgarter Resolution sagt dasselbe wie die Mainzer —, nachdem das Kuckucksei beseitigt war. David hat ja schließlich dafür gestimmt, und wir wollen uns darüber freuen, da ja auch im Himmel mehr Freude über einen bekehrten Sünder als über 99 Gerechte ist. (Heiterkeit.) Die Ausführungen Wurms darüber, daß es sich in dem von Fischer erwähnten Falle nicht um eine korrigierte Rede gehandelt hat, entsprechen der Wahrheit. Es ist eine eigentümliche Art von Fischer, sowie ihm einer etwas sagt, dazwischen zu rufen und von Fälschungen usw. zu reden. Ich drücke nochmals meine Freude darüber aus, daß die prinzipiell richtige Stellung, die die deutschen Arbeiter in der Gesamtheit einnehmen, in Stuttgart schließlich zum Durchbruch gekommen ist, und ich verwahre mich dagegen, daß man wieder versucht, der freien Kritik Zügel anzulegen und so tut, als ob wir Autoritäten hätten, die alle Weisheit geschluckt haben. Ich möchte noch darauf hinweisen, daß nicht von der Parteipresse, die ihrer Genugtuung über die Annahme des Stuttgarter Kongresses Ausdruck gab, sondern von der Gegenseite es so dargestellt worden ist, als ob nun eine neue Aera der kolonialpolitischen Taktik bei uns eintreten soll. Es ist festgestellt worden, daß unsere bisherige Taktik die richtige ist. (Beifall.)

Block-Berlin: Das unglückliche Wort Bebels vom Streit um des Kaisers Bart trifft auch die Parteipresse, insbesondere den „Vorwärts". Wir müssen dagegen protestieren, daß die Auseinandersetzungen eigentlich ein blinder Lärm gewesen seien. Es ist zur Genüge klargestellt worden, daß es sich bei der in Stuttgart von der Mehrheit der Kommission formulierten Resolution nicht um die Kolonialpolitik in der sozialistischen Gesellschaft handelt, sondern um die Stellung der Partei zur jetzigen Kolonialpolitik. Daß die abgelehnte Resolution tatsächlich einen großen Wirrwarr hervorgerufen hat, zeigt sich darin, daß die „Frankfurter Volksstimme" in diesen Tagen eine Pariser Korrespondenz veröffentlichte, in der allen Ernstes der Vorschlag gemacht wird, die Häfen von Marokko unter die Mächte zu verteilen. Zu diesem Pariser Kuckucksei hat die Redaktion nicht den geringsten Einwand veröffentlicht. (Hört!) Das ist die „positive Kolonialpolitik"! Der größte Teil der Parteipresse hat auch nichts gegen den Vorschlag Jaurès, eine Internationale Konferenz aller Signaturmächte einzuberufen, gesagt, nur der „Vorwärts" hat dazu Stellung genommen, wie es seine Pflicht war. Also, es ist wohl eine Verwirrung da, und da war es notwendig, daß die Parteipresse das Wort ergriff und daß wir den Parteigenossen zugerufen haben, es handelt sich nicht um Zukunftsprobleme, sondern um eine aktuelle Frage, und die Parteigenossen im Lande haben allen Anlaß, auf der Hut zu sein. (Bravo!)

David-Berlin: Ich muß meine Zeit wieder damit verbringen, Richtigstellungen vorzubringen. Genosse Wurm hat erklärt, die Angaben Ledebours über die Vorgänge in der Kolonialkommission seien richtig. Nun, unrichtig ist zunächst, daß ich in der Kommission an dem ersten Satze der van Kolschen Resolution „hartnäckig festgehalten" habe. Unrichtig ist auch, was Ledebour gesagt hat über Terwagne. Terwagne hat sogar einen Antrag eingebracht,

der den ersten Satz der van Kolschen Resolution über die Nützlichkeit der Kolonialpolitik für die Arbeiter streichen wollte. Zweitens habe ich einen Antrag eingebracht, von dem weder Ledebour noch Wurm geredet haben, der den ganzen Einleitungssatz van Kols ausmerzen wollte, ein Antrag, der nachher zur Hälfte in den Antrag der deutschen Delegation aufgenommen worden ist und der den zivilisatorischen Zukunftsgedanken aussprach. Erst nachdem mein Antrag abgelehnt war, und erst nachdem der Antrag Tervagne, der den ersten Teil der van Kolschen Einleitung streichen wollte, abgelehnt war, erst dann habe ich schließlich auch der van Kolschen Fassung zugestimmt. Nennt man das etwa hartnäckig daran festhalten, wenn man zwei Versuche unterstützt, etwas zu beseitigen? Ich habe dann schließlich dem ersten Satz zugestimmt, weil durch den ganzen weiteren Wortlaut der van Kolschen Resolution allen Mißverständnissen, allen den Sinnentstellungen vorgebeugt wird, die ihm nachher gegeben worden sind. So ist es also mit meinem angeblichen Festhalten an dem ersten Satz der van Kolschen Resolution bestellt. (Zuruf: Zweiter Satz!) Sie haben vom ersten Satz gesprochen! (Sehr richtig!) In der Presse habe ich diese ganze Sache bereits richtiggestellt, und jetzt werde ich gezwungen, die Zeit des Parteitags und meine kurzbemessene Diskussionszeit mit diesen Dingen zu verschwenden. — Was nun den zweiten Satz betrifft, dem auch Wurm nachher zugestimmt hat, so lautet der: In der Erwägung, daß wir auf dem ganzen Erdball Kultur verbreiten und die Völker auf die höchste Stufe heben wollen, „verwerfen wir nicht prinzipiell jede Kolonialpolitik, da sie unter sozialistischem Regime zivilisatorisch wird wirken können". An dem Satz beschloß allerdings die Delegation festzuhalten, und zwar weil er ganz mit dem übereinstimmt, was in der Erklärung Bebels steht, die dem Kongreß als Standpunkt der deutschen Sozialdemokratie in der Kolonialfrage vorlag. Wenn ich daran festhielt, so hielt ich eben fest an der prinzipiellen Auffassung in der Kolonialfrage, die wiederholt von uns vertreten worden ist und die auch schon im Keim in der früheren Mainzer Resolution enthalten ist. So ist der Sachverhalt, und nun frage ich Sie: Ist denn nun wirklich diese große Gefahr vorhanden, wenn wir diesen Gedanken in der Weise festlegen als Spitze, als Einleitung zu einer Resolution, die sich dann ganz der derzeitigen Raubpolitik widmet? — Kautsky hat zunächst eine Unrichtigkeit ausgesprochen, indem er sagte, der erste Satz der van Kolschen Resolution, der ursprüngliche, proklamiere die Nützlichkeit und Notwendigkeit der Kolonialpolitik. Es steht aber einfach da, die Nützlichkeit werde übertrieben, von Notwendigkeit ist da überhaupt nicht die Rede. Zweitens hat Kautsky gesagt, wir hätten die Notwendigkeit betont, in den Kolonien eine Herrschaftspolitik zu etablieren, eine Bevormundung im gewaltsamen Sinne. Das ist nicht wahr, ich habe das ausdrücklich zurückgewiesen. Wenn von Bevormundung die Rede gewesen ist, so kann das nur in dem Sinne verstanden werden, wie es Bebel gesagt hat, daß wir die noch nicht zivilisierten Völker erziehen sollen. Das Wort „Erziehen" steht in seiner Erklärung, und das habe ich als Sinn des Begriffs der Bevormundung schon dort bezeichnet. Es ist zum dritten nicht wahr, daß ich erklärt hätte, wir müßten den Kapitalismus in die Kolonien tragen. Ich habe vielmehr gesagt, der Kapitalismus etabliert sich auch in den Kolonien, das ist die ganz allgemeine Entwickelung, das sind die Außenforts des Kapitalismus, und so wenig wir den Kapitalismus hier etablieren, so wenig ist es unsere Mission auch dort. Kautskys Darstellung ist also eine unsinnige Verdrehung dessen, was ich gesagt habe. Nun ist van Kol in der Presse nachgesagt worden, er habe von Gewaltpolitik gesprochen. Heute ist mir eine Veröffentlichung von ihm gezeigt worden, wo er sich dagegen verwahrt, daß er das getan habe, als er ironische Schlußfolgerungen aus der Kautskyschen Kolonialpolitik zog. — Sie sehen, ich komme schon mit meiner Redezeit zu Ende durch all diese Richtigstellungen, die ich machen muß. Ich kann darum auch jetzt nicht das erfüllen, was Kautsky erwartet, daß ich noch über alles mögliche andere mich ausspreche. Das ist unmöglich, wenn man sich in dieser Weise mit persönlichen Dingen herumschlagen muß. Auch das, was gesagt worden ist vom Aufgeben der Kolonien, ist falsch. Ich habe gesagt, für uns Deutsche ließe sich ja darüber reden, aber international könnte es nicht geschehen, denn dann würden die Eingeborenen schutzlos den kolonialen Raubgesellschaften preisgegeben sein. Ich wiederhole, daß das, was die deutsche Delegation mit ihrem Antrag bezweckte, durchaus mit dem übereinstimmt, was wir bisher in dieser Frage in der Fraktion und sonst vertreten haben. (Bravo!)

Bebel: Ich befürworte die Anregung, die der Genosse Liebknecht in bezug auf das Fremdenrecht und die Ausweisungen gegeben hat. Diese Frage ist ganz außerordentlich wichtig und wird immer wichtiger, weil die Ausweisungen sich häufen. Daß der bestehende Zustand unhaltbar ist, hat selbst der deutsche Juristentag im vorigen Jahre anerkannt, als er mit großer Mehrheit eine Resolution annahm, die besagt, daß das Ausweisungsrecht der Willkür der Polizei entzogen und richterlichen Entscheidungen übertragen werden müsse. Wir haben also nach dieser Richtung hin weiter zu arbeiten.

Nun hatte ich nicht die Absicht, in dieser Frage noch das Wort zu ergreifen. Ich hatte geglaubt, daß ich gestern sehr klar und deutlich meinen und unseren prinzipiellen Standpunkt in der Kolonialpolitik klargelegt habe, und ich habe nicht gefunden, daß die heutigen Auseinandersetzungen uns gerade klarer gemacht haben. Je mehr die persönlichen Auseinandersetzungen sich gemehrt haben, je unklarer wird die Situation. (Sehr richtig!) Wenn man mir vorgeworfen hat, daß ich gestern auf Grund ungenügender Informationen gesprochen hätte, so habe ich ja ausdrücklich betont, daß ich weder der Sitzung der deutschen Delegation noch der Kommission noch den Verhandlungen im Plenum beiwohnen konnte, und daß die Berichte über solche Verhandlungen immer sehr unzuverlässig sind, weiß jeder, der das parlamentarische Leben und die Berichterstattung darüber kennt. Wenn nun aber diejenigen, die all diesen Verhandlungen beigewohnt haben, sich in solchen Widersprüchen befinden, wie auf der einen Seite David und auf der anderen Ledebour und Wurm, wie will man da einem Außenstehenden einen Vorwurf machen, daß er etwas gesagt hat, was nicht richtig sein soll. Nun bestreite ich, daß wir irgend etwas durch diese Diskussion gewonnen haben, denn der Hauptpunkt, auf den es ankommt, die Zustimmung zu den Beschlüssen des Internationalen Kongresses, ist von keiner Seite in Frage gestellt worden. (Sehr wahr!) Man hat mir persönlich vorgeworfen, ich hätte im Eifer meiner gestrigen Rede die Genossen Ledebour und Wurm schärfer angegriffen als David, ich hätte mich auf die Seite Davids gestellt. Ist mir gar nicht eingefallen. Ich habe gesagt, beide Teile sind schuld, daß es zu dieser auch für den Internationalen Kongreß unangenehmen Debatte gekommen war, und ich habe nur gesagt, daß mit Ausnahme Bernsteins, der von vornherein in der Kolonialfrage einen anderen Standpunkt eingenommen hat, die ungeheure Mehrheit der Partei — auch David nach meiner Meinung — von dem Standpunkt, den wir bisher in der Kolonialpolitik eingenommen haben, nicht habe abgehen wollen. Ich habe nichts gehört, was mich in dieser Beziehung eines anderen belehren könnte. Worum dreht sich denn die ganze Sache? Ich habe erklärt, daß der erste Satz der van Kolschen Resolution unhaltbar sei. Dieser Satz ist gestrichen worden und ein anderer von der Mehrheit der deutschen Delegation und auch dem gesamten Internationalen Kongreß beschlossen worden. Der Streit besteht nun weiter über den zweiten Satz, wo

von sozialistischer Kolonialpolitik die Rede ist. Das nenne ich allerdings wie vor einen Streit um des Kaisers Bart. Das Wort mag meinetwegen ganz korrekt sein. Man mag vielleicht mit großem Scharfsinn nachw können, daß der Ausdruck sozialistische Kolonialpolitik eigentlich nicht richtig ist, aber die Richtigkeit kann doch erst probiert werden, wenn Sozial einmal in die Lage kommen, zu entscheiden, ob sie Kolonialpolitik treiben w oder nicht. Das ist bis zu diesem Augenblick weder bei uns in Deutsch der Fall, noch ist sonst irgendwo zu erwarten, daß der Sozialismus in al barer Zeit so erstarkt, daß er selbsttätig Kolonialpolitik treiben könne. wir sie treiben können, behaupte ich ebenfalls. Doch das ist Zukunftsmusik, wir haben wahrlich keinen Grund, uns darüber zu streiten. (Lebhafter Beif

Genosse Block hat darauf hingewiesen, wie notwendig es sei, hier klare Stellung einzunehmen, das bewiesen die Ausführungen der „Frankfu Volksstimme". Block scheint aber die gestrige Nummer der „Frankfurter Vo stimme" nicht gelesen zu haben. Darin wird mitgeteilt, daß es sich bei di Ausführungen um eine Korrespondenz handelte, und es wird dem „Vorwär der Vorwurf gemacht, und dem stimme ich bei, daß er bei seinem Angriff die „Volksstimme" nicht gesagt habe, daß es sich um eine Korrespondenz aus Pa handele. Weiter, daß bei Aufnahme dieser Korrespondenz, wie mir wenigst gesagt wird, weder Genosse Quarck noch der zweite Redakteur anwesend wa sonst wäre diese Korrespondenz nicht ohne eine Note der Redaktion der „Vol stimme" in die Welt gegangen, daß sie diesen Standpunkt nicht teile. In Korrespondenz wird der Standpunkt Jaurès' verteidigt. Nun steht die Standpunkt mit unserem Standpunkt in der Kolonialfrage in Widerspruch, ist ganz unhaltbar und muß von uns auf das entschiedenste bekämpft werd Ich begreife ja die Stellung des Genossen Jaurès, ich begreife, wie er bei i gegenwärtigen Situation in Frankreich nicht dazu kommen kann, den ein richtigen Standpunkt einzunehmen, das heißt, die ganze Marokkopolitik pri zipiell zu bekämpfen, und nicht allein die Einberufung der Kammer, sonde überhaupt die Zurückziehung der französischen Truppen aus Marokko zu ve langen. Damit ist aber auch bewiesen, wie recht unsere Haltung auf de Internationalen Kongreß in der Militärfrage und der Frage der internati nalen Konflikte gewesen ist. (Sehr richtig!) Die gegenwärtige Haltung uns rer französischen Genossen, in erster Linie Hervés, zeigt, daß der Hervéismu jetzt bei der ersten Frage, wo er praktisch werden könnte, platt zu Boden gefalle ist. (Lebhafte Zustimmung.) Ich habe nicht geglaubt, daß wir drei Woche nach dem Stuttgarter Kongreß gleich in der Lage sein würden, an einer klassischen Beispiel die Richtigkeit unseres Standpunktes zu beweisen. Ich b tone es zum Schlusse nochmals, daß die ganzen Debatten, das Schauspiel, da wir jetzt hier der Welt bieten, daß wir Wortklaubereien treiben und uns gegen seitig dies und jenes anzunageln suchen, vernünftigerweise hätte unterlasse werden können. (Lebhafte Zustimmung.)

Richard Fischer: In den sachlichen Streit über die Kolonialpolitik will ich mich heute nicht einlassen, nachdem Genosse Bebel wiederholt erklärt hat, daß es sich dabei eigentlich nur um einen Streit um Worte, um des Kaisers Bart handle. Ich habe kürzlich in einer Berliner Versammlung erklärt, daß wir diesen neuesten Versuch einiger Parteiblätter, aus diesem Anlaß wieder einmal Partei- und Prinzipienretterei zu treiben, auch nicht anders eingeschätzt haben. Ich habe mich zum Worte gemeldet, um gegen die Schlußfolgerungen Wurms Verwahrung einzulegen, der erklärt hat, da ich gegen eine Darstellung in dem Bericht des „Vorwärts" keinen Widerspruch erhoben hätte, so müsse er annehmen, daß diese Ausführungen des Versammlungsberichtes sich mit meinen Ausführungen deckten. Diese Schlußfolgerung

Wurms ist um so wunderbarer, da Wurm meine Rede gehört hat, die die Redaktion des „Vorwärts" als Obstruktionsrede bezeichnet hat. Sie hat nämlich 43 Minuten gedauert und die Rede Ströbels 39 Minuten, die Wurms 10 bis 12 Minuten, und über meine „Obstruktionsrede" hat der „Vorwärts" 100 Zeilen gebracht, über die Zehnminuten-Rede Wurms 70 Zeilen. Angesichts dieser Tatsache sagt dann Wurm, er habe mit Recht angenommen, daß dieser Wortlaut sich mit meinen Ausführungen decke. Ferner: Gerade dem Satz, den Wurm aus dem Versammlungsbericht zitiert hat, geht folgender Satz voraus: „Redner erklärt, er unterschreibe Wort für Wort, was Bernstein gesagt habe. Der negative Standpunkt Ledebours führe zu dem Gedanken, die Kolonien aufzugeben." Der Gedankengang wird also durch das bloße Zitieren des zweiten Satzes auseinandergerissen. Wurm hätte den Satz gar nicht zitieren können, wenn er nicht verschwiegen hätte, daß in der Nummer des „Vorwärts", die auf den Versammlungsbericht folgte, folgendes steht:

> „Nachdem die „Vorwärts"-Redaktion erklärt hat, die Schärfe ihrer Ausführungen gegen mich ginge nicht ganz deutlich aus dem Versammlungsbericht hervor, erkläre ich, daß ich dann auch gegen die meine Ausführung wiedergebenden nicht „frisierten" Darlegungen des Berichts ein paar Richtigstellungen machen müsse. Ich beschränke mich auf drei Punkte."

Und der zweite Punkt wendet sich gegen den von Wurm zitierten Gedankengang. Da heißt es: „Ich habe nicht gesagt, daß der Kongreß über die Frage des angeblichen Nutzens und Schadens der Kolonien nicht lange zu debattieren gehabt hätte, sondern ich sagte, wenn nur die deutsche Kolonialpolitik zur Debatte gestanden hätte, so wäre der Kongreß in 5 Minuten damit fertig gewesen." Ich glaube, deutlicher kann man sich nicht ausdrücken, daß man auf dem Boden des Mainzer Beschlusses steht. Und nun kommt der Satz, den Wurm nicht zitiert hat: „Ich habe auch nicht gesagt, daß ich Wort für Wort unterschreibe, was Bernstein gesagt hat, so unvorsichtig bin ich nicht, sondern ich erklärte nur, was Bernstein in bezug auf den Verkauf der Kolonien und dessen Konsequenzen gesagt habe, unterschreibe ich Wort für Wort." Was hat Bernstein gesagt: man solle endlich einmal mit der Utopie aufhören, von einem Verkauf der Kolonien zu reden, und zwar deshalb, weil nicht wir Sozialdemokraten die Entscheidung über diese Frage haben, sondern die Regierung und die bürgerlichen Parteien, die sie nicht verkaufen werden, weil sie andere Interessen damit verfolgen. Wenn man sagt: hört doch endlich einmal damit auf, immer wieder in unseren Reihen davon zu reden, die Kolonien zu verkaufen, da wir das nicht in der Hand haben, so hat das doch nichts mit irgendeinem Aufgeben unserer programmatischen Stellung zu tun. Wenn ich sagte, in 5 Minuten wäre der Internationale Kongreß fertig geworden, wenn nur die deutsche Kolonialpolitik zur Debatte gestanden hätte, so habe ich doch damit deutlich genug ausgedrückt, daß ich auf dem Boden der Kolonialpolitik stehe, die die deutsche Partei bisher getrieben hat. Ich brauche doch vorläufig noch nicht anzunehmen, daß wir alle zusammen Trottel sind. (Heiterkeit.) Nachdem ich das nun erklärt habe, sagt die Redaktion aber schlankweg, Fischer habe ja gleich Bernstein den Verkauf der Kolonien für nicht wünschenswert gehalten. Ich sage: hört auf davon zu sprechen, das können wir nicht entscheiden, und dann erklärt der „Vorwärts", ich hätte den Verkauf der Kolonien nicht für wünschenswert erklärt! Wenn ich hier erklären würde, es ist eine Utopie, von der „Vorwärts"-Redaktion anzunehmen, daß sie in ihren Polemiken anständig und parteigenössisch verfahre, würde ich damit aussprechen, daß ich eine solche anständige parteigenössische Kritik nicht wünsche? (Heiterkeit.) Genau so ist es in diesem Fall. Ich gehöre nicht zu denen, denen die Worte ausgehen, wenn ein anderer etwas sagt; wenn ich aber in der Frage gegenüber den

Unterstellungen der „Vorwärts"-Redaktion geschwiegen habe, so habe ich das getan, weil eine ganze Reihe von Parteigenossen mir gesagt hat: Sei Du der Gescheidtere (Heiterkeit), gib Du nach! Um des lieben Friedens willen habe ich geschwiegen und sage ich auch hier nichts mehr. Vielleicht in Berlin werden wir uns darüber näher sprechen. (Heiterkeit.)

Kautsky: Ich möchte David gegenüber zunächst darauf hinweisen, daß in dem ersten Satz der ursprünglichen Resolution der Majorität die Notwendigkeit der Kolonien ausdrücklich anerkannt wird. Der Satz lautet: „Der Kongreß stellt fest, daß der Nutzen oder die Notwendigkeit der Kolonien im allgemeinen — besonders aber für die Arbeiterklasse — stark übertrieben wird." Weiter bestreitet David, daß einer Herrschaftspolitik das Wort geredet wurde. Bernstein hat aber in der Delegationssitzung ausdrücklich von einem Herrschaftsverhältnis gegenüber den Wilden gesprochen. David bestreitet weiter, gesagt zu haben, wir müssen den Kapitalismus in den Kolonien entwickeln helfen. Tatsächlich hat er gesagt: „Wenn Sie nicht nur Fragen stellen, sondern konsequent sein wollen, müssen Sie den ersten Absatz der Resolution annehmen. Auch die Kolonien müssen durch den Kapitalismus hindurch. Auch dort springt man nicht aus der Wildheit in den Sozialismus. Der Schmerzensweg durch den Kapitalismus wird der Menschheit nirgends geschenkt, und gerade nach der wissenschaftlichen Anschauung von Karl Marx ist dieser Weg eine Voraussetzung für ein sozialistisch geordnetes Wirtschaftswesen." Hier wird also der erste Absatz der Resolution ausdrücklich in Zusammenhang gebracht mit der Entwickelung des Kapitalismus in den Kolonien. Es wird ausdrücklich gesagt, der Kapitalismus ist für die Kolonien eine Notwendigkeit, ohne ihn können wir nicht zum Sozialismus kommen, deshalb müssen wir Kolonialpolitik treiben. Das hat doch keinen anderen Sinn, als daß wir in die Kolonien gehen müssen, um den Kapitalismus zu entwickeln. (Sehr richtig!)

Weiter! David bestreitet, daß er sich gegen das Aufgeben der Kolonien gewendet habe. Aber van Kol hatte gesagt: „Nur das frage ich Ledebour, ob er jetzt unter dem kapitalistischen Regime den Mut hätte, die Kolonien aufzugeben. Vielleicht sagt er uns auch, was er dann mit der Uebervölkerung Europas anfangen will, in welchen Ländern sich die Leute, die auswandern müssen, ihre Stätte suchen sollen, wenn nicht in den Kolonien. Was will Ledebour mit dem wachsenden Ertrag der europäischen Industrie anfangen, wenn er ihm nicht in den Kolonien neue Absatzgebiete schaffen will." (Hört! hört!) Das ist ganz genau dieselbe Argumentation, gegen die wir uns bei der Wahl immer aufs lebhafteste gewandt haben. (Sehr richtig!) Das ist der reine Dernburg. (Heiterkeit.) David hat weiter gesagt: „Wenn die Minorität sagt, an der heutigen Kolonialpolitik ist absolut nichts zu verbessern, sie ist unter allen Umständen ein Schaden für die Eingeborenen und das Land, das sie treibt, so muß diese Minderheit, wenn sie konsequent wäre, dafür eintreten, daß die Kolonien abgeschafft werden." (Hört! hört!) David wendet sich also direkt dagegen, daß die Kolonien abgeschafft werden, ohne jede Einschränkung, und er behauptet ebenfalls, daß die heutige Kolonialpolitik nicht unter allen Umständen ein Schaden für die Eingeborenen des Landes ist. Weiter hat David bestritten, daß van Kol von dem Eingreifen der bewaffneten Macht geredet hat; dieser hat aber jenes Wort ausdrücklich mir gegenüber gebraucht, weil ich im gleichen Sinne wie die Mainzer Resolution gesagt hatte, man solle zu den Wilden gehen, ihnen bessere Werkzeuge geben usw. Das hatte van Kol als Bücherweisheit verspottet und gesagt, wir würden von den Wilden gefressen werden, wenn wir ohne Waffen zu ihnen kämen. Aber wenn David die Sache anders auffaßt, wenn er jetzt der Ansicht ist, zwischen seinem und meinem Standpunkt bestehe nur ein Unterschied in Worten und nicht in der Auffassung

— nun, ich stehe noch immer auf dem Standpunkt, den ich in Stuttgart vertreten habe, und wenn David sich heute auf denselben Standpunkt stellt, ich habe nichts dagegen einzuwenden. (Heiterkeit und Beifall.)

Block-Berlin: Die Antwort der „Frankfurter Volksstimme" war uns nicht bekannt, aber ich kann in dem Verhalten des „Vorwärts" keine schwere Unterlassungssünde erblicken. Denn es ist Praxis, die Redaktion für eine in dieser Weise und ohne jede Verwahrung veröffentlichte Korrespondenz verantwortlich zu machen. Gegenüber den Ausführungen von Fischer über die Zeilenzahl in dem Bericht der Berliner Versammlung möchte ich nur kurz bemerken, daß man unter Umständen auch mit viel Worten wenig sagen kann. Im Bericht über den Parteitag z. B. ist die Rede von Wagner mit 18 Zeilen abgetan, während Bebel 110 Zeilen bekommen hat, obwohl beide 10 Minuten gesprochen haben. Aber deshalb darf man doch nicht die Loyalität einer Redaktion anzweifeln. Auf die Frage, ob wir Fischer im „Vorwärts" Unterstellungen gemacht haben, will ich mich nicht einlassen, er hat ja eine Abrechnung in Berlin in Aussicht gestellt, und wenn er uns dort ein Tänzchen aufspielen will, wir sind bereit. (Heiterkeit.)

Hiermit ist die Debatte beendet.

Persönlich bemerkt

David: Kautsky hat nochmals die Unterstellung aufrecht erhalten, ich hätte behauptet, wir Sozialdemokraten müssen den Kapitalismus nach den Kolonien tragen. Er hat versucht, dies aus dem Bericht des „Vorwärts" über meine Rede zu deduzieren. Wenn Sie den Bericht lesen und dem Sinne nach prüfen, so werden Sie finden, daß diese Unterstellung eine Unterstellung bleibt. Er hat zweitens seine Unterstellung aufrecht erhalten hinsichtlich der Motive, die ich gegenüber dem Gedanken des Abschaffens der Kolonien ausgesprochen habe. Auch da bleibt die Unterstellung eine Unterstellung. Ich habe gesagt, daß die Abschaffung der Kolonien als internationales Problem — nicht etwa bloß für Deutschland — undenkbar ist, weil das einfach der Raub- und Mordpolitik gegenüber den Eingeborenen freie Hand lassen hieße.

Das Schlußwort erhält

Singer: Sie werden nicht erwarten, daß ich mich im Schlußwort in die Irrgänge der Diskussion vertiefe, die hier geführt ist. (Sehr gut!) Ich glaube, im Interesse des Parteitages zu handeln, wenn ich mein Schlußwort nach Möglichkeit einschränke, schon um deshalb, weil gegen meinen Antrag, sich mit den Beschlüssen des Internationalen Kongresses einverstanden zu erklären, von keiner Seite auch nur der geringste Widerspruch erhoben ist. Hätte ich nicht einige kurze Bemerkungen zu machen, dann könnte ich auf das Schlußwort überhaupt verzichten.

Mir liegt zunächst daran, einen Irrtum von David richtig zu stellen: er hat gemeint, ich hätte erklärt, die Resolution der Majorität der Kommission stände in keinem Widerspruch zu der Mainzer Resolution. (David: Ich sprach von der Delegation!) Das wäre ein Irrtum gewesen; denn ich habe, soweit ich mich erinnere, ausdrücklich gesagt, daß die von der deutschen Delegation schließlich angenommene Minderheitsresolution dem Inhalt nach wesentlich der Mainzer Resolution entspreche. Wenn David meint, ich hätte von der Resolution der Delegation gesprochen, so beruht das auf einem Mißverständnis; ich bin mir dessen nicht bewußt. Den Genossen, welche die Minderheit in der Kommission gebildet haben, kann ich aber die Anfrage nicht ersparen, warum sie denn ihrerseits nicht die Mainzer Resolution als Grundlage für ihre Auffassung genommen haben. Würde die anscheinend leider in Vergessenheit geratene Mainzer Resolution der deutschen Delegation ins Gedächtnis gerufen sein, so würde nach meiner Ueberzeugung der erste Beschluß der deutschen Delegation

gar nicht gefaßt sein. (Sehr richtig!) Die große Mehrzahl der Genossen und auch die deutsche Delegation hat sich in keinen prinzipiellen Widerspruch mit der Mainzer Resolution setzen wollen, die den Gegenvorschlag der Kommissionsminorität durchaus gutheißt und bestätigt. Insofern erscheinen mir allerdings die ersten Beschlüsse der deutschen Delegation einer genügenden Unterlage entbehrt zu haben. Vielleicht kommt das von der Schnelligkeit, mit der in Stuttgart gearbeitet werden mußte. Mir persönlich ist es ja so wie Bebel gegangen: durch die Geschäfte, die mir der Kongreß übertrug, war ich überhaupt verhindert, mich an den Beratungen der deutschen Delegation zu beteiligen. Mir erscheint es aber für die Partei nicht gerade sehr nützlich, daß dieser, ich möchte sagen häusliche Streit (Zuruf: Scheußliche Streit!) zwischen einzelnen Genossen hier ausgetragen wurde. (Sehr richtig!) Ich ziehe aus der Diskussion das Fazit, daß die übergroße Mehrheit der deutschen Delegation in Stuttgart keine Aenderung in der prinzipiellen Auffassung der Partei in bezug auf die Kolonialpolitik haben eintreten lassen wollen. (Lebhafte Zustimmung.) Solange wir Genossen einer Partei sind, haben wir die Verpflichtung, unsere Erklärungen zu respektieren und Deutungen, zu denen frühere Aeußerungen vielleicht Anlaß geben, zu unterlassen, weil schließlich doch nichts dabei herauskommt. (Sehr richtig!) Alle unsere Genossen sind davon überzeugt, daß sie kraft unserer programmatischen Grundsätze und kraft unseres Klassenstandpunktes sich gegen eine Eroberungs- und Raubpolitik der gegenwärtigen Gesellschaft erklären müssen und daß, wenn eine sozialistische Kolonialpolitik getrieben werden soll, zunächst die Verhältnisse sich geändert haben müssen und weiter, daß diese sozialistische Kolonialpolitik selbstverständlich nur im Sinne unseres Programmes getrieben werden kann. Dies mit aller Klarheit und Deutlichkeit als das Fazit der Diskussion festzustellen, das war die einzige Aufgabe, die ich in meinem Schlußwort hatte. Nachdem ich diese Aufgabe erfüllt habe, wiederhole ich meinen Antrag. Ich gebe der Ueberzeugung Ausdruck, daß die deutsche Partei in ihrer übergroßen Majorität — nach dem Verlauf der Diskussion kann ich wohl sagen einmütig — entschlossen ist, niemals den Boden der Mainzer Resolution zu verlassen, die in Stuttgart ihre Bestätigung erfahren hat. Ich bitte, meinen Antrag einmütig anzunehmen. (Lebhafter Beifall.)

Der Antrag Singer, sich mit den Beschlüssen des Internationalen Kongresses einverstanden zu erklären, gelangt einstimmig zur Annahme.

Es folgt Punkt 5 der Tagesordnung:

Maifeier.

Von den hierzu vorliegenden Anträgen wird der Antrag 44 zurückgezogen, die Anträge 45—48 werden ausreichend unterstützt.

Referent Richard Fischer-Berlin: Die letzten Maifeierbeschlüsse standen unter dem Zeichen anscheinender Differenzen mit einem Teil der deutschen Gewerkschaften, Differenzen, die ja immer wieder harmonisch ausgeglichen worden sind. In den Gewerkschaftskreisen ist teilweise zweifellos noch die Auffassung von der propagandistischen Bedeutung der Maifeier verschieden von der in Parteikreisen, und es sind auch Zweifel darüber laut geworden, ob die Opfer, die die Maifeierbewegung in Deutschland gekostet hat, im Verhältnis zu ihrer Bedeutung für die gewerkschaftliche Bewegung stehe. Die Gewerkschaften stehen teilweise auf dem Standpunkt, daß mit der Propaganda der Arbeitsruhe und mit den daraus entspringenden Kämpfen ihre eigene Machtposition gegenüber dem Unternehmertum geschwächt wird, weil ja den Unternehmern hierdurch gleichsam die Möglichkeit gegeben sei, ihrerseits den Zeitpunkt für einen Kampf zu wählen, der gerade nicht vorteilhaft für die Gewerkschaftsbewegung ist. Es werde also den Gewerkschaften die Wahl des Zeitpunktes genommen, an welchem sie einen solchen Kampf mit dem Unternehmertum unter günstigen Auspizien führen können. So ist denn in Gewerkschaftskreisen der Gedanke aufgetaucht, die ganze Maifeierfrage dem letzten Internationalen Kongreß in Stuttgart von neuem zur Regelung zu unterbreiten.

Maßgebend war dabei auch der Gedanke, daß man den Vertretern einzelner Länder auch den Widerspruch vor Augen führen wollte, der darin liegt, daß sie wohl auf den Internationalen Kongressen lebhaft für die Maifeier eintreten, daß sie aber nicht die moralische Verpflichtung fühlen, nun auch alle ihren Einfluß zur Durchführung dieser Beschlüsse einzusetzen. (Sehr gut!) Nun fand in Stuttgart, bevor die Frage dem Internationalen Kongreß unterbreitet wurde, eine Besprechung zwischen den Delegationen der Partei und der Gewerkschaften statt. Schon einen Tag vorher waren die Gewerkschaftsdelegierten zu einer besonderen Beratung zusammengetreten und unterbreiteten der deutschen Delegation folgenden Antrag:

„Die deutsche Delegation des Internationalen Kongresses zu Stuttgart empfiehlt, die Feier des 1. Mai in der Form zu begehen, wie sie in der Resolution des Mannheimer Parteitages niedergelegt ist. Wo aber die Arbeitsruhe Maßregelungen zur Folge hat, muß den wegen der Maifeier durch Maßregelungen geschädigten Arbeitern eine Unterstützung gewährt werden, auf die die politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Anspruch erheben können. Die Unterstützung ist von der Partei und den Gewerkschaften zu gleichen Teilen zu tragen. Die Art, wie die Partei und die Gewerkschaften die dafür erforderlichen Mittel aufbringen, bleibt einer Verständigung der Instanzen der Partei und der Gewerkschaften vorbehalten. Dabei ist festzulegen, von welchem Zeitpunkte an und für welche Dauer die Unterstützung zu gewähren ist."

Wenn es über diese Frage zu einer Verständigung kommen sollte, so war die Voraussetzung, daß der Gedanke fallen gelassen wurde, die Angelegenheit überhaupt dem Internationalen Kongreß zu unterbreiten. Die deutsche Delegation verschloß sich nicht dem Gedanken, daß sowohl der Mannheimer als auch der Jenenser Beschluß die politische Partei verpflichte, auch einen Teil der finanziellen Verantwortung aus der Maifeier zu tragen. Aber sie erklärte: Wir können diese Frage in dieser Delegation nicht entscheiden, denn wir haben keinen Auftrag, bindende Beschlüsse nach der Richtung hin zu fassen; dazu ist der Parteitag in Essen da. Aber wie gesagt, war auf allen Seiten das lebhafteste Interesse vorhanden, sich zu verständigen und der Maifeier die möglichst würdige Form zu wahren. Man hat sich deshalb grundsätzlich dahin verständigt, an der finanziellen Verantwortung sich zu beteiligen, aber die Frage des Wie und Was dem Parteitag zu überlassen, nachdem vorher Parteivorstand und Generalkommission Beratungen gepflogen haben. Die deutsche Delegation einigte sich auf folgenden Beschluß:

„Die deutsche Delegation zum Internationalen Kongreß in Stuttgart empfiehlt, die Feier am 1. Mai in der Form zu begehen, wie es in der Resolution des Mannheimer Parteitages niedergelegt ist. Wo aber die Arbeitsruhe Maßregelungen zur Folge hat, muß den wegen der Maifeier durch Maßregelungen geschädigten Arbeitern eine Unterstützung gewährt werden, auf die die politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Anspruch erheben können. Zur Regelung ist die deutsche Delegation zum Internationalen Kongreß nicht kompetent; sie erwartet jedoch vom nächsten Parteitag die Regelung auf folgender Grundlage:

Die Unterstützung ist von Partei und Gewerkschaften zu tragen. Die Art, wie Partei und Gewerkschaften die dafür erforderlichen Mittel auf-

bringen, bleibt der Verständigung der Instanzen, Partei und Gewerkschaften, vorbehalten. Dabei ist festzulegen, von welchem Zeitpunkt und für welche Dauer die Unterstützung zu gewähren ist."

Parteivorstand und Generalkommission sind in Konsequenz dieses Beschlusses inzwischen in Berlin zwecks Regelung dieser Frage zusammengetreten, es stellte sich aber in einer mehrstündigen Debatte heraus, daß die Frage zu kompliziert ist, um sie in der verhältnismäßig so kurzen Zeit, die uns zur Verfügung stand, endgültig zu lösen. Ich bin zu der Erklärung beauftragt, daß beiderseits die loyalste Absicht vorhanden war, eine Verständigung herbeizuführen, und wenn die Vorschläge der Konferenz sich noch nicht zu einer bestimmten Absicht verdichtet haben, so lag das nicht etwa an dem Mangel an gutem Willen auf der einen oder anderen Seite, sondern an der Schwierigkeit, in so kurzer Zeit einen Ausweg zu finden, der für beide Teile gangbar und auch geeignet ist, allen Differenzen für die Zukunft möglichst vorzubeugen. Die Vertreter der Generalkommission schlugen daher vor, dem Parteitag in Essen zu unterbreiten, er solle den Parteivorstand beauftragen, im Sinne des Stuttgarter Beschlusses der deutschen Delegation die bereits eingeleiteten Verhandlungen weiter zu pflegen und den Vorschlag, zu dem sich diese Verhandlungen verdichten, eventuell dem nächsten Parteitag zu unterbreiten. Gelingt es, zwischen jetzt und der nächsten Maifeier eine Verständigung zu erzielen, so wird ja schon die nächste Maifeier unter dem Gesichtspunkte dieser Verständigung erfolgen. Sollte aber bis dahin eine bindende, beide Teile verpflichtende Abmachung nicht zustande kommen, so würde selbstverständlich die nächstjährige Maifeier auf dem Boden des Mannheimer bezw. Jenenser Beschlusses stattfinden. Meiner Meinung nach tun wir gut, diesem Vorschlag beizutreten, den ich Ihnen namens des Parteivorstandes unterbreite. Persönlich stehe ich nicht an, zu erklären, daß ich es bis zu einem gewissen Grade für bedenklich halte, wenn der Parteitag sich auf die Diskussion einzelner Vorschläge überhaupt einließe. (Sehr richtig!) Es ist z. B. vorgeschlagen, daß Partei und Gewerkschaften alle ihre finanziellen und moralischen Machtmittel dazu zu verwenden haben, um am 1. Mai die Frage der Arbeitsruhe zur Durchführung zu bringen. Würden wir das beschließen, so würden wir einmal von der bisherigen Praxis abweichen und zweitens würden wir etwas tun, woran eigentlich nur die Unternehmer ein Interesse haben. Die Unternehmer würden dadurch in die Lage versetzt sein, einen Kampf heraufzubeschwören, der die ganzen finanziellen Mittel erschöpft, so daß wir zu allen größeren politischen und wirtschaftlichen Kämpfen unfähig gemacht würden. (Sehr richtig!) Ich schlage deshalb vor, einmal den Beschluß des Mannheimer und Jenenser Parteitages zu wiederholen, der da lautet:

„Die Maifeier ist eine zur Unterstützung der Klassenforderungen und des Klassenkampfes des Proletariats sowie zur Förderung des Weltfriedens von den internationalen Arbeiterkongressen beschlossene Demonstration, deren wirksame und würdige Gestaltung gemeinsame Aufgabe aller politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ist. Als solche Klassendemonstration wird sie vom Unternehmertum und den bürgerlichen Regierungen bekämpft, aber dieser Widerstand kann für die Arbeiterklasse kein Anlaß sein, von der Durchführung der Maifeier abzusehen. In Uebereinstimmung mit den internationalen Arbeiterkongressen von Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893, London 1896, Paris 1900 und Amsterdam 1904 betrachtet die deutsche Sozialdemokratie die allgemeine Arbeitsruhe als die würdigste Form der Feier. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den anderen Kundgebungen für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten und überall da, wo die Möglichkeit der Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit ruhen zu lassen."

Zweitens unterbreite ich Ihnen folgende Resolution:

„Unter Aufrechterhaltung des Mannheimer Beschlusses zur Maifeier beschließt der Parteitag, dem Parteivorstand die Ermächtigung zu erteilen, die Verhandlungen mit der Generalkommission nach den Vorschlägen der Stuttgarter Delegation weiterzuführen."

Ich bitte Sie, diesen meinen Vorschlägen zuzustimmen, dann werden wir das nächste Jahr wohl in der Lage sein, die Maifeier so zu begehen, wie es der gemeinsame Wunsch aller bisherigen Parteitage gewesen ist. (Beifall.)

Blume-Hamburg: Ich muß hier erklären, daß die Hamburger Genossen den „Bremserlaß" des Vorstandes in Sachen der Maifeier sehr befremdlich gefunden haben. Die Hafenarbeiter wollten an der Maifeier unter allen Umständen teilnehmen, und es kostete große Mühe, sie zurückzuhalten. Der Vorstand hatte gewiß die besten Absichten, und ich will ihm keine Vorwürfe machen, aber sein Erlaß kam doch recht spät. Was den Antrag 48 anlangt, so glauben unsere Kolporteure, daß sie am 1. Mai das Parteiorgan nicht zu verbreiten brauchen. Ja, es ist so weit gekommen, daß die Parteiorganisationen schon beschlossen haben, im Falle eines solchen Streiks der Kolporteure das Blatt selbst zu verbreiten. Einen Antrag will ich unterlassen. Es würde genügen, wenn der Referent eine Richtlinie gibt, damit auch wir in Hamburg den Parteiangestellten sagen können: so und so hat der Parteitag entschieden. Dann haben wir wenigstens Ruhe.

Wetzker-Bochum: Ich war ursprünglich ein Anhänger der Maifeier durch Arbeitsruhe, aber die Erfahrung, die ich hier im Ruhrrevier gemacht habe, haben mich zu einer gegenteiligen Ueberzeugung gebracht. Die Bergarbeiter sind für die Arbeitsruhe gar nicht zu haben. Im vorigen Jahre hatten wir eine sogenannte imposante Maifeier: 1000 Mann feierten, und das in einem Kreise, der 42 000 Stimmen für uns aufbringt. In diesem Jahre war die Maifeier im Kreise Bochum-Gelsenkirchen noch weniger imposant. Da kann man nicht sagen, daß wir eine besonders würdige Demonstration erreicht haben. Der Antrag, die Unterstützungsfrage zu regeln und eine Teilung der Unterstützung zwischen Partei und Gewerkschaft herbeizuführen, ist ja doch nichts anderes, als die heimliche Abwürgung der Maifeier. Der Referent sagte, daß überall der ernste Wille vorhanden sei, die Maifeier auch unter diesen Umständen möglichst imposant zu gestalten. Ich habe keinen Zweifel an ihrer Loyalität. Aber in Stuttgart soll ja die eigentliche Absicht der Gewerkschaftsdelegierten gewesen sein, die Arbeitsruhe aufzuheben und die Maifeier auf den Abend zu beschränken. Sie haben schließlich einen solchen Antrag nicht gestellt, weil sie den Parteidelegierten einen solchen Beschluß nicht zumuten wollten, und so habe man sich auf den Mittelweg geeinigt. Ich will zugeben, daß die Forderung der Gewerkschaften, die Partei solle auch an ihrem Teil zur Unterstützung der Gemaßregelten beitragen, jede Logik für sich hat, aber wenn man sich einmal dieser Logik nicht verschließen kann, dann soll man nicht auf halbem Wege stehen bleiben, man soll die letzte Konsequenz ziehen und aufrichtig genug sein, gleich zu sagen, wir heben die Arbeitsruhe auf und verlegen die Maifeier auf den Abend, denn dahin kommt es doch allmählich. Es ist unwürdig, die Maifeier allmählich zugrunde gehen zu lassen. Wird den leitenden Stellen eine solche finanzielle Verpflichtung auferlegt, dann werden sie in Zukunft noch vorsichtiger sein. Die finanzielle Fessel wird die Parteiinstanzen noch mehr als bisher in der Frage der Durchführung der Maifeier lähmen

Köpke-Harburg: Eine endgültige Regelung der Maifeier ist unbedingt nötig, sonst kommen wir nicht zur Einheitlichkeit. Die Genossen erwarteten diese Regelung vom Stuttgarter Kongreß und haben gedacht, daß sie nun mindestens in Essen erfolgen würde. Um so mehr bedauere ich, daß es auch in Essen nicht geschehen soll. Es kann wieder so kommen, wie das letztemal mit dem lendenlahmen Erlaß des Parteivorstandes und die Maifeier vollends zur Farce werden. Wir müssen hier in Essen die Entscheidung treffen oder wenn das nicht geht, dann der geplanten Kommission nicht etwa die Vollmacht geben, einen endgültigen Beschluß zu fassen, sondern diesen dem nächsten Parteitage zu überlassen und die nächste Maifeier auf Grund des Mannheimer Beschlusses begehen. Die Maifeier hat ein eigentümliches Schicksal bei uns. Schon die erste Erklärung der Fraktion im Jahre 1890 brachte Konfusion, aber noch tollere Konfusion entstand in diesem Jahre, als der Vorstand mit seiner Erklärung 14 Tage vor dem 1. Mai herauskam. Wir im nördlichen Belagerungsgebiet hatten eine imposante Maifeier vorbereitet. Von Jahr zu Jahr ist der Gedanke der Maifeier bei uns heimischer geworden. In Harburg hatten die Fabrikversammlungen die Arbeitsruhe beschlossen. Als aber der Aufruf des Vorstandes herauskam, hatten die Minoritäten in den Fabriken gewonnenes Spiel. Sie sagten, wir fügen uns nicht, und beriefen sich auf den Erlaß. Und auch die Unternehmer kamen und sagten: Euer Vorstand sagt, wo Maßregelungen zu befürchten sind, sollt Ihr nicht feiern. Und wir werden maßregeln. Die Folge war, daß die Maifeier in Harburg völlig ins Wasser fiel. (Sehr gut!) Wie soll die Unterstützungsfrage eigentlich geregelt werden? Wo sind denn die bloß politisch organisierten Parteigenossen? Wir sind doch auch alle gewerkschaftlich organisiert. Und wie denkt man sich den Deckungsmodus? Sollen die Beiträge so erhöht werden, daß jedem Gemaßregelten 6 bis 8 Mk. Unterstützung gezahlt werden können? Schaffen wir einen besonderen Sammelpunkt, so schröpfen wir doch die gewerkschaftlich organisierten Genossen. Ich schlage vor, wir lassen die Maifeier so wie sie ist und arbeiten konsequent weiter, dann werden wir auch Boden gewinnen. Herrschen aber in dieser Frage heillose Zerfahrenheiten in leitenden Kreisen und bleibt es dabei, dann verlieren auch die Agitatoren die Lust, für die Maifeier einzutreten. (Bravo!)

Fischer-Hamburg: Zur Ergänzung der Ausführungen des Genossen Blume will ich mitteilen, daß unsere Hamburger Zeitungsausträger durchaus die Möglichkeit haben, an der Maifeier teilzunehmen. Denn die Austragung der Zeitungen muß satzungsgemäß bis 9 Uhr vormittags erledigt sein. — Im Gegensatz zu Genossen Köpke meine ich, daß wir um die Unterstützungsfrage nicht herumkommen, und die Regelung ist gar nicht so schlimm. Die Zerfahrenheit in Sachen der Maifeier wäre nicht so groß, wenn nicht gerade die leitenden Kreise in den Gewerkschaften, und besonders gilt dies von der Leitung des Metallarbeiterverbandes, von der Arbeitsruhe nichts wissen wollen. Genosse Ellenbogen hat uns gezeigt, wie die erfreulichen Erfolge in Oesterreich zustande gekommen sind. Die Partei ist vorsichtig, hält ihre Kraft zurück, aber im günstigen Augenblicke setzt sie ihre ganze Kraft ein. Wenn wir es bei der Maifeier ebenso machen würden, würden wir gleichfalls Erfolge erzielen. Wer aber immer zurückhält, seine Kraft nie vollständig einsetzt, kommt auch nie vorwärts. (Zustimmung.) So hatten wir 1890 diese vorsichtigen Zurückhaltungen und jetzt den Bremserlaß des Parteivorstandes. Zweifellos hat er mit ihm die besten Absichten verfolgt, aber er verkennt doch ganz den Drang und die Stimmung in den parteigenössischen Kreisen. Wetzker mag recht haben, wenn er klagt, daß bei den Bergarbeitern des Ruhrreviers keine große Neigung bestehe, die Maifeier

durch Arbeitsruhe zu begehen; aber es gibt doch weite Kreise in der Partei und in den Gewerkschaften, die den Wert der Maifeier gerade in der Arbeitsruhe sehen. Ich kann sagen, daß das Gros der Hamburger Genossen einer Maifeier ohne Arbeitsruhe gar keinen Wert beimißt. Es gibt ja einige Pessimisten, die die ganze Maifeier verwerfen wollen, wenn die Arbeitsruhe nicht streng durchgeführt wird. Aber die Mehrheit wünscht, daß weitergearbeitet wird. Die Maßregelungsgefahr wird ja auch von Jahr zu Jahr geringer. Ein großer Teil der Unternehmer hat schon längst ein Haar in den Maiaussperrungen gefunden. Nur die eigentliche Scharfmacherclique sucht die übrigen Unternehmer zu Maßregelungen fortzureißen. Die Maiaussperrungen sind für das Unternehmertum auch ganz wertlos. Eine Massenaussperrung kann für den Unternehmer Erfolg versprechen, wenn es sich um die Abwehr einer Lohnerhöhung oder der Verkürzung der Arbeitszeit handelt. Aus den Maiaussperrungen aber erwächst dem Unternehmer gar kein Vorteil. Dabei handelt es sich nur um den Herrendünkel, der nicht dulden will, daß die Arbeiter sich einen Tag im Betriebe frei machen. (Lebhafte Zustimmung.) Der vernünftige Teil der Unternehmer, besonders im Baugewerbe, hat sich mit der Maifeier ja auch längst abgefunden. Wenn die Dinge so stehen, haben wir wirklich keinen Anlaß zum Bremsen. Einem großen Teil der Unternehmer sind die Konflikte wegen des 1. Mai direkt unangenehm, so den Hafenbetriebsunternehmern, denn der Hafenverkehr setzt am 1. Mai ein, und eine Aussperrung stört den Profit. Deshalb haben die Herren gewissermaßen pränumerando ausgesperrt, um einer Aussperrung am 1. Mai enthoben zu sein. Die Unternehmer verfügen über eine bestimmte Summe von Widerstand, ob es sich nun um Lohnkämpfe oder um den 1. Mai handelt. Wenn nun die Unternehmer einen Teil ihrer Kraft am 1. Mai verschleudern, wenn sie sich gewissermaßen abgeblutet haben, dann sind sie wieder bei Lohnkämpfen nicht so stark. So war diesmal in Hamburg die Aussperrung wegen des 1. Mai minimal. Die Sache ist also nicht so schlimm, wie sie aussieht. Wir brauchen nur etwas mehr Energie anzuwenden, dann werden wir auch vorwärts kommen. (Bravo!)

Beyer-Essen: Wir sind mit der Maifeier von Jahr zu Jahr vorwärts gegangen; trotz der lauwarmen Erklärung des Parteivorstandes war das auch in diesem Jahre der Fall. Wenn in Bochum keine Fortschritte erzielt sind, so liegt das an der Schreibweise der „Bergarbeiter-Zeitung". (Widerspruch.) Wir dürfen in der Maifeier nicht zurück, denn sonst würden unsere Gegner sagen: Da seht, der Ausfall der Reichstagswahl ist eine Niederlage für die Sozialdemokratie gewesen, man will jetzt vernünftig werden. Wir müssen in der bisherigen Weise vorgehen, dann werden wir auch Erfolge erzielen. (Beifall.)

Hering-Schleswig: Wenn jemals ein Erlaß unüberlegt war, so der des Parteivorstandes zur diesjährigen Maifeier. Das, was in Jena und Mannheim gut gemacht war, ist dadurch wieder beseitigt. Ich lasse allerdings mildernde Umstände gelten, ich nehme an, daß der Parteivorstand in dieser Frage auch das Opfer fremder Einflüsse gewesen ist. (Oho!) Die Genossen, die Gegner der Maifeier sind, sollten das doch mal offen erklären, anstatt immer solche Hintertreppenpolitik zu treiben. Der Parteivorstand müßte vorsichtiger sein.

Buse-Bielefeld: Wenn jemals ein Erlaß des Parteivorstandes mich angenehm berührt hat, so war es der zur Maifeier in diesem Jahre. Mit elementarer Gewalt mußte es sich jedem aufdrängen, daß die Kämpfe aus Anlaß der Maifeier von Jahr zu Jahr schärfer werden, das Unternehmertum sucht mit allen Mitteln Unorganisierte in die Betriebe zu bekommen und

die Gelben als Schutztruppe heranzubilden. (Sehr richtig!) Das geht aus der „Arbeitgeber-Zeitung" sehr deutlich hervor. (Redner verliest einen entsprechenden Artikel der „Arbeitgeber-Zeitung".) Gerade die Genossen, die in den einzelnen Betrieben an der Spitze stehen, werden infolge der Maifeier gemaßregelt und völlig brotlos gemacht. Es ist deshalb richtiger, wie es in dem Erlaß heißt, die Maifeier nur dort durch Arbeitsruhe zu begehen, wo es möglich ist. Wir wollen die Maifeier doch nicht abwürgen, sondern nur in andere Bahnen lenken.

Wetzker-Bochum: Daß die „Bergarbeiter-Zeitung" daran schuld ist, daß die Maifeier in Bochum nicht fortschreitet, ist eine Legende. In diesem Jahre war doch zur Maifeier schon der große Redakteurwechsel vorgenommen, und es war ein sehr schneidiger Aufruf von dem neuen Redakteur Pokorny erschienen. (Sehr richtig!) Auch in Essen schreitet die Maifeier nicht besonders vorwärts. Ich gebe zu, daß in Berlin und Hamburg die Arbeitsruhe stärker gewesen ist, aber hier in diesem Gebiete ist das nicht der Fall, und zur Zeit der Krisis wird es noch schlechter werden, dann werden höchstens die Arbeitslosen am 1. Mai feiern.

Eißnert-Offenbach: Die Maifeierfrage muß eine endgültige Regelung erfahren, es fragt sich nur wie. Auf allen Parteitagen haben wir uns damit beschäftigt und stets die Arbeitsruhe als die würdigste Form erklärt. Hätte man die nötige Agitation für die Arbeitsruhe entfaltet, dann wären wir schon weiter, aber von Anfang an war die Sache verfahren. Nicht nur Gewerkschafts-, sondern auch Parteiblätter haben gebremst und gegen die Arbeitsruhe geschrieben. Wenn wir trotz des Bremsens so weit sind, wie wäre es dann erst, wenn wir alles für die Propagierung der Arbeitsruhe getan hätten. Dann könnte uns das Unternehmertum heute keine Schwierigkeiten mehr bereiten. (Sehr richtig!) Daß jetzt, wie es in Stuttgart geschehen ist, die Unterstützungsfrage in den Vordergrund gestellt wird, ist der verkehrteste Weg, man sollte den Idealismus mehr betonen.

Henke-Bremen: Fischer hat mitgeteilt, daß zwischen Parteivorstand und Generalkommission Verhandlungen in bezug auf die Unterstützungsfrage gelegentlich der Maifeier schweben, er hat aber erkennen lassen, daß möglicherweise die Verhandlungen bis zum 1. Mai nächsten Jahres nicht zum Abschlusse kommen. Ich kann mich der Befürchtung nicht verschließen, daß in diesem Falle Partei- und Gewerkschaftsführer, die bisher strikte Gegner der Arbeitsruhe waren, sagen würden: Wir treten erst dann für die Arbeitsruhe ein, wenn diese Verhandlungen zum Abschluß gebracht sind. Ich stelle daher den Antrag 101.

Hinter dem Beschluß der deutschen Delegation in Stuttgart standen eine große Anzahl solcher Genossen, die der Meinung sind, daß die Arbeitsruhe am 1. Mai beseitigt werden müsse. Von diesen Genossen hat sich bis jetzt noch keiner hier ausgesprochen. Sie scheinen mir besonders deshalb für die Stuttgarter Resolution zu sein, weil sie eine Beseitigung der Maifeier durch Arbeitsruhe davon erhoffen. Wir aber wünschen eine möglichst imposante Arbeitsruhe am 1. Mai. Eine Anzahl Gewerkschaftsführer wird nach wie vor der Arbeitsruhe am 1. Mai entgegenwirken, und da soll nun unser Antrag den Mannheimer Beschluß verstärken. Die Beseitigung der Arbeitsruhe am 1. Mai würde eine Abwürgung der Maifeier bedeuten. Wir müssen das Opfer der Arbeitsruhe bringen, um zu demonstrieren gegen den Zwang der herrschenden Klassen, wir wollen klipp und klar die Scheidung zwischen uns und ihnen zum Ausdruck bringen. Die Bedeutung der Maifeier liegt, wie Rosa Luxemburg in ihrer Broschüre über den Massenstreik schon sehr richtig gesagt hat, besonders auch darin, daß wir unsere Genossen durch

die Demonstration mit der Arbeitsruhe dazu erziehen, eventuell einen Massenstreik mit der nötigen Wucht durchführen zu können. Ich bitte, unseren Antrag anzunehmen. (Beifall.)

Hierauf wird die weitere Debatte bis nachmittags vertagt.

Vorsitzender **Gemoll** teilt mit, daß ein Begrüßungstelegramm von den Genossen in Neunkirchen bei Trier eingegangen ist.

Singer macht die Mitteilung, daß das Lokalkomitee die Genossen für morgen nachmittag 3 Uhr zu einem Ausfluge nach dem Ruhrstein einlade und im Anschluß daran ein festlicher Abend in dem dazu errichteten Zelt stattfinden solle. Er empfiehlt daher, den Donnerstagnachmittag sitzungsfrei zu halten und der Einladung des Komitees Folge zu leisten.

Schluß 1 Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

Vorsitzender **Gemoll** eröffnet die Sitzung um 3 Uhr. Die Debatte über die Maifeier wird fortgesetzt.

Stühmeyer-Dortmund: Auch ich kann mich mit der Anschauung des Genossen Wetzker, der die Abschaffung der Arbeitsruhe fordert, nicht einverstanden erklären. Wenn in Bochum die Beteiligung an der Maifeier klein ist, so darf Wetzker daraus nicht schließen, daß dies überall der Fall ist. Bei uns in Dortmund-Hoerde nahmen 1904 10 000 Personen an der Maifeier teil, 1906 über 12 000 und in diesem Jahre über 16 000. 1906 wurden verkauft 12 000 Karten, 1907 15 000 Karten. Genosse Wetzker hat bestritten, daß die „Bergarbeiter-Zeitung" von der Maifeier abgeraten habe und hat sich auf Pokorny berufen. Aber eine Schwalbe macht noch keinen Sommer. Die „Bergarbeiter-Zeitung" hat wiederholt die Arbeiter auf die wirtschaftlichen Folgen der Arbeitsruhe hingewiesen; das kann freilich keine besondere Begeisterung hervorrufen. Auch im Hamm-Soester Bezirk, sogar im schwarzen Recklinghausen hat die Teilnahme an der Maifeier stark zugenommen. Ohne die Arbeitsruhe ist die Maifeier für uns wertlos. Dann wäre sie nichts als eine Komödie. In den Abendversammlungen demonstrieren können wir das ganze Jahr. Würdig kann der 1. Mai nur begangen werden, wenn soviel wie möglich die Arbeitsruhe eingehalten wird. (Bravo!)

Beyer-Essen: Hier in Essen kann man erst seit 1900 von einer gewerkschaftlichen und politischen Organisation sprechen. Seitdem ist die Beteiligung an der Maifeier auf das Doppelte gestiegen. In Bochum liegt die mangelnde Beteiligung daran, daß man früher nicht genügend dafür Propaganda getrieben hat. Gerade jetzt, wo ja die Bahn frei sein soll für die Sozialpolitik, müssen wir erst recht für die Verkürzung der Arbeitszeit demonstrieren.

Lütkenhölter-Oldesloe: Die Ausführungen des Genossen Blume stehen im strikten Gegensatz zu den Ansichten der Solinger Genossen. Wenn wir die Gemaßregelten unterstützen, so werden wir den Feiernden den Rücken stärken. Entgegen den Ausführungen des Genossen Buse muß ich erklären, daß die Bielefelder Genossen für die Arbeitsruhe am 1. Mai sind.

Lüth-Hamburg: Es wäre ein verhängnisvoller Fehler, die Maifeier durch Arbeitsruhe ganz zu beseitigen. Der sogenannte Bremserlaß des Parteivorstandes wäre gerechtfertigt gewesen, wenn auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet besondere Gefahren vorgelegen hätten. Die Kämpfe bei den Hafenarbeitern in Hamburg und der Kampf der Holzarbeiter aber rechtfertigten den Bremserlaß nicht. Undurchführbar ist, daß die Partei und die Gewerkschaften zu gleichen Teilen die Kosten der Maßregelungen infolge der Maifeier tragen.

Ich weiß wirklich nicht, was sich die Gewerkschaftler dabei gedacht haben. Betragen soll die Partei ja auch zu den Unterstützungen. Aber Parteivorstand und Generalkommission müssen die Art der Kostenverteilung festlegen. Christliche, Hirsch-Dunckersche und gelbe Gewerkschaften würde es auch ohne die Maifeier geben! Man darf die Maifeier nicht bloß aus wirtschaftlichen, sondern auch aus politischen Rücksichten betrachten. Die Gewerkschaften haben sich trotz der Maifeier in den letzten Jahrzehnten enorm entwickelt, und sicher hat auch die Agitation für den Achtstundentag viel dazu beigetragen, daß unter den Arbeitern das Bewußtsein der Notwendigkeit einer Verkürzung der Arbeitszeit immer breiteren Boden gewonnen hat. Weiter kommt in Betracht, daß das internationale Zusammengehörigkeitsgefühl der Arbeiter durch die Maifeier gestärkt wird. Ich bitte Sie daher, dem Antrage von Bremen zuzustimmen. (Bravo!)

Fischer-Hamburg: Es ist ein Irrtum Lütkenhölters, wenn er meint, daß Blume aus Hamburg gegen die Arbeitsruhe am 1. Mai gesprochen hätte. Wir haben in Hamburg die Erfahrung gemacht, daß die Unternehmer die Arbeiter nach der Aussperrung recht gern wieder eingestellt haben, da sie nur durch den Terrorismus der Scharfmacher zur Aussperrung der Arbeiter gezwungen werden. Jetzt sind die Hamburger Unternehmer am Ende ihres Lateins angelangt, denn sie haben von der Polizei ein Verbot des Demonstrationszuges verlangt. Wenn wir über die Arbeitsruhe so urteilen wollten wie Wetzker, so müßten wir uns an den Reichstagswahlen auch nicht beteiligen. Wir gehen ja auch immer in den Reichstagswahlkampf, obwohl wir in manchen Kreisen trotz 40 Jahre Arbeit kaum ein Dutzend Stimmen haben. Die Kosten müssen so aufgebracht werden, daß die Schwächung der Partei- oder Gewerkschaftskassen dadurch nicht zu fürchten ist; sonst entsteht für die Unternehmer ein Anreiz zur Aussperrung. Ich bitte, den Antrag Henke anzunehmen. (Beifall.)

Niem-Dresden: Partei und Gewerkschaften sind gleichmäßig an der Durchführung der Maifeier interessiert. Deshalb würde und sollte man sich freuen, wenn endlich die oft sehr unangenehmen Streitereien über die Frage der Arbeitsruhe aufhören. Die Lösung der Frage, wie sie die deutsche Delegation in Stuttgart gefunden hat, ist die einzig mögliche. Die Gewerkschaften erklärten: Wenn fortwährend verlangt wird, daß die Gewerkschaften energisch für die Arbeitsruhe eintreten, dann muß die Partei mit die Folgen der Arbeitsruhe tragen. In Stuttgart war eine gleichmäßige Vertretung von Partei und Gewerkschaften in der deutschen Delegation vorhanden, hier auf dem Parteitage nicht. Es ist deshalb durchaus richtig, daß die endgültige Regelung der Unterstützungsfrage durch den Parteivorstand und die Generalkommission erfolgt, nicht durch den Parteitag. Ich halte es nicht für richtig, den Antrag des Parteivorstandes noch zu verschärfen. Ich will auf die Meinung der Genossin Luxemburg über die Gewerkschaftsfrage hier nicht eingehen. Nur soviel sei gesagt, daß ich ihre publizistische Tätigkeit über Gewerkschaftsfragen für geradezu verhängnisvoll halte. Das gute Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften, das im Interesse der allgemeinen Arbeiterbewegung unumgänglich nötig ist, wird dadurch gestört. Die Frage der Maifeier sollte nicht den Grund zu neuen Streitigkeiten bieten. Ich bitte, den Vorstandsantrag anzunehmen und alle anderen Anträge abzulehnen. (Beifall.)

Richter-Mylau: Der Gedanke der Maifeier ist nicht mehr aus dem Herzen der revolutionären klassenbewußten Arbeiterschaft auszumerzen. (Sehr richtig!) Was Wetzker gesagt hat, ist nicht maßgebend; was bedeutet es denn, wenn wirklich ein Kreis nicht in der Lage ist, die Arbeitsruhe am 1. Mai durchzuführen! Wir dürfen keinen Schritt nach rückwärts machen, sondern wir müssen

vorwärts schreiten. Die Maifeier hat sich ständig entwickelt, es ist nirgends ein Rückgang zu verzeichnen, außer in Bochum, wie Wetzker meint. Der Anregung von Wetzker dürfen wir auf keinen Fall folgen. Auch den Gewerkschaftsführern muß einmal gesagt werden, daß sie nicht mehr bremsen dürfen. Der Idealismus muß mehr gepflegt werden. Die Gewerkschaftsführer müssen aus ihrer Reserve heraus.

Pieser-Spandau: Die Verlegung der Maifeier auf den Sonntag oder den Abend ist unmöglich. Nur durch Arbeitsruhe am Tage kommt der Gedanke der Maifeier zum Ausdruck. Der Erlaß des Parteivorstandes traf uns Spandauer wie eine Ohrfeige. Er hat uns mehr geschadet als genützt. Ich kann Ihnen nur raten, den Antrag Henke möglichst einstimmig anzunehmen, damit die Verwässerungsversuche einmal aufhören. Ueber die Regelung der Kostenfrage lassen sich bestimmte Beschlüsse nicht fassen.

Silberschmidt-Berlin: Ueber das Wesen und die Bedeutung der Maifeier heute noch zu reden, halte ich für überflüssig. Nachdem Partei und Gewerkschaften grundlegende Richtungen festgelegt haben, hätte ich eine so ausgiebige Diskussion gar nicht erwartet. Parteivorstand und Generalkommission sind sich einig, daß die Frage der Kostendeckung geregelt werden muß. Von einem Versuch, die Maifeier abwürgen zu wollen, kann keine Rede sein. Wenn aber mit dem Einflusse auf den Parteivorstand die Generalkommission gemeint sein sollte, so muß ich erklären, daß von solcher Beeinflussung keine Rede ist. Es wird immer so dargestellt, als sei die Maifeier mit der Beseitigung der Arbeitsruhe aus der Welt geschafft. Man stellt die Feier am Abend immer als wertlos hin. Darin liegt die große Gefahr, daß man den Genossen, die heute sich nicht anders helfen können, als am Abend zu demonstrieren, den Mut und die Energie nimmt. (Unruhe.)

Man sagt, mit der Unterstützung der Gemaßregelten drehe man der Maifeier das Genick ab. Die Erfahrungen aber haben gezeigt, daß man nicht Jahr für Jahr von den Genossen verlangen kann, sie sollen immer nur Opfer bringen. Das haben wir im Maurerverbande 10 Jahre lang ununterbrochen getan, aber schließlich sagen sich die Genossen doch, warum sollen wir denn gerade immer die Opfer bringen, während große Kreise der Arbeiterschaft sich noch gar nicht an der Arbeitsruhe beteiligen. Es ist merkwürdig, daß gerade von den Kreisen aus am radikalsten gegen die Unterstützung gesprochen wird, wo die Arbeitsruhe noch nicht besteht. Um die Regelung der Unterstützungsfrage kommen wir nicht mehr herum. Ich warne Sie davor, den Antrag Henke anzunehmen. Sollen denn auch z. B. die Buchbinder, die die schlimmsten Erfahrungen mit der Maifeier gemacht haben, nun gezwungen sein, gleich wieder für die Maifeier Propaganda zu machen, und soll dem Parteivorstand die Möglichkeit genommen sein, seine warnende Stimme, wenn es nötig ist, zu erheben? Ich bitte Sie dringend, dem Antrage des Referenten zuzustimmen. Dann werden wir in der Maifeier zu ruhigen und gesunden Bahnen kommen und das wird sicher zur weiteren Verbreitung der Maifeier führen. (Bravo!)

Löffler-Gelsenkirchen: Ich weise die Behauptung zurück, daß die „Bergarbeiter-Zeitung" vor der Beteiligung an der Maifeier gewarnt habe. Die Zeitung trägt den Verhältnissen Rechnung und ihre Haltung entspricht den Beschlüssen der Generalversammlungen. Den Ausführungen Stühmeyers gegenüber bemerke ich, daß im Zeitz-Weißenfelser Revier infolge von Bestrafungen ein Streik entstanden ist. Der Verkauf von Maifeierkarten beweist nichts. (Sehr richtig!) Wenn ich 16 000 Karten verkaufe, so beteiligen sich vielleicht 10 000 Personen an der Feier. (Zurufe: abends!) Ja, aber nicht an der Arbeitsruhe. Wenn nicht einmal die Beteiligung an der Maifeier in den Zeiten der Hochkonjunktur steigen soll, wann soll sie denn steigen? Vielleicht

werden wir schon im nächsten Jahre ein Zurückgehen der Beteiligung zu verzeichnen haben. Der Parteivorstand und die Generalkommission mögen nun doch diese Frage einmal klar entscheiden, damit wir uns nicht auf allen Parteitagen und Kongressen damit beschäftigen müssen. (Beifall.)

Köpke-Harburg: Der Parteitag sollte den Wunsch aussprechen, daß Parteivorstand und Generalkommission sich auf den Boden des Mannheimer Beschlusses stellen, d. h. an der bisherigen Form der Maifeier soll festgehalten werden. Die Unterstützungsfrage kann nebenbei geregelt, aber sie darf nicht in den Vordergrund gestellt werden, denn das würde eine Aussperrungsprämie für die Unternehmer bedeuten. Es muß an der Arbeitsruhe am 1. Mai festgehalten werden. Glauben Sie, daß die Oesterreicher das allgemeine Wahlrecht errungen hätten, wenn der österreichische Parteivorstand eine ebenso schwankende Haltung in dieser Frage eingenommen hätte, wie unser Parteivorstand in der Maifeierfrage? Nein! Sie haben den Sieg nur ihrer Energie zu danken, weil sie gewohnt sind, Opfer zu bringen. Es muß endlich einmal ein klarer Beschluß in bezug auf die Maifeier gefaßt werden. Feste können wir immer feiern, darauf kommt es nicht an, sondern darauf, daß der Gedanke der Maifeier zum Siege gelangt, d. h. der revolutionäre Gedanke der Arbeitsverweigerung. (Beifall.)

Hiermit schließt die Debatte.

Das Schlußwort erhält

Richard Fischer-Berlin: Ich habe es heute früh nicht für meine Aufgabe gehalten, Ihnen abermals Darlegungen zu geben über die Bedeutung der Maifeier und die Notwendigkeit, den Gedanken der Maifeier immer weiter zu propagieren, und ich meine, es ist nach den eingehenden Debatten der letztjährigen Parteitage auch jetzt nicht meine Aufgabe, über diese Seite der Frage, die in der Diskussion hier und dort gestreift worden ist, mich auszulassen. Ich glaube, wir müssen uns auf die Punkte beschränken, die uns heute zur Beschlußfassung vorliegen. Das ist erstens einmal, daß der Beschluß von Jena und Mannheim wiederholt werden soll, zweitens, daß dem Parteivorstand vom Parteitage der Auftrag gegeben werden soll, mit der Generalkommission über die Ausführung des in Stuttgart von der deutschen Delegation aufgestellten Grundsatzes zu verhandeln und einen Beschluß herbeizuführen, der endlich den Gegensätzen zwischen Partei und Gewerkschaften, die in dieser Frage in den letzten Jahren da und dort aufgetaucht sind, ein Ende macht. In der Debatte ist zunächst der Aufruf des Parteivorstandes kritisiert worden. Es war klar, daß er unter den Genossen und in der Presse nicht widerspruchslos aufgenommen werden konnte. Aber die betreffenden Genossen haben bei ihrer Kritik übersehen, daß es sich bei diesem Aufruf um nichts Neues handelt, sondern daß auch die früheren Aufrufe des Parteivorstandes zum 1. Mai je nach der politischen und wirtschaftlichen Situation in Deutschland abgefaßt waren. Der letzte Redner hat gesagt, als der Pariser Kongreß die Maifeier beschloß, habe er damit beschließen wollen, der 1. Mai sei ein Tag der revolutionären Arbeitsverweigerung. Das ist nicht wahr. Gar kein Wort war in Paris 1889 von der Arbeitsverweigerung die Rede. Man sprach immer nur von einer Demonstration für die Arbeiterschutzgesetzgebung. (Sehr richtig!) Der Gedanke des Arbeiterfesttages am 1. Mai ist übernommen aus Amerika. In Paris dachte man daran, daß die Vertreter der Arbeiterorganisationen am 1. Mai vor die Behörden ziehen und dort die Forderung auf Arbeiterschutz präsentieren sollten. Erst im Laufe der Jahre ist, wesentlich beeinflußt von der ganzen Art, wie die Frage der Maifeier in Deutschland von Anfang an behandelt worden war und wie sie sich auch anderswo gestaltet hat, immer mehr und mehr der Gedanke in den Vordergrund getreten, die würdigste und

erstrebenswerteste Form der Maifeier sei die Arbeitsruhe. Aber von allem Anfang an war niemals dabei der Gedanke ausschlaggebend, daß ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse, ohne Rücksicht auf die Stärke der Arbeiterorganisation die Arbeitsruhe durchgeführt werden soll, sondern es war stets die Voraussetzung, daß nur dann die Arbeitsruhe eintreten solle, wenn die politische und wirtschaftliche Möglichkeit vorliege. Und von diesem Gedanken aus ist auch der Aufruf des Parteivorstandes erlassen. Wie war die Situation? Unmittelbar nach den Reichstagswahlen kam die Frage der Maifeier aufs Tapet. Kein Wunder, daß die Unternehmerklasse glaubte, nun nach dem politischen Siege hier auf wirtschaftlichem Gebiete durch ihren Terrorismus der Arbeiterklasse eine weitere Niederlage beizubringen. Es war selbstverständliche Pflicht der Parteileitung, daß sie diesen Zustand in Betracht zog und die Parole ausgab, die mit den tatsächlichen Verhältnissen im Einklang stand. So lange wir eine Maifeier gehabt haben, haben die Aufrufe des Parteivorstandes stets diese Rücksicht auf die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse genommen. Zum erstenmal kam die Frage der Maifeier im Jahre 1891 für den Parteivorstand in Betracht. Da heißt es in seinem Aufruf:

„Sodann hält auch die Erwägung von Konflikten mit der Unternehmerschaft viele Arbeiter von der Beteiligung ab. Hierzu kommen noch besondere Hinderungsgründe für das laufende Jahr. Die außergewöhnlich lang andauernde Arbeitslosigkeit während der verflossenen harten Wintermonate und die zunehmende wirtschaftliche Krise, welche an sich schon Zehntausende von Arbeitern auf das Pflaster wirft, und die gesamte Arbeiterschaft in noch höherem Grade als sonst der Willkür der Unternehmer preisgibt."

Deshalb hat der Parteivorstand damals beantragt, die Maifeier am ersten Sonntage nach dem 1. Mai abzuhalten. Als der Brüsseler Kongreß auf der Tagesordnung stand, habe ich als damaliges Mitglied des Parteivorstandes in Uebereinstimmung mit ihm in einer Berliner Versammlung den Standpunkt des Parteivorstandes dahin ausgesprochen, daß ich sagte:

„Die ganze Frage der Maifeier sei keine Willens-, sondern eine Machtfrage. Heute können die Arbeiter den Kampf auf ökonomischem Boden nicht aufnehmen. Auf diesem Felde stehen die Arbeiter in der heutigen Krisis waffenlos einem mit allen Waffen sozialer Uebermacht ausgestatteten rücksichtslosen Feinde gegenüber. Das politische Gebiet sei der Boden, wo die Arbeiterklasse zu Kraftproben bereit sei. Die Schlachten für die soziale Befreiung schlage die Sozialdemokratie auf dem politischen Kampffelde."

Im nächsten Jahre hat Bebel in einem Artikel der „Neuen Zeit" wiederum den Standpunkt des Parteivorstandes vertreten, indem er ausführte:

„Mit dem Wachsium der Partei — und das ist der Standpunkt, den wir heute erst recht ins Auge fassen müssen — steigt unzweifelhaft die Möglichkeit von Erfolgen. Aber es wächst auch die Schwere der Verantwortung im Falle von Niederlagen. Die Partei muß also nicht nur jeden Schritt doppelt und dreifach erwägen, sie darf sich auch auf kein Kampffeld drängen lassen, auf dem eine Niederlage wahrscheinlich ist. Andererseits sinkt die Bedeutung von Demonstrationen für eine Partei in demselben Maße, wie ihre wirkliche Macht wächst. Kann also eine Demonstration keinen unmittelbaren Erfolg haben, legt sie aber der Partei Opfer auf, die ganz außer Verhältnis zu dem zu erwartenden Vorteil stehen, dann muß sie beides in Einklang zu bringen suchen, um so mehr, da einer großen Partei die Opfer eines Kampfes Verpflichtungen zur Hülfe auferlegen, die an eine schwache Partei nicht entfernt im gleichen Verhältnis gestellt werden."

Als wir dann nach Köln zum Parteitage gingen, hat der Vorschlag des Parteivorstandes ebenfalls gelautet:

„Da aber eine Durchführung der Maifeier bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage in Deutschland zurzeit nicht möglich ist, so empfiehlt der Parteitag, daß nur diejenigen Arbeiter und Arbeiterorganisationen, die ohne Schädigung der Arbeiterinteressen dazu imstande sind, neben den anderen Kundgebungen den 1. Mai auch durch die Arbeitsruhe feiern."

Wir haben also jedesmal, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse es geboten, diese Einschränkungen gehabt, und daher ist es nicht berechtigt, den Aufruf des Parteivorstandes von diesem Jahre als pflaumenweich und als Bremserlaß usw. hinzustellen. Die Hamburger Genossen und andere haben in ihren Reden, soweit sie zum Wort gekommen sind, Stellung gegen diesen Aufruf genommen. Ich glaube die Frage dahin entscheiden zu können, daß die Hamburger Parteigenossen im großen und ganzen innerlich sehr froh waren, daß der Aufruf des Parteivorstandes sie vor schweren Konflikten bewahrt hat. (Zuruf.) Ja, mein lieber Koenen, es gibt Dinge, die man nicht schwarz auf weiß beweisen kann und die trotzdem wahr sind! Genosse Köpke und der Spandauer Vertreter haben mit großer Emphase die glänzenden Fortschritte hervorgehoben, die sie mit der Maifeier gemacht haben und noch mehr gemacht hätten, wenn nicht der Bremserlaß gekommen wäre. Wenn die Begeisterung wirklich so groß war für die Demonstration mit der Arbeitsruhe, so hat der Aufruf des Vorstandes nicht daran gehindert, die Feier so zu begehen. Der Aufruf sagt nur, daß da, wo *schwere* Konflikte drohen, die Arbeiter sich *überlegen* sollen, ob sie den Kampf aufnehmen können. Und wenn sie zu der Ueberzeugung kommen, daß sie dazu *nicht* in der Lage sind, *dann* sollte von der Arbeitsruhe abgesehen werden. Hatten sie die Möglichkeit, sie durchzuführen, so hatten sie dazu die verdammte Pflicht und Schuldigkeit. (Lebhafte Zustimmung.) Es wird gesagt, es sei der Weg der Hintertreppenpolitik von uns beschritten worden, es hätten sich fremde Einflüsse geltend gemacht. Das sind Redensarten. Welche fremden Einflüsse sollen sich denn geltend machen? Der Parteivorstand hat getan, was er seit 17 Jahren immer getan hat und die Maifeiern konnten und mußten so gut stattfinden wie früher. Wetzker hat nun gesagt, er sei nicht mehr in der Lage, die Arbeitsruhe als ein erstrebenswertes Ziel hinzustellen. Wenn mich jemals eine Aeußerung peinlich berührt hat, so ist es diese Aeußerung aus dem Munde eines Redakteurs aus dem Industriebezirk Bochum. Gewiß, ich verkenne die Schwierigkeiten nicht, die gerade in diesem Bezirke der Maifeier sich entgegenstellen. Hier im Lande der kontinuierlichen Betriebe, in denen die Arbeiter nur ausnahmsweise einmal einen Sonntag oder Festtag frei haben, hier, wo das geschworene Kartell der Scharfmacher herrscht. Wenn gesagt worden wäre, das verhindere vorerst, die Arbeitsruhe zu erringen, so hätte ich das unterschreiben können. Aber zu sagen: Weil es bisher nicht möglich war, die Maifeierruhe zu erreichen, deshalb sei sie nicht anzustreben, das verstehe ich nicht. Vor zehn Jahren hatten wir hier in Essen 4400 Stimmen bei den Reichstagswahlen. Jetzt haben wir 32 000, in Bochum 42 000. Das sind Fortschritte durch die Agitation, Fortschritte im Klassenkampfe, und da kommt ein Parteiredakteur und sagt, er halte die Erreichung der Arbeitsruhe nicht für erstrebenswert. Er weist auf Oesterreich hin. Ich dächte, darauf brauchten wir nicht mehr zu exemplifizieren. In Oesterreich war der 1. Mai historisch, von jeher ein halber oder ganzer Feiertag. Gewiß, ohne ihre energische Agitation hätten unsere Genossen die Maifeier nicht zu solcher Bedeutung gebracht, wie sie sie gewonnen hat. Dazu kommt, daß in Oesterreich die Sozialdemokratie bisher außer der Maifeier überhaupt keine Möglichkeit hatte, an die Oeffentlichkeit zu treten. Wie bei uns die Wahlen, so war für Oesterreich der 1. Mai die einzige Gelegenheit,

„Heerschau" über die sozialdemokratischen Massen zu halten. Aber unseren österreichischen Genossen stand auch nicht eine so festbegründete und geschlossene Regierung gegenüber, sondern eine desorganisierte. *Adler* selbst hat uns ja so oft deren Schwäche vorgeführt und das charakteristische Wort geprägt von dem „Despotismus, gemildert durch die Schlamperei". Oesterreich hat endlich auch nicht das zum geschlossenen Scharfmachertum kartellierte Unternehmertum mit seinem verhängnisvollen Einfluß auf die Regierung wie bei uns, wo die Junker und die herrschenden Klassen den Ministern vorschreiben, was sie tun sollen — ich erinnere nur an den Bueck-Brief an den früheren Minister Möller —, alle diese Dinge müssen wir uns vor Augen führen, und dann kann man uns nicht Oesterreich als Muster vorführen. Silberschmidt hat davor gewarnt, die Abendfeiern als minderwertig zu betrachten. Der Standpunkt der Partei ist doch der: Tagesfeiern und Arbeitsruhe da, wo es möglich ist; Abendfeiern aber da, wo die Arbeitsruhe nicht möglich ist. Es ist Pflicht der Genossen, je nach der Situation die Arbeitsruhe zu erstreben. Gegen den Vorschlag des Parteivorstandes, ihn zu ermächtigen, mit der Generalkommission weiter zu verhandeln über einen einheitlichen Beschluß, hat sich Koepke ausgesprochen. Er war im Irrtum, wenn er annahm, in diesen Verhandlungen sollten maßgebende Beschlüsse über die Form der Maifeier gefaßt werden, das ist und bleibt Sache der Parteitage. Wetzker hat gemeint, die Beschlüsse der Generalkommission würden zu einer Abwürgung der Maifeier führen. Ich habe erklärt, daß bei den Verhandlungen mit der Generalkommission auf beiden Seiten die loyalste Absicht vorhanden war, eine Verständigung herbeizuführen, und bei dieser Erklärung möchte ich stehen bleiben. Es geht nicht an, einer Korporation Motive unterzuschieben, wenn man nicht Beweise dafür hat. Die Verhandlungen mit der Generalkommission waren erst möglich und notwendig geworden, weil die Generalkommission sich an die Beschlüsse des Parteitages in Mannheim gebunden hält. Es ist darauf hingewiesen worden, daß eine Gefahr für die Partei aus der Unterstützungsfrage sich ergebe. Ich habe heute früh schon erklärt, daß sowohl in Mannheim als in Jena und vor Jena der Parteivorstand die Verpflichtung anerkannt hat, die aus der Maifeier entstehenden Schwierigkeiten mit den Gewerkschaften zu tragen. Ich gebe zu, daß verschiedene Berufe noch nicht mit der Arbeitsruhe vorgehen können. Es ist aber selbstverständlich, daß man nicht davon reden kann, daß mit einer Entschädigung der Gedanke und die Bedeutung der Maifeier abgeschwächt werden würde. Wenn Sie im schweren wirtschaftlichen Kampfe stehen gegen die brutale Unterdrückung, glauben Sie, daß die Höhe der Sache und der Aufgabe geschädigt wird, wenn wir den Opfern dieses Kampfes eine Unterstützung gewähren? Nein! So kann es auch nicht demütigend sein, wenn wir für die Opfer, die im Kampfe um die Maifeier gebracht werden, Entschädigungen gewähren. Ich möchte Sie bitten, entsprechend unseren Debatten Ihre Beschlüsse zu fassen. Es ist selbstverständlich, daß wir der Antrag Henke nicht annehmen können. (Sehr richtig!) Wenn Henke seinen Antrag hätte deutlich machen wollen, so hätte er sagen müssen, daß er bezwecke die Aufhebung der Beschlüsse von Mannheim und Jena. (Zuruf: Er will dasselbe!) Wenn die Verfasser des Antrages meinen, er enthalte dasselbe, so ist er überflüssig. Ebenso überflüssig sind die Anträge 44, 45. Der Antrag Bremen (Nr. 46) ist wohl durch den Antrag Henke erledigt. Sonst bitte ich, ihn ebenso abzulehnen, wie die genannten Anträge. Die Durchführung des Antrages 48 ist unmöglich. Es ist Sache der einzelnen Wahlkreise, zu bestimmen, welche Art Schriften verteilt werden sollen.

Nun werde ich eben noch auf den Hamburger Konfliktsfall aufmerksam gemacht, den Genosse Blume zitiert hat, indem er darauf hinwies, daß in Hamburg Schwierigkeiten dadurch entstanden seien, daß die Kolporteure des

„Hamburger Echo" die Arbeitsruhe am 1. Mai verlangt hätten. Darauf ist einfach folgendes zu sagen: Das „Echo" wird in der Nacht vom 30. April zum 1. Mai hergestellt und muß am 1. Mai morgens den Lesern zugestellt werden. Am 1. Mai wird selbstverständlich keine Zeitung hergestellt, so daß die Kolporteure also vom Morgen des 1. Mai bis zum Morgen des 3. Mai tatsächlich frei haben. Was würden Sie sagen, wenn die Schriftsetzer oder Maschinenmeister sagen würden: Jetzt ist es 12 Uhr und nun arbeiten wir nicht weiter! Genau so ist es bei den Kellnern, bei den Verkehrsarbeitern und bei den Festrednern am 1. Mai. (Beifall und Heiterkeit.)

Ich beantrage also erstens, den Beschluß von Mannheim und von Jena zu wiederholen und zweitens, dem Antrage zuzustimmen, den Vorstand zu ermächtigen, die Verhandlungen mit der Generalkommission fortzuführen. Wenn Sie dem zustimmen, so werden Sie der Empfindung der Gesamtpartei entsprechen.

Die Abstimmung ergibt die Annahme der Anträge Fischer (Bestätigung der Mannheimer und Jenenser Beschlüsse und Annahme der Resolution des Parteivorstandes).

Durch diese Beschlußfassung sind die Anträge 45, 46, 47, 48, 101 erledigt.

Nächster Punkt der Tagesordnung ist

Die letzten Reichstagswahlen und die politische Lage.

Hierzu liegen die Anträge 49 bis 55 und 80 vor, die sämtlich die vorgeschriebene Unterstützung finden.

Referent **Bebel**: Der vorjährige Beschluß, in diesem Jahre den Parteitag in Essen stattfinden zu lassen, wurde gefaßt in der Voraussetzung, daß hier die Taktik für die Wahlen besprochen werden sollte. Wider Erwarten ist der Reichstag aufgelöst worden. Das konnte niemand voraussehen. Ja, selbst am 12. Dezember war noch niemand im Reichstage, der ahnte, daß am 13. Dezember der Reichstag aufgelöst würde. Der scheinbare Grund der Auflösung lag in der Haltung der Reichstagsmehrheit, die die Kolonialkredite nicht im vollen Umfange bewilligte. Weder die Forderung der Regierung, noch die ermäßigte Forderung des Zentrums fand eine Mehrheit, und zwar deshalb, weil wir beschlossen hatten, auch gegen den Vermittelungsantrag des Zentrums zu stimmen. Auch der freisinnige Antrag fand keine Mehrheit. Ich habe die feste Ueberzeugung, die sich auf bestimmte Tatsachen stützt, daß die Auflösung auch dem Zentrum sehr unangenehm war, und daß das Zentrum, wenn es zur dritten Beratung gekommen wäre, nachgegeben hätte. Die Auflösung war um so überraschender, als mehr als ein Jahrzehnt die Regierung mit dem Zentrum zusammengegangen war. Keine Flotten-, keine Militär-, keine handelspolitische Vorlage, keine Vorlage auf dem Gebiet der Sozialgesetzgebung oder Justizgesetzgebung ist ohne Zustimmung des Zentrums, bald durch Unterstützung der Linken, bald mit Unterstützung der Rechten Gesetz geworden. Das Zentrum war die maßgebendste Partei des Reichstags, obgleich es nur eine Minderheit war. Da auf einmal schlug die Stimmung um. Das trat allerdings schon äußerlich in die Erscheinung in dem Konflikt zwischen Dernburg und Roeren, der äußerst scharfe Formen annahm. Als der Reichskanzler in diesem Konflikt auf die entschiedenste Weise auf die Seite von Dernburg trat, konnte man ahnen, daß es mit der Herrschaft des Zentrums zu Ende gehe. Die Stellung des Zentrums im Reichstage war vielen Leuten recht unangenehm. Es ist insbesondere den Nationalliberalen blutig sauer geworden, jedesmal für die Zentrumsanträge stimmen zu müssen, wenn die Regierungsvorlagen nicht die Unterstützung des Zentrums fanden, aber man sagte sich: ohne die Unterstützung des Zentrums ist nichts zu machen, wir müssen wohl oder übel zustimmen! Dasselbe Gefühl war häufig in konservativen, namentlich den orthodox-konservativen Kreisen vorhanden, denen auch die freundliche Haltung des Kaisers gegen die katholische Kirche und Geistlichkeit mißfiel. Dazu kam, daß das Zentrum aus seiner Stellung bedeutende Vorteile zog, in bezug auf die Anstellung eines großen Teils seiner Mitglieder in Staatsstellungen, in bezug auf Avancementsverhältnisse, in bezug auf die Stärkung der sozialen Position seiner Anhänger, in bezug auf die Begünstigung der katholischen Kirche insbesondere in Preußen. Das waren alles Dinge, die in liberalen wie in orthodox-protestantischen Kreisen viel Anstoß erregten, und so war die Stimmung gegen den Fürsten Bülow allmählich so erregt geworden, daß man bereit war, wenn es so weiter ging, ihn zu stürzen. Dieses war das eigentliche Motiv, das ihn in jenem Moment dazu trieb, einen Konflikt herbeizuführen, der sich sonst durch ein kleines Entgegenkommen an das Zentrum hätte vermeiden lassen. Umgekehrt wäre das Zentrum bereit gewesen, bei der dritten Lesung der Nachtragsvorlage alles zu bewilligen, was verlangt wurde. (Sehr richtig!) Nun hat man von liberaler Seite wiederholt von einem rotschwarzen Kartell gesprochen. Ich brauche es Ihnen nicht auseinanderzusetzen, aber ich sage es hier der Oeffentlichkeit gegenüber: Das ist einfach eine Unwahrheit, eine grobe Entstellung der Tatsachen. (Sehr richtig!) Wir haben niemals im Kartellverhältnis zum Zentrum und das Zentrum nicht zu uns gestanden. Wir waren stets völlig frei und unabhängig voneinander. Freilich ist es nach der Natur der Verhältnisse im Reichstag selbstverständlich häufig vorgekommen, daß, wenn es sich um halbwegs liberale Anträge handelte, gegen die die Rechte stimmte, für die aber das Zentrum, das immerhin mit Rücksicht auf seine Wähler wenigstens etwas demokratisch erscheinen muß, zu haben war, wir mit dem Zentrum und den Freisinnigen die Majorität bildeten. Die Freisinnigen sprechen jetzt nicht mehr gerne davon, daß sie häufig genug mit dem Zentrum zusammen gestimmt haben, ja, bei dem fortgesetzten Rückgang des Freisinns bei den Wahlen war es sogar dahin gekommen, daß der Freisinn sich in einer Art Vasallenverhältnis zum Zentrum befand, weil er auf die Unterstützung desselben vielfach angewiesen war, um noch Mandate zu bekommen. Ein ganz bedeutender Prozentsatz freisinniger Abgeordneter ist früher mit Hülfe des Zentrums gewählt worden, und daher haben es die Freisinnigen in vielen Fällen, wo es ihre Pflicht gewesen wäre, nicht gewagt, energisch gegen das Zentrum Stellung zu nehmen. (Sehr richtig!) Wir aber haben immer nach unserer Ueberzeugung gestimmt, und wo wir das Ganze nicht bekommen konnten, haben wir das Nächstbessere genommen, aber in allen entscheidenden Fragen waren es nicht wir, sondern die Konservativen und Nationalliberalen, die mit Unterstützung des Zentrums die Gesetzgebung seit dem Anfang der 90er Jahre geschaffen haben. — Als nun die Auflösung kam, handelte es sich um die Frage, gegen wen hauptsächlich in den Wahlkampf zu treten wäre. Die Regierung mußte sich von vornherein sagen, daß es vielleicht möglich sein könnte, dem Zentrum einige Wahlkreise abzunehmen, daß aber in den Kreisen, wo die Massen des katholischen Volkes zusammenwohnen, also in Rheinland-Westfalen, in Süddeutschland, speziell in Bayern, in Oberschlesien und auch in ostpreußischen Bezirken der Zentrumsturm unerschütterlich sei. Sie richtete also mit aus diesem Grunde in erster Linie den Kampf gegen uns, zumal wir die äußerste Oppositionspartei sind, die Feinde der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung. (Lebhafte Zustimmung.) Dazu kommt, daß der Kaiser selbstverständlich nicht unser Freund ist, also eine Parole gegen die Sozialdemokratie vor allem den Beifall des höchsten Herrn finden mußte, worauf es dem Fürsten Bülow in seiner damaligen Situation am meisten ankam. Weiter

kam hinzu, daß sich aus der eigentümlichen Situation, in der alle bürgerlichen Parteien im Reichstag gegen Zentrum und Sozialdemokratie zusammengegangen waren, auch ein gemeinsamer Wahlkampf dieser Parteien als Möglichkeit ergab, und daß die Aussicht vorhanden war, daß, wenn dies gemeinsame Vorgehen von der Regierung unterstützt würde, diese Parteien mit um so größerem Erfolge in den Wahlkampf zu ziehen hoffen durften. So ist denn der Wahlkampf eingeleitet worden durch den bekannten Brief des Reichskanzlers an den Präsidenten des Reichslügenverbandes, und der Reichskanzler selbst ist von Anfang an ebenfalls in den Wahlkampf eingetreten. Von der höchsten Person in der Regierung, vom Reichskanzler bis herunter zum letzten Nachtwächter, ist in diesem Wahlkampf alles geschlossen aufgeboten worden, um den Kampf gegen uns zu führen. Diesen Umständen ist von den Genossen viel zu wenig Rechnung getragen worden, und doch ist gerade dieses das wichtigste Moment. (Lebhafte Zustimmung.) Es war der Reichskanzler, das Reichskanzleramt, das Marineamt, der Flottenverein, die Einzelregierungen, die sämtlich nach bestimmten Plänen gemeinsam vorgegangen sind und das angedeutete Resultat gezeitigt haben. Es wurde nach bestimmten Richtlinien gearbeitet, die vom Reichskanzler ausgingen. (Hört! hört!)

Ganz besonders — und das möchte ich unseren württembergischen Genossen gegenüber mit Rücksicht auf ein Ereignis der letzten Zeit bemerken — ganz besonders auch in Württemberg hat die Regierung alles aufgeboten, um die Sozialdemokratie aus dem Felde zu schlagen. (Sehr richtig!) In welcher Weise gearbeitet worden ist und mit welcher Wirkung, ohne daß man äußerlich viel davon merkte, durch Zirkulare, durch Reden, durch Drohungen usw., das mag Ihnen ein Beispiel zeigen. Aus begreiflichen Gründen kann ich die betreffende Stadt und die betreffende Beamtenkategorie nicht nennen. Ich weiß aber aus bester Quelle, daß in einer deutschen Großstadt, in der mehr als 500 Unterbeamte einer bestimmten Kategorie vorhanden sind, von denen 1903 volle zwei Drittel für uns gestimmt haben, diesmal nur 13 ihre Stimme für uns abgaben. (Hört! hört!) Wenn Sie bedenken, daß in der gleichen Weise der Druck überall ausgeübt wurde, so werden Sie zugeben, daß uns das eine erhebliche Zahl von Stimmen unter den Unterbeamten gekostet hat, die notorisch große Sympathien für uns besitzen. Auch die Organisation der Gegner ist mit Hülfe der Behörden betrieben worden. In dieser Beziehung hat besonders der Reichslügenverband für die Gegner nützlich gewirkt. Er hat den bürgerlichen Parteien die Wahlorganisation gelehrt, die sie bisher nicht gehabt haben. Er hat einen Schlepperdienst in ausgezeichneter Weise organisiert. Und da auf seiten unserer Gegner die gesamten Staats- und Gemeindebehörden standen, wodurch ihnen nicht nur die Wahllisten zur Verfügung standen, sondern auch in der großen Mehrzahl die Lehrer und andere Personen zu Schlepperdiensten sich hergaben, so wurde den Gegnern eine große Zahl Indifferenter zugeführt, die in die Hunderttausende gehen. Das müssen wir besonders für die nächsten Wahlen beachten. (Lebhafte Zustimmung.) Eine Hauptschuld an dem ungünstigen Wahlausfall hat man in unseren Kreisen der niederträchtigen Kampfesart des Reichslügenverbandes beigemessen. Ich bin der letzte, der bestreitet, daß eine derartige Kampfesweise auf viele Leute Einfluß ausübt. Ich bestreite aber auf das entschiedenste, daß die Wirkung eine so große ist, wie viele glauben. (Sehr richtig!) Der Reichslügenverband hat nur die Kampfesmethode, die die München-Gladbacher schon seit Jahren gegen unsere Genossen inszeniert haben, über das ganze Reich organisiert. (Sehr richtig!) Lesen Sie nur einmal das Handbuch der Zentrumspartei! In dem Handbuch keiner politischen Partei werden Sie ein solches Maß von Verunglimpfungen und Verleumdungen gegen die Führer der Sozialdemokratie finden wie in diesem

Buche. (Sehr richtig!) Nun kam der Reichslügenverband unter der Führung seines Generalissimus Liebert und hat diese Verleumdungen verallgemeinert, wobei er von der gesamten Bourgeoisie unterstützt wurde in einer Art wie nie zuvor. Ich bin ein altes Mitglied der Partei. Ich habe alle Wahlkämpfe seit 1867 mit durchgemacht, und wenn ich zeitweise durch Gefängnisstrafe verhindert war, aktiv einzugreifen, so habe ich es doch auch in meiner Weise getan, nicht agitatorisch, aber ich habe beobachtet. Ich kenne alle Vorgänge und kann nur sagen: Wenn ich manchmal in einem Wahlkreise die Methode beobachtete, mit der die Gegner arbeiteten, und namentlich wenn ich die Flut von Verleumdungen zu lesen bekam, sagte ich mir: Potztausend, das muß furchtbar wirken. Da werden wir eine große Niederlage erleiden. Aber ich bin nicht einmal, sondern Dutzende von Malen durch das Resultat überrascht worden. Ich habe gesehen, daß die Verleumdungen so gut wie nicht gewirkt haben. Es wäre auch schlimm, wenn es anders wäre. Ein Volk müßte doch schon auf der tiefsten Stufe moralischer Erniedrigung angelangt sein, wenn eine solche Kampfesweise auf die Dauer ziehen sollte. (Zustimmung.) Wenn es uns erst gelingt, der Wählerschaft überall nachzuweisen: in den und den Fällen erlauben sich unsere Gegner die niederträchtigsten Lügen, dann werden die Massen eine solche Kampfesweise ablehnen. Sicher hat die Parole vom „schwarzroten Kartell" uns in gewissen Landesteilen geschadet. Man hat sich dadurch bestechen lassen und in höherem Maße sonst indifferente Leute zur Wahlurne geführt. Es kann weiter nicht bestritten werden, daß die Agrarpolitik bei einem großen Teil der Bauern, sogar der Kleinbauern, einen gewissen Erfolg erzielt hat. Dadurch, daß die Preise für das Vieh in die Höhe gegangen sind, wurde der Anschein erweckt, als ob diese Bauern, die mit der Viehhaltung zu tun haben, einen besonderen Vorteil hätten. Die anderen Wirkungen des Zolltarifs waren noch nicht zur Geltung gekommen, sie werden aber den Leuten zeigen, daß ihnen das, was ihnen auf der einen Seite zugeführt ist, auf der anderen Seite doppelt und dreifach abgezwackt wird. Ich könnte Kreise anführen, wo bei früheren Wahlen das Kleinbauerntum für uns entscheidend war, während diesmal unsere Stimmen ganz bedeutend heruntergegangen sind. Ferner haben die gewaltigen wirtschaftlichen Kämpfe der letzten Jahre einen großen Teil der kleinen Gewerbetreibenden kopfscheu gemacht. Leute aus diesen Kreisen, die früher Sozialdemokraten waren, sind durch den Gang der Dinge unsere Gegner geworden. (Sehr wahr!) Das erklärt sich sehr einfach. Nach unserer eigenen Grundauffassung sind es in erster Linie die wirtschaftlichen Interessen, die das Wünschen, Hoffen und Fühlen der Menschen beeinflussen. Es erklärt sich also ganz naturgemäß, daß in diesen Kreisen eine Erbitterung gegen uns Platz greift und in noch höherem Maße Platz greifen wird, weil die wirtschaftlichen Kämpfe noch zunehmen. (Sehr richtig!) Bömelburg hat bereits zutreffend darauf hingewiesen, daß in demselben Maße, wie die Unternehmerorganisationen stärker werden, das Verlangen wächst, den Kampf mit den Arbeitern aufzunehmen. Wir werden in nächster Zeit nicht auf eine Abschwächung dieser Kämpfe rechnen können, im Gegenteil, sie werden sogar noch stärker werden, wenn die Krisis eintritt. Nach gut verbürgten Nachrichten lag übrigens auch in der wahrscheinlich kommenden Krise ein Moment, das zur Auflösung des Reichstags führte. Es soll Herr Dernburg gewesen sein — das würde auch seiner Kenntnis der Wirtschaftsverhältnisse als früherer Bankdirektor entsprechen —, der gesagt habe: Wenn wir erst 1908 in die Wahlkampagne eintreten, besteht die große Gefahr, daß eine ökonomische Krisis existiert, die das Maß der Unzufriedenheit auf die eine ökonomische Krisis existiert, die das Maß der Unzufriedenheit auf die Spitze treibt, und dann können wir darauf rechnen, daß wir noch einen viel oppositionelleren Reichstag bekommen. (Hört! hört!) Man darf auch nicht

vergessen, daß die immer erheblichere Ausdehnung der Arbeiterkonsumgenossenschaften der Krämerwelt eine erhebliche Konkurrenz macht und Tausende in das Lager unserer Gegner getrieben hat, die früher auf unserer Seite waren. Daß diese Gegnerschaft nicht geringer, sondern größer wird, steht ebenfalls fest, denn die Arbeiterkonsumvereine werden sich mehr und mehr ausdehnen.

Man hat auch gesagt, der Wahlausfall sei die Folge des Dresdener Parteitages. Daß die Verhandlungen und Beschlüsse von Dresden gewissen Leuten unangenehm waren, ist Tatsache. Ich erinnere daran, daß vom Dresdener Parteitag ab die Haltung des Fürsten Bülow gegen die Sozialdemokratie eine andere geworden ist. Daß auch das auf die Intellektuellen, die bisher mit uns sympathisiert haben, abgefärbt hat, will ich nicht bestreiten, aber man überschätzt die Folgen gewaltig. Wenn ein bestimmter Kreis von Intellektuellen mit der Sozialdemokratie sympathisierte und, wie ich fest glaube, 1903 bis auf den letzten Mann für uns gestimmt hat, sind es die sogenannten „Simplicissimus-Leute“ in München. (Sehr richtig!) Als aber die Wahlparole kam, als es hieß: Gegen das Zentrum! als es hieß, daß jetzt eine liberale Politik beginnen solle, ist man in diesen Kreisen in Scharen Herrn Dernburg und den anderen nachgelaufen. Man hoffte, es werde einen neuen sogenannten Kulturkampf geben und der Liberalismus werde endlich Oberwasser bekommen. Freilich, die Ernüchterung ist heute schon in diesen Kreisen vorhanden, und sie wird in den nächsten Jahren in noch höherem Maße eintreten. Ich komme nach alle diesem zu dem Resultat, daß uns von unseren früheren Wählern beziehungsweise Mitläufern 250 000 bis 300 000 weggeblieben sind, daß dem ein Zuwachs von 500 000 bis 600 000 neuen Wählern gegenüber steht. Dazu kommt noch etwa ¼ Million, die vorläufig bei unseren Gegnern festgehalten wurden durch die Methode, die im Wahlkampf angewandt wurde. Im günstigsten Falle wären wir bei der letzten Wahl auf 3 500 000 bis 3 600 000 statt auf 3 250 000 Wähler gekommen. Nehmen wir alle diese Umstände zusammen und bedenken wir, daß wir trotz der gewaltigen Anstrengungen unserer Gegner einen festen Wählerbestand von 3 250 000 haben, so ist das ein moralischer Erfolg, der nicht weggeleugnet werden kann und den wir uns nicht verkleinern lassen. (Sehr richtig!) Ueberhaupt, Parteigenossen, müssen wir uns vergegenwärtigen, daß wir künftighin in den Wahlkämpfen nicht mehr so leichte Arbeit haben werden wie bisher. (Sehr wahr!) Mit dieser Tatsache müssen wir arbeiten und rechnen. Unsere Gegner haben von uns in den letzten Jahrzehnten gelernt. Die Unternehmer, die vor Jahrzehnten noch gar nicht organisiert waren, sind heute aufs beste organisiert, vielfach sogar besser als die Arbeiter. (Sehr wahr! sehr richtig!) Wir haben sie gezwungen dazu. Die Unternehmerklasse hat ein viel schärferes Klassenbewußtsein als leider noch die Arbeiterklasse, sonst wäre es nicht möglich, daß wir neben den freien Gewerkschaften auch noch christliche und Hirsch-Dunckersche Gewerkschaften hätten. (Lebhafte Zustimmung.) Wen fällt es denn unter den Unternehmern ein, sich nach seiner politischen oder religiösen Ueberzeugung zu organisieren; ob liberal, ob konservativ, ob Heide, ob Jude, ob Christ, alle Unternehmer treten in dieselbe Organisation ein, weil alle ganz genau wissen, daß nur bei völliger Geschlossenheit aller Klassengenossen etwas durchzusetzen ist. (Sehr richtig!) Gerade auf diesen Punkt werden wir künftig bei unserer Agitation weit mehr Gewicht zu legen haben. Das wird den Arbeitern viel zu wenig gesagt, namentlich den christlichen und liberalen Arbeitern. Ich bin überzeugt, daß dabei vielfach unsere Taktik eine verfehlte gewesen ist. (Sehr wahr!) Man sollte die Gegensätze zwischen der Arbeiterschaft nach Möglichkeit auszugleichen suchen, man sollte die Leute belehren, sie unterrichten, ihnen ihren falschen Standpunkt nachweisen, ihnen zeigen, daß die Unternehmer nur deshalb besondere

Arbeiterorganisationen unterstützen, weil das die Arbeiterbewegung schädigt und den Unternehmerinteressen nützt. Den Arbeitern muß klar gemacht werden, daß sie von den bürgerlichen Parteien mißbraucht werden. (Lebhafte Zustimmung.) Statt darauf den Schwerpunkt der Agitation zu legen, greift man die Parteien an, die hinter diesen Arbeitern stehen, und stößt durch die Art, wie man das tut, ein gut Teil der Arbeiter vor den Kopf. Ich bin ja selbst aus jenem Lager gekommen; was war ich denn vor 45 Jahren? Doch auch kein Sozialdemokrat; und so gibt es noch so viele Genossen. Wir haben uns durchgerungen zu unserer jetzigen Ueberzeugung, und diesen Denkprozeß, diesen Umbildungsprozeß, der zugleich den Klasseninteressen der Arbeiter entspricht, durch Aufklärung nach allen Richtungen hin zu fördern, ist eine unserer Hauptaufgaben. Wir dürfen nicht immer, statt aufklärend zu wirken, die Gegensätze unter den Arbeitern noch verschärfen. (Sehr richtig!) Das schadet uns gewaltig. Fangt erst einmal an, diese Taktik auszuüben, und Ihr werdet die Gesichter der Gegner sehen. Je mehr wir die Verbissenheit zwischen den verschiedenen Arbeiterorganisationen durch unsere Agitation unterstützen, um so mehr wird man sich auf Seite unserer Gegner freuen. (Sehr richtig!)

Unsere Gegner haben wetter von uns das Geldsammeln schätzen gelernt, wofür sie früher sehr wenig zu haben waren. Angesichts der Macht und Bedeutung, die die Sozialdemokratie gewonnen hat, und weil sie genau wissen, daß die Sozialdemokratie das naturnotwendige Produkt der kapitalistischen Entwickelung und der damit in Verbindung stehenden Proletarisierung der Massen ist, sind die Gegner gezwungen, alles aufzubieten, um zu verhüten, daß die Sozialdemokratie die Massen in die Hand bekommt. Was unsere Gegner bei den letzten Wahlen so geschlossen gegen uns zusammentrieb, das war auch die Angst, unsere Stimmen und Mandate möchten in ähnlicher Weise wachsen wie von 1898 auf 1903, und da sagten sie sich, das darf nicht sein, denn dann naht unser Ende. Dieser Umstand ist ebenfalls von unserer Seite nicht genug beachtet worden bei der Kritik des Wahlresultats. (Sehr wahr!) Wenn Graf Ballestrem nach der Auflösung des Reichstags gesagt haben soll: ich komme nicht mehr wieder, aber an meine Stelle kommt Singer (Heiterkeit), so war das sicher nur ein Scherzwort, aber es charakterisierte die Stimmung der herrschenden Kreise, und diese Stimmung erzeugte den Zusammenschluß und Fanatismus unserer Gegner. (Lebhafte Zustimmung.)

Man hat dann auch Vergleiche angestellt zwischen dem Wahlausfall bei uns und in Oesterreich. Der Riesenaufschwung der Arbeiterbewegung in Oesterreich ist wesentlich dem Umstande zu danken, daß es bis vor nicht langer Zeit keine bürgerliche Partei gab, die sich um das österreichische Proletariat bekümmerte. Dieses war gewissermaßen politisch jungfräulich. Da kam die Sozialdemokratie, und bei dem lebhaften Temperament unserer österreichischen Brüder und bei ihrer raschen Auffassungsgabe gelang es, die Bewegung in kurzer Zeit zu Fortschritten zu bringen, auf die wir vergleichsweise noch vergeblich warten. Bei uns war es von vornherein anders: Keiner von uns Alten ist etwa ohne weiteres als Sozialist in die sozialistische Bewegung getreten, wir waren alle Leute, die bereits eine bestimmte politische Ueberzeugung hatten, welche erst überwunden werden mußte. Das war verdammt schwer und hat uns manchen Kampf gekostet. Heute wächst die Jugend in den Fabriken, in der Familie ganz von selbst in den Sozialismus hinein. Der Vater und die Mutter müßten sehr ungeschickte Eltern sein, die es nicht verstünden, ihre Kinder für die Sozialdemokratie zu erziehen. (Sehr

richtig!) Also nach der Richtung hin sind wir heute viel besser daran. Aber auch die Gegner wissen den Wert dieser Erziehung zu schätzen; sie benutzen vor allem den Einfluß der Schule und Kirche, um auf das heranwachsende Geschlecht, Jünglinge und Mädchen, einzuwirken und sie gegen die Sozialdemokratie einzunehmen. Von oben herunter wird das nachdrücklich unterstützt; der deutsche Kaiser, der die Tugend hat, sehr offenherzig zu sein, hat erst vor kurzem angekündigt, wie wichtig es sei, das Volk im Geiste des Hohenzollernstaates zu erziehen. Früher gab es keine Politik in der Schule, heute aber wird Politik in der Schule und in der Kirche getrieben. (Sehr richtig!) Man sucht die Kinder für sich zu gewinnen, man sagt sich, sie fallen sonst rettungslos der Sozialdemokratie zu, sobald sie erst einmal in die Werkstatt, in die Fabrik kommen und dort nicht nur in ihren Fachvereinen, sondern auch politisch aufgeklärt werden.

Weiter ist in Betracht zu ziehen die Wirksamkeit der bürgerlichen Presse. Diese Presse arbeitet heute in allen Parteien in einer so systematischen Weise gegen die Sozialdemokratie, wie man das früher in gleichem Maße nicht gekannt hat. Bei der großen Verbreitung, die die bürgerliche Presse heute noch im Vergleich zu der sozialdemokratischen unter Hunderttausenden, ja Millionen von Arbeitern hat, ist ihr Einfluß erklärlich. Also auch auf diesem Gebiete steht uns noch eine große Arbeit bevor.

Weiter kommt als wesentliches Moment hinzu der Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien. Das Zentrum fühlt sich auf die Dauer in seiner Isolierung unbehaglich, es sehnt sich nach den Fleischtöpfen zurück und drängt darauf, wieder in Gnaden aufgenommen zu werden. Wenn die Auflösung nicht gekommen wäre, sondern die Legislaturperiode ihr natürliches Ende erreichte, ich setze 100 gegen 1, daß wir alsdann bei den Juniwahlen 1908 nicht nur Liberale, Konservative und Antisemiten, sondern auch das Zentrum, also das gesamte Bürgertum geschlossen gegen uns gehabt hätten. (Lebhafte Zustimmung.) Wozu es damals nicht gekommen ist, das wird aber künftig der Fall sein. Der Block ist eine vorübergehende Erscheinung, er bricht in sich zusammen, und wenn das erstrebte politische Ziel damit nicht erreicht werden kann, so werden das Klassenbewußtsein und die Klasseninteressen die bürgerlichen Parteien in noch weit höherem Grade als bisher zusammenschmieden. (Zustimmung.)

Ein anderes: Neuerdings bemächtigen sich auch die bürgerlichen Parteien, speziell das Zentrum, der Frauenbewegung. Wenn das neue Vereinsgesetz nun endlich nach fast 40 Jahren, nachdem seine Gewährung durch die Verfassung versprochen ist, verwirklicht werden sollte, steht fest, daß mit ihm die Ausnahmestellung, die bisher die Frauen in diesem Punkte in vielen Staaten gehabt haben, beseitigt wird. Das neue Gesetz, soweit darüber Mitteilungen durch die Zeitungen veröffentlicht sind, macht die Frauen in dieser Beziehung gleichberechtigt. Je mehr aber diese politische Gleichberechtigung der Frauen wächst, um so mehr wächst auch das Interesse aller Parteien an der Stellungnahme der Frauen. Alle Parteien sind daran interessiert, um den Einfluß der Frauen für sich einzufangen, und so wird dies Gesetz die Wirkung haben, daß alle Parteien ohne Ausnahme sich in weit höherem Maße als bisher um die Frauen kümmern. Das ist für uns in erster Linie eine Warnung, mit einer gewissen Lässigkeit, vielleicht sogar einer gewissen Animosität und Abneigung, die bisher bei uns in jener Beziehung bestanden hat, ein für allemal zu brechen. (Lebhafte Zustimmung.)

Ferner: Das allgemeine Stimmrecht anzutasten, ist heute ziemlich unmöglich; es dem Volke zu nehmen, das geht nicht mehr, das wäre ein Versuch, bei dem die Existenz des Reiches auf dem Spiele stehen könnte, das wäre ein Versuch, demgegenüber es für uns notwendig wäre, koste es was es wolle, das bestehende Recht zu verteidigen. (Stürmischer Beifall.) Es kann wohl vorkommen, daß wir in einem Kampfe nicht bekommen, was wir haben wollen, aber was wir haben, uns nehmen zu lassen, da wären wir allesamt Hundsfötter und erbärmliche Kerle, das darf es nicht geben. (Erneuter stürmischer Beifall.) Wenn aber das allgemeine Stimmrecht uns nicht mehr genommen werden kann, und wenn die sozialdemokratische Flut wächst — und sie wächst aus Gründen, die ich gleich anführen werde, ganz selbstverständlich — dann ist auch damit eng verknüpft, daß die Gegner einen Schritt weiter gehen und sich sagen: Haben wir die männlichen Arbeiter verloren, so versuchen wir es mit den Frauen, geben wir den Frauen das Stimmrecht, dort ist ein Boden, der für uns noch zu haben ist. Dort sind noch ungezählte Scharen, die im Banne des Staates, der Kirche und der Vorurteile sind; wir bekommen also möglicherweise in Deutschland — ich will nicht prophezeihen, aber ich halte es für möglich — viel eher das Frauenstimmrecht, als daß das Männerstimmrecht uns genommen wird. Sie sehen das auch an der Haltung des Zentrums. Das Zentrum kennt keine Prinzipien, wenn man nicht die Grundsätze der katholischen Kirche als solche ansehen will, es kennt nur seinen Parteivorteil, der zugleich der Vorteil der katholischen Kirche ist und das Zentrum hat bereits vor einem Jahre im bayerischen Landtage durch einen seiner weitsichtigsten Redner erklären lassen, es werde für das Frauenstimmrecht eintreten. Herr Dr. Heim ist neuerdings auf dem Katholikentage sogar darüber hinausgegangen und hat — jedenfalls zum Schrecken seiner Zuhörer aus bäuerlichen Kreisen — erklärt: wir müssen die Dienstboten organisieren, damit sie nicht in das sozialdemokratische Lager kommen! Man bedenke, was das bedeutet, wenn ein Redner und Führer des Zentrums empfiehlt, die Dienstboten zu organisieren. Als vor etwa 15 Jahren im Reichstag das Frauenstudium angeschnitten wurde, war das Zentrum einmütig dagegen, und es hat diese Forderung mit allen Gründen der Sophistik und der Kirche bekämpft. Jetzt hat man diese Opposition aufgegeben. Schon auf dem Katholikentag in Straßburg hat einer der vorzüglichsten Redner des Zentrums mit allem Nachdruck betont, daß die Frauen zum wissenschaftlichen Studium zugelassen werden müßten, daß man die Unterstützung der Frauen nicht mehr entbehren könne. Bei der Zuchthausvorlage erklärte Herr Dr. Bachem noch: Wir sind bereit, den Frauen zu gestatten, daß sie in gewerkschaftliche Organisationen eintreten, weil wir das nicht mehr verhindern können. Da heute Millionen von Frauen in Industrie und Gewerbe tätig sind, müssen wir ihnen auch gleiche Rechte mit den Männern einräumen, aber ihnen das politische Vereinsrecht zu geben, das fällt uns nicht ein. In diesem Sinne hat man auch noch vor wenigen Jahren in Bayern gestimmt. Jetzt aber ist das Zentrum bereit, den Frauen auch die politischen Rechte auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungswesens zu geben, wie Herr Dr. Heim für das politische Stimmrecht der Frauen eingetreten ist. Wir haben also allen Grund, uns nicht überraschen und übertrumpfen zu lassen. Wir müssen beizeiten fordern und dafür sorgen, daß wir die Frauen für unsere Organisationen gewinnen, und da wir die besten Gründe für uns haben, so wirksame Gründe, wie keine andere Partei, können wir mit größtem Erfolg diese Agitation betreiben und müssen sie betreiben. (Sehr gut!) Es wird vielleicht mancher von Ihnen bei meinen Ausführungen sich sagen, was Du da sagst, klingt recht wenig erfreulich und ermutigend. Danach hätten wir womöglich wenig Aussicht, rascher weiter zu schreiten und allmählich die Oberhand zu bekommen. Durchaus nicht. Ich will Ihnen jetzt die Kehrseite der Medaille zeigen. Ich habe schon gesagt, die kapitalistische Wirtschaftsordnung ist der

Boden, auf dem das moderne Proletariat geboren ist, der mit Notwendigkeit den Sozialismus und die Sozialdemokratie erzeugt hat. Je mehr Proletarier aber heranwachsen, je größer wird das Feld für unsere Agitation. Denn von Rechts wegen, von Verstandes und Natur wegen sollte jeder Arbeiter und jede Arbeiterin Sozialdemokrat sein. (Sehr richtig!) Das sind also die natürlichen Kandidaten für unseren Parteizuwachs. Es hängt nur von uns ab, von unserer Tätigkeit, unserem Geschick, unserem Fleiß, unserer Opferwilligkeit, unserer Begeisterung, wie weit wir unter ihnen neue Anhänger werben können. Von 1882 bis 1895 ist die Zahl der gewerblichen Arbeiter von 8 Millionen auf 10 Millionen Köpfe gestiegen, also um 25 Proz. Die gesamte Bevölkerungszunahme hat nur 14½ Proz. betragen. Die weiblichen Arbeiter haben sich sogar um 40 Proz. vermehrt. Es gehört keine Prophetengabe dazu, um vorauszusagen, daß als Ergebnis der neuen Gewerbezählung sich eine weit stärkere Vermehrung des Proletariats herausstellen wird, namentlich auch der Arbeiterinnen. Das ist die natürliche Quelle, aus der wir neue Kraft zu schöpfen haben. Zugleich mit dieser Entwickelung geht naturgemäß der weitere Rückgang — über das Maß streite ich nicht — der kleinen Gewerbetreibenden, der Mittelschichten vor sich. Die selbständigen Gewerbetreibenden sind schon bei der letzten Zählung um 7 Proz. zurückgegangen, während die Zahl der Arbeiter um 25 Proz. gewachsen ist. Das beweist, wie die moderne Entwickelung revolutioniert. Dazu kommt, daß das Klassenbewußtsein der Arbeiter notwendig dadurch gestärkt wird, daß ihre Kämpfe immer heftiger werden. Dadurch werden sie auch selbstverständlich immer mehr in unsere Reihen geführt. Auch der sogenannte neue Mittelstand kommt immer mehr in entschiedene Opposition zu dem Unternehmertum. Dieser neue Mittelstand, der aus den kaufmännischen und technischen Angestellten in Fabriken, Gewerbe, Landwirtschaft, Handel und Verkehr besteht, ist heute noch vornehmlich eine Stütze der herrschenden Klassen. Sie berufen sich darauf, daß, wenn der alte Mittelstand zurückgehe, ein neuer Mittelstand emporkomme in den Technikern, Ingenieuren, Architekten, Mechanikern, Werkführern, kaufmännischen Angestellten usw. Die Zahl dieser Personen ist von 1882 bis 1895 von 200 000 auf über 600 000 Köpfe gestiegen. Worauf ich schon vor 30 Jahren hinwies, daß diese geistigen Kräfte in die Opposition gedrängt werden, das bewahrheitet sich heute immer mehr. Die Konkurrenz unter diesen Leuten wächst immer mehr. Man redet mit Recht heute von einem sogenannten Stehkragenproletariat. Diese Leute, die nach der neuesten Mode gekleidet sein müssen, um nach außen zu repräsentieren, haben häufig einen leeren Magen, der oft viel leerer ist als bei manchem Proletarier. (Sehr richtig!) Wir finden also auch in diesen Kreisen des Proletariats der Intelligenz unsere Rekruten. Nach dieser Richtung die Agitation zu lenken, ist ein Gebot der Notwendigkeit für uns und wir können es mit Erfolg, wenn wir in der entsprechenden Weise vorgehen. Weiter kommt uns zugute die wachsende Unzufriedenheit über die Verteuerung aller Lebensmittel. Diese hängt zusammen: Erstens mit der Steigerung der Bevölkerung, ferner damit, daß die Länder, die bisher uns die Lebensmittel lieferten, mehr oder weniger ihre Erzeugnisse selbst brauchen und endlich, weil auch bei uns, durch die Schutzzölle begünstigt, die Bauernschaft die Lebensmittelpreise hochhalten kann. Und die Organisation der Landwirte, die große Fortschritte gemacht hat, sucht weiter die Lebensmittelpreise in die Höhe zu treiben. Wir haben künftig nur noch mit höheren Lebensmittelpreisen zu rechnen, nicht mehr mit geringeren. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften, die man vielfach auch in unseren Reihen mit günstigen Augen ansieht, haben keinen anderen Zweck und können ihn nicht haben, als in erster Linie die gemeinsame Organisation zur Verteuerung der Lebensmittel auszunützen. (Sehr richtig!) Wenn sie erst einmal den

ganzen Viehverkauf in der Hand haben werden, dann werden die Fleischpreise noch ganz andere werden. Ebenso gehen die Wohnungsmieten rapid weiter in die Höhe. Weiter wird die Unzufriedenheit gesteigert durch die fortgesetzte Erhöhung der Steuern und die Einführung neuer Steuern auf die notwendigsten Massengebrauchsartikel. Wir haben im Augenblick — das ist kein Geheimnis mehr — trotz des neuen Zolltarifs, trotz der 180 Millionen aus den neuen Steuern das Bedürfnis nach neuen 250 Millionen Steuern, d. h. nicht wir, aber die Herren da oben haben das Bedürfnis. Die können ohne neue Steuern ihre Militär-, ihre Flotten- und ihre Kolonialpolitik nicht fortsetzen. Das Volk aber muß bluten, das kommt der Masse zum Bewußtsein. Das haben wir agitatorisch auszunutzen. Weiter kommt hinzu, daß durch die neuen Zölle die Grundpreise bedeutend gestiegen sind, so daß es jetzt wieder rentabel ist, Grund und Boden zu besitzen. Unsere besitzenden Klassen haben in den letzten 20 Jahren ungeheure Reichtümer erworben. Herr Dernburg hat mit Recht davon gesprochen, daß Deutschland in dem erwähnten Zeitraum um 30 000 Millionen reicher geworden ist. Die oberen Klassen schwimmen im Ueberfluß, sie lassen sich in die gewagtesten Spekulationen ein, daher auch die Kolonialpolitik. Sie wollen für ihr Kapital neue Anlagen haben, und so suchen sie ihr Vermögen auch in Landbesitz anzulegen. Man fängt an, die Bauern auszukaufen. Ich erinnere an den konservativen Antrag im preußischen Landtag, in dem darauf hingewiesen wird, wie gefährlich für den Bauernstand die Zunahme des Großgrundbesitzes ist. Diese großen Kapitalisten sind schon zufrieden, wenn sie auch nur eine Rente von 1 bis 2 Proz. haben. Ihren Eignern liegt vor allem daran, einen schönen Herrensitz und große Jagdgebiete zur Verfügung zu haben. So ist also nach allen Richtungen hin der soziale Umbildungs- und Entwickelungsprozeß vorhanden, und das ist ein sozialer Revolutionierungsprozeß. Wir finden also überall neue Wurzeln unserer Kraft und Gelegenheit genug, mit unserer Aufklärungsarbeit einsetzen zu können. Wir müssen nur viel energischer agitieren und organisieren wie bisher. Vor allem ist auch die Aufklärungsarbeit an uns selbst notwendig. Die ist bisher verhältnismäßig vernachlässigt worden. Ich freue mich über den Bildungs- und Aufklärungsdrang, der überall in den Massen hervortritt, über den Hunger nach Wissen, nach Erkenntnis, nach höherer Bildung. Der muß von uns nach Kräften unterstützt werden. Alle Mittel müssen angewandt werden, um ihn zu fördern. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben demnächst das 60jährige Jubiläum des Erscheinens des Kommunistischen Manifestes, jener wunderbaren Schrift, die ein Evangelium für den Sozialismus bedeutet und die nicht einmal, nein zehnmal zum gründlichen Verständnis gelesen werden muß. Notwendig ist es weiter, gewisse Lassallesche Agitationsschriften hervorzuholen und wieder zu lesen. (Lebhafte Zustimmung.) Es sind hier insbesondere im Hinblick auf unsere bevorstehenden Kämpfe seine Schriften zur Verfassungsfrage, das Arbeiterprogramm und die Antwort an das Leipziger Arbeiterkomitee zu studieren. (Lebhafte Zustimmung.) Jeder von Euch müßte diese Schriften auswendig kennen, sie bilden eine unerläßliche Grundlage unseres Wissens. Weit mehr als bisher müssen aber auch die Frauen und die Jugend in den Kreis unserer Agitation gezogen werden. Es muß ferner im Sinne der nächsten Forderungen unseres Programms die intensivste Tätigkeit in den Parlamenten, im Reichstag, im Landtag und in den Gemeinden entfaltet werden. Man spricht immer von unserer rein negierenden Tätigkeit, nun, Parteigenossen, eine gute scharfe Kritik in einer Rede, das ist oft eine vortreffliche positive Tätigkeit. (Lebhafte Zustimmung.) Ich will damit nicht unsere andere positive Tätigkeit herabgesetzt wissen, aber die Behauptung, wir negierten zu viel, trifft man auch in

Parteikreisen. Das ist nur ein Beweis, wie sich Parteigenossen Beschuldigungen der Gegner suggerieren lassen. Wenn auch aus Oesterreich seitens dortiger Genossen solche Stimmen laut werden, so sage ich: Herr vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun! Wenn eine Anklage unwahr ist, dann die, wir ließen es an positiver Tätigkeit fehlen. In nächster Zeit kommt der Leitfaden des Genossen David heraus. Ich habe mir sagen lassen, daß er sehr gut ausgefallen sei. Ich kann also nur auf das dringendste empfehlen, diesen gründlich zu studieren und danach zu handeln. Ferner erscheint in einigen Monaten die Zusammenstellung aller Anträge und Gesetzentwürfe, die die Reichstagsfraktion von 1869 bis jetzt im Reichstag einbrachte. Diese Zusammenstellung hat im Auftrage des Parteivorstandes der Parteigenosse Katzenstein übernommen. Die meisten von Euch werden staunen über das, was an positiver Tätigkeit die Fraktion leistete. Viele unserer Anträge, die die Gegner ehemals auf das entschiedenste bekämpften, sind später von ihnen als eigene Gedanken aufgenommen worden und wurden Gesetz. (Hört! hört!) Das alles müßt Ihr beachten, das müßt Ihr lesen, damit könnt Ihr den Gegnern dienen. Auch manchem unserer auswärtigen Genossen, die es fertig bringen, über unsere angebliche negierende Tätigkeit zu sprechen, werden wir die Schrift schicken, damit sie sehen, was wir positiv getan haben. Ich denke, sie könnten sich manches daraus zur Lehre nehmen, die sie jetzt anderen geben möchten. (Heiterkeit.) Ich verweise hier unter anderem auch auf das Broschürchen, was der Parteivorstand über unsere Stellung zur Versicherungsgesetzgebung herausgegeben hat. Darin findet Ihr eine Masse Material und die Gründe, die uns bestimmten, so zu stimmen wie wir damals in der Frage der Versicherungsgesetzgebung gestimmt haben. Ihr werdet dann finden, wie wir damals stimmen mußten, denn politische Handlungen lassen sich nur aus den Umständen erklären und rechtfertigen, unter denen sie vorgenommen wurden. (Sehr richtig!) Scheinbar haben sich nach den verschiedensten Richtungen hin die Umstände für uns verschlechtert. Aber nur scheinbar. In Wirklichkeit sind zahlreiche neue Quellen unserer Kraft entstanden und die Situation hat sich verbessert und verbessert sich von Jahr zu Jahr. Wäre es anders, dann wäre unsere ganze Arbeit, unser ganzes Streben, unser ganzes Dasein nutzlos. Wenn wir Alten, die wir ins fünfte Jahrzehnt hinein arbeiten, den Mut nicht sinken lassen, wäre es eine wahre Schande für Euch Jungen, wenn Ihr bange werden solltet. (Stürmischer Beifall, vielfache Rufe: Wir sind nicht bange!) Ihr braucht auch nicht bange zu sein. Ich erwähne es nur, weil hier und da pessimistische Aeußerungen laut wurden, als hätten wir Grund, nicht siegesfroh in die Zukunft zu sehen. Laßt Euch also nicht ins Bockshorn jagen. Seht Euch die Situationen an, unter denen wir gehandelt haben. Das wäre eine elende Partei, die nicht eine Niederlage, eine Scheinniederlage vertragen könnte. Es gab schlimmere Situationen für uns. 1877 standen wir auf einem gewissen Höhepunkte, wir hatten 493 000 Stimmen bekommen; auf 100 Wähler fielen 9,1 sozialdemokratische Stimmen, auf 100 Wahlberechtigte 5,1 Sozialdemokraten, 13 Mandate gehörten uns. Dann kam die Auflösung wegen des Sozialistengesetzes und eine Hetze, ganz ähnlich, wie sie jetzt gegen uns inszeniert worden ist. Wir gingen in unserer Stimmenzahl auf 437 000 zurück, auf 100 Wähler hatten wir nur noch 7,6 sozialdemokratische Stimmen, auf 100 Wahlberechtigte nur noch 4,8 und wir sanken auf 9 Mandate. Es kam 1881 die erste Wahl unter dem Sozialistengesetz. Wir konnten keine Flugblätter verteilen, in den meisten Wahlkreisen keine Agitation treiben, Hunderte unserer Agitatoren und Stimmzettelverteiler wurden ins Gefängnis geworfen, es wurde ihnen durch Dekret das Recht abgesprochen, Flugschriften zu verteilen.

Selbstverständlich sanken wir weiter und zwar auf 312 000 Stimmen. Von 100 Wählern, die eingeschrieben waren, stimmten nur 3,4 für uns. Wir eroberten trotzdem 13 Mandate. Damit war der Tiefstand erreicht und damit war auch tatsächlich das Sozialistengesetz beseitigt, es ist nicht erst 1890 gefallen, sondern bereits am 26. Oktober 1881. Als wir unter den denkbar ungünstigsten Umständen auf 312 000 Stimmen und 13 Abgeordnete kamen, fielen die Gegner fast auf den Rücken; sie mußten sich sagen: Mit der Partei können wir nicht fertig werden. Wir sind dann von Wahlperiode zu Wahlperiode gestiegen. 1884 hatten wir 550 000 Stimmen und 24 Mandate; dann kam die Karnevalswahl von 1887; wir stiegen auf 763 000 Stimmen, aber es sank die Zahl der Mandate auf 11. Das hat uns nicht geschadet. Es kam die Wahl von 1890, wir bekamen nunmehr 1 427 000 Stimmen. Von 100 Wählern, die sich an der Wahl beteiligten, erhielten wir 17,9, von den Wahlberechtigten 14,1, die Zahl der Abgeordneten stieg auf 35. 1893 erhielten wir 1 787 000 Stimmen und die Zahl der Abgeordneten stieg auf 44, von 100 abgegebenen Stimmen erhielten wir 23,3, von 100 eingeschriebenen Wählern 16,8. 1898 erhielten wir 2 107 000 Stimmen. Von 100 abgegebenen Stimmen erhielten wir 27,2, von 100 eingeschriebenen Wählern stimmten 18,4 für uns, die Zahl der Abgeordneten stieg auf 56. 1903 erhielten wir 3 010 000 Stimmen, von 100 beteiligten Wählern stimmten 31,7 für uns, von 100 eingeschriebenen Wählern rund 24; die Zahl der Abgeordneten stieg auf 81. Damals war es Herr Trimborn, der in einer Zentrumsversammlung in Köln ausrief: „Meine Herren! Denken Sie, 3 Millionen Stimmen haben die Sozialdemokraten, wo soll das hinaus?" Der Schreck über den Ausfall der Wahl von 1903 war nicht nur Herrn Trimborn in die Glieder gefahren, sondern dem gesamten Bürgertum. Und aus Angst vor einem noch größeren Sieg unserer Partei beteiligte sich das Bürgertum so eifrig und so stark an der letzten Wahl. (Sehr richtig!) Herr Fischbeck hat am Sonntag im Zirkus Busch gesagt: „Das Bürgertum hat gezeigt, daß es mit der Sozialdemokratie fertig werden kann." (Große Heiterkeit.) Es wird nicht mit uns, aber wir werden mit ihm fertig, da mag es machen, was es will, und mag es dauern, so lange es will. Das ist das eiserne Muß der geschichtlichen Entwickelung. (Zustimmung.) Bei der letzten Wahl sank unsere Wählerzahl, da eine bedeutend stärkere Beteiligung war, von 100 abgegebenen Stimmen auf 28,9, dagegen stieg unser Anteil an dem Prozentsatz der Zahl der eingeschriebenen Wähler auf 24,5 Proz. Trotz des Wahlausfalls hat sich ein günstigeres Verhältnis gezeigt als zuvor. Freilich, würde es mit rechten Dingen zugehen, so müßten wir eine ganz andere Zahl von Mandaten haben, dann müßten wir heute 116 statt 43 haben. Die hauptsächliche Zunahme der proletarischen Bevölkerung sehen wir heute in den großen Städten, allein hier wagt man die Wahlkreisgeometrie nicht anzutasten. Was würden wir darum hier aus Berlin herausholen, wenn die Wahlkreise gerecht verteilt würden; die Zahl der ostelbischen Junker im Reichstage würde auf die Hälfte zusammenschmelzen, sobald nur eine gerechte Wahlkreiseinteilung erfolgte. Wir haben im Ruhrrevier, wir haben in Berlin und Umgegend Wahlkreise mit 400 000, 500 000, 700 000 und mehr Einwohnern, das heißt Wahlkreise, die vier- bis achtmal so groß sind, wie die Wahlkreise in Ostelbien. Nun, in der Partei ist von jeher der Standpunkt vorherrschend gewesen, daß die Zunahme der Stimmen wichtiger ist, als die Zahl der Mandate. (Sehr richtig!) Man zählt die Zahl der Anhänger, man sieht, wie es weiter und weiter glimmt, bis eines Tages die helle Flamme hervorzüngelt. (Sehr gut!) In den Stichwahlen haben sich bekanntlich fast alle Parteien einschließlich den Freisinnigen gegen uns verbunden. In einer Anzahl von Kreisen ist auch das Zentrum gegen

uns vorgegangen, obwohl es nach Lage der Dinge ein Interesse daran hat, unsere Fraktion zu stärken, um gegebenen Falles seine eigene Macht zu vergrößern. In nicht weniger als elf Kreisen verzichteten die Freisinnigen auf eigene Kandidaten und unterstützten reaktionäre Kandidaten gegen uns, und bei 32 Stichwahlen haben sie einmütig gegen uns gestimmt und auf diese Weise der Linken 43 Mandate entrissen. Daher kommt es, daß die Zahl der linksstehenden Abgeordneten erheblich geringer ist als im Jahre 1903. Die Herren Freisinnigen haben ihren reaktionären Pferdefuß gezeigt, ihnen in erster Linie ist diese Schwächung der Linken zuzuschreiben. (Sehr richtig!) Aus dieser Wahl ist das schöne Blockgebilde zustande gekommen, das die Liberalen der verschiedenen Richtungen, einschließlich der Süddeutschen Volkspartei und die gesamte Rechte einschließlich der extremsten Agrarier und der wütendsten Antisemiten umfaßt, eine politische Mißgeburt allerersten Ranges (Heiterkeit und sehr gut!), eine politische Mißgeburt, wie niemals in irgend einem Lande etwas Aehnliches zustande gekommen ist, eine künstliche Zusammenschweißung von Elementen, die sich innerlich todfeindlich gesinnt sind, die auseinandergehen wie Feuer und Wasser, die nur in dem einen Punkt zusammenstimmen, auf keinen Fall wieder das Zentrum zur ausschlaggebenden Partei werden zu lassen. (Sehr richtig!) Das ist das ganze Programm des Blocks, darauf richtet sich seine ganze Tätigkeit. Was ist die notwendige Folge einer derartigen Politik? Herr Dr. Wiemer, eine der Leuchten der freisinnigen Partei, hat Sonntag im Zirkus geäußert, der Block bedeute nur ein Zusammengehen von Fall zu Fall. Ja, damit wäre Fürst Bülow sehr wenig gedient. (Sehr wahr!) Fürst Bülow kennt ja die heterogenen Elemente, aus denen der Block zusammengeschweißt ist; um ihn etwas zusammenzukitten, hat er die Führer der Blockparteien, von dem Vertreter der äußersten Linken Herrn von Payer bis zum Vertreter der äußersten Rechten Herrn von Oldenburg, der sein Freund und zugleich der reaktionärste Junker ist, nach Norderney zur Wallfahrt antreten lassen. (Heiterkeit.) Fürst Bülow als neue Pythia hat sich dort auf den Dreifuß gesetzt, was dabei herausgekommen ist, wissen wir vorläufig nicht. Die Herren beobachten sorgfältig Schweigen, und ich glaube, sie tun ganz gescheit daran. (Heiterkeit.) Wenn gesagt würde, was dort verhandelt wurde, käme wahrscheinlich recht Wunderbares zutage. (Sehr gut!) Herr v. Payer hatte schon einmal in diesem Frühjahre die Ehre, von dem Fürsten Bülow zu einer Unterhaltung gewünscht zu werden. Damals soll er zum Reichskanzler gesagt haben: Das Reden nütze nichts, man wolle auch praktische Maßregeln sehen. Ach so, meinte Fürst Bülow, Sie wollen nicht bloß die Speisekarte sehen, es soll bald die Suppe aufgetragen werden! (Heiterkeit.) Ganz recht! sagte Payer, die Suppe und dann auch bald das Fleisch! Nun, auf Fleisch wird man lange warten können. (Heiterkeit.) Woher es kommen sollte, möchte ich wissen; in Wirklichkeit geht doch der Block nach allen Richtungen hin auseinander. (Sehr richtig!) Alle Oppositionen müssen die Freisinnigen unterdrücken, wenn der Block halten soll. Daher hat man auch in der famosen Zirkusversammlung einen Antrag auf Abschaffung der Lebensmittelzölle rasch unter den Tisch fallen lassen, damit kein Zankapfel zwischen die Blockparteien geworfen wird. (Sehr gut!) Es ist ganz so, wie die „Kreuzzeitung" das Treiben charakterisiert, daß der politische Kuhhandel nur selten mit solcher Ungeniertheit betrieben worden ist, wie in den Tagen der Blockherrlichkeit, und Herr Traeger, einer der alten braven Leute, die noch auf liberalem Standpunkte stehen, hat die Blockehe als eine Paarung zwischen einem Karpfen und einem Kaninchen bezeichnet. (Große Heiterkeit.) In der Tat ist es so. Die Rechte ist Anhänger der Polizeiherrschaft, der Beamtenherrschaft, Feind

eines geordneten Gerichtswesens, kurz Feind aller Kulturförderung, wie sie bisher der Liberalismus wenigstens scheinbar zu vertreten gesucht hat. Die Rechte ist ferner extrem agrarisch und schutzzöllnerisch, Feind einer direkten Besteuerung, Anhänger agrarischer Liebesgaben und Bevorzugungen aller Art. Wie will man da zusammenarbeiten? Das einzige, wo sie zusammengehen können — und darauf ist es abgesehen — ist, daß die Herren Liberalen nach Möglichkeit Militär-, Marine- und Kolonialforderungen bewilligen. Dann müßten sie natürlich auch die neuen Steuern bewilligen. Darauf geht es hinaus. Und sie werden immer weiter gehen, weil das Zentrum als schwarzes Gespenst im Hintergrund steht. Wenn sie nicht bewilligen, dann wird das Zentrum kommen und sagen: Hier sind wir! Ist es den Herren gefällig? (Große Heiterkeit.) Wenn es im Reichstage und im Landtage Parteien gibt, die in allen Hauptpunkten zusammengehören, dann sind es Zentrum und Konservative. (Sehr richtig!) In der Schulpolitik, in der Kirchenpolitik, in allen Fragen der Kunst, in der Zoll- und Handelspolitik, in der Gewerbepolitik, in der Agrarpolitik, überall sind Zentrum und Konservative ein Herz und eine Seele. (Sehr richtig.) Das ist das natürliche Bündnis, seitdem das Zentrum aufgehört hat, Oppositionspartei zu sein, obwohl es sich manchmal noch den Anschein gibt. Tatsächlich gibt es auch eine ganze Reihe Konservativer, die sehr mißtrauisch dem Block gegenüberstehen und sich nach ihren schwarzen Brüdern sehnen. (Heiterkeit.) Man hat sich gewundert über die Rede des Herrn Spahn, der auf einmal, wie vom Himmel kommend, predigt, wir müssen die Lebensdauer unserer Panzer verkürzen, wir müssen unsere Ausrüstung zur See vergrößern, wir müssen alles mögliche für die Marine tun, was uns jährlich 40 Millionen Mark mehr kostet. Da lassen die Herren Blockbrüder von der Linken schwermütig, wie gewisse Tiere, die Köpfe hängen (Heiterkeit) und fragen: Was will Spahn? Was hat er vor? Woher hat er seine Weisheit? (Heiterkeit.) Ja, hat man denn in den letzten Jahren geschlafen? Alles, was Herr Spahn jetzt fordert, ist doch schon seit Jahren vom Flottenverein gefordert worden. Nur haben die Spahn und Genossen das entschieden bekämpft. Und noch bei der letzten Flottenvorlage hätten sie alle weitergehenden Anträge niedergestimmt. Jetzt ist auf einmal über Herrn Spahn die Erleuchtung gekommen, nachdem man seine Partei von der Regierungspolitik ausgeschaltet hat. Die Partei steckt die Tritte, die sie bekommen hat, ruhig ein nach der Manier gewisser Leute, und bittet: Herr! Nimm uns in Gnaden an. Wir werden alles wieder gut machen, was wir gesündigt haben! (Große Heiterkeit.) Herr Spahn war auch einer der vom Glück Begünstigten, nachdem das Zentrum zur Herrschaft gelangt war. Ueberhaupt handelt es sich in dem ganzen Kampf zwischen den bürgerlichen Parteien nur um den Kampf um die Beute. Die Franzosen sagen: „ôte-toi de là que je m'y mette." (Geh' weg von da, damit ich mich hinsetzen kann.) (Heiterkeit.)

Man hat gerade den Führer des Zentrums, Herrn Spahn, damit geehrt, daß man ihn zum Reichsgerichtsrat machte, und schickte ihn dann als Präsident an das Oberlandesgericht nach Kiel, ihn, den Führer des katholischen Zentrums in ein protestantisches Land. Das scheint manchem nichts zu bedeuten. Aber wissen Sie denn, wer in Kiel wohnt? Dort wohnt der Chef der deutschen Flotte, Prinz Heinrich. Dort wohnt die ganze Admiralität. Herr Spahn müßte sich geradezu Watte in die Ohren stopfen, um nicht zu hören, wie dort beständig über die Notwendigkeit einer Vergrößerung der Flotte und vieles andere gesprochen wird. Jetzt fallen ihm alle diese Lehren ein, und da betont er die Notwendigkeit einer größeren Flotte. Jetzt kommen die Nationalliberalen und sagen: Wir müssen noch mehr bewilligen, und nun geht das

Wettrennen los zwischen Zentrum und Blockparteien. Wie weit die übrige Linke mitmachen kann, das wollen wir abwarten. Aber wenn die alte Regierungsmehrheit mit Konservativen und Zentrum wieder hergestellt werden sollte, müßte Fürst Bülow sein Köfferchen packen und auf Reisen gehen. (Heiterkeit und Sehr gut!) Auf der anderen Seite kann man fragen, ob eine Partei, wie die Linksliberalen, eine solche Selbstprostitution betreiben könne, wie ich sie geschildert habe. Sie müssen doch aus alter Erfahrung wissen, daß, wenn sie mit den Konservativen aus einer gemeinsamen Schüssel essen, die Konservativen den großen Löffel haben, so daß die Freisinnigen immer zu kurz kommen. (Sehr gut!) Es ist ein politisches Gesetz — das sollten auch wir uns merken —, daß, wenn Parteien zusammenkommen, die nicht zusammengehören, ist es immer die Linke, die dabei einbüßt, die die Opfer an ihrer Ueberzeugung bringen muß, nicht aber die Rechte. (Sehr richtig!) Die Rechte gibt in wesentlichen Dingen nichts nach, die Herren sind zu selbständig, sie wissen, was sie für die Hohenzollern bedeuten; ich habe Respekt vor diesen Junkern. Das sind Männer, die treten für ihre Ueberzeugung ein und erklären unter Umständen der Regierung den Krieg. Die Minister können uns sonst was, sagte Herr von Diest und klopfte an eine gewisse Körperstelle. (Heiterkeit.) Die Leute lasse ich mir gefallen, die haben Rückgrat und eine goldene Rücksichtslosigkeit, aber die Liberalen nicht. (Sehr wahr!) Sie winseln vor dem Fürstenthron und überbieten sich in Loyalität. So auch in der letzten Versammlung im Zirkus Busch. Wenn der Kaiser darüber nicht gelacht hat — er muß zu Tränen gerührt sein. (Stürmische Heiterkeit.) Hätten die Liberalen ein wenig Geschichte im Kopf, dann müßten sie wissen, daß es jetzt gerade hundert Jahre her sind, wo Friedrich Wilhelm III., als der Staat unter den furchtbaren Schlägen eines Napoleon zusammengebrochen war, genötigt wurde, liberalen Männern, die er innerlich haßte, die Regierung anzuvertrauen; es sind hundert Jahre, daß das preußische Volk ohne Revolution Forderungen durchgesetzt bekam infolge der Niederlage des Staats, die es sonst nicht ohne Revolution bekommen haben würde. Es sind hundert Jahre her, da wurden die Stein, die Schön, die Hardenberg, die Gneisenau und Scharnhorst in die Regierung berufen, die den alten Staat von Grund aus umkrempelten, da kam die liberale Aera ohne Konstitution, wie Preußen sie nie wieder gehabt hat. Aber die Todfeinde dieser liberalen Aera waren die Junker, gegen die dann 1848 das preußische Volk sich erheben mußte, um das wieder zu erobern, was man ihnen nach 1815 wieder genommen hatte. Das sollte doch jeder liberale Mann in Preußen wissen, das sollte tief in das Herz eines jeden eingeschrieben sein. Man mag so schlecht denken, wie man will, über die Ziegler, die Waldeck, die Hoverbeck, aber heute würden sie sich über die jetzigen Liberalen im Grabe umdrehen, obwohl auch sie keineswegs Vertreter radikaler Forderungen waren. Und ist nicht der Kampf im Landtage fortgesetzt gegen das Junkertum gerichtet gewesen bis auf den heutigen Tag? Was ist denn auf dem Gebiete der Schulpolitik geschehen? Den Studt hat man weggeschickt, Holle hat man kommen lassen, ein neuer Faden, aber die alte Nummer wird weiter gesponnen. Die konservative Kirche, die konservative Schule, sie sind die Züchtungsanstalten für die Verherrlichung der Hohenzollernschen Monarchie, und die müssen aufrecht erhalten werden. Hier etwas hoffen, das können nur die Leute, von denen Ziegler einmal sagte, sie haben das Denken verlernt. Freilich, die Erklärung ist da. Die Liberalen haben alles Selbstvertrauen verloren, sie haben den Mut verloren, sie sind müde zu kämpfen, sie haben ihren Anhang von Wahlperiode zu Wahlperiode schwinden sehen, da möchten sie wenigstens den Schein der Macht retten, wenn sie die wirkliche Macht nicht haben können. (Sehr richtig!) Es sind

44 Jahre her, daß das preußische Abgeordnetenhaus unter dem noch heute bestehenden Wahlsystem bis auf 11 oder 13 Konservative liberal zusammengesetzt war. So hat damals die Bourgeoisie gewählt, die Zahl der Liberalen ist seitdem kleiner und kleiner geworden, jetzt sind es noch 29 Freisinnige, abgesehen von den Nationalliberalen, die immer reaktionärer geworden sind. Die ganze preußische Bourgeoisie ist reaktionär geworden, und je mehr wir wachsen, desto größer wird ihre Angst, desto reaktionärer wird sie. (Sehr richtig!) Man hat auf dem freisinnigen Parteitag eine Resolution zugunsten des allgemeinen Wahlrechts angenommen, in der es heißt, die Fraktion solle, „wie bisher", mit allem Nachdruck für die Verwirklichung des allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrechts eintreten. Ja, wer schreit da nicht vor Staunen laut auf. Wo ist denn mit allem Nachdruck für das allgemeine gleiche direkte und geheime Wahlrecht seitens der Freisinnigen bisher gekämpft worden? Das Volk könnte, wenn es sich auf die Freisinnigen verläßt, bis an den Sankt Nimmerleinstag warten, und es würde immer noch nicht das gleiche Wahlrecht haben. (Sehr gut!) Nein, diese Liberalen haben alles Streben, alle Liebe, alle Achtung vor dem Volke verloren, sie wollen mit dem Volke nichts zu tun haben, weil sie sonst Forderungen im Landtag stellen müßten, die sie nicht vertreten möchten. Freilich, so ist es schon der alten Fortschrittspartei ergangen. Im Oktober werden es 44 Jahre, da schickte eine große Arbeiterversammlung in Leipzig Fritzsche und Vahlteich nach Berlin, um an Ort und Stelle mit den Führern der Fortschrittspartei zu verhandeln und zu hören, was für eine Antwort sie ihnen geben würden auf zwei Forderungen; einmal den Beitritt zum Nationalverein den Arbeitern zu erleichtern durch Einführung von Monatsbeiträgen, weiter die Forderung der Einführung des allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahrechts für die Landtage. Und, verehrte Genossen, wie fiel die Antwort aus? Nach beiden Seiten ablehnend. (Hört! hört!)

Da hieß es — ich war damals an der Bewegung beteiligt — ich war eine Zeitlang selbst im Komitee —, was fällt Euch ein? Jetzt, wo wir mit Bismarck im schwersten Kampfe liegen, sollen wir das allgemeine Wahlrecht fordern? Das wäre die größte Torheit, die Kammer ist ja so oppositionell, wie ihr es nur wünschen könnt, wartet nur, Ihr werdet das Wahlrecht schon bekommen. Wenn nicht Bismarck aus gewissen Gründen das Wahlrecht für den Reichstag hätte geben müssen, wir hätten es wahrscheinlich bis heute noch nicht. (Sehr gut!)

Ich habe schon in Stuttgart gesagt: Ist es wahr, daß wir niedergeritten sind? Ist es wahr, daß das Bürgertum mit der Sozialdemokratie fertig werden kann? Ei, dann gebt doch das allgemeine gleiche direkte und geheime Stimmrecht zum Landtage. Aber das lassen die Liberalen schön bleiben. Man sucht mit allgemeinen Redensarten die Massen betrunken zu machen.

Ich hoffe, daß der Wahlrechtskampf, den wir in Preußen hervorrufen, den Herren gründlich zeigt, daß sie auch in bezug auf die eigenen Anhänger sich geirrt haben. Es ist von großer Wichtigkeit, unser Verhalten so einzurichten, daß wir in diesem Kampf auch die liberalen und katholischen Arbeiter auf unsere Seite bekommen und ihnen zeigen, daß sie von ihren Führern nichts zu erwarten haben. Auch das Zentrum ist nicht für das allgemeine gleiche direkte und geheime Landtagswahlrecht zu haben; das haben die Erklärungen einer großen Zahl namhafter Zentrumsführer, wie Dr. Bachem, die Grafen Strachwitz, von Spee, von Ballestrem usw., bewiesen. Das Zentrum kennt keine Prinzipien, es kennt nur Zweckmäßigkeitsgründe. In Bayern und Baden war es für das allgemeine Stimmrecht — warum? Weil nur dadurch seine Herrschaft dort gesichert werden konnte. In Württem-

berg, wo das allgemeine Stimmrecht besteht, sang der Führer des Zentrums, Herr Gröber, bei der Verfassungsreform ein anderes Lied, da empfahl er für den Ersatz der Privilegierten in der zweiten Kammer die Wahl nach Berufsständen, um dem Bürgertum die Mehrheit zu sichern. Und wie stehen die Dinge in Preußen? Sehr einfach. Das Zentrum hat auf Grund des Dreiklassenwahlsystems erlangt, was es erlangen kann, erfolgt nicht eine andere Einteilung der Wahlkreise, so hat es auch bei Einführung des allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrechts kaum auf mehr Mandate zu hoffen, es müßte aber alsdann eine Anzahl Mandate an Arbeitervertreter abtreten, um die katholischen Arbeiter zu beruhigen. Das Verhalten des Zentrums zur Wahlrechtsfrage ist nicht ehrlich, aber ich halte es angesichts der Taktik, die das Zentrum einschlägt, doch für geboten, zu erklären, daß vor einigen Monaten in der ersten Session des neuen Reichstages einer der konservativsten Leute im Zentrum, Freiherr von Hertling, eines Tages an mich herantrat und erklärte: Ich will Ihnen sagen, daß ich ein entschiedener Anhänger des allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrechts bin. Ich sagte, daß mich das sehr freute und ich wünschte nur, daß seine engeren Klassengenossen denselben Standpunkt einnehmen würden. Aber bisher haben wir davon in Preußen wenig zu sehen und zu hören bekommen.

Der Lebenszweck des Fürsten Bülow ist also der Kampf um seine Stellung. Er muß den Block für seine Militär-, Flotten- und Kolonialpolitik sich dienstbar machen oder er ist verloren. Nicht minder aber auch für seine Steuerpolitik, denn es werden für die erwähnten Zwecke in Zukunft große Mittel erforderlich sein. Schon jetzt erklärt das Zentrum, wir gehen auf keine Reichseinkommensteuer, auf keine Reichsvermögenssteuer ein, wir lassen uns auch nicht darauf ein, daß die Erbschaftssteuer so ausgebaut wird, daß auch die Kinder und die Aszendenten herangezogen werden, dagegen sind wir für eine Wehrsteuer, die also zuerst wieder die Armen drückt, die unglücklichen Krüppel oder die, die als überzählig ausgelost werden. Man denkt ferner an die Besteuerung des Bieres, des Tabaks, an alles mögliche, nur nicht daran, diejenigen zu belasten, die in allererster Linie diese Politik vertreten. Um so größer ist die Aufgabe, die wir zu erfüllen haben. Wir haben Tag und Nacht auf dem Posten zu sein, wir haben nach allen Richtungen hin zu arbeiten und aufzuklären. Wie man nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt den Ausfall der Wahlen ansieht, das beweisen die Telegramme, die der Kaiser von Oesterreich an den deutschen Kaiser, das König Eduard an seinen Neffen schickte, das beweist die ganze bürgerliche Presse, die darüber jubelt, daß durch die Wahlniederlage der deutschen Sozialdemokratie die internationale Sozialdemokratie getroffen sei. Sie haben sich zu früh gefreut. Es ist ein sonderbarer Widerspruch, wie überhaupt die bürgerliche Welt sich in Widersprüchen bewegt, daß die Diplomaten im Haag zusammensitzen, daß die Fürsten und Minister sich in diesem Sommer so viel gegenseitige Besuche abstatteten und daß trotz alledem die Situation so gespannt ist wie kaum jemals zuvor. Die Rüstungen gehen unablässig weiter. Im Haag ist bisher nur leeres Stroh gedroschen worden, die Diplomaten wissen offenbar nicht, wie sie die Zeit totschlagen sollen. (Heiterkeit und Sehr gut!) An demselben Tage, an dem König Eduard und Kaiser Wilhelm in Kassel zusammen gekommen waren und sich brüderlich umarmten, bestellt die englische Regierung drei neue Panzer vom Muster der Dreadnought. (Heiterkeit.) Der amerikanische Senat beschließt in denselben Tagen vier große Panzerschiffe von ungeheurer Größe bauen zu lassen; alle Kriegsmittel werden verstärkt und verbessert, als sollte morgen der Krieg in Europa losgehen. Und dabei immerfort die öde Phrase trotz aller Rüstungen: wir sind friedliebend, wir wollen keinen Krieg! Man

motiviert die Rüstungen damit, daß man rüste, um den Frieden aufrecht zu erhalten. Allmählich aber gewinnt es den Anschein, als rüste man nur, um den Flotten- und Waffenfabrikanten aller Art fortgesetzt neue Beschäftigung zu geben und ihnen neue Millionen als Gewinn zuzuführen. (Lebhafte Zustimmung.) Daß dieser Zustand auf die Dauer nicht aufrecht erhalten werden kann, brauche ich nicht erst zu sagen. Und dort, wo man im letzten Frühjahr wirklich den Frieden gestiftet zu haben glaubte, wo man alle Weltmächte unter einen Hut gebracht zu haben wähnte, in Marokko, geht es auf einmal wieder los, meiner festen Ueberzeugung nach provoziert durch das französische Kapital, durch die Kolonialinteressenten, die dabei gewinnen wollen. Bezeichnenderweise ist Marokko das Land, auf das auch unsere Kolonial- und Weltpolitikphantasten schon längst ihr Auge geworfen haben, um dort einen geeigneten Stützpunkt für die deutsche Kolonial- und Weltpolitik zu erhalten. Und zwar ist es das an der Nordwestküste Marokkos gelegene Casablanca, in dem der neueste Kampf ausbrach, das sie dafür ausersehen hatten. (Hört! hört!) Wir haben sehr die Augen aufzuhalten und zu sehen, was dort vorgeht. (Sehr richtig!) Es versteht sich von selbst, daß wir eine Politik, wie sie uns neuerdings Jaurès in dieser Frage zumutet, unter keinen Umständen mitmachen können. (Sehr richtig!) Das hieße den kleinen Finger reichen, damit man uns die beiden Hände nimmt. (Sehr richtig!) Da könnten wir uns eine schöne Suppe einbrocken. Wir wollen nur wünschen, daß man auch in Berlin in dieser Frage anderer Meinung ist. Freilich sind unsere Freunde in Frankreich in einer unangenehmen Situation, und ich verstehe es, daß sie uns beteiligen möchten, weil sie sich sagen, geteilter Schmerz ist halber Schmerz. (Heiterkeit.) Aber wenn erst einmal die Häfen von Marokko unter die verschiedenen Staaten aufgeteilt sind, dann beginnt nach kurzer Zeit auch das Zanken. Es ist ausgeschlossen, daß wir in dieser Beziehung auch nur das geringste nachgeben und auf eine Politik eingehen, wie sie uns zugemutet wird. (Zustimmung.)

Es stehen uns also große, schwere, aber auch erfolgreiche Aufgaben bevor. Wir haben ein Feld der Tätigkeit, wie wir es schöner, allerdings auch opferreicher uns nicht wünschen können. Ich bin überzeugt, daß mit der Opferwilligkeit, mit der Hingabe, mit der Begeisterung, mit der bisher die Partei gearbeitet und seit Jahrzehnten von Schritt zu Schritt vorwärts marschiert ist, sie auch wieder diesen Weg marschieren wird. Wir werden alles das tun, was unsere Kräfte und Fähigkeiten zu tun uns ermöglichen. Wir sind die Kommenden, uns gehört die Zukunft, unsere Arbeiten, unsere Anstrengungen werden gelohnt werden durch den Sieg. Also auf an die Arbeit, Parteigenossen! Unser ist die Zukunft trotz alledem und alledem! (Stürmische, begeisterte Bravorufe und wiederholtes Händeklatschen.)

Die Diskussion wird vertagt.

Singer teilt mit, daß der aus Württemberg ausgewiesene englische Genosse Quelch dem Parteitag seine brüderlichen Grüße und Wünsche für erfolgreiches Arbeiten übersendet. (Lebhafter Beifall.)

Schluß 7¼ Uhr.

Vierter Verhandlungstag.

Donnerstag, den 19. September 1907. — Vormittags-Sitzung.

Vorsitzender **Singer** eröffnet die Sitzung um 9 Uhr.

In der Diskussion über die **„Reichstagswahlen und die politische Lage"** erhält das Wort:

Baudert-Weimar: Die Begründung zum Antrag 49 hat gestern Bebel uns schon gegeben, wenn er auch nicht ausdrücklich zu den Anträgen Stellung genommen hat. Einzelne Parteigenossen haben in der Presse gemeint, wir könnten nicht einen allgemeinen Beschluß in dieser Richtung fassen. Das beweist nur, daß diese Genossen von Kuhhandelsgelüsten nicht frei sind.

Die letzten Wahlen haben wieder einmal gezeigt, daß wir von dem Freisinn nichts mehr zu erwarten haben, es hat wieder die ganze reaktionäre Masse gegen uns gestanden. Die Zeiten, wo der Freisinn eine Oppositionspartei war, sind vorüber. Darum brauchen wir nicht mehr von Fall zu Fall zu entscheiden, sondern müssen eine reinliche Scheidung zwischen uns und den bürgerlichen Parteien vornehmen. (Bravo!)

Katzenstein-Berlin: Die Anträge auf Enthaltung bei Stichwahlen sind ungefähr so alt wie unsere Parteitage, und ich glaube, wir haben jetzt nicht mehr Ursache, sie anzunehmen, wie früher. (Zustimmung.) Wir stimmen für die Freisinnigen ja nicht, um sie für ihre politische Einsicht oder ihren Charakter zu prämiieren, sondern wenn ihre Wahl in unserem Interesse liegt. (Sehr wahr!) Nun sind wir allerdings nicht für alle Ewigkeit verpflichtet, den Freisinnigen Wahlhülfe zu leisten, aber den Parteigenossen eine Verpflichtung aufzuerlegen, das nicht zu tun, erscheint mir doch bedenklich. (Sehr wahr!) Die Haltung der Freisinnigen Volkspartei ist ja schließlich doch verständlich: 21 Kreise hat sie im Kampfe gegen uns, nur 7 im Kampfe gegen die Reaktion gewonnen. Legen wir also unseren Anhängern keine politische Verpflichtung auf, die doch vielleicht nicht eingehalten werden könnte. — Eine andere Frage ist die der Stichwahlkompromisse. Wir sollten die ganze Frage der Wahlkompromisse einmal hier verhandeln. Unser verrücktes Stichwahlsystem verführt ja alle zur politischen Unmoral; aber ich glaube, man kann dabei auch Mandate zu teuer erobern, wenn man statt eines ehrlichen und verständigen bürgerlichen Demokraten wie Blumenthal einen verstockten Klerikalen wie Hauß wählt. (Sehr wahr!) Wir dürfen unsere Stichwahl nicht einrichten nach dem Mandatsschacher, nicht nach der Verärgerung, sondern nach politischen Gesichtspunkten. (Sehr wahr!) — Unseren Sieg, unseren Stimmenzuwachs haben wir bei den letzten Wahlen wesentlich nur in einigen großen Städten errungen dank der verbesserten Organisation, in den kleineren Städten dagegen haben wir vielfach direkt erhebliche Verluste gehabt. Ich glaube, das kommt daher, daß wir in Deutschland so beschränkt sind auf das Industrieproletariat wie die Sozialdemokratie keines anderen Landes. Auf unsere Stellung zum Landproletariat kommen wir ja noch später zurück. Aber auch der neue Mittelstand, der nach der Behandlung der Hamburger Kapitäne oder der Techniker bei der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft uns ohne weiteres zufallen müßte, fällt den Naumann und Potthoff zu, ohne daß wir etwas dagegen tun. Nur in Mannheim, soviel ich weiß, haben viele Techniker und dergleichen für uns gestimmt. Das liegt an den allgemeinen Fehlern unserer Agitation bei dem geistigen Proletariat, dem wir bald als Akademiker mit Mißtrauen, bald mit Devotion begegnen. Vor allem haben wir einen Teil der bürgerlichen Ideologie verloren. (Die Redezeit ist abgelaufen.)

Ewald-Berlin: Den Ausführungen Bauderts habe ich nur wenig hinzuzufügen. Es ist gesagt worden, die Anträge seien alt, aber nicht besser geworden. Es kommt doch auf die Situation an, in der wir uns befinden. Früher standen die Freisinnigen in der Opposition, jetzt sind sie nichts anderes als die Konservativen, unter Umständen kann uns ein Konservativer lieber sein, weil er sich ehrlich als unser Gegner bekennt, während der Freisinnige volksfreundliche und freiheitliche Phrasen macht. Es wird gesagt, man müsse einen Unterschied zwischen Freisinnigen und Freisinnigen machen, Leute wie Träger, Schrader oder Barth sind ja ehrliche Parteileute, aber sie sind Prediger in der Wüste, und wenn sie in Versammlungen auch freiheitliche Anwandlungen haben, bei den Abstimmungen im Parlament müssen sie sich dem Parteizwang fügen. Ich habe die freisinnige Niederträchtigkeit oft am eigenen Leibe erfahren, ich habe sechsmal in der Stichwahl gestanden, davon viermal gegen Konservative, und die Freisinnigen haben meine Wahl jedesmal unmöglich gemacht. Es wird anderen ebenso gegangen sein, aber ich bin am meisten davon betroffen worden. (Heiterkeit.) Es ist vorgekommen, daß in meinem Wahlkreise den Wählern konservative und freisinnige Stimmzettel zum Aussuchen in einem Couvert vorgelegt wurden, und die Freisinnigen haben für den schwärzesten Reaktionär, Professor Kropatschek, gestimmt. Man könnte ja nun sagen, daß wir mit unseren heutigen Beschlüssen die künftigen Parteitage nicht bevormunden sollen, daß jeder Parteitag Stellung zu den Stichwahlen nehmen müsse. Aber es ist doch möglich, daß, wenn die Blockpolitik in die Brüche geht, schon im nächsten Frühjahr der Reichstag wieder aufgelöst wird. Deshalb müssen wir heute die vorliegenden Anträge annehmen, schon mit Rücksicht auf die Mitläufer, die wir zu Sozialdemokraten machen müssen, da sie sonst fragen werden: wozu sollen wir noch für Euch stimmen, wenn Ihr es fertig bringt, für einen Freisinnigen zu stimmen? (Beifall.)

Kräker-Berlin: Ich habe von jeher auf dem Standpunkt strikter Stimmenthaltung bei Stichwahlen zwischen bürgerlichen Kandidaten gestanden. Nach dem Verhalten des Freisinns bei der letzten Wahl haben wir gar keine Ursache, ihn anders zu behandeln als die Konservativen, ja ich sage sogar, die Konservativen als offene Feinde sind mir lieber als die Freisinnigen, die die Volksfreiheit nur immer im Munde führen. Wir müssen bei Stichwahlen zwischen bürgerlichen Parteien strikte Stimmenthaltung proklamieren. Wenn einzelne weiße Raben unter den Freisinnigen sind, so haben diese die Schuld genau so zu tragen wie die andern, denn wenn sie nicht mit den anderen in einen Topf geworfen werden wollen, dann müßten sie eine Partei, die solche Schandtaten begeht, verlassen. (Beifall.)

Saenger-München: Wir jüngeren Elemente in der Partei sind in den letzten Jahren oftmals mißmutig gewesen und haben uns gefragt: Wie kommt es, daß diese gewaltige Kulturbewegung der deutschen Sozialdemokratie sich so oft in Kleinigkeiten verliert? Dieser Umstand, daß wir uns so oft in Kleinigkeiten verloren, ist eine der selbstverschuldeten Ursachen der Wahlniederlage. Ich spreche offen von einer Niederlage, denn es ist nicht nur die Pflicht jedes Menschen, sondern auch jeder politischen Partei, die Wahrheit zu bekennen. Auf weitere Ursachen will ich nicht eingehen; ich halte es mit unserem Ignaz Auer, daß es richtiger ist, im politischen Leben über manche Dinge nicht zu reden und zu schreiben, sondern sie einfach zu tun. Und die Tätigkeit unserer Partei nach den Wahlen beweist ja, daß wir uns keiner Täuschung darüber hingeben, als seien lediglich „nationaler Klüngel" und die niederträchtige Kampfesweise unserer Gegner schuld an der Niederlage. Ich habe nur den Wunsch, daß jene, die die Ehre haben, an der Spitze der deutschen Arbeiterpartei zu marschieren, diejenige Selbstbeherrschung in allen Lagen

zeigen, die wir früher gewohnt waren, sie sollten namentlich vorsichtiger sein in Aeußerungen, die uns später im Wahlkampf vorgehalten werden können und in keiner Weise durch unser Parteiprogramm bedingt sind. Wir Sozialdemokraten sind weder so töricht noch so stolz, daß wir nichts lernen wollen. Andererseits kommt aber nach meiner Ueberzeugung unserer Niederlage nur die Bedeutung einer Niederlage zu, wie sie naturgemäß jede große Kulturbewegung einmal erleidet. Die Resolution gegen die Freisinnigen bitte ich abzulehnen, denn es ist geradezu eine Torheit, in einem Stadium der politischen Verärgerung eine Taktik für 5 Jahre festzulegen. (Sehr richtig!) Sie erreichen damit nichts anderes, als das sie im gegebenen Moment nicht gehalten wird. Die politische Lage ist für uns durchaus nicht ungünstig. Die letzten Parteitage haben eine ruhigere Entwickelung bei uns angebahnt, die preußische Wahlrechtsbewegung wird zeigen, daß in der Praxis die sogenannten Radikalen und Revisionisten gemeinsam kämpfen, und die Blockpolitik hat die freisinnigen Staatsmänner in eine arge Zwickmühle gebracht. Zweifellos blickt die gesamte politische Welt Deutschlands mit besonderem Interesse auf diesen Parteitag, auf dem wir uns nach der Enttäuschung dieses Frühjahres zum ersten Male wieder aussprechen. Den ignoranten liberalen Kritikern aber, die glauben, daß die sozialdemokratische Partei keine Niederlage ertragen könnte, denen antworte ich mit dem Fürsten Bismarck, daß wir Sozialdemokraten nichts, gar nichts in der Welt fürchten. Wo ist ein Sozialdemokrat in Deutschland, dessen Siegeszuversicht für die Zukunft erschüttert wäre? der nach den letzten Reichstagswahlen nicht gesagt hätte: „Jetzt erst recht!" In der Arbeiterklasse ruhen nach wie vor die Wurzeln unserer Kraft, und mit dem Blick auf die deutschen Arbeiter halten wir uns den Kopf klar über alle Leidenschaften des Tages. (Beifall.) Eines sei dem deutschen Bürgertum gesagt: wenn die alte Generation des Sozialistengesetzes einmal nicht mehr sein wird, sie kann das Erbe ruhig in andere Hände geben, es wird eine neue Generation kommen, die der alten gleicht. (Bravo!) Das mag das deutsche Bürgertum ein für allemal behalten, jetzt und für alle Zukunft. Wir bleiben Sozialdemokraten, wie wir Sozialdemokraten sind, wir kämpfen weiter, bis die Staatsherrschaft auf der Freiheit der deutschen Arbeiterklasse begründet ist, wir kämpfen weiter in alter Treue für Demokratie und Sozialismus bis ans Ende. (Beifall.)

Frenzel-Stollberg: Im sächsischen Erzgebirge ist die Bevölkerung noch sehr rückständig; unsere Agitation kann dort nur von Mund zu Mund und durch Broschüren betrieben werden; Volksversammlungen werden uns dort unmöglich gemacht. Die Freisinnigen haben es um uns hundertmal verdient, daß wir sie nicht mehr unterstützen. Damit werden wir in unserer Gegend speziell noch am meisten Erfolge erzielen.

Günther-Cottbus: Wir haben wohl alle nicht geglaubt, daß die Freisinnigen soweit nach rechts Anschluß suchen würden, wie es bei den letzten Wahlen geschehen ist. Selbst einem so reaktionären Manne wie von Dirksen hat der Freisinn Gefolgschaft geleistet. Wie leicht die Liberalen ihre Grundsätze preisgeben, dafür ist auch unser Kreis ein sprechendes Beispiel. Wir können ihnen kein Vertrauen schenken, das würde die Masse der Arbeiter nicht verstehen. Daher bitte ich Sie, dem Antrage 53 zuzustimmen.

Zorn-Fürth: Bei uns gehört der Vorstand der freisinnigen Partei zum Reichslügenverband, wir hätten also allen Anlaß, den vorliegenden Anträgen zuzustimmen. Aber wir dürfen uns in dieser Richtung nicht festlegen, sonst könnten recht schlimme Folgen für uns daraus entstehen. (Sehr richtig!) Wir können wohl in die Lage kommen, in der Stichwahl für einen Freisinnigen zu stimmen, der sich gegen gewisse reaktionäre Gesetze erklärt. Ich bitte Sie daher, gegen die Anträge zu stimmen. (Bravo!)

Drescher-Elberfeld: Der Wahlaufruf des Parteivorstandes, der uns aufforderte, lieber für das Zentrum als für Liberale zu stimmen, ist uns sehr unbequem gewesen. In Elberfeld-Barmen hat das Zentrum geschlossen gegen uns für den evangelischen Mucker gestimmt. Wenn hier am Niederrhein die Wahlen nicht nach den Wünschen des Zentrums ausgefallen sind, so haben wir das dem Klasseninstinkt der Bergarbeiter zu verdanken. Die christlichen Gewerkschaften haben mit aller Verve gegen uns gearbeitet, sie sind nach und nach zu einer selbständigen Sprengkolonne uns gegenüber geworden, während im Wahlkreise Bielefeld die katholischen Bauern für uns gestimmt haben. Das Zentrum ist durch und durch reaktionär, während der Liberalismus doch immerhin unsere wirtschaftliche Entwickelung vorwärts schieben will. Wenn uns einmal empfohlen wird, mit den bürgerlichen Parteien zusammenzugehen, und nun gefordert wird, unter keinen Umständen mit bürgerlichen Parteien zu paktieren, so entspricht das so recht dem deutschen Volkscharakter, wir fallen aus einem Extrem ins andere. Ich bitte, die Anträge abzulehnen, die verlangen, daß bei Stichwahlen kein Liberaler unterstützt werden solle. Sympathischer ist mir der Antrag Aachen, wonach wir gewissermaßen an die in Stichwahlen stehenden Parteien Mindestforderungen stellen sollen. Unter den bisherigen Umständen darf uns aber nicht mehr zugemutet werden, weiter mit dem Zentrum zusammenzugehen.

Schmalfeld-Bremerhaven: Bereits auf dem Parteitag in Gotha im Jahre 1876 ist beschlossen worden:

> Bei engeren Wahlen zum Reichstage, bei denen der sozialistische Kandidat ausgeschlossen ist, enthalten sich die Sozialdemokraten der Abstimmung, da alle anderen Parteien laut Programm uns gegenüber eine reaktionäre Masse bilden. In einzelnen speziellen Fällen jedoch, wo ein gegnerischer Kandidat in Frage steht, welcher wenigstens die politischen Forderungen der Partei und die in bezug auf den Schutz der Arbeiterklasse gegen die Kapitalmacht innerhalb der heutigen Gesellschaft aufgestellten Forderungen billigt, kann der Kandidat einer anderen Partei in engerer Wahl unterstützt werden, vorausgesetzt, daß die zur Leitung der Wahl seitens des Kongresses eingesetzte Behörde damit einverstanden ist.

Was hat sich denn seit 1876 zugunsten der bürgerlichen Parteien geändert? Mit Recht hat mein Vorredner gesagt, daß wir nicht nur den Freisinnigen, sondern auch dem Zentrum wie überhaupt jeder bürgerlichen Partei die Unterstützung verweigern müssen. Bebel hat ja gestern ausdrücklich erklärt, daß die Bourgeoisie reaktionärer geworden sei. Würden wir gewisse Mindestforderungen verlangen, ach, diese Forderungen würden von allen versprochen, aber nicht gehalten werden. Auf wirtschaftlichem Gebiete sind die Freisinnigen die ärgsten Scharfmacher. Während der Wahl haben sie hoch und heilig versichert, daß sie Freunde des Koalitionsrechts sind, aber kurz nachher haben ihre Führer geschrieben: Los von den freien Gewerkschaften! Es ist nicht zu erwarten, daß die Freisinnigen auch nur in einer einzigen Frage Hand in Hand mit uns gehen. Wo sie das Heft in den Fingern haben, in den Einzellandtagen und Kommunalvertretungen, da haben sie die Wahlgesetze in reaktionärem Sinne geändert. Nun wird gesagt, wir können uns nicht binden. Aber in gewissem Sinne haben wir uns doch schon 1876 gebunden. Wir müssen unter allen Umständen klipp und klar erklären, welche Stellung wir bei Stichwahlen zwischen bürgerlichen Parteien einnehmen. Jetzt sagen sich die Freisinnigen: Wir können machen, was wir wollen, wir können jede freiheitliche Regung niedertrampeln, denn ihr müßt uns ja doch wählen! Durch die jetzige Taktik wird nur Verwirrung in unseren eigenen Reihen angerichtet, wir dürfen nicht mehr die Freisinnigen sang- und klanglos als das kleinere

Uebel betrachten. Zu erwarten haben wir von ihnen nichts, in Militärfragen bewilligen sie den letzten Knopf, in Kolonialfragen den letzten Mann, und auch in Steuerfragen sind sie jetzt gezwungen, alles zu bewilligen. Seitdem die Freisinnigen zum Block übergegangen sind, seitdem sie sich der Reaktion in die Arme geworfen haben, können sie keine Opposition mehr treiben. Wenn es heißt, dem Volke einen Maulkorb umzulegen, dann bin ich überzeugt, dann werden die Freisinnigen einige schöne Reden halten, aber innerlich werden sie vor Freude beinahe platzen, wenn Zwangsgesetze gegen uns zustande kommen. Unter normalen Verhältnissen dürfen wir keine bürgerliche Partei unterstützen. Sollten die Verhältnisse sich ändern, sollte der Jungliberalismus sich bessern, — ich glaube an diese Besserung nicht — dann wären wir immer noch zu einer anderen Stellungnahme in der Lage. (Die Redezeit ist abgelaufen.) Ich möchte dann nur noch wünschen, daß die Bebelsche Rede als Sonderabdruck erscheint, sie wird uns bei der Agitation gute Dienste leisten. (Beifall.)

Leber-Jena: Ich bin mit dem Antrag Weimar nicht einverstanden. Ich hätte es verstehen können, wenn in der Erbitterung über die Reichstagswahlen ein solcher Beschluß zustande kam (Sehr richtig!), aber nachdem die Generalversammlung für Weimar I ein halbes Jahr nach der Reichstagswahl stattfand und die Situation klar war, mußten die Genossen wissen, daß ein solcher Beschluß nicht gefaßt werden konnte, in welchem wir uns auf 5 Jahre festlegen. Prüfen wir deshalb, ob wir für gegnerische Kandidaten bei Wahlen eintreten können, von Fall zu Fall. Die Eisenacher Genossen, denen durch den Verrat der Freisinnigen, die für den Reaktionär Schack stimmten, das Mandat verloren ging, hätten alle Ursache, einen solchen Antrag zu stellen, aber wir halten eine solche Verärgerungstaktik nicht für richtig. — Genosse Bebel hat uns empfohlen, mehr mit den christlichen und Hirsch-Dunckerschen Arbeitern zusammenzuarbeiten. Gewiß halten wir alle das wohl für sehr wünschenswert, aber Genosse Bebel unterschätzt die Schwierigkeiten in der Kleinarbeit. Heute finden wir fast in jeder Nummer der Gewerkschaftszeitungen, z. B. auch in der „Metallarbeiterzeitung", lange Artikel, die sich gegen die Christlichen und die Hirsch-Dunckerschen wenden. Ich habe mir immer gesagt, schade um die Druckerschwärze, man soll wohl die Führer dieser Organisationen kennzeichnen, in welch unverantwortlicher Weise sie die Arbeiter gegen die modernen Gewerkschaften aufhetzen und somit die Aufklärungsarbeit erschweren, aber den Mitgliedern klar machen, daß sie mit uns gemeinsam arbeiten müssen, und sie nicht vor den Kopf stoßen. (Sehr richtig!) Den Ausführungen Bebels über die Frauenbewegung kann man wohl zustimmen. Leider widmen sich die Genossen noch viel zu wenig der Organisation der Frauen, die doch für uns sowohl in den Gewerkschaften wie in der Partei so außerordentlich wichtig ist. (Sehr richtig!)

Dr. Lauffenberg-Düsseldorf: Auch ich bin in die Notwendigkeit versetzt, einen Antrag empfehlen zu müssen, der uns auf 5 Jahre die Hände binden würde. Ich entledige mich dieser Pflicht. Persönlich bemerke ich jedoch, daß in Stichwahlen die Personenfrage eine zu wichtige Rolle spielt, als daß wir uns im vorhinein festlegen dürften. Wichtiger als die vorliegenden Anträge scheint mir die Kritik, die an der Stichwahlparole des Parteivorstandes geübt werden muß. (Sehr richtig!) Diese sollte sich offenbar gegen den Block richten. Der Parteivorstand führte als Parteien, die unter keinen Umständen in den Stichwahlen zu unterstützen seien, Konservative, Reichspartei, Bund der Landwirte, Antisemiten und Nationalliberale auf. Die Kandidaten der anderen Parteien, darunter also Freisinn und Zentrum, sollten Wahlhülfe erhalten, wenn sie sich für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht, gegen jeden Versuch einer Beschränkung des Koalitionsrechts und gegen jedes wie immer geartete Ausnahmegesetz erklärten. Es sind die Parteien so gruppiert und abgestuft, daß Zentrum und Freisinn — und zwar nicht nur einzelne Personen, sondern diese Parteien als ganzes — gewissermaßen eine gute Note erhalten, wiewohl sie ebensowenig taugen wie Nationalliberale und Konservative. (Sehr richtig!) Die Durchbrechung der Antiblockparole zugunsten des Freisinns war schon auffällig genug angesichts der Rolle, die es bei der Blockbildung gespielt hatte. Vollends unverständlich aber ist die Parole zugunsten des Zentrums. Wem verdanken wir denn die reaktionäre Politik der letzten zehn Jahre? Seit 1895 und selbst seit 1890 ist das Zentrum für alle reaktionären Maßnahmen im Reichstag eingetreten; ihm verdanken wir die Flotten- und Kolonialpolitik, das ungeheure Anwachsen der Militärlasten, die ungeheure Belastung des Volkes durch die Wuchergölle, die Verpfuschung der Sozialreform und eine ganze Anzahl weiterer reaktionärer Maßnahmen. (Sehr richtig!) Die zu stellenden Forderungen waren durchaus ungenügend. Auch Konservative erklären in Wahlzeiten, sie seien nicht gegen das Reichstagswahlrecht, nicht gegen das Koalitionsrecht, sie sagen, auch sie seien Gegner von Ausnahmegesetzen. Aber wie kommt die Sache nachher? Wir waren noch stets die Betrogenen. Bebel betonte selbst, das Zentrum giert nach dem Block; 1908 meinte er, würde die Blockpolitik mit Einschluß des Zentrums in Szene gesetzt worden sein. Damit hat er uns nichts Neues gesagt. (Zuruf Bebels: War auch nicht meine Absicht!) Auf dem niederrheinischen Parteitag vor zwei Jahren sprach sich die Mehrzahl der Delegierten bereits in diesem Sinne aus. Das Zentrum ging in vielen Wahlkreisen gegen uns, auch in Süddeutschland, wie ich denen bemerken möchte, die etwa vom süddeutschen Zentrumsflügel eine andere Haltung erwartet hatten. Ich erinnere an das seit langen Jahren bestehende Wahlkartell zwischen Zentrum und Konservativen in Schlesien, das nicht einmal durch die Blockpolitik gestört wurde. Das Zentrum ist der Prototyp des Reichsverbandes, und gerade während der letzten Wahlen leistete es sich Gemeinheiten, die nicht einmal vom Reichsverband erreicht wurden. All das spricht gegen die Stichwahlparole des Parteivorstandes. Die „Rhein. Ztg." machte sofort nach dem Erscheinen dagegen Front. Ich habe ihre Auslassungen damals nicht gebilligt, weil ich sie für taktisch unklug hielt. Aber in der Sache gaben die rheinischen Parteigenossen dem Kölner Blatte recht.

Man läßt sich noch immer viel zu sehr von der sogenannten demokratischen Vergangenheit des Zentrums blenden. Sie ist ein Humbug, ein Märchen. Die demokratischen Allüren waren rein opportunistischer Natur, geboren aus der politischen Situation der siebziger Jahre. Aber grundsätzlich war damals das Zentrum, was es heute ist, theoretisch hat es sich nicht gewandelt. Theoretisch ist es reaktionär bis auf die Knochen, der natürliche Verbündete der Konservativen, über die es grundsätzlich noch hinausgeht. (Sehr richtig!) Auch heute sind die Bauern, Handwerker und Mittelschichten des Zentrums demokratisch, aber diese Demokratie ist nur eine Form, ein Mantel der Reaktion. Reaktionär dem Wesen und der Wirkung nach sind auch die klerikalen Arbeiterorganisationen. Das Zentrum ist der Träger der Arbeiterzersplitterung. Es wettert wohl gegen das „liberale" Kapital und doch ist es gerade das Zentrum, das die Arbeiterzersplitterung für die herrschenden Klassen ebenso vorbildlich betrieben hat, wie es das Muster abgab für den Lügenverband. Die Zersplitterung der Arbeiter gewinnt immer größere politische Bedeutung, und für die Partei, die am skrupellosesten die Interessen des Kapitals besorgt, die die Arbeiterzersplitterung am wirksamsten betrieben hat, für sie sprach sich die Stichwahlparole des Parteivorstandes aus. (Sehr richtig!)

Dann möchte ich mich noch wenden gegen die Unkenrufe, die sich vielfach breitmachen und die uns zur Leisetreterei mahnen. Gerade die jetzige Situation zwingt uns nach meiner Auffassung in die entschiedenste Opposition und Kampfesstellung gegenüber den bürgerlichen Fraktionen im Reichstage und zu den bürgerlichen Parteien draußen im Lande. Entschieden und entschlossen haben wir anzugreifen im Reichstage und auch anderwärts. Nennen Sie es meinetwegen, um einen Ausdruck des Genossen Stadthagen zu gebrauchen, „ruppiger" werden (Heiterkeit und Zustimmung), aber es gilt jetzt unabläßigen, hartnäckigen, energischen Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft, den Kampf bis aufs Messer. (Beifall.)

Kinkel-Göppingen: Die württembergische Regierung hat genau so wie alle anderen Regierungen alles gegen uns aufgeboten. War es da angebracht, ihr ein Vertrauensvotum zu erteilen, wie es die sozialdemokratische Landtagsfraktion durch Zustimmung zum Etat getan hat? Der württembergische Etat gibt auch keine Veranlassung, ihm zuzustimmen, denn er enthält Mittel, die wir nicht bewilligen dürfen. Ich möchte den Parteitag fragen, ob die Verhältnisse in Württemberg so waren, wie sie der letzte Absatz der Lübecker Resolution im Auge hat.

Molkenbuhr: Ich möchte davon abraten, irgendeinen Beschluß über unsere Stellungnahme zu etwaigen Stichwahlen zu fassen. Wir müssen uns immer nach der politischen Situation richten. Es handelt sich bei der Stichwahl ja niemals darum, ob wir einen Gegner wählen wollen, sondern darum, daß wir einer bestimmten Strömung in der Gesetzgebung Geltung verschaffen wollen. Es können Wahlen in einer Zeit stattfinden, in der eine bestimmte Frage im Mittelpunkt der Diskussion steht. Ich will einmal annehmen die Zollpolitik. In einer solchen Situation müßten wir alle Macht daran setzen, eine Mehrheit von Zollgegnern in den Reichstag zu bringen. Wir müßten dann auch Freisinnige wählen. Wenn aber, wie dieses bei den letzten Wahlen der Fall war, die Freisinnigen alle Kraft einsetzen, die Gegner ihres eigenen Programms zu wählen, und es sich übersehen läßt, daß durch die Stimmen des Freisinns eine agrarische Mehrheit in den Reichstag kommt, dann haben wir gar kein Interesse daran, noch Freisinnige zu wählen. Da kann es uns gleichgültig sein, ob die agrarische Mehrheit über 10 oder über 50 oder 60 Stimmen über die Hälfte der Mandate verfügt. Können wir den politischen Zweck, für eine bestimmte Frage eine Mehrheit zu schaffen, nicht erreichen, dann können wir den Freisinn in sein selbst gegrabenes Grab verscharren. Ob solche Situationen vorliegen, können wir aber erst bei den Stichwahlen selbst beurteilen. Aber auch aus denselben Gründen, aus denen in vielen Kreisen die Stimmung gegen den Freisinn entstanden ist, glaube ich, haben auch unsere rheinischen Genossen gerade die letzte Wahlparole des Parteivorstandes falsch verstanden und eine Stellung dazu eingenommen, die aus der Sache nicht zu rechtfertigen ist. Gewiß ist das Zentrum so reaktionär wie nur irgend eine Partei. Trotzdem kann es aber hier und da Fragen geben, wo wir mit dem Zentrum zusammengehen, um Verschlechterungen zu verhindern. Gegen die Nationalliberalen haben wir ja immer Stellung genommen, weil sie früher das Sozialistengesetz unterstützt und jede reaktionäre Politik in Militär-, Steuerfragen, sogar in agrarischen Fragen getrieben haben. Freilich, wird Laufenberg sagen, das Zentrum auch. Aber wie stand es bei den diesmaligen Wahlen? Einmal doch so, daß Fürst Bülow ganz offenbar Front machte gegen jede Weiterbildung der Arbeiterpolitik. In seinem bekannten Brief an Liebert hatte er bereits gesagt, daß für die deutschen Arbeiter so gesorgt ist, wie in keinem anderen Lande der Welt. Das war doch nichts anderes als die offene Parole, mit jeder Sozialpolitik soll Halt gemacht werden. (Sehr richtig!) Dieser Satz war es auch, der die Großfabrikanten bewog, nun Bülow kolossale Summen bei der Wahl zur Verfügung zu stellen. Sie bezahlten damit dafür, daß keine weitere Arbeiterschutzgesetzgebung gemacht wird. (Sehr richtig!) Um diese Pläne zu durchkreuzen, mußten wir eventuell mit dem Zentrum gehen, weil das Zentrum schließlich immer gezwungen ist, für die Industriearbeiter hier und da einige Vorteile herauszuschlagen. Ich kann es ja begreifen, wenn die niederrheinischen Genossen ein wenig verärgert sind über den Wahlschacher, den das Zentrum in Düsseldorf und Elberfeld getrieben hat, aber wir wählen unsere Parole, wie gesagt, nicht zu dem Zwecke, um das Zentrum oder den Freisinn zu unterstützen, sondern unsere Parole muß aus rein sachlichen Erwägungen gegeben sein, sie muß darauf Rücksicht nehmen, was in der nächsten Zeit für Vorlagen kommen, und wenn wir mit Rücksicht auf solche Vorlagen die Richtung stärken können, die wir in der Gesetzgebung vertreten, so haben wir das unter allen Umständen zu tun. (Bravo!)

Schneider-Straßburg i. Els.: Die Stellung der reichsländischen Sozialdemokratie zur Stichwahl hat ja bekanntlich eine scharfe Kritik hervorgerufen. Wie war die Lage? Die politischen Verhältnisse im Reichslande sind ganz anders, als im übrigen Deutschland, wir haben dort eigentlich nur die Parteien: Sozialdemokratie, Zentrum und Liberale, wozu in Lothringen noch die partikularistische Partei der Lothringer kommt. Wir haben überall selbständige Kandidaten aufgestellt, wir bekämpfen alle bürgerlichen Parteien, insbesondere den Block, der sich bei uns aus Liberalen und Demokraten zusammensetzt. Noch bevor der Stichwahlaufruf des Parteivorstandes erschien, traten wir mit einer eigenen Wahlparole hervor. Wir verlangten, daß die Kandidaten, die wir unterstützen sollten, sich verpflichteten auf folgende 10 Punkte: 1. Gegen jede weitere Ausgaben für Kolonien, 2. gegen jede weitere Verstärkung von Heer und Flotte, 3. für Abschaffung aller indirekten Steuern und Zölle auf notwendige Lebensmittel, Oeffnung der Grenzen für Schlachtvieh und Fleisch, 4. für progressiv steigende Reichseinkommen- und Vermögenssteuer, 5. für Erweiterung der Volksrechte, insbesondere allgemeines, gleiches, direktes, geheimes Wahlrecht für alle öffentlichen und gesetzgebenden Körperschaften, 6. gegen Ausschaltung des Reichstages als gesetzgebender Faktor für Elsaß-Lothringen, solange das allgemeine, gleiche, direkte, geheime Wahlrecht zum Bundesausschuß nicht eingeführt ist, 7. Sicherstellung des Koalitionsrechts, 8. Ablehnung des Gesetzentwurfs über die sogenannte Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, 9. Selbstverwaltung und Vereinheitlichung aller Arbeiterversicherungsgesetze, 10. gegen jedes wie immer geartete Ausnahmegesetz. Mit dieser Parole haben wir in der Parteipresse keinen Widerspruch erfahren, im Gegenteil, das „Hamburger Echo" hat uns sogar gelobt und geschrieben: „Das ist ungefähr das Aktionsprogramm der Sozialdemokratie für die nächste Zeit. Im Grunde bedeuten die Bedingungen Wahlenthaltung der Sozialdemokratie angesichts des jämmerlichen Verhaltens des Liberalismus und der Demokratie." Und nun kommt man hierher und wirft uns vor, daß wir den großen Demokraten Blumenthal in zwei Wahlkreisen haben fallen lassen! Für uns schied die Person Blumenthal als politischer Faktor vollkommen aus, nachdem er sich mit den Liberalen zum Block verbündet hatte; er war nicht mehr der Demokrat, der er früher war, er ging als Mitglied der Blockparteien Hand in Hand mit der Regierung und hat sich die Unterstützung der Regierung und des Reichsverbandes gefallen lassen. (Hört! hört!) Dazu kam, daß Blumenthal ebensowenig wie der Zentrumskandidat sich für unsere Stichwahlparole erklärte. Da konnte es uns doch wirklich gleichgültig sein, ob ein schwarzer oder ein blauer Regierungsfreund in den Reichstag einzieht.

Die Parole der Wahlenthaltung, die wir ausgegeben haben, war in der damaligen Situation die einzig richtige. Davor, daß wir uns auf eine bestimmte Taktik für immer festlegen, möchte ich warnen.

Katzenstein-Berlin: Die Ausführungen der Vorredner haben das bestätigt, was wir schon gewußt haben, und sie haben die Tatsache nicht entkräften können, daß wir durch unser Verhalten im Elsaß zu einer Verschiebung der bürgerlichen Parteien im Reichstage beigetragen haben, die ich für bedauerlich halte. Laufenberg hat richtig gesagt, daß unsere Haltung bei den Stichwahlen zum guten Teil auf Personenfragen hinauskommt. Wenn er aber dann gewissermaßen meinte, daß wir rupiger auftreten müßten, so ist nach meiner Ansicht uns nicht damit gedient, wohl aber mit einem entschiedenen grundsätzlichen Auftreten, mit radikalen Forderungen, die durchführbar sind, und mit denen wir die uns noch fernstehenden Kreise der Proletarier heranziehen können. Ich sprach vorhin von bürgerlichen Idealisten. Wir haben eine Anzahl unsicherer Kantonisten gehabt, die mit der Sozialdemokratie liebäugeln und vielleicht auf der Börse herumlaufen, wenn sie eine Geburtsgratulation von Bebel vorzeigen können usw. Daß wir an derartigen Leuten nichts verlieren, darüber sind wir einig. Aber im allgemeinen dürfen wir die Mitläufer nicht abstoßen, wir versuchen ja auch, bei den Wahlen ihre Stimmen zu bekommen; es handelt sich da vielfach um ehrliche Idealisten, die nur keine ausgeprägten Politiker sind. Die Konstellation, unter der wir in die Wahl eingetreten sind, war ungünstig. An Kreisen, die sich um die Münchener „Jugend" scharen, und ähnlichen, verlieren wir nicht viel. Aber es hat eine Reihe von Mißständen und Imponderabilien gegen uns gewirkt, und wir haben bei den letzten Wahlen auch wohl eine Quittung für eine Reihe innerer Vorgänge erhalten, die wir alle bedauert haben. Es gibt kein schöneres Gefühl, als wenn wir begeistert dem Feinde entgegentreten können; es hat aber damals Momente gegeben, in denen die Begeisterung gedämpft war und man nach außen hin Entschuldigungsgründe suchen mußte. Unsere österreichischen Genossen haben Erfolge erzielt. Gewiß war die Konstellation für sie günstig, aber auch ihre Taktik war entsprechend. Die österreichische Partei kann auch in dieser Hinsicht vorbildlich für uns sein. Man folgt dort einer guten und schönen Taktik, die nicht vor der Straße, im Notfall nicht vor Blut zurückschreckt, wohl aber vor schmutzigen und häßlichen Worten und vor dem Bruderkampfe. Mancher ist zu uns gekommen, nicht aus materiellen Gründen, sondern weil ihm unsere Partei die Partei der Freiheit und Brüderlichkeit gewesen ist. Der Nachwuchs aus diesen Kreisen hat sich außerordentlich verringert. Da wirken soziale Gründe mit. Wir verlieren auch an denen, die uns dadurch entgangen sind, nicht allzu viel. Aber die ganze Stimmung macht doch sehr viel aus, aus der man sich zu der Bewegung hingezogen fühlt. Die Freiheit im Innern hat manchmal recht bedenklich gefehlt; es sind Gegensätze nicht bloß mit grundsätzlicher Schärfe, sondern mit persönlicher Gehässigkeit und mit dem Appell an die Existenzfrage ausgefochten worden, und es ist ein verflucht bitteres Gefühl, wenn man das mit ansehen muß: wenn der etwas geschrieben hat, so wird es gelobt, und wenn der etwas geschrieben hat, so wird es heruntergerissen. Wir haben das neulich gesehen in dem Streit um das Nachrichtenbureau. Wir müssen das schätzen, was aus ehrlicher Ueberzeugung gesagt wird, wir dürfen kein Sykophantentum aufkommen lassen, wie es sich in der Kirche breitmacht. Dem soll man aus Gründen des guten Geschmacks und der Reinheit der Partei entgegentreten. Dann mögen die Gegner kommen wie sie wollen. Wenn wir uns so einig sind in der ganzen Grundgesinnung, vor allem in dem Bewußtsein, für ein großes Ziel uns einzusetzen, dann können wir wohl gelegentlich Rückschläge erleiden, aber diese können

unseren Siegeszug nicht aufhalten, und so werden wir völkerbefreiend wirken. (Beifall.)

Dr. **Arons**-Berlin: Ich möchte Sie bitten, die Anträge zur Stichwahltaktik, die hier vorliegen, abzulehnen. Es ist ja ganz außerordentlich schwer, auch nur über eine bestimmte Partei ein endgültiges Urteil abzugeben. Bebel hat uns gestern dargelegt, wie die Zentrumspartei je nach der augenblicklichen Situation in den verschiedenen Ländern eine ganz verschiedene Stellung einnimmt, wie die Zentrumspartei in Bayern für die Wahlrechtsverbesserung in unserem Sinne eingetreten ist, und wie dieselbe Zentrumspartei in Württemberg für ein ständisches Wahlrecht einzutreten versucht hat. Zu unserer aller Freude wahrscheinlich, und mit Recht, bemüht sich der „Vorwärts" augenblicklich, in Preußen die Freisinnigen und die Zentrumspartei scharf zu machen für ein Vorgehen in der Wahlrechtsfrage. Ja, was soll es denn dann, wenn wir gleichzeitig beschließen, die Leute mögen tun, was sie wollen, unterstützen wollen wir sie in keinem Fall. Es ist mit Recht im „Vorwärts" hervorgehoben worden, daß in Preußen bei der schwierigen Situation dort ein Zusammenfassen aller Elemente, die zu einem Kampfe gegen das Junkertum zu haben sind, stattfinden muß, und in demselben Augenblick bringt man uns Anträge: auf keinen Fall ein Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien. Von Kompromissen und Kuhhandel ist gar nicht die Rede, es handelt sich nur um die Frage: sollen wir uns unseren Wahlkampf erschweren oder erleichtern? Wenn es einen Kampf gilt, so kann ich mir vornehmen, von diesem oder jenem Mittel keinen Gebrauch zu machen, aber wenn der Gegner schon vorher weiß, wovon ich keinen Gebrauch mache, so ist diesem ja der Kampf außerordentlich erleichtert. Die Taktik muß in jedem Augenblick erwogen werden, sie läßt sich nicht auf Parteitagen festlegen. Im besten Falle wird sich wohl für die Anträge eine „überwältigende Minderheit", wie Gemoll gestern sagte, finden, ich bitte jedenfalls, sie abzulehnen.

Ich möchte noch hinweisen auf einen anderen Punkt, den Bebel gestern berührt hat. Er sprach von der immer wachsenden Konzentration des Kapitals gegenüber den Verbänden der Arbeiter und betonte die Notwendigkeit, daß auch innerhalb der Arbeiterschaft die Gegensätze möglichst zurückgedrängt und die gemeinsamen Interessen mehr propagiert würden. Ich bedauere es, und ich glaube, ein großer Teil der Anwesenden bedauert es mit mir, daß ein Mann in unserer Mitte fehlt, der die von Bebel empfohlene Taktik gerade hier im Ruhrrevier mit großer Energie und mit großem Erfolge vertreten hat — ich meine den Genossen Hue-Bochum. Er ist durch die Teilnahme am Internationalen Bergarbeiterkongreß verhindert, hier zu sein. Es wäre sehr wünschenswert gewesen, wenn er gerade gegenüber den Ausführungen Liebers in bezug auf die Schwierigkeiten einer solchen Taktik, uns ein Bild hätte geben können davon, wie hier gearbeitet worden ist und welche Erfolge damit bereits erzielt worden sind. Ich hoffe, daß wir alle unseren Aufenthalt im Ruhrrevier benutzen, um gerade diese Anregung, die uns Bebel gegeben hat, weiter zu verfolgen und zu studieren. (Bravo!)

Es ist ein Antrag eingegangen, das Referat Bebels als Broschüre herauszugeben und zum Selbstkostenpreise abzugeben.

Rieke-Braunschweig: Den trefflichen Ausführungen Bebels habe ich nur wenig hinzuzufügen. Zu leugnen ist nicht, daß das Resultat der letzten Wahl deprimierend auf die Genossen eingewirkt hat, da früher sichere, langjährige Wahlkreise verloren gegangen sind. Zu diesen gehörte auch der Kreis I Braunschweig-Blankenburg. Hier haben wir mit keinen geschlossenen Parteien zu rechnen, sondern mit einem Urbrei aus Welfen, Freisinnigen und Nationalliberalen. Die Welfen, deren Hoffnung schon zweimal getäuscht wurde, ihren

sogenannten angestammten Herzog auf den Thron zu bringen, kommen als Partei nicht in Betracht. Dem Reichslügenverband standen bei seiner Hetze nicht nur 474 Blätter vom bedeutenden Organ bis zum kleinsten Kreisblättchen zur Verfügung, sondern auch die sich nun bildenden Mittelschichten von Staats-, Post-, Bahn-, Gemeindebeamten und Lehrern, von denen früher ein großer Teil sich passiv verhielt oder für den sozialdemokratischen Kandidaten stimmte. Von der Agitation in diesen Kreisen war wenig an der Oberfläche zu merken, daher war sie um so gefährlicher, wie auch das Heranholen anderer Nichtwähler. Mit dem Auto ging es von Haus zu Haus, selbst Leute wurden herangeschleppt, die eigentlich mit dem Leben schon abgeschlossen hatten. Dank dieser wüsten Agitation besonders unter den Lehrern fielen denn auch bei den folgenden Stadtverordnetenwahlen drei unserer Mandate den Bürgerlichen in die Hände. Bei der letzten Wahl wurden uns öfter schriftliche und mündliche Aeußerungen des Genossen Calwer als Knüppel zwischen die Beine geworfen: Ihr Calwer hat gesagt ... Ihr Calwer hat geschrieben ... Dagegen mußten wir kämpfen. Nebenbei: unsere Broschüren sind zu teuer; Auers Lebensbild von Bernstein, Bebel über die parlamentarische Tätigkeit müßten nicht 50 oder 60 Pf., sondern 10 Pf. kosten. Nun zu etwas anderem: Der dritte braunschweigische Wahlkreis Gandersheim-Holzminden hielt am 4. August d. J. seine Kreiskonferenz ab, wo auch die bisherige Kandidatur des Genossen Calwer auf der Tagesordnung stand. Calwers Kandidatur wurde auf dieser Konferenz einstimmig abgelehnt. In der „Leipziger Volkszeitung" hat Calwer behauptet, es sei keinerlei Mißstimmung im Kreise gegen ihn vorhanden gewesen, die jetzige Situation sei erst seit der Anwesenheit Antricks als Parteisekretär in Braunschweig entstanden. Bürgerliche Blätter haben dann von einer Beeinflussung durch den Parteisekretär oder durch andere Parteiinstanzen geschrieben. Ich erkläre hier ehrlich und offen, daß alle diese Bezichtigungen unwahr sind. Genosse Calwer hat durch sein Verhalten bei der letzten Wahl das Maß selbst zum Ueberlaufen gebracht. Er hat durch seine Schriften vor und während der Wahlbewegung den Gegnern Material zu unserer Bekämpfung geliefert. Seine Flugblätter, die jeder Welfe oder Freisinnige unterschreiben konnte, weigerten sich die Genossen zu verbreiten. Ich verweise auf die Artikel in den „Sozialistischen Monatsheften" über die Statistik des Dresdener Magistrats, sowie auf seine Behauptung, daß der deutsche Arbeiter trotz Zollerhöhung billigeres Brot esse als der englische. In einer Versammlung erklärte er, es sei unwahr, daß die jetzigen Wahlen Hungerwahlen seien. Ein andermal wieder sagte er: „Ich kann nicht begreifen, daß man mir die Säle abtreibt, ich bin doch ein so gemäßigter Sozialdemokrat". Calwer hatte durch seine laxe Agitation bereits früher im Wahlkreise große Mißstimmung gegen sich erregt. Doch jetzt wurde es den Genossen zu bunt, zumal Calwer in einer Versammlung in Hohlenberg, als ein Gegner die unverschämte Behauptung aufstellte, Bebel sei der blutdürstigste Mensch, meinte: „Der August ist nun einmal so durch seine langjährige Tätigkeit geworden". Dies ist der wirkliche Sachverhalt. (Hört! hört!)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Schaaf-Haan: Die Stichwahlparole des Parteivorstandes hat große Unzufriedenheit hervorgerufen. Das Verhalten Eickhoffs, der in unserem Kreise aufgestellt war, hat doch bewiesen, daß der Freisinn zu der einen reaktionären Masse gehört; er ist da angelangt, wo die Konservativen stehen. Wir müssen einmal reine Bahn schaffen und nicht immer Klugheitsrücksichten walten lassen. Wer gibt denn die Gewähr, daß die Freisinnigen das, was sie vor der Wahl versprochen, auch halten? Wissen wir denn, ob nicht die Blockparteien sich entzweien und der Reichstag wieder aufgelöst wird? Da gilt es, schon heute eine

Parole aufzustellen. Wir dürfen bei Stichwahlen keine bürgerliche Partei unterstützen, sondern uns sagen: Hier stehen wir und dort steht die eine reaktionäre Masse.

Giesen-Iserlohn: Die angebliche Niederlage der letzten Wahl wird uns ein Ansporn sein, noch besser und intensiver zu agitieren und zu organisieren. Bei keiner Wahl sind von den Gegnern so viel Lügen gegen uns verbreitet, und auf Grund dieser Lügen ist der Sieg den Gegnern zugefallen. Ich glaube, wir können ihnen mit Recht zurufen: Noch ein solcher Sieg, und Ihr seid verloren. — Doch auch von uns sind Fehler gemacht worden, und hier kann ich nicht umhin, auch dem Genossen Bebel einmal ins Gewissen zu reden. (Heiterkeit.) Wir haben im Programm den Satz, daß wir fordern: „Die Erklärung der Religion zur Privatsache". In der Agitation aber hält man uns stets den Ausspruch Bebels entgegen: „Wir erstreben auf religiösem Gebiete den Atheismus", und die Leute glauben Bebel mehr als dem Programm. — Auf jeden Fall hat die Wahl uns bewiesen, daß wir nur die eine große reaktionäre Masse gegen uns haben.

Ein erneuter Schlußantrag wird mit großer Mehrheit angenommen.

Der Antrag 53 wird zurückgezogen.

Das Schlußwort erhält

Bebel: Ich bitte Sie, die sämtlichen zu diesem Punkte gestellten Anträge abzulehnen. (Sehr gut!) Ich füge hinzu, daß von allen Rednern, die Gründe für diese Sache vorgebracht haben, nicht ein einziger mit einer Anschauung gekommen ist, die wir nicht schon früher gehört hätten. Neues ist über diesen Punkt nicht gesagt worden. Ein großer Teil der Redner aber hat, wie mir scheint, allzusehr aus seiner persönlichen Erfahrung heraus und aus der Mißstimmung, die diese Erfahrung erzeugt hat, gesprochen. Nun gibt es aber in der Politik keinen größeren Fehler, als wenn man sich von Leidenschaft und Haß gegen eine Person oder gegen eine Partei leiten läßt. (Sehr richtig!) Hier heißt es kalt und besonnen sein, genau abwägen und kühl urteilen. Es wäre der größte Fehler, wenn wir uns heute für die Zukunft, von der wir gar nicht wissen können, wie sie sich im einzelnen gestaltet, die Hände binden wollten. Am besten wirken in solchen Fällen immer Beispiele. Was heute beantragt worden ist, ist früher sogar einmal beschlossen worden. Dieselben Vorgänge, die zu den vorliegenden Anträgen geführt haben, haben wir auch im Jahre 1887 erlebt. Damals wurde dasselbe Verfahren von allen bürgerlichen Parteien uns gegenüber beobachtet, und die Erbitterung darüber bei uns war so groß, daß, als wir im Oktober desselben Jahres in Schönwegen bei St. Gallen in der Schweiz — in Deutschland konnten wir wegen des geltenden Sozialistengesetzes nicht zusammenkommen — unseren Parteitag abhielten, der Antrag gestellt wurde, bei künftigen engeren Wahlen sich der Abstimmung zu enthalten, und zwar allen Parteien gegenüber, weil sie allesamt eine reaktionäre Masse seien. Dieser Antrag wurde damals mit erheblicher Mehrheit angenommen. Dann kamen die Februarwahlen von 1890. Mittlerweile war die ganze politische Situation eine andere geworden, und da hat es der damalige Parteivorstand, dem auch ich angehörte, auf seine Kappe genommen, im Widerspruch mit dem St. Gallener Parteitagsbeschluß, eine ganz andere Wahlparole zu proklamieren, und der Parteitag in Halle hat nachträglich mit großer Mehrheit diese Stichwahlparole akzeptiert, die dahin lautete, bei engeren Wahlen für die und die Kandidaten zu stimmen. Damals brachten wir einen Reichstag zusammen, der erheblich anders war als der von 1887, dessen erste Handlung damals gewesen ist, die Legislaturperiode von 3 auf 5 Jahre zu verlängern und den Ausschluß der Oeffentlichkeit bei gewissen Gerichtsverhandlungen zu beschließen. Es wäre eine Torheit, wollten wir uns

heute festlegen. Kommt wieder die Stunde, dann werden wir erwägen, was wir zu tun haben, aber durch irgendwelche leidenschaftliche Erregungen lassen wir uns nicht bestimmen. Ganz besonders hat es mich gefreut, daß unter den Rednern, die gegen die Anträge gesprochen haben, und zwar namens ihrer Organisationen, sich auch zwei bayerische Genossen befanden. Ich lege darauf besonderes Gewicht, weil noch vor einigen Tagen Herr Dr. Müller-Meiningen in der bekannten Zirkus Busch-Versammlung namentlich gegen unsere bayerischen Genossen losgedonnert hat. Herr Müller-Meiningen, der sich gern als einen geistreichen Menschen aufspielt, und der es auch zu sein glaubt, seitdem der Reichskanzler ihn einmal als solchen bezeichnete (Heiterkeit) — der schien sich am Sonntag zu sagen: Du bist hier im Zirkus Busch (Heiterkeit), und Du mußt auch entsprechend reden; denn er hat in der Tat die Rolle eines politischen Clowns gespielt. (Heiterkeit.) Das ist nicht übertrieben. Lesen Sie nur einmal seine Rede. Man sollte es kaum glauben, daß ein ernsthafter Mann solche Rede hält. (Vollmar: Der macht es das ganze Jahr so! Heiterkeit.) Dann hat also das Lokal keinen Einfluß auf ihn gehabt. (Große Heiterkeit.) Eine mit plumperen Späßen gewürzte Rede als diese habe ich niemals gelesen, eine so oberflächliche und ihrem Inhalte nach unwahre Rede. Er hat in der Rede immer wieder die bayerischen Genossen beschuldigt, es bestände ein Bündnis zwischen Zentrum und Sozialdemokratie. Das hat niemals bestanden, sondern es handelte sich nur um ein Zusammengehen bei den Wahlen. Dies Zusammengehen war eine Notwendigkeit, das erkläre ich rund heraus. Ich war in vielen Punkten mit den Bayern nicht einverstanden, aber ein Zusammengehen war notwendig, um ein besseres Wahlgesetz zu bekommen. (Sehr richtig!) Nachdem sie das Wahlgesetz haben, hört natürlich jede Beziehung auf, das haben unsere Redner und das haben auch die Redner des Zentrums wiederholt erklärt. Also irgendwelche Beziehungen bestehen nicht; für die Zukunft ist sogar viel eher ein Bündnis zwischen blau und schwarz als zwischen rot und schwarz möglich. (Sehr richtig!) Herr Müller sollte sich also nur nicht in die Toga des Unentwegten hüllen. Was seine Partei auf diesem Gebiete geleistet hat, ist gerade genug. (Lebhafte Zustimmung.) Was nun verschiedene Genossen uns hier an Wahlvorgängen geschildert haben, das kennen wir alle genau, aber trotzdem hat der Parteivorstand seine Wahlparole ausgegeben, und als man hier und da Miene machte, dagegen zu handeln, hat er alles aufgeboten, um die betreffenden Genossen zu bewegen, sich nach der Parole zu richten. Sie wissen alle, daß wir uns die größte Mühe gegeben haben, auf unsere württembergischen Genossen einzuwirken, für Naumann und Konrad Haußmann zu stimmen. Allerdings muß man zur Entschuldigung anführen, daß die schwäbischen Genossen damals in einer verflucht schwierigen Situation waren. Kurz vorher waren die Landtagswahlen gewesen, und es war ein Zusammengehen zwischen unseren Genossen und der Volkspartei unter gewissen Umständen vereinbart worden, ja unsere Genossen haben sogar noch nach dem 5. Februar bei den Landtagsstichwahlen für die Volksparteiler gestimmt, um eine linksliberale Kammer zustande zu bringen. Die Volkspartei, die sich bei den Landtagswahlen unsere Unterstützung gefallen ließ, trat dann bei der Reichstagswahl in eine ganz entgegengesetzte Position und schloß ein Bündnis mit den Blockparteien. Daß das zur Erbitterung führen mußte, war klar. Speziell Konrad Haußmann, einer der Führer der Volkspartei, stand in diesem Bündnis an der Spitze. Ich habe mich damals bereit erklärt, eventuell nach Stuttgart zu kommen und persönlich meine Auffassungen zu vertreten. Ich habe den Genossen geschrieben: Macht in aller Welt nicht den Fehler, die Parole gegen Haußmann auszugeben! Ihr habt ein Recht, auf Haußmann erbittert zu sein, er hat sich immer mehr

in seiner Kampfesweise gegen uns zu einem zweiten Eugen Richter entwickelt. (Sehr richtig!) Ich verstehe Eure Erbitterung, aber trotzdem wird Haußmann auf Grund seiner Parteistellung in einer ganzen Reihe von Fragen mit uns zusammenstimmen müssen! Trotzdem ist die Parole gegen ihn ausgegeben worden, und da hat sich herausgestellt, was sich auch in anderen ähnlichen Fällen herausgestellt hat: ein ganz Teil der Wähler hat nicht pariert. Sollen wir uns durch verkehrte Beschlüsse Niederlagen aussetzen? Ich rate dringend, von einem derartigen Beschlusse abzusehen.

Ich komme nun zu einigen anderen Ausführungen, die gemacht worden sind. Katzenstein hat mich total mißverstanden, wenn er meinte, ich hätte ausgeführt, der neue Mittelstand müsse uns zufallen. Das habe ich nicht gesagt. Ich habe nur nachgewiesen, wie dieser neue Mittelstand sich immer mehr entwickelt in der Richtung der Proletarisierung durch die große Konkurrenz, die auf diesem Gebiete stattfindet. Es ist notwendig, daß wir diese Entwickelung beobachten, und anstreben, diesen sogenannten neuen Mittelstand zu gewinnen. Daß der Parteivorstand diese Ansicht teilt, mag daraus hervorgehen, daß, als der Vorstand in diesem Frühjahr ein Programm aufstellte für die Herausgabe von Flugschriften und Broschüren, die zur Aufklärung in bestimmten Kreisen dienen sollten, darunter sich auch solche befanden, die sich mit der Stellung der geistigen Arbeiter in der Industrie, der Techniker, Ingenieure usw. beschäftigen sollen. So viel ich weiß, hat sich bisher niemand gefunden, der eine solche Arbeit übernimmt. (Zuruf.) Wenn das doch geschah, dann um so besser. Aus den Ausführungen Katzensteins könnte der Vorwurf herausgelesen werden, daß wir die sogenannten Intellektuellen aus der Partei hinausweisen oder nicht in ihr haben wollen. Dagegen muß ich Verwahrung einlegen. Es gibt keinen in der Partei, dem weniger der Vorwurf gemacht werden kann, daß er die Intelligenz nicht schätze, als mich. Ich habe früher schon ausgesprochen, daß die Gebildeten, die zu uns kommen, vieles vor den Proletariern voraus haben, da sie eine höhere Schulbildung mitbringen und ein höheres Wissen, daß sie das geistige Rüstzeug besitzen, das ein Proletarier sich nur schwer oder gar nicht erwerben kann. Auf der anderen Seite haben diese Kreise auch einen großen Mangel, ihnen fehlt die Kenntnis der Arbeiterlage und der Arbeiterverhältnisse, es fehlt ihnen das Klassenbewußtsein der Arbeiter, und wir haben leider die Erfahrung gemacht, daß es vielen dieser Männer sehr schwer oder gar nicht möglich wurde, sich in dieses hineinzufinden. Wir haben auch Fälle gehabt, in denen man dachte, man brauchte nur zu uns zu kommen, und Ehren und Stellungen flögen einen in den Schoß. Diese Meinung dürfen wir nicht unterstützen. Aber die Leute, die zu uns kommen und sich als tüchtige, brave und brauchbare Genossen erweisen, werden wir mit offenen Armen aufnehmen. Es ist vom Fürsten Bülow wiederholt so dargestellt worden, als wenn wir die Intelligenz aus unseren Reihen verbannen. Wenn es darauf ankommt, mag Fürst Bülow nur erst bei sich den Anfang machen. (Heiterkeit.) Er versteht von vielen Fragen nichts, von denen wir recht viel wissen, und er hat einen Mann, der in diesen Fragen weit mehr weiß als er, den Grafen Posadowsky, aus dem Amte gedrängt. (Sehr richtig! und Heiterkeit.) Man hat hingewiesen auf die Lehrer in Frankreich und Belgien, die auf sozialdemokratischer Seite stehen. Ja, haben Sie denn gar keinen Begriff von der Stellung der Lehrer in Belgien und Frankreich. (Sehr richtig!) Was würde deutschen Lehrern passieren, wenn sie offen zu uns kommen würden. Es gibt bei uns nur einen Staat, Hamburg, wo die Lehrer offen erklären können, daß sie zu uns gehören, in jedem anderen Staat würden sie einen Fußtritt erhalten. In dem großen Musterstaat Preußen ist es soweit gekommen, daß ein Turnlehrer, der sozialistische Gesinnung hat, nicht Turnunterricht geben darf.

(Hört! hört!) Wahrhaftig, reaktionärer kann man doch nicht sein. Es kommt noch hinzu, daß in keinem Staate der Welt das Drillsystem so zu Hause ist, wie in Preußen. Dazu kommt die Art der Lehrerausbildung. Wenn der Lehrer in das Leben eintritt, ist er auf einer großen Anzahl Gebiete manchmal dümmer, als er in das Seminar hineingekommen ist, und soll er sich aus den Vorurteilen, die ihm jahrelang im Seminar eingebläut sind, herausarbeiten, so ist das eine gewaltige Arbeit. Mir ist Dutzende von Malen von Lehrern geschrieben worden: Wir sind von der Richtigkeit Ihrer Ideen überzeugt, wir haben die sozialistische Literatur gelesen, aber helfen Sie uns zu einer unabhängigen Stellung. Wenn die Vorgesetzten nur ahnen, daß wir sozialistische Schriften lesen, sind wir verloren. In Oesterreich ist ein Sozialdemokrat Lehrer und sozialistischer Abgeordneter. Ist das bei uns in Deutschland möglich? Glaubt man z. B., daß Professor Müller, wenn er Sozialdemokrat wäre, Bibliothekar der Reichstagsbibliothek sein könnte? (Heiterkeit.) Das ist aber in Oesterreich möglich! (Heiterkeit.) Ich bitte, diese anders gearteten Verhältnisse zu berücksichtigen, die in anderen Ländern vorliegen. Es ist vieles wo anders möglich, was bei uns noch nicht möglich ist. Wir arbeiten ja daran, daß auch bei uns möglich wird, was bisher nicht möglich war.

Ich komme zum Genossen Leber. Er hat auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die von mir gestern entwickelten Ansichten in bezug auf ein Zusammengehen der christlichen und liberalen Arbeiter mit den sozialdemokratischen bei den gewerkschaftlichen und sonstigen Kämpfen in die Tat umzusetzen, und er meinte, ich sei mir der großen Schwierigkeiten nicht bewußt und stünde nicht in der Kleinarbeit. Ich stehe ja nicht in dieser Agitation; es ist mir unmöglich, da einzugreifen; aber ich verfolge doch die Partei- und Gewerkschaftspresse, und kenne alle die Klagen, die aus den verschiedenartigen Organisationen so häufig ertönen über die Uebel, die aus diesen verschiedenen Organisationen erwachsen. Ich begreife auch, daß ein gewisses Maß von Verbitterung sich herausgebildet hat. Aber es ist hier auch der Name Hues genannt worden, der jetzt auf dem Internationalen Bergarbeiterkongreß in Salzburg tätig ist. Dort sind doch die christlichen Bergarbeiter Deutschlands auch vertreten. (Zuruf: Sie wissen auch, warum!) Ja, das sollen die anderen auch begreifen, daß sie mit uns zusammengehen müssen. Ich mute Ihnen nicht zu, mit den Führern des Zentrums und der Liberalen zusammenzugehen, wohl aber mit den liberalen Arbeitern und mit den Arbeitern, die dem Zentrum angehören. Es müßte doch mit dem Teufel zugehen, wenn das nicht möglich wäre. Sie sind Fleisch von unserem Fleisch und Bein von unserem Bein, und man muß versuchen, ihnen in der geeigneten Weise beizubringen, daß sie Sozialdemokraten werden müssen. Das geht nicht von heute auf morgen. Wenn ich einen Mann oder eine Frau vor mir habe, die politisch indifferent sind, so kann ich sie viel leichter gewinnen, als wenn sie eine bestimmte politische Ueberzeugung schon gewonnen haben. Das macht mehr Arbeit. Wir müssen diese Leute als Irregeführte ansehen, nicht als Dumme, sie sind nicht schlechter als unsere Genossen, sie sind aber gewonnen worden von sehr klugen und gerissenen Leuten, und sie sind in Auffassungen aufgezogen worden, die gegen ihre Interessen sind. Wenn ein Versuch mißglückt, mit diesen Arbeitern in Berührung zu kommen, so wird ein zweiter und ein dritter Versuch gemacht. (Sehr richtig!) Dann hat Genosse Laufenberg sich sehr unzufrieden über den Parteivorstand geäußert und an der Wahlparole desselben allerlei auszusetzen gehabt. Er hat insbesondere vermißt, daß wir nicht unter den einzelnen Parteien, die unter keinen Umständen von der Sozialdemokratie Stimmen bekommen dürften, auch das Zentrum angeführt haben. Aus dem Entwickelungsgange des Genossen Laufenberg und aus der Tatsache, daß er hauptsächlich

mit dem Zentrum im Wahlkampf gestanden hat, begreife ich seine Haltung, aber er sollte aus dieser persönlichen Erfahrung nicht auf das allgemeine schließen. (Sehr richtig!) Wie war denn die Situation? Sozialdemokraten, Zentrum, Polen und Welfen waren bei der Wahl die verfemten Parteien. Da wäre es doch eine große Taktlosigkeit und Ungeschicklichkeit gewesen, wenn wir eine Partei, die mit uns, wenn auch wider Willen, in die gleiche Kampflinie gedrängt worden war, vor den Kopf gestoßen hätten. Die Entscheidung hat uns auch Recht gegeben. Wir hatten 85 Stichwahlen auszufechten und sind in 14 siegreich geblieben; von diesen haben wir 12 den Zentrumsarbeitern zu verdanken, die auf unsere Seite traten, und zwar gerade auch in zwei rheinisch-westfälischen Wahlkreisen, Dortmund und Duisburg, hier hätten wir mit einer Wahlparole, wie Laufenberg sie empfahl, uns recht gehörig in die Nesseln gesetzt. (Sehr richtig!) Man denke also doch etwas weiter und nicht bloß an die Verhältnisse in einem Bezirk. Wenn Laufenberg mit Recht darauf hingewiesen hat, daß das Zentrum bei der reaktionären Gesetzgebung der letzten 10, 15 Jahre beteiligt war, dann habe ich das gestern selbst betont, aber es muß doch auch konstatiert werden, daß das Zentrum nicht aus Herzensbedürfnis, sondern aus Rücksicht auf seine Arbeiterwähler gezwungen war, z. B. bei der Zuchthausvorlage auf unserer Seite zu kämpfen. Welche Gefahren im übrigen das ganze Wesen des Zentrums für die kulturelle Entwickelung mit sich bringt, wissen wir alle, also Vorsicht braucht man uns hier nicht zu empfehlen.

Genosse Laufenberg hat uns weiter empfohlen, im Reichstag und sonst ruppiger zu werden. Diese Empfehlung ist nicht neu, sie wird uns sogar zum dritten Male gegeben, aber weil sie dreimal wiederholt wurde, ist sie deswegen nicht vernünftiger geworden. (Sehr gut!) Zum ersten Male wurde sie uns auf dem St. Gallener Parteitag durch unseren Pfalzgrafen gegeben. (Große Heiterkeit. Ehrhart: Da war sie aber auch notwendig! Erneute Heiterkeit.) Was Du sagst, ist immer notwendig (Heiterkeit), ob es aber auch richtig ist, ist eine andere Frage. Wir haben damals von Herzen darüber gelacht, aber befolgt haben wir die Parole nicht. (Ehrhart: Doch!) Du hast sie ja später im bayerischen Landtag selbst nicht befolgt. (Ehrhart: Da war sie nicht mehr zeitgemäß! — Heiterkeit.) Nun ja, wir wissen, daß Du ein gescheiter Kerl bist, der sich den Umständen anpaßt. (Erneute Heiterkeit.) Das zweite Mal kam die Empfehlung von dem Genossen Stadthagen, glaube ich. (Zuruf!) So! Freiwaldt-Pankow. Nun da wurde weniger gelacht, aber befolgt haben wir sie auch nicht. Heute ist sie nun zum drittenmal von Laufenberg gegeben, da hat niemand mehr gelacht, aber er hat auch keinen Beifall bekommen. Das beweist am besten, daß wir eben mit den Jahren klüger werden. (Heiterkeit und Sehr gut!) Also das Rezept ist leicht gegeben, aber es zu befolgen, lehnen wir ab. Wenn wir recht ruppig wären, so kämen wir zuletzt auf die Stufe des Reichslügenverbandes, auf die Kampfmethode unserer Gegner. (Sehr richtig!) Dafür danken wir. Wenn wir uns über etwas beschweren, so wollen wir es nicht selbst nachmachen. (Lebhafte Zustimmung.) Je ruppiger die Gegner werden, desto anständiger zu sein wollen wir uns bemühen, wir werden in letzter Linie dabei doch die Sieger bleiben. (Erneute lebhafte Zustimmung.) Nicht das Schimpfen, nicht das Ruppigsein, nicht das Mitgrobheitenumsichwerfen entscheidet die Sache, sondern die Güte und Vortrefflichkeit der Gründe. (Sehr richtig!) Und ich behaupte, gegen unsere Gründe kann niemand ankämpfen. Also die empfohlene Methode befolgen wir nicht. (Beifall.)

Der Genosse aus Iserlohn meinte dann, er wolle mir ein wenig ins Gewissen reden. Ich gebe zu, daß es manchmal notwendig ist. (Heiterkeit.)

Ich bin auch in der glücklichen Lage, ein Gewissen zu besitzen. Er hat Bezug genommen auf eine Rede von mir vom Jahre 1881 im Reichstag über den Atheismus, das werde den Genossen in der Agitation fortgesetzt vorgehalten. Ja, Parteigenossen, das ist richtig, aber das zeigt einmal wieder, daß, trotzdem mittlerweile ganz andere Aeußerungen vorliegen, man das Material nicht kennt, obgleich es eine derartige Anklage widerlegt. Zunächst ist einer der klarsten Gründe dagegen, die ich dutzendmal selbst auch in Zentrumswahlkreisen angeführt habe: Ich bin Atheist, und ich glaube wohl, auch das Recht zu haben, als Privatperson für den Atheismus Propaganda zu machen, für meine Ueberzeugung, daß die zukünftige Entwickelung auf dem Gebiete dessen, was man Religion nennt, der Atheismus sein wird. Ich kann irren, aber es ist meine Ueberzeugung. Aber im Namen der Partei kann ich diese Auffassung nicht vertreten. (Sehr richtig!) Im übrigen haben wir stets durch unsere Tätigkeit bewiesen, daß es keine tolerantere Partei gibt, als uns Sozialdemokraten, die wir vollständige Meinungsfreiheit auch in religiösen Fragen vertreten. Das haben wir gerade dadurch auch bewiesen, daß wir das Jesuitengesetz vom ersten Tage bekämpft haben und mit zu seinem Sturze beigetragen haben! Wir haben uns ganz anders gehalten wie die sogenannten Christen, die teilweise für das Sozialistengesetz eingetreten sind. Wir sind stets für absolute religiöse Freiheit eingetreten. Ich verweise hier auch auf unsere Haltung bei dem Toleranzantrag des Zentrums. Ich weise auch darauf hin, daß meine Stellung zu dieser Frage sehr deutlich und prinzipiell im Münchener Parteitagsprotokoll auf Seite 244 wiedergegeben ist. Vielleicht nimmt nunmehr die Parteikorrespondenz auf diese Stelle Bezug und bringt sie zum Abdruck für das Agitationsmaterial. In München war es der Genosse Welker, der sich auf den Ausspruch Voltaires bezog: „Ecrasez l'infâme!" d. h.: „Vernichten wir die Kirche, die infame!" Darauf antwortete ich: „Das sollte eine schöne Sache werden, wenn ein solcher Wahlspruch der Wahlspruch der sozialdemokratischen Partei würde. Welker hat im Eingang seiner ersten Rede ausdrücklich erklärt, es sei notwendig, die Widersprüche innerhalb der kirchlichen und religiösen Anschauungen darzulegen, d. h. mit anderen Worten — das hat auch Vollmar ganz richtig hervorgehoben — Welker verlangt, wir sollten uns in eine Art Kulturkampf einlassen. Unsere Partei würde dabei vollständig ihren Charakter abstreifen und wir würden eine Art kirchliches Konzil werden." Wir fordern im Programm: Erklärung der Religion zur Privatsache dem Staat gegenüber, aber obgleich nicht im Programm steht, Religion ist Privatsache, so ist das selbstverständlich. Wir haben kein Recht, nach der religiösen Ueberzeugung eines Parteigenossen zu fragen oder sie anzutasten. Jeder mag glauben, was er will; er kann als Sozialdemokrat katholischer Christ, er kann Materialist oder Atheist sein, das geht keinem Menschen innerhalb der Partei etwas an. Nur wenn er für seine religiöse Ueberzeugung als Sozialdemokrat Propaganda machen will, treten wir ihm energisch entgegen, denn dann verletzt er den für uns selbstverständlichen Grundsatz: „Religion ist Privatsache." (Lebhafte Zustimmung.)

Diese Stelle nehmt in Euren Agitationsreden auf, und wenn Euch dann gesagt wird, aber Bebel hat doch damals das und das gesagt, dann erwidert: Aber was hat er 1902 gesagt? Damals war er soviel älter und soviel gescheiter geworden. (Große Heiterkeit.) Im übrigen bitte ich alles abzulehnen, was der Partei zum Schaden gereicht, und dazu gehören die zu diesem Punkt der Tagesordnung gestellten Anträge. (Großer Beifall.)

Die Abstimmung ergibt die Ablehnung der Anträge 49 bis 52, 54, 55 und 80.

Der Antrag, das Referat Bebel als Broschüre zu drucken und zu verbreiten, wird angenommen.

Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Singer schlägt vor, mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit nicht in die Beratung der Alkoholfrage einzutreten, sondern den Bericht der Kommission über das Nachrichtenbureau entgegenzunehmen.

Thiele-Halle widerspricht diesem Vorschlag. Es würde dadurch, daß wir in letzter Minute in einen so wichtigen Punkt eintreten, eine eingehende Debatte nicht mehr möglich sein. Ich würde vorschlagen, für heute Schluß zu machen.

Singer: Die sogenannte letzte Minute, von der der Vorredner spricht, umfaßt ¾ Stunden. (Heiterkeit.) Wir können doch, wenn wir heute das Referat entgegennehmen, immer noch morgen die Verhandlungen darüber fortsetzen. Es liegt kein Anlaß vor, mit der Zeit des Parteitages so verschwenderisch umzugehen. (Allseitige Zustimmung.)

Der Vorschlag von Singer wird angenommen.

Namens der Kommission referiert

Müller-Berlin: Die Kommission hat zunächst eine Generaldiskussion vorgenommen, die die ganze erste Sitzung in Anspruch nahm. Es wurden alle Punkte gründlich erörtert, die ich in meinem Referat vorgetragen habe und ebenso wurde alles, was in der Preßpolemik vor dem Parteitag gesagt wurde, besprochen. Man war sich in der Kommission vollständig darüber einig, daß alle Mittel angewandt werden müssen, um unserer Parteipresse eine bessere Ausnutzung der technischen Einrichtungen zu ermöglichen, um sie parteipolitisch und technisch konkurrenzfähig zu machen, wie es unter den gegebenen Verhältnissen möglich ist. Insbesondere war man sich darüber einig, daß der Nachrichtendienst, soweit politische, wirtschaftliche und soziale Nachrichten in Frage kommen, besser als bisher ausgenutzt werden kann. Es wurden auch die Gründe erörtert, die unsere Presse weniger konkurrenzfähig erscheinen lassen; es wurde darauf hingewiesen, daß der Parteipresse zum großen Teil der nötige Redaktionsstab mangelt! Ich habe das schon neulich ausgeführt, möchte es aber heute ausdrücklich noch einmal betonen, damit nicht etwa der Eindruck entsteht, als ob nach Einrichtung des Nachrichtenbureaus überschüssige Kräfte in den Redaktionen vorhanden sind. Davon kann gar keine Rede sein, das Nachrichtenbureau ist nur ein Hülfsmittel für die Presse. Es ist in der Kommission auch die Frage erwogen, ob die ganze Vorlage nicht noch Zeit hätte. Zu meiner großen Freude kann ich konstatieren, daß man mit allen gegen 2 Stimmen der Meinung war, daß bereits auf diesem Parteitag etwas geschaffen werden muß. Man war ferner der Ansicht, daß man nicht irgend etwas im Anschluß an den „Vorwärts", kein Flickwerk, sondern etwas Ordentliches schaffen müsse. Es wurde besonders darauf hingewiesen, daß andere politische Parteien sich schon längst solche Institute geschaffen haben und daß auch das ein Grund sei, schon jetzt ohne Aufschub mit der Errichtung des Bureaus vorzugehen.

Ich komme nun zu den Einzelheiten des Statuts. Als Namen haben wir „Preßbureau" gewählt. Dies Wort hat ja vielleicht, seitdem es im Zusammenhang mit der Wilhelmstraße und dem Alexanderplatz gebraucht wird, einen wenig guten Klang (Sehr richtig!), aber wir haben darauf keine Rücksicht zu nehmen; das Wort ist jedenfalls treffender, als Organisation der Nachrichtenvermittelung. § 2 setzt die Aufgaben des Bureaus fest. Statt Erlangung wichtiger Nachrichten haben wir gesagt: Uebermittelung. In dem Wort „Erlangung" glaubte man ja, liege alles mögliche, was tatsächlich gar nicht darin liegen sollte. Es ist doch selbstverständlich, daß man Nachrichten,

die man übermitteln will, vorher erlangt haben muß, aber um auch hier den Widerstand zu brechen, haben wir uns mit dem „Uebermittelung" einverstanden erklärt. Ebenso haben wir im zweiten Absatz statt „Sammlung" gesagt „Beschaffung". Es wurde eingewendet, daß das Wort „Sammlung" einen gewissen archivalischen Klang hat, während es sich doch für uns um die Bearbeitung aktuellen statistischen und gesetzgeberischen Materials handelt. In den Worten „an die Parteipresse" und „für die Parteipresse" kommt zum Ausdruck, daß das Institut ein obligatorisches ist und daß das Material der gesamten Presse zuzugehen hat. Damit ist keineswegs ein Benutzungszwang für die einzelnen Parteiblätter ausgesprochen; sie haben die Freiheit, das Material zu benutzen, was sie für notwendig halten. Auch die Blätter, die keinen telephonischen und telegraphischen Dienst beanspruchen, sollen das gesamte Material brieflich erhalten, damit sie kontrollieren können, was das Bureau überhaupt für die Parteipresse leistet. Ganz selbstverständlich muß sowohl ein Vormittags- wie ein Nachmittagsdienst eingerichtet werden, weil die Bedürfnisse unserer Parteiblätter zu verschieden sind. Der erste Satz des § 3 wurde eigentlich für überflüssig gehalten, wir haben ihn aber hineingeschrieben, damit zum Ausdruck kommt, daß tatsächlich ein umfassender Berichterstatter- und Mitarbeiterdienst eingerichtet werden soll. Es sollen nicht etwa nur Berliner Nachrichten übermittelt werden.

Es ist weiter gesagt, daß die Lieferung politischer Leitartikel und die Behandlung parteitaktischer und parteitheoretischer Fragen von der Tätigkeit des Bureaus ausgeschlossen ist. Damit ist ganz deutlich ausgedrückt, daß das Bureau keine partei-offizielle Meinungsfabrik werden soll, daß das Material nicht zu Artikeln verarbeitet werden, mit anderen Worten, daß alles getan werden soll, um die Entstehung einer sozialdemokratischen „Normalzeitung" zu verhindern. Die Selbständigkeit der Redaktionen soll so viel wie möglich gewahrt und der Presse nur das Rohmaterial zur selbständigen Benutzung übermittelt werden. Ein Mißbrauch des Bureaus ist nach der von uns gefundenen Fassung ausgeschlossen, das Bureau soll eine Waffe sein im Kampfe gegen unsere Gegner, aber zu inneren Parteifragen hat es keine Stellung zu nehmen. In erster Linie sollen tatsächliche Nachrichten übermittelt werden. — Es ist bezweifelt, daß man solch tatsächliches Material überhaupt ohne jede Färbung zusammenstellen kann. Ich habe bereits am Montag gesagt, daß es sich nicht darum handeln kann, nur ganz rohe nackte Tatsachen zu übermitteln. Vielleicht ist es am richtigsten, daß wir das Wort „Färbung" in diesem Zusammenhang vermeiden, daß wir zwar zugeben, daß das Material ausgesucht und gesichtet werden muß nach sozialdemokratischen Grundsätzen, daß aber kein gefärbtes, sondern nur montiertes Material der Presse zugehen soll. Im übrigen wird ja auch durch die Kritik, die gegenüber dem Bureau auf Grund der Erfahrungen der Parteipresse täglich einsetzen wird, verhütet werden, daß irgend welcher Mißbrauch, selbst wenn er versucht werden sollte, getrieben werden könnte.

Von der ursprünglichen Absicht, auch im Auslande sofort einen Berichterstatterdienst einzurichten, haben wir Abstand genommen; wir halten es für notwendig, zunächst einmal einen gut funktionierenden Nachrichtendienst über ganz Deutschland zu bekommen; später können wir dann auch an ausländische Berichterstattungen denken. Der Kostenparagraph ist von der Kommission an den Schluß gestellt. — Die §§ 4 und 5 der Kommissionsfassung sind nur redaktionell geändert. Es wurden Bedenken dagegen erhoben, ob es genügt, wenn der Beirat aus 5 Redakteuren besteht. Wir haben uns entschlossen, es bei der Zahl von 5 zu lassen; wir glauben, daß es auch dann möglich sein wird, sowohl die größere als auch die mittlere und die kleine Presse zu

berücksichtigen. Der Parteivorstand hat ja immer noch das Recht, weitere Genossen mit beratender Stimme hinzuzuziehen. Außerdem werden selbstverständlich auch in Zukunft solche Redakteurkonferenzen stattfinden, wie die vom 9. und 10. März, die für die Partei ein fruchtbares Ergebnis gezeitigt hat. Wir glauben, daß die Einrichtung des Bureaus es notwendig macht, öfter solche Konferenzen einzuberufen. Wir sind andererseits aber auch der Meinung, daß es nicht angängig ist, dies im Statut des Preßbureaus zum Ausdruck zu bringen. Denn solche Redakteurkonferenzen haben sich ja noch mit anderen Fragen zu befassen als speziell mit Angelegenheiten des Preßbureaus. §§ 6 und 7 sind unverändert geblieben. Den Absatz 2 des ursprünglichen § 8 haben wir als überflüssig gestrichen. Bei der Beratung des jetzigen § 8 hat ein Teil derer, die schon früher diesen Standpunkt vertreten haben, sich wieder dafür ausgesprochen, daß der Beirat von den Redakteuren selbst gewählt werden soll. Die Mehrheit der Kommission hat sich dem nicht angeschlossen. Es ist nicht so leicht, aus den Redakteuren heraus einen solchen Beirat zu wählen. Es könnte ja eine Urabstimmung vorgenommen werden. Aber die gibt doch nicht die Gewähr, daß wir dann die Genossen in den Beirat bekommen, die gerade die geeigneten sind. Dazu kommt, daß eine Organisation der Redakteure, die die Wahl vornehmen könnten, ja gar nicht vorhanden ist.

Darüber, ob der Beirat vom Parteitag gewählt werden soll, ließe sich ja reden; aber die Mehrheit der Kommission hielt es für das Zweckmäßigste, wenn er vom Parteivorstand und der Kontrollkommission gemeinsam gewählt wird. Der § 8 ist mit 12 gegen 3 Stimmen angenommen worden. — § 9 regelt die Kostenfrage. Es heißt da, daß die Parteipresse „nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit" herangezogen wird. Man hat gesagt, daß dieser Begriff etwas vieldeutig ist, aber die Kommission hat sich in ihrer Mehrheit auf den Standpunkt gestellt, diese Worte zu wählen. Sie war der Ueberzeugung, daß die Finanzierung des Instituts gar nicht so schwer ist. Unter den selbständigen Blättern der Partei befinden sich mindestens 25, die heute schon in der Lage sind, einen wesentlichen Beitrag zu den Kosten des zukünftigen Bureaus zu leisten, und unter den anderen gibt es noch eine große Zahl, die sich mit kleineren Beiträgen beteiligen können. Wenn einmal der Parteitag als höchste Instanz der Partei die Einrichtung eines Bureaus beschlossen hat, dann werden wir über die Frage der künftigen Finanzierung leicht hinwegkommen.

Neu ist der erste Satz des § 9, wonach die Kosten der ersten Einrichtung von der Parteikasse getragen werden sollen. Die laufenden Kosten werden selbstverständlich unter Zuhülfenahme der Zentralkasse nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit der Parteiblätter verteilt. Das Wort „Beteiligte" vor Parteipresse haben wir gestrichen in Konsequenz des Beschlusses, wonach das Institut obligatorisch sein soll. Einig war man sich darüber, daß es nicht angeht, auch die Kosten für Telegramme und Telephon auf die Parteipresse nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit zu repartieren, sondern daß die Parteiblätter, die diesen Dienst beanspruchen, die Gebühren selbst zu erstatten haben.

Also das Nachrichtenbureau soll ein Institut sein, das uns Waffen im Kampfe gegen unsere Gegner liefert. Darüber war die Kommission sich einig, und sie war sich auch darüber einig, daß gerade in den großen Tagesfragen der Politik, die unseren Gegnern gegenüber eine Rolle spielen, die Parteigenossen fast durchweg einer Meinung sind. Wenn das aber der Fall ist, dann liegen Bedenken gegen das Bureau, bis zu dessen Inkrafttreten ja noch monatelange Vorarbeiten nötig sind, nicht vor. Das Statut ist in der Kommission in der Gesamtabstimmung mit 14 gegen 1 Stimme angenommen.

und ich kann nur wünschen, daß auch der Parteitag in seiner übergroßen Mehrheit ihm die Zustimmung gibt und auf diese Weise dafür sorgt, daß unsere Presse, unsere schärfste und beste Waffe, so ausgestaltet wird, daß sie den bürgerlichen Blättern gegenüber noch viel mehr leisten kann, als es heute der Fall ist. (Beifall.)

Die Debatte über den Bericht wird auf Freitag vertagt.

Zu einer Mitteilung für die Kontrollkommission erhält das Wort

Kaden: Die Kontrollkommission hatte sich heute noch mit einer Angelegenheit zu beschäftigen. Gegen den Genossen Dölle in Zeitz war die Anklage des unhöflichen Benehmens und Handelns gegen Parteigenossen erhoben. Es tagte ein Schiedsgericht, das ihm eine scharfe Rüge erteilte, aber von einem Ausschluß aus der Partei abgesehen hat. Hiergegen wandte sich der sozialdemokratische Verein in Zeitz. Die Kontrollkommission hat nach eingehender Prüfung die Berufung gegen das Urteil des Schiedsgerichts verworfen, gleichzeitig aber ausgesprochen, daß sie gleich dem Schiedsgericht das Verhalten des Genossen Dölle aufs schärfste verurteilt, den festgestellten Tatbestand aber nicht als hinreichend für den Ausschluß aus der Partei erachtet.

Die Sitzung wird um 1 Uhr geschlossen.

Die Nachmittagssitzung fällt aus.

Fünfter Verhandlungstag.

Freitag, den 20. September 1907. — Vormittags-Sitzung.

Singer eröffnet die Sitzung um 9 Uhr mit der Aufforderung, die Vorschlagslisten für die Wahlen der beiden Vorsitzenden, des Kassierers, der vier Sekretäre des Parteivorstandes sowie der Mitglieder der Kontrollkommission bis 11 Uhr einzureichen, damit die Mandatsprüfungskommission im Laufe des Nachmittags das Resultat feststellen kann.

Eingegangen ist eine Reihe von Glückwunschtelegrammen.

Die Genossen aus Stadthagen teilen mit, daß es ihnen gestern gelungen ist, vier Parteigenossen in das Bürgerkollegium zu wählen. (Beifall.)

Die Debatte über den Kommissionsbericht betreffend das Preßbureau wird eröffnet.

Thiele-Halle: Der Berichterstatter hat gestern darauf hingewiesen, aus der Errichtung eines Preßbureaus dürfe nicht etwa gefolgert werden, daß die Zahl der Redakteure in der Provinz vermindert werden könne. In der Tat fehle es uns in der Parteipresse noch an einer größeren Anzahl von Redakteuren, und wenn das Nachrichtenbureau wirklich fruchtbar wirken soll, so wird eine Vermehrung der Redakteure notwendig sein. Wir überanstrengen nicht nur unsere Redakteure, sondern alle Parteiangestellten in einer Weise, daß wir die Kräfte viel zu früh verbrauchen. An einer ganzen Anzahl von Parteiblättern, die in einem Umfange von sechs bis acht Seiten erscheinen, sind zwei bis drei Redakteure beschäftigt. Wie sollen diese außer der übrigen Arbeit auch noch die Nachrichten verarbeiten? Für ein sechsseitiges Blatt sind mindestens drei, für ein achtseitiges Blatt mindestens vier Redakteure nötig, und ich bitte die Delegierten, die Einfluß auf ihr Parteiblatt haben, dahin zu wirken, daß diese Mindestzahlen festgehalten werden. Ich will auf Einzelheiten des Entwurfs nicht eingehen, ich will nur darauf hinweisen, daß

einige der Parteiblätter ganz irrige Auffassungen über das Nachrichtenbureau verbreitet haben. Die „Leipziger Volkszeitung" hat mir vorgeworfen, daß ich und der Verein Arbeiterpresse den Einfluß der Parteileitung herabzumindern bestrebt sei, sie hat von Woche zu Woche auf neue schwarze Absichten, die wir angeblich haben, hingewiesen, und sie ist endlich zu dem Schluß gekommen, ich und Lipinski wollten das Bureau in die Hände bekommen. Ich möchte die „Leipziger Volkszeitung" ersuchen, in Zukunft derartige Polemiken in etwas sachlicherer Weise zu führen. Wenn die Frage aufgetaucht ist, ob alle Mitglieder des Vereins Arbeiterpresse politisch organisiert seien, so kann ich erklären, daß nach unserem Statut niemand Mitglied des Vereins Arbeiterpresse werden kann, der nicht Mitglied der Partei ist. Ich sehe davon ab, Anträge zu dem Entwurf zu stellen, wenn es auch vielleicht zweckmäßiger gewesen wäre, daß die Arbeiterpresse Träger des Nachrichtenbureaus geworden wäre. Nun soll aber der Auslandsdienst aus den Aufgaben des Preßbureaus ausgeschaltet sein. Bis jetzt ist die Parteipresse in dieser Beziehung auf die teuren bürgerlichen Depeschenbureaus angewiesen und es wird daher notwendig sein, schon um Geld zu sparen, in kurzer Zeit auch den Auslandsdienst mit in den Bereich des Nachrichtenbureaus zu ziehen. Mit § 4 bin ich vollständig einverstanden. § 6 handelt von der Wahl des Beirates. Ich würde es für richtiger halten, daß der Beirat durch die Preßinteressenten gewählt wird, aber ich will auch hier keinen Antrag stellen. Wenn dann für die Kostendeckung als Maßstab die Leistungsfähigkeit der Blätter angenommen wird, so ist das ein etwas unsicherer Maßstab und ich fürchte, es wird da zu einigen Differenzen kommen. Wie der Entwurf zugeschnitten ist, ist das allerdings die einzige Lösung. Ich will nur wünschen, daß das Institut sich in dem Maße entwickelt, wie es gehofft wird. Wir haben vor einigen Tagen hier den Satz gehört: Wer die Schule hat, der hat die Zukunft. Nun, wer die Presse hat, der hat die Gegenwart. Ich wünsche der Parteileitung, daß sie bei der Einrichtung und Ausgestaltung des Bureaus eine glückliche Hand haben möge.

Damit schließt die Debatte.

Berichterstatter Müller verzichtet auf das Schlußwort.

Der Entwurf der Kommission wird mit großer Mehrheit en bloc angenommen.

Der Parteitag tritt darauf ein in die Beratung der

Alkoholfrage.

Außer der Resolution des Referenten (Nr. 91) ist Resolution 102 eingegangen.

Antrag 57 ist zurückgezogen. Die übrigen Anträge: 56, 58, 59 und 60 werden sämtlich unterstützt.

Berichterstatter **Wurm:** Ein Antrag, die Alkoholfrage auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen, wurde bereits 1899 in Hannover gestellt. 1900 in Mainz kam es auf Grund eines gleichen Antrages zu einer längeren Debatte, in der ich mich dagegen wandte, daß die Alkoholfrage als besonderes Thema behandelt werde. Die Sozialdemokratie habe dazu keine Ursache, weil sie an sich schon die geborene Vorkämpferin gegen den Alkoholismus sei; der bedauerliche Mißbrauch des Alkohols stehe im engsten Zusammenhang mit den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen und gerade die Sozialdemokratie sei die einzige Partei, die diese Hauptwurzeln des Uebels bekämpfe. Ich sagte, wir wollen uns nicht zu Kurpfuschern degradieren und nur die Symptome kurieren, wir wollen nicht so tun, als ob der Alkoholismus losgelöst von allen

sozialen Erscheinungen bekämpft werden kann. Diese Aeußerungen sind der Gegenstand lebhafter Angriffe sowohl innerhalb wie außerhalb der Partei geworden. Und als auf den nächsten Parteitagen Lübeck, München, Bremen immer wieder das Verlangen kam, ein besonderes Referat über die Alkoholfrage auf die Tagesordnung zu setzen, fand dieser Antrag eine immer größere Mehrheit, bis er im vorigen Jahr in Mannheim angenommen wurde, mit vollem Recht, schon um die Mißverständnisse und böswilligen, nichtswürdigen Auslegungen unserer Gegner zu zerstreuen. So schrieb ein Dr. Stehr in seinem Buche „Alkoholgenuß und wirtschaftliche Arbeit" (Jena, 1904): „Auf dem Münchener Parteitag 1902 kamen die tieferliegenden Gründe der marxistischen Führer zum Vorschein. Die Schnapswirte seien ihre rührigsten und wirksamsten Vorkämpfer der Kleinagitation, die man nicht vor den Kopf stoßen dürfe. Ueberdies habe man gegen die Wirte im allgemeinen noch eine Dankespflicht aus der Zeit des Sozialistengesetzes und schließlich sei zu befürchten, daß sich die Partei dadurch auch bei ihren Genossen direkt schade, denn die Maurer und Zimmerleute würden sich nicht vorschreiben lassen, wieviel Schnaps sie trinken dürfen." Herr Stehr gibt an, er zitiere diese Stelle aus dem „Vorwärts" vom 21. November 1902. Ich habe diesen „Vorwärts", auch die Nummer vom 21. September 1902, die den Parteitagsbericht enthält, mit dem Genossen Grunwald, dem Parteiarchivar, vergebens daraufhin durchgesehen. Wir haben auch das Protokoll durchforscht und überall nachgefragt, ob jemand von dieser Aeußerung etwas wisse; nichts hat sich gefunden. Ich stelle demnach fest, daß die Behauptung, es sei diese Aeußerung auf dem Münchener Parteitag gefallen, erstunken und erlogen ist. (Hört! hört!) Aber sie hat Früchte getragen. In dem Handbuch des Reichslügenverbandes heißt es im Anschluß an einen Artikel, den Kautsky im Jahre 1890 in der „Neuen Zeit" in einer Diskussion mit einigen Abstinenten schrieb: „Man sieht aus diesen Bekenntnissen, daß die Sozialdemokratie den Alkohol, den sie gelegentlich zu bekämpfen vorgibt, als unentbehrlichen Bundesgenossen gebraucht." Und die „Post" vom 21. November 1903 schrieb: „Die Atmosphäre, welche der Zigarren- und Spiritusdunst in den Parteikneipen erzeugt, sei nach dem Ausspruch erfahrener „Genossen" unerläßlich, um die Köpfe neuer Parteirekruten für die Lehren der Umsturzpartei recht empfänglich zu machen." Sie sehen also, daß schon gegenüber diesen nichtswürdigen Verleumdungen es notwendig ist, daß wir uns hier recht eingehend mit unserer Stellung zur Alkoholfrage und der Bedeutung derselben beschäftigen. Wir haben ja nicht allein unsere Anschauungen klarzulegen über das, worüber wir alle einig sind, nämlich, daß der Alkoholmißbrauch ein Laster ist, das ausgerottet werden muß, sondern wir haben uns auch zu fragen, ob überhaupt der Alkoholgenuß zu verbieten sei, da jede Mäßigkeit im Genuß unmöglich sei, wie Professor Bunge meint, der da sagt: „Wir Menschen können nicht mäßig sein."

Als Beweis, wie eingehend heute in wissenschaftlichen und sozialpolitischen Kreisen die Alkoholfrage behandelt wird, kann ich auf eines hinweisen: Es ist mit Unterstützung der Akademie der Wissenschaften ein Verzeichnis der Titel der Schriften über die Alkoholfrage zusammengestellt, das nicht weniger als 500 Seiten umfaßt. Ob jeder Alkoholgenuß schädlich oder ob er erst von einem gewissen Grade ab schädlich ist, also ob völlige Enthaltung, Abstinenz nötig ist oder ob Mäßigkeit, Temperenz genügt, das zu untersuchen ist selbstverständlich nicht Aufgabe eines Parteitages, nicht Aufgabe von Laien, sondern Aufgabe der Wissenschaft. Allein die medizinischen und physiologischen Sachverständigen können darüber ein Urteil fällen. Und da wird uns leider unsere Entscheidung sehr erschwert. Ebensoviele Männer der Wissenschaft erklären die völlige Enthaltsamkeit als notwendig, ebensoviele die völlige Abschaffung des Alkoholgenusses nicht für nötig.

Um aber die Urteile der Physiologen würdigen zu können, müssen wir zunächst selbst die Eigenschaften des Alkohols kennen lernen.

Was ist eigentlich Alkohol? Der Alkohol entsteht aus dem Zucker bei der Gärung. Der Zucker wird dabei in wässeriger Lösung zersetzt in Alkohol und Kohlensäure. Was wir kaufen, ist aber nie reiner Alkohol, sondern immer gemischt mit Wasser. Selbst der stärkste Schnaps muß mindestens noch 40 Proz. Wasser enthalten; ohne Wasser ist es unmöglich, den Alkohol zu genießen. Wie aber auch der Alkohol in einem Getränk verdünnt ist, immer ist die Einwirkung auf den Organismus die gleiche, eine Einwirkung, die von den Laien fast stets falsch beurteilt wird. Die Einwirkung ist nämlich eine lähmende, und wenn wir sie als Anregung empfinden, so ist das nur eine Sinnestäuschung. Der Alkohol lähmt zunächst die Nervenfasern, die sich bei der Zirkulation des Blutes in unserem Körper zusammenziehen. Infolgedessen erweitern sich die Blutgefäße, die Haut wird blutreicher, sie rötet sich — man kennt ja die rote Nase! (Heiterkeit.) Der Blutzufluß ist ein stärkerer, infolgedessen kommt das Blut mehr mit der Oberfläche des Körpers und dadurch mehr mit der kälteren Außenluft in Berührung, so daß die Abkühlung stärker ist als sonst, daher in Wirklichkeit der Alkoholgenuß nicht erwärmend, sondern erkältend wirkt. Wir bekommen im ersten Augenblick ein Wärmegefühl, eigentlich aber tritt eine Abkühlung ein und daher kommt es, daß bei Kälte durch Branntweingenuß das Erfrieren beschleunigt, nicht aufgehalten wird. Es ist auch trügerischer Schein, wenn wir uns nach dem Alkoholgenuß gekräftigt glauben: durch die Erwärmung wird ein Gefühl des Wohlbehagens hervorgerufen, wie es nach der Sättigung bei uns erscheint, und dieses Gefühl täuscht uns vor, daß der Alkohol unseren Hunger stillt, während er in Wirklichkeit so gut wie nichts zur Ernährung beiträgt. Das Hungergefühl wird nur gelähmt, nicht beseitigt. Auch die geistigen Erscheinungen, die sich an den Alkoholgenuß anknüpfen, sind nichts weiter wie Lähmungserscheinungen, obwohl sie uns als Erregungserscheinungen bewußt werden. Der Trinkende wird sorglos, mutig: er sieht die Gefahr nicht mehr. Es ist kein Zufall, daß die Branntweinpest in Deutschland einzieht mit den großen Kriegen des Mittelalters: man benutzte den Alkohol, um die Kriegshorden zu größerer Waghalsigkeit aufzupeitschen, genau so wie noch heute in Rußland der Alkohol diese verderbliche Rolle spielt, wenn es gilt, Mensch gegen Mensch zu hetzen. Das Müdigkeitsgefühl wird durch den Alkohol nicht beseitigt, es kommt nur nicht zum Bewußtsein. Der Alkohol gibt keine Kraft, wie leider noch so viele denken, er wirkt nur wie die Peitsche, antreibend, ohne zu kräftigen, und zwar ebenso bei geistigen wie bei körperlichen Anstrengungen. Alle diese Wirkungen werden noch gesteigert durch Erwärmung des Getränkes (Grog usw.) und durch Kohlensäure, die auf die Schleimhaut des Magens so wirkt, daß sie imstande ist, den Alkohol rascher hindurchzulassen. Vor allem aber ist von Einfluß auf die Wirkung des Alkohols die Beschaffenheit des Magens an sich. Je leerer der Magen ist, um so rascher dringt der Alkohol in den Organismus ein. Beim gefüllten Magen ist die Wirkung eine weit weniger verheerende wie beim leeren. — Von manchen Abstinenten wird bestritten, daß der Alkohol auch ein Nahrungsmittel ist. Es ist aber durch wissenschaftliche Forschungen festgestellt, daß der Alkohol nicht nur ein Gift, sondern auch ein Nahrungsmittel ist. Doch ist mit aller Schärfe zu betonen, daß, wie Professor Neumann in Heidelberg es

ausdrückt, der Alkohol ein unrationeller, sehr teurer und gefährlicher Nahrungsstoff ist.

Die gefährlichen Folgen des Alkoholgenusses sind Ihnen allen bekannt. Seine Wirkungen sind erstens persönlicher, zweitens sozialer Art. Bei einzelnen ruft er Krankheitserscheinungen hervor, es entsteht zunächst Heiserkeit und Husten, die Organe sind schließlich nicht mehr widerstandsfähig, es treten Magen- und Darmstörungen ein, dem Trinker schmeckt kein Essen mehr, infolgedessen trinkt er noch mehr, durch die Störung der Magenfunktionen wird das Eindringen von Metallgiften erleichtert, so des Bleies, worunter ja namentlich die Buchdrucker zu leiden haben. Beim Biertrinken kann die viele Flüssigkeit eine Vergrößerung des Herzens hervorrufen, und diese führt wieder zu Erkrankungen verschiedener Art. Es treten Nierenerkrankungen und Leberanschwellungen ein, der Stoffwechsel leidet, dazu gesellt sich Nervenzerrüttung. Durch den Alkoholgenuß wird die Arbeitsfähigkeit herabgesetzt und die Sicherheit bei der Arbeit beeinträchtigt, so daß die Arbeitenden in höherem Maße Unfällen ausgesetzt sind. Ich will nicht so weit gehen wie Professor Bezzola, der meinte, daß eine Folge des Alkoholgenusses auch stets die Geburt schwachsinniger Kinder sei, und wie Professor Bunge, der annimmt, daß der Alkoholgenuß die Stillfähigkeit der Mütter schädlich beeinflussen müsse. Derartige Uebertreibungen rufen jene Zerrbilder hervor, die von manchen Abstinenten an die Wand gemalt werden und durch die sie die entgegengesetzten Wirkungen hervorrufen, die sie erzielen wollen.

Daß die Alkoholwirkungen schädlich sind, daß sie Schädigungen hervorrufen können, darüber existiert nirgends ein Zweifel; die Frage ist nur, unter welchen Bedingungen sie eintreten, ob in der Tat jeder Tropfen, den wir über die Lippen bringen, Gift ist. Die Professoren Hüppe und Binz erklären auf Grund eingehender Forschungen und Experimente mit Entschiedenheit, daß nicht jeder Alkoholgenuß schädlich sei, sondern daß die schädigenden Erscheinungen erst von einer gewissen Grenze ab eintreten, daß diese Grenzen und diese Wirkungen aber auch nicht für alle Menschen dieselben sind. Wie bei den ansteckenden Krankheiten die Gefahr ihrer Verbreitung auf der einen Seite auf das Eindringen der Keime von außen, auf der anderen Seite auf die Disposition des Individuums zurückzuführen ist, so ist es auch beim Alkoholgenuß: außer seiner Menge ist maßgebend die individuelle Disposition, die körperliche und geistige Beschaffenheit des Trinkenden.

Die durch wissenschaftliche Untersuchungen gefundene äußerste Grenze für den zulässigen Alkoholgenuß ist für den normalen erwachsenen Menschen gezogen mit dem Genuß von 20 bis 30 Gramm Alkohol in 24 Stunden. Diese Menge liegt unterhalb der Giftwirkung, aber — es sei dies nochmals betont — nur für den gesunden, genügend ernährten, weder körperlich noch geistig überanstrengten Erwachsenen. Und auch dieser sollte nicht Tag für Tag bis zu dieser äußersten Grenze gehen!

Die obigen Angaben über die zulässige Menge Alkohol beziehen sich auf den wasserfreien Alkohol. Dieser wird aber nicht getrunken, denn er würde die Lippen wie die inneren Organe zerstören, verbrennen. Zum Genuß dient nur Alkohol, der mit Wasser gemischt ist. Wir müssen daher einen kurzen Blick auf den Alkoholgehalt der alkoholischen Getränke werfen.

Das älteste Getränk, das so alt ist wie die Geschichte der Menschheit, ist der Wein, der begeistert gepriesene „Sorgenbrecher". Semitische Völker haben den Weingenuß unter andere Völker verbreitet, und er hat schließlich freudig begrüßt seinen Einzug in alle Länder gehalten. Der Wein enthält 9 bis 12 Proz. Alkohol, der spanische und der ungarische Süßwein, die noch mit Alkohol versetzt werden, enthalten bis 20 Proz. Alkohol und bis 6 Proz. Zucker. Auch der zuckerreiche Wein ist kein Nahrungsmittel, sondern nur ein Genußmittel. Der Obstwein enthält bis zu 6 Proz. Alkohol.

Der jüngere Bruder des Weines ist das Bier. Schon seit zwei Jahrtausenden wird es bereitet aus Getreide, dessen Körner durch Keimen, Mälzen ihr Stärkemehl in Zucker verwandelten; im alten Aegypten gab es bereits ein München, es hieß Pelusium. Von Aegypten kam das Bier nach Europa. Vom 12. Jahrhundert ab verbreitete es sich in Deutschland mit den Klöstern; im 16. Jahrhundert wetterte Luther bereits gegen die Bierpest. Das ist eigentlich ein Widerspruch gegen seinen Ausspruch: „Wer nicht liebt Wein, Weib und Gesang, der bleibt ein Narr sein Leben lang." Es meinen daher einige, daß Luther sich nur gegen das Bier geäußert, weil er den Wein vorgezogen habe. (Heiterkeit.) Andere Historiker bemühen sich dagegen festzustellen, daß Luther den Wein gar nicht gelobt habe. Das Bier, das damals gebraut wurde, war aber nicht das Bier, das wir heute trinken; sein Genuß war auf den Ort der Entstehung beschränkt, es war obergäriges Bier, das nicht gelagert und nicht weit versandt werden konnte. Die obergärigen Brauereien waren infolgedessen Kleinbetriebe. Das obergärige Bier hat 2 bis 3 Proz. Alkohol und 2—5 Proz. Zucker. Es ist immer mehr verschwunden, seitdem ein anderes Bier in Bayern hergestellt wurde, das bei niedrigerer Temperatur gärt und gelagert werden kann und jetzt in ganz Deutschland verbreitet ist. Das norddeutsche Lagerbier enthält 4 Proz. Alkohol und 5 Proz. Zucker, das bayerische Bier 3½—4 Proz. Alkohol und 7 Proz. Zucker, Bockbier bis 11 Proz. Zucker. Dieses Lagerbier wurde anfangs sehr überschätzt, es wurde als ein gutes Nahrungsmittel bezeichnet. Dem muß entschieden entgegengetreten werden. Es ist so gut wie kein Eiweiß im Bier, und es ist nicht wahr, wie es in einem Kellerspruch heißt: „Der Gerstensaft enthält des Weines Geist, des Brotes Kraft." Nährwert hat im Bier hauptsächlich nur der Zucker, und den bezahlen wir im Bier viel zu teuer, das Bier ist also als Nahrungsmittel viel zu kostspielig, denn 1 Liter Bier enthält nur so viel Zucker, als zwei Dreierbrödchen Stärkemehl enthalten und nur so viel Eiweiß wie ein Dreierbrödchen.

Der dritte Bruder — böse Bruder — unter den alkoholischen Getränken ist der Branntwein. Ursprünglich war er ein Destillat von Wein, das von Alchimisten im frühesten Mittelalter hergestellt wurde. Man behauptete, daß der Branntwein alle Lebensgeister aufwecken könne und bezeichnete ihn als Lebenswasser, aqua vitae. Dieses Lebenswasser, das so viele Leben vernichtet hat, ist seit dem 16. und 17. Jahrhundert auch in Ländern produziert worden, die keinen Wein besaßen. Er wurde aus gegorenem Getreide, hauptsächlich aus Korn (Roggen) destilliert und man bezeichnete ihn daher als Kornbranntwein. Diese Produktion des Kornbranntweins war wieder ein Kleingewerbe und zwar ursprünglich ein städtisches Gewerbe in einzelnen besonders getreidereichen Gegenden. Einzelne Orte gelangten dadurch zur besonderen Berühmtheit, ich erinnere an Nordhausen. Das blieb aber so nur bis in das vorige Jahrhundert. Aus den Städten wanderte die Produktion auf die Güter, besonders am Niederrhein, in Preußisch-Sachsen, Brandenburg, Hannover, Braunschweig wurde das Getreide zu Branntwein verarbeitet. Diese Produktion stieg nicht, wie eingangs der Katzensteinschen Resolution irrtümlich behauptet wird, dank der kapitalistischen Großproduktion alkoholischer Getränke, sondern sie war die Folge des gesteigerten Bedürfnisses, die Folge jener Verwüstung, die in Deutschland durch die Kriege herbeigeführt wurde. Not und Elend haben von der ersten Stunde an die Branntweinproduktion begleitet,

und Not und Elend haben sich an ihre Fersen geheftet bis auf den heutigen Tag. Nicht die Produktion hat künstlich ein Bedürfnis nach Alkohol hervorgerufen, sondern umgekehrt: die wirtschaftlichen Verhältnisse haben das Bedürfnis erzeugt, und dem genügte dann die gesteigerte Produktion. Allerdings wurde dann, weil der Bedarf stieg, das Kleingewerbe der Kornbrennerei zur Großproduktion gewisser Güter in getreidereichen Gegenden. Aber diese konnten sich ihres Vorsprunges nicht lange erfreuen, denn bald nach der zwangsweisen Einführung der Kartoffel als Nahrungsmittel lernte man auch aus Kartoffeln ein gärendes Gebräu hervorrufen, man destillierte es, da es sonst überhaupt nicht zu trinken war, und stellte so jenen Kartoffelbranntwein her, der bis auf den heutigen Tag seine unheilvolle Rolle spielt. Auch das Bedürfnis nach diesem Kartoffelbranntwein ist hervorgerufen worden durch die gesteigerte Verelendung der Bevölkerung. Es ist kein Zufall, daß nach den napoleonischen Kriegen die Branntweinpest, speziell die Kartoffelbranntweinpest, in Deutschland um sich griff, und daß damals die ersten großen Kartoffelbrennereien überhaupt entstanden. Speziell war es Deutschland, das den traurigen Ruhm genoß, die ganze Welt mit seinem Kartoffelfusel zu vergiften und in Deutschland wieder besonders Preußen, das die führende Rolle auch auf diesem kulturwidrigen Gebiet hatte. Dazu kam, daß in Preußen die Junker die Möglichkeit hatten, mit Hülfe der reaktionären Gesetzgebung aus den Aermsten, den armen Bauern, das Kapital herauszuschinden, das sie für die Anlage ihrer Brennereien brauchten.

Friedrich Engels hat im Jahre 1873 im „Volksstaat" in einem Artikel: „Preußischer Schnaps im Deutschen Reichstag" zum erstenmal diese Zusammenhänge zwischen Schnaps und Politik klargelegt. Von dem Gelde, mit dem es den Bauern von einer gütigen Regierung gnädigst gestattet wurde, das ihnen früher widerrechtlich Geraubte zurückzukaufen, wurden in Ostelbien 1816 die ersten Kartoffelbrennereien von den Junkern errichtet. Nur dadurch konnten sich die Junker vom wirtschaftlichen Zusammenbruch noch retten. Es ist kein Zufall, daß bis heutigen Tages das konservative Regiment in Deutschland auf der Schnapsflasche beruht. (Sehr richtig!) Nachdem der deutsche Schnaps vom Weltmarkt aus verschiedenen Gründen zurückgedrängt war, haben die Junker dann zum Ersatz dafür, daß sie nun weniger produzieren konnten, sich 1887 jene Liebesgaben-Gesetzgebung geschaffen, die ihnen aus den Taschen der Elendesten und Aermsten jährlich 46 Millionen Mark zuschanzt. Ich will hier einschalten: Man spricht immer davon, daß der Branntwein besonders durch seinen Fuselgehalt vergiftend auf die Bevölkerung einwirkt. Da muß ich ihm ein besseres Zeugnis ausstellen. Der schädliche Fusel ist nur dort vorhanden, wo das gegorene Getränk derart destilliert wird, daß das Destillat nur 40 bis 50 Prozent Alkohol enthält, d. h. in jener Zeit des Kleinbetriebes, als die jetzt gebräuchlichen, technisch vollkommenen Destillierapparate noch nicht existierten. Je mehr aber die Großproduktion bei der Branntweinerzeugung aus Kartoffeln zugenommen hat, um so mehr ist der Fuselgehalt zurückgegangen. Man hat auch bei der Beurteilung der Fuselwirkung die persönliche Disposition des Trinkers mit den physiologischen Eigenschaften des Getränks verwechselt. Man beobachtete nämlich, daß der Branntwein aus Wein scheinbar weniger schädigende Wirkung hervorrief, wie der Branntwein aus Kartoffelschnaps. Man vergaß aber dabei, daß die Bevölkerungsschichten, in denen der Branntwein als Wein getrunken wird, weit wohlhabender, daher besser genährt und infolgedessen widerstandsfähiger sind. Aber auch der fuselfreie Alkohol ist genau so ein Feind des Menschen, ja sogar umgekehrt: gerade der gutschmeckende Schnaps, der Kornbranntwein, enthält weit mehr von jenen Fuselölen, als der schlechte Kartoffelschnaps; aber sie verwandeln sich durch das Lagern in Aether, die zwar wohlriechend sind, aber nichtsdestoweniger betäubend wirken.

Welches ist nun die Mäßigkeitsgrenze, von der ich vorher sprach? Sie bedeutet, ins Praktische übertragen, daß ein normaler, erwachsener Mensch täglich ½ bis 1 Liter Lagerbier, oder ¼ bis ½ Liter Wein, oder 50 bis 80 Kubikzentimeter Branntwein, oder 30 bis 50 Kubikzentimeter Kognak trinken darf, ohne seinen Körper zu schädigen, vorausgesetzt, daß er ein vollständig normaler, widerstandsfähiger Mensch ist. (Hört! hört!) Und das ist das wesentliche. Es gibt Menschen, die sich diese Alkoholmenge zumuten dürfen, während andererseits gerade jene Schichten, die diese Aufpeitschung gebrauchen, um sich aufzuraffen, nicht normal sind, sie sind unterernährt, übermüdet, zermalmt und widerstandsunfähig. Die Frage, ob Mäßigkeit oder Abstinenz ist also individuell zu entscheiden unter Berücksichtigung des sozialen Milieus, d. h. der einzelne muß seine Person prüfen, ob er bis zu dieser Grenze gehen kann, er muß ferner seine soziale Lage beurteilen können, ob er nicht durch die äußeren auf ihn einwirkenden Schädigungen zu jenen gehört, die widerstandsunfähig sind. Ernährung, Alter, Geschlecht sind von entscheidendem Einfluß. Es gibt große Massen, die infolge ihrer Lage unbedingt nötig hätten, den Alkohol völlig zu vermeiden. (Sehr richtig!) Und leider ist es so, daß gerade die Schichten, die durch äußere Verhältnisse zum Alkohol getrieben werden, ihn eigentlich vermeiden müßten, weil er auf sie verderblich einwirkt. (Sehr richtig!) Eines der grausamsten Verbrechen, das Eltern an ihren Kindern begehen können, ist es, wenn sie ihnen Alkohol in irgend einer Form geben. (Lebhafte Zustimmung.) Aber werfen wir keinen Stein auf jene Eltern, spielen wir uns nicht als Pharisäer auf! Wie kommt es denn, daß so große Massen von Kindern aufwachsen mit dem Lutschbeutel im Munde, der vorher in Schnaps getaucht ist? Da finden wir denn, daß das von jenen armen Müttern gemacht wird, die auf Arbeit gehen oder zu Hause so arbeiten müssen, daß sie sich um ihre Kinder nicht kümmern können und sie infolgedessen zu beruhigen suchen. Dazu kommen die Eltern, die wenn sie einmal des Abends ausgehen, ihre Kinder mitnehmen müssen, sie können sich keine Bonne halten, das Kind bekommt auch Durst und da die Eltern kein Geld haben, ihm etwas anderes zu kaufen, und da sie die große Gefahr des Alkohols nicht kennen, geben sie ihnen Bier zu trinken. Was für die Kinder gilt, gilt auch für die Jugendlichen.

Sie werden nun fragen, ob es angesichts der geschilderten Gefahren nicht richtiger wäre, wenn wir uns für die Abstinenz erklärten. Wenn ich und die, die mit mir derselben Meinung sind, sich der Abstinenzbewegung nicht anschließen, so geschieht das aus den Gründen, die ich schon in Mainz dargelegt habe, weil wir wissen, daß die Bedingungen, die heute den Alkohol in gewissem Sinne der Bevölkerung aufzwingen, nur durch die politische Betätigung gerade unserer Partei bekämpft und ausgerottet werden und daß unsere ganze Tätigkeit den größten und wirksamsten Kampf gegen die Gefahren des Alkohols bildet, nicht nur des Alkoholmißbrauchs! Unsere Tätigkeit ist weit wirksamer, als alle jene wohlgemeinten Predigten, die so oft an das Pharisäertum erinnern. Der Satz, daß wir Menschen nicht mäßig sein können, ist durchaus nicht wahr. Gewiß, es gibt viele Menschen, die sich nur mit Hülfe der absoluten Abstinenz helfen können, weil sie nicht mäßig sein können, die sich dann auf irgend eine andere Weise schadlos halten, indem sie z. B. den ganzen Tag die Zigarre nicht aus dem

Mund lassen. Aber selbstverständlich gibt es auch — und die große Masse der Abstinenzler gehört dazu — überzeugte Menschen, die es für nützlich halten, Maß zu halten, und die die Pflicht in sich fühlen, durch ihr Beispiel anderen zu beweisen, daß man auch ohne Alkohol existieren kann. (Sehr richtig!) Aber gerade darin täuschen sie sich, nämlich über die Möglichkeit zu wirken, weil sie vergessen, daß es etwas gibt, gewaltiger als das eindrucksvollste Vorbild, und das sind die wirtschaftlichen Verhältnisse, die zum Trinken verleiten. Man sagt uns scheinbar geistreich: aber wie könnt Ihr denn sagen, daß das Trinken eine Folge der sozialen Verhältnisse sei, während Ihr doch seht, daß die besitzende Klasse nicht minder, ja noch mehr trinkt, als die arbeitende und notleidende Klasse! Man vergißt eben, daß die sozialen Verhältnisse nicht nur eine körperliche Not hervorrufen, sondern auch eine geistige Not, und daß auch jene, die heute im Besitz der wirtschaftlichen Macht sind, an dem Widerspruch leiden, den die kapitalistische Wirtschaftsordnung in sich trägt. Die geistige Oede hat auch die herrschenden Klassen erfüllt, sie fühlen das Bedürfnis, sich darüber hinwegzutäuschen und suchen im Rausch Vergessenheit, genau so wie der ärmste Proletarier, der sich betrinkt, bis er im Rinnstein liegt, weil er keine andere Erholung kennt, als die, im Rausch zu vergessen. Jene vornehmen Herren, die sich mit den edelsten Getränken ihren Kopf verwüsten, sie sind um nichts besser, aber auch genau so entschuldbar, wie jene Kreise, die aus materieller Not dem Alkohol verfallen.

Wir aber als politische Partei haben das Volk nicht bei seinem Müßiggang aufzusuchen, sondern bei seiner Arbeit, wir haben zu fragen, was bei der heutigen Art der Arbeit die Ursache dafür bildet, daß jene geistige und körperliche Not in solchem immer steigendem Maße vorhanden ist. Da müssen wir uns heute genau so wie immer zu den Anschauungen bekennen, die unser Friedrich Engels bereits 1845 dargelegt hat, jene Anschauungen, die selbst bis in unsere Reihen hinein von Leuten, die sich hyperethisch veranlaßt fühlen, bezweifelt werden. In seiner Schrift über „Die Lage der arbeitenden Klassen in England" sagt Engels:

„Alle Lockungen, alle möglichen Versuchungen vereinigen sich, um die Arbeiter zur Trunksucht zu bringen. Der Branntwein ist ihnen fast die einzige Freudenquelle und alles vereinigt sich, um sie ihnen recht nahe zu legen. Der Arbeiter kommt müde und erschlafft von seiner Arbeit heim; er findet eine Wohnung ohne alle Wohnlichkeit, feucht, unfreundlich und schmutzig; er bedarf dringend einer Aufheiterung, er muß etwas haben, das ihm die Arbeit der Mühe wert, die Aussicht auf den nächsten sauren Tag erträglich macht . . . sein geschwächter Körper, geschwächt durch schlechte Luft, durch schlechte Nahrung, verlangt mit Gewalt nach einem Stimulus (einem Anreiz, von außen her, sein geselliges Bedürfnis kann nur in einem Wirtshause befriedigt werden, er hat durchaus keinen anderen Ort, wo er seine Freunde treffen könnte — und bei alledem sollte der Arbeiter nicht die stärkste Versuchung zur Trunksucht haben, sollte er imstande sein, den Lockungen des Trunkes zu widerstehen? . . . Im Gegenteil, es ist die moralische und physische Notwendigkeit vorhanden, daß unter diesen Umständen eine sehr große Menge der Arbeiter dem Trunke verfallen muß . . . Die Trunksucht hat hier aufgehört ein Laster zu sein, für das man die Lasterhaften verantwortlich machen kann, sie wird ein Phänomen, die notwendige, unvermeidliche Folge gewisser Bedingungen auf ein wenigstens diesen Bedingungen gegenüber willenloses Objekt. Diejenigen, die den Arbeiter zum bloßen Objekt gemacht haben, mögen die Verantwortlichkeit tragen." Das sind die Anschauungen von Engels, aber er hat nicht etwa — ich brauche das wohl nicht erst zu sagen — die Hände müßig in den Schoß gelegt, nein, ihm verdanken wir es ja, daß wir so kräftig gegen die Verelendung der Arbeiter gearbeitet haben und arbeiten können. Und ihm war auch wohl bewußt, daß das Elend nicht nur den Alkoholismus, sondern auch der Alkoholismus das Elend hervorruft und deshalb sagt er: „Aber mit derselben Notwendigkeit, mit der eine große Menge der Arbeiter dem Trunke verfallen, mit derselben Notwendigkeit äußert der Trunk seine zerstörenden Wirkungen auf Geist und Körper seiner Opfer."

Für uns als sozialdemokratische Partei ist es das wichtigste, die Ursachen zu untersuchen, die besonders die Arbeitermassen zum Alkoholgenuß zwingen. Wir bekämpfen nicht nur die Ursachen der Trunksucht, sondern auch des Trinkens, das ja erst zur Trunksucht führt. Gewiß, auch der gesellschaftliche Trinkzwang mag manchen schließlich zum Trinken verleiten, aber die Hauptsache ist doch der Zusammenhang zwischen den wirtschaftlichen Verhältnissen und der durch sie hervorgerufenen Gewöhnung. Der angesehene Irrenarzt Professor Kraepelin sagt in seiner sonst trefflichen Schrift über Alkohol und Jugend: „Da trinkt der Schmied wegen der Hitze, der Kutscher wegen der Kälte, der Maurer wegen des Aufenthalts im Freien, der Müller wegen des Staubes, der Schiffer wegen des Nebels, dieser wegen seiner bösen Frau und jener wegen des Rückgangs des Geschäfts. Schon die Mannigfaltigkeit dieser Gründe zeigt deutlich genug, daß kein einziger stichhaltig ist." Ach nein, gelehrter Herr Professor, diese Mannigfaltigkeit der Gründe zeigt, wie mannigfaltig das Leben ist und wie mannigfaltig die Ursachen sind, die zum Alkoholgenuß treiben.

Die Ursache des Alkoholgenusses bei der Arbeit entspringt zunächst der geistigen Uebermüdung durch zu lange Arbeitszeit. Darüber sind wir uns alle einig, auch die Kreise im bürgerlichen Lager, die sich sonst um soziale Fragen nicht kümmern. Anders steht es mit der Frage: wie wirkt denn überhaupt die heutige Arbeit auf die Arbeiter, gibt es nicht eine geistige Ermüdung, die dadurch hervorgerufen wird, daß der Arbeiter heute, wie Marx sagt, ein Anhängsel der Maschine geworden ist? (Lebhafte Zustimmung.) Gerade diese geistige Ermüdung durch die Oede der heutigen Arbeit ist es, die gleichzeitig in so hohem Maße die Aufmerksamkeit des Arbeiters erfordert, wenn er nicht mit seinen Knochen unter die Räder kommen oder das Produkt verderben und auf die Straße gesetzt werden will. Gerade jene geistige Ermüdung ist es, die die geistige Abtötung hervorruft, die dazu führt, daß er nach Schluß der Arbeit für nichts Interesse hat. Es ist lächerlich, wenn Stehr meint: „Daß die in steter Bewegung befindliche Maschine den Arbeiter mehr fesselt, das heißt ihm fortwährend mehr Reize zuströmen läßt als die frühere Handarbeit, daß somit die Maschinenarbeit weniger langweilig ist". (Lachen.) Ich glaube, Sie können schon aus diesen Worten die geistige Höhe ermessen, auf der sich jener Herr Doktor bewegt. Die geistige Ermüdung bei der Arbeit ist es, also nicht nur die Uebermüdung, die jene Prädisposition (Veranlagung) schafft, die zum Alkohol treibt. Dazu kommen die zahlreichen Ursachen, an denen das Unternehmertum und die Regierung die Schuld trägt. (Sehr richtig!) Betrachten wir zunächst jene Betriebe, in denen durch den Staub Durst erzeugt wird, wo aber niemand dafür sorgt, daß die Arbeiter Getränke erhalten, die nicht alkoholisch sind. Für einige Staats- und Kommunalbetriebe hat man ja endlich in den letzten Jahren vorgeschrieben, daß die Arbeiter alkoholfreie Getränke bekommen. Aber die große Mehrzahl der Unternehmer erklärt noch immer frech: Ihr dürft keinen Alkohol trinken, sie tut jedoch nichts, um das Durstgefühl des Arbeiters zu stillen oder um dafür zu sorgen, daß der Arbeiter über-

haupt nicht erst Durst bekommt. Ich erinnere da an die Zementindustrie. Jahrzehntelang haben wir dafür gekämpft, daß die Zementfabriken eine genügende Ventilation bekommen, aber es ist nichts geschehen, bis eines Tages ein kluger und findiger Ingenieur entdeckte, daß man, wenn man den Staub durch geeignete Ventilation abzieht, ein Produkt gewinnt, für das man hohe Preise erzielen kann. Ich habe damals im Reichstage gefragt, warum die Arbeiter nicht noch etwas herauszahlen müssen für den Staub, den sie Jahre lang umsonst geschluckt haben. (Heiterkeit.) Gehen Sie nur einmal in die Arbeiterwohlfahrtsausstellung in Charlottenburg! Da finden Sie eine Kohlenlunge, eine Bleilunge, eine Steinlunge, alles Lungen, die mal einem lebenskräftigen Arbeiter gehört haben, die aber verwüstet und vernichtet sind durch den Staub, der in der Fabrik herrscht, und den kein Unternehmer zu beseitigen sich anschickt, weil das Geld kostet und weil der Staat nicht mit der genügenden Schärfe vorgeht, wie auf anderem Gebiete. (Sehr richtig!) Also wir verlangen nicht allein, daß in jenen Betrieben alkoholfreie Getränke bereitgestellt werden, sondern wir verlangen vor allem die Beseitigung jener Mißstände, die den Staub hervorrufen, und da klage ich denn die Abstinenten an, die immer bloß sagen: „Trinkt nicht alkoholische Getränke, sondern Wasser oder etwas anderes!" Nein, der Schwerpunkt ist nicht, was sie trinken sollen, sondern, daß sie überhaupt nicht zu trinken brauchen, daß sie nicht erst dazu gezwungen werden! (Sehr richtig!) Dann haben wir die zahlreichen anderen Arbeiterkategorien, die bei hoher Hitze zu arbeiten gezwungen sind und die Hitze den Durst hervorruft, zum Beispiel die Glasbläser, die täglich mindestens fünf Liter Wasser zu sich nehmen müssen. Das bekommt ihnen aber übel, der Körper transpiriert dadurch noch mehr, und sie verfallen dem Alkohol. Auch da heißt es nicht allein, ihnen andere Getränke zur Verfügung zu stellen, sondern gute Ventilationseinrichtungen zu schaffen und die Arbeitszeit herabzusetzen! (Sehr richtig!) Dazu kommen die Dünste, die ekelhaften Gase, die gewerblichen Vergiftungen, die Uebelkeit und Schmerzen hervorrufen, wie es bei der Bleivergiftung und der Quecksilbervergiftung der Fall ist. Obwohl für einen an Bleikolik Leidenden der Alkohol das allerschädlichste ist, greift er doch dazu, um seine furchtbaren Schmerzen zu beseitigen, und dadurch schädigt er sich mehr und mehr. Auch hier heißt es nicht, ein anderes Getränk, sondern fort mit dem Blei! Ich erinnere an die große Kategorie der Maler und Anstreicher, die heute der Bleivergiftung ausgesetzt sind, obwohl man das Bleiweiß mit Leichtigkeit verbieten könnte. Statt dessen heuchelt man Arbeiterschutzvorschriften vor, die völlig ungeeignet sein müssen. Die Bergarbeiter über Tage, die Steinbruchsarbeiter, die Maurer und Zimmerer, Bauarbeiter überhaupt, Dachdecker, die Landarbeiter, Straßenarbeiter, Fuhrleute, Straßenbahn- und Eisenbahnarbeiter und -Beamte, sie alle sind schonungslos jeder Unbill der Witterung ausgesetzt. Vielfach stehen den Bauarbeitern noch keine Baubuden zur Verfügung; sie müssen auf der Straße ihr Essen einnehmen, bei Hitze und Kälte auch ihre Pausen im Freien verbringen. Ihr bürgerlichen Abstinenten, Ihr Sittlichkeitsprediger, ich klage Euch an, daß Ihr nicht genügend auf diese Zustände hingewiesen habt. Den Ziegeleiarbeitern steht häufig nicht einmal Trinkwasser zur Verfügung, sie müssen sich Wasser aus Lehmpfützen holen. Die Folge ist, daß sie trinken, was sie bekommen können, weil niemand sich um sie kümmert, weil der Staat in abscheulichster Weise seine Pflicht vernachlässigt. Wie die körperverwüstende Hitze und Kälte wirkt, sehen wir ja am besten hier im Ruhrrevier, wo die Tausende und Abertausende von Arbeitern unter der Erde und in den großen Werkstätten der Industrie schaffen müssen unter Bedingungen, die das Elend des Alkoholmißbrauchs mit hervorrufen, der gerade auch hier zu Hause ist. Auch hier würden Verkürzung der Arbeitszeit, bessere hygienische Zustände längst mehr erreicht haben als Tausende von Reden gegen den Alkoholismus.

Ich sagte schon, daß der Alkohol um so schlimmer wirkt, je leerer der Magen ist, und daß der Anreiz zum Alkoholgenuß dann auch um so größer ist. Die Unterernährung aber ist die Folge der niedrigen Löhne und der Verteuerung der Lebensmittel durch die Zölle und Verbrauchsabgaben. Bei dieser Verteuerung der Lebensmittel und der Vermehrung des Alkoholkonsums machen die Getreide und Schnaps produzierenden Junker also ein doppeltes Geschäft. Schon 1860 hat ein Bahnbrecher auf dem Gebiet der Physiologie, der große Justus von Liebig, geschrieben: „Der Branntweingenuß ist nicht die Ursache, sondern eine Folge der Not. Es ist eine Ausnahme von der Regel, wenn ein gut genährter Mann zum Branntweintrinker wird. Wenn hingegen ein Mensch durch seine Arbeit weniger verdient, als er zur Erwerbung der ihm notwendigen Menge von Speise bedarf, durch welche seine Arbeitskraft wieder hergestellt wird, so zwingt ihn eine starre unerbittliche Naturnotwendigkeit, seine Zuflucht zum Branntwein zu nehmen." — Zu der Verteuerung der Lebensmittel durch die indirekten Steuern kommt dann noch die unschmackhafte Zubereitung der Speisen, die den Arbeiter zwingt, sie mit einem Schluck herunterzuspülen. Die Ursache dieser unschmackhaften Zubereitung hängt natürlich damit zusammen, daß die Töchter der Arbeiter meist von Jugend auf in den Fabriken tätig sind und daß die Frauen beschäftigt und vielfach in großer Hast das Essen bereiten müssen. Solange man in der Schule die Mädchen in der Hauptsache nur lehrt, was im Katechismus steht, aber sie ohne Ahnung davon läßt, was notwendig ist zur irdischen Glückseligkeit, um gesund und kräftig zu werden, wenn man von einer Ernährungslehre in der Schule nichts weiß, sondern nur hier und da einmal Kochschulen errichtet, dann ist es kein Wunder, wenn die Arbeiterfrauen nicht kochen können, wenn sie dem Manne ein Essen vorsetzen müssen, daß er gezwungen ist, es herunterzuspülen, weil es ihm nicht schmeckt. So sagt mit Recht Professor Bunge: „Die Nahrung der meisten Menschen ist viel zu wenig wohlschmeckend. Aus dieser mangelnden Befriedigung unseres Verlangens nach einer wohltuenden Erregung der Geruchs- und Geschmacksnerven — und damit indirekt des gesamten Nervensystems — erklärt es sich, daß wir ein Verlangen haben nach besonderen Genußmitteln. Die Nahrungsmittel sollten zugleich Genußmittel sein. Die Nahrungsaufnahme soll dem Menschen Freude bereiten — jede Mahlzeit ein Fest!" Ja, wenn das einmal der Fall sein wird, werden wir vielleicht allen Alkohol bannen können, vorher aber wird alles Predigen gegen den Alkoholteufel wenig nützen.

Weiter kommt hinzu, daß das ungenügende Mittagessen, wie es die Arbeiter genießen, meist nicht lange vorhält. Die Folge ist, daß die Arbeiter viel kalte Zwischenmahlzeiten machen müssen, was schwerer verdaulich ist als selbst ein schlechtes, aber warmes Essen und auch wieder den Durst anreizt. Ein weiteres Reizmittel für den Arbeiter, zu trinken, besteht vielfach in dem Zwang, seine Mahlzeit im Wirtshaus einzunehmen. (Sehr richtig!) Dort wird er nicht nur durch den Trinkzwang, sondern auch dadurch zum Trinken veranlaßt, daß die Speisen stark gesalzen und gepfeffert sind, natürlich auch wieder gerade zu dem Zwecke, um zum Trinken anzureizen, wozu noch kommt, daß dem durch Trinken schon verdorbenen Magen die Speisen nur in dieser scharf gewürzten Zubereitung schmecken, und endlich, daß die billigen Materialien zum Essen ohne diese Gewürze ganz

unschmackhaft wären. (Sehr richtig!) Deswegen fordern wir Erholungsräume für die Arbeiter, wo sie ihre Mahlzeiten einnehmen können. So gut bei Errichtung jeder Fabrik danach gefragt wird, ob nicht die Anwohner durch Ausdünstungen, Geräusche, Abwässer geschädigt werden, so müßte es auch jedem Unternehmer zur Pflicht gemacht werden, Erholungsstätten für die Arbeiter in der Fabrik zu errichten, wo sie auch Nahrung bekommen, die ihren Bedürfnissen entspricht. — Ein weiterer Anreiz zum Trinken liegt vielfach in der Einrichtung der Arbeitsnachweise. Nach Verordnungen aus den Jahren 1902 und 1907 sollen diese zwar nicht mit Gastwirtschaften verbunden sein, aber das Gesetz wird vielfach umgangen in der Weise, daß der Arbeiter nur dann Arbeit bekommen kann, wenn er vorher beim Gastwirt einkehrt, der ihm dann sagt, wo in der Nähe Arbeit vermittelt wird. In der Seemannsordnung haben wir die Bestimmung, daß die Heuerbasen keine Gastwirtschaft mehr betreiben sollen. Aber gerade diese Bestimmung wird vielfach umgangen und gilt auch nur in den größeren Orten. In den kleineren Städten haben wir jenen abscheulichen Zustand, daß, wenn der Matrose ausgeheuert ist, er solange keine Arbeit bekommt, bis er den letzten Pfennig vertrunken hat, erst dann besorgt ihm der Heuerbas eine neue Stellung. Das ist ein Mangel der Gesetzgebung, auf den wir schon lange, leider bisher vergeblich hingewiesen haben. Wir haben ferner jene Bestimmungen, die unter dem Namen Truckſystem zusammengefaßt sind. Der § 115 der G.-O. bestimmt, daß Gewerbetreibende ihren Arbeitern keine Waren kreditieren dürfen, aber Lebensmittel für den Betrag der Anschaffungskosten ihnen verkaufen können. Das wird in der infamsten Weise ausgenutzt, zumal die Rechtsprechung auch den Branntwein als ein Lebensmittel erklärt hat. Es kommen Fälle vor, wo zwischen Unternehmer und Schankwirt ein Geschäft auf Gegenseitigkeit gemacht wird. Genosse Bömelburg hat mir einen Fall mitgeteilt, der zu einem Maurerstreik in Freiburg führte. Um bei einem Neubau die Fußböden zu füllen, wurde Schlacke gebraucht; da hat der Bauunternehmer mit einer Brauerei ein Abkommen auf Lieferung der Schlacke getroffen, wofür sich der Unternehmer verpflichtete, daß auf dem Bau nur Bier aus dieser Brauerei verkauft werden darf. Der Polier bekam den Lohn eines gewöhnlichen Maurers, aber Prozente für den Bierverkauf. (Hört! hört!) Die Folge war natürlich, daß diejenigen, die nicht genug soffen, bald vom Bau gejagt wurden. Das ließen sich die Maurer nicht gefallen und haben den Unternehmer gezwungen, den schändlichen Vertrag aufzuheben. Ueberhaupt stehen vielfach Poliere mit Brauereien unter einer Decke. Die Kantinenwirtschaft ist ein großer Krebsschaden. Es müßte dafür gesorgt werden, daß die Arbeiter die Kantinen in eigene Verwaltung bekommen. Die Bauarbeiter fordern auch mit Recht, daß sie ordentliche Baubuden bekommen, in denen ein Kochherd vorhanden ist, auf dem sie sich ihre Speisen anwärmen und zubereiten können. Wie das Unternehmertum häufig geneigt ist, den Alkoholgenuß der Arbeiter noch zu fördern, weil es dabei die besten Geschäfte zu machen glaubt, beweist der Mißstand des Freibieres in den Brauereien, und es ist rühmend hervorzuheben, daß es die Brauereiarbeiter selbst sind, die jetzt mit aller Energie gegen dies Freibier ankämpfen. Der reichliche Biergenuß der Brauereiarbeiter hängt übrigens zum Teil damit zusammen, daß die Arbeit der Brauereiarbeiter eine sehr anstrengende, aufreibende ist, da sie in Nässe und Kälte wie bei großer Hitze (Malzboden) arbeiten müssen. Da haben nun die Brauereiarbeiter gesagt: gebt uns bessere Arbeitsbedingungen und eine Lohnerhöhung statt des Freibieres. In einzelnen Brauereien ist das auch durchgeführt worden, die Arbeiter bekommen dort Biermarken, die sie verwenden können, soweit sie wollen, und für die nichtverwendeten bekommen sie bar Geld wieder. Ein großer Teil der Brauereien ist aber dagegen, ja die Berufsgenossenschaft der Brauereien ist dem Verlangen des Reichsversicherungsamtes, das Freibier abzuschaffen entgegengetreten und hat es so weit gebracht, daß das Reichsversicherungsamt nicht mehr mit der früheren Energie für die Abschaffung des Freibiers auftritt. Im übrigen ist es nicht richtig, das Auftreten der Tuberkulose unter den Brauereiarbeitern allein dem Alkoholgenuß zuzuschreiben. Es kommt dabei hauptsächlich in Betracht der häufige Temperaturwechsel, dem die Brauer ausgesetzt sind, die Ueberanstrengung durch die viel zu lange Arbeitszeit in schlechter, an Kohlensäure überreicher Luft, durch die Ueberstunden und die Nachtarbeit.

Wenn aber ein Arbeiter, vergiftet durch Staub, Hitze und Dunst und überanstrengt, schließlich nicht mehr weiter kann mit seinem Körper, dann ist er auch nicht fähig, sich irgendwie geistig zu betätigen, eine Zeitung, ein Buch zu lesen, einen Vortrag zu hören usw., sondern er ist nur noch imstande, mit Hülfe des Alkohols in den nächsten Tag hinüberzudusseln, zumal er keine andere Stätte der Geselligkeit findet als das Wirtshaus, wo der Alkohol gewerbsmäßig vertrieben wird. Wir fordern daher Erholungsstätten für die Arbeiter, in denen kein Zwang zum Genuß alkoholischer Getränke herrscht. Es ist übrigens nicht wahr, daß durch unsere Gewerkschaftshäuser dem Alkoholismus Vorschub geleistet wird, wie die gegnerische Presse im Falle des Gothaer Gewerkschaftshauses in maßloser Uebertreibung verleumderisch behauptet hat. Das Stöckersche „Reich“ eifert darüber, daß die 2000 organisierten Gewerkschaftler Gothas ihr neugeschaffenes Gewerkschaftshaus freitrinken müßten, indem sie sich verpflichtet hätten, in 18 Jahren für 702 000 Mk. Bier zu verbrauchen. Das klingt, als ob es schrecklich viel wäre, macht aber pro Kopf und Tag des organisierten Arbeiters doch nur 5¼ Pfennige, also wöchentlich 37 Pfennige, — gewiß eine recht bescheidene Ausgabe für Bier. Nun verkehren aber im Gewerkschaftshaus nicht nur die organisierten Arbeiter, sondern auch deren Angehörige und andere Gäste, so daß auf Kopf und Tag noch nicht einmal 5 Pfennige Bierverbrauch entfallen! Gewiß wäre es wünschenswert, wenn in solchen Volks- und Gewerkschaftshäusern überhaupt kein Trinkzwang herrschen würde, und es kann und muß eine Form dafür gefunden werden, etwa in einer Platzgebühr oder durch Erhebung von Entree. Daß die Wirte für Limonaden, Mineralwasser, Kaffee und dergleichen, bei denen der Gast den ganzen Abend bei einem Glase sitzt, mehr berechnen müssen als für das Bier, von dem drei bis vier Glas getrunken werden, ist selbstverständlich. Der Wirt müßte eben in anderer Form entschädigt werden, oder wir müssen eigene Wirtschaften errichten, in denen es keine Gastwirte gibt. Denn der hohe Preis der alkoholfreien Getränke in den Wirtschaften verleitet gar manchen, sich Bier geben zu lassen, selbst wenn er lieber Mineralwasser, Limonade oder Kaffee trinken würde. Es ist dieser Trinkzwang, der zu überflüssigen und übermäßigen Alkoholgenuß verleitet. Die Trinksitten spielen unter den Arbeitern nicht die Rolle, wie von den Abstinenzlern immer behauptet wird, wenn es auch gewiß unsinniger- und bedauerlicherweise vorkommt, daß Arbeiter eine Freude daran haben, einen Kameraden einmal betrunken zu machen. Wer dies tut, begeht ein sehr großes Unrecht, über dessen Tragweite er sich gar nicht bewußt ist, denn es gibt Naturen, die, wenn sie erst einmal mit Alkohol vergiftet sind, von dieser Vergiftung nicht lassen können. Wenn man so gern auf seiten der Abstinenten auf die Selbsterziehung hinweist und auf die großen Erfolge, die durch Mahnung und Beispiel erzielt worden sind, so sind doch diese großen Erfolge nicht bewiesen.

Insbesondere wird immer erzählt, daß ein irländischer Pater Mathew durch seine hinreißenden Reden es erreicht habe, daß in Irland der Alkoholgenuß enorm abnahm, und daß die Zahl der Verbrechen in den drei Jahren 1838 bis 1841 von 12 096 auf 773 sank. In Wahrheit lag die Sache so, daß damals in Irland eine große Hungersnot infolge der Kartoffelmißernte vorhanden war, durch die eine große Anzahl von Verbrechen hervorgerufen wurde, die darin bestanden, daß die Hungernden in ihrer Verzweiflung den Lords die Kartoffeln wegnahmen. Als dann die englische Regierung Unterstützungen austeilte und die Not allmählich vorüberging, nahmen auch die Verbrechen entsprechend wieder ab. Allerdings war diese Wirkung, wie auch die Abstinenten betrübt zugeben, keine nachhaltige. Selbstverständlich — mit neuer Not kamen auch neue Verbrechen. Friedrich Engels verspottete in seiner bereits erwähnten „Lage der arbeitenden Klasse in England" mit Recht die angeblichen Wundererfolge Mathews. Engels schreibt darüber: „Wenn der irische Mäßigkeitsapostel durch die englischen Städte reiste, so nahmen oft dreißig- bis sechzigtausend Arbeiter die „pledge" (das Gelübde), aber nach vier Wochen ist das bei den meisten wieder vergessen. Wenn man z. B. die Massen zusammenzählt, die in den letzten drei bis vier Jahren in Manchester das Mäßigkeitsgelübde abgelegt haben, so kommen mehr Leute heraus, als überhaupt in der Stadt wohnen — und doch merkt man nicht, daß der Trunk abnimmt." Und Engels fügt hinzu: „Wenn man die Leute in eine Lage versetzt, die nur dem Tiere zusagen kann, so bleibt ihnen nichts übrig, als sich zu empören oder in der Bestialität unterzugehen." Not und Trunksucht stehen eben in engstem, ja oft untrennbarem Zusammenhange. Ich kann mit Genugtuung hervorheben, daß auch in den Kreisen vernünftiger Gewerbeaufsichtsbeamten Deutschlands dieser Zusammenhang zwischen Alkoholmißbrauch und Wirtschaftslage stark betont wird. So wurde auf der 19. Jahresversammlung des Deutschen Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke 1902 von dem badischen Gewerbeinspektor Dr. Fuchs erklärt: „Unter den wirtschaftlichen Schäden der Zeit wächst der Alkoholgenuß. Schlechte Wohnungsverhältnisse, geringe Löhnung, gefährliche Arbeitsverhältnisse, sie alle treiben den Arbeiter in die Destillationen; auch der relative Mangel an Bildungsstätten treibt ihn dahin. Wenn man in manchen Kreisen die Arbeiterorganisationen mißtrauisch behandelt und sogar zu unterdrücken sucht, so treibt man die Arbeiter in solche Vereine, in denen der Alkoholgenuß jede geistige Regung unterdrückt."

Das sind tapfere Worte, die weit wertvoller sind als das Gerede von dem bösen Willen der Arbeiter, die durchaus nicht zu belehren wären. Um so bedauerlicher ist es, wenn auch hervorragende Vertreter der Arbeiter sich dazu hergeben, in den Ruf einzustimmen, der von den bürgerlichen Arbeiterfeinden erhoben wird: „Wenn man den Arbeitern kürzere Arbeitszeit und mehr Lohn gibt, versaufen sie das Geld doch nur in der freien Zeit." Ich erhebe die Anklage gegen einen Minister, der aus Arbeiterkreisen hervorgegangen ist, gegen John Burns, der ja gegenwärtig in Essen sein soll. In seiner Schrift „Arbeit und Trunk" sagt er auf Seite 42: „Es ist eine Tatsache, daß mit der Arbeitszunahme — er hatte vorher von der Arbeitslosigkeit gesprochen — und dem Steigen der Löhne auch der Trunk gleichen Schritt hält." (Hört! hört!) Und auf Seite 20 seiner Schrift erklärt er in dem Kapitel „Armut und Trunksucht": „Die zum Dogma erklärte Theorie, daß Armut Trunksucht erzeuge, erleidet einen argen Stoß durch die Tatsache, daß die Ausgaben für alkoholische Getränke einer Familie der Mittel- und Oberklassen, die die Mittel dazu haben, zweieinhalbmal größer sind als die einer Arbeiterfamilie, wenn auch die Wirkung weniger augenfällig

ist. Der schwerwiegendste Einwand ist jedoch die Tatsache, daß dem Wachsen der Löhne sofort auch eine Steigerung der Trunksucht folgt, die Zahl der Irrsinnsanfälle wächst und die Häufigkeit der Verbrechen im Gefolge der Trunksucht gleichen Schritt damit hält. Umgekehrt findet dies auch volle Bestätigung, denn auf dem Lande, wo die Löhne niedrig sind, ist auch die Trunksucht geringer und Irrsinn infolge von Trunk selten." Wenn das richtig wäre, müßte ja der Alkoholismus heute noch weit stärker sein als früher. Nein, die Dinge liegen ganz anders. Wenn die Löhne steigen, werden zunächst statt des gefährlichen Branntweins die weniger gefährlichen Getränke Bier und Wein getrunken, und weiter ist selbstverständlich, daß, wenn all die Mißstände, die ich vorher geschildert habe, Hitze, Kälte, Uebermüdung usw. bestehen bleiben, auch bei erhöhten Löhnen das Bedürfnis zum Trinken bestehen bleibt. Es ist ferner eine Tatsache, die die Erhebungen bei den Gewerkschaften bewiesen haben — die Frankfurter „Volksstimme" hat z. B. in dankenswerter Weise soeben (am 7., 13. und 19. September) eine solche Erhebung veröffentlicht — daß bei allen Gewerkschaften, die eine Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhungen durchgesetzt haben, auch der Alkoholverbrauch zurückgegangen ist, daß die Arbeiter edlere Genüsse als das Sitzen in den Kneipen kennen gelernt haben. Um so unbegreiflicher ist der Ausspruch John Burns, eines Mannes, der selbst aus Arbeiterkreisen hervorgegangen ist.

So steht es auch mit dem Zusammenhange zwischen Unfällen und Alkoholgenuß. Von seiten der Unternehmer, des Reichsversicherungsamtes und leider auch von sozialdemokratischen Abstinenten wird mit Wollust darauf herumgeritten, daß die Zahl der Unfälle am Montag die größte sei infolge des Alkoholmißbrauchs am Sonntag. Tatsächlich zeigt aber die Statistik, daß die größte Zahl der Unfälle am Sonnabend eintritt, an dem die Arbeiter besonders ermüdet sind. Um ein Urteil über die Verteilung der Unfälle auf die Wochentage abgeben zu können, muß man die Ursachen der Unfälle untersuchen. Unsere Untersuchungen in dieser Richtung zeigen, daß die erwähnten Behauptungen übertrieben sind. Selbstverständlich erhöht der Alkoholgenuß die Unfallgefahr, selbstverständlich ist es ein Unglück für den Arbeiter, wenn er bei der Arbeit Alkohol trinkt. Aber man darf nicht behaupten, daß alle Unfälle vom Alkoholgenuß herkommen. (Zuruf: Wer behauptet das?) Das wird behauptet. (Widerspruch.) In einer Statistik der Arbeitgeber, die auch von sozialdemokratischen Abstinenten benutzt wird, heißt es, daß die Zahl der Unfälle bei den Bauarbeitern in den Bezirken weit größer ist, in denen viel getrunken wird, als in den Bezirken, in denen weniger getrunken wird. Die letzte Uebersicht der Bauberufsgenossenschaften aus dem Jahre 1904 zeigt folgendes: Auf 10 000 Vollarbeiter kommen 86 Unfälle im Bezirk Hannover, 93 in dem Bezirk Hamburg, dagegen in Bayern 119, 122 in Schlesien und Posen, in Württemberg sogar 140. Ich verglich damit nun die „Statistik über die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Maurergewerbe, herausgegeben vom Zentralverband der Maurer Deutschlands 1905". Und da fand ich, daß die niedrigste Unfallziffer dort sich zeigt, wo der Neunstundentag am weitesten verbreitet ist, während die größte Unfallziffer dort besteht, wo der Elfstundentag existiert, das sind die Bezirke im Osten, wo die Arbeiter sich infolge der mangelnden Organisation keine besseren Arbeitsbedingungen erringen können. Es genügt wirklich nicht, den Arbeitern zu predigen: „Ihr habt zuviel getrunken!" sondern wir müssen die wirklichen Ursachen erforschen, aus denen die Unfälle entstehen. In Hannover, wo die geringste Unfallziffer ist, haben 19 Proz. der Bauarbeiter den Neunstundentag, nur 2½ Proz. arbeiten über 10 Stunden;

in Hamburg, wo die zweitniedrigste Unfallziffer ist, haben fast 49 Proz. den Neunstundentag, nur 1¼ Proz. arbeiten über 10 Stunden, Bayern hat gar keine neunstündige Arbeitszeit, fast durchweg zehnstündige, ebenso ist in Schlesien und Posen nirgends der Neunstundentag, 71½ Proz. arbeiten mehr als 10 Stunden, davon fast die Hälfte 11 Stunden. In Baden, dem Elsaß und der Pfalz ist nirgends der Neunstundentag; nur knapp 2 Proz. haben 10½ bezw. 27 Proz. 11 Stunden Arbeitszeit. In Württemberg besteht kein Neunstundentag, 15 Proz. arbeiten mehr als 10 Stunden. Es wäre sehr wünschenswert, daß die Gewerkschaften sich um die Ursachen der Unfälle, besonders um ihren Zusammenhang mit der Dauer der Arbeitszeit kümmerten. Das Unternehmertum plant, eine Verschuldungsursache in das Unfallversicherungsgesetz hineinzubringen, man geht darauf aus, die Renten zu verringern und dem Arbeiter zu sagen: „Du hast schuld, weil Du getrunken hast." Die Gewerkschaften tun gut, der Statistik der Unfälle die Statistik der Arbeitsbedingungen gegenüberzustellen. Daß der Genuß von Branntwein bei der Arbeit vollständig verboten und der Genuß alkoholischer Getränke möglichst eingeschränkt wird, damit sind wir einverstanden, aber nur unter der Bedingung, daß das Unternehmertum verpflichtet ist, den Arbeitern dafür andere entsprechende Getränke zu geben. Es ist nicht wahr, daß man mit dem Trinkwasser auskommt, das befriedigt nicht die Durstempfindung. In einigen Staats- und Kommunalbetrieben ist bereits dafür gesorgt, daß die Arbeiter die Möglichkeit haben, Kaffee, Milch, Tee, Selterwasser und Limonaden zu billigen Preisen zu erhalten; dort nimmt der Bier- und Branntweinkonsum auch ganz erheblich ab. Der Alkohol soll keine Peitsche sein, die den Entkräfteten und Uebermüdeten antreibt, sondern er darf für den normal ernährten Menschen nur ein mäßig zu benutzendes Genußmittel sein.

Mit der Statistik, die alles Unheil dem Alkohol in die Schuhe schieben will, wird viel Unfug getrieben, so auch mit der über den Zusammenhang von Alkohol und Verbrechen. Nicht bei jedem trunksüchtigen Verbrecher ist die Trunksucht die Ursache des Verbrechens, sondern die meisten Gewohnheitsverbrecher sind auch trunksüchtig — wie sie auch oft noch andere Laster an sich haben. Krankhaft Veranlagte werden sowohl zu Verbrechern als zu Trunksüchtigen und Gesunde werden durch ihre wirtschaftlichen Verhältnisse sowohl zu Verbrechen als zur Trunksucht getrieben. Wenn man uns erzählt, daß die Stillfähigkeit der Mütter abnimmt infolge des Alkoholgenusses der Mütter, so müssen wir darauf hinweisen, daß dies weit mehr zusammenhängt mit der viel zu geringen Unterstützung der arbeitenden Frauen nach der Entbindung. Wir werden eine große Masse von Müttern und Kindern retten können, wenn wir durchsetzen können, daß die Krankenunterstützung nicht erst nach der Entbindung gewährt wird, sondern schon während der Schwangerschaft, und zwar in weit höherem Maße als heute, um der Mutter die Möglichkeit zu geben, sich genügend zu ernähren, damit sie ihr Kind genügend ernähren kann.

Die Bestrebungen der besitzenden Klassen, besonders der Unternehmer zur Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs müssen wir mit sehr gemischten Gefühlen betrachten. Unter den Alkoholgegnern stehen hochachtbare Männer mit humaner Gesinnung, die aber nicht übersehen, welche unbezwingbaren Kräfte des Wirtschaftslebens zum Alkoholgenuß treiben. Aber im großen und ganzen muß man sagen: daß das Unternehmertum bei der Bekämpfung des Alkoholgenusses nur den Gedanken hat, den Arbeiter als Ausbeutungsobjekt ausbeutungsfähig zu erhalten. Wir haben dafür einen Beweis hier in der so gerühmten Werkstatt von Krupp. Solange der Unternehmer glaubte, daß der Alkoholgenuß dem Arbeiter ermögliche, immer größere und schwerere Lasten zu tragen, solange hat man ihm Branntwein geschenkt. Ich zitiere aus dem Buche des Dr. Stehr, wo auf Seite 80 darauf hingewiesen ist, daß in der Gußstahlfabrik Essen bis zum Jahre 1866 den Arbeitern Schnaps umsonst verabreicht wurde, in der Meinung, sie kräftiger bei ihrer schweren Arbeit zu erhalten. Als man aber sah, daß das nicht der Fall ist, hat man ihnen den Alkohol entzogen. Weshalb der Alkoholmißbrauch zu bekämpfen ist, dafür wird von Stehr noch ein besonderer Grund angeführt, und was er da sagt, wird von einigen unserer Leute, indem man ihm ein sozialdemokratisches Mäntelchen umhängt, nachgeredet. Stehr weist darauf hin, daß von Deutschland jährlich 3 Milliarden Mark für alkoholische Getränke ausgegeben werden und daß, wenn das nicht geschehen würde, reichlich die Mittel vorhanden sein würden, um die gesamten Militärlasten zu decken, die Flotte auszubauen und neue Siedelungskolonien zu gründen. Aus demselben Gedanken heraus hat neulich ein Genosse deduziert: Wenn jeder Genosse ein Glas Bier weniger trinke, so könnte man für das Geld die schönsten Gewerkschaftshäuser bauen. Ja, wenn! „Der Mann, der das Wenn und das Aber erdacht, hätt' sicher aus Häckerling Gold schon gemacht." Wenn man mit der Spartheorie etwas anfangen könnte, die Schulze-Delitzsch für richtig gehalten hat, so wären wir nicht dessen lachende Erben geworden. (Sehr richtig!)

Die Enthaltsamkeits- und Mäßigkeitsvereine haben bisher keinen namhaften Erfolg erzielt. Zu begrüßen ist, daß unsere sozialdemokratischen Abstinenzvereine sich von der Gemeinschaft mit den bürgerlichen Vereinen losgemacht haben. Wir haben bei der letzten Wahl nicht nur gesehen, wie Leute, die bürgerlichen Abstinenzvereinen angehörten, als eifrigste Gegner der Sozialdemokraten auftraten, sondern auch die Guttemplerloge in Hamburg. In den bürgerlichen Kreisen verhält man sich gegen die Antialkoholvereine der Arbeiter feindselig. Ich nagele fest, daß das Röchlingsche Eisen- und Stahlwerk an der Saar beschlossen hat, den Arbeitern den Genuß von Alkohol in den Werkstätten zu untersagen und den abstinenten Arbeitern Vergünstigungen gewährt werden, aber nur denjenigen, die gut und fromm für die Aufrechterhaltung der herrschenden Wirtschaftspolitik eintreten, indem sie sich dem Guttemplerorden anschließen; für die Mitglieder des sozialistischen Abstinentenvereins hat man jede Prämie verweigert. (Hört! hört!) Unsere Regierung hat sich nicht gescheut, unseren Genossen Dr. Fröhlich aus Wien, der Vorträge gegen den Alkohol halten wollte, aus Preußen auszuweisen. In der Charlottenburger Wohlfahrtsausstellung, die von der Regierung inszeniert ist, in der auch die schädlichen Wirkungen des Alkoholgenusses dargestellt sind, hat man unsere Flugblätter gegen den Alkoholmißbrauch zurückgewiesen. (Hört! hört!) Auch gegenüber der bürgerlichen Abstinenzbewegung müssen wir eine strenge Scheidung vornehmen. Die Arbeiter müssen auch in der Abstinenzbewegung sich das Klassenbewußtsein bewahren und allen bürgerlichen Vereinen sich fernhalten.

Ich will nun noch auf den Zusammenhang zwischen der Bekämpfung des Alkoholismus und der Gesetzgebung mit einigen Worten eingehen. Hier sind wir als politische Partei in erster Linie dazu berufen, Farbe zu bekennen. Wir müssen zunächst gegen die törichte, ja böswillige Behauptung Stellung nehmen, daß um so weniger Alkohol getrunken wird, je höher die Steuer auf Branntwein und alkoholische Getränke ist. Unser Protest ist um so notwendiger, als die Regierung gerade jetzt die Erhöhung dieser Steuer plant. Es ist ein Trugschluß, wenn man darauf hinweist, daß der Alkoholverbrauch nach einer Steuererhöhung zurückgeht. Je teurer

der Alkohol wird, desto mehr sind die Arbeiterschichten, die zu seinem Genuß gedrängt werden, gezwungen, an ihrer Nahrung zu sparen. Um so fürchterlicher sind dann die Wirkungen des Alkohols, denn die Ursachen bleiben ja bestehen, die diese Schichten zum Alkoholgenuß treiben. Jede Verteuerung des Branntweins ist also eine Schädigung der Aermsten der Armen, und es ist eine Schmach und eine Schande, wenn aus den Aermsten und Elenden Millionen herausgeholt werden, um den Militarismus und das Junkertum zu füttern.

Wir müssen es weiter als einen Fortschritt der Lebenshaltung betrachten, wenn die Arbeiterklasse vom Schnaps zum Bier übergeht. Je höher also die Biersteuer ist, je schlechter und teurer das Bier wird, um so mehr Schnaps wird getrunken. Die Aufhebung der Steuer auf Bier und Wein ist geeignet, den Alkoholismus zu bekämpfen. Besonders müßten die obergärigen Biere ganz steuerfrei bleiben, die den Durst stillen. Auch der Einwand, der immer wiederkehrt, ist längst widerlegt, daß die Branntweinsteuer und die Liebesgabe notwendig sei, damit die Landwirte die Kartoffeln nutzbringend verwerten können, indem sie den Rückstand der Brennerei, die Schlempe, an die Kühe und Ochsen verfüttern, die wieder den Mist liefern, ohne den die Landwirtschaft nicht existieren kann. Es ist viel rationeller für die Landwirtschaft, wenn sie Kartoffeltrocknungsmaschinen anwendet, um die Kartoffeln als Futter für den Viehbestand zu konservieren. Es gibt heute keinen einzigen wirklichen wirtschaftlichen Grund, um die Branntweinliebesgabe aufrecht zu erhalten.

Wir können uns auch nicht dem System anschließen, das in Rußland herrscht, wo der Schnaps von Privaten gebrannt, aber nur vom Staate verkauft wird. Auch das Staatsmonopol für die Produktion, das die Schweiz besitzt, hat nicht die erhoffte Wirkung gehabt, obwohl es die Bestimmung enthält, daß ein Zehntel der Erträge zur Bekämpfung des Mißbrauchs des Alkohols verwendet werden sollte. Das System ist falsch, daß erst von den Armen und Elenden eine Steuer erhoben und dann eine Kleinigkeit des Ertrages zur Bekämpfung des Alkoholismus verwendet wird. Die Kosten dieser Bekämpfung sollten allein die besitzenden Klassen tragen, deren Schuld es ist, wenn solches Elend und mit ihm der Alkoholgenuß über das Volk gekommen ist. Eine Erhöhung der direkten Steuern ist da weit mehr am Platze. Auch das amerikanische System kann nicht unsere Zustimmung finden, das den Verkauf verbietet. Dadurch wird nur der Schmuggel und der heimliche Schnapsgenuß gefördert. Der englische Sonntag zeigt, zu welchen Folgen das Schankverbot führt: man betrinkt sich zu Hause und man trinkt dort noch mehr als vorher im Wirtshaus.

Falsch ist auch der Vorschlag, daß die Trinkstätten vor 8 Uhr nicht öffnen dürfen. Der Arbeiter steckt sich dann die Flasche eben schon am Abend vorher in die Tasche. Mit solchen kleinlichen Polizeimaßregeln und Schikanen ist überhaupt nichts zu machen. Sie treffen nur die Gastwirte und das ist ja der Zweck der Uebung. Sie sollen noch abhängiger von den Behörden, noch mehr unter Kontrolle gestellt werden. (Lebhafte Zustimmung.)

Auch gegen den Vorschlag der Ortswahl (local option), den die labor party verficht, müssen wir uns wenden. Nebenbei bemerkt, das Abstinentenblatt übersetzt labor party mit englische Arbeiterpartei. Das kann zu Mißverständnissen führen. Die labor party ist nicht die ganze englische Arbeiterpartei, sondern nur ein Teil, und zwar derjenige Teil der englischen Arbeiterbewegung, der uns am entferntesten steht. Die labor party begeistert sich für den Gedanken, daß die Gemeinden zu bestimmen haben sollen,

ob der Verkauf berauschender Getränke in Schankstätten gestattet sein soll oder nicht. Das würde zu nichts anderem führen, als zu einem Streit innerhalb der Gemeinden, der die Aufmerksamkeit von der Hauptsache, von dem Feind gegen die den Arbeitern feindlichen Mächte des Kapitalismus ablenken würde. Die Einschränkung der Schankstätten würde auch nur den heimlichen Alkoholgenuß vermehren. Genau so unwirksam würde auch die Einschränkung des Flaschenbierhandels sein. Es handelt sich nicht darum, die Möglichkeit zum Kaufen von Alkohol zu beschränken, sondern in erster Linie darum, die Arbeitsbedingungen zu ändern, die das Bedürfnis nach Alkohol hervorrufen. Wenn der Kampf sich nur gegen die Symptome richtet, dann kommen wir dazu, daß wir, wie ich in Mainz sagte — Kurpfuscherei treiben. (Sehr richtig!)

Ohne Einfluß bleibt auch die Reform, die Schweden und Norwegen getroffen haben, wonach nur gemeinnützige Vereine allein das Recht haben, alkoholische Getränke zu verkaufen (Gotenburger System). Es ist erwiesen, daß nichts dabei herauskommt, weder im Sinne der Abstinenz, noch in dem der Mäßigkeitsbewegung.

Unsere Genossen in Finnland wollen ein Gesetz erkämpfen, das jede Produktion und jeden Verkauf alkoholischer Getränke glatt verbietet. Will man den Alkohol als solchen, losgelöst von den sozialen Bedingungen, bekämpfen, dann ist dieser radikale Vorschlag der allein wirksame. Ich kann nur wünschen, daß unsere finnländischen Freunde nicht die Erfahrung machen, daß das Schmuggeln doch wieder den Alkohol herbeischafft. (Sehr richtig!)

Ein weißer Rabe unter unseren Junkern ist Herr v. Douglas, der im Herrenhause einen Antrag auf Bekämpfung des Alkoholismus eingebracht hat, der einige ganz brauchbare Gedanken enthält. Er hat aber nicht auf Durchführung zu rechnen. Es wäre zu viel verlangt von den Junkern, daß sie die Bedingungen ihrer Existenz selbst vernichten sollten.

Was wir verlangen im Kampfe gegen den Alkohol ist, daß wir unsere ganze politische und gewerkschaftliche Kraft einsetzen, um die Ursachen zu beseitigen, die den Alkoholismus hervorrufen. Bieten wir unseren Einfluß in den Gemeindeverwaltungen auf, daß sie mustergültige Einrichtungen schaffen, daß für die Arbeiter wohnliche Aufenthaltsorte ohne Trinkzwang geschaffen, daß Erfrischungsgelegenheiten geboten werden. Es muß dafür gesorgt werden, daß die Schule aufklärend wirkt, daß die Kinder belehrt werden, aber ebenso auch die Eltern. Ich begrüße es mit besonderer Freude, daß unsere sozialistische Jugendorganisation in einer Resolution entschieden gegen den Alkohol Stellung genommen hat. Die jugendlichen Arbeiter müssen die Widerstandskraft haben, sich jeden Alkoholgenusses zu enthalten. Ich freue mich, daß die Gewerkschaften mit solcher Energie den Kampf gegen den Alkohol aufgenommen haben, daß sie für die Aufklärung und Belehrung ihrer Mitglieder sorgen und dem Mißbrauch des Alkohols Einhalt gebieten. Gerade die Maurer und Zimmerleute waren die ersten, die bei ihren Zusammenkünften den Genuß alkoholischer Getränke verboten haben. Eine Zieglerkonferenz forderte das Verbot des Branntweinschenkens und das Verbot des Vertriebes aller alkoholischen Getränke. Die bereits erwähnte Umfrage der „Frankfurter Volksstimme" hat ergeben, daß von den befragten Zentralvorständen 44 die Frage mit „ja" beantworteten, ob im allgemeinen ein Rückgang des Alkoholkonsums zu verzeichnen sei. Nur 6 haben die Frage mit „nein" beantwortet. Auch die Steinarbeiter konstatierten einen erfreulichen Rückgang, und ihr Redakteur Staudinger hängte dem Fragebogen noch folgende

Bemerkung an: „Die Steinbrüche befinden sich meist auf dem Lande und in Gebirgsgegenden; der Saufteufel ist da mehr eine Frage des Arbeiterschutzes und der Wohnungsmisere. Eine Frage des Arbeiterschutzes insoweit, weil die Steinarbeiter im Freien schaffen müssen und Arbeitsbuden meist nicht vorhanden sind. Wir können konstatieren (und auch die Unternehmer bestätigen das), daß dort, wo wir mit dem Verbande festen Fuß fassen konnten, die elende Sauferei zum größten Teile beseitigt wurde. Der Steinarbeiterberuf ist körperlich sehr anstrengend, was liegt mehr nahe, als bei schlechter Witterung zu Stimulierungsmitteln zu greifen, um dann auch bei besserer Witterung den Alkohol nicht missen zu können. Ohne Ueberhebung können wir auch sagen, daß mit der Ausbreitung unseres Verbandes das sogenannte blaue Montagsfeiern, welches bei den Steinmetzen in besonderer Blüte stand, mit kleinen Ausnahmen natürlich, förmlich ausgerottet ist. . . . Mit Erringung des Achtstundentages ging auf allen Werkplätzen der Bierkonsum erheblich zurück. Dafür stieg das Bedürfnis für geistige Kost."

In ähnlicher Weise äußerten sich andere Gewerkschaften. Sie sehen daran, daß auf dem Gebiete, auf dem wirksam vorgegangen werden kann, auf dem des gewerkschaftlichen Kampfes, vieles Gute in Deutschland getan ist, und wir sind überzeugt, daß unsere Gewerkschaften in noch höherem Maße als bisher diesen einzig richtigen Kampf, den der Besserung der Arbeitsbedingungen neben der Aufklärung der Massen, führen werden. (Beifall.) Auch die Krankenkassen bemühen sich, den Alkoholismus zu bekämpfen. So verteilte im vorigen Jahre die Zentralkommission der Krankenkassen Berlins und der Vororte eine vortreffliche, belehrende Broschüre: Alkohol und Gesundheit von Dr. A. Grotjahn-Berlin. Leider werden die Krankenkassen durch die Aufsichtsbehörden gehindert, in ausreichender Weise diesen Kampf zu führen, indem ihnen verboten wird, die Mittel der Kasse dafür in Anspruch zu nehmen. Die letzte Jahresversammlung des Zentralverbandes der Ortskrankenkassen beschloß vor wenigen Wochen, statistische Erhebungen über die Wirkung des Alkohols vornehmen zu lassen.

Zum Schluß noch ein Wort darüber, wie unsere Bruderparteien im Auslande sich zur Alkoholfrage stellen! Unsere Schweizer Genossen haben in ihr Programm folgenden Satz aufgenommen: Kampf gegen den Alkoholismus. Sachgemäße Verwendung des Alkoholzehntels, namentlich Förderung aller Bestrebungen, durch welche die Arbeiter und ihre Organisationen vom Wirtshaus unabhängig gemacht werden: Errichtung von Volkshäusern, öffentlichen Versammlungslokalen und Lesesälen. In Schweden haben unsere Genossen sich im Verdandi-Orden, der 20 000 Mitglieder hat, organisiert; der Parteitag 1905 hat Unterricht über die Alkoholgefahren in den Schulen gefordert. Die Fraktion fordert Prohibition, d. h. vollständiges Verbot des Alkohols. In Norwegen beschloß der Parteitag 1906, folgende Forderungen an die Gesetzgebung zu stellen: Der Branntweinverkauf darf nur durch gemeinnützige Gesellschaften (Semlag) erfolgen, der in Norwegen produzierte Branntwein ist ebenso hoch wie der eingeführte zu besteuern, die Gemeinden sollen den Kleinhandel mit Wein so hoch besteuern, daß er eingehen muß, das Bier soll entsprechend seinem Alkoholgehalt besteuert werden. Ferner soll die Zahl der Schankstellen sehr niedrig gehalten, diese aber hoch besteuert werden. In Finnland tritt unsere Partei für das vollständige Verbot jeder Produktion und des Verkaufes alkoholhaltiger Getränke ein. In Belgien haben unsere Volkshäuser von der Partei die strikte Order erhalten, den Schnapsverkauf vollständig einzustellen. (Bravo!) Das ist mit Erfolg durchgeführt.

In England ist die Labor Party dafür eingetreten, daß den Gemeinden das Recht zuteil werden soll, durch Abstimmung zu entscheiden, ob überhaupt

Wirtshäuser geduldet werden sollen. In Holland haben unsere Genossen 1897 den Bestrebungen auf Bekämpfung des Alkohols volle Sympathie ausgesprochen und beschlossen, mit Hülfe der Gesetzgebung den Alkoholgenuß zu vermindern. Unsere österreichischen Genossen endlich haben 1901 eine Resolution gegen den Alkoholismus angenommen und auf ihrem Parteitage im Jahre 1903 nach einem Referat des Genossen Dr. Fröhlich einstimmig folgenden Beschluß gefaßt:

„Der Parteitag erblickt im Alkoholismus einen schweren Schädiger der physischen und geistigen Kampfesfähigkeit der Arbeiterklasse, einen mächtigen Hemmschuh aller organisatorischen Bestrebungen der Sozialdemokratie; die daraus erwachsenden Schäden zu beseitigen, darf kein Mittel unbenutzt bleiben.

Das erste Mittel in diesem Kampfe wird stets die ökonomische Hebung des Proletariats sein; eine notwendige Ergänzung hierzu bilden aber die Aufklärung über die Alkoholwirkung und die Erschütterung der Trinkvorurteile.

Der Parteitag empfiehlt daher allen Parteiorganisationen und Parteigenossen die Förderung der alkoholgegnerischen Bestrebungen und erklärt als einen ersten wichtigen Schritt in diesem Kampfe die Abschaffung des Trinkzwanges bei allen Zusammenkünften von Parteiorganisationen. Den für die Abstinenz gewonnenen Parteigenossen ist als wirksamstes Mittel der Agitation gegen den Alkohol der Zusammenschluß in Abstinenzvereinen zu empfehlen, die ihrerseits dafür zu sorgen haben, daß ihre Mitglieder ihrer Pflicht gegen die politische und gewerkschaftliche Organisation nachkommen."

Diese Resolution deckt sich im ersten Teil mit der von mir vorgeschlagenen, aber dem letzten Satz kann ich nicht zustimmen. Meiner Ueberzeugung nach haben wir dafür zu sorgen, daß die Arbeiter sich zunächst politisch und gewerkschaftlich organisieren und daß der Kampf gegen den Alkoholismus auch durch diese Organisation geführt wird. (Lebhafte Zustimmung.) Daß aber eine Sonderorganisation erst dafür sorgen soll, daß ihre Mitglieder ihrer Pflicht gegen die politische und gewerkschaftliche Organisation nachkommen, das halte ich für einen Schritt, der recht gefährlich werden könnte. Andererseits müssen wir unseren Genossen nicht nur dringend anraten, sondern direkt befehlen, aus den bürgerlichen Antialkohol- (Temperenz- wie Abstinenz-) vereinen, die in letzter Linie doch Feinde der Arbeiterbewegung sind, auszutreten. (Sehr richtig!) Wer das Bedürfnis hat, sich noch besonders zu organisieren, weil er sich berufen fühlt, anderen ein leuchtendes Vorbild durch Abstinenz zu sein, den beglückwünschen wir wegen seiner Tapferkeit und seiner Ueberwindungskraft, und wir können nur wünschen, daß diese Genossen auf allen Gebieten so tapfer und zuverlässig sein mögen. (Beifall.) Aber man verschone die politische Partei mit jener Verquickung, wie es durch die Resolution der Oesterreicher geschieht. (Sehr wahr.)

Wir wollen unseren Weg gehen, wie wir ihn bisher gegangen sind zum Segen der Arbeiterklasse, zur Bekämpfung aller Mißstände und damit auch zur Bekämpfung dieses einen äußeren Symptoms; wir können aber nicht zugeben, daß der Alkoholmißbrauch bekämpft werden kann als Symptom für sich ohne Zusammenhang mit jenen sozialen Zuständen; er ist ein Teil davon und seine Bekämpfung allein wäre genau so unsinnig, als wenn wir die Tuberkulose allein für sich bekämpfen wollten, ohne ihre wirtschaftlichen Ursachen zu beseitigen. Für jene bürgerlichen Tuberkulosebekämpfer, die da sagen: stellt nur einen Spucknapf in der Fabrik auf, und die glauben, damit genug getan

zu haben — für die haben wir nichts übrig, als ein Achselzucken des Bedauerns darüber, daß sie den Zusammenhang zwischen sozialen Verhältnissen und Tuberkulose nicht erkennen. Genau so ist es mit der Alkoholgefahr. Das gute Beispiel, Predigten, die mögen ja wohl bei einzelnen Anklang finden, für die große Masse aber bleibt das wahr, was Heinrich Heine einst mit berechtigtem Spott gesagt hat:

Im hungrigen Magen Eingang finden
Nur Suppenlogik mit Knödelgründen,
Nur Argumente von Rinderbraten
Begleitet mit Göttinger Wurstzitaten.

(Heiterkeit.) Gebt dem Volke genug zu essen, gebt ihm gesunde Wohnungen, gebt ihm Freiheit, dann wird es den Alkoholteufel dorthin jagen, wohin er gehört. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Die Diskussion wird eröffnet. Auf Vorschlag von Singer wird dem ersten Diskussionsredner, dem Genossen Katzenstein, als Generalredner für die Gegenseite eine Redezeit von 20 Minuten bewilligt.

Mit zur Debatte gestellt wird ein Antrag, das Referat von Wurm als Broschüre zu drucken und zu verbreiten.

Katzenstein-Berlin: In den meisten Punkten findet das Referat von Wurm die volle Zustimmung der Abstinenten. Wenn er sagt, daß die Abstinenzvereine mit ihrer Propaganda sehr wenig Erfolg erzielt haben, so trifft das nicht zu. Einen erfreulichen Erfolg wenigstens haben wir erzielt. Als wir vor 8 Jahren in Hannover zum erstenmal einige ganz bescheidene zahme Anträge einbrachten, über die die Resolution Wurm weit hinausgeht, da wurden sie abgelehnt, Bebel erklärte, die Partei könne sich in ihrer Tätigkeit nicht in Kleinkram verzetteln. Heute nach 8 Jahren sind wir dazu gekommen, uns mit der Alkoholfrage in einer ihrer Bedeutung entsprechenden Weise zu beschäftigen, und daran hat die unermüdliche und Ihnen manchmal recht unangenehme Agitation der Abstinenten ihren Anteil. (Oho!) Ich glaube, Ihnen in Aussicht stellen zu dürfen, daß Sie nunmehr auf eine Reihe von Jahren auf den Parteitagen mit Anträgen von uns verschont bleiben. (Bravo!) Wurm hat mit dankenswerter Gründlichkeit die Bedingungen des Alkoholismus untersucht, es ist ihm dabei allerdings widerfahren, daß er die eine Seite, die von uns niemals bestritten ist, die wirtschaftliche, so breit behandelt hat, daß die andere dadurch zu kurz kam. Er hat weiter nicht den notwendigen Unterschied zwischen bürgerlicher und Arbeiterabstinenz hervorgekehrt. (Sehr richtig!) Ich hoffe, daß er das nachholen wird. Wir haben jede Zusammengehörigkeit mit den bürgerlichen Abstinenten, die da glauben, die Klassengegensätze verwischen zu können, aufs schärfste zurückgewiesen, wir haben von jeher auf dem Standpunkt gestanden, daß wir in allererster Linie im Dienste der Arbeiterbewegung tätig sein wollen. Es ist unsere Hauptaufgabe, Unzufriedenheit mit den unwürdigen Zuständen zu erwecken, die Begehrlichkeit der Massen zu fördern mit aller Kraft, allerdings nicht nur die materielle Begehrlichkeit, sondern auch die nach Kulturgütern, nach geistigen Genüssen aller Art. Daß in dieser Beziehung der Alkoholgenuß eines der allerschwersten Hemmnisse der Arbeiterbewegung in der ganzen Kulturwelt ist, darüber sind wir uns ja alle einig. Wenn Wurm am Schlusse seiner Ausführungen das Heinesche Scherzwort zitiert hat, so will ich annehmen, daß das cum grano salis gemeint war, denn sonst wäre es ja ein Schlag ins Gesicht der Arbeiterbewegung, die doch nicht nur an Leberknödel appelliert, sondern jederzeit auch an den Idealismus appelliert hat. (Sehr richtig!) Dieser Idealismus findet sich in Reinkultur in der abstinenten Arbeiterbewegung. Sie finden da Leute,

die sich nicht zusammenschließen, um einen Halt gegen die Verführungen durch den Alkohol zu suchen, sondern um unter den Arbeitern Propaganda zu machen über die ungeheuren Gefahren, denen sie sich durch die Trinksitten aussetzen. So ist also die eine Seite der Frage, die psychologische, in dem Referat etwas zu kurz gekommen, wie es ja auch in seiner Resolution die Ursachen des Alkoholismus nicht erwähnt. Wenn es sich übrigens allein um die soziale Besserstellung handelte, Dinge, die wir ja von jeher genau so vertreten haben, wie alle anderen Genossen, dann wäre es nicht nötig gewesen, daß Wurm insbesondere gefordert hätte die Vermeidung des Trinkzwanges und vor allem die Aufklärung. Die Möglichkeit, die Gegenwirkungen zu verstärken, das ist die Hauptaufgabe der Arbeiterabstinenzbewegung, und das ist auch eine wichtige Pflicht der Partei. Die Arbeiterbewegung will doch nicht nur die sozialen Verhältnisse umgestalten, sie arbeitet auch bereits unter den bestehenden sozialen Verhältnissen an einer Hebung der Massen.

Darum die ganze Bildungsarbeit. Gewiß, die Bildung soll ein besseres Kampfmittel abgeben, sie ist aber auch ein Stück Selbstzweck, sie soll dem Arbeiter mehr und Besseres vom Leben bieten, und nach dieser Richtung hat auch die Abstinenzbewegung gearbeitet. Es ist richtig, daß der größte Teil der Trinker durch soziale Mißstände dazu getrieben wird, aber Wurm hat doch zu sehr verallgemeinert. Er hat auf die ungesunde Arbeit verschiedener Berufe hingewiesen. Wenn es unmöglich wäre, ohne Beseitigung dieser Mißstände dem Alkohol zu entsagen, dann wäre es doch auch nicht möglich, daß z. B. dem Arbeiterabstinentenbund eine ganze Reihe von Schleifern angehören, und dann würden auch die Ziegler auf ihrer Konferenz 1906 nicht die Beseitigung des Alkoholverkaufs auf den Arbeitsplätzen verlangt haben; denn die müssen doch am besten wissen, ob es möglich ist, den Alkohol bei der Arbeit zu entbehren. Wir haben nicht nur im Auslande eine große Zahl von Arbeitern, die sich der Wirkung des Alkohols durch Enthaltsamkeit entzogen haben, wir haben auch in Deutschland Millionen und Abermillionen, die nur in sehr geringem Maße Alkohol genießen. Ich erinnere an die Arbeiterinnen und die Arbeiterfrauen. Durch die Verbilligung der alkoholhaltigen Getränke hat sich ja leider Alkohol auch in die Familie einzuschleichen begonnen, und das ist eine große Gefahr; denn bisher war dem Alkoholismus des Mannes gegenüber die Enthaltsamkeit der Frau ein Gegengewicht. Aber im allgemeinen ist der Alkoholgenuß der Frauen geringer als der der Männer, obwohl sie nicht leichter zu arbeiten haben; und sie haben nicht allein die Sorgen des Mannes mitzutragen, sondern sie haben dann auch noch die besondere Sorge um den trinkenden Mann. Ich erinnere ferner an die russischen Juden, die in einem Elend leben, wie es Deutschland seinesgleichen sucht, und bei denen trotzdem der Alkohol eine minimale oder gar keine Rolle spielt.

Wenn der wohlgenährte Mensch mit kurzer oder gar keiner Arbeitszeit sich dem Alkohol hingibt, so mag er das mit sich abmachen. Wenn aber der unterernährte Mensch das Gift in sich aufnimmt, dann schädigt er sich um so schwerer. Nicht bloß, daß die paar Groschen, die er für den Alkohol verausgabt, für Lebensmittel notwendig gewesen wären, schädigt ihn der Alkoholgenuß auch, indem er seine Widerstandsfähigkeit, seine Arbeitskraft, seine Organisationsfähigkeit mindert. Es ist nicht richtig, daß die Abstinenten den Alkohol als die alleinige Ursache des Elends ansehen. Auch unter den bürgerlichen Abstinenten gibt es eine ganze Reihe, auf die das nicht zutrifft, und noch viel weniger trifft es zu auf die Arbeiterabstinenten. Wir betonen in unseren Zeitschriften überall mit aller Schärfe den sozialen Zusammenhang, wenn wir auch aus Rücksichten der Propaganda nicht immer den Nachdruck darauf legen.

Wir haben eine deutsche Arbeiterbewegung, die ein halbes Jahrhundert alt ist. Es handelt sich für uns darum, einige neue Gesichtspunkte in diese Bewegung einzuführen. Es handelt sich darum, zu zeigen, daß auch die menschliche Einsicht, der menschliche Wille Faktoren sind, die sehr stark ins Gewicht fallen. Daher kommt es, daß vielleicht nicht in jedem Augenblick jedes Wort gesagt wird, aber die starke Betonung der sozialen und wirtschaftlichen Ursachen haben wir nie versäumt. Es ist eine starke Ungerechtigkeit, wenn Wurm — ich weiß nicht wen — sagen läßt, daß die Unfälle am Montag ausschließlich auf den Alkohol kommen. Es ist nur gesagt, daß ein relativ größerer Teil der Unfälle am Montag vorkommt. Durch den Frankfurter Fabrikinspektor ist festgestellt, daß dadurch, daß in den großen Brauereien das Freibier abgeschafft ist, die Zahl der Unfälle in einem einzigen Jahre von 18,3 auf 12,7 Proz. gesunken ist. (Hört! hört!) Man braucht überhaupt keine statistischen Zahlen, um zu wissen, daß der Alkoholgenuß, wie er heute in unserem ganzen Volke üblich ist, dazu beitragen muß, die Leistungsfähigkeit zu vermindern und die Zahl der Unfälle zu vermehren. Besorgen wir denn wirklich die Geschäfte der Unternehmer, wenn wir die Arbeiter darauf aufmerksam machen? Auch die Gefahr, daß die Unternehmer unsere Argumente benutzen würden, um die Unfallversicherungsvorschriften zu verschlechtern, ist gering. Wir müssen solche Vorschriften verlangen, daß selbst der unter dem Einfluß des Alkohols stehende Arbeiter keinen Gefahren ausgesetzt ist. Auf der anderen Seite aber müssen wir sagen: Da die Unfallvorschriften ungenügend sind, muß die Arbeiterschaft ihre körperliche Widerstandskraft so stärken, daß sie auch diesen Verhältnissen gegenüber widerstandsfähig ist.

Wurm hat in spöttischer Weise von einer sogenannten „Spartheorie" gesprochen. Der Mann, der das Wenn und Aber in diesem Falle erfunden hat, bin ich gewesen, aber ich stehe mit dieser Anschauung nicht allein da. Ich weise nur auf Victor Adler hin, der auf die Frage, wie es denn im Falle völliger Abstinenz mit den Volkshäusern werden solle, geantwortet hat: Sorgt nur dafür, daß die Arbeiter dem Alkohol entsagen, dann werden wir noch viel mehr Volkshäuser bauen können; denn dann haben wir die Mittel dazu. (Sehr richtig!) Wir bestreiten nicht die wirtschaftlichen Ursachen, aber wir betonen mit aller Schärfe, daß die Alkoholgefahr auch durch Vorurteil und Unkenntnis mitbedingt wird und daß dem entgegengearbeitet werden muß.

Auch das ist nicht richtig, daß Bunge die zunehmende Unfähigkeit der Frau zum Kinderstillen ausschließlich auf den Alkohol zurückführt; er sagt: Wir können nicht feststellen, ob der Alkoholgenuß allein die Ursache sei, aber er ist diejenige Ursache, die wir beseitigen können in dem Moment, wo wir es wollen. Das ist das Entscheidende. Wenn wir von Weinreisenden und dergleichen absehen, ist kein Mensch, der Widerstandsfähigkeit besitzt, jemals gezwungen, Alkohol zu trinken.

Wir haben der Resolution Wurms eine Resolution entgegengesetzt, die meiner Ansicht nach konsequenter ist und manches enthält, was wir in der Resolution Wurm leider vermissen. Aber wir legen so viel Wert darauf, daß ein möglichst einmütiger Beschluß zustande kommt, und wir sehen in der Resolution Wurm so viel, was unserer Anschauung entspricht, daß wir es für richtig halten, unsere Resolution zurückzuziehen. (Bravo!) Ich bitte Sie um Annahme der Resolution Wurm; sorgen Sie aber dafür, daß diese Resolution nicht Aktenmaterial bleibt, sondern daß sie in die Wirklichkeit umgesetzt wird. (Beifall.) Professor Gruber hat bereits vor 20 Jahren gesagt: „Der Alkoholismus ist die stärkste Grundlage der herrschenden Gesellschaftsordnung, ohne ihn würde die unbegüterte Klasse diese Herrschaft schon lange

nicht mehr ertragen haben." Ich glaube, dies Wort gibt zu denken. (Lebhafter Beifall.)

Heinrich Schulz-Berlin: Wir Abstinenten stimmen selbstverständlich nicht mit allen Ausführungen von Wurm überein, aber mit dem größten Teil seines Referats sind wir völlig einverstanden. Wir freuen uns über seine lichtvollen Darlegungen, über die vielen Gefahren des Alkohols, und möchten nur wünschen, daß die Genossen daraus ihre Schlüsse ziehen. Gerade die abstinenten Genossen befürworten deshalb auch nachdrücklichst den Antrag, das Referat Wurms als besondere Broschüre erscheinen zu lassen.

Ich bin nicht Abstinent geworden auf Grund irgendwelcher wissenschaftlichen Untersuchungen oder auf Grund der Abstinenzliteratur, auch nicht aus irgendwelchen persönlichen, vielleicht gesundheitlichen Gründen, sondern aus praktisch-politischen Erwägungen heraus. Ich bin Abstinent geworden, weil ich Sozialdemokrat war; wäre ich nicht Sozialdemokrat gewesen, würde ich auch wahrscheinlich nicht Abstinent geworden sein. Ich bin zu der Ueberzeugung gekommen, daß man als Soldat im Befreiungskampf des Proletariats besser marschiert und besser kämpft, wenn man sich den Tornister nicht mit dem Ballast des Alkohols bepackt, und ich habe weiter erkannt, daß man in der persönlichen Propaganda gegen den Mißbrauch des Alkohols besser kämpfen kann, wenn man selbst Abstinent ist. Man könnte sagen, es gehe doch auch mit Mäßigkeit, man brauche nicht unbedingt Abstinent zu sein! Gewiß, aber der Begriff der Mäßigkeit ist nicht genau festzustellen, er ändert sich selbst bei demselben Individuum je nach besonderen äußeren oder inneren Umständen; und außerdem wird jeder, wenn Sie ihn zur Mäßigkeit mahnen, Ihnen zurufen, selbst wenn er schon bedenklich schwankt: „Ich bin ja mäßig, ich weiß ganz genau, wieviel ich vertragen kann." (Sehr wahr!) Wir müssen den Arbeitern zum Bewußtsein bringen, daß man auch ohne jedweden Alkohol ein ganz vernünftiger Mensch und Genosse sein kann. Die Abstinenz gilt uns im übrigen als Kampfprinzip; sie hat das Gute, daß sie bei geselligem Zusammensein fast stets zur Diskussion herausfordert und dadurch die Aufklärung über den Alkohol fördert.

Ueber die schädliche Eigenschaft des Alkohols als Ballast im Befreiungskampf des Proletariats sind wir uns in der Praxis längst klar. Als vor einigen Jahren im Ruhrrevier der gewaltige Bergarbeiterstreik tobte, da forderten unsere hier erscheinenden Parteiblätter täglich nachdrücklich zur Vermeidung des Alkohols auf. Ich weise ferner darauf hin, daß die russischen Revolutionäre ihre praktische Tätigkeit fast immer zuerst auf die Vernichtung der Schnapsläden richteten, daß sie den Schnaps in den Rinnstein gossen, damit er nicht der Soldateska als Stimulus für ihre Brutalitäten dienen könnte. Daß die revolutionären Kämpfer selbst zum großen Teile Abstinenten sind, ist bekannt. Auch Bebel soll ja nach dem Jenaer Parteitag zu einem Genossen gesagt haben: „Wenn wir den Massenstreik beschließen, dann verkünden wir auch sofort die Notwendigkeit der Abstinenz." (Hört! hört!) Ich weiß nicht, ob Bebel es so gesagt hat; aber das eine steht jedenfalls fest, daß uns die Abstinenz eine wertvolle Waffe und ein Bundesgenosse in ernsten Zeiten und in kritischen Situationen ist; wenn das aber der Fall ist, sollte sie uns dann nicht auch in anderen Zeiten ein wertvolles Hülfsmittel sein? Muß die Partei nicht stets auf dem Quivive stehen? Hat nicht auch dieser Parteitag wieder über ernste, wichtige Probleme verhandelt? Darüber, daß für einen Genossen, der nach Vertiefung seiner Bildung strebt, die Ausschaltung des Alkohols notwendig ist, will ich kein Wort verlieren. (Sehr gut.) Bei den Reichstagswahlen gilt der Alkohol den Gegnern als Verdummungsmittel, man schleppt die ostelbischen Landarbeiter mit Schnaps an die Wahlurne heran. Wir wollen

nicht, daß Sie alle Abstinenten werden sollen, wir wünschen nur, daß der Kampf gegen den Alkohol von der Partei schärfer aufgenommen wird. Die Resolution des Bremer Parteitags genügte uns Abstinenten nicht. Jetzt haben wir in der Resolution Wurm eine Resolution, mit der wir alle zufrieden sein können. Ich bitte, die Resolution Wurm möglichst einstimmig anzunehmen. (Beifall.)

Wissel-Lübeck: Die Ausführungen der beiden Vorredner, die gleich mir Abstinenzler sind, haben bewiesen, daß grundsätzliche Einwendungen gegen das Wurmsche Referat nicht zu machen sind, es hat unsere Erwartungen übertroffen, die wir ursprünglich an ein Referat von Wurm gestellt hatten. (Sehr gut!) Bereits Katzenstein hat darauf hingewiesen, daß Wurm nicht genügend den Unterschied zwischen uns und den bürgerlichen Abstinenten betont hat. Wir sozialdemokratischen Abstinenten stimmen mit Wurm über die wirtschaftlichen Ursachen des Alkoholismus sehr überein, daß es unserer ganzen Aufgabe widersprechen würde, wollten wir etwa sagen, es ist der böse Wille, der den einzelnen zum Alkoholgenuß zwingt. (Sehr richtig!) Nicht wir abstinenten Sozialdemokraten sind es, die das predigen, sondern das geschieht aus bürgerlichen Kreisen heraus. (Sehr richtig!) Es muß aber hervorgehoben werden, daß auch in bürgerlichen Kreisen die sozialen Ursachen scharf betont werden. Katzenstein hat ja schon den Ausspruch von Grunewald zitiert. Wir abstinenten Arbeiter verlangen nicht, daß uns unsere Abstinenz als Verdienst angerechnet wird; wir sagen, es bedarf gar nicht einmal der Ueberwindungskraft, die Wurm bei uns als vorhanden angenommen; vielleicht liegt das daran, daß wir am Alkohol keinen so großen Genuß finden. Uns gehen die bürgerlichen Abstinenzler nichts an. Unsere ganzen Grundanschauungen trennen uns von ihnen. Wurm hätte deshalb nicht an die sozialdemokratischen, sondern an die bürgerlichen Abstinenzler sich mit seinen Vorwürfen wenden müssen. Auch darin hat Wurm nicht recht, daß lediglich die sozialen und wirtschaftlichen Ursachen verantwortlich sind. Zum größten Teil trifft das zu, aber aus eigener Anschauung heraus — ich habe zwei Jahrzehnte an der Drehbank gestanden — weiß ich, daß es nicht nur die geistige Oede der Arbeit ist, die den Arbeiter zum Trunk zwingt.

Ich habe mich gefreut, daß die Gewerkschaften dazu übergehen, den Zwang zum Genuß alkoholischer Getränke bei ihren Zusammenkünften zu beseitigen. Die Parteipresse hat die dankenswerte Aufgabe, gerade darauf hinzuwirken. Es stände besser um die Wirkung unserer Reden, wenn der Trinkzwang nicht vorhanden wäre. (Sehr richtig!) Die Parteigenossen sollten in Zukunft uns Abstinenten ein williges Ohr leihen. Wenn das das Ergebnis der Verhandlung der Alkoholfrage auf dem Parteitage ist, können wir Abstinenten damit sehr einverstanden sein. Wir erstreben nicht Sondervorteile für uns, sondern wünschen nur, daß die Arbeiterschaft unserem Kampf Verständnis entgegenbringt. Wir arbeiten mit an unserem großen, gemeinsamen Ziel und wenn unsere Ideen in die Arbeiterschaft eindringen, wird sie besser befähigt zum Verständnis dieses Zieles. In dieser Absicht finden wir uns alle zusammen und somit können wir mit den heutigen Verhandlungen vollkommen zufrieden sein. (Lebhafter Beifall.)

Weißmann-Karlsruhe: Als erster Nichtabstinent, der in dieser Diskussion zum Worte kommt, drücke ich meine Freude darüber aus, daß die Abstinenten so zufrieden mit dem Referat und der Resolution Wurm sind, daß sie ihre Resolution zugunsten der Wurmschen zurückgezogen haben. Wir schulden den Arbeiterabstinenten großen Dank, sie haben sich Verdienste um die Arbeiterbewegung erworben. Persönlich bringe ich den Abstinenten die größte Hochachtung entgegen; sie wirken durch Erziehung und Beispiel. Ich halte es

für eine erfreuliche Tatsache, daß in fast allen Gewerben und Organisationen die Zahl der Abstinenten zugenommen hat. Nur um eines möchte ich die Arbeiterabstinenten bitten — um etwas mehr Toleranz seitens einzelner Abstinenten. (Zustimmung.) Das Organ der Abstinenten sollte etwas toleranter sein. In Deutschland haben wir noch lange mit dem Biergenuß zu rechnen. Ein Ersatz für das Bier, der ebenso wohlschmeckend wäre, ist noch nicht gefunden. Auch bei unseren Arbeiterfesten könnte mehr getan werden, um den Alkohol zu bannen. Wichtig ist vor allem die Agitation dagegen, daß den Kindern Bier, Alkohol gereicht wird. (Lebhafte Zustimmung.) Die Alkoholfrage bleibt auch eine Lokalfrage. Die Organisationen sollten daran gehen, den Wirten eine Entschädigung für die Hergabe der Säle zu zahlen. Die Organisation ist um so schwieriger, je mehr Alkohol getrunken wird. Man kann nicht verlangen, daß ein Mann von heute auf morgen Abstinent wird, wohl aber kann man Mäßigkeit verlangen. Ich bestreite, daß es keine Grenze beim Alkoholgenuß gibt. Es gibt eine individuelle Grenze. (Zustimmung.) Gerade den Arbeitern im Ruhrrevier können wir kein passenderes Geschenk bringen als diese Resolution, und daß wir nach ihr handeln. (Bravo!)

Die weitere Diskussion wird auf die Nachmittagssitzung vertagt.

Geyer-Leipzig erklärt, daß sein Name ohne sein Wissen auf die Vorschlagliste für die Kontrolleure gekommen ist, und bittet, von seiner Wahl Abstand zu nehmen.

Schluß 1 Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

Singer eröffnet die Sitzung um 3 Uhr. Die Diskussion über die Alkoholfrage wird fortgesetzt.

Hering-Schleswig: Es ist bereits betont worden, daß eine große Kluft besteht zwischen den Arbeiter-Abstinenten- und den bürgerlichen Abstinenzvereinen. Aber es muß ausgesprochen werden, daß es auch mit der Ehre eines Sozialdemokraten nicht vereinbar ist, solchen bürgerlichen Vereinen anzugehören. Ich erinnere daran, daß z. B. der Vorsitzende der Bremer bürgerlichen Abstinenten ein Anhänger der gelben Gewerkschaften ist. In diesem Verein wurden Themen erörtert, wie z. B.: „Seid zufrieden", „Der Guttemplerorden als ausgleichender Faktor in der sozialen Bewegung". Solchen Vereinen dürfen Arbeiter nicht angehören, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen und die davon überzeugt sind, daß der Sozialismus auf den Trümmern des Kapitalismus erblühen wird. (Bravo!)

Beyer-Essen: Daß die wirtschaftlichen Verhältnissen zum Alkoholismus führen, beweist uns gerade unsere Gegend mit der Großindustrie. Sie haben gestern auf dem Ausfluge von Ruhrstein aus die Villa Krupp und andere schöne Villen gesehen. Das ist die schöne Seite der Medaille. Die andere Seite zeigt uns die elenden, ärmlichen, erbärmlichsten Wohnungen der Arbeiterschaft. Nicht weniger als 40 Proz. der Essener Wohnungen bestehen nur aus zwei Räumen, in denen die Arbeiterschaft zusammengedrängt sitzt und die Kinder sehr viel sehen, was sie nicht sehen sollten. Aus dem Bericht der Wohnungsinspektion wird hervorgehoben, daß die Lagerstätten in solchen Wohnungen viel zu wünschen übrig lassen. Kommt es doch vor, daß eine Familie von 4—6 Personen nur eine Bettstelle hat. Die Lagerstätten müssen auf Stühlen und auf dem Fußboden eingerichtet werden. In einer Familie

schlafen Mann, Frau und zwei Kinder in einem Bett. Das dritte Kind hat in einer kleinen Kiste seine Ruhestätte. In einer anderen Familie schläft ein geisteskranker Mann mit Frau und dreizehnjähriger Tochter in einem ziemlich schmalen Bett. In einer weiteren Familie schlief die Frau mit vier Kindern in einem Bett. Das fünfte zweijährige Kind, das schwindsüchtig war, schlief in einem Reisekorb. Nachdem Sie die Villa Hügel gesehen haben, empfehle ich Ihnen, auch im Scheberhof die elenden Baracken und die Arbeiterkasernen der Firma Krupp sich anzusehen. Als Wilhelm II. nach Essen kam, hat man alles so mit Grün verdeckt, daß nichts zu sehen war. Für einen solchen Besuch wendet die Stadt 23 000 Mk. auf. Aber wo es sich um die Bekämpfung des Alkoholismus handelt, da hat die Stadt nichts übrig. Die Arbeit an den Feuerstellen bei Krupp ist so anstrengend, daß die Firma selbst der Meinung ist, daß sie nicht länger als 15 Jahre ausgeübt werden kann. Diese Arbeiter sind aber vielfach gar nicht in der Lage, den Durst zu löschen; sie müssen dies erst tun aus den Löschtrögen, in denen Ratten und Mäuse sich aufhalten. (Pfui!) Da laufen die Arbeiter natürlich von der Arbeit gleich in die Kneipe. Die Firma weiß, daß an dem Alkohol viel Geld zu verdienen ist, und sie hat an den Ein- und Ausgängen der Fabrik Kneipen eingerichtet. Ebenso geht es den Bergarbeitern, die in der heißen Grube nicht genügend Trinkwasser haben, und die dann in der Kneipe anschreiben lassen müssen, weil sie sich kein Geld mitnehmen können, da sie keinen verschließbaren Raum für ihre Sachen haben. Die Feuerarbeiter bei Krupp sind meist aus dem Osten, und infolge der Nachlässigkeit der preußischen Regierung nicht so weit aufgeklärt, daß sie die Gefahr des Alkoholismus erkennen können. Die Bauern gehen von der Kirche ins Wirthaus und trinken sich da voll. Es ist unbedingt notwendig, in jeder Richtung Aufklärung über die Gefahren des Alkoholismus zu schaffen. (Beifall.)

Bömelburg: Ueber die schädlichen Wirkungen insbesondere des übermäßigen Alkoholgenusses gibt es unter denen, die das Volksleben unseres Landes kennen, keine zweierlei Meinungen. Gesagt muß aber werden, daß das Uebel nicht allein in den Kreisen der Arbeiter zu suchen ist, sondern auch in den Kreisen des Bürgertums. Ja, mir scheint es, als wenn in den Kreisen der Bessersituierten die Zahl der Alkoholiker relativ stärker ist. Nur tritt das bei den besseren sozialen Verhältnissen dieser Kreise nach außen nicht in demselben Maße in die Erscheinung, wie bei den Arbeitern. Wenn der Arbeiter bei schlechter Ernährung ein paar Glas Schnaps oder Bier getrunken hat, ist er leicht in dem Stadium der Trunkenheit, und er muß dann seinen wankenden Körper auf der Straße nach Hause schleppen. Der Andere aber, der vielleicht eine Pulle Wein nach der anderen getrunken und auch zu viel hat, läßt den Wagen vorfahren und kommt auf diese Weise nach Hause. Nach außen aber sieht man das nicht.

Der Alkoholismus ist auch nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt vertreten. Und in den bisher noch unkultivierten Landesteilen erblickt der Kapitalismus bei der Verbreitung der Kultur seine erste Aufgabe in der Einführung alkoholhaltiger Getränke. Wir wissen auch, daß die Weiterentwickelung der Arbeiterbewegung uns gerade durch den Alkoholismus wesentlich erschwert wird. Alles das sind bekannte Tatsachen, und wer es noch nicht gewußt hat, hat es heute aus den vortrefflichen Ausführungen des Genossen Wurm erfahren. Ich halte es aber für notwendig, daß wir uns bei dieser Gelegenheit ein wenig mit der Praxis befassen.

Man kommt immer am besten weg, wenn man mit den Füßen auf dem Erdboden bleibt. Das scheint mir bei den Vertretern der völligen Abstinenz nicht immer der Fall zu sein, und da will

ich ein klein wenig Wein in das Wasser dieser Abstinenten gießen. (Heiterkeit.) Die Frage der Beseitigung des Uebels hängt zusammen mit der Lokalfrage. Wenn man auf Spaziergängen müde wird und sich erholen will, muß man ein Gasthaus aufsuchen, und die erste Frage ist: „Was trinken Sie?“ Oder wenn wir die Aufgaben der Arbeiterbewegung erfüllen, brauchen wir dazu Versammlungen und Sitzungen. Auch dabei sind wir auf Wirtschaftslokale angewiesen, wo gleich jemand neben uns steht und fragt: „Was trinken Sie?“ Ebenso ist es auf Reisen. Im Gasthaus, im Hotel, immer wieder dieselbe Frage. Die Beantwortung der Frage, was man trinkt, ist auch gar nicht so leicht. Der eine sagt: man trinke Kaffee. Gewiß! Wer aber gezwungen ist, häufig am Tage Wirtschaften aufzusuchen, kann das auch nicht jedesmal, weil auch der übermäßige Genuß von Kaffee für die Gesundheit schädlich ist. Und wer gezwungen ist, sonstige alkoholfreie Getränke häufig zu genießen, der kann sehr leicht mit seinem Magen in Konflikt kommen, denn es handelt sich dabei meist um Schundware, die noch dazu teuer bezahlt werden muß. Auch die teuren natürlichen Mineralwasser kann man, wie ich aus eigener Erfahrung weiß, nicht allzu häufig ohne Schaden für den Magen genießen. Besonders schlimm liegt die Sache für denjenigen Teil der Arbeiterschaft, der nun in der Folgezeit den Kampf gegen den Alkoholismus führen soll. Sie wissen, daß die Lokalfrage bisher fast an allen Orten, selbst in großen Städten, nicht gelöst ist. Wir bekommen die Lokale meist überhaupt nur dann, wenn schon ein halbes Dutzend Wirte im Lokal Pleite gemacht haben. Und der eigentlich auch schon ruinierte Wirt stellt dann das Lokal der Arbeiterbewegung zur Verfügung, um wieder auf die Beine zu kommen und rechnet gerade darauf, daß die Arbeiter recht viel trinken. (Sehr richtig!) Da gibt es viele Genossen, die trinken nur, um den Wirt zufrieden zu stellen und das Lokal nicht zu verlieren. Es ist Tatsache, daß heute gar viele Gewerkschaften mehrmals im Jahre Festlichkeiten veranstalten, obgleich gar kein Bedürfnis an sich dazu vorliegt, nur um den Wirt zu befriedigen. Wir haben in manchen Orten Gewerkschaftshäuser, die gewiß eine Notwendigkeit sind, aber sie sind nicht auf der Grundlage aufgebaut, daß sie uns hier helfen können, sie sind meist auf Papier aufgebaut. Sollen wir unseren Zwecken wirklich dienen, dann sollte es Grundsatz sein, daß vor dem Kauf mindestens 25 Proz. des Anlagekapitals in bar aufgebracht sind. (Sehr richtig!) Und wenn die Arbeiter richtige Politik treiben wollen, sollten sie es sich zur Pflicht machen, jedes Jahr vielleicht eine Mark für die Erhaltung ihres eigenen Heims zu geben, dann werden sie sich in ihren Häusern eine Stätte schaffen, wo der Alkoholgenuß ausgeschlossen sein kann, wo niemand gezwungen ist, zu trinken. Die Arbeiter werden dann bald merken, daß sie diese Mark gut angelegt haben und sehr viel Geld damit gespart haben. (Sehr richtig!) In den Orten aber, wo die Arbeiterbewegung schon größer geworden ist, in den großen Städten, sollten die großen Organisationen der Partei und der Gewerkschaften ein für allemal den Grundsatz aufstellen, daß weder in Sitzungen noch in Versammlungen serviert werden darf, und sie sollten dafür, weil der Wirt doch von der Luft nicht leben kann, dem Wirt lieber eine Lokalmiete zahlen. (Lebhafte Zustimmung.) Ich will auch wünschen, daß dieser Parteitag der letzte ist, auf dem alkoholische Getränke serviert werden dürfen. (Lebhafter Beifall.)

Singer: Es ist eine Sendung unverfälschten, weder gezuckerten, noch verlängerten Rebensaftes (Weintrauben) aus dem deutschen Weingebiet des Rheins eingegangen. (Heiterkeit.) Dieselbe ist dem Bureau des deutschen Parteitages gewidmet von deutschen Arbeiterabstinenten. Das Bureau dankt für die Sendung. Es wird versuchen, seine alkoholischen Sünden beim Genuß dieser alkoholfreien Früchte abzubüßen. (Heiterkeit.)

Hitzler-Mainz: Die Schlußausführungen des Genossen Bömelburg möchte ich unterstreichen. Ich wünschte, daß wir uns angewöhnen, den Arbeiterabstinenten gegenüber Toleranz zu üben, daß aber auch die Abstinenten den anderen gegenüber tolerant sind. Man muß den Arbeiterabstinenten Bürgerrecht in der Arbeiterbewegung gewähren. Für unseren guten Willen zum Zusammenarbeiten kann kein besserer Beweis erbracht werden, als daß wir unsere Resolution zurückgezogen haben. Wir werden mit Freuden für die Resolution Wurm stimmen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Das Schlußwort erhält

Wurm: Ich kann meine Freude darüber aussprechen, daß unsere Genossen aus Abstinentenkreisen mit meinen Ausführungen einverstanden sind, obwohl ich ganz scharf die Grenze zwischen den Anschauungen der Temperenzler und Abstinenzler gezogen habe. Wenn Katzenstein mir Unwahrheit und Unterstellung vorwirft, so liegt das daran, daß er nicht genau zugehört hat. Wie kann er sagen, ich hätte die bürgerlichen Alkoholgegner samt und sonders verurteilt. Wenn er mein Referat nachliest, so wird er finden, daß er mir etwas unterstellt, was ich nicht gesagt habe. Er bestreitet die Richtigkeit meiner Behauptung, daß die Steigerung der Unfälle am Montag nicht im Zusammenhang mit dem Alkoholgenuß am Sonnabend steht. Aber wenn man nicht die Statistik des Reichsversicherungsamts, sondern Einzelstatistiken betrachtet, dann ergibt sich, daß ich recht habe. Ich habe hier die letzte Statistik der Knappschaftsberufsgenossenschaft aus dem Ruhrrevier, Sektion 2. Daraus ergibt sich, daß im Jahre 1905 44 267 Unfälle zur Anzeige gebracht wurden, und hiervon sind die meisten, nämlich 17,3 Proz., am Sonnabend passiert. Dann kommt der Mittwoch mit 16 Proz., und der vielgeschmähte Montag hat nur 15,76 Proz. Im Jahre vorher war die Reihenfolge der Unfälle Sonnabend, Dienstag, Freitag, Montag, Mittwoch, Donnerstag. Und wenn man dann weiter nachsieht, auf welche Tagesstunden sich die Unfälle verteilen, so wird man sehen, daß am Montag genau so wie an den übrigen Tagen die meisten Unfälle sich in den Abendstunden ereignen, wo die Leute schon abgearbeitet sind. (Sehr richtig!) Dazu kommt, daß der, der an eine Arbeit gewöhnt ist, die besondere Aufmerksamkeit und Geschicklichkeit erfordert, gerade durch die Ruhe am Sonntag aus der Gewohnheit herauskommt und dadurch leicht in die Gefahr gerät, einen Unfall zu erleiden. Schließlich darf man auch nicht vergessen, daß eine ganze Anzahl von Arbeitern des Montags ein neues Arbeitsverhältnis antreten. (Zustimmung.)

Wenn ich mich vorhin gegen die Abstinenzler in unseren Reihen gewandt habe, so deshalb, weil ich ihnen auch jetzt wiederum den Vorwurf machen muß, daß sie durch einseitige Betonung ebenso, wie es die Bürgerlichen so gern tun, die Aufmerksamkeit davon ablenken, daß nicht einzig und allein der Alkohol für gewisse Mißstände in Betracht kommt, sondern daß es weit verzweigte soziale Ursachen sind. (Sehr richtig!) Das ist es eben, was den klassenbewußten Arbeiter meilenweit fernhalten sollte von der bürgerlichen Anti-Alkoholbewegung. Es genügt nicht, wenn in gesundheitsgefährlichen Betrieben alkoholfreie Getränke für die Arbeiter bereit gehalten werden. Unsere sozialdemokratischen Abstinenzler dürfen damit nicht zufrieden sein, sondern sie müssen mit mir die Beseitigung der Ursachen fordern, die jene sozialen Mißstände hervorrufen, welche schließlich zum Trinkzwang führen. (Lebhafte Zustimmung.) Die Bürgerlichen mögen sich mit Kaffee und Tee zufriedengeben. Wir nicht. Wir sagen: Ihr gesteht damit nur ein, daß die Zustände in den Fabriken so erbärmlich sind, daß die Arbeiter zum Trunk gezwungen werden, und weil ihr fürchtet, daß die Arbeiter euch nicht genug leisten, deshalb wollt ihr sie vom Alkohol fernhalten! Im übrigen ist es den Unternehmern gleich, was aus dem Arbeiter wird. Man sieht ja, wie sie zu dem bißchen Arbeiterschutz erst gezwungen werden müssen. Das ist es, was uns trennt. Und wenn ich das vorhin nicht genügend hervorgehoben habe, so hole ich das jetzt nach. Und wie die Abstinenten uns gewünscht haben, wir sollten uns bessern, so wünsche ich ihnen, daß sie sich von dieser Einseitigkeit losreißen und mehr und mehr die sozialen Verhältnisse in den Vordergrund rücken. (Zurufe: Das tun wir doch.) Sie haben das getan mit einigen oberflächlichen Redensarten; aber das soziale Programm haben wir Ihnen erst geben müssen. Sie haben schöne Redensarten gemacht, wie sie der Herr Pfarrer auch macht. (Heiterkeit und Sehr gut!)

Es ist richtig, daß die Abhängigkeit von den Gastwirtschaften, auf die Bömelburg hingewiesen hat, existiert. Durch die Aenderungen der Produktion sind neue Verhältnisse entstanden. Es besteht ein größeres Bedürfnis der Arbeiter nach Zusammenkunft. Das ist eine Lebensnotwendigkeit geworden. Bömelburg hat ganz recht, daß es mitunter geradezu abscheulich ist, in welcher Weise die Genossen infolge dieser Abhängigkeit von den Gastwirten belästigt werden. Aber die Schuld trifft nicht die Gastwirte. Wir müssen ernstlich bemüht sein, jeden Trinkzwang zu beseitigen und die Frage zu erwägen: In welcher Weise schaffen wir uns Erholungsstätten ohne Trinkzwang? Der Trinkzwang ist es, den wir bekämpfen. Dem einzelnen soll seine eigene Ueberlegung sagen, wieviel und wie oft er trinken kann. Aber ein Zwang darf nicht ausgeübt werden. Und da bleibt uns nichts übrig, als dem Gastwirt eine Entschädigung zu zahlen und uns Volkshäuser zu schaffen, in denen wir unabhängig sind von jedem Bierumsatz. (Sehr richtig!) Heute ist das Bier und der Wein das einzige Bekömmliche. Es ist trotz aller Reklame leider noch keinem gelungen, ein alkoholfreies Getränk auf den Markt zu bringen, das den Bedürfnissen genügt, und man könnte fast sagen, es wird auch nicht gelingen, denn das, was gerade das Bier und den Wein uns wohlschmeckend macht, das ist ja eben der Alkohol, der darin ist. (Heiterkeit.) So sehr die Vergiftung mit Alkohol ein Unglück für die Menschheit und insbesondere für die Arbeiterklasse ist, so wenig darf man andererseits allzu ängstlich sein und glauben, daß man keinen Tropfen trinken darf. Die Alkoholfrage steht im engsten Zusammenhang vor allem mit der Ernährungsfrage. Wenn die Abstinenten immer wieder sagen: ja das eine Glas tut es nicht, wir fürchten aber, daß die Menschheit nicht mäßig ist, — dann sage ich: schaut Euch alle hier uns im Saale an, schaut Euch die Hunderttausende draußen an, die da leben, streben und ernste Dinge im Kopfe haben, die alle ihr Glas Bier oder Wein trinken und doch nicht zugrunde gehen! Ach, wenn die Menschheit nicht mäßig sein könnte, würde sie schon an anderen Dingen zugrunde gegangen sein. (Heiterkeit.) Zum Schluß noch ein Wort für unseren Parteivorstand. Er hat mir mitgeteilt, daß er hier wie bereits in Mannheim mit dem Wirt die Vereinbarung getroffen hat, daß während der Verhandlungen kein Bier ausgeschenkt wird. Mehr kann der Parteivorstand nicht tun. Es ist auch, soweit ich sehen kann, hier so gut wie gar nicht getrunken worden. Also bedenken wir auch bei dieser Frage unseres kulturellen und wirtschaftlichen Kampfes, daß alles und alles wieder wurzelt in den sozialen Zuständen. Erst muß der Mensch essen können, erst muß er einen gesunden kräftigen Körper haben, erst muß er eine gesunde Wohnung haben, dann wird er den Gefahren nicht ausgesetzt sein, die das Elend und die Verzweiflung für die Arbeiter mit sich bringt. (Sehr richtig!) Ich schließe mit der Hoffnung, daß wir allesamt und sonders mit alter Freudigkeit gegen die verheerenden Wirkungen des

Alkohols und für den Fortschritt der Kultur kämpfen werden. (Lebhafter Beifall.)

Persönlich bemerkt

Katzenstein: Den Ausdruck Unterstellung habe ich ohne jede beleidigende Absicht gebraucht, wie das bei wissenschaftlichen Streitfragen vorkommt. Im übrigen hat Wurm sich die schärfsten Angriffe für das Schlußwort aufgespart, so daß eine Erwiderung nicht mehr möglich ist. Das mag taktisch richtig sein, tapfer ist es nicht.

Hierauf wird der Antrag auf Drucklegung des Referats einstimmig, die Resolution 91 gegen eine Stimme angenommen. Dadurch sind alle zu diesem Punkt vorliegenden Anträge erledigt.

Auf Vorschlag von Singer wird nunmehr der

Bericht der Beschwerdekommission

entgegengenommen.

Berichterstatter ist **Stubbe**-Hamburg. Ueber die einzelnen Fälle wird gesondert verhandelt und abgestimmt.

1. Beschwerde des Genossen **Krohn**-Konstanz.

Genosse Krohn erhebt Beschwerde gegen den Beschluß des Schiedsgerichts vom 24. März 1907 und den Beschluß der Kontrollkommission. Das Schiedsgericht hat in zwei Punkten entschieden: 1. Daß nicht erwiesen sei der Vorwurf der Käuflichkeit, 2. Krohn habe seine Vertrauensstellung in der Partei nicht dazu benutzt, sich materielle Vorteile zu verschaffen. Durch den Wortlaut des Beschlusses „nicht erwiesen", ist die Annahme möglich, daß die Freisprechung nur erfolgt sei, weil das Anklagematerial nicht ganz einwandsfrei war. Nach eingehender Prüfung des gesamten Materials und Vernehmung einiger Zeugen ist die Kommission zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Anklage in diesen beiden Punkten nicht begründet ist. Im übrigen schließt die Kommission ihr Urteil dem des Schiedsgerichts, bis auf Punkt 7, an. Im Punkt 7 wird der Genosse Krohne aufgefordert, die Führung der Parteigeschäfte eine bestimmte Zeit in andere Hände zu geben. Dieser Punkt des Urteils wurde von der Kontrollkommission bereits aufgehoben, welchem Urteil die Kommission sich nur anschließen kann. Die Kommission beantragt daher, in dem Urteil des Schiedsgerichts vom 24. März 1907 sind in den Punkten 1 und 4 die Worte „nicht erwiesen" durch die Worte „ist haltlos" zu ersetzen. Die Streichung der Kontrollkommission in dem Punkt 7 des Schiedsgerichtsurteils (die gestrichenen Worte lauten: Genosse Krohn hat die Leitung der Parteigeschäfte für eine bestimmte Zeit in andere Hände zu geben) wird bestätigt. Im übrigen bleibt das Urteil des Schiedsgerichtes bestehen. Das Urteil der Beschwerdekommission wird debattelos bestätigt.

2. Fall **Siebel**-Dortmund.

Siebel beschwert sich über seinen Ausschluß aus der Partei. Der Ausschluß erfolgte im Beginn des Jahres 1899/1900 durch die Parteiorganisation in Dortmund. Von Siebel wird behauptet, daß diese Parteiorganisation nicht berechtigt war, seinen Ausschluß zu beschließen. Diese Auffassung ist irrig. Nach dem früheren Organisationsstatut konnte der Ausschluß durch die örtliche Parteiorganisation erfolgen. Die Kommission beantragt, die Beschwerde des Siebel abzuweisen und auch seine Wiederaufnahme in die Partei abzulehnen. Auch dieser Antrag wird debattelos angenommen.

3. Fall **Bühring**-Bremerhaven.

Bühring wurde durch Schiedsspruch am 15. April 1907 ausgeschlossen und die Kontrollkommission hat den Beschluß bestätigt. Gegen den Beschluß hat

Bühring Berufung eingelegt. Der Ausschluß erfolgte, weil Bühring bei den Reichstagswahlen (Haupt- und Stichwahl) den bürgerlichen Wahlaufruf unterzeichnet hat. Die Kommission beantragt, den Ausschluß von Bühring aus der Partei zu bestätigen. Der Antrag wird debattelos angenommen.

4. Fall **Voortmann**-Metz.

Der Ausschluß Voortmanns erfolgte durch Schiedsspruch vom 2. April 1907. Voortmann hat im September 1906 bei der Wahl zum Bezirkstage (engere Wahl) für den liberalen Kandidaten Weißmann ein Flugblatt herausgegeben und für dessen Verbreitung 250 Mk. in Empfang genommen, über deren Verwendung er der Partei Auskunft verweigerte. Ferner ist Voortmann bei den Reichstagswahlen 1907 (engere Wahl) für den Regierungskandidaten Dr. Gregoire eingetreten. Die Kontrollkommission hat den Ausschluß bestätigt. Die Kommission beantragt, den Ausschluß Voortmanns durch Schiedsgerichtsurteil vom 2. April 1907 durch den Parteitag zu bestätigen. Der Parteitag beschließt debattelos demgemäß.

5. Fall **Springer**-Heidelberg.

Der Ausschluß Springers erfolgte am 1. September 1907 durch ein Schiedsgericht. Der Ausschluß wurde von der Kontrollkommission bestätigt. Die Kommission erachtet das Material für nicht ausreichend, um ein Mitglied einer ehrlosen Handlung zu bezichtigen und beantragt deshalb, den Ausschluß Springers aufzuheben. Der Parteitag beschließt debattelos demgemäß.

6. Fall **Paul Jahn**-Berlin.

Das im Jahre 1901 ausgeschlossene Mitglied des III. Berliner Wahlkreises Paul Jahn beantragt seine Wiederaufnahme. Die Wahlvereine Berlin 2 und 8 haben sich gegen die Wiederaufnahme ausgesprochen. Nach Prüfung des vorgelegten Materials beantragt die Kommission, den Antrag des ausgeschlossenen Paul Jahn, ihn wieder in die Partei aufzunehmen, abzulehnen. Der Parteitag schließt sich dem Kommissionsantrag debattelos an.

7. Fall **E. Schröder**-Berlin.

Schröder beantragt seine Wiederaufnahme. Der 4. Reichstagswahlkreis Berlin hat sich gegen die Wiederaufnahme ausgesprochen. Das Vergehen, welches zu dem Ausschluß des Mitgliedes Schröder geführt hat, ist ein solches, daß die Kommission eine Wiederaufnahme nicht befürworten kann. Die Kommission beantragte: Der Antrag des ausgeschlossenen Schröder auf Wiederaufnahme in die Partei ist abzulehnen. Der Parteitag beschließt debattelos demgemäß.

8. Fall **Hamann**-Itzehoe

Vor zirka zwei Jahren wurde Hamann wegen geringer Differenzen (Verwaltungssachen) ausgeschlossen. Hamann beantragt seine Wiederaufnahme. Die örtliche Parteiorganisation empfiehlt sie. Die Kommission beantragt, den Genossen Hamann in die Partei als Mitglied wieder aufzunehmen. Der Parteitag beschließt dies debattelos.

9. Fall **Matz**-Metz.

Matz wurde am 2. April 1907 durch ein Schiedsgericht aus der Partei ausgeschlossen, weil er bei der Stichwahl zur Reichstagswahl ein Flugblatt der Liberalen unterzeichnet hat. Er beantragte Wiederaufnahme in die Partei. Die Kommission beantragt, die Wiederaufnahme zu beschließen. Der Parteitag beschließt gemäß dem Antrage der Kommission.

16. Protest der Genossinnen Dresdens gegen die Kassierung der Mandate zweier Genossinnen in Sachsen zum Stuttgarter internationalen Kongreß durch die deutsche Delegation.

Die Kommission beantragt, über diesen Protest zur Tagesordnung überzugehen, da die deutsche Delegation resp. der Internationale Kongreß in dieser Sache zu beschließen hatten. — Der Parteitag stimmt dem Antrage der Kommission zu.

Singer: Wir würden jetzt zu den zwei Berichten kommen, die sich mit der Angelegenheit Wiesenthal-Berlin und dem Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverband beschäftigen. Hierzu liegt folgender genügend unterstützter Antrag Bebels vor:

„In Erwägung, daß der Parteitag in der Angelegenheit der Lokalisten seine Beschlußfassung ausgesetzt hat, um die schwebenden Ausgleichsverhandlungen nicht zu stören, beschließt der Parteitag aus dem gleichen Grunde eine Beschlußfassung in der Angelegenheit Wiesenthal ebenfalls bis zum nächsten Parteitage auszusetzen."

Sollte dieser Antrag angenommen werden, so würde eine Behandlung dieser beiden Gegenstände für heute ausgeschlossen sein.

Nachdem Reichel-Stuttgart kurz gegen den Antrag gesprochen hat, wird der Antrag Bebel angenommen.

Damit ist der Bericht der Beschwerdekommission erledigt.

Berichterstatter **Stubbe-Hamburg:** Ich habe noch im Auftrage der Beschwerdekommission zwei Wünsche vorzutragen: Erstens würde die Arbeit der Beschwerdekommission angesichts der Tatsache, daß es sich häufig um ein recht umfangreiches Aktenmaterial handelt, wesentlich erleichtert werden, wenn das Aktenmaterial besser registriert würde. Ferner hat die Beschwerdekommission den Wunsch, daß auf dem nächsten Parteitage nicht wieder die Mandatsprüfungskommission auch zur Beschwerdekommission gewählt wird, was diesmal zur Folge gehabt hat, daß die Mitglieder der Beschwerdekommission so gut wie gar nicht an den Arbeiten des Parteitages haben teilnehmen können, sondern daß für diese Zwecke zwei verschiedene Kommissionen gewählt werden.

Ebert-Berlin: Ich wollte feststellen, daß die allerdings zum Teil recht umfangreichen Akten vorher von der Kontrollkommission bearbeitet worden sind. Es mag sein, daß infolgedessen nicht alles ganz genau nach Zahlen geordnet gelegen hat.

Singer: Von dem Wunsche der Beschwerdekommission hat der Parteitag Kenntnis genommen. — Es wird Sache des nächsten Parteitages sein, sich darüber zu entscheiden, ob für die erwähnten Arbeiten eine oder zwei Kommissionen gewählt werden sollen.

Auf Vorschlag **Singers** werden nunmehr die

Sonstigen Anträge

verhandelt, und zwar zunächst die Anträge, die sich mit der Tagesordnung des nächsten Parteitages beschäftigen. Es sind dies die Anträge 62, 67, 68, 69. Zunächst werden die Anträge 62 und 67 verhandelt.

Schmidt-Sonnenburg: Wir hatten bei den vorigen Wahlen auf die Landarbeiter gerechnet, aber leider hat uns unser Vertrauen getäuscht. Die Schuld liegt an uns, weil wir die Agitation unter den Landarbeitern nicht genügend betrieben haben. Ich bitte Sie, den Parteivorstand zu beauftragen, daß er sich der Landarbeiterfrage mehr annimmt, dann werden wir das nächste Mal besseren Erfolg unter den Landarbeitern zu verzeichnen haben.

Stieffenhofer-Charlottenburg: Die Landarbeiter sind zweifellos diejenigen Arbeiter, die Proletarier im eigentlichen Sinne des Wortes sind. Sie

sind schlecht entlohnt, wohnen in schlechten Wohnungen, haben kein Koalitionsrecht, unterliegen nicht der Krankenversicherung, kurz und gut, sie genießen noch nicht einmal die Rechte, die die übrigen Arbeiter genießen. Aus allen diesen Gründen ist es nötig, daß wir uns dieser Leute annehmen. Wir hätten es am liebsten gesehen, wenn wir schon auf diesem Parteitage die Landarbeiterfrage besprochen hätten, aber das war nicht möglich. Zum mindesten bitte ich Sie, unsere Anträge dem Parteivorstand zur Berücksichtigung zu überweisen.

Pfannkuch: Wie auf früheren Parteitagen, so muß ich Sie auch diesmal bitten, dem Parteivorstand keine Marschroute für die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu geben. Die Verhältnisse können sich bis zum nächsten Parteitage wesentlich geändert haben. Der Antrag 62 stellt an den Parteivorstand ein ganz sonderbares Verlangen. Er soll vor dem nächsten Parteitag eine Darstellung der landwirtschaftlichen Arbeiterverhältnisse in den verschiedenen Teilen des Reiches sowie eine Zusammenstellung des auf dem Gebiete des Landarbeiterschutzes und der Landarbeiterorganisation bisher von der deutschen Partei und von den ausländischen Arbeiterparteien Geleisteten veröffentlichen. Wenn ich Sie daran erinnere, daß der Verein für Sozialpolitik das vorhandenen Material in drei dicken Bänden gesammelt hat, so werden Sie mir zugeben, daß es nicht möglich ist, daß der Parteivorstand bis zum nächsten Jahre eine solche Arbeit leistet, zumal da ja auch die Verhältnisse des Auslandes berücksichtigt werden sollen. Weiter soll der Vorstand sogar den Entwurf eines umfassenden Landarbeiterschutzprogramms ausarbeiten. Wir haben uns in Breslau mit der Landarbeiterfrage im allgemeinen und der Agrarfrage im speziellen beschäftigt, und es hat sich gezeigt, daß eine solche Arbeit nicht von heute auf morgen gemacht werden kann. Sie können deshalb heute den Antrag nur dem Parteivorstand zur Erwägung überweisen. Selbst wenn alle Beteiligten den guten Willen haben, ist es doch ganz unmöglich, vor dem nächsten Parteitag die Aufgabe zu erfüllen. Und Sie werden doch den Parteivorstand nicht in die Lage versetzen wollen, vor den nächsten Parteitag zu treten und zu sagen, daß es ihm nicht möglich gewesen ist, den Auftrag auszuführen? Es steht heute schon sicher fest, daß die Aufgabe in dem Zeitraum von einem Jahre unausführbar ist.

Katzenstein: Das vorhandene Material über die Landarbeiterfrage in Deutschland ist einigermaßen ausreichend, um eine zusammenfassende Darstellung zu geben. Es ist auch nicht so ungeheuer groß, daß es nicht in absehbarer Zeit bewältigt werden könnte. Vielleicht könnte man in dem Antrag 62 die Worte „vor dem nächsten Parteitag" streichen. Es wird übrigens nicht eine Zusammenstellung des auf dem Gebiet des Landarbeiterschutzes und der Landarbeiterorganisation bisher von den Bruderparteien Geleisteten gefordert. Mit der von mir vorgeschlagenen Aenderung bitte ich den Antrag 62 anzunehmen. Den Antrag 67 bitte ich Sie, dem Parteivorstand zur Berücksichtigung zu überweisen.

Schmidt-Düsseldorf: Die Landarbeiterfrage wird für uns deshalb brennend, weil jetzt sogar das Zentrum dazu übergeht, in einzelnen Landesteilen die Landarbeiter zu organisieren. Natürlich kommt es ihm nicht darauf an, für die Landarbeiter Vorteile zu erringen, sondern es verfolgt nur demagogische Zwecke. Hat doch Giesberts neulich auf dem Katholikentage gesagt, daß an die Aufhebung der Gesindeordnung nicht zu denken ist! Es ist dringend notwendig, daß wir uns eingehender mit der Landarbeiterfrage beschäftigen. Ich bitte Sie, den Antrag 67 anzunehmen.

Honrath-Aachen: Bevor wir die Landarbeiter organisieren können, muß die Gesindeordnung aufgehoben sein. Der Antrag 62 überweist dem Parteivorstand eine Aufgabe, die undurchführbar ist. Die Genossen von Teltow-

Beckskow haben sich nicht die Mühe gegeben, die einschlägige Literatur zu studieren. Soll der Parteivorstand die Aufgabe lösen, dann müßte er über so viel Kräfte verfügen, wie eine ganze Universität. Die Genossen, die sich für die Landarbeiterfrage interessieren, sollten mal erst die Literatur der Partei darüber studieren. Sie werden dann finden, daß alles, was geschehen konnte, auch geschehen ist. Sorgen wir zunächst dafür, daß die Landarbeiter ein Koalitionsrecht bekommen!

Molkenbuhr: Die Reichstagsfraktion hat von jeher die Interessen der Landarbeiter vertreten und einen ausreichenden Schutz für sie verlangt. Ich erinnere daran, daß wir die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Landarbeiter gefordert haben, wobei das Zentrum uns Widerstand geleistet hat. Auch beim Unfallversicherungsgesetz haben wir uns der Landarbeiter angenommen; ferner haben wir wiederholt die Beseitigung der Gesindeordnungen und aller Ausnahmegesetze für Landarbeiter und Gesinde gefordert. Wir haben das Koalitionsrecht für die Landarbeiter gefordert, wir haben verlangt, daß eine ganze Reihe von Arbeiterschutzbestimmungen über die Dauer der Arbeitszeit, über Frauen- und Kinderarbeit auf die Landarbeiter ausgedehnt wird. Wir haben ferner einen Kampf dagegen geführt, daß in einigen Einzelstaaten Kontraktbruchgesetze für Landarbeiter geschaffen werden. Das Material darüber steht unseren Agitatoren zur Verfügung, sie können davon Gebrauch machen. Der Antrag 62 verlangt, es soll mehr geschehen als bisher geschehen ist. Die Verhältnisse in den einzelnen Bundesstaaten sind so verschieden, daß wir dickleibige Bände herausgeben müßten, wollten wir nur ein einigermaßen vollständiges Material liefern. Mit der praktischen Agitation für den Schutz der Landarbeiter dürfen wir nicht bis zum nächsten Parteitag warten. Die Landarbeiterfrage wird vielmehr bei dem Kampf um das preußische Wahlrecht eine große Rolle spielen. Für Preußen wird das Material, soweit es agitatorisch zu verwerten ist, natürlich zusammengetragen werden. Sie können sicher sein, daß sowohl der Parteivorstand als auch die preußischen Genossen alles tun werden, um das nötige agitatorische Material zu veröffentlichen. Auch das Handbuch für preußische Landtagswähler, das in Vorbereitung ist, wird die Landarbeiterfrage behandeln. Wenn aber alles vorhandene Material zusammengestellt und im Laufe des Jahres in der praktischen Agitation verwendet wird, ich weiß nicht, ob dann für den nächsten Parteitag ein Anlaß vorliegt, noch einmal das durchzukauen, was man das ganze Jahr hindurch gehört hat

Hiermit schließt die Debatte über die Anträge 62 und 67. Im Antrag 62 werden die Worte „vor dem nächsten Parteitag" gestrichen. Der so geänderte Antrag wird ebenso wie der Antrag 67 dem Parteivorstand zur Erwägung überwiesen.

Den Antrag 68 begründet:

Zielowski-Frankfurt a. M.: Wir wünschen keine prinzipielle Erörterung der Genossenschaftsfrage, sondern haben mit unserem Antrag nur bezweckt, speziell die Frage der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Genossenschaften, die in der letzten Zeit ja Gegenstand vielfacher Erörterungen gewesen sind, einmal auch auf einem Parteitage zur Erörterung zu stellen. Weiter wünschten wir auch, daß der Parteitag die Genossenschaftsbewegung unter dem Gesichtspunkte der ungeheuren Steigerung der Lebensmittelpreise behandelt und sich mit den Versuchen der Kartelle der Nahrungsmittelfabrikanten beschäftigen möchte, die Genossenschaften, speziell die Großeinkaufsgesellschaft zu boykottieren. Ich bitte Sie, in diesem Sinne zu beschließen.

Der Parteitag beschließt, den Antrag dem Parteivorstand zur Erwägung zu überweisen.

Zum Antrag 69 nimmt das Wort

Treu-Nürnberg: Unsere Gründe für diesen Antrag sind eigentlich die gleichen, die zur Befürwortung des Antrages 67 ausgeführt worden sind. Auch für uns war in erster Linie die Landarbeiterfrage ausschlaggebend. Damit im Zusammenhang steht aber unbedingt die gesamte Agrarfrage. (Sehr richtig!) Wir haben ja verschiedentlich versucht, in die Kreise der Land- und Forstarbeiter einzudringen. Die Folge dieser Bestrebungen ist jedenfalls die Aeußerung des Dr. Heim auf dem diesjährigen Katholikentage gewesen: wenn das Zentrum nicht die Landarbeiter organisiere, dann würden es die Sozialdemokraten tun. Seit dem Breslauer Parteitag haben wir uns mit der Agrarfrage nicht mehr beschäftigt. Ich bitte Sie, auch diesen Antrag dem Parteivorstand zur Erwägung zu überweisen.

Der Parteitag beschließt demgemäß.

Nunmehr werden die Anträge 70, 71, 72, die sich mit dem

Ort des nächsten Parteitages

beschäftigen und genügend unterstützt werden, verhandelt.

Brecour-Kiel begründet den Antrag, den nächsten Parteitag in Kiel abzuhalten: Hier haben Sie Gelegenheit gehabt, den Kapitalismus in konzentriertester Form zu beobachten. In Kiel können Sie zur Ergänzung die schwimmenden Festungen kennen lernen, die dem Expansionsbedürfnis des Großkapitals dienen sollen und uns das schwere Geld kosten. Wir haben auch ein schönes geräumiges Gewerkschaftshaus zur Verfügung und denjenigen, die sich der wohltätigen Wirkung der Seefahrt in Bremen erinnern, kann ich mitteilen, daß wir ihnen in Kiel dasselbe bieten können. (Heiterkeit.)

Henning-Magdeburg: Nach dem Ausfall der Unterstützungsfrage sehen wir Magdeburger Genossen voraus, daß unser Antrag, wie so oft, auch diesmal abgelehnt wird. Wir sind deshalb übereingekommen, ihn zurückzuziehen bitten Sie aber dann, endlich das übernächste Mal ganz bestimmt nach Magdeburg zu kommen. (Heiterkeit.)

Haugenstein-Nürnberg: Ich bitte Sie, nach Nürnberg zu kommen, aus einem besonderen Grunde. Im kommenden Jahre sind es 40 Jahre her, daß in Nürnberg im Rathaussaal ein Arbeitertag unter dem Vorsitz Bebels und Loewensteins getagt hat, dessen Ergebnis die reinliche Scheidung zwischen den fortschrittlich gesinnten Arbeitern, die im Laufe der Verhandlungen den Saal verließen, und den Sozialisten war, die unter dem Vorsitz Bebels weitertagten. Dank der unermüdlichen Agitation, speziell des leider so früh verstorbenen Grillenberger, gelang es uns bereits nach einem Jahre, der Fortschrittspartei das Reichstagsmandat von Nürnberg zu entreißen, und die letzte Wahl hat gezeigt, daß Nürnberg niemals wieder von dem Freisinn zurückerobert werden kann. Geben Sie unserem Antrag statt, damit wir Sie in einer Hochburg der Sozialdemokratie begrüßen können. (Bravo!)

Bebel: Ich muß einige Unrichtigkeiten des Vorredners, die ihm aber niemand übelnehmen kann, berichtigen. Es ist richtig, daß es im nächsten Jahre 40 Jahre werden, daß in Nürnberg ein deutscher Vereinstag tagte, wie es deren viele gegeben hat. Dieser Vereinstag hatte aber eine ganz besondere Bedeutung, er wurde von deutschen Arbeitervereinen abgehalten, die bis dahin noch der sozialistischen Bewegung feindlich gegenüberstanden, wenigstens äußerlich. Allmählich war allerdings ein Umschwung eingetreten, und wir, die wir damals in Leipzig die Führung hatten, waren auf Grund unserer Berichte zu der Ueberzeugung gekommen, daß jetzt die Stunde geschlagen habe, wo man es riskieren könnte, wenigstens der Mehrzahl dieser Vereine ein sozialistisches

Programm vorzulegen. Den wunderschönen historischen Rathaussaal für unsere Tagung hatten wir damals nur bekommen, weil der Magistrat von Nürnberg mit Sicherheit glaubte, unsere Richtung würde unterliegen, und die Parole der Selbsthülfe würde wieder einen großen Sieg feiern. Es kam aber umgekehrt. Das von uns vorgelegte Programm, das in den entscheidenden Punkten das Programm der internationalen Arbeiterassoziation war, wurde mit erheblicher Mehrheit angenommen und dadurch war ein bedeutender Teil der deutschen Arbeitervereine der sozialistischen Bewegung zugeführt. Wenn nun die Nürnberger Genossen wünschen, daß dies Ereignis durch einen Parteitag gefeiert wird, um so mehr, da noch kein Parteitag in Nürnberg stattgefunden hat, so begreife ich diesen Antrag und es würde sich nur darum handeln, ob wir ein geeignetes Lokal zur Verfügung haben.

Treu-Nürnberg teilt mit, daß alle Aussicht bestehe, ein geeignetes Lokal für den Parteitag zu bekommen.

Nürnberg wird hierauf mit großer Mehrheit zum Ort des nächsten Parteitages gewählt.

Singer: Es ist folgender genügend unterstützter Antrag Reichel und Genossen eingegangen:

„Der Parteitag erklärt die Gründung des Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverbandes (Richtung Wiesenthal) als eine so schwere Schädigung der Arbeiterinteressen, daß der Ausschluß des Gründers dieses Verbandes, des Genossen Wiesenthal, aus der Partei wohl am Platze wäre. Wenn dessen ungeachtet der Parteitag von der Entgegennahme des Berichts der Beschwerdekommission in Sachen Wiesenthal Abstand nahm, so nur aus dem Grunde, weil der Allgemeine Deutsche Metallarbeiterverband nach den Erklärungen des Parteivorstandes nicht abgeneigt ist, sich mit dem Deutschen Metallarbeiterverbande zu verschmelzen. Der Parteitag spricht denjenigen Genossen, die an der Gründung des Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverbandes mitgewirkt haben, die entschiedene Mißbilligung aus. Im weiteren erklärt der Parteitag jede weitere Agitation von Parteigenossen für den genannten Verband für unzulässig."

Nach meiner Meinung, und ich empfehle dem Parteitag dieser Auffassung zuzustimmen, ist eine Verhandlung dieses Antrages, nachdem der Parteitag beschlossen hat, diese Angelegenheit in diesem Jahre nicht zu verhandeln, unzulässig. Nachdem der Parteitag vor einer halben Stunde es abgelehnt hat, in diesem Jahre die Gründe in dieser Sache zu hören, kann er unmöglich jetzt ein Urteil aussprechen. (Sehr richtig!) Ich bin aber auch der Meinung, daß die Gründe des Parteitages für die Absetzung dieses Gegenstandes sehr wichtig waren, und daß die Möglichkeit einer Verständigung zwischen den Lokalisten und Zentralverbänden nicht dadurch verbessert werden kann, wenn nunmehr nachträglich in eine Verhandlung dieses Antrages eingetreten würde. Ich glaube daher dem Parteitag empfehlen zu sollen, die Verhandlung dieses Antrages für unzulässig zu erklären. (Zustimmung.)

Reichel-Stuttgart: Nur wenige Worte. Die von mir und einigen Freunden vorgelegte Resolution soll nur den Zweck haben, im allgemeinen die von der Richtung Wiesenthal getriebene Agitation für unzulässig und als den Interessen der Arbeiter widersprechend zu erklären. Der Parteitag soll keineswegs über die Frage entscheiden, ob Wiesenthal infolge der Gründung des Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverbandes ausgeschlossen werden soll. Ich glaube, daß es sich also lediglich um eine Willenskundgebung des Parteitages dabei handeln würde, die meiner Auffassung nach der Arbeiterbewegung nur

nützlich sein würde. Der Parteitag kann sehr wohl im allgemeinen erklären, wir mißbilligen diese Agitationsweise und halten sie für nicht vereinbar mit den Grundsätzen der Partei, der Demokratie. Dadurch würden die Einigungsbestrebungen nach meiner Meinung bedeutend gestärkt werden.

Leutert-Weimar: Als einer der Unterzeichner des vorhin angenommenen Antrages bitte ich Sie, auch diesen Antrag abzulehnen. Jede Willensmeinung des Parteitages in dieser Frage nach der einen oder der anderen Seite könnte die Einigungsverhandlungen nur stören. (Zustimmung.)

Der Parteitag erklärt die Beratung des Antrages Reichel für unzulässig.

Nunmehr wird in die Beratung der Anträge über die

Organisation

eingetreten. Dazu liegen vor die Anträge 19 bis 25, 27 bis 31, 78 und 81. Hierbon werden unterstützt die Anträge 19, 24, 27, 28, 29, 30, 31 und 81. Der Antrag 78 muß nach dem Organisationsstatut, weil er nicht in den bestimmten Fristen eingegangen ist, von einer Dreiviertel-Mehrheit unterstützt werden; er findet diese Unterstützung nicht, kommt also nicht zur Verhandlung. Ebensowenig werden die Anträge 20 bis 23, 25 genügend unterstützt.

Dr. Arons-Berlin begründet den Antrag Nr. 19. Die Bestimmung, den Parteivorstand um zwei Beisitzer zu vermehren, die in Mainz 1900 beschlossen wurde, hat eine Vorgeschichte: Bereits 1895 hatten die Genossen in Berlin II in Breslau den Antrag gestellt, den Vorstand um zwei Beisitzer zu vermehren, daß aber niemand länger als zwei Jahre hintereinander zum Beisitzer gewählt werden sollte. Der Gedankengang der Antragsteller war der, daß es absolut notwendig sei, daß diejenigen Mitglieder des Parteivorstandes, die die eigentlichen Geschäfte zu führen haben, also die Vorsitzenden, der Kassierer und die Sekretäre, möglichst lange in dieser Stellung bleiben, damit sie eine möglichste Routine in der Leitung der Geschäfte haben. Durch die beiden Beisitzer sollte bewirkt werden, daß auch frisches Blut durch den Parteivorstand zirkuliere. Die Antragsteller gingen damals — und ihre Gründe sind auch die unserigen — davon aus, daß eine Behörde, die immer in der gleichen Zusammensetzung tagt, nicht nur die gewünschte Routine besitzen würde, sondern daß in ihr häufig mit einem Blick, einem Wort neue Anregungen erledigt werden könnten — ich will da ein Wort Auers zitieren, das er in Mainz auf den Vorwurf, daß der Vorstand herrschsüchtig sei, sagte: „Ach lieber Gott, das Herrschen! Wir könnten weit mehr herrschen, wir sind doch fünf alte gewaschene Brüder im Parteivorstand, aber es ist nicht einer unter uns, der vom Cäsarenwahnsinn erfaßt ist. Nein, Ruhe möchten wir haben, vielleicht manchmal mehr Ruhe, als eigentlich gut ist. Würden Sie dem Vorstand den Vorwurf machen, daß er manchmal nicht Anregungen genug gegeben hat, daß das jüngere Element, das noch bis in die Puppen hinein glaubt und dementsprechend handelt, dort nicht genügend zur Geltung kommt — nun öffentlich würde ich das ja nicht zugeben, aber ich würde mir im stillen sagen: so ganz unrecht haben sie nicht." In Breslau hatte man nur das Bedenken, daß man die beiden Beisitzer entweder aus Berlin nehmen müsse oder daß große Kosten entstehen würden. Der Mainzer Parteitag hat sich über dieses Bedenken hinweggesetzt und hat die beiden Beisitzer dem Vorstande angegliedert, hat aber deren Wahl der Kontrollkommission übertragen. Auer als Referent meinte damals, man habe da eine vorläufige Bestimmung treffen wollen. Der Parteitag sei ja souverän und könne jedes Jahr die Bestimmung ändern. Zu meinem Bedauern muß ich be-

merken, daß die sämtlichen Kreise von Groß-Berlin mit Ausnahme des ersten Wahlkreises gegen unseren Antrag sind. Es wird gesagt: Wenn sich die beiden Leute eingearbeitet haben, so wollt ihr sie wieder herausnehmen. Das ist ein vollständiges Mißverstehen der Tendenz des Antrages. Die Beisitzer sollen eben nicht auch „alte gewaschene Brüder" werden und dem Ruhebedürfnis des Vorstandes huldigen. Wozu denn sonst die ganze Einrichtung der Beisitzer? Ich würde es am liebsten sehen, daß die beiden Beisitzer nicht nur aus Berlin, sondern gelegentlich auch aus Mecklenburg, Württemberg, Hamburg genommen würden, so daß der Vorstand in seinen Sitzungen Fühlung mit den Genossen in außerpreußischen Gebietsteilen haben würde. Das ist ja aber vorläufig nicht möglich, und man wird im allgemeinen darauf angewiesen sein, die beiden Beisitzer aus den Kreisen der Berliner Genossen zu wählen. Jedenfalls ist es notwendig, daß der Parteitag, wie die anderen Mitglieder des Parteivorstandes, auch die beiden Beisitzer wählt. Der Einwand, daß der Parteitag die beiden Beisitzer ja nicht wiederzuwählen brauche und daher die Bestimmung überflüssig sei, daß sie nicht öfter als zweimal hintereinander gewählt werden dürften, ist nicht zutreffend. Denn man würde dann eine Nichtwiederwahl leicht als ein Mißtrauensvotum auffassen. Ich bitte Sie, unseren Antrag anzunehmen.

Litfin-Berlin: Genosse Arons hat versucht, den außerhalb Berlins wohnenden Genossen den Antrag schmackhaft zu machen. Alle Achtung vor seinen theoretischen Kenntnissen. Aber die praktische Erfahrung fehlt ihm. Es liegt kein Grund zu dem Antkage vor, zumal da das von Arons gewünschte „frische Blut" ja erst im vorigen Jahre in der Person von Müller dem Parteivorstand zugeführt ist. Ich bitte den Antrag abzulehnen.

Hierauf wird Antrag 19 abgelehnt.

Die Diskussion über Antrag 24 wird auf Wunsch des Antragstellers Wetzker ausgesetzt.

Die Anträge 27 bis 31 und 81 werden gemeinsam debattiert.

Rudolph-Frankfurt a. M.: Die Einführung einer einheitlichen Parteilegitimation wird von mehr als zwanzig Kreisen beantragt. Es würde uns dadurch eine ungeheure Menge von Verwaltungsarbeit erspart werden. Hessen-Nassau hat ein einheitliches Buch hergestellt, das auch andere Kreise eingeführt haben. Wir wählten ein handliches Format, damit das Buch bequem in der Tasche getragen werden kann. Auf dem Titelblatt kann auch die Staatsangehörigkeit und der Familienstand vermerkt werden. Die Beitragsquittung ist so eingerichtet, daß Wochen- und Monatsmarken quittiert werden können; sie läuft auf zehn Jahre. Um zu verhindern, daß unsere wandernden Genossen sich immer neue Bücher ausstellen lassen müssen, falls sie an einen anderen Ort kommen, ist das Buch mit einem Mitgliedschaftsnachweis versehen, der die Eintragung der An- und Abmeldung an den verschiedenen Orten ermöglicht. Wir haben vorgezogen, keine Statuten beizuheften, sondern sie gesondert auszugeben, wie das heute auch schon große Gewerkschaften tun. Bedeutende Ausgaben würden durch einheitliche Mitgliedsbücher erspart, wenn dem heute bestehenden Chaos bezüglich der Form, Größe, Ausstattung usw. unserer Parteimitgliedsbücher ein Ende bereitet würde. Ebenso notwendig sind einheitliche Geschäftsbücher und Abrechnungsformulare. (Sehr richtig!) Dem Parteivorstand wird dadurch die Zusammenstellung des Jahresberichtes wesentlich erleichtert werden. Auch in den Gewerkschaften hat sich der einheitliche Verwaltungsmodus gut bewährt. Wir würden durch einheitliche Mitgliedsbücher uns jährlich Tausende von Genossen erhalten. (Zustimmung.)

Meyer-Bant-Wilhelmshaven begründet den Antrag 28. In Ostfriesland wird schon überall ein einheitlicher Beitrag erhoben. Was dort möglich, ist auch im ganzen Reich möglich. Unsere Finanzen würden erheblich aufgebessert werden, wenn wir einen einheitlichen Beitrag von 10 Pf. pro Woche einführten. Unsere beste Waffe ist die gefüllte Kasse unseres Finanzministers.

Die weitere Beratung wird vertagt.

Schluß 7 Uhr.

Sechster Verhandlungstag.

Sonnabend, den 21. September 1907. — Vormittags-Sitzung.

Den Vorsitz führt **Singer**.

Aus Antwerpen ist Genosse **Milies**, der Vertrauensmann der Antwerpener Hafenarbeiter, eingetroffen.

Singer heißt ihn herzlich im Namen des Parteitages willkommen und erteilt ihm das Wort.

Milies: Vorerst meine herzlichsten Grüße von den belgischen Sozialdemokraten, die stets mit großem Interesse die Verhandlungen der Parteitage in Deutschland verfolgen, weil sie aus ihnen zu lernen denken. Es ist ein großer Streik in Antwerpen ausgebrochen und das Syndikat der Antwerpener Hafenarbeiter und der Parteivorstand von Belgien haben mich hierher geschickt, um Ihre Hülfe zu erbitten. Im Hafen von Antwerpen verdienen 25 000 Arbeiter ein kärgliches Brot: 4, 5, 6 Mk. pro Tag. Ein täglicher Zustrom von Tausenden von Landarbeitern und Schwierigkeiten aller Art haben bis 1894 eine Organisation sozusagen unmöglich gemacht. Aber keine Mühe war uns zu schwer. Ende 1894 setzte die Agitation aufs neue ein und Anfang dieses Jahres zählten wir zirka 2000 Mitglieder, deren Beiträge 30 Centimes pro Woche betrugen. Ende Juli hatten die Arbeiter in der Getreideverladung, unterstützt vom „jungen Syndikat", eine Lohnerhöhung von 1 Frank pro Tag den Unternehmern abgezwungen. Aber gerade dadurch haben sie uns den großkapitalistischen Riesen, den Morganschen Ozeantrust, auf den Leib gezogen. Der Ozeantrust, der mit einem Kapital von 700 Millionen Frank arbeitet, hat bereits in London, Rotterdam und in diesem Jahre auch in Hamburg gezeigt, wie verhaßt ihm die Organisation der Arbeiter ist. In Antwerpen ist er durch die sogenannte Fédération maritime vertreten. Diese Fédération maritime ist es, die jetzt die Löhne niederzudrücken sucht, die die Arbeiter zwingen will, sich einer unter ihrem Einfluß stehenden Organisation anzuschließen. Mit beispielloser Einmütigkeit und entschiedenstem Protest haben die Arbeiter diese Forderung abgelehnt und nun hat die Fédération maritime alle auf die Straße geworfen. Bereits acht Wochen dauert dieser Riesenkampf und Tausende von Arbeitern leben mit Frau und Kindern von Brot und Hering. Der Bürgermeister, der Gouverneur, der Arbeitsminister und andere einflußreiche Männer haben vergeblich zu vermitteln gesucht. Was noch folgen wird, ist nicht abzusehen, aber wir wissen, daß die Antwerpener Hafenarbeiter sich nicht an Händen und Füßen gefesselt dem Unternehmertum unterwerfen werden. Es ist ein Krieg auf Leben und Tod, und darum appellieren wir jetzt an Eure Solidarität, deutsche Brüder. Die Fédération maritime hat Tausende von Streikbrechern nach Antwerpen geschleppt. Unter diesen gab es viele Deutsche.

Das war eine Schmach und eine Schande für die große deutsche Nation. Die deutsche Sozialdemokratie kann die deutsche Ehre retten, wenn sie mit den Kassen ihrer Organisationen uns zu Hülfe kommt. Es lebe die Internationale! (Lebhafter Beifall.)

Singer: Ich kann wohl im Namen des Parteitages erklären, daß wir volle Sympathie mit den Antwerpener Genossen empfinden und ihnen selbstverständlich soweit möglich Unterstützung in ihrem schweren Kampfe werden zuteil werden lassen. (Zustimmung.)

Von dem Genossen Calwer ist mir ein Telegramm zugegangen mit dem Ersuchen, den Inhalt des Telegramms dem Protokoll unseres Parteitages einzuverleiben. Ich bin nicht der Meinung, daß Erklärungen in das Protokoll kommen können, die nicht hier auf dem Parteitag abgegeben sind (Sehr richtig!), aber ich halte mich für verpflichtet, dem Parteitag kurz den Inhalt dieses Telegramms mitzuteilen. Calwer verwahrt sich gegen die Ausführungen Riekes, die er hier in bezug auf Calwer gemacht hat; er erklärt dieselben für unwahr und teilt mit, daß er die ihm in den Mund gelegten Aeußerungen über den Genossen Bebel und über die Saalabtreiberei nicht gemacht hat.

Zur Ergänzung der Berichte der Mandatsprüfungskommission erhält das Wort

Stubbe-Hamburg: Seit Dienstag sind noch zwei Mandate eingegangen und ein Mitglied des Reichstags nachträglich eingetroffen, so daß sich die Zahl der Teilnehmer des Parteitages auf 310 erhöht. Beschwerden sind gegen die Mandate nicht eingegangen; ich bitte Sie, dieselben für gültig zu erklären.

Der Parteitag beschließt demgemäß.

Stubbe: Ferner habe ich im Namen der Mandatsprüfungskommission noch folgende Erklärung abzugeben:

Erklärung.

Die Mandatsprüfungskommission ist durch Beschluß des Parteitages mit der Untersuchung der dem Parteitage unterbreiteten Beschwerden beauftragt worden. Unter diesen Beschwerden befand sich diejenige, die den sogenannten Fall Wiesenthal betrifft. Die Kommission hat ihren Auftrag erfüllt und sich nach zeitraubenden Aktenstudien, Erhebungen und Beratungen einstimmig auf einen dem Parteitag zu machenden Vorschlag geeinigt. In dem Augenblick aber, als der Referent der Kommission Bericht über den Fall Wiesenthal erstatten sollte, hat der Parteitag auf einen Antrag Bebel beschlossen, diesen Bericht nicht entgegenzunehmen, sondern die ganze Erörterung des Falles Wiesenthal bis zum nächsten Parteitag zu vertagen. Die Mitglieder der Kommission empfinden dieses Verfahren einmütig als eine Brüskierung. (Unruhe.) Wenn der Parteitag ohne Rücksicht auf die Vorschläge der Kommission den Fall Wiesenthal vertagen wollte, so hätte er davon absehen sollen, der Kommission eine Arbeit aufzubürden, die nunmehr trotz eingehender und ergebnisreicher mündlicher Vernehmung des Beschuldigten und zweier Zeugen zu einer nutzlosen gestempelt ist. Nachdem aber der Kommission der erwähnte Auftrag vom Parteitag erteilt worden war, hätte zuvor deren Bericht angehört werden müssen, ehe ein weiterer Beschluß gefaßt wurde. (Unruhe.) Die Kommission legt daher Verwahrung ein gegen das ungewöhnliche Verfahren, das der Parteitag mit der Annahme des Antrages Bebel beliebt hat. (Unruhe.)

Die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission.
H. Stubbe, Wilhelm Keil, Otto Wels, K. Knieriem, E. Vetterlein, Max König, Linchen Baumann, H. Beims und H. Hüttmann.

Singer: Diese Erklärung wird zu Protokoll genommen.

Stubbe: Ich habe Ihnen nunmehr das Resultat der Wahlen für die neue Parteileitung mitzuteilen. Bei der Wahl zum Parteivorstande sind abgegeben 291 Stimmzettel. Es haben erhalten als Vorsitzende: Bebel 290, Singer 290, als Kassierer: Gerisch 289, als Sekretäre: Ebert 290, Molkenbuhr 288, Müller 286, Pfannkuch 283, Noske 1, David 1, Honrath 1, Stadthagen 1, Ernst 1 Stimme.

Gewählt sind also: Bebel und Singer zu Vorsitzenden, Gerisch zum Kassierer und Ebert, Molkenbuhr, Müller und Pfannkuch zu Sekretären.

Bei der Wahl zur Kontrollkommission sind abgegeben 286 gültige und 5 ungültige Stimmzettel. Es haben Stimmen erhalten: Bock-Gotha 262, Kaden-Dresden 261, Geck-Offenburg 256, Klara Zetkin 244, Ehrhart-Ludwigshafen 241, Brühne-Frankfurt a. M. 221, Braun-Königsberg 217, Ernst-Berlin 216, Kocnen-Hamburg 197, Sachse 82, Knieriem-München 70, Blume-Hamburg 53, Kleemann-Leipzig 43, Kühn 41, Fischer-Zittau 29, Geyer 26, Lipinski-Leipzig 25, Rieke 4, Ulrich 3, Dorake 2, David 1, Bömelburg 1, Stadthagen 1.

Gewählt sind demnach: Bock, Kaden, Geck, Klara Zetkin, Ehrhart, Brühne, Braun, Ernst und Kocnen.

Der Parteitag tritt nunmehr in die Beratung ein. Die Diskussion über die Anträge 28 bis 31 und 81 wird fortgesetzt.

Pfannkuch: Mir sind keine Fälle bekannt, in denen Genossen, die nach einem anderen Parteiort zogen, dort zur Zahlung von Eintrittsgeld angehalten wurden, wenn sie vorher bereits organisiert waren. Gegen die Anträge ist nichts einzuwenden, nur eine Einheitsmarke können wir bei der heutigen Vereinsgesetzgebung nicht einführen. Einheitliche Mitgliedsbücher haben die Frankfurter Genossen in dankenswerter Weise bereits geschaffen, ihr Beispiel empfiehlt sich zur Nachahmung. Besondere Beschlüsse sind nicht notwendig, die Parteileitung wird es sich angelegen sein lassen, den Wunsch der Antragsteller zu erfüllen. Es genügt, die Anträge dem Parteivorstand zu überweisen.

Hüttmann-Frankfurt a. M.: Nach der Erklärung von Pfannkuch können wir damit einverstanden sein, daß die Anträge dem Parteivorstand überwiesen werden. Von der Einführung einheitlicher Beiträge müssen wir vorläufig noch Abstand nehmen.

Linde-Königsberg: Es muß auch darüber Beschluß gefaßt werden, von welchem Zeitpunkt ab einheitliche Mitgliedsbücher eingeführt werden sollen, das vorhandene Material muß doch verbraucht werden. Einheitliche Beiträge können wir nicht einführen, die Landarbeiter können doch nicht so viel zahlen wie die Arbeiter in Industriezentren.

Pankok-Schötmar: Durch eine Beitragserhöhung wäre es uns in ländlichen Bezirken noch schwerer, Mitglieder zu werben, als es schon jetzt der Fall ist. Man darf auch nicht vergessen, daß die Löhne sehr niedrig sind; ich bitte den Einheitsbeitrag abzulehnen.

Haupt-Magdeburg: Solche Anträge müßten wegen ihrer Wichtigkeit eigentlich unter einem besonderen Punkt der Tagesordnung behandelt werden. Die Partei arbeitet auf diesem Gebiete zu schwerfällig. Man muß doch bedenken, daß das Inverbindungsverbot schon seit langen Jahren gefallen ist. Den veränderten Verhältnissen haben wir aber trotzdem noch keine Rechnung getragen. Wenn wir nicht einen Einheitsbeitrag einführen, sollten wir wenigstens einen Mindestbeitrag einführen. 10 Pf. pro Woche können auch die Landarbeiter zahlen. Am praktischsten ist es, den Antrag 31 anzunehmen. Dann haben wir wenigstens Aussicht, daß die Frage auf dem nächsten Parteitag ausgiebig diskutiert wird. Wenn es so lange gegangen ist, wird es auch

noch ein Jahr gehen. Aber dem Drängen der Genossen müssen wir einmal Rechnung tragen.

Scharping-Stettin: Einheitliche Mitgliedsbücher können wir einführen, aber von einem Einheitsbeitrag müssen wir mit Rücksicht auf die Verhältnisse der ländlichen Arbeiter Abstand nehmen.

Schmalfeldt-Bremerhaven spricht sich gleichfalls für einheitliche Mitgliedsbücher aus. Zu einem Einheitsbeitrag könnte man später auch kommen.

Hoppe-Forst warnt vor der Einführung eines einheitlichen Beitrages. Man müsse die Verhältnisse in den einzelnen Orten berücksichtigen. Daß die Genossen die Notwendigkeit der Aufbringung höherer Mittel einsehen, habe ja die Opferwilligkeit gezeigt, mit der nach den Wahlen vielfach die Beiträge erhöht seien.

Hierauf wird die Debatte geschlossen.

Der Parteitag spricht sich für die Einführung einheitlicher Mitgliedsbücher und einheitlichen Abrechnungs- und Verwaltungsmaterials aus, lehnt aber einen Einheitsbeitrag sowie einen Mindestbeitrag von 10 Pf. pro Woche ab. Die Ausführung des Beschlusses wird dem Parteivorstand übertragen.

Die Anträge 27—31 und 81 sind dadurch erledigt.

Den Antrag 24 begründet

Wetzker-Bochum: Ich gebe zu, daß unser Antrag nicht ein Ergebnis tiefster Weisheit ist, er entspringt den Bedürfnissen in Bochum. Nach der alten Organisation vor Erlaß des Sozialistengesetzes war dem Parteivorstand alles, was mit der Aufnahme usw. zusammenhing, überlassen. Nachher überließ man die Bestimmung über Aufnahme und Ausschluß den Kreisorganisationen. Dann wurden die Schiedsgerichte geschaffen und die Berufung gegen deren Urteile an den Parteivorstand. Der Mißbrauch, der damit getrieben wurde, führte zur Bildung des jetzigen komplizierten Verfahrens, wonach die Kreisorganisationen beim Parteivorstand den Antrag auf Ausschluß von Genossen stellen kann. Nach den Erfahrungen, die wir in Bochum gemacht haben, empfiehlt es sich, ein weniger kompliziertes Verfahren als das jetzige für die Erledigung kleiner Fälle zu schaffen. Es ist für den Parteivorstand gewiß nicht angenehm, alle Augenblicke ein Schiedsgericht zu berufen, das eine Kleinigkeit zu erledigen hat, die ihm außerordentlich fern liegt. Um den Vorstand zu entlasten, wäre wohl zu erwägen, ob man nicht den Kreisorganisationen in erster Instanz die Möglichkeit gibt, derartige kleine Fälle zu erledigen. Ich würde zufrieden sein, wenn sich der Parteitag entschließen könnte, unseren Antrag dem Vorstande zur Erwägung zu überweisen. Auf seine Annahme rechne ich nicht.

Pfannkuch-Berlin: Der Vorredner hat zu erkennen gegeben, daß er für eine verlorene Sache kämpft, er hat aber doch das jetzige Verfahren kritisiert. Wir im Vorstande geizen nicht danach, das Ausschlußverfahren in der Hand zu haben, denn es legt dem Vorstande eine größere Arbeit auf, die wohl auf andere Weise zu erledigen wäre. Bei der Schaffung des jetzigen Verfahrens ging man davon aus, daß gerade die kleinen Streitigkeiten, die oft zur Verbitterung an einzelnen Orten führen, dort nicht erledigt werden können, weil meist ein objektives Verfahren da nicht möglich ist. Nach § 2 des Organisationsstatuts muß der Parteivorstand ein Schiedsgericht einberufen, wenn die Anschuldigung ehrloser Handlungen oder die Verletzung von Parteigrundsätzen in gröblicher Weise vorliegt. In den Fällen, die Wetzker im Auge hat, hat der Parteivorstand, wenn nicht die Möglichkeit ausgeschlossen war, die Geister am Orte zu versöhnen, den Versuch gemacht, die Streitigkeiten am Orte durch ein Schlichtungsverfahren zum Austrag zu bringen, und das ist uns schon in mehreren Fällen gelungen, in allen nicht. Ich möchte bei der Gelegenheit darauf hinweisen, daß die Schiedsgerichte vielfach über den Rahmen ihrer Tätigkeit, den das Organisationsstatut zieht, hinausgehen. Der Vorstand hat noch nicht Gelegenheit gehabt, sich damit zu beschäftigen, weil keine Beschwerden darüber an ihn gekommen sind. Wenn man in die ganze Sache eine prozessuale Ordnung hineinbringen will, so würde das Schiedsgerichtsverfahren einer Neuorganisation zu unterwerfen sein. Wenn der Vorschlag gemacht wird, daß der Vorsitzende des Schiedsgerichts ein juristisch gebildeter Parteigenosse sein soll, so meine ich, wir sollten uns hüten, das einfache jetzige Verfahren in juristische Formen zu zwängen. Sie können, solange der Parteivorstand sich nicht über die ihm aufgehalste Arbeit beschwert, es bei dem jetzigen Verfahren belassen.

Damit schließt die Debatte.

Der Antrag Wetzker auf Ueberweisung des Antrages 24 an den Parteivorstand zur Erwägung wird abgelehnt, ebenso Antrag 24 selbst.

Singer teilt mit, daß die Kontrollkommission die Genossen Eberhard und Wengels zu Beisitzern des Parteivorstandes gewählt habe.

Singer teilt ferner mit, daß Kontrollkommission und Parteivorstand gemeinsam als Mitglieder des Bildungsausschusses gewählt haben: David-Mainz, Heimann-Berlin, Korn-Kiel, Mehring-Leipzig, Schulz-Berlin (zugleich als Geschäftsführer), Vollmar-München und Klara Zetkin-Stuttgart.

Es folgt die Beratung des Antrages des Parteivorstandes und der Kontrollkommission:

Der Parteitag wolle beschließen:

1. Das Mindestgehalt der Bezirksparteisekretäre wird von 2000 Mk. auf 2200 Mk. erhöht.
2. Alle zwei Jahre tritt eine Erhöhung des Gehalts um 200 Mk. ein.
3. Die bereits zurückgelegte Dienstzeit wird den Bezirksparteisekretären bei Erhöhung des Gehalts angerechnet.
4. Die Ortszulagen, die die örtlichen Organisationen ihren Sekretären gewähren, sollen unverkürzt bleiben.
5. Den Bezirksparteisekretären sind jährlich 14 Tage Ferien zu gewähren.

Bebel: Die Bezirksparteisekretäre haben gestern in einer Konferenz beschlossen, Anträge bezüglich ihrer Besoldung an den Parteitag zu bringen. Sie sind aber zunächst an uns herangetreten, wir haben uns mit ihnen ins Einvernehmen gesetzt und das Resultat ist der vorliegende Antrag. Als in Bremen beschlossen wurde, Parteibezirkssekretäre anzustellen, wurde ihr Minimalgehalt auf 2000 Mk. festgesetzt. Daß inzwischen die Verhältnisse, insbesondere die notwendigen Lebensmittel, wesentlich teurer geworden sind, wissen wir alle. Es ist ferner Tatsache, daß auch andere Arbeiterorganisationen, wie z. B. die Gewerkschaften, die Gehälter ihrer Beamten inzwischen erheblich erhöht haben. Schon aus diesem Grunde sind wir gezwungen, dem zu folgen, wenn wir nicht Gefahr laufen wollen, daß uns die guten Kräfte von den Gewerkschaften und anderen Arbeiterorganisationen weggekapert werden. Wir beantragen also, das Minimalgehalt um 10 Proz. zu erhöhen. Ferner schlagen wir vor, die bisherige Frist für weitere Erhöhungen von drei auf zwei Jahre herabzusetzen. Die Anrechnung der bisher zurückgelegten Dienstzeit ist wohl selbstverständlich. Der Parteivorstand kann natürlich nicht Rücksicht nehmen auf die örtlichen Verhältnisse, die Bedeutung der einzelnen

Persönlichkeiten usw.; das würde zu den größten Ungerechtigkeiten führen; er kann nur eine allgemeine Grundlage vorschlagen. Die Rücksichtnahme auf die erwähnten besonderen Verhältnisse ist vielmehr Sache der örtlichen Verwaltungen, die erfreulicherweise die Rücksicht auch bisher geübt und teilweise erheblich über die allgemeinen Sätze hinausgegangen sind. Natürlich sollen diese Ortszulagen auch jetzt nicht wegfallen. — Eine allgemeine Regelung der Ferien haben wir beschlossen, weil sich in dieser Beziehung teilweise Differenzen an einzelnen Orten ergeben haben. Ich bitte Sie, diesem Antrage zuzustimmen.

Katzenstein-Berlin regt an, diese Grundsätze auch sinngemäß anzuwenden auf die Redakteure der Parteizeitungen. Die kleineren Parteizeitungen, bei denen die Redakteure gerade am meisten zu tun haben, sind oft nicht in der Lage, ihre Redakteure in der hier für die Parteibezirkssekretäre beantragten Weise zu besolden. Es wäre wohl angebracht, daß die Ueberschüsse der großen Parteiblätter dazu verwendet würden, um auch die Redakteure an den kleineren Parteiblättern besser zu stellen. (Bravo!)

Bebel: Den Grundsätzen Katzensteins stimme ich selbstverständlich zu, und ich kann dieses auch im Namen des Parteivorstandes erklären. Ich möchte mich nur gegen den Gedanken wenden, daß die Ueberschüsse der großen Blätter für diesen Zweck benutzt werden. Ueber diese Ueberschüsse hat der Parteivorstand nicht zu verfügen. Ich stelle im übrigen fest, daß, wenn solche Wünsche im Sinne der Ausführungen Katzensteins an den Parteivorstand gekommen sind, er ihnen stets bereitwilligst entgegengekommen ist.

Der Antrag der Parteileitung wird hierauf angenommen.

Singer erklärt, daß der Antrag 66 nicht zur Beratung kommt, da es kein Antrag an den Parteitag ist, sondern ein Auftrag an die Frankfurter Delegierten.

Es folgt die Beratung der Anträge, die sich auf die

Agitation

beziehen: 3—13, 26, 43, 75, 82, 84, 88, 89.

Hiervon finden nur die Anträge 9, 88 und 89 die genügende Unterstützung.

Zunächst wird über den Antrag 88 verhandelt.

Dr. **Liebknecht**-Berlin: Wir haben bereits in Mannheim einen Antrag angenommen, und zwar einmütig, der der Partei die Förderung der Jugendorganisation zur Pflicht macht. Auch in der Stuttgarter Resolution über den Militarismus ist ein Passus enthalten, der die Partei und die Gewerkschaften verpflichtet, dahin zu wirken, daß die Jugend im Geiste des Sozialismus erzogen und mit Klassenbewußtsein erfüllt werde. Damit ist eine klare formelle Legitimation der Jugendorganisationen geschaffen. Leider aber macht sich in weiten Kreisen noch ein recht beträchtlicher passiver Widerstand gegen sie geltend; man betrachtet die Jugendorganisationen vielfach als eine Spielerei, die man geradezu noch gnädig duldet, weil sie Mode ist. Aber überzeugt von ihrer Notwendigkeit sind viele maßgebenden Genossen nicht. Das zeigt sich in der Kälte und Nachlässigkeit, die einem begrüßen, wenn man die Frage der Jugendorganisation in gewissen Kreisen zur Sprache bringt. (Ebert: Was sind das für Kreise?) Ich spreche nicht vom Parteivorstand; der befindet sich gewissermaßen auf dem Wege der Besserung. (Heiterkeit.) Was nützen uns alle schönen Beschlüsse, wenn sie nur auf dem Papier stehen? Mit der Jugendorganisation ist es genau so wie mit der Frauenbewegung. Die Anklage, die die Genossin Baader hier auf dem Parteitage in bezug auf die Frauenbewegung gegen die Genossen gerichtet hat, kann dreimal verstärkt

in bezug auf die Jugendorganisation erhoben werden. Und gerade augenblicklich haben wir ganz besondere Veranlassung, der Jugendbewegung unsere Sympathie auszusprechen. Sie wissen, welchen Verfolgungen sie von seiten der Gerichte usw., Polizei, besonders in Preußen, in immer stärkerem Maße ausgesetzt ist. Ich erinnere an die Urteile der Strafgerichte bis zum Kammergericht und der Verwaltungsgerichte bis zum Oberverwaltungsgericht gegen die Königsberger Organisation, Klassenurteile der aufreizendsten Art. Ich bitte Sie weiter, in der Ihnen vorliegenden Nummer des „Jugendlichen Arbeiter" die Zusammenstellung der ungeheuerlichen polizeilichen Eingriffe gegen die Jugendorganisationen Berlins und seiner Umgebung zu lesen. Und dann noch eins: Wahrscheinlich wird sich der Reichstag schon in der nächsten Session mit dem Reichsvereinsgesetz zu befassen haben. Es ist ja nicht neu, daß Förderung deutscher Einheit heißt: Verpreußung Deutschlands. Wenn die Zeitungsnachrichten zutreffen, müssen wir unser schärfstes Augenmerk auf den neuen Gesetzentwurf richten. Nach den Meldungen enthält es neben einigen geringen Verbesserungen eine ganze Anzahl von Verschlechterungen, sogar unter das preußische Niveau, darunter eine äußerst gefährliche Bestimmung, die hier in höchstem Maße interessiert. Der Unterschied zwischen politischen Vereinen nach § 8 des preußischen Vereinsgesetzes und den Vereinen, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten befassen (§ 1), soll aufgehoben werden; man kennt nur noch Vereine, die eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten erstreben, zu denen bekanntlich auch die gewerkschaftlichen Verbände gerechnet werden. Schüler und Lehrlinge, die bisher selbst in Preußen nur von Vereinen nach § 8 ausgeschlossen waren, sollen nun auch von den gewerkschaftlichen Verbänden gänzlich ausgeschlossen sein. Das ist ein Schlag gegen die Jugendorganisationen. Allerdings heißt es, daß die Berufsvereine darunter nicht zu verstehen sind, sondern daß für die Berufsvereine ein besonderes Gesetz erlassen werden soll, aber wer weiß, wann; und ich möchte den sehen, der Vertrauen darauf hat, daß hierbei etwas vernünftiges herauskommt, namentlich, nachdem wir jetzt diese erste Kostprobe aus der neuen Küche des Reichsamts des Innern vor uns haben. Es handelt sich um einen Schlag gegen die Jugendorganisationen. In einer solchen Situation aber ist es ganz besonders wichtig, daß die Sympathie der Partei sich noch einmal auf die Seite der Jugendorganisationen stellt und daß der Parteitag den Genossen die Förderung der Jugendorganisationen zur Pflicht macht. Der Parteitag darf nicht vorübergehen, ohne daß schon jetzt energisch Lärm geschlagen wird gegen jenes reaktionäre Attentat auf das Vereinsrecht. Wenn der Entwurf wirklich so aussieht, wie es nach den Preßnachrichten scheint, dann muß die Partei einen Kampf bis aufs Messer gegen ihn führen. Es darf nur eine Parole geben, und mit dieser Parole muß der Parteitag auseinandergehen: Werft das Scheusal in die Wolfsschlucht. (Heiterkeit und Beifall.)

Antrag 88 wird hierauf angenommen.

Zum Antrag 89 erhält das Wort

Dr. **Liebknecht**-Berlin: Um die antimilitaristische Bewegung hat sich ein ganzer Sagenkreis entsponnen; sie wird in unglaublicher Weise mißverstanden und mit Argumenten bekämpft, aus denen hervorgeht, daß diejenigen, die sie bekämpfen, sie gar nicht kennen. Sie bekämpfen einen Popanz, nichts Wirkliches. Von einigen Seiten ist angekündigt, daß man auf diesem Parteitage mal ein Wörtchen über den deutschen Antimilitarismus reden wolle; man hat besonders gemeint, einen deutschen Hervéismus abfertigen zu müssen. Nun, eine kleine Militarismusdebatte haben wir ja schon bei der Diskussion über den Parlamentsbericht gehabt. Und da haben Südekum und Vollmar

Auffassungen geäußert, die von der Sachkunde gänzlich ungetrübt sind. Südekum meinte, meine Tätigkeit erkläre sich daraus, daß ich ungeduldig sei. Ja, ungeduldig bin ich und ungeduldig sind wir hoffentlich alle; daß aber meine antimilitaristische Tätigkeit etwa so zu verstehen wäre, als ob ich meinte, wir sollten uns Hals über Kopf in irgendeine Umwälzung hineinstürzen, das steht im Widerspruch zu allem, was ich geredet und geschrieben habe. Wir denken auch nicht im entferntesten daran, den Militarismus losgelöst vom Kapitalismus zu bekämpfen. Man sollte doch, bevor man über solche Sachen spricht, erst die einschlägigen Publikationen lesen. Wir haben stets den organischen Zusammenhang von Militarismus und Kapitalismus betont. Vollmar hat mit einer gewissen Ironisierung von dem „neuen Antimilitarismus" gesprochen. Wie er diesen Begriff definiert, ist mir nicht ganz klar geworden. Er sagte unter anderem, man solle keine großen Redensarten machen, sondern Bildung und Aufklärung verbreiten. Nun, darin stimmt er ganz überein mit der Bewegung, die er zu bekämpfen glaubt. Er hat also einen Lufthieb geführt, der uns nicht getroffen hat. Auch die wiederholt aufgestellte Behauptung, daß wir auf verschiedenen Parteitagen die Kasernenagitation verlangt hätten, muß ich wiederholt zurückweisen. Wir haben stets nur eine nachdrückliche, spezialisierte antimilitaristische Propaganda gefordert. Zur Diskreditierung der antimilitaristischen Bewegung hat Vollmar dann darauf hingewiesen, daß irgendwo — auf der Jugendkonferenz zu Mannheim — mal von irgend jemandem geäußert sei, die Rekruten sollten mit einem Trauerflor um den Arm in die Kaserne einziehen. Ich habe mich orientiert. Es handelt sich nicht um einen Vorschlag, der natürlich äußerst töricht wäre, sondern um eine rethorische Floskel. Es wurde nur gesagt, es wäre besser, wenn die Leute statt mit bunten Bändern geschmückt, mit einem Trauerflor in die Kaserne gehen würden. Daß die Gefahr von Mißverständnissen besteht, gebe ich zu. Ich bin durchaus der Meinung, man solle äußerst vorsichtig sein, und ich kann nur sagen: Je mehr die Bewegung sich ausbreitet, desto mehr erkennt sie diese Pflicht zur Vorsicht und erfüllt sie. Als ich neulich vom Verkeln sprach, habe ich ausdrücklich hinzugefügt, „es fragt sich nur, wie und in welchem Sinne". Daß dieser Nachsatz, den auch der unkorrigierte Baakesche Bericht enthielt, anscheinend überhört ist, ist nicht meine Schuld. Man hat mir weiter z. B. in Magdeburg vorgeworfen, ich wolle neben der Partei- und der Gewerkschaftsbewegung noch eine besondere selbständige antimilitaristische Bewegung. Das ist eine Phantasie. Ich habe stets betont, daß besonders nachdrückliche, systematische und spezialisierte antimilitaristische Propaganda innerhalb der allgemeinen Parteitätigkeit zu entfalten sei und habe stets als Beispiele die Frauenagitation, die Jugendagitation, die Landarbeiteragitation usw. herangezogen. Man darf doch nicht meinen, daß, wenn ein besonderer Nachdruck für einen bestimmten Zweig der Agitation verlangt wird, dies schon ein Attentat auf die heiligen Traditionen der Partei ist. Welcher Zweig besonders zu forcieren ist, das hängt von den Umständen ab. Meinethalben mag es bisher nicht möglich gewesen sein, die antimilitaristische Propaganda in den Vordergrund zu rücken. Aber jetzt ist die Zeit dazu gekommen. Genau eben dasselbe habe ich übrigens auch in Stuttgart gegenüber Vollmar ausgeführt. Dann ist behauptet worden, der Antimilitarismus sei für mich ein Steckenpferd. Das ist richtig; ich habe mich selbst schon so ausgedrückt; ich bin aber der Meinung, daß hier ein wesentliches Manko unserer Parteitaktik vorliegt. — Vollmar meinte neulich ironisch, die antimilitaristische Bewegung, wenn sie auch noch so klein sei, bestehe doch noch aus mehr Personen als aus mir. Das beweist wieder, wie wenig unterrichtet Vollmar hier ist. Hätte er nur einer der zahlreichen Versammlungen

beigewohnt, in denen dies Thema behandelt wurde, dann hätte er erfahren, daß für die antimilitaristische Agitation, wie ich sie meine, der denkbar beste Boden in Deutschland vorhanden ist. Auch auf der Jugendkonferenz in Stuttgart hätte Vollmar erfahren können, daß der Antimilitarismus, wie ich ihn verstehe, eine große Anhängerschaft besitzt. Und ich versichere Sie, die Zahl der Versammlungen über Antimilitarismus, die von den Genossen im Lande dringend gewünscht werden, aber nicht stattfinden können, ist sehr groß. — Das Gebiet, in dem wir hier tagen, spielt eine bedeutende Rolle in der Geschichte des deutschen Militarismus. Die Denkschrift des Genossen Hue schildert, wie die preußische Armee schon vor Jahrzehnten wiederholt gegen das Proletariat in Bewegung gesetzt wurde. Hier war es, wo 1889 von den Flinten und Säbeln deutscher Soldaten deutsches Bergarbeiterblut vergossen wurde. Hier hing es 1905 bei dem großen Bergarbeiterstreik an einem Haar, und die Truppen wären gegen die Arbeiterschaft marschiert. Hier ist das Hauptquartier der Marine-, Kolonial- und Kriegstreiber. Hier ist das Gebiet des Kanonenkönigs Krupp. Der genius loci, der Geist dieses Ortes sollte uns auch veranlassen, die antimilitaristischen Aufgaben der Partei um so stärker zu betonen. Der internationale Kongreß in Stuttgart hat eine Resolution angenommen, wonach die Bestrebungen der Arbeiter gegen den Militarismus und Krieg möglichst gestärkt und in Zusammenhang gebracht werden sollen. Diese Stellungnahme ist von uns auf das allerfreudigste begrüßt worden. — Ich gebe zu, daß der Antrag 89, der eine besondere Propaganda unter den in die Kaserne einberufenen Mannschaften verlangt, in dieser Form nicht angenommen werden kann. Es empfiehlt sich jedoch, den Grundgedanken dieses Antrages ad notam zu nehmen. Was den schon mehrfach früher abgelehnten Antrag 9 anlangt, so ziehe ich ihn zurück in Ueberzeugung, daß der Stuttgarter Beschluß auch in Deutschland gute Früchte tragen wird. Ich bitte Sie, die Grundgedanken der antimilitaristischen Propaganda mit Ihrer Sympathie zu unterstützen und auf diese Weise dafür zu sorgen, daß es vielleicht niemals mehr notwendig sein wird, auf einem Parteitage den Antimilitarismus zu behandeln, denn es ist besser, daß wir ihn machen, als daß wir darüber reden. (Bravo!)

Ein Antrag Wels, über den Antrag 89 zur Tagesordnung überzugehen, dem Ledebour mit der Bemerkung widerspricht, es müßten auch die Gründe gegen den Antrag 89 nochmals dargelegt werden, wird angenommen.

Es folgt die Beratung der Anträge 63—65 und 100. Unterstützt werden die Anträge 65 und 100.

Weiß-Magdeburg begründet den Antrag: Unser Antrag hat nicht nur akademische, sondern auch große praktische Bedeutung für unsere Agitation bei den Reichstagswahlen. Wir sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß wir in Magdeburg unser Mandat nicht verloren haben, weil sich die bürgerlichen Parteien gegen uns vereinigt haben, sondern weil eine große Anzahl von Arbeitern gegen uns gestimmt haben. Nach der Richtung haben wir unsere Agitation besonders zu wenden. Das ist überall da möglich, wo die Wählerlisten auf Kosten der Partei ausgeschrieben werden. Ich bitte den Antrag anzunehmen.

Eine Debatte entsteht nicht.

Der Antrag 65 wird angenommen.

Den Antrag 100 begründet

Hoch-Hanau: Bei unserem Antrag ist vorausgesetzt, daß die Publikation im „Vorwärts" genau in derselben Weise erfolgt wie bisher. Die Not-

wendigkeit des Antrages ergibt sich aus den Verhandlungen dieses wie aller früheren Parteitage.

Der Antrag wird hierauf angenommen.

Singer: Damit sind die Arbeiten des Parteitags erledigt und wir stehen am Schlusse unserer Verhandlungen. Ich möchte zunächst den Essener Genossen danken für die Tapferkeit und Zähigkeit, mit der sie die Hindernisse, die diesem Parteitage entgegenstanden, überwunden haben. Ich dehne diesen Dank auch aus auf die Tätigkeit der Essener Genossen während des Parteitages. Wir sind ihnen Dank schuldig nicht nur für die Organisation dieses Parteitages, sondern auch für die Erholung, die sie uns während der Woche geboten haben. Weiter will ich auch den Genossen unseren Dank aussprechen, die in den Kommissionen gearbeitet haben, vor allem der Neunerkommission, die mehr wie je auf diesem Parteitag beschäftigt gewesen ist und daher kaum an den Beratungen teilnehmen konnte. Um so lebhafter ist unser Dank für die Mitglieder dieser Kommission. (Zustimmung.) Die Anregung, die in dieser Beziehung gegeben worden ist, auf späteren Parteitagen eine besondere Beschwerdekommission zu wählen, wird gewiß auf fruchtbaren Boden fallen. (Zustimmung.)

Das Resultat unserer Verhandlungen kann uns vollständig befriedigen. Ich weiß aus Aeußerungen einer ganzen Reihe Genossen, daß wir um so mehr befriedigt von diesem Parteitage scheiden, als wir uns vorgestellt hatten, daß die organisatorische Arbeit unserer hiesigen Genossen nicht zu dem Erfolge führen würde, den Parteitag auch äußerlich so abhalten zu können, wie es geschehen ist.

Was aber die Verhandlungen selbst anlangt, so dürfen wir uns uneingeschränkt gestehen, daß wir zufrieden sein können mit dem Verlauf dieses Parteitages sowohl in bezug auf die Beschlüsse, die wir gefaßt haben, als auch in bezug auf die Art, in der die Verhandlungen geführt worden sind.

Wir haben uns mit dem Beschluß auf Gründung eines Preßbureaus eine neue Waffe geschaffen, die, wie ich überzeugt bin, für die Partei von großem Nutzen sein wird. Das Preßbureau ist berufen, der Agitation diejenigen Mittel an die Hand zu geben, die bisher noch nicht in genügender Weise namentlich der mittleren und kleineren Presse zur Verfügung standen. Wir alle sind durchdrungen von der Ueberzeugung, daß unsere Presse eine der wichtigsten Waffen in dem Emanzipationskampf der Arbeiterklasse ist. Die Presse auszugestalten, daß sie ihre Aufgabe voll erfüllen kann, war von jeher Ziel und Bestreben der Partei. Dazu und nur allein dazu wird das Preßbureau geschaffen. Wenn von mancher Seite die Befürchtung gehegt wird, daß durch das Preßbureau die Selbständigkeit der Parteipresse beeinträchtigt werden würde, so wird sich diese Befürchtung in keiner Weise erfüllen, denn nicht der Uniformität, sondern der Vertiefung der Parteipresse soll und muß das Preßbureau dienen. (Lebhaftes Sehr richtig!) So wie wir mit den anderen Organen, die im Laufe der Zeit geschaffen worden sind, glänzende Erfolge erzielt haben, so wird es auch mit der Einrichtung dieses Preßbureaus sein.

Die Diskussion und der Beschluß über den Internationalen Kongreß hat uns aufs neue die Solidarität der deutschen Partei mit den Proletariern aller Länder bewiesen. Unsere Zustimmung zu den Stuttgarter Beschlüssen bedeutet keine Formalität, sondern es liegt darin gleichzeitig die Verpflichtung und das Versprechen, die Richtlinien, die der Internationale Kongreß für das Proletariat aller Länder gegeben hat, auch in Deutschland innezuhalten, sie zu propagieren und für sie zu wirken. (Lebhafte Zustimmung.) Das ist der Sinn des kurzen Zustimmungsbeschlusses, der dazu führen wird, sowohl bei

den Bruderparteien in den übrigen Ländern, als auch bei uns selbst das Bewußtsein zu stärken, daß da, wo die internationale Arbeiterbewegung marschiert, die deutsche Sozialdemokratie stets in den vordersten Reihen zu finden ist. (Lebhafter Beifall.)

Durch den Beschluß zur Maifeierfrage haben wir ausgedrückt, daß wir, soweit es irgendwie möglich ist, gemeinsam mit den Gewerkschaften den Kampf für die Befreiung des Proletariats führen wollen. (Beifall.) Dieser Beschluß hat aufs neue bestätigt, daß Gewerkschaftsbewegung und sozialdemokratische Bewegung Arme eines mächtigen Stromes sind, die zusammenfließen in dem gewaltigen Meer, von dem aus die Scharen des kämpfenden Proletariats zum Siege steuern. (Lebhafter Beifall.)

Was die beiden Richtungen, jede für sich, allein erringen und schaffen, das dient nur als Mittel zur Förderung des gemeinsamen Kampfes für die Befreiung des Proletariats. (Beifall.) Wenn es uns gelingt, die Maifeier, wie ich hoffe, so zu gestalten, daß die Reibereien und Meinungsverschiedenheiten verschwinden, werden wir den Gedanken der Maifeier um so schärfer zum Ausdruck bringen können als einen gewaltigen Protest des internationalen Proletariats gegen die Ausbeutung und Unterdrückung auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete. (Lebhafter Beifall.)

Unsere Verhandlungen haben zur Evidenz bewiesen, daß die Sozialdemokratie in ungebrochener Kraft dasteht. (Sehr wahr!) Stolz und kühn können wir unsere Bahn weiter verfolgen. Wir brauchen nicht kleinmütig zu sein, wir sind sicher, daß die sozialdemokratische Partei in Deutschland weder niedergeritten noch niedergebetet werden kann. (Stürmischer Beifall.)

In diesem Bewußtsein, das bekräftigt wird durch die Verhandlungen dieser Woche, gehen wir an die neue Arbeit. Für die Sozialdemokratie gibt es kein Ruhen und kein Rasten. Die Sozialdemokratie benutzt ihre Parteitage, um sich zu vergegenwärtigen, was sie geleistet hat, um sich klar zu werden, was sie leisten muß. Auch auf diesem Parteitag ist der einmütige Entschluß zutage getreten, weiter zu kämpfen, bis das letzte große Ziel erreicht ist. (Lebhafter Beifall.) Mit dem Bewußtsein, mit dem festen Entschluß, auch diesen Parteitag als eine Etappe zu betrachten, von der aus der weitere Vormarsch gemacht wird, als den Ausgangspunkt neuer Antriebe, neuer Arbeit, neuer Agitation, neuer Propagierung unserer Grundsätze, mit diesem Bewußtsein gehen wir auseinander und bekräftigen diesen Entschluß mit unserem alten Schlachtruf: Die deutsche Sozialdemokratie lebe hoch! (Die Teilnehmer des Parteitages haben sich erhoben, stimmen dreimal in das Hoch ein und singen den ersten Vers des Sozialistenmarsches: „Auf, Sozialisten, schließt die Reihen!“)

Der Parteitag ist geschlossen!

Präsenzliste

der Mitglieder des Parteitages in Essen.

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Albrecht, Adolf	Halle a. S.	M. d. R.
Arons, Dr. Leo	Berlin	Berlin I
Baader, Ottilie	Berlin	Frauen
Bärer, Heinrich	Harburg	17. Hannoverscher Wahlkreis.
Baier, Hermann	Geringswalde	10. Sächsischer Wahlkreis.
Bartels, Albert	Wernigerode	Halberstadt-Oschersleben-Wernigerode
Baudert, August	Weimar	Weimar-Apolda-Ilmenau
Baumann, Linchen	Hamburg	Altona-Stormarn und Lauenburg
Bebel, August	Berlin	Parteivorstand
Beck, August	Lauenburg	Altona-Stormarn und Lauenburg
Beims, Hermann	Magdeburg	Magdeburg
Berard, R.	Hamburg	Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer u. Co.
Beyer, Wilhelm	Essen	Essen
Block, Hans	Berlin	Redaktion des „Vorwärts“
Blume, Georg	Hamburg	Hamburg II
Bock, Wilhelm	Gotha	Kontrolleur
Boerner, Wilhelm	Berlin	Berlin III
Böhle, B.	Straßburg	M. d. R.
Bömelburg, Th.	Hamburg	M. d. R.
Bongartz, Martin	Mülheim (Rhein)	Mülheim-Büppersfürth-Gummersbach
Borgmann, H.	Berlin	Königsberg-Neumark
Böske	Berlin-Rixdorf	Westprignitz
Böttcher, Fritz	Berlin	Berlin V
Braun, Otto	Königsberg i. Pr.	Kontrolleur
Brecour, Wilhelm	Kiel	7. u. 9. Schleswig-Holstein
Brettschneider, Aug.	Groß-Lehna	Merseburg-Querfurt
Brückner, Eugen	Berlin	Arnswalde-Friedeberg
Brühl, Paul	Lichtenberg-Berlin	Nieder-Barnim
Brühne, Fritz	Frankfurt a. M.	Kontrolleur
Bruhns, Julius	Kattowitz	Beuthen O.-S., Tarnowitz-Kattowitz-Zabrze, Tost-Gleiwitz-Lublinitz
Brunner, Louis	Berlin	Berlin VI
Brunß, Bernhard	Berlin	Ober-Barnim
Buchwieser, Joh.	Augsburg	Augsburg-Wertinger
Bull, Rudolf	Kiel-Gaarden	VII. Schleswig-Holsteinischer Wahlkreis
Buse, Alfons	Bielefeld	Bielefeld-Wiedenbrück
Buttmann, Fritz	Kiel-Hassel	VII. Schleswig-Holsteinischer Wahlkreis
Castan, Ernst	Gablenz	Chemnitz
Crispien, Arthur	Danzig-Langfuhr	Danzig-Stadt
Daßbach, Hermann	Hanau	Hanau-Gelnhausen u. Orb.
David, Eduard	Berlin-Friedenau	M. d. R.
Diehl, Joh.	Gießen	Gießen-Grünberg-Nidda
Donalies, Franz	Königsberg i. Pr.	3. Königsberg
Dörnke, Ludwig	Hannover	8. Hannoverscher Wahlkreis
Drescher, Karl	Elberfeld	Elberfeld-Barmen
Drescher, Reinhold	Halle a. S.	Halle und Saalkreis
Eberhard, Wilhelm	Berlin	Parteivorstand
Ebert, Fritz	Berlin	Parteivorstand

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Eckard, Heinrich	Salzungen	Meiningen-Hildburghausen
Efflinge, Joh.	Wandsbek	Altona-Stormarn und Lauenburg
Ehrhart, Franz	Ludwigshafen	Kontrolleur
Ehrlitzer, Joh.	Osnabrück	4. Hannoverscher Wahlkreis
Eichhorn, Emil	Karlsruhe	M. d. R.
Eilken, Emil	Ottensen	6. Schleswig-Holstein
Eisner, Kurt	Nürnberg	Nürnberg-Altdorf
Eisnert, Leonh.	Offenbach a. M.	Offenbach-Dieburg
Eilner, Emil	Rehme	Minden-Lübbecke
Engelmann, Johann	Worms	Worms-Heppenheim-Wimpfen
Engelmann, Paul	Gaithain	14. Sächsischer Wahlkreis
Engelmann, Wilh.	Frankenberg	15. Sächsischer Wahlkreis
Ermischer, Herm.	Glösa	Chemnitz
Ernst, Eugen	Berlin	Kontrolleur
Evers, J.	Hildesheim	10. Hannoverscher Wahlkreis
Ewald, F.	Berlin	Zauch-Belzig-Jüterbog-Luckenwalde
Faber, Emil	Frankfurt a. O.	Frankfurt-Lebus
Fauth, Albrecht	Wetzlar	Wetzlar-Altenkirchen
Fenske, Franz	Hannover-Linden	8. Hannoverscher Wahlkreis
Fischer, Carl	Chemnitz	Chemnitz
Fischer, Edmund	Briesnitz-Dresden	6. Sächsischer Wahlkreis
Fischer, Emil	Hamburg	Hamburg II
Fischer, Hermann	Jäckerick i. M.	Königsberg-Neumark
Fischer, Richard	Berlin	M. d. R.
Fischer, Robert	Berlin	Berlin V
Fischer, Theodor	Berlin	Berlin VI
Flohr, Friedrich	Durlach	9. Badischer Wahlkreis
Förg, Peter	Bonn	Bergheim-Euskirchen und Düren-Jülich
Frenzel, Conrad	Mitteldorf	Stollberg-Schneeberg
Freund, Albert	Ausderhöhe	Solingen
Fritzsch, Wilhelm	Schöneberg	Wittenberg-Schweinitz
Frohme, Karl Egon	Altona	M. d. R.
Geck, Adolf	Offenburg	Kontrolleur
Geiselmann, Karl	Daisslingen	9. Württembergischer Wahlkreis
Gemoll, Franz	Essen	Essen
Gerhard, Karl	Hochheide	Rees-Moers
Gerisch, Albin	Berlin	Parteivorstand
Geyer, Fritz	Leipzig	M. d. R.
Giese, Heinrich	Mülheim-Ruhr	Mülheim-Duisburg
Giesen, Jakob	Fierlohn	Altena-Iserlohn
Goebel, Wilhelm	Stettin	Stettin
Gogowski, Josef	Siegen	Siegen-Wittgenstein-Biedenkopf
Goldstein, Hermann	Zwickau	M. d. R.
Götte, Johann	Oberhausen	Mülheim-Duisburg
Gräbert, Karl	Eberswalde	Ober Barnim
Gradnauer, Dr., G.	Dresden	5. Sächsischer Wahlkreis
Graeger, Friedrich		Lüneburg-Winsen
Gräf, Eduard	Frankfurt a. M.	Aschaffenburg
Grauer, Oswald	Berlin	Züllichau-Crossen
Greiner, Robert	Aschersleben	Calbe-Aschersleben
Grenz, Ernst	Leipzig	13. Sächsischer Wahlkreis
Groß, Josef	Mülhausen	Elsaß-Lothringen II
Große, Berthold	Hamburg	3. Hamburger Wahlkreis
Grunwald, Max	Friedenau	Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenbg.
Grütz, Willy	Remscheid	Lennep-Remscheid-Mettmann
Guhmann, Anton	Maxdorf	Speyer-Ludwigshafen
Günther, Friedrich	Kottbus	Kottbus-Spremberg
Haasbach, Regina	Kalk	Köln-Land
Haase, Georg	Kattowitz	Kattowitz-Zabrze, Beuthen-Tarnowitz

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Haberlandt, Wilh.	Flensburg	1. und 2. Schleswig-Holsteinischer Wahlkreis
Hahn, Karl	Mannheim	11. und 14. Badischer Wahlkreis
Hartmann, Wilh.	Rothhausen	Essen-Ruhr
Haugenstein, Max	Nürnberg	Nürnberg
Haupt, Wilhelm	Magdeburg	Jerichow I und II
Hauschild, Robert	Kassel	Kassel-Melsungen
Heitland, Wilhelm	Schildesche	Bielefeld-Wiedenbrück
Hellmiß, Herm.	Seesen	3. Braunschweiger Wahlkreis
Hengsbach, Cl.	Köln a. Rh.	M. d. R.
Henke, Alfred	Bremen	Bremen
Hennig, Frau	Leipzig	13. Sächsischer Wahlkreis
Henning, Rud.	Magdeburg	Magdeburg
Hering, August	Schleswig	Schleswig-Eckernförde
Hertwig, Max	Dresden-Löbtau	6. Sächsischer Wahlkreis
Herzfeld, Joseph	Berlin	Rostock-Doberan
Hetzschold, Carl	Berlin	Ost-Priegnitz
Hildenbrand, Karl	Stuttgart	M. d. R.
Hitzler, Gotthilf	Mainz	Mainz-Oppenheim
Hoch, Gustav	Hanau	M. d. R.
Hoffmann, August	Celle	Celle-Peine-Gifhorn
Hoffmann, Paul	Berlin	Berlin IV
Honrath, J.	Aachen	Aachen-Stadt
Hoppe, Hermann	Forst	Sorau-Forst
Horstmann, Conrad	Herford	Herford-Halle
Huber, Joseph	Ludwigshafen	2. Pfälzischer Wahlkreis
Hüttmann, Heinr.	Frankfurt a. M.	Frankfurt-Main
Iffland, Rudolf	Köln a. Rh.	Köln, Stadt und Land
Jänicke, Julius	Berlin	Berlin II
Jensen, Elise	Kiel	7. Schleswig-Holstein
Johm, Otto	Rummelsburg	Nieder-Barnim
Jungnickel, Max	Annaberg	20. Sächs. Zschopau-Marienberg 21. Sächs. Annaberg-Schwarzenberg
Kaden, August	Dresden	Kontrolleur
Kähler, Frau W.	Düsseldorf	M.-Gladbach
Kahmann, Hermann	Döhlen-Dresden	6. Sächs. Dresden-Land
Kämmerling	Mühlheim	Duisburg-Mühlheim
Katzenstein	Berlin	Anklam-Demmin
Kautsky, Karl	Berlin	Redaktion der „Neuen Zeit“
Kayser, Richard	Landsberg a. W.	Landsberg-Soldin
Keil, Wilhelm	Stuttgart	14. Württembergischer Wahlkreis
Kellermann, W.	Itzehoe	5. Schleswig-Holstein
Kempke..s, Reiner	Köln a. R.	Köln, Stadt und Land
Kinkel, Gottfried	Göppingen	Göppingen-Gmünd
Klapp, Karl	Bildungen	Waldeck-Pyrmont
Kloosoof, Paul	Ludwigshafen	Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal
Kliemann, Paul	Leipzig	12. Sächsischer Wahlkreis
Knierim, Konrad	München	München I und II
Knoche, Johannes	Finsterwalde	Calau-Luckau
Koenen, Heinrich	Hamburg	Kontrolleur
König, Max	Dortmund	Arnsberg-Meschede und Hamm-Soest
Köpke, Ernst	Harburg	17. Hannoverscher Wahlkreis
Kost, H.	Cannstatt	Cannstatt - Ludwigsburg - Waiblingen-Marbach
Köster, Dr. Adolf	Marburg	Marburg-Kirchheim-Frankenberg
Kotzke, Franz	Berlin	Guben-Lübben
Kräker, Otto	Berlin	Berlin III
Kretschmar, Emil	Eisenberg	Altenburg S.-A.
Kunert, Fritz	Berlin	Halle und Saalkreis

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Lachermeyer, Josefa	München	Frauen Münchens
Lamprecht, Heinrich	Rinteln	Rinteln-Hofgeismar-Wolfenhagen
Laufenberg, Dr. H.	Düsseldorf	Düsseldorf
Lauterbach, Gustav	Heidenau	8. Sächsischer Wahlkreis
Leber, Hermann	Jena	2. Weimarischer Wahlkreis
Ledebour, Georg	Berlin	M. d. R.
Lehmann, Gustav	Mannheim	M. d. R.
Lensch, Dr. Paul	Leipzig	12. Sächsischer Wahlkreis
Leopoldt, Adolf	Zeitz	Mansfeld, Zeitz-Weißenfels-Naumburg
Leutert, Paul	Apolda	3. Weimarischer Wahlkreis
Leuthold, Robert	Dresden-N.	4. Sächsischer Wahlkreis
Lewin, Jakob	Hannover	8. Hannoverscher Wahlkreis
Liebknecht, Dr. Karl	Berlin	Potsdam-Spandau-Osthavelland
Lieser, Wilhelm	Wiesbaden	Wiesbaden-Bleberich
Linde, Hermann	Königsberg i. Pr.	Insterburg-Gumbinnen
Lipsin, Paul	Berlin	Berlin IV
Löffler, Heinrich	Gelsenkirchen	Bochum-Gelsenkirchen
Lohse, Bruno	Berlin	Berlin II
Lorenz, Hermann	Klotzsche	4. Sächsischer Wahlkreis
Lorenz, Reinhold	Reinickendorf	Nieder-Barnim
Löwenstein, Max	Barmen	Elberfeld-Barmen
Löwigt, P.	Lübeck	Lübeck
Lüth, Heinrich	Hamburg	3. Hamburger Wahlkreis
Lütkenhöfer, G.	Oldesloe	Altona-Stormarn und Lauenburg
Maas, Bernhard	Emden	Hannover I
Mahn, Emilie	Magdeburg	Magdeburg
Martin, Emil	Wurzen	11. Sächsischer Wahlkreis
Meier, Heinrich	Düsseldorf	Düsseldorf
Menzel, August	Kamenz	1. und 3. Sächsischer Wahlkreis
Mergi, Frau	Köln	Köln
Metzger, Wilhelm	Hamburg	M. d. R.
Meusch, Franz	Leipzig	12. Sächsischer Wahlkreis
Meyer, Julius	Bant	1. und 2. Oldenburgischer und 2. Hannoverscher Wahlkreis
Molkenbuhr, Hermann	Berlin	Parteivorstand
Müller	Berlin	Parteivorstand
Müller, Adolf	München	München I und II
Müller, Bruno	Rath bei Düsseldorf	Düsseldorf
Münsinger, Gottlob	Brandenburg	Brandenburg-Westhavelland
Neumann, Elise	Weißensee	Nieder-Barnim
Nitsch, Richard	Magdeburg	Wolmirstedt-Neuhaldensleben
Nitzsche, Ernst	Großenhain	7. Sächsischer Wahlkreis
Noske, Gustav	Chemnitz	M. d. R.
Nüchtern, Friedrich	Leipzig-Thonberg	13. Sächsischer Wahlkreis
Osterroth, Nikolaus	Malstadt	St. Johann-Saarbrücken
Otting, August	Castrop	Dortmund-Hörde
Palatini, Louis	Witten	Bochum-Gelsenkirchen-Hattingen
Pankoke, Fritz	Schötmar	Lippe
Pätzel, Wilhelm	Berlin	Landsberg-Soldin
Pfannkuch, Wilhelm	Berlin	Parteivorstand
Philipp, Franz	Zeulenroda	Reuß ältere Linie
Pieser, Robert	Spandau	Potsdam-Spandau-Osthavelland
Plum, Agnes	Essen-West	Essen
Portune, Andreas	Höchst a. M.	Höchst-Homburg-Usingen
Quellhorst, Heinrich	Nienburg a. d. W.	7. Hannoverscher Wahlkreis

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Raab, Georg	Pfingstadt	Darmstadt-Groß-Gerau
Ranke, Karl	Plauen i. V.	23. Sächsischer Wahlkreis
Rauh, Georg	Hof	Hof
Raute, Gustav	Eilenburg	Delitzsch-Bitterfeld
Reichel, Georg	Stuttgart	6. Württembergischer Wahlkreis
Reichert, Minna	Berlin	Berlin
Reimes, Wilhelm	Crefeld	Crefeld
Reinhart, M.	Metz	Metz
Reißhaus, Paul	Erfurt	Meiningen I und II
Rhein, Hermann	Bremen	18. Hannoverscher Wahlkreis
Richter, Max	Berlin	Berlin VI
Richter, Otto	Mylau	22. Sächsischer Wahlkreis
Rieke, Heinrich	Braunschweig	Braunschweig-Blankenburg
Riem, Gustav	Dresden	5. Sächsischer Wahlkreis
Ritter, Adolf	Berlin	Ruppin-Templin
Rudolph, Albert	Frankfurt a. M.	St. Goarshausen
Sämann, Gottlob	Stuttgart	Stuttgart Stadt u. Amt u. Württemberg 3
Saenger, Alwin	München	München I und II
Schaaf, Paul	Haan	Lennep-Remscheid-Mettmann
Schäfer, Jakob	Würzburg	Würzburg-Heidingsfeld
Schäfer, Otto	Mühlhausen	Mühlhausen-Langensalza-Weißensee
Scharping, Max	Stettin	Randow-Greifenhagen
Schaub, Heinrich	Büdesheim	Friedberg-Büdingen
Schenk, Wilhelm	Berlin	Berlin IV
Schirmer, Johannes	Dresden	4. Sächsischer Wahlkreis
Schlösser, Karl	Wermelskirchen	Lennep-Remscheid-Mettmann
Schmalfeld, J. H.	Bremerhaven	19. Hannoverscher Wahlkreis
Schmaller, Emil	Kaiserslautern	Kaiserslautern-Kirchheimbolanden
Schmidt, Alb.	Sonnenburg	Ost- und West-Sternberg
Schmidt, Jakob	Metzungen	5. Württembergischer Wahlkreis
Schmidt, Richard	Linden	9. Hannoverscher Wahlkreis
Schmidt, Wilhelm	Langerfeld	Hagen-Schwelm
Schmitt, Wilhelm	Düsseldorf	Neuß-Grevenbroich
Schmitz, Hubert	Soest	Hamm-Soest
Schneider, Max	Straßburg	Straßburg Stadt
Schröder, Heinrich	Berlin	Berlin II
Schulz, Heinrich	Steglitz	Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück
Schwabedahl, Gust.	Berlin	1. Berliner Wahlkreis
Schwarz, Theodor	Lübeck	M. d. R.
Seehofer, Joh.	Ruhla	Wahlkreis Gotha
Seyfarth, Otto	Werdau	18. Sächsischer Wahlkreis
Siedom, August	Ketschendorf	Teltow-Beeskow-Charlottenburg
Sievert, Wilh.	Altona	Altona-Stormarn und Lauenburg
Silberschmidt, H.	Berlin	Wanzleben
Singer, Paul	Berlin	Parteivorstand
Solmann, Fritz	Schweinfurt	Schweinfurt-Hassfurt-Ebern
Spaniol, Johann	Oberhausen	Duisburg-Mülheim
Staab, Wilhelm	Potsdam	Potsdam-Spandau-Osthavelland
Stadthagen, Arthur	Berlin	M. d. R.
Stahmann, Heinrich	Coswig	1. Anhaltischer Wahlkreis
Staroffon, Franz	Rostock	Rostock-Doberan
Staudinger, Alois	Leipzig	Löwenberg (Schlesien)
Stiefenhofer, Alois	Charlottenburg	Teltow-Beeskow-Charlottenburg
Stolpe, Hermann	Görlitz	Grünberg-Freystadt, Bunzlau-Lüben, Rothenburg-Hoyerswerda, Sagan-Sprott.
Stolten, Otto	Hamburg	1. Hamburger Wahlkreis
Stubbe, Heinrich	Hamburg	3. Hamburger Wahlkreis
Stücklen, Daniel	Berlin	M. d. R.
Stühmeyer, Karl	Dortmund	Dortmund-Hörde
Stutz, Otto	Bernburg	2. Anhaltischer Wahlkreis
Südekum, Dr., Alb.	Berlin	M. d. R.

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Taubadel, Paul	Görlitz	Görlitz-Lauban
Taumann, Nikolaus	Wunsiedel	Bayreuth
Teuber, Heinrich	Dittersbach	Waldenburg in Schlesien
Thabor, Johann	Solingen	Solingen
Thiele, Adolf	Halle a. d. S.	Zeitz-Weißenfels-Naumburg
Tölle, Emma	Wilmersdorf	Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenbg.
Töneböhn, Heinrich	Recklinghausen	Recklinghausen-Borken
Treu, Martin	Nürnberg	Nürnberg-Altdorf
Ulrich, C.	Offenbach	M. d. R.
Venter, Ernst	Königsee	Schwarzburg-Rudolstadt
Vetterlein, Emil	Gera	Reuß j. L.
Vollmar, Georg	Soiensaß	M. d. R.
Wagner, R.	Wilhelmshaven	2. Oldenburger und 2. Hannov. Wahlkr.
Waldbruch, Aug.	Eichlinghofen	Dortmund-Hörde
Wartenberg, Aug.	Berlin	3. Berliner Wahlkreis
Wassermann, Heinrich	Schöningen	2. Braunschweiger Wahlkreis
Weise, Hermann	Berlin	5. Berliner Wahlkreis
Weißmann, Anton	Karlsruhe	Karlsruhe-Bruchsal
Wels, Otto	Berlin	Prenzlau-Angermünde
Wengels, Margarete	Berlin	Frauen Berlins
Wengels, Robert	Berlin	Parteivorstand
Wetzker, Heinr.	Bochum	Bochum-Gelsenkirchen-Hattingen
Wicklein, Max	Nordhausen	Nordhausen-Hohenstein
Wiener, Max	Breslau	Breslau, Ost und West und Schweidnitz-Striegau
Winkelmann, Karl	Bremen	Bremen
Wirtz, Anna	Düsseldorf	Düsseldorf
Wissell, R.	Lübeck	Lübeck
Wurm, Emanuel	Berlin	Reuß j. L.
Zahn, Peter	Mülheim a. M.	Offenbach-Dieburg
Zetkin, Klara	Degerloch-Stuttgart	Kontrollkommission
Zielowski, Otto	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
Zietsch, Fritz	Charlottenburg	Koburg
Zietz, Louise	Hamburg	Hamburg I
Zorn, Georg	Fürth	Fürth-Erlangen-Hersbruck-Kauf.

Die Redaktion des „Wahren Jakob" ist durch B. Heymann, Stuttgart, vertreten.

Auswärtige Gäste.

Ellenbogen, Dr., Wilhelm, Wien, Parteivertretung der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich.
Nemec, Anton, Prag, Tschechische Exekutive in Oesterreich.
Kein, Franz, Wien, Niederösterreichische Landesparteivertretung.
Milies, Antwerpen, Hafenarbeiter.

Sprech-Register.

Arons, Dr. 333, 383.

Baader 205, 270.
Baubert 324.
Bebel 184, 254, 262, 271, 277, 287, 306, 335, 381, 389, 390.
Bezer 297, 371.
Block 285, 291.
Blume 295.
Bömelburg 219, 372.
Bongartz 209.
Brecour 237, 381.
Bruhns 207.
Buse 297.

David, Dr. 247, 258, 278, 285, 291.
Drescher 327.

Ebert 187, 220, [illegible].
Eisner 184, 257.
Eißnert 298.
Ellenbogen, Wien 186.
Ewald 325.

Fischer, Berlin 288, 292, 302.
Fischer, Hamburg 302.
Frenzel 326.

Gemoll 253, 277, 278.
Gerisch 194.
Gewehr 177.
Geyer 371.
Giesen 335.
Goebel 205.
Günther 184, 326.

Haase, Königsberg 217.
Haase, Kattowitz 276.
Hangenstein 381.
Hartmann 237.
Haupt 387.
Hauschild 235.
Henke 262, 298.
Heming 245, 381.
Hering 297, 371.
Hitzler 374.
Hoch 393.
Honrath 212, 284, 248, 379.
Hoppe-Forst 388.
Horta 194.
Huttmann 387.

Kaden 201, 273, 344.
Kahmann 218.
Katzenstein 324, 332, 366, 376, 379, 390.
Kautsky 261, 282, 290.
Kinkel 330.
Köpke 296, 302.
Kräker 325.

Lausenberg, Dr. 279, 328.
Leber 328.
Ledebour 241, 259, 269, 274.
Lehmann 211, 239.
Lensch, Dr. 232, 237, 263.
Leutert 245, 277, 383.
Liebknecht, Dr. 245, 252, 283, 390, 391.
Linde 206, 387.
Litfin 204, 384.
Löffler 233, 391.
Lurth 211, 299.
Lütkenhöller 299.

Meyer-Bant 385.
Milies 385.
Molkenbuhr 235, 390, 380.
Müller-Berlin 220, 341.

Nemec-Prag 186.
Noske 229, 244, 263.

Pankok 387.
Pfannkuch 240, 379, 387, 388.

Reichel 209, 378, 382.
Richter 300.
Rieke 338.
Riem 204, 231, 300.
Rudolph 384.

Saenger 325.
Schaaf 334.
Scharping 235, 388.
Schenk 213.
Schirmer 211.
Schmalfeld 327, 388.
Schmidt-Düsseldorf 379.
Schmidt-Sonnenburg 378.
Schneider 331.
Schulz-Berlin 196, 220, 389.
Silberschmidt 219, 301.
Singer 180, 183, 184, 185, 187, 194, 207, 217, 265, 291, 299, 329, 341, 344, 373, 378, 382, 385, 386, 389, 390, 394.
Stadthagen 242, 251, 284.
Stieffenhofer 378.
Stubbe 226, 376, 378, 386, 387.
Stühmeyer 299.
Südekum, Dr. 226, 263.

Tabor 211.
Thiele 341, 344.
Treu 213, 381, 382.

Ulrich 239.

v. Vollmar 256.

Wagner 271.
Weiß-Magdeburg 393.
Weißmann 204, 236, 370.
Welz 215.
Wetzker 238, 263, 295, 298, 388.
Wissel 370.
Wurm 281, 345, 374.

Zetkin 249.
Zielomski 380.
Zietz 216.
Zorn 326.

Sachregister.

Abgeordnete in den Parlamenten der Bundesstaaten 41.
Abonnentenstand der Presse 47.
— **der „Gleichheit“** 50.
Agitation 21, 32, 190.
— **Anträge zur** 161, 390.
— **bei den Frauen** 103.
— **gegen den Militarismus** 391.
Agitationskalender 22.
— **schriften** 22.
Algecirasakte 128.
Allgemeiner Deutscher Metallarbeiterverband 382.
Alkoholfrage 16, 167, 345.
— **Antrag zur** 167, 172, 175.
Anleitung zum Selbststudium als Broschüre 22.
Antrag betr. Jugendorganisation 171, 390.
— **der streikenden Amsterdamer Hafenarbeiter** 387.
Anträge betr. Agitation 161, 390.
— — **Alkoholfrage** 167, 172, 175.
— — **Bildungsausschuß** 165.
— — **„Gleichheit“** 174.
— — **Genossenschaftsfrage** 380.
— — **Landarbeiterfrage** 168, 378.
— — **Lokalisten** 170, 171, 172.
— **Maifeier** 166.
— — **einheitliche Mitgliedsbücher usw.** 171, 173.
— **von Mannheim überwiesene** 16.
— **betr. Nachrichtenbureau** 176.
— **nachträglich eingegangene** 169.
— **betr. Parlamentarische Tätigkeit** 166.
— — **Parteipresse** 164.
— — **Parteischule** 165.
— — **Parteitag 1908** 169.
— — **Politische Lage** 167.
— — **Organisation** 163, 383.
Anträge betr. Ort des nächsten Parteitages 381.
— **der Reichstagsfraktion im Reichstag** 159.
— **betr. Reichstagswahlen** 167.
— **Sonstige** 168.
— **betr. Tagesordnung** 161, 184, 378.
— — **Volksbank** 168.
Arbeiterinnenschutz 104.
Arbeitersekretäre, Antrag auf Gehaltserhöhung 389.
Auer, Ignaz, Nachruf 63.
Aufklärung indifferenter Arbeiter 14.
— **Arbeit** 105.
Auflösung des Reichstags 23, 104.
Aufruf des Parteivorstandes nach der Wahl 31.
— **der Reichstagsfraktion bei der Reichstagsauflösung** 24.
— — **weiblichen Vertrauensperson, betr. Agitation zur Reichstagswahl** 104.
Ausflug nach dem Ruhrstein 299.
Ausgaben der Parteikasse 67.
— **für die Parteipresse** 68.
— **des Reichs** 140.
Ausländische Gäste 185.
Auslieferungsvertrag, Griechischer 157.
Ausschlußverfahren gegen Dölle, Zeitz 344.
— — **Wiesenthal** 378, 382.
Aussperrung der Schauerleute in Hamburg 14.

Bäckerstreik in Berlin 14, 105, 106.
Bauarbeiterschutz, Gesetzentwurf betr. 119.
Bayern, Landtagswahlen 40, 105.
Bebels Antrag zum Ausschlußverfahren Wiesenthal.
Begrüßungsreden 177.
Beiträge der Organisationen 65.
Beiträge, Sonstige 81.
Beitrags-Leistung 20, 190.
— **-Erhöhung** 21.
Bergarbeiterschutz, Interpellation betr. 146.
Bericht der Beschwerdekommission 376.
— **des Bildungsausschusses** 92, 196.
— **über Buchhandlung Vorwärts** 52.
— **über die Debatte betr. Ein- und Auswanderung** 276.
— **vom Internationalen Kongreß** 265.
— **über die Interparlamentarische Konferenz** 268.
— **über die Debatten betr. Kolonialfrage** 266.
— **der Kontrollkommission** 201.
— **der Mandatsprüfungskommission** 226.
— **über Debatten betr. Militarismus** 207.
— **betr. Gründung des Nachrichtenbureaus** 220.
— **der Kommission betreffend Nachrichtenbureau** 341.
— **über die parlamentarische Tätigkeit** 226.
— **des Parteikassierers** 194.
— **über die Parteipresse** 194.
— **der Parteischule** 90, 196.
— **des Parteivorstandes** 187.
— **der Reichstagsfraktion** 226.
— **über Angelegenheit Wiesenthal** 273.
Berlin, Bäckerstreik 14, 105.
—, **Landtagswahl im dritten Kreis** 41.
Berufsvereine 13.
Berufszählung 147.
Beschwerdekommission, Bericht der 376.
Beteiligung an der Wahlarbeit 105.
Betriebszählung 147.
Bezirkstagswahlen in Elsaß-Lothringen 40.

Bibliotheken, Lieferung von 22, 101.
Bildungsausschuß 16.
— Anträge zum 165.
—, Bericht des 92, 196.
Bildungsbestrebungen 15.
Blockpolitik der Gegner 15.
Branntweinsteuer 117, 154.
Bremen, Bürgerschaftswahl 41.
Breslauer Polizeitat 58.
Broschüre betr. Anleitung zum Selbststudium 22.
— über Sozialdemokratie und Volkserziehung 17.
— über Strafrecht und Strafvollzug 17.
Buchhandlung Vorwärts 52.
Bureau des Parteitages 12.
Bureauwahl zum Parteitag 183.
Bürgerliche Parteien, Blockpolitik der 15.
— —, Einigung der 25.
Bürgerschaftswahl in Bremen 41.
Bürgerschaftswahlen in Hamburg 39.

Debatte über unsere Stellung zum Militarismus 229.
Dechargeerteilung an Parteivorstand 485.
Dienstboten-Bewegung 105.
— -Organisation 106.
— -Musterkontrakte 106.

Einheitliche Mitgliedsbücher 388.
Einigung der bürgerlichen Parteien 25.
Einigungsverhandlungen mit den Lokalisten 191.
Einnahmen der Parteikasse 66.
— aus Parteiunternehmen 49.
— des Reichs 141.
Elsaß-Lothringen, Wahl des Landesausschusses 40.
—, Bezirkstagswahlen 40.
Ergebnis der Abstimmungen 407.
Erfolge der Organisation 19.
Erhöhung der Mitgliederbeiträge 21.
Eröffnung des Parteitages 183.
Etat der Marine 152.
— des Militärs 151.
— der Post 152.
— des Reichs 139.

Festsetzung der Tagesordnung 184.
Finnland, Landtagswahlen 61.
Fleischnot 21, 117.
Flottenverein 26.
Flugblatt-Agitation 105.
— für Frauen und Mädchen 105.
— -Verbreitung 21, 25, 104.
Flugblätter, Zahl der 32.
Flugschriften 22.
Fortschritt der Parteipresse 47.
Fraktionen, die einzelnen — im Reichstag 135.
Frauenbildungsvereine 105.
Freisinn, Verrat des — bei den Stichwahlen 35.
Futtergerste, Interpellation betreffend 127.

Gäste auf dem Parteitage 185.
Gazeta Robotnicza 16.
Gehalt der Parteisekretäre 389.
Gelbe Gewerkschaften 14.
Gemeinde-Vertreter, Zahl der sozialdemokratischen 45.
— -Wahlen 41.
Genossenschaftsfrage, Anträge zur 380.
Genossinnen, Bericht der 108.
Geschäftsbericht des Vorstandes 187.
Gesetzentwurf betr. Rechtsfähigkeit der Berufsvereine 13, 103, 121.
— betr. Bauarbeiterschutz 119.
— betr. Branntweinsteuer 117, 154.
— betr. Urheberrecht 120.
Gesindeordnungen 105.
Gewerkschaften und Partei 13, 15.
Gewerkschaftliche Organisation der Frauen 107.
„Gleichheit", Die 50.
—, Antrag betr. 174.
Graf Bothmer über den Reichslügenverband 27.
Gruppenbild der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion 55.

Hamburg, Aussperrung der Schauerleute 14.
—, Bürgerschaftswahlen 39.
Handbuch für sozialdemokratische Wähler 24.
Handelsabkommen mit Amerika 157.
Heimarbeiterschutz 104.
— -Gesetzentwurf 21.
Hinterbliebenen - Versicherung 148.
„Humanité", Unterstützung der 61.

Jakob, Der wahre 51.
„In Freien Stunden" 55.
Internationalen Kongreß, Bericht vom 108, 265.
Internationales 60.
— sozialistisches Bureau 60.
Interparlamentarische Konferenz 268.
Interpellation betr. Bergarbeiterschutz 146.
— betr. auswärtige Politik 115.
— betr. Fleischnot 117, 127.
— betr. Futtergerste 127.
Jugendorganisation, Antrag betr. 171.
Jugendschriften 101.

Kalender, Agitations- 22.
Kassenbericht 65, 194.
Kindergärten 111.
Klein-Möhlauer Mordprozeß 57.
Kolonialblock 25.
Kolonialfrage 128.
— auf dem Stuttgarter Kongreß 266, 279.
Kolonialpolitik 103, 148.
„Kommunale Praxis" 48, 56.
Konferenz der Sekretäre 21.
— von Algeciras 128.
Königsberg, Schließung des Vereins der Lehrlinge usw. 59.
Kontrollkommission, Bericht der 201.
— betr. Angelegenheit Dölle, Zeitz 344.
— betr. Angelegenheit Wiesenthal 203.
Kosten des Wahlkampfes 32.
Kulturbilder 56.

Landarbeiterfrage 16.
—, Anträge zur 378.
Landfriedensbruch-Prozeß in Magdeburg 58.
Landtagswahlen 38.
— in Bayern 40, 105.
— im 3. Berliner Kreis 41.
— in Finnland 61.
— in Sachsen-Altenburg 40.
— in Sachsen-Weimar 40.
— in Württemberg 38.
Lokalisten, Verhandlungen mit den 17, 191.
—, Anträge betr. 170, 171, 172.
Lokalmangel bei der Wahl 32.
Lokalorganisierte Gewerkschaften, Verhandlungen mit 17, 191.

Magdeburger Landfriedensbruch-Prozeß 58.
Maifeier 46, 293.
—, Antrag zur 166.
—, Resolution zur 293, 294, 295.
Maizeitung 55.
Mandatsprüfungskommission, Bericht der 226.
Mandatsprüfungskommission, Wahl 183.
Mandatsverlust bei den Reichstagswahlen 31.
Marine-Etat 152.
Massenaussperrungen 13.
Massenstreik 13.
Militäretat 151.
Militarismus auf dem Stuttgarter Kongreß 229, 267.
Mitgliederzahl der politischen Organisation 18, 19.
Mitgliederzunahme 18, 19.
Mitgliedsbücher, einheitliche 380.
Mord in Klein-Möhlau 57.
„Münchener Volks-Zeitung," - Peters Klage gegen 60.
Musterflugblätter 25.
Musterkontrakte für Dienstboten 106.

Nachrichtenbureau 48, 220.
—, Antrag betr. 176.
—, Bericht der Kommission 341.
Nachruf für die gestorbenen Genossen 61.
— für Ignaz Auer 63.
Nachträglich eingegangene Anträge 169.
Nachwahlen 36, 37.
— in Glauchau-Meerane 37.
Nationale Arbeitervereine 14.
„Neue Zeit", Die 50.
Neue Parteizeitungen 48.
Nordamerika, Handelsabkommen mit 157.
Nordostseekanal 155.
Nürnberger Augustkrawall 58

Organisation 6, 18, 198.
—, Anträge betr. 163, 383.
— der Dienstboten 105.
— des Wahlkampfes 33.
Ort des nächsten Parteitages 381.
Ortsvereine, Zahl 19.
Oesterreich, Reichstagswahl 61.

Parlamentarische Tätigkeit, Bericht über die 226.
— —, Anträge betr. 166.
Partei-Archiv 51.
— -Beiträge, eingegangene 69.
— -Correspondenz 23.
— und Gewerkschaften 13, 15.
— -Kasse, Ausgaben 67.
— —, Einnahmen 66.
— -Organisation (siehe Organisation).
— -Presse 47.
— —, Abonnentenstand 48.
— — -Anträge betr. 164.
— —, Ausdehnung der 48.
— —, Ausgaben für die 68.
— —, Bericht über die 194.
Partei-Presse, Neue 48.
— —, Polnische 16.
— -Programm 3.
— -Schiedsgerichte 21, 376.
— -Schule, Anträge betr 165.
— —, Ausgaben der 196.
— —, Bericht der 90, 196.
— -Sekretäre, Gehaltszulage 389.
— —, Zahl der 19.
Parteitags-Bureau 12.
Parteitag 1908, Anträge zum 169.
Petersprozeß 60.
Polenpolitik 127.
Politische Lage und Reichstagswahlen 306.
Polizei im Reichstage 134.
— -Schikanen 189.
Postetat 152.
Präsidentenwahl im Reichstag 136.
Presse (siehe Parteipresse).
Pressebureau (siehe Nachrichtenbureau).
Preußentag, Einberufung des 104.
Preuß. Wahlrechtskampf 15.
Prinzipienerklärung 137.
Privatbeamten-Versicherung 147.
Programm 3.

Rechtsfähigkeit der Berufsvereine 103.
Rechtspflege 150.
Reichsbeamten - Versorgung 153.
Reichsfinanzen 142.
Reichshaushaltetat 139.
Reichslügenverband, Kennzeichnung des — durch den nationalliberalen Graf Bothmer 27.
—, Wahlmache des 26.
Reichstag, Auflösung des 104
Reichstagsfraktion, Bericht der 226
Reichstagsverhandlungen in Broschürenform 16.
Reichstagswahlen 23.
—, Anträge betr. 167.
— und politische Lage 306.
— in Oesterreich 61.
— -Stimmenzuwachs 31.
Resultate der Hauptwahl 29.
— der Nachwahlen 36, 37.
— der Stichwahl 29.
Resolution betreffend Gründung des Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverbandes 382.
— betr. Alkoholfrage 172, 175.
— betr. Wahl der Kontrollkommission 387.
— zur Maifeier 293, 294, 295.
Resolution der österreichischen Genossen gegen Alkoholismus 365.
Revolution in Rußland 60.
Rostock, Wahlrechtsraub 45.

Saalabtreibereien 32.
Sachsen-Altenburg, Landtagswahlen 40.
Sachsen-Weimar, Landtagswahlen 40.
Schauerleute, Aussperrung der — in Hamburg 14.
Schiedsgerichte (s. Parteischiedsgerichte).
Schiffahrtsabgaben 157.
Schikanen der Polizei 189.
Sozialdemokratische Correspondenz (siehe Partei-Correspondenz).
Sozialpolitik 142.
Sperre des „Vorwärts" für den Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverband 274.
Stadtverordnetenwahlen 41.
Stenographischer Bericht der Reichstagsverhandlungen in Broschürenform 16.
Stichwahlen, unsere Taktik bei 324.
Stichwahlparole 34.
Stimmen der Sozialdemokratie in den gegenwärtig von uns vertretenen Wahlkreisen 85.
Stimmenzuwachs bei den Reichstagswahlen 31.
Strafstoß der Arbeiterbewegung 57.
Strafprozeßordnung, Reform der 150.
Syndikate 14.

Tagesordnung, Anträge zur 161, 184.
— des Parteitages 11, 184.
— des nächsten Parteitages 169.
Taktik bei Stichwahlen 324.
Telegramme an Parteitag 406.

Uebersicht über Einnahmen und Ausgaben der Parteikasse 66.
Unterrichtskurse 100.
Urheberrecht, Gesetzentwurf betr. 120.

Vaterländische Arbeitervereine 14.
Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter 59.
Verhandlungen bezgl. Verschmelzung der lokalorganisierten Gewerkschaften mit den Zentralverbänden 17, 191.

Verrat des Freisinns bei den Stichwahlen 35.
Versicherung der Privatbeamten 147.
Versorgung der Reichsbeamten 153.
Verstorbene Genossen 61.
Vorlagen an den Parteitag 13.
Vorversammlung 177.
„Vorwärts"-Abrechnung 49.
Vorwärts-Buchhandlung 52.
„Vorwärts"-Sperre für den Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverband 274.

Wahl des Bureaus 183.
— der Beisitzer 387.
— der Kontrolleure 387.
— des Parteivorstandes 387.
— des Landesausschusses für Elsaß-Lothringen 40.
— der Mandatsprüfungskommission 183.
Wahl einer Subkommission betr. Beratung des Preßbureaus 225.
Wahlaufruf 24.
Wahlbeteiligung 29.
Wahlergebnis 31.
Wahllügen der bürgerlichen Parteien 22.
Wahlmache des Flottenvereins 26.
— der Regierung 26.
— des Reichslügenverbandes 26.
— des Zentrums 29.
Wahlparole zu den Stichwahlen 34.
Wahlprüfungen 116.
Wahlrecht in den Einzelstaaten 16.
Wahlrechts-Flugblatt, Strafkonto infolge des 58.
Wahlrechtskämpfe in Hessen 15.
— in Preußen 15.
— — Sachsen 15.
Wahlrechtsraub in Rostock 45.
Wahlresultate 29, 36, 37.
Wahlresultate betr. Kontrollkommission 387.
„Wahre Jakob", Der 51.
Wanderredner 100.
Weibliche Mitglieder in Parteiorganisationen 20.
Weingesetz 157.
Winke für die Reichstagswahlen 24.
Wirtschaftliche Kämpfe 14.
Witwen- und Waisenversicherung 148.
Württemberg, Landtagswahlen 38.

Zahl der Abgeordneten in den Parlamenten der Bundesstaaten 41.
— der Stimmen in den gegenwärtig vertretenen Kreisen 85.
— der sozialdemokratischen Gemeindevertreter 45.
Zentrum, Wahlmache des 29.
Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen 30.

Zuschriften und Telegramme.

Amsterdam: Parteivorstand der holländischen Partei. — Berlin: Fritz Zubeil. — Budapest: Sozialdemokratische Partei Ungarns. — Friedberg (Hessen): Genossen. — Geithain: Die roten Strategen. — Genf: Auslandskomitee des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes in Litauen, Polen und Rußland. — Hamburg: Freie Jugendorganisation Hamburg, Altona, Wandsbek, Harburg, Wilhelmsburg. — Herne: Zum Protest gegen das Knappschaftsstatut versammelte Knappschaftsmitglieder. — Krakau: Auswärtiges Komitee der Polnischen sozialistischen Partei. — London: Friedrich Leßner. — Quelch im Auftrage der britischen sozialdemokratischen Partei. — Lütgendortmund: Genossen von Lütgendortmund und Somborn. — Paris: Deutscher sozialdemokratischer Leseklub. — Potsdam: Genossen der 5 Bezirke der Brandenburger Vorstadt. — Rothenburg o. T.: Sozialdemokratischer Verein. — Saarbrücken: Die Vorposten in Saarabien. — Sonderburg: Genossen Lange und Müller. — Stadthagen: Genossen aus Anlaß der Bürgervorsteherwahl, bei der zum erstenmal 4 Genossen gewählt wurden. — Terijoki: Zentral-Komitee der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei. — Tirschenreuth: Wahlverein. — Wetzlar: Genossen.

Vor Schluß des Parteitages sind abgereist: V. Heymann, K. Kautsky, E. Wenster. Wegen eines ausgebrochenen Lohnkampfes konnte sein Mandat nicht ausüben: H. Faber-Oberstein.

Ergebnis der Abstimmungen

über die

dem Parteitag vorgelegten Anträge.

Wortlaut der Anträge Seite 161 bis 176. Zusammenstellung der angenommenen Anträge Seite 408 bis 413. Die in Klammern beigefügte Zahl bezeichnet die Seitenzahl, auf der das Resultat der Abstimmung zu finden ist.

Nicht genügend unterstützte Anträge.

3, 4, 5, 6, 7, 8, 10, 11, 12, 13 (390). **20, 21, 22, 23, 25** (383). **26** (390). **33, 34, 35, 36, 37, 38, 39** (187). **43** (390). **61** (187). **63, 64** (393). **75** (390). **78** (383). **82, 84** (390). **87** (187). **93** (207).

Durch Abstimmung oder Erklärung erledigte Anträge.

27, 28, 29, 30, 31 (388). **32** (345). **45, 46, 47, 48** (306). **56, 58, 59, 60** (376). **66** (390). **70** (381). **76** (220). **77** (377). **81** (388). **86** (378). **89** (391). **101** (396).

Zurückgezogene Anträge.

9 (393) **14** (219). **15** (204). **16, 17** (219). **42** (226). **44** (292). **53** (335). **57** (345). **71** (381). **85** (217). **102** (368).

Abgelehnte Anträge.

1, 2 (184). **19** (384). **24** (389). **49, 50, 51, 52, 54, 55, 80** (340). **96** (265).

Dem Parteivorstand überwiesene Anträge.

(Wortlaut der Anträge Seite 413.)

62 (mit Aenderung), **67, 68** (380). **69** (381). **83** (220).

Der Reichstagsfraktion überwiesene Anträge.

41, 73, 74, 79, 92, 97, 98, 99 (265).

Angenommene Anträge.

(Wortlaut der angenommenen Anträge Seite 408 bis 413.)

18: Propaganda für die Neue Zeit (220). **40:** Agitation für Volksschule und Kindergärten (220). **65.** Ausbau der Wahlstatistik (393). **72.** Parteitag 1908 in Nürnberg abzuhalten (381). **88.** Agitation für Jugendorganisation (391). **90.** Verhandlungen mit Lokalorganisationen (220). **91.** Alkohol-Resolution (376). **94.** Agitation für Naturalisation (220). **95.** Agitation für „Gleichheit" (220). **100.** Andere Anordnung der Anträge für den Parteitag (394). Decharge-Erteilung für Parteivorstand (220). Referat Bebels zu Punkt 6 der Tagesordnung als Broschüre herausgeben (341). Einrichtung eines Preßbureaus (Antrag 32 in veränderter Fassung (345). Anträge der Beschwerde-Kommission (376 bis 380). Antrag Bebel in Angelegenheit Wiesenthal (378). Antrag der Parteileitung betreffend das Gehalt der Partei-Sekretäre (390). Einführung einheitlicher Mitgliedsbücher und einheitlichen Abrechnungs- und Verwaltungsmaterials (388). Resolution zur Maifeier (306). Referat Wurms zur Alkoholfrage als Broschüre (376).

Anhang.

Wortlaut der angenommenen Anträge.

Agitation für die „Neue Zeit“:

Der Verlag und die Parteiinstanzen werden verpflichtet, mehr als bisher eine umfassende Propaganda für die „Neue Zeit“ zu betreiben.

(Antrag 18.)

Agitation für Volksschulen und Kindergärten:

1. Die Partei möge in allen größeren Orten eine Agitation auf dem Gebiete des Volksschulwesens entfalten und ebenso auch naturwissenschaftliche Vorträge halten lassen, die zur Aufklärung des arbeitenden Volkes beitragen.

2. Die Partei möge ebenso mit Rücksicht auf die Kindererziehung darauf dringen, daß überall wo möglich Kindergärten errichtet werden, die einen weltlichen Charakter tragen. (Antrag 40.)

Aufnahme von Wahlstatistiken:

Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins, überzeugt von der Bedeutung solcher statistischen Aufnahmen über die soziale Zusammensetzung der Reichstagswählerschaft, wie sie in Magdeburg, Leipzig, Offenbach und Augsburg vorgenommen wurden, richtet an den Parteitag das Ersuchen, die Wahlkreise, bei denen die Vorbedingungen hierzu vorhanden sind, aufzufordern, solche Statistiken aufzunehmen. Es ist bei diesen Aufnahmen vor allem im Auge zu behalten, daß sie nach einem einheitlichen Schema zu erfolgen haben, damit sie mit einander verglichen werden können; es ist ferner erforderlich, da sie nicht nur für einen Wahlkreis, sondern für die Gesamtpartei nützliche Erkenntnis erschließen sollen, daß alle Statistiken veröffentlicht werden. Da der Wert der Aufnahmen um so größer ist, je zahlreicher sie sind, werden die Parteitagsdelegierten ersucht, überall da, wo es sich ermöglichen läßt, auf die Aufnahme solcher Wahlstatistiken hinzuwirken. Die Formulare hat der Parteivorstand zu liefern. (Antrag 65.)

Ort des nächsten Parteitages:

Der Parteitag im Jahre 1908 möge in Nürnberg stattfinden.

(Antrag 72.)

Agitation für Jugendorganisation:

Die Schaffung von Jugendorganisationen intensiver wie bisher zu betreiben, und zwar in der Weise, daß einige Parteigenossen beauftragt werden, in möglichst allen Orten des Reiches Versammlungen abzuhalten, in denen

der Zweck und die Notwendigkeit der Jugendorganisationen erläutert und die Gründung eventuell in die Wege geleitet wird. Gleichzeitig die Parteipresse zu veranlassen, in dieser Richtung aufklärend zu wirken. (Antrag 88.)

Verhandlungen mit den lokalistischen Gewerkschaften:

Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, die mit den lokalistischen Gewerkschaften auf Grund des Beschlusses des Mannheimer Parteitages eingeleiteten Verhandlungen fortzusetzen und dem nächsten Parteitage über deren Verlauf zu berichten.

Der Parteitag verurteilt die von vielen Mitgliedern der lokalistischen Gewerkschaften im Gegensatz zum Parteiprogramm betriebene Agitationsweise. In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen früherer Parteitage und des Beschlusses des Internationalen Kongresses in Stuttgart, das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften betreffend, hält der Parteitag für den gewerkschaftlichen Kampf eine einheitliche Organisation für notwendig und erblickt in den Zentralverbänden die gegebene Form der gewerkschaftlichen Organisation.

Der Parteitag fordert daher die den lokalistischen Gewerkschaften angehörenden Parteigenossen auf, sich den der Generalkommission angegliederten Zentralverbänden anzuschließen. (Antrag 90.)

Resolution zur Alkoholfrage:

Die Gefahren des Alkoholgenusses sind mit der Entwickelung der kapitalistischen Produktionsweise für die arbeitende Bevölkerung gewachsen.

Dieselben Bedingungen, die auf deren allgemeine Verelendung hinwirken, haben auch den Anreiz zum übermäßigen Alkoholgenuß und damit dessen Schädlichkeit gesteigert: die Ueberanstrengung, die ungenügenden Löhne und die ungesunden Wohn- und Arbeitsstätten.

Durch wirtschaftliche und soziale Mißstände und die aus ihnen hervorgegangenen Trinksitten wird den Arbeitern ein zu häufiger Genuß von Alkohol aufgezwungen und angewöhnt.

Diese Gewöhnung hat aber zur Folge, daß auch, wenn diese primäre, wirtschaftliche Veranlassung zum übermäßigen Alkoholgenuß geschwunden ist, ihm oft nicht mehr entsagt werden kann.

Die bürgerlichen Alkoholgegner stellen in der Regel den Alkoholismus als die vom Volke selbst verschuldete Ursache seiner Not hin und lenken damit — zum Teil nicht ohne Absicht — die Aufmerksamkeit von dessen ursprünglichen wirtschaftlichen und sozialen Ursachen ab, während sie andererseits durch Zwangs- und Strafgesetze den angeblich bösen Willen des Trinkers brechen wollen, so daß er doppelt büßen muß, was die herrschenden Zustände verschulden.

Der Kapitalismus und der Staat als sein Interessenvertreter haben an der Beseitigung des Alkoholismus nur insoweit Interesse, als sie durch die Lasten für seine Opfer und deren verminderte Arbeitsfähigkeit Nachteil erleiden.

Der Parteitag erklärt:

Die Schäden des Alkoholismus können weder durch Zwangs- und Strafgesetze noch durch Steuergesetze eingedämmt oder gar beseitigt werden. Trunksuchtsgesetze zur Bestrafung der Trunkenen sind nichts als Ausnahmegesetze gegen die ärmere Bevölkerung, da sich die reichere ihnen

leicht entziehen kann. Der Trunksüchtige ist nicht dem Strafrichter zu überantworten, sondern wie jeder andere Kranke in ärztliche Behandlung zu nehmen; aus öffentlichen Mitteln sind Heilstätten für Trunksüchtige unter ärztlicher Leitung zu errichten und zu erhalten.

Die Beschränkung der Gastwirtschaften wie des Spirituosenverkaufs würde den Alkoholmißbrauch nur aus der Oeffentlichkeit des Wirtshauses in die Heimlichkeit der Wohnung treiben.

Die Besteuerung der leichten alkoholischen Getränke (Bier, Wein, Obstwein) steigert infolge deren Verteuerung nur den Verbrauch von Branntwein. Je höher aber die Steuer auf Branntwein ist, um so mehr plündert sie gerade die ärmsten Schichten aus, da sie seinen Verbrauch nur ganz unwesentlich einschränkt.

Zur Bekämpfung der Alkoholgefahr fordert der Parteitag:

Herabsetzung der Arbeitszeit auf höchstens acht Stunden, Verbot der Nachtarbeit oder bei ununterbrochenem Betriebe ausreichender Schichtwechsel, genügende Ruhepausen während der Arbeit.

Verbot des Kreditierens und Verkaufens oder Lieferung an Stelle von Barlohn aller alkoholischen Getränke durch Arbeitgeber oder deren Angestellte an die von ihnen beschäftigten Arbeiter (Truckſystem).

Ausnahmsloses Verbot der Stellenvermittelung in Verbindung mit Schankbetrieb, Kleinhandel mit alkoholischen Getränken und Beherbergung.

Durchgreifende gewerbliche Hygiene der Werkstätten und Arbeitsmethoden.

Schutz der Kinder, Jugendlichen und Frauen.

Ausreichende Löhne, Beseitigung aller die Lebenshaltung verteuernden indirekten Steuern, sowie des Boden- und Wohnungswuchers.

Hebung der öffentlichen Erziehung durch Umgestaltung und Erweiterung des Schulwesens, entsprechend den Leitsätzen des Mannheimer Parteitages über Volkserziehung.

Eine durchgreifende Wohnungsreform, Erholungsstätten, Volksheime und Lesehallen.

Die Arbeiterorganisationen werden aufgefordert, jeden Zwang zum Genuß alkoholischer Getränke bei ihren Zusammenkünften zu beseitigen, bei Bildungsveranstaltungen, Arbeitsnachweisen und Auszahlung von Streikunterstützung jeden Trinkzwang zu vermeiden, für Aufklärung durch Wort und Schrift über die Alkoholgefahr, insbesondere für Kinder und Jugendliche, und über die zum Alkoholmißbrauch verleitenden Trinksitten zu sorgen. Kinder müssen vom Alkoholgenuß unbedingt ferngehalten werden.

Diesen allein wirksamen Kampf gegen die Alkoholgefahr führen die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der klassenbewußten Arbeiterschaft, indem sie deren wirtschaftliche Lage verbessern, und sie lehren, statt im Alkoholmißbrauch Genuß und Vergessenheit zu suchen, im Kampfe gegen den Kapitalismus zur Befreiung von Verelendung und Unterdrückung Genugtuung, Erholung und Freude zu finden.

(Antrag 91.) Emanuel Wurm.

Agitation für Naturalisation:

Der Parteitag verpflichtet die Parteileitungen aller Orte des Reiches, systematisch die Naturalisation der einem anderen Staate angehörenden Genossen herbeizuführen, um den bei dem jetzigen Zustande unvermeidlichen

großen Verlust der Stimmen sicherer Anhänger bei den Landtags- und Gemeindewahlen zu verhüten.

Es steht in schroffem Widerspruche zu der Wichtigkeit der Wahlrechtskämpfe, daß ein Parteigenosse es unterläßt, sich durch die Erwerbung der Staatszugehörigkeit seines jeweiligen Wohnlandes das Wahlrecht zu verschaffen.

Der Parteitag verpflichtet die Leitungen aller örtlichen Parteiorganisationen, die Naturalisation durch Einsetzung einer Kommission zu organisieren. In diesem Sinne empfiehlt der Parteitag die Einfügung einer nach der Landeszugehörigkeit forschenden Frage in die Aufnahmescheine der Wahlkreisorganisationen, ferner die Prüfung der Abonnentenlisten der Parteiblätter, sowie der örtlichen Mitgliederlisten der auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Vereinigungen nach der Staatszugehörigkeit unserer Anhänger, um dann auf die Betreffenden nachhaltig einzuwirken.

Der Parteivorstand wird beauftragt, die örtlichen Parteileitungen durch ein Rundschreiben an die hier festgelegten Verpflichtungen zu erinnern und sie zur geeigneten Zeit zum Bericht über die geschehenen Arbeiten aufzufordern.

(Antrag 94.)

Agitation für Verbreitung der „Gleichheit“:

Um unserer „Gleichheit“ diejenige Verbreitung zu sichern, die ihr als führendes Organ der sozialdemokratischen Frauen in den Reihen des Proletariats gebührt, verpflichtet der Parteitag die agitatorisch tätigen Genossen und Genossinnen, bei jeder Gelegenheit für das Abonnement der „Gleichheit“ genau so zu wirken, wie sie für das Abonnement unserer Tagespresse tätig sind. Den Redakteuren unserer Parteipresse empfiehlt der Parteitag, von Zeit zu Zeit im redaktionellen Teil unserer Tagespresse die „Gleichheit“ zu empfehlen und zum Abonnement derselben aufzufordern. (Antrag 95.)

Die Anträge in Zukunft in der Reihenfolge der Tagesordnung zu drucken:

Der Parteivorstand wird ersucht, künftig die Zusammenstellung der Anträge in der gedruckten Vorlage an den Parteitag in derselben Reihenfolge vorzunehmen, in der sie zu den einzelnen Punkten der Tagesordnung zur Unterstützung resp. Verhandlung gestellt werden sollen. (Antrag 100.)

Resolution zur Maifeier:

I. „Die Maifeier ist eine zur Unterstützung der Klassenforderungen und des Klassenkampfes des Proletariats sowie zur Förderung des Weltfriedens von den internationalen Arbeiterkongressen beschlossene Demonstration, deren wirksame und würdige Gestaltung gemeinsame Aufgabe aller politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ist. Als solche Klassendemonstration wird sie vom Unternehmertum und den bürgerlichen Regierungen bekämpft, aber dieser Widerstand kann für die Arbeiterklasse kein Anlaß sein, von der Durchführung der Maifeier abzusehen. In Uebereinstimmung mit den internationalen Arbeiterkongressen von Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893, London 1896, Paris 1900 und Amsterdam 1904 betrachtet die deutsche Sozialdemokratie die allgemeine Arbeitsruhe als die würdigste Form der Feier. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den anderen Kundgebungen für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten und überall da, wo die Möglichkeit der Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit ruhen zu lassen.“

II. „Unter Aufrechterhaltung des Mannheimer Beschlusses zur Maifeier beschließt der Parteitag, dem Parteivorstand die Ermächtigung zu erteilen,

die Verhandlungen mit der Generalkommission nach den Vorschlägen der Stuttgarter Delegation weiterzuführen."

(Resolution des Parteivorstandes.)

Gehaltserhöhung der Parteisekretäre:

Der Parteitag wolle beschließen:

1. Das Mindestgehalt der Bezirksparteisekretäre wird von 2000 Mk. auf 2200 Mk. erhöht.
2. Alle zwei Jahre tritt eine Erhöhung des Gehalts um 200 Mk. ein.
3. Die bereits zurückgelegte Dienstzeit wird den Bezirksparteisekretären bei Erhöhung des Gehalts angerechnet.
4. Die Ortszulagen, die die örtlichen Organisationen ihren Sekretären gewähren, sollen unverkürzt bleiben.
5. Den Bezirksparteisekretären sind jährlich 14 Tage Ferien zu bewilligen.

(Antrag der Parteileitung.)

Vertagung der Angelegenheit Wiesenthal:

„In Erwägung, daß der Parteitag in der Angelegenheit der Lokalisten seine Beschlußfassung ausgesetzt hat, um die schwebenden Ausgleichsverhandlungen nicht zu stören, beschließt der Parteitag aus dem gleichen Grunde eine Beschlußfassung in der Angelegenheit Wiesenthal ebenfalls bis zum nächsten Parteitage auszusetzen." (Antrag Bebel.)

Einrichtung eines Preßbureaus:

§ 1. Die Partei errichtet ein Preßbureau in Berlin.

§ 2. Aufgabe des Bureaus ist:

1. Die Uebermittelung wichtiger Nachrichten und Mitteilungen politischer, sozialer und wirtschaftlicher Natur an die Parteipresse.
2. Die Beschaffung gesetzgeberischen und statistischen Materials für die Parteipresse.
3. Die Herausgabe der Parteikorrespondenz.

§ 3. Zur Erfüllung dieser Aufgabe wird ein Berichterstatter- und Mitarbeiterdienst eingerichtet.

Ausgeschlossen von der Tätigkeit des Preßbureaus ist die Lieferung politischer Leitartikel sowie die Behandlung parteitaktischer und partei-theoretischer Fragen.

§ 4. Der Nachrichtendienst erfolgt telephonisch, telegraphisch und brieflich.

§ 5. Die Einrichtung des Bureaus, die Anstellung der Redakteure, der Berichterstatter und des Hilfspersonals obliegt dem Parteivorstand, welchem zu diesem Zweck 5 Redakteure der Parteipresse als Beirat zur Seite stehen.

Der Beirat hat in allen das Preßbureau betreffenden Angelegenheiten beschließende Stimme.

Ein Mitglied des Beirats kann nicht Angestellter des Bureaus sein.

§ 6. So oft Angelegenheiten des Bureaus zur Beratung kommen sollen, hat der Parteivorstand die Mitglieder des Beirats rechtzeitig mit Angabe der Tagesordnung zu dieser Sitzung einzuladen. In der Regel sollen diese Sitzungen alle drei Monate stattfinden.

§ 7. Die in dem Bureau angestellten Redakteure haben das Recht, zu jeder Sitzung einen ihrer Kollegen als Vertreter mit beratender Stimme zu senden.

§ 8. Die Mitglieder des Beirats werden alljährlich durch die Parteileitung gewählt.

§ 9. Die Einrichtungskosten des Preßbureaus werden von der Parteikasse getragen. Die laufenden Unterhaltungskosten des Nachrichten- und Mitteilungsdienstes sind mit Ausnahme der auf die Parteikorrespondenz entfallenden Kosten dermaßen aufzubringen, daß die Parteipresse nach Maßgabe ihres Leistungsfähigkeit herangezogen wird. Parteiblätter, die telegraphischen und telephonischen Dienst beanspruchen, haben die Gebühren zu erstatten.

Essen, den 18. September 1907.

Für die Kommission des Parteitages:
Herm. Müller, Vorsitzender. Adolf Geck, Schriftführer.

Angenommen wurden ferner die Anträge auf Einführung einheitlicher Mitgliedsbücher und einheitlichen Abrechnungs- und Verwaltungsmaterials.

Dem Parteivorstand überwiesene Anträge:

Landarbeiterfrage:

Den Parteivorstand zu beauftragen: I. Eine Darstellung der landwirtschaftlichen Arbeiterverhältnisse in den verschiedenen Teilen des Reiches sowie eine Zusammenstellung des auf dem Gebiete des Landarbeiterschutzes und der Landarbeiterorganisation bisher von der deutschen Partei wie von den ausländischen Arbeiterparteien Geleisteten zu veröffentlichen. II. Unter Zuziehung von Fachleuten den Entwurf eines umfassenden Landarbeiterschutzprogramms auszuarbeiten. (Antrag 62.)

Die Landarbeiterfrage auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen:

Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages ist zu setzen: Die Landarbeiterfrage. (Antrag 67.)

Die Genossenschaftsbewegung auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen:

Der Parteivorstand wird ersucht, die Stellung der Partei zur Genossenschaftsbewegung auf die Tagesordnung des nächstjährigen Parteitages zu setzen, falls es die Umstände gestatten. (Antrag 68.)

Die Agrarfrage auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen:

Auf die Tagesordnung des Parteitages 1908 ist die Agrarfrage zu setzen. (Antrag 69.)

Ausbau der Wanderbibliotheken:

Zur Vermehrung der Wanderbibliotheken mehr Mittel zu bewilligen. (Antrag 83.)

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69

Wir empfehlen folgende **Agitationsschriften:**

Programm und Organisations-Statut der sozialdemokratischen Partei	5	Pf.
An den Einzelnen, auf den es nicht ankommt	5	"
Das verbotene Blatt	5	"
Der Korbmacher Fischer im Lichte der Wahrheit	5	"
Du, Mutter, was läuft der Herr Gendarm so?	5	"
Christentum und Sozialismus	10	"
Nieder mit den Sozialdemokraten	10	"
Wie ein Pfarrer Sozialdemokrat wurde	10	"
Ein katholischer Pfarrer als Sozialdemokrat	10	"
Die Lebensmittelzölle und die indirekten Steuern	10	"
Womit man vor Sozialdemokraten graulich macht	10	"
Sozialdemokratie und Arbeiterversicherung	10	"
Die agrarische Gefahr	20	"
Die Kirche im Dienste des Unternehmertums	20	"
Christliche Arbeiterpflichten	20	"
Schule, Kirche, Arbeiter	15	"
Gegen Volksverdummung, Volksknebelung und Volksausbeutung	20	"
Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie	10	"
Religion ist Privatsache	20	"
Der preußische Befreiungskrieg	20	"
Ziele und Wege	20	"
Prinz Arenberg und die Arenberge	20	"
Der Zukunftsstaat der Junker	20	"
Der Klassenkampf im Ruhrgebiet	20	"
Das neue Ausnahmegesetz gegen die Bergarbeiter	20	"
Der politische Massenstreik und die Sozialdemokratie	20	"
Sozialistentöter Bülow im Deutschen Reichstag	25	"
Eine Abrechnung mit dem Reichslügenverband	20	"
Die neuen Reichssteuern	30	"
Eugen Richters Sozialistenspiegel	20	"
Winke für die Reichstagswahlen	10	"

☛ Diese Schriften eignen sich vorzüglich zur Massenverbreitung. Vereine und Gewerkschaften mögen sich wegen Vereinbarung besonderer Preise direkt an den Verlag wenden.

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69

Sozialdemokratische Gemeinde-Politik

Unter diesem Titel sind in unserem Verlage eine Reihe kommunalpolitischer Abhandlungen in einzelnen für sich abgeschlossenen Heften erschienen, die wir den in den Gemeinden tätigen Genossen, vor allen Dingen Stadtverordneten usw., aber auch allen Arbeitern, die sich für Gemeindeaufgaben interessieren, bestens empfehlen.

Bisher sind erschienen:

Heft 1: **Das kommunale Wahlrecht**

von P. Hirsch und Dr. H. Lindemann

Preis 50 Pfennig, Agitationsausgabe 30 Pfennig

In der Einleitung wird die historische Entwickelung der Bürgergemeinde bis zur Einwohnergemeinde und der plutokratische Charakter des geltenden Kommunalwahlrechts dargelegt. Die Verfasser behandeln dann eingehend die in den einzelnen Staaten des Deutschen Reiches geltenden Wahlsysteme und beleuchten die sozialdemokratische Forderung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts.

Heft 2: **Kommunale Arbeiterpolitik**

von Dr. H. Lindemann

Preis 60 Pfennig, Agitationsausgabe 40 Pfennig

In einzelnen Kapiteln: Soziale Kommissionen und Rechtsauskunftsstellen — Der Arbeiterschutz im Submissionswesen — Arbeitsnachweis — Notstandsarbeiten — Die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit — Ausbau der sozialen Gesetzgebung durch die Gemeinden in ortsstatutarischer Regelung — Die Gemeinden und ihre Arbeiter — kritisiert der Verfasser an der Hand zahlreicher Beispiele die Stellung der heutigen Klassenvertretung in den Stadtgemeinden den Arbeitern gegenüber und begründet die sozialdemokratischen Forderungen auf diesem Gebiete.

Heft 3: **Kommunale Schulpolitik**

von Dr. Max Quarck

Preis 1,— Mark, Agitationsausgabe 50 Pfennig

Enthält reichhaltiges Material zur Beurteilung der Schulverhältnisse im Deutschen Reich. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Volksschulgesetzgebung und Schulverwaltung — Die Volksschullasten der Gemeinden — Die innere Schulorganisation — Schulgesundheitspflege — Mißbrauch der Volksschule zu kirchlichen und politischen Zwecken.

Heft 4: **Kommunale Wohnungspolitik**

von P. Hirsch

Preis 1,— Mark, Agitationsausgabe 50 Pfennig

Eine Untersuchung der Ursachen und eine Schilderung der Folgen unserer heutigen Wohnungsnot sowie eine eingehende Darstellung der bisher von den Gemeinden dagegen getroffenen Maßnahmen. An diese anknüpfend die sozialdemokratischen Forderungen auf diesem Gebiet.

Heft 5: **Steuern und Gebühren**

von Dr. H. Lindemann

Preis 60 Pfennig, Agitationsausgabe 30 Pfennig

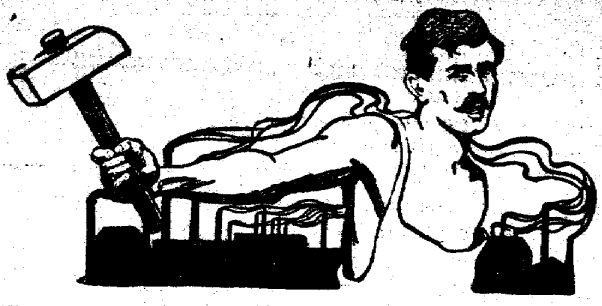
Der Verfasser gibt eine Uebersicht über die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen in den Einzelstaaten und zeigt, wie innerhalb dieser eine verhältnismäßig vernünftige Steuerpolitik möglich ist.

Heft 6: **Die städtische Regie**

von Dr. H. Lindemann

Preis 75 Pfennig, Agitationsausgabe 40 Pfennig

Der Verfasser will, daß die großen wirtschaftlichen Betriebe, wie Gasanstalten, Elektrizitätswerke, Straßenbahnen usw., die heute meist noch im Besitze privater Gesellschaften sind, Eigentum der Gemeinden werden, um diese Unternehmungen im Interesse der Allgemeinheit auszubauen und finanziell nutzbar zu machen.



In unserem Verlage ist erschienen:

Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung

Ein Kapitel zur Geschichte der deutschen Sozialdemokratie

Herausgegeben von

Eduard Bernstein

Reich illustriert mit Bildern und Dokumenten aus der Zeit

I. Teil: Vom Jahre 1848 bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes 1878

gebunden in Leinenband . **M. 6.50**
„ in Halbfranzband **M. 7.50**

Auch kann derselbe in 17 Heften à 30 Pfg. bezogen werden

Kapitel-Uebersicht des ersten Teiles:

Berlins Arbeiter am Vorabend der Märzrevolution. Berlins Arbeiter in den Märztagen. Die Sammlung der Arbeiter im Revolutionschaos. Der erste Berliner Arbeiterkongreß und seine Werke. Die Arbeiter und die letzten Revolutionskämpfe. Unter der Reaktion. Die neue Aera und das Erwachen der Arbeiterbewegung. Die Berliner Arbeiter zwischen Fortschrittspartei und Lassalle. Von Lassalles Tod bis zur Gründung des Norddeutschen Bundes. Unter dem Norddeutschen Bund bis zum allgemeinen deutschen Arbeiterkongreß. Vom ersten allgemeinen deutschen Arbeiterkongreß bis zum Vorabend des deutsch-französischen Krieges. Im Kriegsjahr. Die ersten Jahre im Deutschen Reich. Die Reichstagswahl von 1874. Die Aera Tessendorff. Von den ersten großen Wahlsiegen bis zu den ersten großen Leichenbegängnissen. Die zwei Attentate auf Wilhelm I. und die tausend Attentate auf das Recht. Am Vorabend der Herrschaft des Ausnahmegesetzes.

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68
Lindenstraße 69

Druck: Vorwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.